

STUDIA HISTORICA JYVÄSKYLÄENSIA 20

OLLI KAIKKONEN

DEUTSCHLAND UND DIE EXPANSIONSPOLITIK
DER USA IN DEN 90er JAHREN
DES 19. JAHRHUNDERTS



JYVÄSKYLÄN YLIOPISTO, JYVÄSKYLÄ 1980

STUDIA HISTORICA JYVÄSKYLÄENSIA

Editor: *Mauno Jokipii*, Professor, Ph.D.

Institute of History
University of Jyväskylä

URN:ISBN:978-951-39-9599-7
ISBN 978-951-39-9599-7 (PDF)
ISSN 0081-6523

Jyväskylän yliopisto, 2023

ISBN 951-678-415-1
ISSN 0081-6523

COPYRIGHT © 1980, by
University of Jyväskylä

Tampere 1980 Tampereen Pikakopio Oy

Jakaja
Distributor

Jyväskylän yliopiston kirjasto
Jyväskylä University Library

40100 JYVÄSKYLÄ 10
SF-40100 JYVÄSKYLÄ 10 FINLAND

STUDIA HISTORICA JYVÄSKYLÄENSIA 20

OLLI KAIKKONEN

DEUTSCHLAND UND DIE EXPANSIONSPOLITIK DER
USA IN DEN 90er JAHREN DES 19. JAHRHUNDERTS

MIT BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER EINSTELLUNG
DEUTSCHLANDS ZUR SPANISCH-AMERIKANISCHEN KRISE

Esitetään Jyväskylän yliopiston
humanistisen tiedekunnan suostumuksella
julkisesti tarkastettavaksi salissa S 212
joulukuun 13. päivänä 1980 kello 12.

JYVÄSKYLÄN YLIOPISTO, JYVÄSKYLÄ 1980

STUDIA HISTORICA JYVÄSKYLÄENSIA 20

OLLI KAIKKONEN

**DEUTSCHLAND UND DIE EXPANSIONSPOLITIK DER
USA IN DEN 90er JAHREN DES 19. JAHRHUNDERTS**

MIT BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER EINSTELLUNG
DEUTSCHLANDS ZUR SPANISCH-AMERIKANISCHEN KRISE

JYVÄSKYLÄN YLIOPISTO, JYVÄSKYLÄ 1980

Zum Gedächtnis meiner Eltern

Deutschland und die Expansionspolitik der USA in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts. Mit besonderer Berücksichtigung der Einstellung Deutschlands zur spanisch-amerikanischen Krise/
Olli Kaikkonen

Jyväskylä: Jyväskylän yliopisto, 1980. 209 s.

(Studia Historica Jyväskyläensia, ISSN 0081-6523, 20)

ISBN 951-678-415-1

Germany and the Expansionist Policy of the USA in the 1890's with Special Reference to the Attitude of Germany to the Spanish-American Crisis.

The German 'Weltpolitik' found expression in the first naval law and in the partitioning of China in 1897–98. During the same period the Spanish-American crisis resulted in war and in a deeper involvement of the USA in the competition for the Far East. The present study investigates the reasons behind the imperialistic policies of Germany and the USA as well as the attitude of Germany to the Spanish-American crisis and its influence on German-American relations. The causes of the imperialistic policies of both the powers can be divided into two categories: current and historical causes. The Spanish-American War, as a current cause, resulted in the acquisition of the Philippines by the USA and in the capture of the Caroline Islands, the Marianas, and the Palau Islands by Germany. However, the reasons for acquiring new territories are to be found deeper, in the economic and internal developments of each country. Germany endeavoured to make the most of the Spanish-American War. The fear that important economic relations with the USA would be endangered and the pro-American attitude of Great Britain contributed to the fact that Germany did not manage to partition the Philippines. Instead, Germany's compensation policy was successful in relation to the Pacific Islands, without endangering its official relations with the USA. 'Unofficial' Germany, which was investigated through eleven newspapers and five journals, strongly criticized the US policy. The attitudes of the papers were mostly determined by the opposing forces within German society. In general, the papers that supported the existing system used every opportunity to criticize the Americans. The opposition, mainly the papers that represented the quarters outside the 'Sammlung', on the other hand, criticized indirectly the conditions in Germany by pointing to good features in the American system. When the American press reacted sharply to the German criticism, the relations between the two countries worsened at the level of public opinion. The German Government took measures to eliminate the undesirable features that had occurred in international communication. This shows that it was realized, more clearly than before, how important the press is for foreign relations.

theories of imperialism

Spanish-American War

relations between Germany and the USA

Pacific Islands

Philippines

Cuba

ISBN 951-678-415-1

ISSN 0081-6523

Tampereen Pikakopio Oy

Tampere 1980

VORWORT

Einer der Schwerpunktbereiche in Forschung und Lehre in der Abteilung für allgemeine Geschichte des Instituts für Geschichte der Universität Jyväskylä ist die Geschichte des Imperialismus, vor allem die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts. Die Primärquellen bestehen aus auf Mikrofilm aufgenommenem Material der National Archives. Zu dieser Thematik ist eine Menge von Examens- und Lizientienarbeiten verfasst worden, von denen einige zu Dissertationen ausgearbeitet werden.

Als eine Art Vorstufe meiner Dissertation wurde eine Examensarbeit über die Expansionspolitik der Vereinigten Staaten 1898 unter Berücksichtigung Kubas und der Philippinen abgeschlossen. Schon als ich mich mit dieser Arbeit beschäftigte, stellte sich heraus, dass die internationale Politik der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts Gegenstand einer intensiven Forschungstätigkeit und einer mitreissenden Forschungsdiskussion vor allem in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik Deutschland war. Von dieser Grundlage her entwickelten sich die Politik und die Beziehungen dieser Länder während der Krise zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien zum Forschungsthema. Dass ich die deutsche Sicht gewählt habe, ist nicht nur auf theoretische sondern auch auf praktische Gründe zurückzuführen. Zu den ersteren gehörte die interessant erscheinende Frage, wie das intensiv die "Weltpolitik" betreibende und darüber eine innere Diskussion führende Deutschland sich zu einem neuen grossmachtpolitischen Konkurrenten verhielt. Ein praktischer Grund für die Wahl des Forschungsthemas bestand in den erheblich besseren Chancen, Forschungsstipendien nach Deutschland als in die USA zu erhalten.

Von Anfang an hat Professor *Aira Kemiläinen* meine Examensarbeiten betreut. Ihre humane Einstellung und vielseitige, die persönliche Forschernatur eines angehenden Wissenschaftlers respektierende Kritik hat auch dazu beigetragen, dass die Dissertation abgeschlossen werden konnte. Auch von Professor *Jorma Ahvenainen* habe ich fachkundige Anleitung und konstruktive Kritik in allen meinen sich mit dem Thema befassenden Examensarbeiten erhalten. Professor *Jorma Tiainen* und Professor *Pekka Suvanto* verdanke ich wichtige Anregungen, die sie mir für das Manuskript meiner Lizientienarbeit bzw. der vorliegenden Dissertation gaben.

Einen grossen Teil meiner Forschungsarbeit habe ich in der Bundesrepublik Deutschland mit Hilfe von Stipendien, die mir von dort gewährt wurden, durchführen können. Bei der Gestaltung der Arbeit und dem Sammeln des Materials gab mir *Erich Angermann*, Professor für angloamerikanische Geschichte (Universität Köln), gute Ratschläge. Ich hatte das Glück, das Manuskript für meine Lizientienabhandlung und einen Teil meiner Dissertation als Stipendiat des Instituts für Europäische Geschichte in Mainz schreiben zu können. Es ist schwer, sich eine inspirierendere Atmosphäre und bessere Arbeitsmöglichkeiten für einen angehenden Forscher vorzustellen als

diejenigen, die in dem von Freiherr, Professor *Karl Otmar von Aretin* geleiteten Institut herrschten. Ich möchte meinen tiefsten Dank sowohl dem Personal des Instituts als auch den gleichzeitig mit mir geförderten Stipendiaten aus verschiedenen Ländern für eine nicht nur wissenschaftlich reiche Zeit zum Ausdruck bringen.

Im Laufe der Forschungen habe ich die Dienste zahlreicher Archive, Institute, Anstalten und Bibliotheken in Anspruch genommen. Der mir zuteil gewordene Service ist überall sachlich und freundlich gewesen; somit darf ich auch meinen Dank an alle gemeinsam richten. Besonders gern denke ich an die Geduld und Hilfsbereitschaft zurück, mit der ich als Ausländer, am Anfang meiner Untersuchungen in einer eigenartigen deutschen Sprache vage Fragen stellend, behandelt wurde. Ich habe die Untersuchung an der Hochschule Joensuu abgeschlossen; die Fernleihe deren Bibliothek hat meine Buchbestellungen unter ihrem Arbeitsdruck in einer ausgezeichneten Weise durchgeführt.

Bei der deutschen Fassung der Dissertation sowie beim Korrekturlesen haben mir Universitätslektor *Walter Wolf* und Professor *Ahti Jäntti* geholfen. Die Zusammenarbeit mit ihnen hat manchmal geholfen, für den Gedanken die richtige Form zu finden. Lektor *Kyösti Julkunen* hat die Zusammenfassung ins Englische übersetzt.

Materielle Unterstützung habe ich vor allem aus der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Ohne Studien- und Forschungstipendien des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und des Instituts für Europäische Geschichte wäre es für mich nicht möglich gewesen, meine Dissertation zum Abschluss zu bringen. Zu diesem Zweck haben mir der Kulturfond Finnlands (Suomen Kulttuurirahasto) sowie die Hochschule Joensuu finanzielle Unterstützung gewährt. Ich möchte es auch nicht versäumen, meinen Dank an meine Lehranstalt, die Universität Jyväskylä, auszusprechen, die meine Untersuchung in ihre Schriftenreihe aufgenommen hat.

Nach altem Brauch dankt man zuletzt denen, die einem am nächsten stehen, und deren Leben durch die Arbeit an der Dissertation am meisten beeinflusst wurde, oder die fast täglich die Arbeit beeinflusst haben. Die Unterstützung und Ermutigung meiner Frau *Eila*, die selbst Geschichte studiert hat, war mir stets bei der langwierigen und wechselvollen Auseinandersetzung mit dem Wesen des Imperialismus gewiss. Die positive Anpassung unserer Tochter *Hertta-Kaisa* an Forschungsarbeit als Lebensweise der ganzen Familie drückte sich einer ihrer ersten Wortkombinationen aus: "Papa, an die Arbeit!"

In Joensuu, den 17. November 1980

Olli Kaikkonen

INHALTSVERZEICHNIS

1.	EINLEITUNG	
1.1.	Forschungsaufgabe	1
1.2.	Quellen und Methoden	5
1.2.1.	Das öffentliche Deutschland	5
1.2.2.	Die Presse	7
2.	ERKLÄRUNGSMODELLE DES AMERIKANISCHEN UND DEUTSCHEN IMPERIALISMUS DER 90er JAHRE DES 19. JAHRHUNDERTS	14
2.1.	Die "large policy" der Vereinigten Staaten	14
2.2.	Deutschlands "Weltpolitik"	21
3.	DIE DEUTSCH-AMERIKANISCHEN BEZIEHUNGEN VOR DER SPANISCH-AMERIKANISCHEN KRISE	34
3.1.	Die Konkurrenz um Interessengebiete	34
3.1.1.	Der Pazifik und China	34
3.1.1.1.	Die frühe Entwicklung der Interessengebiete im Pazifik	34
3.1.1.2.	Samoa vor den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts	39
3.1.1.3.	Hawaii als Mittel der deutschen Samoa-Politik	42
3.1.1.4.	China	44
3.1.2.	Lateinamerika	47
3.2.	Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und Deutschland	52
4.	DIE KRISE ZWISCHEN DEN USA UND SPANIEN	57
4.1.	Der kubanische Aufstand	57
4.2.	Die "good offices" Präsident McKinleys	59
4.3.	Von der spanischen Politik der Nachgiebigkeit bis zur Zuspitzung der Krise	61
4.4.	Die Amerikaner sind zum Krieg bereit	65
4.5.	Die Philippinen: Etappe auf dem Weg in den Fernen Osten	68
4.5.1.	Vom Aufstand gegen Spanien bis zum Frieden zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten	68
4.5.2.	Argumente für und gegen die Annexion der Philippinen	72
5.	DIE VERMITTLUNGSTÄTIGKEIT DER GROSSMÄCHTE	77
5.1.	Vermittlungsversuche zur Vermeidung des Krieges	77
5.1.1.	Die Einstellung der Grossmächte zur Kuba-Politik von Cleveland und Olney	77
5.1.2.	Die Vermittlungsbemühungen vom Anfang der Amtsperiode McKinleys bis zur Entstehung der Krise	81
5.1.3.	Der Appell der sechs Mächte	83
5.1.4.	Der Waffenstillstand als Versuch zur Erhaltung des Friedens	86
5.2.	Vermittlungstätigkeit zur Beendigung des Krieges	90

6.	DEUTSCHLANDS KOMPENSATIONSPOLITIK IM PAZIFIK	93
6.1.	Deutschlands Verhalten zur Philippinen-Frage	93
6.1.1.	Vor dem Krieg	93
6.1.2.	Die die Teilung und/oder Neutralität der Philippinen betreffenden Pläne.	98
6.1.3.	Deutschlands direkte Verhandlungen mit den USA	102
6.1.4.	Rückkehr zu den Plänen zur Regelung der Lage auf den Philippinen durch internationale Zusammenarbeit	108
6.2.	Die Karolinen, Marianen und Palau-Inseln	110
6.2.1.	Das geheime Abkommen zwischen Deutschland und Spanien über die Hauptinseln der Karolinen.	110
6.2.2.	Deutschland ist zu weiteren Erwerbungen bereit	114
6.2.3.	Der Streit über die Sulu-Inseln und Kusai.	116
6.2.4.	Der deutsch-spanische Südseevertrag über die Karolinen, Marianen und Palau-Inseln.	120
6.2.5.	Der Südseevertrag im Reichstag	122
6.2.6.	Die Reaktionen der Vereinigten Staaten und anderer Grossmächte auf den Vertrag.	125
6.3.	Hawaii und Samoa	129
7.	DIE PRESSE UND DIE SPANISCH-AMERIKANISCHE KRISE	134
7.1.	Presse und Aussenpolitik.	134
7.2.	Das Verhältnis der deutschen Presse zur amerikanischen Expansion.	137
7.2.1.	Kuba-Krise	137
7.2.1.1.	Woodfords Note	137
7.2.1.2.	Die spanische Politik der Nachgiebigkeit	139
7.2.1.3.	Die Zuspitzung der Krise.	141
7.2.2.	Die Vermittlung	144
7.2.3.	Die Philippinen	149
7.2.3.1.	Während des Krieges	149
7.2.3.2.	Vom Waffenstillstand bis zum Pariser Frieden.	153
7.2.4.	Die Karolinen, Marianen, Palau-Inseln	156
7.2.5.	Über Charakter und Bedeutung der Expansion der Vereinigten Staaten	159
7.3.	Quantitative Analyse der Zeitungsartikel	166
7.4.	Die Massnahmen der Regierungen zur Verbesserung der inoffiziellen deutsch-amerikanischen Beziehungen	170
8.	SCHLUSBETRACHTUNGEN	174
TIIVISTELMÄ		
	Saksa ja Yhdysvaltain ekspansio politiikka 1890-luvulla. Erityisesti Saksan suhtautuminen Espanjan ja Yhdysvaltain väliseen kriisiin.	180
QUELLENVERZEICHNIS		
ANLAGE		
		207

1. EINLEITUNG

1.1. Forschungsaufgabe

Die Jahre 1897 und 1898 gelten sowohl in der bürgerlichen als auch in der sozialistischen Geschichtsschreibung als Wendepunkt der internationalen Beziehungen, die den Ausgangspunkt für die Phase des sog. Hochimperialismus bezeichnen. In diesen Jahren spitzte sich als Folge der imperialistischen Politik das Verhältnis der Grossmächte untereinander zu (z.B. im Fashoda-Konflikt), es wurde eine typisch imperialistische Politik betrieben (z.B. die sog. Teilung Chinas) und das Wettrüsten beschleunigt, das auch in Zukunft die internationalen Beziehungen belastete (das erste Flottengesetz Deutschlands).

Die besondere Bedeutung dieser Jahre hebt sich auch dadurch hervor, dass eben zu dieser Zeit die zwei sich am dynamischsten entwickelnden Grossmächte, die USA und Deutschland, durch ihre aggressive Aussenpolitik eine bedeutende Rolle spielten. Als Folge ihres Krieges gegen Spanien eroberten die USA fremde Gebiete, d.h. sie fingen an, einen "direkten" (formalen) Imperialismus zu betreiben, während sich der Imperialismus der USA früher in "indirekter" (informeller) Form als Interessengebietspolitik gezeigt hatte – vor allem in Lateinamerika. Der Krieg zwischen den USA und Spanien veranlasste die anderen Grossmächte deutlicher als früher, die Amerikaner als mögliche Verbündete oder Gegner in der sich verschärfenden internationalen Konkurrenz einzuschätzen, zumal die USA militärische Stärke zeigten und Kolonien in strategisch wichtigen Gebieten einnahmen: in der Karibik und im Pazifik, wo sie, in der imperialistischen Konkurrenz, die auf China zentriert war, auf den Philippinen Fuss fassten.

Auch für die deutsche Aussenpolitik waren die Jahre 1897 und 1898 von grosser Bedeutung. Das Betreiben der "Weltpolitik" zeigte sich als "Teilung" Chinas, die von Deutschland initiiert wurde, sowie im ersten Flottengesetz. Über diese miteinander zusammenhängenden Fragen wurde in der Presse eine Debatte geführt, wodurch sich das Interesse der Leserschaft auf China und den Pazifik richtete.

In der vorliegenden Arbeit werden die Gründe, Durchführung und Auswirkungen der Expansionspolitik der USA und Deutschlands auf die Beziehungen zwischen beiden Ländern in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts vor allem aus der deutschen Sicht dargestellt. Der zeitliche Schwerpunkt liegt auf der spanisch-amerikanischen Krise, die sich im September 1897 in einer Weise zuspitzte, die auch nach aussen sichtbar war. Die Krise führte Ende April 1898 zum Krieg, im August zu einem Waffenstillstand und am 10. Dezember 1898 zum Pariser Frieden. Der Friedenspakt wurde im Februar im US-Kongress und im Juni 1899 in den spanischen Cortes ratifiziert. Die relativ lange Krisenzeit bietet in vielfältiger Weise gute Möglichkeiten zur Betrachtung der Politik der USA und Deutschlands sowie der Beziehungen zwischen diesen Ländern. In dieser Zeit wurden in den USA Debatten über die Notwendigkeit und Berechtigung des Krieges und von Eroberungen geführt. In Deutschland und bei den anderen Grossmächten, deren Reaktionen aus der damaligen deutschen Sicht betrachtet werden, wurden die möglichen und tatsächlichen internationalen politischen Folgen des Kriegs sowie die Möglichkeiten zur

Zusammenarbeit erwogen, um aus der Situation Nutzen zu ziehen. Besonders ergiebig ist die Krisenlage für die Erforschung von Zeitungsartikeln, weil der Meinungsbildungsprozess über die USA in dieser Zeit beträchtlich anwuchs.

Der sachliche Schwerpunkt der Untersuchung, das **Verhalten** Deutschlands zu der Krise zwischen den USA und Spanien, wird unter zwei Blickwinkeln, unter dem des "offiziellen" und dem des "inoffiziellen" Deutschlands näher betrachtet. Aus dem Quellenmaterial, das von dem offiziellen Deutschland, d.h. dem Auswärtigen Amt, nachgelassen worden ist, geht zunächst das strategische und machtpolitische Denken sowie die Taktik zur Verwirklichung gewisser Manöver, der Lauf der Ereignisse, hervor. In den für verschiedene Interessenkreise und Ideenrichtungen stehenden Zeitungsartikeln, unter denen in diesem Zusammenhang das inoffizielle Deutschland verstanden wird, kommen dagegen die innenpolitischen Beweggründe der Aussenpolitik besser zum Vorschein. Um ein Gesamtbild über diese Hintergrundfaktoren zu gewinnen, ist es zweckmässig, das Verhalten der Presse als ein Ganzes zu behandeln. Das offizielle und das inoffizielle Verhalten voneinander zu trennen, ist auch deshalb sinnvoll, weil die aussenpolitischen Aktionen zum grossen Teil auf Wegen geheimer Diplomatie erfolgten. Im Reichstag kam die Aussenpolitik vor allem im Zusammenhang mit der Behandlung von Etats zur Diskussion, und die öffentliche Meinung wirkte sich auf die betriebene Aussenpolitik nicht in dem Masse aus wie z.B. in England oder in den USA.

Was das offizielle Deutschland betrifft, so werden hier in erster Linie das Verhalten zur Gefahr eines Kriegs zwischen den USA und Spanien sowie besonders die Aktionen Deutschlands, Nutzen aus dem Krieg zu ziehen, betrachtet. So gesehen geht es hier auch um eine Darstellung und Erklärung der deutschen Expansionspolitik in einer bestimmten historischen Situation. Die Expansionspolitik sowohl der USA als auch Deutschlands während der Krise ist als Ausdruck eines längeren geschichtlichen Entwicklungsprozesses anzusehen. Es ist also die Frage zu stellen, welche Faktoren zur Erstellung einer bestimmten Politik und welche Faktoren 1897–98 von der potentialen Bereitschaft zum Handeln, zum direkten Imperialismus, führten.

Eine Antwort besonders auf die erste und z.T. auch auf die zweite Frage, Erklärungsmodelle des amerikanischen und des deutschen Imperialismus zu geben¹, ist in der reichen theoretischen

1. Bei Erklärungen werden in erster Linie die neuesten amerikanischen und deutschen Forschungsergebnisse berücksichtigt, wobei auch die Theorien einiger anderer heutiger Forscher und die klassischen Theorien der Imperialismusforschung kommentiert werden. Ebenfalls werden die Unterkonsumptionstheorie von Hobson (*J.A. Hobson*, *Imperialism. A Study*. London 1902) und die Auffassung Lenins vom Imperialismus als einer monopolistischen Phase des Kapitalismus als bekannt vorausgesetzt.

Unter den bekanntesten Kritikern der wirtschaftlichen Erklärungsmodelle des Imperialismus, zu denen auch die marxistische Imperialismustheorie gezählt wird, sind *D.K. Fieldhouse* (siehe z.B. *Economics and Empire 1830–1914*. N.Y. 1973) sowie Ronald Robinson and John Gallagher (siehe z.B. *Robinson and Gallagher with Alice Denny*, *Africa and the Victorians. The official mind of imperialism*. 1. Aufl. 1961 und Robinson, *Non-European foundations of European imperialism: sketch for a theory of collaboration*. In: *Studies in the theory of imperialism*, edited by *Roger Owen & Bob Sutcliffe*. London 1972.) zu erwähnen. Fieldhouse erkennt die Analysen Hobsons und Lenins über die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und der Vereinigten Staaten an, doch stellt er – wie die Forscher, die die wirtschaftlichen Gründe des Imperialismus kritisieren – die Behauptung auf: "... that there was little causal connection between need for new outlets for capital and enterprise and formal colonization" (*Fieldhouse*, S. 61.). Der Beitrag, der von Fieldhouse und anderen eben erwähnten Forschern zu den Interpretationen des Imperialismus gebraucht worden ist, besteht in der "peripheral" oder "excentric" Theorie, zu der Robinson schreibt: "To borrow a figure from geometry, there was the Eurocentric circle of industrial strategy making varying intersections with circles centred in the impacable continuities of Asian and

Diskussion der 60er und 70er Jahre, die in den USA und beiden deutschen Staaten geführt worden ist, gesucht worden. Dabei ist man davon ausgegangen, dass mit Hilfe einer solchen Sonderfrage umfangreiche Erklärungsmodelle des Imperialismus nicht widerlegt oder in bemerkenswerter Weise verifiziert werden können. Kein einzelnes Modell dient auch deshalb als theoretische Grundlage für vorliegende Untersuchung; es soll vielmehr der Versuch unternommen werden, nachzuweisen, ob und in welchem Masse die den verschiedenen Theorien zugrundeliegenden Gründe und Begründungen der imperialistischen Politik sich auch in diesem Zusammenhang empirisch verifizieren lassen. Unabhängig davon, ob man z.B. die Auffassung, dass eine aggressive Aussenpolitik vor allem von wirtschaftlichen Interessen bestimmt war, akzeptierte oder ablehnte, ist darauf zu achten, welche Unternehmen z.B. auf den pazifischen Inseln Interessen wahrzunehmen hatten, und welchen Einfluss sie auf die betriebene Politik ausübten. Obwohl z.B. die Philippinen keine grosse Rolle im Aussenhandel der USA oder Deutschlands spielten, hat man möglicherweise damit gerechnet, dass sie von potentiellern Nutzen sein könnten; vielleicht sah man den Besitz der Inseln als wichtig an auch wegen China. Es ist auch zu klären, ob die Aussenpolitik zum Ausgleich innenpolitischer Streitigkeiten diente, oder ob sich in erster Linie grossmachtpolitische und ideologische Gründe für die betriebene Politik finden lassen. Beide Erklärungsarten finden sich sowohl bei amerikanischen als auch deutschen Forschern. Bei den ideologischen Begründungen der imperialistischen Politik kann man zumindest auf die Rassenlehre und sozialdarwinistische Stellungnahmen stossen. Es waren ja im Krieg zwischen den USA und Spanien eine angelsächsische und eine romanische Nation konfrontiert, deren Erfolge im "Kampf ums Dasein" recht verschieden waren; ausserdem waren die aufzuteilenden spanischen Kolonien von einer nicht-weissen Bewölkerung bewohnt. Zusammenfassend kann man sagen, dass der theoretische Teil der vorliegenden Arbeit die "tieferen" Gründe des amerikanischen und des deutschen Imperialismus sowie die Faktoren darlegen will, die in den Jahren 1897–99 zur Eroberungspolitik führten. Es gilt, bei der Behandlung des Verlaufs aktueller Ereignisse jener Zeit all dies mit zu berücksichtigen.

Das Verhältnis zwischen Deutschland und den USA als Teil der internationalen Beziehungen der Jahre 1897–99 ist verständlich nur, wenn man die Entwicklung der speziellen Beziehungen zwischen diesen Ländern kennt. In bezug auf die zu behandelnde Problematik ist es von ausschlaggebender Bedeutung, die Interessen dieser Länder in den Krisengebieten sowie ihre direkten, bilateralen Beziehungen, bei denen in diesem Zeitraum der wirtschaftliche Verkehr im Vordergrund stand, zu kennen. Die Lateinamerikapolitik der USA ist relativ umfangreich behandelt worden, weil sich die Kuba-Krise dadurch in Zusammenhang mit der geschichtlichen Entwicklung bringen lässt. Die Kuba-Krise, sowie die Entwicklung, die zum Krieg und dem Pariser Friedensvertrag führte, sind ziemlich genau analysiert worden, einerseits deshalb, weil – weitgehend in Anlehnung an das authentische Quellenmaterial – die Begründungen und das Vorgehen des amerikanischen Imperialismus dargestellt werden konnten und andererseits, weil

African history. Imperialism, especially in its time scale, was not precisely a true function of either circle. It was in many ways excentric to both. It should be emphasised that the Afro-Asian crises which evoked imperialism were often not essentially the products of European forces but of autonomous changes in African and Asian domestic politics." *Robinson, Non-European foundations*, S. 139. Vgl. *Fieldhouse*, S. 463.

in dieser Arbeit sich die ganze weitere Behandlung, die das Verhalten Deutschlands und anderer Grossmächte zu den USA während der Krise betrifft, auf diese Entwicklung stützt.

Bei der Analyse des Verhaltens Deutschlands in der Vermittlungsfrage — sowie zu der ganzen Krise — diente als "ausserpolitischer" Ausgangspunkt der Umstand, inwieweit Deutschland bereit war, seine wichtigen wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA eines Gebietsgewinns wegen zu riskieren; desgleichen, ob die Amerikaner als mögliche Verbündete in den internationalen Politik betrachtet wurden, oder ob man die Einflussausdehnung der USA durch Zusammenarbeit europäischer Grossmächte verlangsamen wollte. Dabei sind auch die gegenseitigen Beziehungen der Grossmächte sowie der Umstand, welchen Wert die einzelnen Grossmächte auf die weitere Entwicklung ihrer Beziehungen zu den USA während der Krise legten, zu berücksichtigen. Besondere Aufmerksamkeit wird der Haltung Englands in bezug auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen gewidmet. Innerhalb der deutschen politischen und militärischen Führung herrschte eine feste Überzeugung von der Unversöhnlichkeit Englands und Russlands, was zugleich bedeutete, dass Deutschland einen Zweifrontenkrieg vermeiden könnte. England galt als Deutschlands Hauptgegner in der Konkurrenz unter den Grossmächten, was auch in der Rüstung der Flotte zum Ausdruck kam. Da jedoch der Ausbau der Flotte Zeit in Anspruch nahm, musste eine "Politik der freien Hände" betrieben, mussten gute Beziehungen zu allen unterhalten und grosse Krisen vermieden werden. Unter solchen Prämissen hatten die Allianzverhandlungen mit England keine Aussicht auf Erfolg. So gesehen ist es interessant zu beobachten, wie sich das Verhalten Englands zur Krise und die Entwicklung der englisch-amerikanischen Beziehungen während der Krise auf die deutsche Politik auswirkten.

Mit den ersten Kriegereignissen richtete sich das Interesse Deutschlands auf die pazifischen Inseln. Sehr schnell meldete sich Deutschland im Sinne der Kompensationspolitik als Erbe der spanischen Kolonialmacht. Bei der Auseinandersetzung mit dieser "Tagespolitik" des Auswärtigen Amtes soll geklärt werden, wie der Erwerb neuer Gebiete begründet wurde, ob die Auffassungen des Auswärtigen Amtes und der Marineleitung voneinander abwichen oder ob eine Intervention von den auf diesem Gebiet tätigen Unternehmen gefordert wurde.

Bei der Untersuchung des Verhaltens des von der Presse vertretenen "inoffiziellen" Deutschlands zu den USA während der Krise wurde davon ausgegangen, dass die Zeitungsartikel, in denen verschiedene Interessen- und Ideenrichtungen vertreten wurden, die Gegenkräfte der deutschen Gesellschaft in der Einstellung sowohl zu den USA und den Amerikanern als auch zum deutschen Imperialismus zum Ausdruck brachten. Die öffentliche Diskussion, sowohl über die deutsche Weltpolitik — im Zeichen des Flottengesetzes und Chinas — als auch über die Beziehungen zu den USA, in erster Linie wegen der autonomen Zollpolitik der Amerikaner, war gerade im Gange, als sich die Krise zwischen den USA und Spanien zuspitzte. Die Presse, die durch diese Diskussion vorbereitet war und z.T. sich auch ihre Meinungen gebildet hatte, war gewissermassen bereit, auch eine umfangreichere Diskussion als eine nur wirtschaftspolitische über das Verhalten Deutschlands zu den USA zu führen und zu eventuellen Gebietserwerbungen, die Deutschland durch den Krieg ermöglicht wurden, Stellung zu nehmen. Ich habe versucht, Deutschlands Einstellung zu den Vereinigten Staaten, dem für Deutschland wichtigen Partner, aber zugleich dem gefährlichen Konkurrenten in der Wirtschaft, der die politische Freiheit symbolisierenden Republik, deren Bevölkerung hauptsächlich aus Nicht-Katholiken besteht, von den inneren Gegensätzen der deutschen Gesellschaft aus zu betrachten. Politische Gegensätze waren Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus, zu den wirtschaftlichen zählte die Spannung zwischen Schwerindustrie und Landwirtschaft einerseits sowie der Exportindustrie

und dem Aussenhandel andererseits; einen religiösen Gegensatz bildete die Konkurrenz zwischen der evangelisch-lutherischen und der katholischen Kirche.

Zuletzt wird noch als eine Art Berührungspunkt der offiziellen und inoffiziellen Beziehungen betrachtet, welcher Wert in der Aussenpolitik von den USA und Deutschland der öffentlichen Meinung zugemessen wurde.

1.2. Quellen und Methoden

1.2.1. Das öffentliche Deutschland

Was das öffentliche Deutschland anbelangt, baut die Untersuchung in erster Linie auf dem traditionellen Quellenmaterial der Geschichte der Diplomatie auf: auf der Korrespondenz der aussenpolitischen Führung, auf Memoranden, Instruktionen an die Gesandten und Konsuln sowie auf ihren Berichten. Die wichtigste der erwähnten Aktenreihen, die zum grössten Teil im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes aufbewahrt werden, ist die Aktenreihe Spanien Nr. 71, die siebzehn Bände umfasst (Der Krieg zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten i. J. 1898). Sie enthält Akten aller oben erwähnten Art, vor allem die Korrespondenz zwischen den deutschen Gesandten in Washington, Madrid und den europäischen Grossmächten und der Wilhelmstrasse. Aus dieser und anderen Aktenreihen des PA gehen die machtpolitischen und strategischen Begründungen zum Erwerb neuer Gebiete sowie die Taktik und Tätigkeit, um die Ziele zu erreichen, gut hervor. Das Material des Bonner Archivs enthält Akten, die auch die Korrespondenz zwischen dem Auswärtigen Amt und den Marinebehörden betreffen. Die Auffassungen der aussenpolitischen Führung und derjenigen, die die Expansionspolitik realisierten, nämlich der Flottenleitung, über den Erwerb neuer Gebiete sowie die Aktionen der Marine auf den Philippinen und Karolinen sind auf Grund des Materials im Bundesarchiv-Militärarchiv (Freiburg/Br.) untersucht worden.

Zu den ungedruckten Quellen der Geschichte der Diplomatie gehören auch das Material des State Department der USA in den National Archives (auf Mikrofilm in Sammlungen des Instituts für Geschichte der Universität Jyväskylä und der Universitäts- und Stadtbibliothek in Köln vorhanden) sowie die Aktenreihen des Public Record Office. Mit Hilfe des ersteren ist der Verlauf der spanisch-amerikanischen Verhandlungen präzisiert worden; sie hat auch Informationen über die Einstellung anderer Grossmächte zur Krise geliefert. Auf Grund dieses Materials ist in erster Linie die Eskalation der Kuba-Krise zum Krieg untersucht worden. Die Akten des P.R.O. sind zur Präzisierung des Bildes, das durch das deutsche und das amerikanische Quellenmaterial über die Rolle Englands vermittelt worden ist, verwendet worden.

Natürlich enthält das oben angeführte Quellenmaterial auch Informationen über vieles andere mehr, als nur über Taktik und Handeln, das zur Routine der Aussenpolitik gehörte. Das Material des Auswärtigen Amtes beinhaltet z.B. Berichte über die politischen Verhältnisse der hier zu berücksichtigenden Gebiete, über die wirtschaftlichen Ressourcen sowie über die in diesen Gebieten tätigen deutschen Unternehmen und ihre Appelle, ihre Interessen zu sichern (hauptsächlich die Akten des A.A. im Zentralen Staatsarchiv, Potsdam). Auf Grund des letztge-

nannten, d.h. einer solchen Tätigkeit, die im Auswärtigen Amt dokumentiert ist, wird versucht, die Auswirkungen des "von aussen" kommenden Drucks einzuschätzen. Als eine Art Stichprobe über die Einstellung des wirtschaftlichen Lebens und der Kolonialorganisationen zur Krise (vom Zeitungsmaterial abgesehen) sind die Archive in Hamburg und Bremen sowie die des Kolonialraths und der Kolonialgesellschaft (ZStA, Potsdam) konsultiert worden. In den Verwaltungsorganen und Handels-Kammern Hamburgs und Bremens, die umfangreiche wirtschaftliche Beziehungen zu den USA unterhielten und ihre Interessen auch auf den pazifischen Inseln wahrzunehmen hatten, wurde den Auswirkungen der Krise sehr wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Noch weniger Spuren hinterliess die Krise in Archiven des Reichskolonialraths und der Kolonialgesellschaft. Offenbar waren sie für aktuelle, internationalen politische Fragen nicht zuständig.

Die wichtigste der gedruckten Quellen ist die Reihe "Die Grosse Politik", deren Band 15 eine gute Sammlung derjenigen Akten enthält, die die Vermittlungstätigkeit sowie die Philippinen- und die Karolinen-Frage betreffen. Die Reihe wurde parallel zum Archivmaterial verwendet, wobei den Mängeln der veröffentlichten Quellen besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Die Publikation "Papers Relating to the Foreign Relations of the United States" hat sich als nützlich erwiesen, als vor allem die Philippinen-Politik der USA im Zusammenhang mit den Pariser Friedensverhandlungen untersucht wurde.

Von der Forschungsliteratur werden im folgenden nur die Werke angeführt, die sich mit den deutsch-amerikanischen Beziehungen beschäftigen. Die Untersuchungen zu Sonderproblemen des amerikanischen und deutschen Imperialismus, werden in den Kapiteln 2.1. und 2.2. zur Sprache kommen. Als das bei weitem wichtigste Werk muss das zweibändige "Deutschland und die Vereinigten Staaten in der Weltpolitik" von A l f r e d V a g t s (N.Y. 1935) erwähnt werden. Das Werk ist recht umfangreich und behandelt die deutsch-amerikanischen Beziehungen in den Jahren 1889–1906. Vagts ist einer der Forscher, die einen deutlichen Einfluss auf die Historiker, die sich seit den 60er Jahren mit der Aussenpolitik aus der wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Sicht auseinandergesetzt haben, ausgeübt haben. Bei der Betrachtung der deutsch-amerikanischen grossmachtpolitischen Beziehungen ist Vagts von den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen Ländern ausgegangen. Eben in diesem Sinne ist das Werk von Vagts auch in bezug auf diese Untersuchung eine ausgezeichnete Quelle. Auch das von Vagts benutzte vielseitige amerikanische Quellenmaterial ist ergiebig. Im ganzen behandelt Vagts in seinem Werk parallel ein recht umfangreiches Quellenmaterial. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen während der Krise zwischen den USA und Spanien werden hauptsächlich im Kapitel "Kuba und Philippinen" behandelt. Als Originalmaterial hat Vagts in erster Linie die Akten des Auswärtigen Amtes und des State Department benutzt, aber infolge seiner Art, auf Quellen zu verweisen, ist die Lokalisierung der Akten sehr schwer. Die Forschungsaufgabe Vagts' hat nicht darin bestanden – wie in der vorliegenden Untersuchung zu einem Sonderproblem –, sich mit den deutsch-amerikanischen Beziehungen ausdrücklich aus der Sicht der spanisch-amerikanischen Krise auseinanderzusetzen, sondern die Sonderfragen der Krise und Deutschlands Einstellung dazu genau zu analysieren. Was diese Teilbereiche betrifft, vermittelt Vagts dann auch ein relativ undifferenziertes und verworrenes Gesamtbild. Vagts hat sich fast ausschliesslich an die Politik des offiziellen Deutschlands gehalten, von den als Anlagen den Akten des Auswärtigen Amtes beigelegten Zeitungsausschnitten abgesehen.

Ausser der Untersuchung von Vagts war der Nutzen der sonstigen Forschungsliteratur recht gering. "Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika im Zeitalter Bismarcks" von

Otto Stolberg-Vernigorode (Berlin 1933) ist im Zusammenhang mit den Hawaii- und Samoa-Fragen benutzt worden. "Die deutsch-amerikanischen Beziehungen 1890–1914" von Ilse Kunz-Lack (Stuttgart 1935) ist eine knappe Gesamtdarstellung. Bernhard Zims ist bestrebt gewesen, in seiner kurzgefassten (135 Seiten), in erster Linie auf Literatur und gedruckten Quellen gestützten Untersuchung "Die Grossmächte und der spanisch-amerikanische Krieg" (Diss. Münster 1929) sein Thema relativ vielseitig zu behandeln. Mit Hinblick auf den Umfang seiner Arbeit setzt er sich mit den wirtschaftlichen Beziehungen der USA und der Grossmächte recht ausführlich auseinander. Zims stellt auch die Einstellung der deutschen Presse zur Krise dar, doch nur für den Zeitraum März bis April 1898 und auch dann nur auf drei Seiten. Der Aufsatz "Germany and the Spanish-American War" von Lester B. Shippee (The American Historical Review XXX/1925) stützt sich, was das Aktenmaterial betrifft, nur auf die Reihe "Die Grosse Politik".

Wie aus dem oben Dargestellten hervorgeht, ist Forschung auf dem Gebiet der deutsch-amerikanischen Beziehungen in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts nichts Neues. Die einzige neuere, das Thema eng berührende und insofern ergiebige ist die solide Untersuchung "The Samoan Tangle. A Study in Anglo-German-American Relations 1878–1900" von Paul M. Kennedy (Dublin 1974). Dagegen bietet der von John A. Moses und Kennedy herausgegebene Sammelband "Germany in the Pacific and Far East" (Hong Kong 1977) kaum Neues für die vorliegende Untersuchung. Dieser Band enthält den Aufsatz "The German Acquisition of the Caroline Islands 1898–99" von Richard G. Brown, der sich mit den Akten der "Grossen Politik" begnügt.

1.2.2. Die Presse

In den früheren Presseuntersuchungen, die sich mit den deutsch-amerikanischen Beziehungen in dem hier zu berücksichtigenden Zeitraum befasst haben, sind die Zeitungen nicht systematisch berücksichtigt worden. In den Dissertationen Hammersteins und Deickes (1956) sind die "führende politische Presse" Deutschlands und "die deutsche öffentliche Meinung" recht eng definiert, insofern als fast nur politische Zeitschriften behandelt worden sind. Die geringe Beachtung der Zeitungen erklärt Hammerstein damit, dass in Zeitschriften "im Gegensatz zur Tageszeitung . . . eine ruhigere, überlegtere und daher vierfach auch objektivere Stellungnahme" geäussert wurde.² Mit Berücksichtigung der Länge des von Hammerstein untersuchten Zeitraums ist seine Entscheidung verständlich, doch kommen die Standpunkte verschiedener Interessenkreise besser und in der Krisenzeit auch unverzüglicher zum Ausdruck in Zeitungen als in Zeitschriften.

2. *Notker Hammerstein*, Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika im Spiegel der führenden politischen Presse Deutschlands 1898–1906. (Diss. masch. Frankfurt a.M. 1956), S. 9; *Gertrud Deicke*, Das Amerikabild der deutschen öffentlichen Meinung von 1898–1914. (Diss. (masch.) Hamburg 1956). In bezug auf einige in der vorliegenden Arbeit berücksichtigten Zeitungen hat die hier zu behandelnde Problematik *Manfred Thaller* in seiner Dissertation "Studien zum europäischen Amerikabild. Darstellung und Beurteilung der Politik und inneren Entwicklung der Vereinigten Staaten von Amerika in Grossbritannien, Deutschland und Österreich im Vergleich zwischen 1840 und 1941." (Drei Teile, masch. Graz 1975) berührt.

Der untersuchte Zeitraum ist durch den Wendepunkt der spanisch-amerikanischen Krise im September 1897, wo die deutschen Zeitungen ihre weitere Entwicklung regelmässig zu verfolgen anfangen, und durch die Diskussion über den Pariser Frieden bis Ende Dezember 1898 abgegrenzt. Ausserdem sind die Kommentare der Presse zu dem im Juni 1899 veröffentlichten deutsch-spanischen Südseevertrag berücksichtigt worden, durch den die Karolinen, Marianen (ausser Guam) und die Palau-Inseln an Deutschland übergeben wurden.

Von den Zeitungen habe ich national und international renommierte auszuwählen versucht, die die wichtigsten Parteirichtungen und Interessenkreise Deutschlands repräsentierten. Die Parteien Deutschlands hatten sich noch nicht restlos organisiert und die Zahl von eigentlichen Parteizeitungen war sehr gering; von ihnen habe ich nur den Vorwärts benutzt.

Die *D e u t s c h e T a g e s z e i t u n g* war von den in dieser Untersuchung benutzten Zeitungen – neben dem Vorwärts – am deutlichsten von Parteien und Interessengemeinschaften abhängig. Sie wurde vom Bund der Landwirte im Jahre 1894 als überregionales Meinungsforum gegründet, das zu den für das ganze Reich relevanten Fragen Stellung nahm, während sich das eigentliche Organ "Bund der Landwirte" auf fachspezifische Dinge konzentrierte. Eine Aktiengesellschaft besass die Zeitung und die wichtigsten Sitze in ihrem Vorstand wurden mit Personen besetzt, die wichtige Positionen im "Bund" und in der Deutschkonservativen Partei bekleideten.³

Die *F r a n k f u r t e r Z e i t u n g* war hinsichtlich des politischen und Wirtschafts-Teils führend unter den deutschen Zeitungen. Die Redaktion der Zeitung bestand aus Fachleuten hoher Qualifikation. Ihr Nachrichtendienst war unabhängig und das Netz der Auslandskorrespondenten gross. Walter Jaeger, der in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts der Korrespondent der F.Z. in New York war, schrieb auch für die New Yorker Staatszeitung und die New York Times. Wegen ihrer scharfen und kritischen Einstellung stand die F.Z. ununterbrochen unter Strafandrohung. Zum Beispiel wurde im November 1897 im Königlichen Staatsministerium in Erwägung gezogen, ob der Verkauf der Zeitung auf Bahnhöfen verboten oder amtliche Inserate entzogen werden sollten. Man entschloss sich letztere Repressalie zu empfehlen, denn im ersten Falle wären auch andere "gefährlich schreibende Zeitungen", wie die Deutsche Tageszeitung in Frage gekommen.⁴ Der Verleger der F.Z. war der Bankier, Börsianer und Journalist Leopold Sonnemann, der als Vertreter der Deutschen Volkspartei im Reichstag in den 70er und 80er Jahren tätig gewesen war.⁵

Der *H a m b u r g i s c h e C o r r e s p o n d e n t* wurde aus den Hamburger Zeitungen deswegen ausgewählt, weil er zu der Zeit als eine Zeitung galt, die direkte Beziehungen zum Senat und zur Handelskammer hatte. Die Zeitung befürwortete den Freihandel und unterstützte die Handelspolitik Caprivis. Aus diesen Gründen wurde die Zeitung in den 90er Jahren

3. *Hans-Jürgen Puhle*, Agrarische Interessenpolitik und preussischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914) (Hannover 1967) S. 56–58.; *Klaus Wernecke*, Die Weltstellung Deutschlands in der deutschen öffentlichen Meinung 1911–1914. E in Beitrag zur Presse und Pressepolitik vor dem ersten Weltkrieg (Diss. Hamburg 1970), S. 14–15.

4. Protokoll (Abschrift) der Sitzung des Königlichen Staatsministeriums 16.11.1897. P.A. Deutschland Nr. 126. Nr. 3, Die Presse in Deutschland (excl. Berliner Presse). Bd. 3.

5. *Manfred Overesch*, Leopold Sonnemann (1831–1909). In Fischer, Bd. 4, S. 172.

des 19. Jahrhunderts offenbar als nationalliberal eingestuft, während sie früher als freikonservativ betrachtet worden war. Der Correspondent hatte in seinen kolonialpolitischen Stellungnahmen schon am Ende der 80er Jahre mehr staatliche Massnahmen in den Kolonien zur Unterstützung des Handels gefordert. Die Leitung der politischen Redaktion der Zeitung hatte seit dem Herbst 1897 Dr. H. Dietz inne.⁶

Die führende Zeitung des rheinländischen politischen Katholizismus war die *Kölnische Volkszeitung*. Sie behandelte die Aussenpolitik in geringerem Masse als die Frankfurter Zeitung oder die Kölnische Zeitung, doch ansonsten, hinsichtlich ihrer Vielseitigkeit, des Niveaus ihrer Artikel und ihrer Auflagenhöhe, konnte sie sich mit den besten liberalen Zeitungen messen. Die Zeitung hatte ihre Korrespondenten in europäischen Hauptstädten, aber nicht in den USA. Die Kölnische Volkszeitung gehörte der Familie Bachem. Zur Jahrhundertwende waren ihre bekanntesten Redakteure Julius Bachem (Chefredakteur 1876–1907) und Hermann Cardauns.⁷

Die *Kölnische Zeitung* gehörte von den ausserhalb Berlins erscheinenden Zeitungen zu denen mit der höchsten Auflagenstärke. Sie war hauptsächlich im westlichen und südlichen Deutschland sowie in allen Grosstädten verbreitet. Die Leserschaft der Zeitung bestand in erster Linie aus Industriellen, Grosshändlern, Bankiers, Akademikern und Beamten. In der Wirtschaftspolitik stand die K.Z. als ein Öffentlichkeitsorgan des Centralverbandes deutscher Industrieller der Grossindustrie nahe. Der Herausgeber der Zeitung war einer der Finanziere des Westdeutschen Vereins für Colonization und Export, der durch die rheinisch-westfälische Industrie unterstützt wurde.⁸ In der Innenpolitik war die Zeitung – nationalliberal orientiert, wie sie war – häufig in Opposition gegen die Regierung, doch in aussenpolitischen Fragen war ihre Haltung zu Bülow von Anfang an positiv. Obwohl die Zeitung über einen guten Nachrichtendienst und ein Netz von Korrespondenten verfügte, hatte sie in den USA keinen eigenen festen Vertreter. Die K.Z. befand sich im Besitz der Familie Neven-DuMont. Dr. August Schmits fungierte lange (1872–1901) als ihr Chefredakteur.⁹

Die *Münchner Neuesten Nachrichten* waren politisch ein Hüter des süddeutschen Liberalismus und Förderer bayerischer Interessen, aber in bezug auf die Religionspolitik war die Zeitung ein Gegner des Ultramontanismus. Im Presseamt des Auswärtigen Amtes wurden die Neuesten Nachrichten als liberal klassifiziert, und zwar als liberal in weitem Sinne, denn die Zeitung habe keine Richtung dieser politischen Ideologien vertreten. Die Zeitung

6. *Helmut Washausen*, Hamburg und die Kolonialpolitik des deutschen Reiches 1880 –1890. Hamburg 1968, S. 172–175; *Ernst von Baasch*, Geschichte des Hamburgischen Zeitungswesens von den Anfängen bis 1914. (Hamburg 1930), S. 122–127; P. A. Deutschland Nr. 122, Nr. 3. Journalisten. Bd. 6. Das Verzeichnis über die ausserhalb Berlins erscheinenden politischen Tageszeitungen (4.5.1899) stuft den Hamburgischen Correspondenten als nationalliberal ein.
7. *Hermann Cardauns*, Fünfzig Jahre Kölnische Volkszeitung. Ein Rückblick zum goldenen Jubiläum der Zeitung (Köln 1910), S. 46–54; *Kaupert*, S. 95–97; *Isolde Rieger*, S. 115–116. Zu Bachem, siehe Neue Deutsche Biographie, Erster Bd. (Berlin 1953), S. 493–499. Zu Cardauns, siehe dasselbe, Bd. 3. S. 138.
8. *Bade*, S. 157–159; *Ullmann*, S. 32.
9. *Georg Potschka*, Kölnische Zeitung. Köln/Lüdenscheid (1802–1945). In: *Heinz-Dietrich Fischer*, Bd. 2. S. 153–155; *Koszyk*, S. 152; *Johannes Lehmann*, Die Aussenpolitik und die "Kölnische Zeitung" während der Bülow-Zeit (1897–1909) (Inaug. Diss. Leipzig 1937), S. 16–19, 33–36, 41–50.

wurde jedoch von offizieller Seite für "verständlich" gehalten, und ihr Korrespondent in Berlin, Dr. Rudolf Grosse, hatte gute Beziehungen zu offiziellen Kreisen.¹⁰

Die *Neue Preussische (Kreuz-)Zeitung* war als Parteizeitung der Konservativen schon 1848 gegründet worden. Die Kreuztg. blieb führende Zeitung der preussischen Deutschkonservativen Partei, der Partei von "feudalen Junkern und orthodoxen evangelischen Pastoren", obwohl die Verbindungen mit der Partei nicht sehr fest waren. Dadurch, dass die Zeitung steif die Interessen der Agrarier vertrat, verlor sie Leser unter Beamten und Offizieren. Die Kreuztg. wurde durch die wöchentlichen Übersichten Professor Schiemanns aussenpolitisch interessant.¹¹ Der Chefredakteur der Zeitung war seit 1896 Dr. Hermann Kropatschek.¹²

Die *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* war das Sprachrohr der konservativen Richtung, obgleich sie keine direkten Verbindungen mit den konservativen Parteien hatte. Durch den Chefredakteur Martin Griesemann (gest. im Mai 1897) und den Leiter des Verlags, R.v. Westarp, hatte die Zeitung direkte Verbindungen mit der Presseabteilung des Auswärtigen Amts. Griesemanns Nachfolger als Chefredakteur war Wilhelm Lauser. Die N.A.Z. wurde vielleicht, was das aussenpolitische Material betraf, als einzige öffentliche offizielle Zeitung benutzt. Schon zu Beginn seiner Zeit als Aussenminister nahm Bülow die Zeitung unter seine feste Kontrolle, was die Farblosigkeit der aussenpolitischen Sparte der N.A.Z. zur Folge hatte.¹³ Vorsichtigkeit und inhaltliche Leere zeigten sich später auch in der Einstellung der Zeitung zur amerikanischen Aussenpolitik.

Der *Vorwärts* war einerseits Hauptorgan der sozialdemokratischen Partei, andererseits Lokalzeitung der Parteianhänger in Berlin. Die Parteileitung kontrollierte die Artikel der Zeitung. Als Chefredakteur war Wilhelm Liebknecht bis zu seinem Tode im Jahre 1900 tätig. Die Zeitung erschien an sechs Tagen in der Woche.¹⁴

Die *Vossische Zeitung*, Berlins älteste Zeitung, vertrat nach der Auflösung der linksliberalen Bewegung im Jahre 1893 in erster Linie die Richtersche Richtung bzw. die der Freisinnigen Volkspartei. Diese hochgeachtete Zeitung befand sich in Besitz der Familie Lessing. Die bedeutendsten aussenpolitischen Kommentatoren in dieser Zeit waren die Chefredakteure

10. *Charlotte Harrer*, Die Geschichte der Münchner Tagespresse 1870–1890 (Würzburg 1940), S. 80–86; Kopie von Bericht v. Rotenhans 10.9.1897. P. A. Deutschland. Nr. 122. Nr. 3. Journalisten Bd. 5; Verzeichnis von Auswärtigen, hier vertretenen politischen Tageszeitungen, Mai 1899. Ibid. Bd. 6.
11. Theodor Schiemann war als Professor für osteuropäische Geschichte an der Universität Berlin 1892–1920 tätig. Er schrieb wöchentlich seine aussenpolitischen Übersichten für die "Kreuzzeitung" 1893–1914. Die wöchentlichen Übersichten wurden seit 1902 unter dem Titel "Deutschland und die grosse Politik" als Jahrbände herausgegeben. Nach dem Artikel des Brockhaus hatte Schiemann enge Beziehungen zu Wilhelm II. (Der Grosse Brockhaus, 15. Auflage. 16. Bd. (Leipzig 1933), S. 591.
12. *Hans Booms*, Die Deutschkonservative Partei (Düsseldorf 1954), S. 24–31; *Notker Hammerstein*, Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika im Spiegel der führenden politischen Presse Deutschlands 1898–1906 (Inaug. Diss. (Masch.). Frankfurt/M 1956), S. 12; *Kaupert*, S. 131; *Koszyk*, S. 138; *Meinolf Rohleder*, *Treude Burkhard*. Neue Preussische (Kreuz-)Zeitung (1848–1939); In: *Heinz-Dietrich Fischer* Bd. 2. S. 209–212, 221.
13. *Joachim Boechmer*, Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Beiträge ihrer Entstehung und Entwicklung (Berlin 1926), S. 103–104; *Kaupert*, S. 172–174; *Koszyk*, S. 137. Zur 'Zurechtweisung' der N.A.Z. siehe z.B. Rotenhan an Wilhelm II. 19.8.97 und Bülow an Lauser 17.2.1899. P.A. Deutschland Nr. 126. Nr. 2 b. Akten betreffend die N.A.Z. Bd. 2.
14. Siehe z.B. *Kurt Koszyk*, Deutsche Presse im 19. Jahrhundert. Geschichte der deutschen Presse. Teil II (Berlin 1966), S. 197–204; *Isolde Rieger*, S. 107.

Friedrich Stephany und Hermann Bachmann sowie der Kolumnist Isidor Levy.¹⁵

Die *W e s e r - Z e i t u n g* war das Sprachrohr der Interessen des Bremer Handels, der Schifffahrt und Industrie. Politisch war sie ein Anhänger des freisinnigen Liberalismus. Sie wich von anderen Zeitungen Bremens dadurch ab, dass sie ihre Aufmerksamkeit nicht den Anzeigen, sondern dem Sachtext widmete, so dass sie viel über Aussenpolitik schrieb, sowie dadurch, dass sie auch sonst überregional war. Obwohl die Auflage der Zeitung nicht gross war, gehörte sie zu den Zeitungen, die laufend im Innenministerium verfolgt wurden, und ihr Chefredakteur Emil Fitger zählte zu dem Kreis, der durch das Auswärtige Amt informiert wurde.¹⁶

Die Auswahl der politischen Zeitschriften ist recht knapp, doch zählten die hier berücksichtigten zu den renommiertesten in Deutschland. Sie alle waren an aussenpolitischen Fragen interessiert.¹⁷

Die im Jahre 1894 als Organ des Alldeutschen Verbands gegründeten *A l l d e u t s c h e n B l ä t t e r*, Mitteilungen des Alldeutschen Verbandes, erschienen wöchentlich in Zeitungsformat. Der Chefredakteur der Zeitung, die eine Auflage von ca. 10 000 hatte, war in den Jahren 1894–1900 Dr. Adolf Lehr.¹⁸ Die Zeitung forderte eine aktive nationalbewusste Aussenpolitik und propagierte die Nützlichkeit von Kolonien und Politik auf den Weltmeeren für das deutsche Volk.¹⁹ Ein Verein wie der Alldeutsche Verband beeinflusste stark die politische Meinungsbildung, weil die Parteien kaum aussenpolitischen Einfluss hatten. Zudem konnte der Verband seine Sache wirksam propagieren, weil er – im Gegensatz zu den Parteien – nicht zu allen politischen Fragen Stellung zu nehmen brauchte; er war auch nicht auf Wahlerfolge angewiesen.²⁰ Die Alldeutschen Blätter wurden auch viel von Nichtmitgliedern des Verbands gelesen. Sie wurden in der deutschen Presse zitiert und ihren Stellungnahmen wurde auch im Ausland Aufmerksamkeit gewidmet, häufig in dem Masse, dass es für die aussenpolitischen Beziehungen Deutschlands schädlich war.²¹

D i e G r e n z b o t e n. Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst erschien wöchentlich in Leipzig, von Johannes Grunov herausgegeben. Die Grenzboten, deren Auflage ca. 2 000 betrug, war ihrer Einstellung nach agrarfreundlich und monarchistisch; somit konnte man vor ihr kaum Amerika-Sympathien erwarten. In bezug auf ihre aussenpolitischen Artikel war die Publikation der Regierung so loyal, dass sie den Ruf genoss, ein 'offizielles' Organ zu sein. Zu der Leserschaft der Grenzboten zählten viele Berufspolitiker und Akademiker.²²

15. *Klaus Bender*, *Vossische Zeitung*, Berlin (1617–1934), *Heinz-Dietrich Fischer*, Bd. 2. S. 36–37; *Arend Buchholtz*, *Die Vossische Zeitung. Geschichtliche Rückblicke auf drei Jahrhunderte* (Berlin 1904), S. 182–185.
16. *Hartwig Gebhardt*, *Bürgerliche und proletarische Presse. Empirische Untersuchungen zur publizistischen und politischen Funktion der Tagespresse am Beispiel Bremer Zeitungen 1903* (Pullach 1977), S. 68–70; *Wernecke*, S. 22; *Hildegard Hennings*, *Diplomatie und Presse. Versuch einer Darstellung der Beziehungen zwischen der deutschen Diplomatie und Presse in den Jahren 1890–1914* (Diss. Phil. Masch. München 1943), S. 20, 41.
17. Die Auswahl der Zeitschriften geht auf das Werk "Die Aussenpolitik in den bedeutendsten politischen Zeitschriften Deutschlands 1890–1909," von *Erich von Leopolt* (Leipzig 1933) zurück (bes. S. 3–16).
18. *Alfred Kruck*, *Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890–1903* (Wiesbaden 1954), S. 22–23.
19. *Leopolt*, S. 16.
20. *Harthmuth Pogge v. Strandmann*, *Nationale Verbände zwischen Weltpolitik und Kontinentalpolitik*. In: *Marine und Marinepolitik im Kaiserlichen Deutschland 1871–1919*, S. 299.
21. *Carroll*, S. 420; *Hammerstein*, S. 12.
22. *Getrud Deicke*, *Das Amerikabild der deutschen öffentlichen Meinung von 1898–1914* (Phil.Diss. Masch. Hamburg 1956), S. 101–102; *Leopolt*, S. 7, 19.

Von den hier behandelten Zeitschriften wies *Die Nation*, Wochenschrift für Politik, Volkswirtschaft und Literatur (Berlin), die von einer der führenden Persönlichkeiten der linksliberalen Freisinnigen Vereinigung, Theodor Barth im Jahre 1883 gegründet worden war, die engsten Verbindungen mit ihrer Partei auf. Die Nation wurde die führende Zeitschrift des Linkliberalismus, obwohl sie z.T. wegen ihres 'gehobenen' Stils eine Auflage von über 3000 Exemplaren nicht erreichte. Die Nation wird hier z.T. auch deswegen in Betracht gezogen, weil Barth einer der besten Amerika-Kenner seiner Zeit war. Er hatte u.a. in den USA den Wahlkampf McKinleys und Bryans direkt verfolgt. Zu den amerikanischen Freunden Barths zählten Carl Schurz, der Eisenbahnkönig Henry Villard und der Gesandte Andrew White.²³

Preussische Jahrbücher, Monatsschrift für Politik, Geschäfte, Literatur und Staatswissenschaften (Berlin) war in dem zu behandelnden Zeitraum vielleicht die führende politische Zeitschrift in Deutschland, auch wenn ihre Auflagenhöhe um die 2000 lag. Die P.J. hatten ihre feste Stellung schon unter Treitschke (Herausgeber 1866–1889) erreicht. Der Ruf der Zeitschrift verschlechterte sich auch nicht unter dem Nachfolger Treitschkes, Hans Delbrück.²⁴ Nach Delbrück waren die Preussischen Jahrbücher

Vereinigung von Macht und Kultur, von Preussentum und Deutschtum, nationale Gesinnung aber kein National-Pfaffentum, nationaler Idealismus, aber kein nationaler Fanatismus, deutsches Volkstum als Glied der allgemeinen Menschheitsbildung, Staatsgesinnung statt der Parteigesinnung.

In innenpolitischen Fragen kritisierte Delbrück häufig die Regierungspolitik, aber die offizielle Aussenpolitik fand seine Unterstützung.²⁵

Der vielleicht begabteste und bekannteste politische Autor im Deutschland der 'Wilhelminischen Epoche' war Maximilian Harden. Dank seinem originellen, glänzenden und irritierenden Stil sowie seinen Stellungnahmen zu aktuellen Ereignissen gewann die von ihm 1882 gegründete Zeitschrift, *Die Zukunft*, Wochenschrift für Politik, öffentliches Leben, Kunst und Literatur, unabhängige Redetribüne für Jedermann (Berlin), eine grosse Leserschaft unter der Intelligenz (Auflagenhöhe 1902: ca. 10 000) sowohl in Deutschland als auch im Ausland. Harden war politisch ungebunden. Seine innenpolitischen Stellungnahmen waren links, in der Aussenpolitik war er als Anhänger Bismarcks ein Gegner des 'neuen Kurses'. Durch seinen publizistischen Erfolg gewann Harden an politischem Einfluss, und im Ausland wurde *Die Zukunft* als Organ der Opposition gelesen.²⁶

Die Methode der Untersuchung ist hauptsächlich die traditionelle qualitative. Es ist der Versuch unternommen worden, die Einstellungen der Zeitungen gegenüber den Vereinigten Staaten während der spanisch-amerikanischen Krise und die die jeweiligen Einstellungen bedingenden Faktoren in bezug auf die gleichen Fragen zu analysieren wie bei dem offiziellen Deutschland. Die Analyse der Einstellungen und das Einschätzen der Motive ist in der Regel so durchgeführt worden, dass die gewichtigeren Darstellungsgegenstände, wie die Einstellung zur Kuba-Krise, die Vermittlungsversuche, die Philippinen-Frage und die Südseeinseln sowie der Charakter und die Auswirkungen des amerikanischen Imperialismus auf die internationalen Beziehungen, in

23. *Wegner*, S. 10–11, 84.

24. *Leupolt*, S. 8–9.

25. *Annelise Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker der Wilhelminischen Epoche (Düsseldorf 1955), S. 12–13; 105.

26. *Uwe B. Weller*, Maximilian Harden und die "Zukunft" (Lemgo 1970), S. 45–51; *Hammerstein*, S. 11; *Leupolt*, S. 9–11; *Isolde Rieger*, S. 63–65.

Teilprobleme eingeteilt wurden; das Verhalten hierzu ist vom positivsten zum negativsten betrachtet worden. Der Zweck dieser Methode besteht darin, die verschiedenen Einstellungen und Motive klar beschreiben und die Darstellung so gestalten zu können, dass sie in der Form Argumentation-Gegenargumentation fortschreitet. Der Analyse liegen alle Leit- und sonstigen Artikel über die spanisch-amerikanische Krise (n = 3 198) zugrunde.

Aufgabe einer quantitativen Analyse²⁷ ist es, ein Bild über das spezielle und gemeinsame Gesamtverhalten der einzelnen Zeitungen zu den USA während der Krise zu vermitteln. Die analytischen Methoden bei den Leitartikeln (n = 444) und den sonstigen Artikeln (n = 2 754) waren eine Einstellungsanalyse mit drei Stufen sowie eine auf die Frequenz gestützte Interessenanalyse. Bei dem umfangreichen Nachrichtenmaterial (n = 22 119) habe ich mich mit der Interessenanalyse begnügt. Eine Inhaltsklassifizierung ist nicht durchgeführt worden, doch die dadurch entstandenen Mängel werden z.T. dadurch ausgeglichen, dass die Einstellungsanalyse in chronologischer Reihenfolge nach den monatlichen Frequenzen der Artikel dargestellt wird. Dadurch werden Schlussfolgerungen über das Verhalten zu den Charakteristika, die in dem hier zu berücksichtigenden Zeitraum die Krise kennzeichneten, ermöglicht. Die untersuchte Einheit in der Einstellungsanalyse ist ein ganzer Artikel, d.h. ein Leit- oder sonstiger Artikel. Nur die Schriften über die spanisch-amerikanische Krise sind berücksichtigt, nicht die über die USA oder sonst über die Amerikaner in diesem Zeitraum. Eine Unterscheidung zwischen den Artikeln, die das Thema "berührt" und denjenigen die es "behandelt"²⁸ haben, ist nicht gemacht worden, doch auch ohne die Stütze des errechneten Ergebnisses kann festgestellt werden, dass der grösste Teil der Artikel zu den das Thema "behandelnden" d.h. den ausdrücklich über die Krise verfassten, zählt. Die Klassifizierung in für die USA positive, neutrale oder negative Artikel erfolgte auf Grund des Gesamtcharakters des jeweiligen Artikels.²⁹ Wegen des weiten Umfangs und der schweren Zugänglichkeit des Materials ist keine erneute Analyse durchgeführt worden. Auf Grund auch einer so einfachen Analyse kann man besser als in Anlehnung an eine nur qualitative Analyse Schlüsse über das Interesse der Zeitungen an der Krise ziehen sowie über ihre Einstellung zu den Vereinigten Staaten im Verlauf der Krise.

Die Zeitschriften schrieben so wenig über das Thema, dass eine quantitative Betrachtung als Stütze der qualitativen nicht nötig war. Aus diesem Grunde ist sie auch nicht bei den Sonderzeitungen der Kolonialpolitik, der Deutschen Kolonialzeitung³⁰ und dem Deutschen Kolonialblatt durchgeführt worden.

27. Methodische Hinweise haben vor allem die folgenden Werke gegeben (auf Grund deren es natürlich möglich gewesen wäre, eine weitergehende quantitative Analyse durchzuführen, als es hier der Fall war): *Seikko Eskola*, *Yhdysvaltain lehdistö ja Suomen kriisi keväätä 1941 Pearl Harboriin. Tutkimus kansainvälisestä tiedonvälityksestä ja mielipiteenmuodostuksesta* (Helsinki 1973); *Touko Perko*, *Aseveljen kuva. Suhtautuminen Saksaan jatkosodan Suomessa 1941–1944. Mit deutscher Zusammenfassung* (Porvoo 1971); *Viljo Rasila*, *Tilastolliset menetelmät historian tutkimuksessa*. Tampereen yliopisto: Historian laitoksen Monistesarja C. Opetusmonisteet, N:o 3 (Tampere 1973).

28. Vgl. *Eskola*, S. 179.

29. Vgl. *Perko*, S. 7–9.

30. Die Kolonialzeitung am 14. April 1898, S. 137: "Wir haben es, bei den beschränkten Raumverhältnissen unserer Zeitung vermeiden müssen, uns mit dieser Frage zu befassen, die ja auch, unserem eigentlichen Wirkungskreise sehr entfernt liegt, weil Cuba als Land der Kolonization für Deutsche nicht in Betracht kommen kann ..."

2. ERKLÄRUNGSMODELLE DES AMERIKANISCHEN UND DEUTSCHEN IMPERIALISMUS DER 90ER JAHRE DES 19. JAHRHUNDERTS

2.1. Die "large policy" der Vereinigten Staaten

Expansion ist eine alte Erscheinung in der Geschichte der Vereinigten Staaten, die Besiedlung des neuen Kontinents und die darauf folgende Gründung der Staaten war ja ihrem Charakter nach dynamisch und formal eine Eroberung. Schon während der dem Kontinent geltenden Expansion fehlte es dem wirtschaftlichen Leben und einigen Politikern nicht an Energie, auch Pläne für eine überseeische Erweiterung zu schmieden. So wurden schon vor dem Bürgerkrieg Handelsverträge mit China und Japan geschlossen, Hawaii wurde zum amerikanischen Interessenbereich gezählt ebenso wie die Karibik, die wichtig für die zukünftige Verbindung zwischen dem Pazifik und dem Atlantik war.

Als die amerikanische Produktion in Schwung kam, zielte die wirtschaftliche Aktivität immer mehr über die Grenzen der Vereinigten Staaten hinaus. Die USA entwickelten sich zu einer wirtschaftlichen Macht. Ihre internationale politische Stärke war jedoch noch eine potentielle, die USA enthielten sich der Konkurrenz um Kolonien. Was war es denn, was diese potentielle Bereitschaft in einen aktiven, schliesslich zu Krieg und überseeischen Eroberungen führenden "formalen" Imperialismus verwandelte?

Unter den Historikern ist die Frage viel diskutiert worden, welche Rolle die wirtschaftlichen Faktoren am Anfang des amerikanischen Imperialismus spielten. Ein Klassiker der die Friedlichkeit des Kapitalismus betonenden Forschung ist J. A. Schumpeter, der die Ansicht vertrat, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem den Frieden, und nicht den Krieg und Eroberungen braucht, um sich zu entwickeln. Ein "formaler" Imperialismus sei somit nicht vom Wirtschaftsleben, sondern von der politischen Elite und dem Heer gefordert worden.¹ Von den amerikanischen Imperialismusforschern scheint besonders Julius Pratt die Auffassungen Schumpeters übernommen zu haben. In seiner Untersuchung zum Sonderproblem der Expansion gelangt er zu dem Ergebnis, dass die Wirtschaftskreise die Übernahme der spanischen Inseln im allgemeinen nicht und den Krieg schon gar nicht forderten, obwohl eine Ausdehnung des ausländischen Markts als notwendig betrachtet wurde, um die Überproduktion abzusetzen. Erst als der Kriegsausbruch unvermeidlich schien, – und dann während des Kriegs – begann man auch in den Wirtschaftskreisen, den "formalen" Imperialismus zu befürworten.² Wie Pratt behandelt Ernest May vielseitig die Entwicklung, die zu Krieg und Eroberungen führte, doch vermeidet er es, wirtschaftliche Faktoren als vorrangige Gründe anzuführen. Nach ihm führten die von der Presse vertretene öffentliche Meinung, "nameless, formless, and seemingly leaderless public opinion" und die politische Elite, die ihr Vorbild sich aus England geholt

1. *Joseph A. Schumpeter*, Zur Soziologie der Imperialismen. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 46 (1919), S. 1–39.
2. *Julius W. Pratt*, Expansionists of 1898. The Acquisition of Hawaii and the Spanish Islands (N.Y. 1951), S. 234–54.

hatte, das Land zu Krieg und Eroberungen. In den von May zitierten Zeitungsartikeln kommen die verschiedenen Begründungen der imperialistischen Politik zum Ausdruck, aber May wägt sie nicht ab.³

Den Anschluss des kapitalistischen wirtschaftlichen Systems an die imperialistische Aussenpolitik hatte man unter den amerikanischen Forschern doch schon früh eingesehen. In seinem schon 1898 erschienenen Aufsatz behauptete der Journalist und Wirtschaftstheoretiker Charles A. Conant, die Überproduktion und der Bedarf an Ausdehnung des Absatzmarktes seien auf den Bedarf, wachsendes Kapital anzulegen, zurückzuführen. In diesem Sinne kann er als Vorgänger Hobsons und Lenins angesehen werden, was die Imperialismustheorie angeht.⁴

Mehr als für die direkte Verbindung der wirtschaftlichen Faktoren des kapitalistischen Gesellschaftssystems mit der betriebenen Aussenpolitik haben sich die amerikanischen Forscher dafür interessiert, wie die gesellschaftlichen Folgen der Krisen des wirtschaftlichen Systems in der Aussenpolitik zum Vorschein kommen. Eine der bekanntesten Krisentheorien wurde von Frederick Jackson Turner schon in den letzten Jahren der "Grossen Depression" in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts formuliert. Nach seiner "frontier thesis" sei die Expansion stets ein wesentlicher Faktor in der amerikanischen Geschichte gewesen. Die andauernde Eroberung des Landes garantierte die Möglichkeit zum Unternehmen und zur Verbesserung der wirtschaftlich-sozialen Position. Indem sie den wirtschaftlichen Wohlstand garantierte, war auch die soziale Zufriedenheit und Loyalität gegenüber dem politischen System sicher. Wenn man das politische System nicht ändern wollte, musste die Grenze immer wieder verlegt werden, was im Westen bedeutete, dass die pazifischen Inseln und China in den Einflussbereich der Vereinigten Staaten gebracht wurden.⁵

Der wirtschaftliche Sektor spielte eine zentrale Rolle in der Theorie des Historikers Brooks Adams über die geschichtliche Entwicklung der Gesellschaft. Diese Theorie stellte er in seinem erfolgreichen Essay *The Law of Civilization and Decay* (1895) dar. In der Theorie kommt der Einfluss Spencers und Darwins zur Geltung. Danach verlagert sich die politische Macht in einer weit entwickelten Gesellschaft immer mehr zu denjenigen, die auch die ökonomische Macht haben, wobei der "imaginative and martial man" verschwindet und die Gesellschaft sich aufzulösen beginnt und die Gefahr einer Barbarei wächst. In der damals bestehenden Depression waren solche düsteren Aussichten zu beobachten. Um den Kurs der Entwicklung zu ändern, musste die Nation durch das Mittel der Aussenpolitik neue Möglichkeiten zu energischen Aktionen erhalten.⁶ Der Einfluss von Theoretikern und Ideologen auf die betriebene

3. Ernest M. May, *Imperial Democracy. The Emergence of America as a Great Power* (N.Y. 1961), Zitat S. 258.
4. Charles A. Conant, *The Economic Basis of Imperialism*. In: Conant, *The United States in the Orient. The Nature of the Economic Problem* (First published in 1900. Reissued in 1971 by Kennikat Press, Port Washington, London), S. 1–34.
5. Frederick Jackson Turner, *The Problem of the West*. *The Atlantic Monthly* 1896, S. 289–98; vgl. Walter LaFeber, *The New Empire. An Interpretation of American Expansion 1860–1898* (N.Y. 1965, sec. print.), S. 62–72.
6. Brooks Adams, *The Law of Civilization and Decay. An Essay on History*. With an Introduction by Charles A. Beard (Second printing (Knopf) New York 1951). Die Auffassungen Adams' gehen am besten aus seiner Zusammenfassung auf den Seiten 326–49 hervor. Ch. Beard hat u.a. Adams' Begriffe "civilization" und "law" im Vorwort des Werks interpretiert. Siehe auch LaFeber, *The New Empire*, S. 80–84, und Hofstadter, *Social Darwinism* (1955), S. 186–87.

Politik ist vielfach schwer nachzuweisen. Brooks Adams unterhielt jedoch einen nahen Kontakt mit Theodore Roosevelt, in dem Adams "a man brimming with martial spirit" sah, sowie mit Henry Lodge und Alfred Thayer Mahan.⁷

Sowohl Turner als auch Adams präsentierten ihre Theorien in einer konkreten Krisensituation während einer Depression, doch sind Variationen der Krisentheorie auch später entwickelt worden. Als Vorgänger von modernen amerikanischen und deutschen "Krisentheoretikern" kann wohl Alfred Vagts betrachtet werden, der den amerikanischen Imperialismus der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts wie folgt erklärte: "Die seit 1893 währende, durch einen Rückschlag von 1896 erneut akzentuierte Wirtschaftskrise ... nahm in den verschiedensten Formen der Massenirritation ihren psycho-politischen Ausbruch."⁸ Vagts nahm die marxistische Analyse vom Imperialismus nicht an. Er vertrat die Ansicht, dass die Entfaltung des Kapitalismus in den USA nicht so weit fortgeschritten war, dass es sich um eine deterministische Alternative zwischen Sozialismus und Imperialismus gehandelt hätte. Nach Vagts ging es bei der aggressiven Politik der USA, wie bei dem Krieg gegen Spanien und der Annexion der Philippinen, um eine Strategie der politischen Führung, um innenpolitische Schwierigkeiten zu verbergen. Die Initiative und der Druck kamen nicht aus dem Wirtschaftsleben.⁹ Richard Hofstadter entwickelte die Krisentheorie 1952 weiter, um den amerikanischen Expansionismus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu erklären. In seiner Theorie "The psychic crisis" geht auch Hofstadter von der 1873 ausgebrochenen Depression aus, aber er untersucht nicht ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft, sondern auf die öffentliche Meinung. Im Vergleich zu der Situation 20 Jahre früher erregte die Talsohle der 90er Jahre stärker die Menschengemüter, weil auch andere verwirrende Parallelerscheinungen zu beobachten waren. Zu diesen zählt Hofstadter den Zerfall der demokratischen Partei und die Einengung der Wettbewerbsmöglichkeiten, die auf die Monopolisierung folgte. Dazu verringerten sich die wirtschaftlichen Unternehmungsmöglichkeiten a la Turner, als der Pazifik erreicht war. Die durch diese Faktoren bedingte "psychic crisis" rief Protestbewegungen und Forderungen von Reformen auf der einen, eine nationale Aggressivität und Expansion auf der anderen Seite hervor. Die politische Führung war bestrebt, die gegen sie gerichtete Unzufriedenheit zu unterdrücken, indem sie die nationale Aggression auf eine imperialistische Aussenpolitik richtete.¹⁰

Die Politik der Vereinigten Staaten auf Kuba und in Vietnam in den 60er und 70er Jahren unseres Jahrhunderts brachte eine Renaissance in der Erforschung der ersten Schritte des amerikanischen Imperialismus mit sich. Die Schule, die die Auswirkungen der durch die "Grosse Depression" verursachten sozialen Strukturänderungen und vor allem die des wirtschaftlichen Systems auf die Aussenpolitik berücksichtigt, hat die führende Stellung erreicht. Die bekanntesten Vertreter dieser Schule sind William A. Williams sowie Walter LaFeber und Thomas J. McCormick. Nach ihnen seien die USA nicht in der Lage gewesen, die infolge der Depression und besonders aus ihrer amerikanischen Talsohle 1893 entstandenen gesellschaftlichen Probleme

7. *LaFeber*, *The New Empire*, S. 84–85.

8. *Vagts II*, S. 1257.

9. *Vagts II*, S. 1265–70, 1382–84.

10. *Richard Hofstadter*, *Cuba, The Philippines and Manifest Destiny*. Ein Zitat aus diesem 1952 verfassten Essay ist im Werk *Richard Millers*, *American Imperialism in 1818. The Quest for National Fulfillment* (New York 1970), auf den Seiten 37–43 enthalten. Vgl. *The Paranoid Style in American Politics and Other Essays* von Hofstadter (Aufl. von 1966), in der der Essay in revidierter Form gedruckt ist.

zu lösen, die sich in der populistischen Bewegung der ansteigenden Unterstützung des Sozialismus und schweren Streiks ausdrückten. Mit der Krise breitete sich das wirtschaftliche Leben kennzeichnende Verhalten auch auf die politische Elite aus. Die auf die Depression zurückgehenden Strukturänderungen im wirtschaftlichen System, wie Monopolisierung und Organisation des Wirtschaftslebens in verschiedene Interessengemeinschaften entwickelten sich zu Faktoren, die auch die Politik bedingten. Die Wirtschaft begann, sich immer mehr auf die Aussenpolitik auszuwirken. Die durch Überproduktion hervorgerufenen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten waren nur mit Hilfe neuer Märkte zu überwinden. Bei ihrer Beschaffung handelten das Wirtschaftsleben und die politische Führung mehr als früher zusammen.¹¹

Auf dieser Grundlage rekonstruiert LaFeber den Aufbau des amerikanischen Imperiums. Die Bestrebungen zum Vertrieb der Überproduktion machten sich zuerst in den Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Lateinamerika am deutlichsten geltend: in der panamerikanischen Bewegung, in der die sich auf Gegenseitigkeit stützende Handelspolitik eine wichtige Rolle spielte; in der Erneuerung der Monroe-Doktrin, wenn es um die Einstellung zu den Bestrebungen anderer Grossmächte ging, und schliesslich in dem Krieg gegen Spanien.¹² Die Eroberung der pazifischen Inseln und der Philippinen und zum Teil auch den Ausbruch des spanisch-amerikanischen Kriegs führen alle drei, und besonders McCormick auf die wirtschaftlichen Erwartungen zurück, die an China gestellt wurden.¹³ Man sei bestrebt gewesen, die wirtschaftlichen Interessen mit Mitteln eines "informalen Imperialismus" zu garantieren, doch man liess es zu Krieg und Eroberungen, d.h. "formalem Imperialismus", kommen, falls die wirtschaftlichen Ziele mit anderen Mitteln nicht erreicht wurden.¹⁴

Auch Hans-Ulrich Wehler geht in seinen Aufsätzen und später in seinem Sammelband von dem wirtschaftlich-sozialen Erklärungsmodell der amerikanischen Schule aus. Deutlicher als die drei amerikanischen Forscher betont er die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise und das bewusste Streben der politischen Führung nach ihrer Eliminierung mit Mitteln einer expansiven, wenn auch möglichst weitgehend friedlichen, Aussenpolitik. Solche sozialimperialistischen Charakteristika kennzeichneten nach Wehler die Wirtschaftskrise bis zu deren Ende 1897; dies habe eine bedeutende Rolle in der Entstehungsgeschichte des Kriegs zwischen den USA und Spanien gespielt. Nach der Krise habe es sich nur mehr um Wirtschafts imperialismus gehandelt.¹⁵ Ich komme auf Wehlers Theorie im Zusammenhang der Erklärungsansätze des deutschen Imperialismus zurück.

11. Der theoretische Ausgangspunkt ist im Werk *The Tragedy of American Diplomacy* von *William A. Williams* (New York 1959) dargestellt. Hier ist die deutsche Ausgabe "Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie" (Frankfurt a.M. 1973, bes. S. 30–34) benutzt worden.

12. *LaFeber*, *The New Empire*, bes. S. 186–96 und 240–48.

13. *Thomas J. McCormick*, *China Market. America's Quest for Informal Empire 1893–1901* (Chicago 1967), S. 19–34.

14. Ausser den erwähnten Werken der Schule siehe auch die von ihren Ausgangspunkten her geschriebene Gesamtdarstellung *Lloyd Gardner, Walter LaFeber, Thomas J. McCormick*, *Creation of the American Empire: U.S. Diplomatic History* (Chicago, N.Y., San Francisco 1973), bes. S. 226–31. Nach *Daniel B. Schirmer* in seinem Werk *Republic or Empire. American Resistance to the Philippine War* (Cambridge, Mass. 1972), S. 61–62, 161–69, sei die Eroberung der Philippinen noch direkter zurückzuführen auf die Organisation des Wirtschaftslebens der USA.

15. *Hans-Ulrich Wehler*, *Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus. Studien zur Entwicklung des Imperium Americanum 1865–1900* (Tübingen, Göttingen 1974), bes. S. 37–43. Siehe auch das ausgezeichnete Literaturverzeichnis *Wehlers* auf S. 353–61. Zu den von Wehler zu diesem Thema früher veröffentlichten Aufsätzen s. Literaturverzeichnis der vorliegenden Arbeit.

Die das Wesen des US-Imperialismus des 19. Jahrhunderts erklärende Forschung lässt relativ viel Raum für ideologische Faktoren. Das Wirken der Ideologen des Expansionismus ist in der Forschungsliteratur so ausführlich behandelt worden, dass in diesem Zusammenhang eine kurze, im wesentlichen auf Forschungsliteratur gestützte Darstellung ausreichen dürfte.¹⁶ Alle im folgenden erwähnten Ideologen des Expansionismus fanden zu ihrer Zeit bedeutende Öffentlichkeit und Anerkennung. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die imperialistische Politik auf Anregung ihrer Schriften hin betrieben worden wäre. Die Sache dürfte so zu sehen sein, dass die gesellschaftliche Entwicklung und die internationalen Beziehungen sich in einer solchen Entwicklungsphase befanden, dass sich die erwähnten Ideen besonders gut zu ihrer philosophischen und moralischen Legitimation eigneten. Nur solche Doktrinen finden weite Unterstützung, die die Phänomene ihrer Zeit erklären, und besonders dann, wenn sie in der Lage sind, die zur Überwindung von Schwierigkeiten verwendeten Mittel als ehrlich und sogar als notwendig zu beweisen.

Wie in anderen Ländern auch, bildete sich allmählich die theoretische Rechtfertigung der amerikanischen Expansion heraus, die diese unterstützte und forderte. Es wäre vielleicht richtiger zu sagen, dass der dieser Zeit eigene starke Expansionsdrang sich in den publizierten Aufsätzen von Intellektuellen ausdrückte, die sich mit Gesellschaft, Religion, Nationalismus oder internationaler Politik befassten. Gemeinsam für das Denken dieser Intellektuellen scheint die Übertragung von Spencers Evolutionstheorie und Darwins Lehre auf die internationalen Beziehungen gewesen zu sein.

Das Manifest Destiny, die Rassenlehre und der Darwinismus sind keine Produkte der 80er und 90er Jahre des 19. Jahrhunderts gewesen, sie passten aber gut in die Ideologie des Expansionismus. So wie die Konkurrenz der Europäer um Kolonien in den USA beispielhaft wirkte, so wurden auch die in erster Linie englischen Ideologen dieser Politik in den USA sehr bekannt und sie beeinflussten die öffentliche Meinung.¹⁷ Zu den bekanntesten Propheten einer angelsächsischen Weltmacht zählten Charles Dilke und John Seeley.¹⁸ Dank seinem Werk "Social Evolution" (1894) war Benjamin Kidd von den späteren englischen Ideologen des Expansionismus in den USA der beliebteste. Kidd übertrug die Lehre Darwins auf

16. Die Ideologen des Expansionismus werden ausführlich z.B. von *LaFeber* (*The New Empire*), *Wehler* (*Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus*) und *Hofstadter* (*Social Darwinism in American Thought*, Philadelphia 1955) behandelt.
17. Die öffentliche Meinung ist dann allerdings auf weniger als drei Millionen relativ wohlhabende, ausgebildete und politisch aktive Staatsbürger einzuschränken, die hauptsächlich in Städten wohnten. *Ernest R. May*, *American Imperialism: a Speculative Essay* (N.Y. 1968), S. 17–24.
18. *Dilke* schrieb: "The World's future ..., belongs to the Anglo-Saxon, to the Russian and the Chinese races ... France may grow in military and naval power; and Germany in this respect, as well as in population, trade, and wealth; yet so far more rapid is the increase in the strength and the riches of the British Empire and of the United States that, before the next century is ended, the French and the Germans seem likely to be pigmies when standing by the side of the British, the Americans, or the Russians of the future." *Charles W. Dilke*, *Problems of Greater Britain* (London and N.Y. 1890. Fourth ed. 1. Aufl. auch 1890), S. 697. Seeleys Einstellung zum wachsenden Britischen Imperium kommt gut in seiner Feststellung zum Ausdruck: "Whether good or bad then, the growth of Great Britain is an event of enormous magnitude." (S. 15) Auch sonst geht aus dem Werk Seeleys hervor, dass er die Expansion und Weltmachtidee durchaus nicht kritiklos unterstützte (bes. S. 341–59). Als Geheimnis des Erfolgs der USA betrachtete er die "Teutonic liberty and protestant religion" (S. 181). *John Seeley*, *The Expansion of England*. Two Courses of Lectures (London 1931. 1. Aufl. 1883).

die internationale Politik in einem die teutonischen Völker idealisierenden Sinne.¹⁹ Kidds Popularität erklärt sich dadurch, dass der Sozialdarwinismus in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts für den gebildeten Amerikaner keine neue Lehre mehr darstellte. Die amerikanischen Vertreter des Sozialdarwinismus hatten in dem Werk *The Descent of Man* (1871) ihres Lehrmeisters die Rechtfertigung für ihre Interpretationen gefunden. Darwin hatte früher seine Theorie vollkommen innerhalb der Naturwissenschaften halten wollen, doch in seinem neuen Werk schrieb er:²⁰

There is apparently much truth in the belief that the wonderful progress of the United States, as well as the character of the people, are the results of natural selection; for the more energetic, restless, and courageous men from all parts of Europe have emigrated during the last ten or twelve generations to that great country, and have there succeeded best.

Von den amerikanischen Historikern verwendete John Fiske sozialdarwinistische Begriffe, indem er den Begriff Manifest Destiny erweiterte: die angelsächsische Rasse sei verpflichtet, ihre Sprache, Religion, ihre politischen Traditionen und ihr Bluterbe überall dorthin zu verbreiten, wo keine alte Kultur bestand. Fiske wurde begeistert aufgenommen und er hielt seine Vorlesungen in mehreren zehn Städten und Universitäten in verschiedenen Teilen der USA.²¹

Eine noch grössere Popularität und Bekanntheit erlangte Josiah Strong, der Generalsekretär der evangelischen Vereinigung der Vereinigten Staaten. Er stellte seine Gedanken am deutlichsten in *Our Country: Its possible future and its present crisis* (1885) dar. Die Ausbreitung des angelsächsischen Christentums solle seiner Meinung nach auch die durch Überproduktion hervorgerufenen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten lösen, denn *“commerce follows the missionary”*.²²

Auf die politische Theorie wurden die Rassenlehre und der Sozialdarwinismus von dem in Deutschland ausgebildeten John W. Burgess (*Political Science and Comparative Constitutional Law*), 1890) angewendet. Burgess schrieb:²³

19. *Benjamin Kidd*, *Social Evolution* (London and New York 1895. Sec. ed. 1. Aufl. 1895). Obwohl in Europa oder Amerika eine Nation keine Rasse repräsentieren könne, sei es dennoch möglich, einige den keltischen und einige den teutonischen Völkern eigene Charakteristika nachzuweisen. Ein Kennzeichen der Kelten sei eine hohe Intelligenz (high intellectuality). Die teutonischen Völker wiesen mit den Kelten mehrere gemeinsame Charakteristika auf, *“which contribute in a higher degree to social efficiency, and which – having in view the manner in which the natural selection is operating and the direction in which the evolution of the race is proceeding – must apparently be pronounced to be greatly more important than these merely intellectual qualities”*. (S. 297–99) Nach *Kidd* waren die westlichen Rassen berechtigt, die tropischen Gebiete zu nutzen, weil *“peoples with lower social efficiency”* nicht in der Lage seien, deren Ressourcen anzuwenden (S. 334–41).
20. Der Auszug ist als direktes Zitat z.B. in *Lawrence H. Battistinis* Werk *The Rise of American Influence in Asia and the Pacific* (Michigan 1960), S. 132–33, enthalten.
21. *Hofstadter*, *Social Darwinism*, S. 177–78; *Wehler*, *Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus*, S. 60–64.
22. *Josiah Strong*, *Our Country: Its possible future and its present crisis* (New York 1885), S. 7–14. Die Auffassungen Strongs sind ausführlich von LaFeber behandelt worden (*The New Empire*, S. 72–79). Strong hatte sich auch die sozialdarwinistische Auffassung angeeignet und auch er zitierte die Interpretation Darwins über die Gründe des Erfolgs der USA, die Darwin in seinem Werk *“Descent of Man”* dargestellt hatte (*Strong*, S. 170).
23. *John W. Burgess*, *Political Science and Comparative Constitutional Law*. Vol. I. *Sovereignty and Liberty* (Boston and London 1900. 1. Aufl. 1890), S. 4, 38–39.

It is therefore not to be assumed that every nation must become a state. The political subjection or attachment of the unpolitical nations to those possessing political endowment appears, if we may judge from history, to be as truly a part of the course of the world's civilization as is the national organisation of states. I do not think that Asia and Africa can ever receive political organization in any other way ... The national state is thus the most modern and the most complete solution of the whole problem of political organization which the world has as yet produced; and the fact that it is the creation of Teutonic political genius ... authorizes them ... to assume the leadership in the establishment and administration of states.

Durch den amerikanischen Marineoffizier Alfred Thayer Mahan kam in den 90er Jahren in die Expansionsdiskussion ein seestrategischer und machtpolitischer Aspekt, der fest in wirtschaftlichen Begründungen verankert war. In seinem Hauptwerk "The Influence of Sea Power upon History 1660–1783" (1890) legte er in überzeugender Weise dar, dass die Herrschaft über die Meere die Macht in der Weltgeschichte garantiert habe. Die Produktionsfähigkeit des Volks, insbesondere die Erzeugung von Aussenhandelswaren, bilde die Grundlage jeder Seemacht.²⁴ Seefahrt und Handel seien ohne Kolonien kaum möglich. Die wichtigste Aufgabe der Kolonien sei eine strategische: sie sollten in der Lage sein, als Kohlestationen für Handelsschiffe und als Stützpunkte für Kriegsschiffe zu dienen.²⁵ Mahan hob besonders den strategischen Wert der Karibik hervor. Nach dem Bau eines Kanals sei sie sehr wichtig für die Grossmächte.²⁶

Nach der Wisconsinschen Schule drückt sich die Einstellung der führenden amerikanischen Expansionisten dieser Zeit zu Eroberungen von Kolonien im Denken Mahans am deutlichsten aus. Das Ziel bestand darin, den Fernen Osten und Lateinamerika wirtschaftlich zu nutzen, d.h. "informal imperialism". Die karibischen und die pazifischen Inseln sowie die Philippinen hatten in erster Linie einen strategischen Wert bei dem Ziel, auf diesem Markt Fuss zu fassen.²⁷

Das Werk Mahans war als Begründung für das Erweiterungsvorhaben der Handels- und Kriegsflotte bestimmt. Sein Einfluss darauf war dann auch unbestritten. Das Werk Mahans erschien zu einem günstigen Zeitpunkt und es fand eine begeisterte Aufnahme in den Marinekreisen der Grossmächte. Es wurde in alle grossen europäischen Sprachen und ins Japanische übersetzt. Mahan hatte auch politischen Einfluss. Zu seinem Bekanntenkreis gehörten Persönlichkeiten wie Theodore Roosevelt und Henry Cabot Lodge, die später als führende Expansionisten galten.²⁸

24. *Alfred Thayer Mahan*, *The Influence of Sea Power upon History 1660–1783* (Boston 1928. 1. Aufl. 1890), S. 53.

25. *Mahan*, S. 83.

26. *Mahan*, S. 33–34.

27. *LaFeber*, *The New Empire*, S. 91; *McCormick*, *China Market*, S. 19–34. Eine solche auf die Strategie gestützte Erklärungsweise wird auch von *William J. Pomeroy* akzeptiert (*American Neo-Colonialism. Its Emergence in the Philippines and Asia*. N.Y. 1970, z.B. S. 10–11.) Auch bei Pomeroy bildet die wirtschaftliche Entwicklung in den USA die fundamentale Erklärungsgrundlage. Die Erklärung der genannten Forscher weist Gemeinsamkeiten mit dem strategischen Teil von Robinsons und Gallaghers Thesen, doch behandeln die Amerikaner nicht die mögliche gegenseitige Abhängigkeit der inneren Entwicklung der Objekte und der Eroberungen. Deutlicher werden "sub-imperialistische" Auffassungen, d.h. Forderungen der in China tätigen Amerikaner über die Aktivierung der Politik, von *Michael H. Hunt* dargelegt (*Frontier Defence and the Open Door. Manchuria in Chinese-American Relations 1885–1922*. (New Haven and London 1973), S. 27–29.

28. *William Langer*, *Diplomacy of Imperialism, 1890–1902* (N.Y. 1960), S. 418–20; *E.B. Potter*, *The United States and World Sea Power* (New Jersey 1955), S. 397.

Der Ausbau der US-Flotte war schon im Gange, als das Werk Mahans erschien. Für die Verwirklichung der Flottenerweiterung wurden die allgemeinen Begründungen des Expansionismus angeführt. Die durch Überproduktion hervorgerufene Konkurrenz zwischen den nationalen Wirtschaftssystemen werde im sozialdarwinistischen Sinne von der Flotte zugunsten des Stärksten entschieden.²⁹ Natürlich wurden auch politische und strategische Begründungen angeführt. Es wurde der europäischen Konkurrenz um Kolonien Aufmerksamkeit gewidmet. Die Folge davon war, dass dem europäischen Kräftegleichgewicht bald eine globale Bedeutung zukam. Da vieles auf das Ende der isolationistischen Zeit hindeutete, bestand auch für die USA kein Grund mehr, sich auf die Küstenverteidigung zu stützen.³⁰ Es ist auf den Einfluss des "Mahanismus" und die allgemeine Aktivierung der Aussenpolitik zurückzuführen, dass die US-Kriegsflotte so ausgebaut wurde, dass während der zweiten Regierung Cleverlands die fünf früher gebilligten Schlachtschiffe fertig gebaut wurden, eins im Bau war und die Baupläne für fünf weitere angenommen wurden.³¹

2.2. Deutschlands "Weltpolitik"

Die Erklärungsmodelle für die deutsche Weltpolitik lassen sich grob in drei Kategorien einteilen: in wirtschaftlich-soziale, macht- und gleichgewichtspolitische und marxistische.³² Als Ergebnis einer intensiven Forschungsdiskussion, die in den 70er Jahren geführt wurde, hat innerhalb jeder Kategorie eine noch weitere Differenzierung und andererseits auch Annäherung verschiedener Standpunkte stattgefunden.

Bei den wirtschaftlich-sozialen Modellen wird von der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands sowie den dadurch entstandenen sozialen Änderungen und dem Druck auf politische Änderungen ausgegangen. Kennzeichnend für das deutsche Wirtschaftsleben der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts waren Monopolisierung der Schwerindustrie, Anstieg der Exportindustrie und Schwierigkeiten in der Landwirtschaft. Im Konflikt zwischen dem Anwachsen des Produktionsumfangs der Industrie und der Zunahme des Handelsvolumens und den Schwierigkeiten der Depression einerseits und als Ergebnis des Streits zwischen der den Freihandel befürwortenden Exportindustrie und den Schutzzölle fordernden Agrariern andererseits entstanden mehrere Interessengemeinschaften, der Kapitalismus "organisierte sich". Mit der Industrialisierung

29. *Robert Seager*, Ten Years before Mahan: the Unofficial Case for the New Navy, 1880–1890. Mississippi Valley Historical Review. Vol XL, Nr. 1 (1953), S. 493–97.

30. *Harald and Margaret Sprout*, The Rise of American Naval Power 1776–1918 (Princeton 1939), S. 184–85; *Foster Rhea Dulles*, America's Rise to World Power 1898–1954. (N.Y. 1950), S. 28.

31. *LaFeber*, The New Empire, S. 240.

32. *Wolfgang J. Mommsen* hat eine fünfstufige Klassifizierung für die Erklärungsmodelle "Primat der Innenpolitik" der Aussenpolitik des Wilhelminischen Deutschlands in seinem Aufsatz Domestic Factors in German Foreign Policy before 1914. Central European History 6/1973. Lünenburg, Vermont, S. 3–43. Obwohl eine solche Klassifizierung in seiner Analyse geeignet ist, sind Vereinfachungen dort unvermeidlich. Z.B. kritisiert *Hans-Jürgen Puhle* überhaupt das Abstempeln von modernen Forschern als "kehrsch" und hält Mommsens Unterscheidung zwischen der "kehrschen" und der "funktionell-strukturellen" Schule für unklar. S. *Puhle*, Zur Legende von der "kehrschen" Schule". Geschichte und Gesellschaft 4/1978, S. 110. Neue Erklärungsmodelle der imperialistischen Politik klassifiziert Mommsen allgemeiner in seinem Werk Imperialismustheorien. Ein Überblick über die neueren Imperialismusinterpretationen. (Göttingen 1977).

wuchs die Arbeiterklasse, deren politische Grundrechte mit der Abschaffung der Sozialistengesetze wiederhergestellt wurden. Aus der Sicht der agrar-adeligen Machtelite war der gesellschaftliche Frieden erschüttert. Es herrschen kaum Meinungsverschiedenheiten darüber, dass die intensivierete Weltpolitik in dieser Situation dazu bestimmt war, das System zu unterstützen. Es entstehen Akzentuierungsunterschiede, wenn man Fragen beantwortet wie "Für wen?", "Gegen wen?" und "Warum als formeller (direkter) Imperialismus?"

Am deutlichsten wird der Wert der Aussenpolitik als Mittel zur Lösung der innenpolitischen Krisen von Hans-Ulrich Wehler hervorgehoben, für den der Imperialismus vor allem "Strategie und Mittel defensiver Herrschaftsstabilisierung" darstellt. Die Position der herrschenden Klassen wurde durch Konjunkturschwankungen, m.a.W. durch das ungleichmässige Wirtschaftswachstum auf die Probe gestellt. Die Reichsführung betrieb den formellen und informellen Imperialismus so, dass die herrschenden politischen Kräfteverhältnisse durch wirtschaftliche und soziale Änderungen nicht erschüttert würden. Ohne die Verschärfung des internationalen Wettbewerbs hätte man sich im Zeitalter Bismarcks vermutlich an den informellen Imperialismus gehalten. Im Wilhelminischen Imperialismus bestand dann neben der "kalkulierten Instrumentalisierung" ein "Prestigeelement ungleich stärker als früher". In jedem Fall ist Wehler der Ansicht, dass in der ganzen Zeit vor dem ersten Weltkrieg der Sozialimperialismus in der deutschen Politik als mindestens ebenso wichtiges Element wie die wirtschaftlichen Faktoren mitgewirkt haben.³³

Auch Helmut Böhme geht davon aus, dass die betriebene Aussenpolitik zur Aufrechterhaltung des Systems diene. Dennoch habe es sich um keine Konjunkturpolitik, sondern darum gehandelt, dass man sich um die strukturelle Krise der deutschen Gesellschaft zu kümmern habe. Durch die schnelle Industrialisierung sei es in der Gesellschaft zu einer strukturellen Umwandlung gekommen, infolge deren die realen Konflikte auch zwischen den "den Staat unterhaltenden Kräften" — dabei habe es sich vor allem darum gehandelt, sich der preussischen Junker zu versichern — so gross gewesen seien, dass die Beibehaltung des politischen Gleichgewichts nur mit propagandistisch-psychologischen Mitteln möglich gewesen sei. In der Aussenpolitik bedeutete dies, dass man sich immer mehr nicht-vernünftiger, aggressiver Methoden bediente. Im Grunde ist die imperialistische Politik auch für Böhme eine Strategie, die die Staatsführung im Sinne des "Primats der Innerpolitik" betrieb. Die wirtschaftliche Entwicklung übt also nur einen indirekten Einfluss darauf aus.³⁴ Geradliniger als Böhme vertritt Gilbert Ziebur die Ansicht, dass der formelle Imperialismus eine Folge von den durch die wirtschaftliche Entwicklung entstandenen Konflikten zwischen den besitzenden Klassen sei. Der informelle Im-

33. Es besteht kein Grund, Wehlers umfangreiche Publikationen hier aufzuzählen. Seine "Primat der Innenpolitik"-Auffassung dürfte Wehler zum grössten Teil von Eckart Kehr und Alfred Vagtsgeerbt haben. Schon vor Wehler hatte Hans Rosenberg in seinem Werk *Grosse Depression und Bismarck-Zeit* (Berlin 1967) die Bedeutung der Konjunkturpolitik im Deutschland Bismarcks behandelt. Die Auffassungen Wehlers sind früher mit der Theorie der "Wisconsinischen Schule" verglichen worden. Seine Definition des Imperialismus, seine Auffassungen von der Entstehung des deutschen Imperialismus in der Bismarck-Zeit sowie seine Interpretationen von Imperialismus der letzten Jahre vor der Jahrhundertwende sind in kurzgefasster Form enthalten in seinem Werk *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918* (Göttingen 1973), siehe bes. S. 171–79.

34. Seine Konzeption von dem Anfang des deutschen Imperialismus stellt Böhme in seinem Aufsatz dar: "Thesen zur Beurteilung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Ursachen des deutschen Imperialismus." In: *W.J. Mommsen*, *Der moderne Imperialismus* (Stuttgart 1971), S. 31–59. Siehe bes. S. 48–55. In seinem Werk *Deutschlands Weg zur Grossmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft*

perialismus, dessen Grundlage in Caprivi's Zeit geschaffen wurde, hätte der verarbeitenden Industrie und den liberalen Kreisen sowohl wirtschaftlich als auch politisch genutzt. Der Abschwung in dieser Entwicklung führte dazu, dass die Schwerindustrie und die Grossagrarier ihre Zusammenarbeit wieder aufnahmen, was in der Aussenpolitik seinen Ausdruck in dem formellen Imperialismus fand, in dem die Interessen der herrschenden Klassen Deutschlands und die der deutschen Grossmacht gleichgesetzt wurden.³⁵

Nach allen drei oben erwähnten Forschern war die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Begriff, den Zerfall des alten Machtsystems Deutschlands herbeizuführen. Laut Wehler sahen die herrschenden Klassen die Gefahr für ihre Macht vor allem in der Arbeiterbevölkerung und in den Linksliberalen, während nach Böhme und Ziebur die Krise vor allem innerhalb der besitzenden Klasse bestand. Wolfgang J. Mommsen befasst sich dagegen mit den Auswirkungen der Strukturänderung auf den Mittelstand. Seiner Meinung nach könne die imperialistische Politik nicht nur als "das verdinglichte Substrat von Prozessen politischer Manipulation auf seiten der herrschenden Elite" betrachtet werden, sondern der erweiterte Mittelstand, und vor allem sein bürgerlicher Teil verwendete sie als "Emanzipationsideologie" gegen höhere und als "Abschirmungsstrategie" gegen niedrigere Sozialklassen. Für Mommsen ist Imperialismus aggressiver Nationalismus der Mittelklassen.³⁶ Doch wenn Mommsen die Anfänge der Weltpolitik erklärt, betrachtet er Bülow, den Leiter der offiziellen Aussenpolitik Deutschlands, als Manipulator. In einer seiner früheren Untersuchungen bemerkt Mommsen folgendes zur Politik Bülows:

Imperialist expansion was not an aim in itself, but rather a means of bolstering the prestige of the emperor and the political system, which had suffered a great deal in the years since 1892.³⁷

und Staat während der Reichsgründungszeit 1848–1881 (Köln, Berlin 1966) betonte Böhme schon die Bedeutung der Junker für Bismarcks Sammlung, s. bes. S. 538–40, 547–48. Auch in seinem Aufsatz Grenzen des Wachstums, aussenwirtschaftliche Beziehungen und gesellschaftliche Systemstabilisierung. Bemerkungen zum deutsch-russischen Verhältnis 1886–1894. In: *Dirk Stegmann/Bernd-Jürgen Wendt/Peter-Christian Witt* (Hrsg.), *Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Festschrift für Fritz Fischer zum siebzigsten Geburtstag* (Bonn 1978), hebt Böhme die strukturellen Gründe der aggressiven Aussenpolitik hervor.

35. *Gilbert Ziebur*, Sozialökonomische Grundfragen des deutschen Imperialismus vor 1914. In: *Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag*. Hrsg. von *Hans-Ulrich Wehler* (Göttingen 1974), siehe bes. S. 502–05. Ziebur kritisiert die Sozialimperialismus-These und sieht ihre Grundschwäche darin, dass "sie die subjektiven Wunschvorstellungen der herrschenden Klassen über die Perpetuierung ihrer eigenen Herrschaft und die daraus abgeleitete Politik mit den objektiven Bewegungsgesetzen von Wirtschaft und Gesellschaft gleichsetzt". (S. 502).
36. *Wolfgang J. Mommsen*, Imperialismus. Seine geistigen, politischen und wirtschaftlichen Grundlagen. Ein Quellen- und Arbeitsbuch (Hamburg 1977), S. 28. In einem anderen Zusammenhang analysiert Mommsen nationalistische, ökonomische und kulturimperialistische Motivationen; nach dem Ergebnis dieser Analyse seien sie als imperialistische Motivationen der Liberalen zu betrachten. Siehe seinen Aufsatz "Wandlungen der liberalen Idee im Zeitalter des Imperialismus". In: *Liberalismus und imperialistischer Staat. Der Imperialismus als Problem liberaler Parteien in Deutschland 1890–1914*. Hrsg. von *Karl Holl* und *Gunther List* (Göttingen 1975), S. 133–37. Laut *Klaus Vondung* sei das Bildungsbürgertum dem aggressiven Nationalismus besonders ausgesetzt gewesen, weil es durch den schnellen Industrialisierungsprozess seine soziale Stellung eingebüsst habe und politisch heimatlos zwischen dem Grossbürgertum und der Arbeiterbevölkerung geworden sei. Siehe *Vondung*, *Zur Lage der Gebildeten*. In: *Das Wilhelminische Bildungsbürgertum. Zur Sozialgeschichte seiner Ideen*. Hrsg. von *Klaus Vondung* (Göttingen 1976), S. 25–30.
37. *Mommsen*, *Domestic Factors*, S. 18–19.

Dieselbe Interpretation taucht auch später auf:

Seit 1897 griff dann auch die offizielle deutsche Politik das Programm einer deutschen Weltpolitik grossen Stils auf, freilich vorwiegend, weil man sich davon günstige innenpolitische Auswirkungen, insbesondere eine Stabilisierung des in eine Strukturkrise geratenen Wilhelminischen Systems, versprach.³⁸

Auch nach Mommsen bestand der tiefere Grund der Weltpolitik in dem durch die wirtschaftliche Entwicklung bedingten sozialen und politischen Wandel in der deutschen Gesellschaft. Die imperialistische Politik war dann die von der politischen Führung gewählte *S t r a t e g i e*, die sich für den Mittelstand gut zur emanzipatorischen nationalen Ideologie eignete. Der Imperialismus war kein direktes Ergebnis aus der Expansion des Wirtschaftslebens.

Eine entgegengesetzte Ansicht über das Verhältnis des Wirtschaftslebens zur expansiven Aussenpolitik wird von *G e o r g e W. F. H a l l g a r t e n* und *J o a c h i m R a d g a u* vertreten. In dem seinerzeit bahnbrechenden Werk "Imperialismus vor 1914"³⁹ ging Hallgarten davon aus, dass hinter den Eroberungen von Kolonien im wesentlichen die monopolistische Entwicklung der Wirtschaft sowohl nach der kapitalistischen als auch der sozialistischen Wirtschaftstheorie steckte. In seinem Werk wollte Hallgarten die Verbindungen zwischen dem die Aussenpolitik bestimmenden Personenkreis und dem Finanzkapital nachweisen.⁴⁰ In ihrem gemeinsamen Werk nahmen dann Hallgarten und Radgau zur neuen Imperialismuskritik Stellung. Wie im früheren Werk Hallgartens, werden auch jetzt die Kartelle, vor allem die der Schwerindustrie, als der *primus motor* der imperialistischen Politik bezeichnet, doch habe es sich zugleich um "die Konservierung der überkommenen politischen und sozialen Struktur" gehandelt. Der Mittelstand spielte in diesem Prozess eine bedeutende Rolle, denn "während es ... keinen Sozial-Imperialismus in dem Sinne gab, dass die 'soziale Frage' – worunter man die Arbeiterfrage verstand – nach aussen 'abgelenkt' oder exportiert werden musste, ist richtig, dass ein analoges Problem für die Sprossen der übrigen Bevölkerungsschichten und speziell des Besitzbürgerstums bestand . . ."⁴¹

Unter den Forschern, die die innenpolitischen Gründe des Imperialismus betonen, kommt der Begriff Sammlungspolitik mit Nachdruck zum Vorschein. Die Aufgabe der expansiven Aussenpolitik in der Sammlung sei es, die Konflikte zwischen den "besitzenden Klassen" und den "den Staat unterhaltenden" Kreisen auszugleichen und die Front im Kampf gegen den Sozialismus zu festigen. Es ist nachgewiesen worden, dass eine solche Strategie sowohl von

38. *Mommsen*, Imperialismus, S. 111.

39. *George F. Hallgarten*, Imperialismus vor 1914. Die soziologischen Grundlagen der Aussenpolitik Europäischer Grossmächte vor dem ersten Weltkrieg. Erster Band. Zweite, durchgearbeitete und stark erweiterte Auflage. (1. Aufl. 1951). München 1963.

40. Imperialismus, bes. S. 28–29, 35–37. Dank seiner neuen "soziomarxistischen" Methode fand Hallgarten bei marxistischen Forschern auch Anerkennung. Jedoch betrachtete *A. S. Jerussalimski* den Versuch Hallgartens, die sozialistische Theorie mit kapitalistischen Thesen zu verbinden, für wissenschaftlich undurchführbar, wenn er auch Hallgarten sehr viel Anerkennung zollte. Siehe *A. S. Jerussalimski*, Der deutsche Imperialismus. Geschichte und Gegenwart (Berlin 1968), russischsprachiges Originalwerk 1964), S. 60–82. Das Streben Hallgartens, einen direkten Einfluss des Finanzkapitals auf die expansive Aussenpolitik nachzuweisen, ist unter den bundesdeutschen Forschern stark kritisiert worden. Siehe z.B. zur neuesten Kritik *Wolfgang J. Mommsen*, Europäischer Finanzimperialismus vor 1914. Ein Beitrag zu einer pluralistischen Theorie des Imperialismus. H.Z. 224/1, 1977, S. 17–81, bes. S. 47.

41. *W.F. Hallgarten, Joachim Radgau*, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute (Frankfurt a.M., Köln 1974), S. 66.

der Spitze der politischen Maschinerie aus als auch umfangreicher von den Interessengemeinschaften des wirtschaftlichen Lebens betrieben wurde. Besonders die von John Röhl analysierte Korrespondenz zwischen Wilhelm II., Eulenburg und Bülow zeigt, dass die Aussenpolitik dazu dienen sollte, das herrschende deutsche Machtsystem, vor allem die Macht des Kaisers, zu garantieren,⁴² und dass die Machterlangung Bülows ein Teil des Ganzen war. Dirk Stegmann schätzt seinerseits die Garantie der persönlichen Macht des Kaisers als nicht bedeutsam für die Aussenpolitik der Sammlung ein, sondern er befasst sich ausführlich mit den Motiven verschiedener Seiten des Wirtschaftslebens, eine expansive Politik zu betreiben.⁴³

Die Auffassung Mommsens nähert sich den Erklärungsmodellen des Imperialismus, in denen Begriffe wie "Prestige-", "Macht-", "Gleichgewichtspolitik" und "Nationalismus" eine bedeutende Rolle spielen. Die Bedeutung der Begriffe "Nationalstaat" und "Nationalismus" für die imperialistische Politik behandelte Theodor Schieder in seiner Gesamtdarstellung schon vor der durch Wehler in Gang gesetzten Imperialismuskonversation. Schieder ging davon aus, dass "jede grosse Macht ... es jetzt für ihr politisches Prestige unerlässlich (hält), dass sie über Herrschaftsgebiete ausserhalb ihrer nationalen Grenzen verfügt". Hinter der Expansion steckte "eine demographische, aber auch national-psychologische Dynamik", die nur wenig mit Kapitalismus zu tun habe.⁴⁴ Der Zeitpunkt des Beginns der imperialistischen Politik sei bei verschiedenen Staaten durch die nationale Lage eines jeden bestimmt. So "... (kann) die

42. J.C.G. Röhl, *Germany without Bismarck. The Crisis of Government in the Second Reich, 1890–1900* (London 1967), bes. S. 103–04, 251–60. Die Rolle Eulenburgs hat ausführlicher Hans Wilhelm Burmeister in seiner Oregoner Dissertation "Prince Philipp Eulenburg-Hertefeld (1847–1921): His Influence on Kaiser Wilhelm II and His Role in German Government 1882–1902" (Oregon 1972), dargestellt.
43. Gerade Stegmann hat die Begriffe des Sozialimperialismus angewendet, als er mit Hilfe der Interessengemeinschaften die Rolle des Wirtschaftslebens in der expansiven Aussenpolitik der 90er Jahre untersuchte. Deutschlands Aussenpolitik sei eher durch die Interessen des organisierten Wirtschaftslebens als durch das Streben nach einer persönlichen Regierung bedingt. Siehe *Stegmann*, *Wirtschaft und Politik nach Bismarcks Sturz. Zur Genesis der Miquelschen Sammlungspolitik 1890–97*. In: *Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts*. Hrsg. von Immanuel Geiss und Bernd Wendt (Düsseldorf 1973). Zum Zusammenhang zwischen der Erhaltung der Macht des Kaisers und den Interessen des Wirtschaftslebens, siehe bes. S: 172–74, 183–84. Die Auffassungen Wehlers und Stegmanns sind von Hans-Peter Ullmann angewendet worden (*Der Bund der Industriellen. Organisation, Einfluss und Politik klein- und mittelbetrieblicher Industrieller im Deutschen Kaiserreich 1895–1914*. Göttingen 1976). Ullmann ist der Ansicht, dass der Bund der Industriellen in der Sammlung aktiv wurde, weil die Sammlung sich von einer "kleinen" unter Miquel zu einer "grossen" unter Bülow und Tirpitz entwickelte. Dennoch waren die Beweggründe des Bundes wirtschaftlicher Natur, d.h. man brauchte zusätzliche Märkte, und bis zur Jahrhundertwende trat der BdI für den informellen Imperialismus ein (S. 171–73). Laut Hans-Jürgen Puhle trugen auch die Aktivitäten der Interessengemeinschaft der Agrarier, des Bundes der Landwirte, sozialdarwinistische und sozialimperialistische Züge. Siehe *Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften. Deutschland, USA und Frankreich im 20. Jahrhundert* (Göttingen 1975), S. 67; derselbe, *Agrarische Interessenpolitik und preussischer Konservatismus im Wilhelminischen Reich (1893–1914)* (Hannover 1967), S. 89–90. Es ist dennoch schwer, sozialimperialistische Stellungnahmen des BdL in Puhles Untersuchungen zu finden. Vielmehr hat es den Anschein, als ob die Agrarier durch die sie repräsentierende Deutschkonservative Partei per Flottengesetz die Weltpolitik weitgehend unterstützen würden, einerseits weil ihnen die Erhöhung des Einfuhrzolls für landwirtschaftliche Produkte versprochen worden war und andererseits aus nationalen prestigepolitischen Gründen. (*Agrarische Interessenpolitik*, S. 97) "Die Agrarier sind immer dabei, wenn es gilt, Deutschlands Stellung in der Welt zu stärken, nur wollen sie dabei nicht selbst unter die Räder kommen." (*Politische Agrarbewegungen*, S. 67).
44. *Theodor Schieder*, *Europa im Zeitalter der Nationalstaaten und europäische Weltpolitik bis zum 1. Weltkrieg (1870–1918)*. In: *Handbuch der europäischen Geschichte*. Bd. 6 (Stuttgart 1968), S. 80.

deutsche Nationalstaatsgründung erst als vollendet angesehen werden, wenn sie durch eine Weltmachtsschöpfung gekrönt wurde“.⁴⁵ Die wirtschaftlichen Motive wirken stets bei der imperialistischen Politik mit, doch “keineswegs immer (als) ein unbedingter Primat des ökonomischen“.⁴⁶ Obwohl der wirtschaftliche Aspekt der Machtpolitik eine wichtigere Stellung in der Weltpolitik als früher erlangt habe, seien die wirtschaftliche Gründe der neuen Eroberungen potentieller Natur gewesen und in der Praxis hätten sie sich als Phantasieprodukte erwiesen.⁴⁷

Indem *Winfried Baumgart* den Primat der Innenpolitik für die Aussenpolitik kritisiert, betont er die Bedeutung der grossmachtpolitischen Konkurrenz für die Entstehung der imperialistischen Politik. Er akzeptiert, wie weitgehend auch *Mommsen*, die Interpretation *Robinsons* und *Gallaghers* von dem Einfluss Englands auf die deutsche Politik 1884–85. Auch im Jahr 1898 konnte Deutschland in China Fuss fassen und den Kreis seiner Besitzungen im Pazifik wegen der internationalen “Zwangslage” Englands erweitern.⁴⁸ *Baumgart* gibt zu, dass die seit 1897 betriebene Weltpolitik einen deutlichen sozialimperialistischen Charakter trug, aber er präzisiert: “Das heisst nicht, dass der wilhelminische Imperialismus nur als Funktion der Innenpolitik verstanden werden kann. Er entwickelte auch seine Eigenesetzlichkeit auf seinem ureigensten Betätigungsfeld, dem der Aussenpolitik.“⁴⁹

In der Diskussion über den Primat der Innen- oder Aussenpolitik für die imperialistische Politik ist wohl am entschiedensten *Klaus Hildebrand* für die letztere Auffassung eingetreten. In der europäischen Aussenpolitik hätten schon seit dem Utrechter Frieden 1713 Begriffe wie Hegemonie und Gleichgewicht, die sogar “Motiv und Massstab” für politische Entscheidungen führender Staatsmänner gewesen seien, ihre Geltung bewahrt.⁵⁰ Im wilhelminischen Deutschland sei dieses autonome aussenpolitische Denken im Nationalismus und Imperialismus zum Ausdruck gekommen: “... Man wollte ... sich nicht mit der kontinental begrenzten Reichsgründung *Bismarcks* zufrieden geben, sondern dem Geist der Epoche entsprechend, expandieren, um einem ansonsten, angesichts der Existenz mächtiger Grossreiche wie des britischen Empire, der Vereinigten Staaten von Nordamerika und Russlands, als sicher erwarteten Absinken zu einer zweitrangigen Macht der Staatengesellschaft zu entgehen.“⁵¹

Es ist nicht schwer, solche macht- und nationalpolitischen Ideen, die als Begründungen des deutschen Imperialismus hätten dienen können, z.B. in der Philosophie *Hegels* und *Rankes* nachzuweisen. Die nationale Macht sei das höchste Ziel und die Macht gebe das Recht, als erstes

45. *Schieder*, S. 81–82.

46. *Schieder*, S. 83.

47. *Schieder*, S. 84.

48. *Winfried Baumgart*, *Der Imperialismus. Idee und Wirklichkeit der englischen und französischen Kolonial-expansion 1880–1914* (Wiesbaden 1975), S. 105–06.

49. *Baumgart*, *Imperialismus*, S. 117. Vgl. *Baumgart*, *Deutschland im Zeitalter des Imperialismus (1880–1914)* (Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1972), S. 12–17.

50. *Klaus Hildebrand*, *Geschichte oder “Gesellschaftsgeschichte”? Die Notwendigkeit einer politischen Geschichtsschreibung von den internationalen Beziehungen*. H.Z. 223/2, 1976, S. 348–49.

51. *Hildebrand*, *Imperialismus, Wettrüsten und Kriegsausbruch 1914 (I)*. Zum Problem von Legitimität und Revolution im internationalen System. *Neue politische Literatur*, Jg. XX/2, 1975, S. 183. Vgl. *Andreas Hillgruber*, *Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Aussenpolitik von Bismarck bis Hitler*. In: *Grundfragen der deutschen Aussenpolitik seit 1871*. Hrsg. von *Gilbert Ziebura*. Darmstadt 1975. Danach sei das Ziel sowohl der Reichsführung, der Rechtsopposition als auch der liberalen Imperialisten die Grossmachtstellung Deutschlands gewesen (s. bes. S. 23–27).

unter den Völkern zu stehen.⁵² Die Auffassung von dem Primat des macht- und nationalstaatspolitischen Denkens im aussenpolitischen Denken der Staatsmänner des 19. Jahrhunderts ist immer noch in der westdeutschen Geschichtsschreibung in starkem Masse anzutreffen. So enthielt nach Peter Winzen die Weltmachtpolitik Wilhelms II. und Bülow's "zwar sozialimperialistische Momente", doch in der Regel habe es sich um Macht- und nationale Politik gehandelt.⁵³ Die besonders das Denken Treitschkes kennzeichnenden Grossmachtphantasien standen im Hintergrund von Bülow's Weltpolitik. Von diesem Standpunkt aus sei es das Ziel der Sammlungspolitik – wie das der Liberal-Imperialisten –, ein innerlich festes Deutschland zu schaffen, um erfolgreich die "grosse Politik" betreiben zu können, d.h., wie Winzen es formuliert: "Letztlich lässt sich seine (Bülow's) Sammlungskonzeption also nur unter dem Primat der Aussenpolitik adäquat verstehen."⁵⁴

Wie Winzen bei Wilhelm II. und Bülow, ist Wilhelm Deist bestrebt, bei Tirpitz die Bedeutsamkeit des innenpolitischen Aspekts zu widerlegen. Nach Deist sei die Flotte an sich, und nicht so sehr die Aufrechterhaltung des Systems, das Wichtigste für Tirpitz gewesen.⁵⁵ Ebenfalls habe der machtpolitische Aspekt Tirpitz mehr am Herzen gelegen als die wirtschaftlichen Begründungen des Flottenausbaus, wenn auch das machtpolitische Denken – in Anlehnung an den "Mahanismus" – wirtschaftlich betont wurde.⁵⁶

Die Rolle des Sozialdarwinismus in der Ideologie des deutschen Imperialismus ist kaum untersucht worden. Vielleicht hängt es z.T. auch damit zusammen, dass dem Sozialdarwinismus keine so grosse Bedeutung im deutschen wie in dem englischen oder amerikanischen Imperialismus zugemessen worden ist.⁵⁷ Es versteht sich dennoch von selbst, dass die Rassenideologie und die gesellschaftliche Anwendung von Darwins Lehre schon im Deutschland der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts weithin bekannt waren. Die Ehre oder die Verantwortung für die Popularisierung von Darwins Lehre fällt zum grossen Teil dem Jenaer Zoologen Ernst Haeckel zu. Schon sein erstes, auf Vorlesungen beruhendes Werk "Die natürliche Schöpfungsgeschichte",

52. Z.B. *Hermann Heller*, Hegel und der nationale Machtstaatsgedanke in Deutschland. Ein Beitrag zur politischen Geistesgeschichte (Leipzig, Berlin 1926), S. 129–31; *Hubert Kiesenwetter*, Von Hegel zu Hitler. Eine Analyse der Hegelschen Machtstaatsideologie und der politischen Wirkungsgeschichte des Rechtshegelianismus (Hamburg 1974), S. 190–95; *Aira Kemiläinen*, Die historische Sendung der Deutschen in Leopold von Ranke's Geschichtsdenken (Helsinki 1968), S. 62–63.
53. *Peter Winzen*, Bülow's Weltmachtkonzept. Untersuchungen zur Frühphase seiner Aussenpolitik 1897–1901 (Bobbard a. Rhein 1977), S. 18–21.
54. *Winzen*, S. 41, 427–28.
55. *Wilhelm Deist*, Flottenpolitik und Flottenpropaganda. Das Nachrichtenwesen des Reichsmarineamtes 1897–1914 (Stuttgart 1976), S. 14.
56. *Deist*, S. 110–11.
57. *Hans-Ulrich Wehler*, Sozialdarwinismus im expandierenden Industriestaat. In: Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Hrsg. von *Immanuel Geiss* und *Bernd Jürgen Wendt* (Düsseldorf 1973), S. 141–42. Dennoch vertritt *Daniel Gasman* die folgende Ansicht: "It may be said that in no other country of Europe, or for that matter even in the United States, did the ideas of Darwinism develop as seriously as a total explanation of the world as in Germany." Siehe *Gasman*, *The Scientific Origins of National Socialism. Social Darwinism in Ernst Haeckel and the German Monist League* (London, New York 1971), S. xxiiiiv. Gasman scheint damit schon das Ende des 19. Jahrhunderts gemeint zu haben, während Wehler feststellt: "... dass der deutsche Sozialdarwinismus erst in der Theorie und Praxis des Nationalsozialismus den Höhepunkt seines massenwirksamen Einflusses erreicht hat." (*Wehler*, *Sozialdarwinismus*, S. 141.)

die 1868 erschien, wurde ein Erfolg.⁵⁸ Für Haeckel war die Weltgeschichte ein physikalisch-chemischer Prozess, in dem die natürliche Auslese herrscht. Obwohl Haeckel einer der Gründer des chauvinistischen Alldeutschen Verbands war,⁵⁹ idealisierte er den Krieg offenbar nicht: "Im Menschenleben aber wird dieser Kampf ums Dasein immer mehr zu einem Kampfe des Geistes werden, nicht zu einem Kampfe der Mordwaffen", schrieb er in seiner "Schöpfungsgeschichte".⁶⁰

Die gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands bot eine günstige Grundlage für die Ausbreitung von Darwins Lehre und ihrer speziellen Interpretation. Kulturkampf und Wachstum der Bourgeoisie bedeuteten, dass die antikerikalen Gedanken und die materialistische Weltanschauung Haeckels unter Liberalen und der Bourgeoisie Unterstützung fanden.⁶¹ Gegen Ende des Jahrhunderts führte die sich verschärfende Konkurrenz zwischen den sozialen Klassen dazu, dass statt der evolutionären Seite des Darwinismus dessen Selektion Unterstützung fand.⁶²

Worin bestand denn die Bedeutung des Sozialdarwinismus für die imperialistische Politik Deutschlands? Die der Gedankenrichtung entsprechende Terminologie wurde doch angewendet. Obwohl die "Sendung" nichts Neues im deutschen Denken war, wurde in der deutschen Version des Darwinismus, vielleicht weniger als in der anglo-amerikanischen die Zivilisationsaufgabe oder -pflicht⁶³ und mehr das Recht des Stärkeren auf Lebensraum betont.

Es versteht sich von selbst, dass die auch in internationalen Beziehungen auf Wettbewerb basierende biologische und materialistische Denkweise, die in ihrer äussersten Form zur Idealisierung des Kriegs führte – und diese Entwicklung war keineswegs eine deutsche Ausnahme -, dabei war, zu Eroberungen und Konflikten zu führen. Man kann davon ausgehen, dass der Sozialdarwinismus Produkt der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung seines Zeitalters war; aber leichter ist es, festzustellen, dass er in erster Linie als Rechtfertigungsideologie diente, als zu versuchen, in jedem Einzelfall einzuschätzen, in welchem Masse er sich auswirkte.⁶⁴

Die Belebung der Forschungsintensität und Diskussion über der Imperialismus im Westen hat deutliche Polemik im Osten und neue Forschungen zur Erklärung der Wurzeln des deutschen Imperialismus hervorgebracht.

58. *Ernst Haeckel*, Die natürliche Schöpfungsgeschichte. Erster Teil. Allgemeine Entwicklungslehre. (Repr. von der 9. Aufl. 1897). Mit einer autobiographischen Skizze als Einleitung und einem Bildnis Ernst Haeckels (Leipzig 1924). Haeckel hielt 1865–66 und 1867–68 in Jena Vorlesungen über die Entwicklungslehre Darwins, die von zwei seiner Schüler mitstenographiert wurden. Die erste Auflage der "Schöpfungsgeschichte" wurde 1868 von dieser Version gedruckt. Zum sonstigen Schaffen Haeckels, siehe *Gasman*, a.a.O. Zu den Wirkungen des Schaffens Haeckels, siehe noch z.B. *Hans-Günther Zmarzlik*, Der Sozialdarwinismus in Deutschland als geschichtliches Problem. VfZ 1963, S. 258–59.

59. *Gasman*, a.a.O., S. 128–29.

60. *Haeckel*, Schöpfungsgeschichte, S. 180.

61. *Zmarzlik*, S. 259.

62. *Zmarzlik*, S. 250–51; vgl. *Patrik von zur Mühlen*, Rassenideologien. Geschichte und Hintergründe (Berlin Bonn – Bad Godesberg 1977), S. 79–81.

63. *Fritz Bolle*, Darwinismus und Zeitgeist. In: Das Wilhelminische Zeitalter. Zeitgeist im Wandel. Bd. 1. Hrsg. von *Joachim Schoeps* (Stuttgart 1967), S. 238–39, 270–74; *Aira Kemiläinen*, Auffassungen über die Sendung des deutschen Volkes um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts (Diss. Helsinki 1956), S. 271–72).

64. Erstere Meinung wird in der Regel von denen vertreten, die die Auffassung von dem Primat der Innenpolitik unterstützen. Siehe z.B. *Wehler*, Sozialdarwinismus, S. 142. Baumgart stellt seinerseits fest: "Das zweite fehlte aber nie ganz." (Imperialismus, S. 61) Für ein sehr bedeutsames Moment des Imperialismus hält *Hansjoachim Koch* den Sozialdarwinismus in seinem Werk Der Sozialdarwinismus. Seine Genese und sein Einfluss auf das imperialistische Denken. München 1973, z.B. S. 87–88.

Selbstverständlich war das Thema schon vor der Forschungsdiskussion der 60er Jahre in den sozialistischen Ländern untersucht worden. Bis zu jenem Zeitpunkt hatte z.B. der sowjetische Gelehrte *Jerussalimski* seine umfangreichen Untersuchungen veröffentlicht.⁶⁵ Die Imperialismusforschung in der DDR hat als Grundquelle das von *Fritz Klein* schon 1961 veröffentlichte Buch verwenden können,⁶⁶ in dem die der sozialistischen Imperialismusauffassung entsprechenden speziellen Charakteristika des deutschen Imperialismus sehr deutlich dargestellt werden. Die besonders aggressive Natur des deutschen Imperialismus in der Innen- und der Aussenpolitik sei auf die Macht der preussischen Junker sowohl in den höchsten Verwaltungsorganen als auch in der Armee zurückzuführen.⁶⁷ Die Sammlung wird von Klein ausführlich behandelt, basiert sie doch auf der marxistischen Auffassung von der Zuspitzung der Klassenkonflikte und der Identifizierung der Bourgeoisie mit der Staatsgewalt. Im Gegensatz zu den meisten Vertretern der westlichen wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Richtung geht Klein von der Stärkung der Arbeiterklasse in der Entwicklung, die zur Entstehung der Sammlung führte, aus. Zu Caprivi's Zeit ging man von Gewaltmethoden zu Reformen, doch nach Caprivi wieder zu Gewaltmethoden über, als die Klein die Umsturzvorlagen (1894) und das "kleine Sozialistengesetz" betrachtet.⁶⁸ Als es dem Reichstag nicht mehr gelang, diese durchzusetzen, wurde zur Sammlungspolitik gegriffen, was in der Aussenpolitik zuerst als Flottenbau zum Ausdruck kam.⁶⁹

Als Reaktion auf die westliche Imperialismuskonzeption ging man in der DDR von der allgemeineren Analyse des Imperialismus dazu über, die imperialistische Politik eines Staats, Deutschlands, zu untersuchen. Dies geschah, obwohl Lenin es seinerzeit nicht für sinnvoll gehalten hatte. Das neue Verfahren wurde durch Arbeitsökonomie und Quantität der neuen Forschungsliteratur begründet.⁷⁰ Dennoch handelte es sich dabei auch um einen politischen Kampf mit Waffen der Wissenschaft – mit Anwendung auf die neue geschichtliche Situation. "Sinn und Ziel marxistisch-leninistischer Imperialismusforschung ist die Durchleuchtung und Aufhellung des Herrschaftssystems, in dem der Kapitalismus zu einem Weltsystem kolonialer Unterdrück-

65. A.S. Jerussalimski, *Die Aussenpolitik und die Diplomatie des deutschen Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts*. Berlin 1954 (russ. Originalwerk 1948). Das Werk enthält u.a. eine relativ umfangreiche Übersicht über den Konzentrationprozess der Wirtschaft (S. 40–65). Die Hauptaufgabe des Werks besteht darin, die Bindung von Wirtschaft und Aussenpolitik nachzuweisen. Dies gelingt zumindest in der relativ umfangreichen, bei seinen Originalquellen auf die Reihe "Grosse Politik" und Reichstagsberichte gestützten Darstellung von der Einstellung Deutschlands zum spanisch-amerikanischen Krieg nicht (S. 637–38).

66. *Fritz Klein*, *Deutschland von 1897/98 bis 1917. Deutschland in der Periode des Imperialismus bis zur Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution* (Berlin 1961).

67. *Klein*, S. 33–35.

68. *Klein*, S. 39–45.

69. *Klein*, S. 45–52; *Willibald Gutsche* analysiert und veranschaulicht mit Dokumentbeispielen die Strategie der herrschenden Klassen Deutschlands, zu der laut der sozialistischen Theorie offene Gewalt und friedliche Mittel gehören. In der Aussenpolitik verteidigten die "Junker und Montanmonopolisten" das erstere als direkten Imperialismus, während das letztere, der indirekte Imperialismus, besser den Interessen der Grossbanken, Elektromonopolen und Fertigwarenindustrie entsprach. Siehe Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/98 bis 1917. Dokumente zur innen- und aussenpolitischen Strategie und Taktik der herrschenden Klassen. Hrsg. und eingeleitet von *Willibald Gutsche* unter Mitarbeit von *Baldur Kaulisch* (Berlin 1977), S. 1, 11, 12, 30–32.

70. *Fritz Klein (Hg.)*, *Studien zum deutschen Imperialismus vor 1914* (Berlin 1976), S. 39.

kung und finanzieller Erdrosselung der übergrossen Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch eine Handvoll vorgeschrittener Länder geworden ist.“⁷¹

Wenn die westliche sozial- und wirtschaftsgeschichtlich orientierte Forschung die gesellschaftlichen Auswirkungen des wirtschaftlichen Wandels analysiert, aber den direkten Einfluss der monopolisierten Produktionsweise auf die aggressive Aussenpolitik, die in diesem Zusammenhang in der Regel mit dem Imperialismus gleichgesetzt wird, als gering einschätzt oder verleugnet, hat man auf der östlichen Seite dem die Auffassung vom Imperialismus als monopolistische Phase des kapitalistischen Produktionsprozesses entgegengehalten und präzisiert. Das Hauptthema besteht in der Analyse des Verhältnisses von Wirtschaft und Politik und da im besonderen: “Die wichtigste Frage, die sich der marxistisch-leninistischen Historiegraphie bei künftigen Forschungen zur Entwicklung des deutschen Imperialismus von Ende des 19. Jahrhunderts bis 1914 stellt, ist die nach dem Funktionsmechanismus zwischen Monopolkapital und Staat ...”⁷² Willibald Gutsche bedauert den Mangel an Einzeluntersuchungen des Funktionmechanismus, charakterisiert aber die Teilprobleme und die Entwicklung, die den Zeitraum 1897–1914 betrafen. Am Anfang dieser Zeit konnte der Staat wegen der Konflikte zwischen den herrschenden Klassen noch eine selbständige, an keine Gruppe speziell gebundene “gesamtimperialistische” Politik betreiben, doch durch die Monopolisierung wurde der Spielraum des Staats kleiner, “wobei die Interessen der erstarkenden Monopolbourgeoisie in zunehmendem Masse die staatlichen Entscheidungen beeinflussten”.⁷³ Obwohl die Monopolisierung noch 1897–98 bei weitem nicht so weit fortgeschritten war wie direkt vor dem ersten Weltkrieg, waren die monopolisierten Unternehmen schon ziemlich bereit zur Expansion, deren Verwirklichung dann durch die Hausse beschleunigt wurde. Auf dieser Grundlage stützt Gutsche seine Erklärungen über die “weltpolitischen” Aktionen Deutschlands, z.B. den Erwerb der pazifischen Inseln 1897–98, als die Flottenpolitik “in erster Linie der militärische Ausdruck des Übergangs zum Imperialismus” war.⁷⁴ In der Innenpolitik festigte sich der Einfluss der Grossbourgeoisie auf die Staatsgewalt in der Sammlungspolitik und besonders wirtschaftlich in ihrem Wirkungsbereich, im Wirtschaftlichen Ausschuss. Die Interessen des Staats und des Wirtschaftslebens glichen sich immer mehr einander an; damit war die aggressive Aussenpolitik durch direkte wirtschaftliche Interessen bedingt, während wiederum die “sozialimperialistischen Erwägungen ... ein zusätzliches Motiv (bildeten)”.⁷⁵

71. Klein, S. 15.

72. Willibald Gutsche, Probleme des Verhältnisses zwischen Monopolkapital und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Vorabend des ersten Weltkrieges. In: Klein (Hg.), Studien S. 34. Diese Problematik ist früher u.a. von Helga Nussbaum untersucht worden. (“Zur Imperialismustheorie W.I. Lenins und zur Entwicklung staatsmonopolistischer Züge des deutschen Imperialismus bis 1914. Jb. für Wirtschaftsgeschichte 1970/IV, S. 25–65.) Der Aufsatz ist in erster Linie theoretischer Natur. Am konkreten Beispiel wurde die bedeutende Rolle des Staats im Deutschen Kaiserreich und die Bedeutung der durch die Staatsgewaltgeschaffenen Voraussetzungen für die monopolistische Entwicklung untersucht (S. 36–45). Als konkretes Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft behandelt Baldur Kaulisch den Wirtschaftlichen Ausschuss in seiner Studie “Die Bildung des ‘Wirtschaftlichen Ausschusses zur Vorbereitung und Begutachtung handelspolitischer Massnahmen’ im Jahre 1897. Ein Beitrag zum Problem der ‘Sammlungspolitik’ beim Übergang zum Imperialismus.” Jb. für Wirtschaftsgeschichte 1973/III, S. 115–42.

73. Gutsche, Probleme, S. 36.

74. Ibid., S. 40.

75. Ibid., S. 41.

Von den bundesdeutschen Imperialismusinterpretationen ist von den Forschern der DDR gerade die Theorie des Sozialimperialismus Wehlers am meisten beachtet, sowohl anerkennend als auch kritisierend. Dem Ausgangspunkt Wehlers, der Auffassung von dem Primat der Innenpolitik, wird zugestimmt, wie auch dem Umstand, dass der Autor mit seinen Begriffen wie "organisierter Kapitalismus" und "Interventionsstaat" nahe an die marxistische Interpretation herankommt.⁷⁶ Der Kern der ostdeutschen Kritik an der innenpolitischen Analyse Wehlers kommt in einem kurzen, aber vielseitigen Aufsatz *Helmut Stoeckers* gut zum Ausdruck: "Wie man sieht, bezieht Wehler bestimmte Erkenntnisse des Marxismus in seine Konzeption ein, nicht aber die letztlich entscheidenden, wie die Mehrwerttheorie und die darauf basierende Erkenntnis von der kapitalistischen Ausbeutung und der historischen Rolle des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat."⁷⁷ Auf dem Gebiet der Aussenpolitik wird die Auffassung Wehlers von der aggressiven Aussenpolitik in erster Linie als einer Strategie der herrschenden Klassen nicht akzeptiert, was methodologisch auch seiner eigenen innenpolitischen Analyse widerspreche.⁷⁸ Wehlers Theorie gilt als mangelhaft, doch wird zugegeben, dass er mit seinem Buch über Bismarck neues Wissen und neue Fragestellungen über den deutschen Frühkolonialismus sowie über die Zusammenhänge von wirtschaftlichen und sozialimperialistischen Motiven erbracht hat.⁷⁹

Die Flottenpolitik ist in der sozialistischen Forschung, aber auch unter den bundesdeutschen Gelehrten, die vom Primat der Innenpolitik ausgehen, klar als Teil der Sammlungspolitik interpretiert worden. Die Annahme des ersten Flottengesetzes durch den Reichstag wird von *Stegmann* und *Volker Berghahn*, einem Spezialisten der Flottenpolitik, als ein Zeichen für den Gemeingeist der Sammlung betrachtet.⁸⁰ *Geoff Eley* zweifelt wiederum die Bedeutung der Sammlung im allgemeinen und die Bedeutung der Flotte dafür im besonderen an. Eley hebt hervor, dass der Hauptarchitekt der Sammlung, Finanzminister und Vizepräsident des Staatsministeriums Preussens, Miquel, das Flottengesetz vor den Wahlen nicht zur Diskussion bringen wollte, weil er die dadurch verursachten Reaktionen unter den Agrariern und in der Zentrum-Partei fürchtete.⁸¹ Tirpitz sei seinerseits vor allem für den Flottenausbau, nicht so sehr für innenpolitische Ziele eingetreten.⁸² Eleys Kritik an der Rolle des ersten Flottengesetzes in der Sammlungspolitik ist z.T. gerechtfertigt. Dennoch betont er nicht genug die Tatsache, dass es sich für Miquel um Vorsicht im Hinblick auf die Wahlen wegen eines Bereichs der Aussenpolitik handelte. Es ist ja allgemein bekannt, dass Miquel der Aussenpolitik eine wichtige Rolle in der Sammlung zuwies. Es sei noch eine seiner davon zeugenden Feststellungen, die auch ein Teil seiner Wahltaktik waren, hier angeführt: "... Man müsse daher auch andere

76. *Helmut Stoecker*, Bürgerliche Auslegungen des Imperialismusbegriffes in der Gegenwart. In: *Klein (Hg.)*, Studien zum deutschen Imperialismus vor 1914, S. 28.

77. *Stoecker*, S. 28; vgl. *Hans Schleier*, Explizite Theorie, Imperialismus, Bismarck und Herr Wehler. Jb. für Geschichte. Bd. 6, 1972, S. 486–87.

78. *Stoecker*, S. 28–29; *Schleier*, S. 493–94.

79. *Schleier*, S. 498; *Stoecker*, S. 27, 29–30.

80. *Stegmann*, Wirtschaft und Politik, S. 176–77; *Berghahn*, S. 141–42.

81. *Geoff Eley*, Sammlungspolitik, Social Imperialism and the Navy Law of 1898. Militärgeschichtliche Mitteilungen 1/1974, S. 33–35, 47, 61.

82. *Eley*, S. 37–40. Vgl. ähnliche Kritik in Eleys Aufsatz "Kehrites" und das Kaiserreich: Bemerkungen zu einer aktuellen Kontroverse. Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft. 4. Jg. 1978, S. 91–107.

Fragen (ausser der Kolonialpolitik) der Auswärtigen Politik an den Reichstag bringen; in auswärtigen Fragen würden die Gefühle der Nation am meisten auf einen gemeinsamen Boden gebracht. Unsere unleugbaren Erfolge in der auswärtigen Politik würden bei einer Besprechung im Reichstage einen guten Eindruck machen und dadurch die politischen Gegensätze gemildert werden.⁸³

Abgesehen davon, ob es sich bei dem Flottenausbau in erster Linie um Innen- oder Aussenpolitik oder ausschliesslich um die Flotte an sich handelte, wurde im Zeichen des ersten Flottengesetzes eine so effektive Propagandakampagne organisiert, dass die Wähler dadurch auf aussenpolitische Fragen aufmerksam wurden. Im Jahre 1897, als hohe Beamte im Zeichen der Sammlungspolitik in ihre Ämter eingesetzt wurden, wurde Admiral Alfred von Tirpitz zum Flottensekretär ernannt. Der auch an politischen und "flottenphilosophischen" Fragen interessierte Tirpitz sollte die Flotte beliebt machen und die Bewilligung des Reichstags für das Flottengesetz erwirken.⁸⁴ Tirpitz hatte – wie die Seeoffiziere seiner Zeit – in Flottenfragen Gedanken des Amerikaners A.T. Mahan angenommen. Die Seemacht war ja laut dem "Mahanismus" absolute Voraussetzung einer Grossmachtpolitik, so dass diese Doktrin sich recht gut für die Flotte eignete, die im Schatten der Landstreitkräfte Deutschlands geblieben war. Das Hauptwerk Mahans, "The Influence of Sea Power upon History" war schon 1895 ins Deutsche übersetzt worden, was zum grossen Teil auf Tirpitz zurückgeht.⁸⁵

Unter Tirpitz wurde eine in der Tat effektive Flottenpropaganda eingeleitet. Im Reichsmarineamt wurde die "Abteilung für Nachrichtenwesen und allgemeine Parlamentsangelegenheiten" gegründet, deren Ziel es war, die öffentliche Meinung, die Intelligenz, Wissenschaftler, Schüler und schliesslich Abgeordnete zu beeinflussen.⁸⁶ Bekannte Hochschullehrer, wie Brentano, Delbrück, Schmoller und Max Weber hielten Vorlesungen über die Flotte in verschiedenen Teilen des Landes.⁸⁷

Neben der offiziellen Seite und in Zusammenarbeit mit ihr wurde Propaganda für die Flotte auch von den Interessengemeinschaften des Deutschtums und Kolonialismus, dem Alldeutschen Verband und der Deutschen Kolonialgesellschaft betrieben. Der ADV stellte der Flottenpropaganda Mittel zur Verfügung. Die DKG wiederum organisierte 173 Vorlesungen für das Flottengesetz und liess 140 000 Flugblätter und 2 000 Exemplare des Werks Mahans drucken.⁸⁸ Mit der Flottenpropaganda stieg die Zahl der Mitglieder in beiden Organisationen im Zeitraum 1895–1900 auf mehr als das Doppelte. In dem letztgenannten Jahr zählte der ADV etwa 21 000 und die DKG 36 000 Mitglieder.⁸⁹

Eine wirksamere propagandistische Wirkung als Schriften und Reden hatte die von der Flotte ausgeführte Besetzung von Kiautschou, die zum Abschluss des Pachtvertrags – zu gelegener Zeit

83. Finanzminister Miquel in der Sitzung des Königlichen Staatsministeriums 22.11.1897. P.A. Preussen Nr. 11. Geheim. Staatsministerial- und Kronrathsprotokolle, Bd. 16.

84. *Berghahn*, Der Tirpitz-Plan, S. 58.

85. *Berghahn*, S. 179–80.

86. *Kehr*, Schlachtflottenbau, S. 94–105; *Jürg Meyer*, Die Propaganda der deutschen Flottenbewegung 1897–1900 (Bern 1967), S. 21–33.

87. *Röhl*, S. 253; *Meyer*, S. 152–63.

88. *Kehr*, Schlachtflottenbau, S. 97–100.

89. *E. Malcom Carroll*, Germany and the Great Powers 1866–1914. A Study in Public Opinion and Foreign Policy (Hamden, Connecticut 1966), S. 386–87; *Mildred S. Wertheimer*, The Pan-German League 1890–1914 (New York 1924), S. 54; Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, S. 1–2, 391.

vor der dritten Lesung des Flottengesetzes – führte. Der Ausbau der Flotte konnte nun auch mit der Existenz eines neuen überseeischen Stützpunkts begründet werden.

Nach dem Gesetzentwurf, den die Regierung Ende 1897 im Reichstag zur Behandlung brachte, sollte der Bauplan bis April 1905 sieben Linienschiffe sowie zwei grosse und sieben kleine Kreuzer umfassen. Bei der dritten Lesung des Gesetzes Ende März 1898 wurde nur der Bauzeitplan geändert; dadurch wurde der Bau um ein Jahr beschleunigt.⁹⁰

Während der ganzen Diskussion traten die Sozialdemokraten und die Freisinnige Volkspartei, d.h. die Opposition, gegen die die Sammlung gegründet war, gegen das Gesetz ein. Vor allem unter den erstgenannten war man sich der innenpolitischen Natur des Gesetzes wohl bewusst. Die Mehrheit der Zentrum-Partei war noch bei der ersten Lesung gegen das Gesetz. Die Stellungnahmen der Partei waren nicht durch Sonderinteressen irgend eines Sektors der Wirtschaft bestimmt, sondern der Katholizismus war der einzige die Partei verbindende Faktor. Die von der preussischen Hegemonie geleitete "Weltpolitik" fand bei der Partei keine begeisterte Unterstützung. Dennoch blieb die Partei der antisozialistischen Front treu, aber noch etwa ein Drittel ihrer Vertreter stimmte bei der dritten Lesung gegen das Flottengesetz.⁹¹

"Der damals noch recht erhebliche parlamentarische Widerstand war nur zu überwinden, wenn die öffentliche Meinung einen nachhaltigen Druck auf das Parlament ausübte", schrieb Bülow später.⁹² Die Annahme des Gesetzes war jedoch in Wirklichkeit auf die Identifizierung von Interessen der politischen Führung, der Wirtschaft und der Parteien, die die Mehrheit bildeten, sowie auf die geschickt durchgeführte Propaganda zurückzuführen.

90. *Kehr*, Schlachtflottenbau, S. 150.

91. *Domann*, S. 53–59; *Gottwold*, S. 197–204.

92. *Bernhard Fürst von Bülow*, Deutsche Politik (Berlin 1916), S. 19–20.

3. DIE DEUTSCH-AMERIKANISCHEN BEZIEHUNGEN VOR DER SPANISCH-AMERIKANISCHEN KRISE

3.1. Die Konkurrenz um Interessengebiete

3.1.1. Der Pazifik und China

3.1.1.1. Die frühe Entwicklung der Interessengebiete im Pazifik

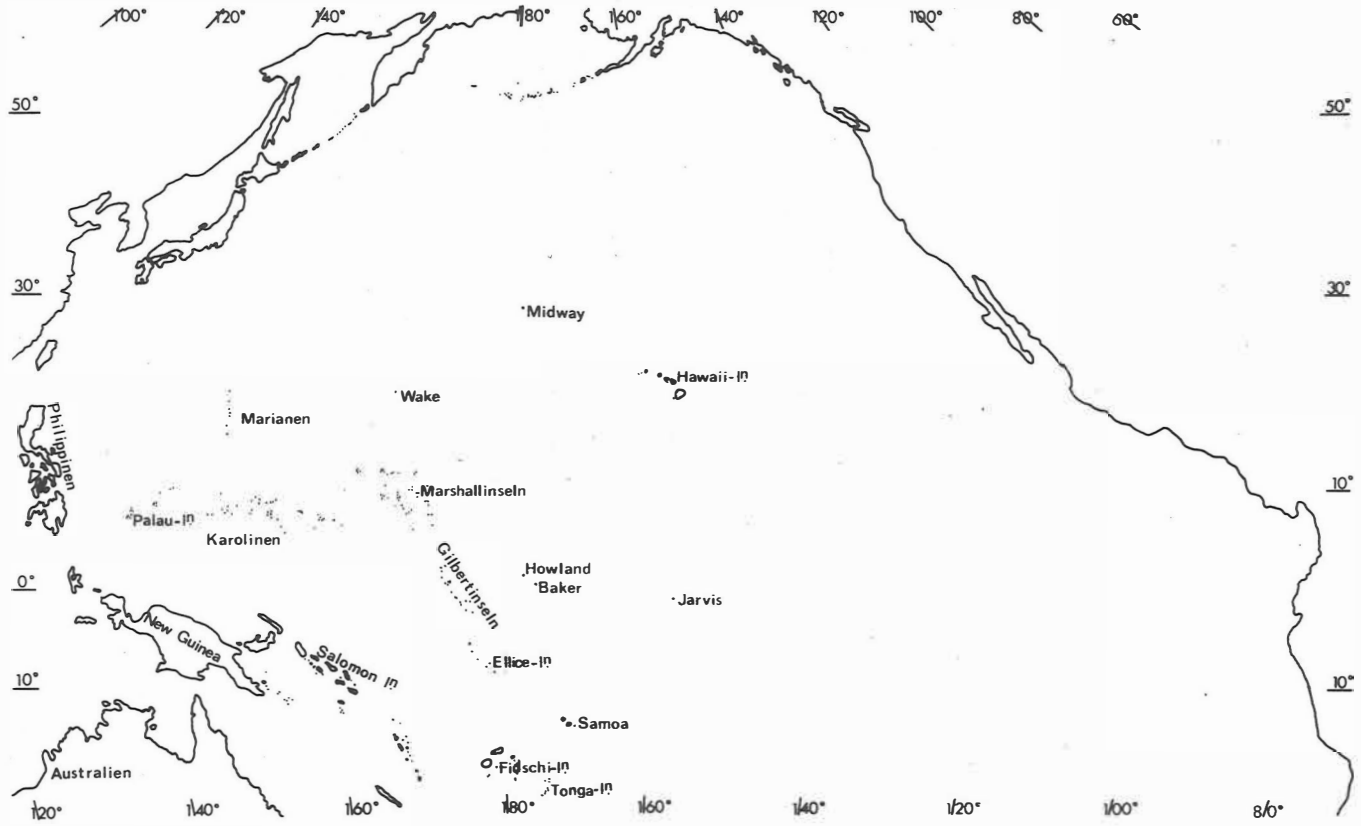
Europäische und amerikanische Gesellschaften begannen, Plantagen und Stützpunkte auf den Inseln Polynesiens, Mikronesiens und Melanesiens anzulegen, was vor allem auf die wachsende Nachfrage an Kokosöl zurückzuführen war. Wegen des zunehmenden Rohstoffbedarfs, des Handels mit China und unter strategischen Gesichtspunkten wuchs auch das Interesse der Regierungen der Grossmächte an Gebietserwerbungen. England war die erste Grossmacht, die ihr Interesse in die Tat umsetzte, indem es im Jahre 1874 die Fidschi-Inseln annektierte. Die Aktion war z.T. eine Folge der amerikanischen Konkurrenz aus Richtung Hawaii. Mit ihrem Handelsvertrag von 1849 hatten die Amerikaner im Handel mit Hawaii die Oberhand gewonnen und auch politisch wurde die Inselgruppe schon seit den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts zum amerikanischen Einflussbereich gezählt.¹ Die USA und Hawaii schlossen 1875 einen neuen, umfangreichen Handelsvertrag ab, der eine Reziprozitätsklausel, die zollfreie Einfuhr hawaiischer Zuckers in die USA und dazu das Versprechen des Königs der Inseln, seine Gebiete nie irgendeinem dritten Staat anzuschliessen, enthielt. Der Vertrag wurde 1887 erneuert, wobei die Amerikaner ihre Stellung stärkten, indem sie das Recht erwarben, Pearl Harbor als Flottenstützpunkt zu benutzen.² Trotz des Interesses an dem Fernen Osten, wovon u.a. die Verträge mit China und Japan in den 40er und 50er Jahren des 19. Jahrhunderts zeugten, erwarben die USA bis zu den 90er Jahren nur einige kleine, unbewohnte Inseln im Pazifik. Die Inseln Jarvis, Baker und Howland wurden hauptsächlich wegen des dort gefundenen Guanos in den Jahren 1857–58 erworben. Zu den Besitzungen wurden noch, auf Vorschlag einer Postschiffahrtsgesellschaft, die etwa in der Mitte der Route San Francisco – Yokohama liegenden Midway-Inseln im Jahre 1867 hinzugefügt.³

Ein deutscher Pionier im Pazifik-Handel war die Gesellschaft Godeffroy aus Hamburg, die 1857 ihre erste Produktionsstätte in Apia auf Samoa gründete. Die Handelskolonien, Plantagen und die mit Kokos bebauten Flächen verbreiteten sich bald auf die Ellice-, Gilbert-, Marshall- und Palau-Inseln sowie auf die Karolinen. Das Handelshaus importierte neben Waffen vor allem Textilwaren und Eisenerzeugnisse auf die Inseln. Sein Export nach Europa bestand aus Kokosöl, Kopra, Baumwolle, Perlen und Schildkrötenschalen. Nachdem Godeffroy 1874 Handels-

1. *Battistini*, S. 153–55; *Pratt*, A history of U.S. Foreign policy, S. 153.

2. *Battistini*, S. 159.

3. *Battistini*, S. 135; *Pratt*, S. 174.



Karte 1: Die im Text erwähnten pazifischen Inseln.

stationen auch in östlichen Teilen von Neu Guinea gegründet hatte, war die Firma in einem Gebiet mit einer Länge von 9 000 Kilometern und einer Breite von 4 000 Kilometern tätig.⁴

Deutsche Gesellschaften waren auch auf den Sulu-Inseln erfolgreich. Als Spanien sein Zollgebiet nach dem Beispiel der Philippinen auch dorthin ausdehnen wollte, wurde Spanien von Deutschland und England im Jahre 1877 zu einem Vertrag gedrängt, der die Freiheit der Schifffahrt und des Handels garantierte. Spanien konnte Zoll nur in seinen eigenen Gebieten erheben, wo seine Herrschaft unumstritten war und wo sein Handeln zur Sicherheit des Handels beitrug. Mit ebenso grossem Erfolg hatte Deutschland gegen die spanischen Zollansprüche 1875 auf den Karolinen und Palau-Inseln protestiert.⁵

Die Beziehungen zwischen England und Deutschland waren am meisten durch die Konkurrenz um Neu Guinea gespannt. Die Australier forderten von London, auch dort ihre Interessen gegen die deutsche Expansion zu verteidigen. Der Leiter der Berliner Disconto-Gesellschaft, Hansemann, schlug in seinem Memorandum an das Auswärtige Amt schon 1880 vor, die Insel wegen der vielversprechenden wirtschaftlichen Möglichkeiten und der seestrategisch günstigen Lage zu erwerben. Bismarck weigerte sich jedoch, das private Wirtschaftsleben in dem Masse zu unterstützen.⁶

Die Regierungen der beiden Länder wurden jedoch durch die sich verstärkenden Interessen der Briten und der Deutschen sowie unter dem Druck der Wirtschaftslobby immer mehr dazu bewogen, sich zur Annexion zu entschliessen. In Deutschland wurde Hansemann mit seinen Plänen u.a. von Bleichröder, einem der Berater Bismarcks, unterstützt. Unter ihrer Leitung wurde das Neuguinea-Konsortium gegründet. Das Interesse der Regierungen am Pazifik überhaupt wurde in dieser Zeit durch das Bewusstsein der Pläne zum Bau des zentralamerikanischen Kanals verstärkt. England erklärte im November 1884 den südöstlichen Teil der Insel als sein Protektorat. Obwohl die Engländer auch den östlichen Teil der Insel zu ihrem Interessengebiet zählten, erklärte Deutschland im Dezember den nordöstlichen Teil von Neu Guinea und Neu Britannien als "unter den Schutz des Kaisers" gehörig. Das Foreign Office, das wegen Schwierigkeiten mit Ägypten und Afghanistan ausgelastet war, musste die Aktion Deutschlands trotz Protesten der Australier hinnehmen.

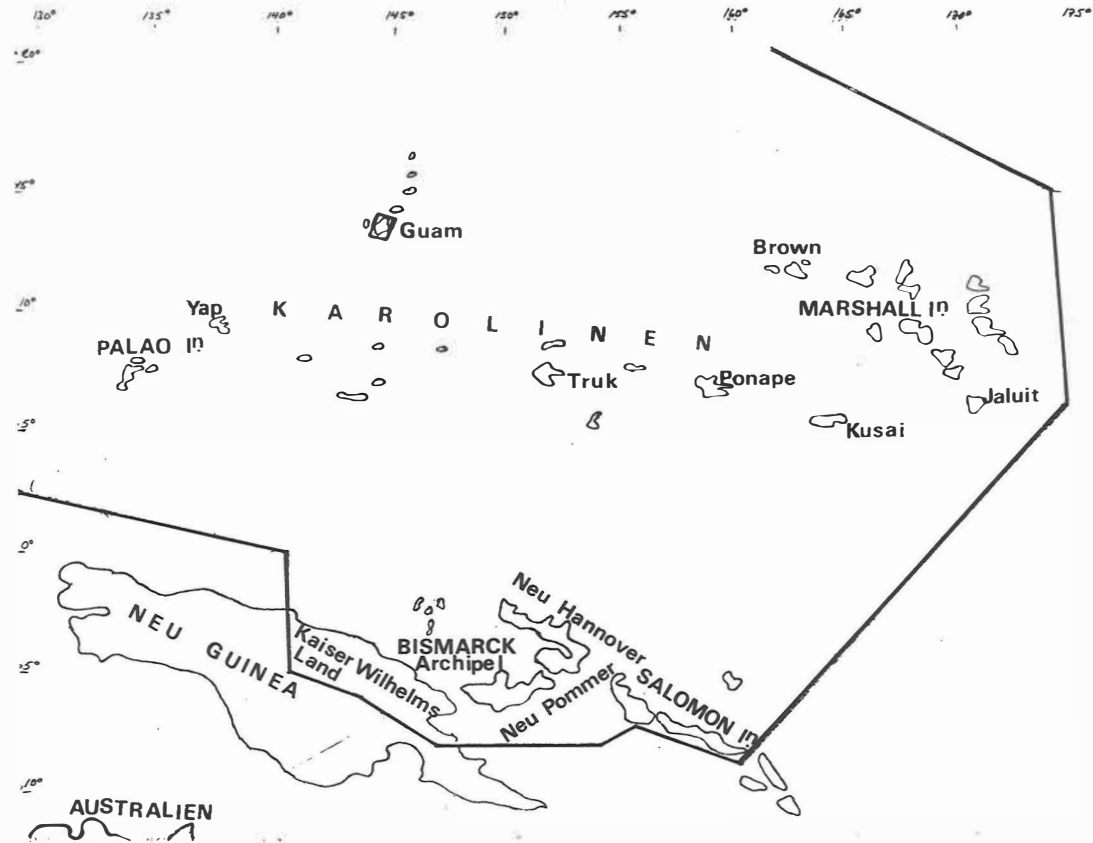
Die unter Hansemanns Leitung gegründete Neuguinea-Kompanie erstreckte ihr Tätigkeitsgebiet auch auf die Salomon-Inseln und Melanesien. Die Gesellschaft erhielt 1885 einen Schutzbrief für das Kaiser-Wilhelm-Land (Teil von Neu Guinea) und das Bismarck-Archipel (Neu Britannien). Nur die Justiz und die auswärtigen Beziehungen blieben dem Staat überlassen. Die Kompanie kämpfte mit andauernden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Staat entthob sie 1898 aller Verwaltungsrechte in dem Gebiet von Neu Guinea, aus dem am 1. April 1899 ein Protektorat gemacht wurde.⁷

4. *Stewart F. Firth*, German Firms in the Pacific Islands, 1857–1914. In: *John A. Moses und Paul M. Kennedy*, (ed.) *Germany in the Pacific and Far East, 1870–1914*, S. 4–5; *Wehler*, *Bismarck und der Imperialismus*, S. 210–11.

5. *Wehler*, *Bismarck und der Imperialismus*, S. 210–11.

6. *Wehler*, *Bismarck und der Imperialismus*, S. 210–11.

7. *Wehler*, *Bismarck und der Imperialismus*, S. 392–98; *Alfred Zimmermann*, *Geschichte der deutschen Kolonialpolitik* (Berlin 1914), S. 106–07; *Henderson*, S. 23–25; *Firth*, S. 13–14.



Karte 2: Übersicht der deutschen Besitzungen im Stillen Ozean i. J. 1899.
 (Die Karte wurde nach einer gedruckten Karte gezeichnet, die Woodford seinem Bericht an Hay 18.8.1899. NA/44/89/997, beifügte.)

In seinen schwersten internationalen Konflikt der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts bei der Aufteilung des Pazifiks geriet Deutschland wegen der Karolinen mit Spanien. Die Hamburger Gesellschaft Robertson & Hernsheim, die eine dominierende Stellung im Handel auf den Inseln erreicht hatte, bat 1885 den Staat, seinen Schutz auch auf die Karolinen zu erstrecken. Weil zu befürchten war, dass Spanien die Inseln endlich in seinen tatsächlichen Besitz nehmen würde, indem es Truppen dorthin entsenden würde, wurde ein deutsches Kriegsschiff in das Gebiet entsandt. Die deutsche Flagge wurde auf der Insel Yap zum Zeichen des Protektorats gehisst. Die Reaktionen in der spanischen Presse und auf der offiziellen Seite waren von heftiger Deutschfeindlichkeit geprägt. Bismarck gab nach, als er sah, dass die für Deutschland günstigen Handelsbeziehungen mit Spanien gefährdet waren. Beide Länder akzeptierten den Papst als Vermittler. Nach dem Schiedsspruch von 1885 behielt Spanien die Karolinen, aber Deutschland wurde das Recht auf freien Handel sowie auf die Gründung von Plantagen und Kolonien eingeräumt.⁸

Indem England das deutsche Protektorat auf Neu Guinea anerkannte, hatte es zugleich die Marshall-Inseln als zum Interessengebiet Deutschlands zugehörig anerkannt. Die größten deutschen Unternehmen auf den Inseln waren Robertson & Hernsheim und die Deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft. Den Status eines deutschen Protektorats erhielt die Inselgruppe Ende 1885, was mindestens z.T. auf die infolge der an das Auswärtige Amt gerichteten Initiative der erstgenannten Gesellschaft geschah. Die in diesem Gebiet tätigen deutschen Unternehmen gründeten die Jaluit-Gesellschaft, die 1888 die Verantwortung für die Verwaltungsaufgaben übernahm. Sie wurden nach der in Kolonien üblichen Praxis aus Steuern und sonstigen Gebühren, die von der lokalen Bevölkerung erhoben wurden, finanziert.⁹

Die Konkurrenz zwischen England und Deutschland wurde durch den Vertrag von 1886 beigelegt, nach dem das deutsche Interessengebiet aus dem Gebiet östlich und nördlich der durch den 8. Breitengrad und über den nordöstlichen Teil von Neu Guinea gezogenen Linie, das englische Interessengebiet aus dem südlichen und östlichen Pazifik bestand. Die Vertragsparteien versprachen, keine Besitzungen ausserhalb dieser Gebiete zu erwerben. Das Recht des anderen am freien Handel, der Gründung von Kolonien und der Religionsfreiheit sowie die Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle wurden garantiert. Eventuelle Streitigkeiten sollten einer gemischten Kommission übergeben werden. Samoa und die Tonga-Inseln wurden als neutral erklärt. In einem Vertrag mit Frankreich von 1885 hatte sich Deutschland schon verpflichtet, keine Besitzungen auf den Inselgruppen Tahiti und Neuen Hebriden zu erwerben.¹⁰

8. *Wehler*, Bismarck, S. 400–06; *Richard, G. Brown*, The German Acquisition of the Caroline Islands, 1898–99. In: *Moses-Kennedy*, S. 138–40.

9. *Zimmermann*, S. 111–13; *Treue*, S. 35–37, 58–62. Zu der Satzung der Gesellschaft, siehe u.a. ZStA, Reichskolonialamt, Nr. 2503, Bl. 3–4.

10. *Zimmermann*, S. 106–07; *Firth*, S. 8.

3.1.1.2. Samoa vor den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts

Die Vereinigten Staaten protestierten ohne Erfolg gegen den englisch-deutschen Vertrag, aber die eigenen Verträge der Amerikaner mit Hawaii hatten gewissermassen schon die im Pazifik betriebene Expansion des Freihandels gebrochen, hatten doch die Amerikaner auf Samoa ebenso gehandelt. Die Aufmerksamkeit der US-Regierung auf den guten Hafen von Pago Pago wurde 1869 von dem Direktor einer Dampfschiffahrtsgesellschaft gerichtet, indem dieser um finanzielle Unterstützung für die Eröffnung einer Schiffslinie von San Francisco nach Australien und Neu Seeland ersuchte.¹¹

Nach Unruhen auf den Inseln wurde von dort eine Delegation nach Washington entsandt, die die USA bat, die Schutzherrschaft über die Inselgruppe zu übernehmen. Die Amerikaner versprachen jedoch nur, ihre 'good offices' einzusetzen, falls Konflikte mit anderen Ländern entstehen sollten. Als Ausgleich erhielten die Amerikaner 1878 das Recht auf eine Kohlenstation in Pago Pago.¹²

Der Vertrag der Amerikaner mit Samoa bedeutete eine grössere Gefahr für die deutschen Interessen als der mit Hawaii, denn der deutsche Anteil am Gesamtimport der Inselgruppe – 1 596 Millionen Mark – im Jahr 1878 betrug 1 396 Millionen. Die entsprechenden Exportzahlen waren 2 576 und 2 427 Millionen. Deutschland und England beeilten sich auch, 1879 Freundschafts- und Handelsverträge abzuschliessen, in denen die Macht des Königs Malietoa anerkannt wurde, aber den eigenen Staatsbürgern wirtschaftliche und rechtliche Vorteile garantiert wurden. Deutschland erhielt das Recht, den Hafen von Saluafata für seine Kriegsschiffe auszubauen. Sonst wurde in den Verträgen die Neutralität Samoas und vor allem die seiner für den Aussenhandel wichtigen Hauptstadt Apia garantiert.¹³ Politisch unterstützte der deutsche Staat die privaten Gesellschaften auf Samoa, doch war der Reichstag noch nicht bereit, die wirtschaftliche Tätigkeit direkt zu unterstützen oder zu betreiben. Als die Deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südsee-Inseln zu Hamburg, die 1878 als Nachfolger der Godeffroy-Gesellschaft gegründet wurde, in Zahlungsschwierigkeiten geriet, bestand die Gefahr, dass ihre Aktienmehrheit in den Besitz englischer Finanziers gelangten. Der 1880 von Bismarck dem Reichstag vorgelegte Gesetzentwurf über die staatliche Beteiligung an der Finanzierung der DHPG wurde jedoch abgelehnt.¹⁴

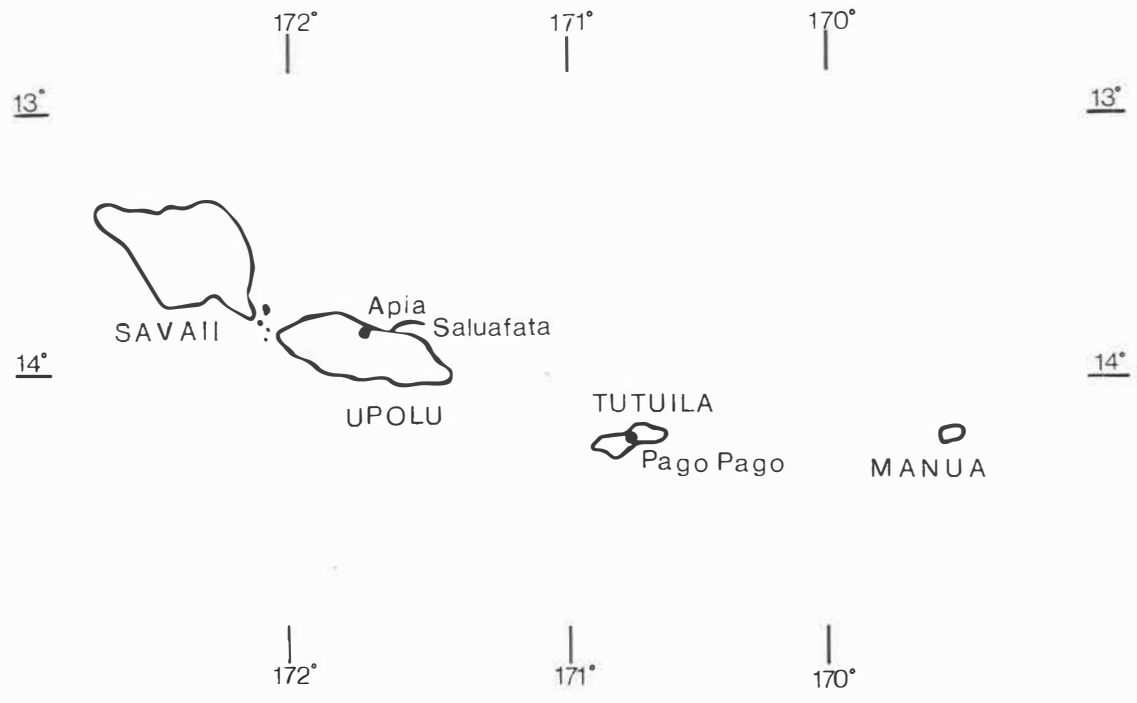
Auf Samoa folgte dann eine für die Beziehungen der Grossmächte chaotische Zeit von zehn Jahren. Die Situation an Ort und Stelle war in den ersten Jahren durch die Konkurrenz zwischen drei Konsuln gekennzeichnet, die die betreffenden Regierungen durch das Nichtvorhandensein telegrafischer Verbindungen nicht wirksam regeln konnten. Auf der Regierungsebene wurden die Verhandlungen hauptsächlich zwischen Deutschland und Grossbritannien geführt, bis auch die USA in der Mitte des Jahrzehnts anfang, ihre Rechte zu fordern, nachdem die Hegemoniebestrebungen Deutschlands offenbar geworden waren. Es wurde versucht, die Situation auf der

11. *Martin P. Knight*, Britain, Germany and Pacific, 1880–1887. In: *Moses-Kennedy*, S. 83; *Battistini*, S. 138–39.

12. *Pratt*, Americas Colonial Experiment, S. 14–15.

13. *Wehler*, Bismarck, S. 213; *Fieldhouse*, Die Kolonialreiche, S. 173; *Stolberg-Vernigorode*, Deutschland u. d. Ver. St., S. 251–52; zur Entstehung aller dieser drei Verträge, siehe *Paul M. Kennedy*, *The Samoan Tangle. A study in Anglo-German-American relations 1878–1900* (Dublin 1974), S. 12–25.

14. *Stolberg-Vernigorode*, S. 252–54.



Karte 3: Samoa

Samoa-Konferenz von 1887 in Washington zu klären, bei der jedoch keine Ergebnisse erzielt wurden. Bismarck war über die Unnachgiebigkeit der Amerikaner auf der Konferenz verärgert. Man hatte mit Entgegenkommen gerechnet, weil sich Deutschland nicht dem wachsenden Einfluss der USA auf Hawaii in den Weg gestellt hatte. Herbert Bismarck behauptete gegenüber Salisbury, die Vereinigten Staaten wollen die Monroe-Doktrin so erweitern, dass sie im ganzen Pazifik gelte.¹⁵ Drei Mächte mischten sich von aussen in die Auseinandersetzung zwischen Malietoa und Tamasese, die um die Macht auf den Inseln stritten. Das hatte zur Folge, dass sich die Situation zwischen den Vertretern dieser Mächte weiter spannte. Die Verhältnisse beruhigten sich nicht, obwohl Malietoa nach Kamerun abgeschoben wurde, denn seine Anhänger gruppieren sich um den neuen Führer der Familie, Mataafa. Amerikaner und Engländer unterstützten ihn, aber Tamasese erhielt Hilfe von deutscher Seite. Als der deutsche Konsul, entgegen den Anweisungen seiner Regierung, unter Einsatz von Marinetruppen eine Strafexpedition gegen Mataafa durchführte, wurde darauf in Washington scharf reagiert. Samoa wurde durch den Kongress und die Presse ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt, als ein Gebiet, das nach der Fertigstellung des interkontinentalen Kanals sehr wichtig für Amerika sei. Im Kongress wurden Stimmen laut, die forderten, dass die Regierung stärker in der Samoa-Frage durchgreifen solle. Dem Aussenminister Bayard lag daran, die Neutralität der Inselgruppe im Pazifik zu sichern, deren die Europäer sich sonst bemächtigt hätten; Samoa wäre ja der einzige neutrale Handelsstützpunkt in diesem Gebiet, falls ein Krieg ausbrechen sollte.¹⁶ Auf Regierungsebene entspannte sich die Lage, als die Deutschen erklärten, Knappe habe nach eigenem Ermessen gehandelt, und nachdem Bismarck vorgeschlagen hatte, eine Samoa-Konferenz in Berlin einzuberufen. Als Ergebnis der Konferenz wurde am 14. Juni 1889 ein Vertrag zwischen Deutschland, England und den USA geschlossen, nach dem Streitigkeiten unter diesen Ländern und über ihre gemeinsamen Interessen von einem Oberrichter, dem Vorsitzenden des Gemeinderats von Apia und den Konsuln geschlichtet werden sollten. Der Rat fungierte zugleich als Berater Malietoas, der wieder in seine Königswürde eingesetzt war.¹⁷

Nach der Konferenz belastete die Samoa-Frage das amerikanisch-deutsche Verhältnis vor Beginn der stark expansiven Politik der USA kaum noch, was sich in der Annexion Hawaii und dem Krieg gegen Spanien zeigte. Nachdem Aussenminister Blaine und Gresham zu verstehen gegeben hatten, dass Samoa nur eine sehr geringe Bedeutung für die USA gehabt habe, versuchten die Deutschen, London zu einer Dreiteilung zu bewegen, wobei die USA Hawaii, England die Tonga-Inseln und Deutschland Samoa erhalten hätten. Zur gleichen Zeit (1894–95) traten auch die Deutsche Kolonialgesellschaft und der Alldeutsche Verband für die Eindeutschung Samoas ein. Die Verschlechterung der englisch-deutschen Beziehungen und die Tatsache, dass England nicht bereit war, gegen die Interessen der USA zu handeln, brachten es mit sich, dass die in Berlin entworfenen Pläne im Sande verliefen.¹⁸

15. *Stolberg-Vernigorode*, Deutschland u. d. Ver. St., S. 273–74; ausführlich wird die Situation von *Kennedy*, S. 25–50, behandelt.

16. *Stolberg-Vernigorode*, S. 275, 282–85; *Kennedy*, S. 77–79.

17. *Wehler*, Bismarck, S. 398–400; *Stolberg-Vernigorode*, Deutschland u. d. Ver. St., S. 278–81, 285–291; *Kennedy*, S. 79–97.

18. *Stolberg-Vernigorode*, S. 294–96; *Gerhard Grote*, Untersuchung zur deutschen Kolonialpolitik um die Jahrhundertwende (Veduz 1965), S. 69; *Kennedy*, S. 108–122.

3.1.1.3. Hawaii als Mittel der deutschen Samoa-Politik

Obwohl Deutschland tolerierte, dass Hawaii immer mehr in den Einflussbereich der USA geriet, benutzte es doch die Hawaii-Frage dazu, seinen Einfluss zu vergrößern. Man vertrat die Auffassung, dass Deutschland durch die Hawaii-Politik der USA legitimiert und gezwungen sei, eine aktive Kolonialpolitik auf Samoa und anderen Inseln des Pazifiks zu betreiben. Andererseits brachte es die deutsche Expansion in den 80er Jahren mit sich, dass die Amerikaner ihren Einfluss auf Hawaii noch verstärkten.¹⁹

Die Wirtschaft Hawaiis wurde wegen der amerikanischen Schutzzollpolitik von einer plötzlichen und starken Depression betroffen, als auch der hawaiische Zucker auf Grund des sog. McKinleys Tarifs 1890 in dem Freizollverzeichnis gestrichen wurde. Das hatte zur Folge, dass vor allem die Aktionäre in der Zuckerindustrie einen "Annexionsklub" gründeten, der sich zum Ziel setzte, die Inselgruppe den USA anzugliedern. Die Tätigkeit des Klubs wurde inoffiziell von Aussenminister Blaine und Marineminister Tracy unterstützt. Der vom Klub organisierte Staatsstreich, in dem der König gestürzt wurde, gelang mit Hilfe eines amerikanischen Schiffs.²⁰ Die Revolution war eine Revolution der Ausländer, bei der die Amerikaner die Mehrheit bildeten. Das Ziel der Revolution war offenbar eine festere Verwaltung, die von verschuldeten, besonders von amerikanischen, Geschäftsleuten angestrebt wurde. Von ihrem Standpunkt aus schien ein Anschluss an die USA eine günstige Lösung.²¹ Die Revolutionsregierung bot dann auch eine solche Möglichkeit den USA an, und Präsident Harrison unterschrieb 1893 den Anschlussvertrag. Im Weissen Haus fand jedoch eine Wachablösung statt, bevor der Vertrag vom Senat ratifiziert werden konnte. Der Demokrat Grover Cleveland, der die Präsidentenwahl gewonnen hatte, annullierte den Vertrag, obwohl er sich über die allgemeine Anteilnahme im klaren war, die die Amerikaner dem Anschluss Hawaiis entgegenbrachten. Cleveland wollte mit seiner Tätigkeit keinen inneren Konflikt in seiner Partei aufkommen lassen, denn Einverleibungen, wenn auch nicht Einflusszunahme im allgemeinen, stiessen unter den Demokraten in grossem Umfang auf Widerstand.²² Nachdem der Republikaner McKinley die Präsidentenwahl 1896 gewonnen hatte, wurden die Anschlussgespräche wieder aufgenommen. Die Regierung unterzeichnete im Juni 1897 den Annexionsvertrag, doch fand er im Senat nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit. Der Präsident übergab den Vertrag zur Beschlussfassung auch an das Repräsentantenhaus, wobei eine einfache Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses für die Ratifizierung genügte.²³ Die "Teilung" Chinas, die im November 1897 von Deutschland initiiert worden war, gab den Anhängern einer Annexion Hawaiis eine neue Waffe. Immer häufiger wurde die Einverleibung der Inseln im Kongress und in Zeitungen durch Sicherung der amerikanischen Interessen auch in China begründet.²⁴ Der Krieg zwischen den USA und

19. *Stolberg-Vernigrode*, S. 233–34; *Sylvester Stevens*, *American expansion in Hawaii 1847–1898* (N.Y. 1965), S. 179–85.

20. *LaFeber*, *The new Empire*, S. 144–45.

21. *Richard D. Weigh*, *Sugar and the Hawaiian revolution*. In: *William A. Williams*, *The Shaping of American Diplomacy, Readings and Documents in American Foreign Policy*. Vol. I., 1750–1900 (Chicago 1964), S. 355–56.

22. *Grenville-Young*, S. 114–15; *LaFeber*, S. 203–209.

23. *Pratt*, *A History of U.S. For. Policy*, S. 215–19.

24. *Hans-Ulrich Wehler*, *Sprungbrett nach Ostasien: Die amerikanische Hawaiiipolitik bis zur Annexion von 1898*, *Jahrbuch für Amerikastudien* Bd. 10 (Heidelberg 1965), S. 176–77.

Spanien wirkte sich dann entscheidend auf die weitere Entwicklung der Hawaii-Frage aus, wie unten gezeigt wird.

Deutschland konnte nicht gegen die Politik der USA protestieren, indem es sich auf die bedeutenden Handelsbeziehungen berufen hätte. Deutschland hatte ab 1879 einen Vertrag über bedingte Meistbegünstigung, die Handel und Seetransport betraf, mit Hawaii, aber der wirtschaftliche Verkehr war bescheiden geblieben. Die Wirtschaftsbeziehungen Hawaiis wurden von Amerikanern dominiert. Auf Grund der dem Reziprozitätsvertrag entsprechenden Zollfreiheit wurden die Haupterzeugnisse der Inseln, Zucker und Reis, fast nur in die Vereinigten Staaten exportiert. So betrug der Anteil der USA am Gesamtexport Hawaiis 97 % im Jahre 1895, während sich Deutschland mit weniger als 0,5 Prozent zufriedengeben musste. Die entsprechenden Importzahlen waren etwa 70 und etwa eins. Beim Seetransport war die Stellung der Amerikaner nicht ganz so stark. Von der 1896 an den Transporten beteiligten gesamten Tonnage befanden sich 51 Prozent in amerikanischem, 37 in britischem und nur ein Prozent in deutschem Besitz. Die Zuckerplantagen wurden 1893 zu ca. 74 Prozent aus amerikanischem Kapital, zu ca. 18 Prozent aus englischem und zu ca. sechs Prozent aus deutschem Kapital finanziert.²⁵ Als kein Zweifel mehr an der Annexion Hawaiis durch die USA bestand, nahm die Bremener, in Honolulu mit der Zuckerherstellung beschäftigte Gesellschaft Pflüger u.Co. Kontakt mit dem Auswärtigen Amt auf. Die Gesellschaft stellte die Behauptung auf, dass der Handel und die Schifffahrt der Ausländer Verluste hinnehmen müssten, falls die Inseln in den Bereich der amerikanischen Zollgesetzgebung gerieten.²⁶

Die deutsche Diplomatie benutzte die Frage noch vor allem als ein Mittel der Samoa-Politik. Als Japan sich nach der Stellungnahme der Wilhelmstrasse nach der zu erwartenden Annexion erkundigte, lautete die Antwort, dass Deutschland vermutlich keinen Grund habe, sich in die politischen Verhältnisse Hawaiis einzumischen.²⁷ Nach dem Annexionsvertrag im Juni 1897 protestierte Japan in aller Schärfe dagegen, weil es befürchtete, dass seine Verhandlungen mit Hawaii vor allem über die Auswanderungsfrage nun misslingen würden.²⁸ Als Thielmann, der deutsche Gesandte in Washington, aus der künftigen Hawaii-Politik Japans auf eine Besetzung Honolulus durch Japaner und auf die Gefahr eines Krieges zwischen Japan und den USA spekulierte, hoffte er, dass die Amerikaner ihrer Schwierigkeiten im Pazifik in dem Masse satt würden, dass sie auch den Widerstand gegen die Bestrebungen Deutschlands auf Samoa aufgäben.²⁹

Der Umstand, dass Deutschland mit England zusammenarbeiten wollte, bedeutete einen Übergang vom Wunschdenken zu praktischen Massnahmen zum Erhalt von Kompensation. Nach dem Vorschlag Hohenlohes mussten die USA dazu bewogen werden, entweder eine Regierung Hawaiis durch drei Mächte zu akzeptieren oder Samoa England und Deutschland überlassen. Falls die letztere Alternative sich verwirklichte, könnte Deutschland später ganz

25. Denkschrift über politische und wirtschaftliche Situation Hawaiis, (Juni 1897). ZStA, Reichskolonialamt, Nr. 9008, Bl. 114–117f.

26. Pflüger & C^o zum Auswärtigen Amt. 27.7.1897. ZStA, Reichskolonialamt, Nr. 9008, Bl. 140–43.

27. Japanische Botschaft an AA 1.4.97. PA. Südsee No. 1. Akten betr. die Beziehungen Hawaiis zu den Ver. St. von Nord-Amerika. Bd. 5. A. 4339; AA. an die Japanische Botschaft 5.4.97. Ibid. ohne Nummer. Vgl. *Vagts I*, S. 791.

28. Zu den Interessen Japans auf Hawaii, siehe z.B. *Olli Kaikkonen*, Yhdysvaltain ekspansio politiikka Kuuballa ja Filippiineillä v. 1898. Ungedruckte pro-gradu-Arbeit. Jyväskylä 1969, S. 133–37.

29. Thielmann an Hohenlohe 17.6.97. No. 382, PA. Südsee No. 1. Bd. 5. A 8377; *Vagts I*, S. 792.

Samoa erhalten, wenn es das alleinige Recht Englands an den Tonga-Inseln anerkannte.³⁰ In den "persönlichen" Gesprächen zwischen Hatzfeldt und Salisbury waren die Ansichten des Premierministers zuerst für den Gesandten ermutigend. Salisbury war bereit, über gemeinsame Aktionen in Washington zu verhandeln, doch hielt er den Zeitpunkt noch nicht für geeignet. Salisbury mass den Inseln offenbar keinen grossen Wert zu, aber nach Einschätzung des Gesandten könne Grossbritannien wegen des Widerstandes von seiten Australiens die Inseln nicht an Deutschland abtreten.³¹ Die Einschätzung des Gesandten in der Samoa-Frage erwies sich als richtig. Die Australier und das Colonial Office in London protestierten stark gegen einen englischen Verzicht auf Samoa. Als dazu die sich günstig entwickelnden Beziehungen Grossbritanniens zu den USA durch die Zusammenarbeit mit Deutschland gefährdet schienen, wurden die Verhandlungen mit Deutschland verzögert. Bald wurde behauptet, dass England, wegen des 1843 geschlossenen, die Neutralität der Inselgruppe garantierenden Vertrags mit Frankreich, an eine gemeinsame Verwaltung Hawaiis nicht denken könne, bald wurden für Samoa solche Kompensationen in Neu Guinea verlangt, dass Deutschland sie nicht akzeptieren konnte.³² Hatzfeldt konnte schon im Dezember 1897 davon überzeugt sein, dass Salisbury mit Sicherheit zu einer gemeinsamen Aktion gegen die USA nicht bereit war. Der Premierminister kam somit zu dem Schluss, dass die USA auswärtigen Druck als Feindseligkeit betrachteten. Die Einwilligung des Senats zur Annexion Hawaiis war noch nicht sicher, aber eine englisch-deutsche Gemeinschaftsaktion trage zu dessen Annexionsbereitschaft bei.³³ Die Berichte Hollebens, des neuen deutschen Gesandten in Washington, waren ebenso wenig ermutigend. Seiner Meinung nach war aus der Hawaii-Frage ein Kräftemessen zwischen Republikanern und Demokraten geworden, in das Aussenstehende sich nicht einmischen sollten. Deutschland habe keine Aussicht auf Kompensation auf Samoa, auch wenn Hawaii den USA einverleibt würde.³⁴ Deutschland musste dann auch seine Kompensationsforderungen fallen lassen, bis sie durch die neuen Eroberungen der USA noch besser begründet wurden.

3.1.1.4. China

Auch die deutschen Kaufleute hatten dank dem von England 1842 mit China geschlossenen Vertrag ein Handelsrecht in freien Häfen. Als die Grossmächte, die USA eingeschlossen, in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts einen Sondervertrag mit China geschlossen hatten, wurde das Abkommen von 1842 für ungültig erklärt. Um ihren Handel zu sichern, strebten auch die Deutschen Sonderverträge an. Dank seiner Stärke und seinen Kriegsschiffen konnte Preussen für die gesamtdeutschen Interessen eintreten. Laut dem 1861 geschlossenen Vertrag durften die Deutschen in den freien Häfen Chinas mit denselben Rechten Handel treiben wie die Engländer. Von den deutschen Staaten erhielt nur Preussen das Recht, eine Vertretung in Peking zu gründen. Die Hansestädte konnten ihre Konsulate in freien Hafenstädten einrichten. Der Vertrag war mit kleinen Änderungen bis zum ersten Weltkrieg gültig.³⁵

30. Hohenlohe an Hatzfeldt 18.7.97. Grosse Politik XIII. Nr. 3409.

31. Hatzfeldt an Hohenlohe 22.7.97. G.P. XIII Nr. 3410; Hatzfeldt an AA 31.7.97. Ibid. Nr. 3412.

32. G.P. XIII, Nummern 3416–3420; vgl. *Vagts* I, S. 793–95.

33. Hatzfeldt an AA 10.12.97. G.P. XIII, Nr. 3422.

34. Holleben an Hohenlohe 9.12.97. Nr. 695. PA. Südsee Nr. 1. Bd. 6. A 14728.

35. *Helmut Stoecker*, Deutschland und China im 19. Jahrhundert. Das Eindringen des deutschen Kapitalismus (Berlin 1958), S. 50–59; *John, E. Schrecker*, Imperialism and Chinese Nationalism. Germany in Shantung (Cambridge, Massachusetts 1971), S. 1–5; *Schmidt*, S. 42–44; *Wehler*, Bismarck, S. 198.

England war der mit Abstand wichtigste Handelspartner Chinas, während Japan und Deutschland sich Platz zwei teilten. Zu den wichtigsten Exportgütern Deutschlands nach China zählten in den 70er und 80er Jahren Anilinfarben, Nadeln, Wollstoffe und Waffen. Im Waffenhandel erreichte Deutschland (Krupp) dann auch fast eine Monopolstellung. Das von der "Deutschen Bank" gegründete Bankunternehmen war dagegen nicht in der Lage, mit englischen Banken auf dem chinesischen Kapitalmarkt zu konkurrieren.³⁶

Die ausländischen Handelsbeziehungen Koreas wurden 1876 von Japan geöffnet. Als das erste westliche Land kamen die USA 1882 mit Korea über die Verwendung einiger Häfen zu Handelszwecken überein. In demselben Jahr gelang es dem deutschen Minister in Peking, Max von Brandt, dem Beispiel der Amerikaner zu folgen.³⁷

Die wirtschaftliche Konkurrenz des Auslands in China konzentrierte sich seit der Mitte der 80er Jahre auf den Erhalt von Eisenbahnkonzessionen. Obwohl die Tätigkeit der Amerikaner auf diesem Gebiet gering war, wurde die Gründung der "Deutschen Asiatischen Bank" in Schanghai 1889 durch die Massnahmen eines amerikanischen Finanziers beschleunigt. Die Aktionäre der Bank bestanden aus fast allen am ausländischen Handel interessierten deutschen Bankhäusern.³⁸ Mit der Unterstützung des deutschen Staats eröffnete der Norddeutsche Lloyd 1886 seine erste Postschifflinie von Deutschland nach China mit der Route Bremerhaven-Suez-Hongkong-Schanghai.³⁹

Deutschland und die USA befanden sich zu Beginn der 90er Jahre in China in keiner engen Konkurrenzsituation. Die USA beteiligten sich kaum als Wettbewerber um die Eisenbahnabkommen, und die Baumwolle, der wichtigste Exportartikel nach China, konkurrierte auch nicht mit deutschen Erzeugnissen. Die Aktivierung der deutschen China-Politik in den 90er Jahren war auch nicht auf die amerikanische, sondern auf die europäische und japanische Konkurrenz zurückzuführen. Die Einwilligung Deutschlands, mit Russland und Frankreich gegen Japan zur Änderung der Friedensbedingungen von Shimonoseki zu handeln, war zum grossen Teil durch das Streben der der Marine angehörenden Kreise und des Kaisers, einen Stützpunkt an der chinesischen Küste zu erhalten, bedingt. Die Stützpunktvorhaben Deutschlands hatten einen deutlichen wirtschaftspolitischen Hintergrund. Sofort nach dem Krieg fingen die Grossmächte an, die Schwäche Chinas auszunutzen, und sie fuhren fort, es für ihre wirtschaftlichen Vorhaben zwangsweise zu erschliessen. Informationen für das Wirtschaftsleben wurden mit friedlichen Mitteln erworben. So untersuchte eine französische Kommission unter der Leitung der Lyoner Handelskammer die Möglichkeiten, den Handel über die Grenzen Tonkings hinaus zu erweitern. Eine entsprechende englische Expedition wurde von der Handelskammer Blackburns organisiert, die in erster Linie am Vertrieb von Baumwollzeugnissen in dem Gebiet westlich des Jangtse interessiert war.⁴⁰ Die Krefelder Handelskammer wollte dem Beispiel der eben genannten folgen. Nachdem die Krefelder erfolglos einige Handelskammern in Nordwest-Deutschland zu interessieren versucht hatten, wandten sie sich direkt an das Ministerium für Handel und

36. *Stoecker*, S. 87–93; *Schmidt*, S. 45.

37. *Stoecker*, S. 134–36; *Herbert Zühlke*, *Die Rolle des Fernen Ostens in den politischen Beziehungen der Mächte 1895–1905* (Berlin 1929), S. 28–29.

38. *Stoecker*, S. 204–08; *Schmidt*, S. 48–50.

39. *Stoecker*, S. 181–83; *Schmidt*, S. 46–47; zum Vertragstext, siehe z.B. *Paul Neubauer*, *Der Norddeutsche Lloyd. 50 Jahre der Entwicklung 1857–1907*, Bd. 2. (Leipzig 1907), S. 696–97.

40. *Vagts II*, S. 964–65; *Der Ostasiatische Lloyd* 6.8.1897, S. 1419.

Gewerbe und ersuchten die Regierung des Reichs um die Organisation einer Expedition, die beauftragt würde, die Entwicklungsaussichten der deutschen Interessen auf dem chinesischen und dem japanischen Markt zu erforschen.⁴¹ Die Handelsabteilung des Auswärtigen Amtes nahm sich des Anliegens an, nicht nur wegen der Tätigkeit ausländischer Konkurrenten in China, sondern auch, um vor allem die Interessen der deutschen Textilindustrie zu befördern.⁴² Die neunköpfige Expedition, die hauptsächlich aus Vertretern der Textilindustrie bestand, trat die Reise am 27. Januar 1897 von Bremerhafen aus an. Die Expedition, deren Leitung in Hong Kong von Konsul Knappe übernommen wurde, war beauftragt, in acht Monaten die Exportmöglichkeiten des deutschen Handels, der Industrie und die Möglichkeiten des Schiffverkehrs und der Kapitalanlagen in den betreffenden Ländern zu klären.⁴³ Schon 1882 empfahl der China-Kenner und Geograph Ferdinand von Richthofen die Bucht von Kiautschou für einen Stützpunkt als geeignet. Vor allem die Marineleitung betonte den wirtschaftlichen Wert des Stützpunktes von Kiautschou, weil er als Hafen des weiten Shantung diene. Solche Gedanken sind durch die überwiegend wirtschafts-strategische Doktrin des Amerikaners Mahan bedingt.⁴⁴ Als auch Tirpitz Kiautschou empfahl, wartete man nur auf die Gelegenheit, es zu erwerben. Die Ansprüche der Innenpolitik in Deutschland, erfolglose Verhandlungen mit Chinesen und Information Russlands über Deutschlands Absichten gingen der Besetzung Kiautschous durch Admiral Diederichs am 14. November 1897 voraus, zu der ein Mord an zwei deutschen Missionaren Anfang November den endgültigen Anstoss gab. China musste am 6. März 1898 den Pachtvertrag betreffend Kiautschou und dessen Hinterland unterschreiben.⁴⁵ Der Vertrag leitete den Prozess, der als 'Aufteilung' Chinas bekannt ist, ein.

Die Konkurrenz zwischen den Amerikanern und den Deutschen war weiterhin gering. Die Amerikaner hatten den besten Markt für ihre Produkte in der Mandchurei gefunden, wo die Interessen der Deutschen nicht gross waren. Der wichtigste Importartikel der USA war nach wie vor Baumwolle, der der Deutschen Waffenzubehör, Wollwaren und Chemikalien. Nur bei der Einfuhr von Petroleum kam es zur Konkurrenz, als zwei grosse deutsche Gesellschaften die Vertriebsrechte für russisches Öl sowie das Öl der Royal Dutch Co in China erhielten.⁴⁶ Obwohl der Handel mit China 1897 nur ca. zwei Prozent des Gesamthandels der USA ausmachte, hatte sich der Export der USA nach China gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt.⁴⁷ Die an dem chinesischen Markt Interessierten gründeten Organisationen, um ihrem Anliegen Nachdruck zu verleihen. Die schon 1895 gegründete American-China Development Company wollte vor allem Eisenbahnkonzessionen erhalten. Die Baumwollproduzenten, die wichtigste amerikanische Interessentengruppe, fürchteten, dass der Export in die Mandchurei von Russland erschwert werde, nachdem Port Arthur vermietet worden war. Zur Sicherung ihrer Interessen gründeten sie Anfang 1898 die Organisation Committee of American Interest in China. Auf deren Initiative

41. Krefelder Handelskammer an das Ministerium für Handel und Gewerbe 20.12.1895, ZStA, Auswärtiges Amt, Nr. 13025. Bl. 5–8f.

42. Auswärtiges Amt (Referent v. Mühlberg) an Knappe 17.12.1896. Ibid. Bl. 28–33.

43. Instruktion für die nach Ostasien zu entsendende Expedition gewerblicher Sachverständiger 4.1.1897, Ibid. Bl. 40–41f, 114–115f.

44. *Grote*, S. 23–27; *Wehler*, Bismarck, S. 205; *Schrecker*, S. 16–28; *Schmidt*, S. 51–58.

45. *Z.B.*, *Haselmayer*, S. 241–43, 305, 309–10; *Schrecker*, S. 28–42; *Schmidt*, S. 58–63; *Vagts II*, S. 1006–1014.

46. *Vagts II*, S. 967, 1045; *Hunt*, S. 20–22.

47. *Pratt*, *Expansionists*, S. 261.

hin überreichte die New Yorker Handelskammer im Februar 1898 Präsident McKinley ein Memorandum, in dem die gefährdete Lage des amerikanischen Handels in China zum Ausdruck gebracht wurde. Als eine Dachorganisation verschiedener Interessengruppen wurde im Juni die American Asiatic Association gegründet.⁴⁸

Trotz der geringen Bedeutung der in Wirklichkeit bestehenden deutsch-amerikanischen Interessenkonflikte griff die für die China-Interessen eintretende amerikanische Presse die deutsche China-Politik an und befürchtete, dass die Handelsrechte der Amerikaner beeinträchtigt würden.⁴⁹ Holleben schrieb besorgt aus Washington: "Man nennt uns Banditen und Strassenräuber ..." Der Gesandte bedauerte es, dass nicht alles der sensationslüsternen Presse zugeschrieben werden könne, sondern die Antipathie gegen Deutschland sei deutlich auch in gesellschaftlichen und offiziellen Kreisen zu spüren.⁵⁰ Sowohl Bülow als auch Hohenlohe versicherten in ihren Reichstagsreden und in privaten Gesprächen mit dem Gesandten White, dass Deutschland Kiautschou für den ausländischen Handel offen halten werde, und dass die deutsche Handelspolitik in dem ganzen neuen Gebiet im Sinne von "leben und leben lassen" betrieben werde.⁵¹

Der Prozess um Kiautschou mit seinem wirtschaftlichen Hintergrund und seinen Verbindungen mit der Flottenpolitik und 'Sammlungspolitik' trug zum Interesse des deutschen Publikums an der Weltpolitik bei und die Presse begann, der internationalen Konkurrenz auch im Fernen Osten immer mehr Aufmerksamkeit zu widmen. So wurde über die Aktionen der USA im Pazifik später im Jahr 1898 mehr geschrieben als es vielleicht sonst der Fall gewesen wäre. Andererseits sollte die 'Aufteilung' Chinas vor allem das Verhalten der USA zu der Philippinen-Frage beeinflussen.

3.1.2. Lateinamerika

Die Berichte und Meldungen von amerikanischen Diplomaten und Konsuln über das Lateinamerika der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts stellten den andauernden Erfolg der Europäer und die Rückschläge der Amerikaner in der wirtschaftlichen Konkurrenz dar. Die europäischen Regierungen unterstützten – wie es hieß – die Unternehmen mit Zuschüssen, Darlehen und Investitionen, während den Amerikanern eine solche Unterstützung fehle.⁵² Die Amerikaner bemerkten die europäische Konkurrenz vor allem, nachdem sich ihre Aufmerksamkeit nach dem zweiten Abklingen der 'Grossen Depression' (1882–85) stark auf den südamerikanischen Markt richtete.⁵³ Die Lage der USA schien auch durch den grösseren politischen Einfluss der Europäer gefährdet. In dieser Situation fing die erste Regierung Clevelands (1885–89) mit ihrer pan-amerikanischen Politik an. Die erste panamerikanische Konferenz fand dann 1889–90 in

48. *C.S.Jr. Campbell*, American business interests and the open door in China. In: *Williams* (ed.) *The Shaping of American Diplomacy*, S. 414–18; *McCormick* *China Market*, S. 14–25, 121; *Pratt*, *Expansionists*, S. 263–65; *Schirmer*, S. 66–68.

49. *Clara Schieber*, *Transformation of American Sentiment toward Germany 1870–1914* (N.Y. 1923), S. 100–09; *Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1897*, Neue Folge. Hrsg. von *Gustav Roloff*. München 1898, S. 328.

50. *Ursula Schottelius*, *Das Amerikabild der deutschen Regierung in der Ära Bülow, 1897–1909* (Phil. Diss. Masch. Hamburg 1956), S. 112.

51. *Vagts II*, S. 1017–1018.

52. *Grenville-Young*, S. 76–79.

53. *Hans-Ulrich Wehler*, *Handelsimperium statt Kolonialherrschaft. Die Lateinamerikapolitik der Vereinigten Staaten vor 1898*. Jahrbuch für ... Lateinamerikas. Bd. 3. (Köln 1966), S. 184.

Washington unter der Leitung von Harrisons Aussenminister Blaine statt.⁵⁴ Es wurde ein festes panamerikanisches Büro in Washington gegründet, doch die Reziprozitätsverträge, die als Folge der Konferenz geschlossen wurden, waren ein für die Wirtschaft wirklich bedeutendes Ergebnis. Dank dieser Verträge stieg der Export der USA bei Getreide, Mehl, Fleischprodukten, Eisenbahnstahl, Baumaterialien und Maschinen. Der Handel nahm vor allem mit Brasilien zu, das zuerst (im Februar 1891) einen Reziprozitätsvertrag mit den USA schloss.⁵⁵

Als die Vereinigten Staaten ihre Interessen in Südamerika wahrzunehmen begannen, verwendeten sie ähnliche imperialistische Methoden wie die europäischen Grossmächte. In den unsicheren Verhältnissen Süd- und Mittelamerikas wurden finanziell oder mit Kriegsmaterialien, je nach der den eigenen Interessen entsprechenden Alternative, entweder die ihre Macht verteidigenden Regierungen oder deren Gegner unterstützt. Da die europäischen Interessen älter waren, mussten die Amerikaner vor allem mit Engländern, aber auch mit Deutschen um Einflussphären rivalisieren. Obwohl die Konkurrenz der USA sich in erster Linie gegen England, das die grössten Interessen in Lateinamerika zu vertreten hatte, richtete, wurden auch die Interessen der Deutschen gefährdet. Deutsches Geld in Lateinamerika war in den von Grossbanken gegründeten Tochtergesellschaften und dadurch hauptsächlich in Schiffslinien, in den Elektroindustrie und der chemischen Industrie investiert. In deutschen Besitz befanden sich Kaffee-, Kakao- und Zuckerplantagen vor allem in dem Gebiet der starken deutschen Kolonie in Südbrasilien. Ausser in Brasilien lebten viele Deutsche in Argentinien, Chile und Uruguay.⁵⁶

In einer Rede wies Wilhelm II 1893 auf die Gefahr der amerikanischen Expansion hin und betonte die Bedeutung der europäischen Zusammenarbeit. Deutschland solle seine 'Widerstandsfähigkeit' gegen den amerikanischen Einfluss in Lateinamerika verstärken, was in Chile auch sehr gut gelungen sei.⁵⁷ Das englische Kapital hatte in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts eine dominierende Stellung in der chilenischen Industrie und dem Aussenhandel erzielt. Gerade die Engländer dominierten zusammen mit den Deutschen die Produktion von Salpeter, der der wichtigste Industriezweig des Landes war. Präsident Balmaceda begünstigte die Deutschen, um den Einfluss der Engländer zu vermindern. Vor allem das deutsche Bankkapital und die Waffenindustrie zogen Nutzen aus dieser Situation. Die Interessen der Deutschen fielen jedoch mit denen der Engländer zusammen, als Balmaceda die Salpeterindustrie nationalisieren wollte. Die Anleger dieser Länder unterstützten die von chilenischen Grossgrundbesitzern organisierte Revolution, wobei der liberale Balmaceda gestützt wurde. Die Amerikaner, die wegen der Machtstellung der Europäer in der chilenischen Wirtschaft im Hintergrund bleiben mussten, unterstützten wiederum inoffiziell Präsident Balmaceda. Offiziell blieben aber alle Regierungen neutral.⁵⁸ Der Sieg der Revolution garantierte den Rivalen der USA eine günstige Position und

54. *Pratt*, A History of U.S. Foreign Policy, S. 185.

55. *LaFeber*, The new empire, S. 119; *Vagts* II, S. 1642–43, 1679.

56. *Fred J. Rippy*, German Investments in Latin America. The Journal of Business of the University of Chicago. Vol. XXI. 1948, S. 66–68; *Friedrich Katz*, Einige Grundzüge der Politik des deutschen Imperialismus in Lateinamerika 1898 bis 1941. In: Der deutsche Faschismus in Lateinamerika 1933–1943 (Leipzig 1966), S. 16; *Wilhelm Sievers*, Südamerika und die deutschen Interessen. Eine geographisch-politische Betrachtung (Stuttgart 1903), S. 61–89.

57. *Manfred Rauch*, Föderalismus und Parlamentarismus im wilhelminischen Reich. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Bd. 47. (Düsseldorf 1973).

58. *Jürgen Hell*, Deutschland und Chile von 1871–1918. Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock. 14. Jg. 1965. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe. Heft 1–2, S. 88–89; *Grenville-Young*, S. 96–98.

liess eine starke antieuropäische Kampagne im Sinne der Monroe-Doktrin in der Presse der USA entstehen. Durch den Tod von zwei amerikanischen Matrosen bei einem Strassenkrawall in Valparaiso richtete sich die Aggression der Amerikaner gegen die Regierung Chiles. Es ist nur auf die offizielle Abbitte, die die chilenische Regierung auf Empfehlung der europäischen Grossmächte leistete, zurückzuführen, dass es nicht zum Krieg kam.⁵⁹

Die Konkurrenz zwischen den Amerikanern und den Deutschen war vielleicht in Brasilien schärfer als in irgend einem anderen südamerikanischen Land. Die deutschen Hauptinteressen galten der Auswanderung und den regen Handelsbeziehungen. In den Jahren 1830–70 waren etwa 54 000 Deutsche nach Brasilien ausgewandert. Ihr wichtigstes Niederlassungsgebiet war Rio Grande do Sul in Südbrasilien.⁶⁰ Die wichtigsten Exportartikel Brasiliens waren die Plantagenerzeugnisse: Kaffee, Zucker und Kakao, sowie Rohstoffe, von denen Kautschuk der wichtigste war. Sowohl der Export- als auch der Importhandel befanden sich in ausländischen Händen. Seine Industriegüter bezog Brasilien aus Europa und den USA. Die Hauptexportartikel Deutschlands waren Baumwollerzeugnisse, Papier und Stahlprodukte. Zur Jahrhundertwende lag in der brasilianischen Aussenhandelsstatistik beim Import Grossbritannien an erster Stelle, gefolgt von Deutschland. Auf der Exportseite führten die USA vor Deutschland.⁶¹ Die Gefahr der amerikanischen Konkurrenz war besonders nach dem von Brasilien und den USA geschlossenen panamerikanischen Handelsabkommen spürbar. Die deutschen Produkte blieben jedoch konkurrenzfähig und als das Abkommen nach Dingleys Tarif 1894 annulliert wurde, hatte ein Zollkrieg gegen Brasilien keinen Sinn mehr für Deutschland.⁶²

Die Deutschen befürchteten, dass sich der amerikanische Einfluss verstärkte, und diese Furcht kam deutlich zum Ausdruck in ihrem Verhalten zu dem gegen die 1889 gegründete Republik Brasilien gerichteten Aufruhr 1893–94 und vor allem gegenüber den Aktionen der USA während des Aufruhrs. Deutschland blieb neutral, doch galten die Sympathien des Auswärtigen Amtes den Aufständischen. Nach der Meinung Holsteins wäre es für Deutschland und das monarchische Prinzip besser, wenn die Republik Brasilien sich als misslungen erweisen würde. Andererseits hielt er ein Eingreifen europäischer Grossmächte für unklug, weil es die USA veranlasst hätte, unter Hinweis auf die Monroe-Doktrin ihren Einfluss in Brasilien auszuweiten.⁶³

Als ein amerikanisches Geschwader – zum grossen Teil auf Drängen amerikanischer Exportfirmen – in den Aufruhr zugunsten der brasilianischen Regierung eingriff, suchte Deutschland den Zuwachs des amerikanischen Einflusses zu verringern und den Aufständischen zu unterstützen, indem es England und den Dreibundländern vorschlug, sowohl die aufständischen Truppen als auch die der Regierung als kriegführende Seiten anzuerkennen. Reichskanzler Caprivi nahm nämlich an, dass die Aufständischen nach der Machtübernahme Unterstützung in Europa suchten. Deutschlands Initiative fand keine Unterstützung. Österreich hielt seine Interessen in Brasilien für zu gering, als dass es sich gelohnt hätte, die USA zu verstimmen. Dasselbe galt auch für Italien; ausserdem wollte es sich der Einstellung Englands vergewissern. In London

59. *Wehler*, *Handelsimperium statt Kolonialherrschaft*, S. 197–209; *Vagts II*, S. 1646–51.

60. *Gerhard Brunn*, *Deutschland und Brasilien (1889–1914). Lateinamerikanische Forschungen*. Bd. 4. (Köln 1971), S. 1–9.

61. *Brunn*, S. 232–38.

62. *Brunn*, S. 268–70.

63. *Vagts II*, S. 1682–83.

wurden die Chancen der Aufständischen nicht für gross genug gehalten und man wollte sich auch nicht einem Bündnis anschliessen, das deutlich gegen die USA gerichtet war.⁶⁴

Nach dem Aufstand in Brasilien spürte man in Deutschland den Druck der amerikanischen Konkurrenz in Südamerika immer deutlicher. Mit grösserem Nachdruck als früher wurde vom Staat gefordert, die überseeischen Interessen seiner Bürger zu schützen. Dies zeigte sich auch darin, dass die ehemaligen Hansestädte, die früher den Schutz durch die Flotte als gefährlich für die Traditionen des Freihandels ansahen, nun positiv der Entwicklung der deutschen Kriegsflotte gegenüberstanden.⁶⁵ Im Verlauf des Aufruhrs stellte sich die Bereitschaft Deutschlands heraus, die amerikanische Expansion in Zusammenarbeit mit europäischen Mächten einzuschränken. Deutlicher drückte sich das gleiche in der Einstellung Deutschlands zur Zollpolitik der USA sowie auch zum Krieg zwischen den USA und Spanien und zu den dadurch sich anbietenden kolonialpolitischen Möglichkeiten aus.

In Mittelamerika stiessen vor allem die Interventionsbestrebungen der Briten in den 90er Jahren auf Widerstand der Amerikaner, die nach der Monroe-Doktrin, 'Amerika an die Vereinigten Staaten', handelten. Wegen des drohenden Auftretens der USA musste England die wegen des geplanten zentralamerikanischen Kanals wichtige Besetzung des Mosquito-Indianerreservats aufgeben, die es während des Kriegs zwischen Nicaragua und Honduras durchgeführt hatte, und die Souveränität Nicaraguas über dieses Gebiet anerkennen. Die Besetzung der wichtigsten Hafenstadt Cornito durch die Engländer stiess noch in den USA auf britenfeindliches Echo.⁶⁶

Die Deutschen besaßen nur einige Kaffeeplantagen in Nicaragua. Der deutsche Einfluss auf die Wirtschaft in Mittelamerika war vielleicht in Guatemala am stärksten. Im Besitz der Hamburger Handelshäuser befand sich 1895 ein Fünftel der Kaffeeplantagen des Landes, deren Wert sich zusammen mit den deutschen Zuckerplantagen 1897 auf ca. 70 Millionen Mark belief. Zudem waren den guatemalteckischen Pflanzern bis 1898 Darlehen im Wert von 38 Millionen Mark gewährt worden.⁶⁷ In der auch sonst von Ausländern dominierten Wirtschaft lagen die USA mit Abstand an erster Stelle. Das amerikanische Kapital brachte u.a. in folgenden Bereichen Gewinn: Eisenbahn, Bergbau und Erdöl.⁶⁸ Im Jahre 1895 befanden sich 76,8 Prozent des mexikanischen Exports in amerikanischen und nur 2,9 Prozent in deutschen Händen. Für Importe waren die Zahlen 44,7 bzw. 10,7 Prozent.⁶⁹

Die Intervention der USA in der Auseinandersetzung zwischen Venezuela und England, bei der es um die Westgrenze Britisch-Guayanas ging, bedeutete die härteste Belastungsprobe in den englisch-amerikanischen Beziehungen der 90er Jahre. Die Instruktionen des Aussenministers

64. *LaFeber*, S. 215; *Vagts II*, S. 1694–95; *Grenville-Young*, S. 117–19.

65. *Ekkehard Böhm*, *Überseehandel und Flottenbau. Hanseatische Kaufmannschaft und deutsche Seerüstung 1879–1902* (Düsseldorf 1972), S. 51–55; vgl. Der Vorstand des Vereins Hamburger Reeder (gez.) Woermann an Hohenlohe 15.11.1895 und Bürgermeister Versmann an den Gesandten Krüger (in Berlin) 26.11.1895. Staatsarchiv Hamburg, 132– 5/2. HG VII h 2. Bd. 1. Siehe auch Jahresberichte der Handelskammer zu Hamburg 1897, S. 10–11.

66. *Grenville-Young*, S. 118–19; *Nelson M. Blake*, *Background of Cleveland's Venezuelan Policy*. AHR, XI.VIII/1942, S. 262–63; *LaFeber*, S. 218–229.

67. *Böhm*, S. 106–08.

68. *Friedrich Katz*, *Mexiko und die Erdölpolitik in den Jahren 1876 bis 1913*. In: *Lateinamerika zwischen Emanzipation und Imperialismus 1810–1960*. (Berlin 1961), S. 214–16.

69. *Rudolf Darius*, *Die Entwicklung der deutsch-mexikanischen Handelsbeziehungen von 1870–1914* (Inaug. Diss. Köln 1927), S. 34.

Olney an Bayard, den Gesandten in London, im Juli 1895 enthielten eine deutliche Forderung an England, die Lösung des Grenzstreits durch die Vermittlung der USA zu akzeptieren. Olney stützte seine Forderung auf die Monroe-Doktrin.⁷⁰ Die Beziehungen wurden durch eine extra Mitteilung Präsident Cleverlands an den Kongress bis aufs äusserste gespannt. Cleveland wollte eine amerikanische Kommission einsetzen, die die umstrittene Grenze untersuchen sollte. Nach der Veröffentlichung ihres Berichts sollten die USA, wie der Präsident meinte, das Recht haben, einer Annexion der venezuelanischen Gebiete durch Grossbritannien mit allen verfügbaren Mitteln entgegenzuwirken.⁷¹ Die vielen Schwierigkeiten Englands in Afrika (z.B. die Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland wegen des 'Krüger-Telegramms') und im Fernen Osten sowie sein Bedarf an einem Verbündeten veranlassten es, den USA nachzugeben und einen internationalen Schiedsspruch im Grenzstreit zu akzeptieren.⁷² Die Aktion der USA brachte ihrem Handel mit Venezuela einen guten Ertrag. Der Gesamthandel der USA mit Venezuela war schon 1893 etwas grösser gewesen als der Grossbritanniens und Deutschlands. Bis 1901 nahm der Gesamthandel der europäischen Grossmächte mit Venezuela ab, während der der USA so zunahm, dass er den Gesamthandel Grossbritanniens, Deutschlands und Frankreichs zusammen übertraf.⁷³

Die US-Regierungen gingen seit Mitte der 80er Jahre nach der "Grossen Depression" immer eindeutiger davon aus, dass Lateinamerika zum Interessengebiet der USA zu zählen sei. Durch die panamerikanische Wirtschaftspolitik und militärische Interventionen wurde versucht, die südamerikanischen Staaten dem nordamerikanischen Einflussbereich anzuliedern. Wegen ihrer aggressiveren Interessenpolitik gerieten die USA in Konflikte sowohl mit mittelamerikanischen Ländern als auch mit den europäischen Grossmächten. Man war bereit, Machtpolitik in beide Richtungen zu betreiben, wie die Krisen von Chile und Venezuela deutlich zeigten. Welche waren die Beweggründe der neuen Politik der USA? In diesem Fall halte ich das Erklärungsmodell der "Michigan-Schule" für geeignet und den Begriff LaFebers "Diplomacy of Depression" für zutreffend, nach dem es sich um die Eliminierung der wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen der Depression handele. Die Kuba-Politik der USA kann als direkte Fortsetzung dieser Richtung angesehen werden.

Nun sahen sich die europäischen Grossmächte immer deutlicher mit der "amerikanischen Gefahr" konfrontiert. Englands Lage war am schlimmsten, denn es konnte es sich wegen seiner anderswo bestehenden grossmachtpolitischen Schwierigkeiten nicht leisten, seine Beziehungen zu den USA abzubrechen. In Deutschland entstand der Gedanke über die Zusammenarbeit europäischer Grossmächte, um die amerikanische Gefahr abzuwehren. Er erwies sich jedoch als ebenso unrealistisch wie später in den 90er Jahren. Die Vereinigten Staaten hatten ihre offenbare Bereitschaft zur rücksichtslosen Machtpolitik gezeigt. Als ihre Rivalen auf diese Herausforderung antworteten, mussten sie, so auch Deutschland, erwägen, ob sich ein ausreichend starkes politisches Bündnis bilden liess oder ob Aussichten auf ein solches überhaupt bestanden, weil die Amerikaner auch als mögliche Verbündete und wichtige Partner im wirtschaftlichen Bereich betrachtet werden konnten.

70. Olney an Bayard 20.7.1895. NA/77: Great Britain/90/804/S. 291–310.

71. LaFever, S. 268, eine ausführliche Analyse. S. 242–83.

72. Bayard an Olney 22.1.1896. NA/30/172/581.

73. Sievers, S. 76–77.

3.2. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und Deutschland

Sowohl die USA als auch Deutschland waren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch dynamisches wirtschaftliches Wachstum gekennzeichnet. Diese beiden Staaten überholten die frühere Wirtschaftsmacht Grossbritannien nicht nur quantitativ in der industriellen Produktion, sondern auch in der Bevölkerungszahl. Das rasche Wachstum der Produktionsreserven und der Anspruch auf Märkte brachten es mit sich, dass sich der deutsch-amerikanische Handelsaustausch belebte, aber auch, dass es zu scharfer Konkurrenz kam. Der Fortbestand der Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern war wesentlich davon abhängig, wie die Konkurrenz geregelt werden konnte.

Die materielle Grösse der Vereinigten Staaten entsprang im wesentlich den riesigen Rohstoffquellen, die nicht nur den eigenen Bedarf deckten, sondern zum Teil lebenswichtig auch für andere Industrieländer waren. Das industrialisierte Europa wurde auch von den amerikanischen Lebensmitteln abhängig, vor allem vom Getreide. Anders als Rohstoffe produzierende Kolonien oder einige Lebensmittel produzierende südamerikanische Länder konnten die industrialisierten USA eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik den europäischen Grossmächten gegenüber betreiben. Von ihrer Stärke überzeugt, verglichen die Amerikaner ihr Land häufig mit ganz Europa, nicht mit seinen einzelnen Staaten.⁷⁴ Der Absatz von Lebensmitteln verursachte jedoch Schwierigkeiten mit der Agrarlobby in den industrialisierten Ländern Europas – besonders mit der Deutschlands. Die europäische und amerikanische Industrie konkurrierten dagegen auf einem Markt, der beiden fremd war – vor allem in Südamerika.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern wird am besten durch die Handelsbeziehungen dargestellt.

TABELLE 1. Der deutsche Handel mit den USA 1880 und 1898⁷⁵ (In Millionen Mark)

Jahr	Deutschlands Import aus den USA	Anteil in % am deutschen Gesamtimport	Deutschlands Export in die USA	Anteil in % am deutschen Gesamtexport
1880	165	5.8	184	6.2
1898	695	12.7	345	8.6

74. *Friedrich Ratzel*, Die Vereinigten Staaten von Amerika. Zweiter Band: Politische Geographie der Ver. St. v. Nord-Amerika unter besonderer Berücksichtigung der natürlichen Bedingungen und wirtschaftlichen Verhältnisse (München 1893), S. 88–89.

75. *Walter Borgius*, Deutschland und die Vereinigten Staaten. Ein handelspolitischer Rückblick bei Eröffnung des internationalen Handelskongresses zu Philadelphia. Schriften der Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen. Heft 8. (Berlin 1899), S. 99–100. Zu den handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA, siehe *Matti Myllykoski*, Saksan ja Yhdysvaltain kauppapoliittiset suhteet ja kauppa Saksan keisarikunnan perustamisesta vuosisadan vaihteeseen. Ungedruckte pro gradu-Arbeit (Jyväskylä 1974).

Die stark zunehmende Einfuhr Deutschlands bestand hauptsächlich aus Rohstoffen. Der wichtigste von ihnen war Rohbaumwolle, von der mehr als zwei Drittel aus den Vereinigten Staaten importiert wurden. Fast das gesamte in Deutschland verwendete Petroleum wurde durch das Monopol der Standard Oil aus den USA importiert. Der dritte wichtige Rohstoff in jener Zeit der schnellen Entwicklung der Elektroindustrie und des Schiffbaus war Kupfer, von dem die USA 1898 mehr als die Hälfte des Weltverbrauchs produzierten. Eine sehr bedeutende Gruppe der Importgüter waren die Lebensmittel, von denen Weizen und Mais, Schweine- und Rindfleischerzeugnisse sowie Obst am wichtigsten waren.⁷⁶ Die wichtigste Gruppe des deutschen Exports bestand aus Textilien, besonders aus Seiden-, Woll- und Baumwollwaren. Der bedeutendste Exportartikel in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts war jedoch Rübenzucker. Die deutsche Rübenzuckerproduktion, von der über die Hälfte ins Ausland verkauft wurde, betrug 1897–98 über 40 Prozent der europäischen Produktion. Die USA waren nach England der wichtigste Abnehmer.⁷⁷

Der amerikanisch-deutsche Geschäftsverkehr und die Beziehungen der Länder im allgemeinen wurden in den 90er Jahren durch zwei Hauptfaktoren belastet. Erstens forderten die deutschen landwirtschaftlichen Produzenten und die Schwerindustrie Schutzzölle. Zweitens wurde die Zusammenarbeit dieser Interessengruppen durch die amerikanische Schutzzollpolitik erleichtert und ihre Forderungen waren dadurch ebenfalls berechtigt. Als die Entwicklung weltweit auf Schutzzölle hinauslief, fand auch in den USA die Auffassung immer mehr Unterstützung, nach der die weitere Entwicklung im eigenen Land und in der ganzen Welt auf die gesicherte Entwicklung der einheimischen Produktionskräfte angewiesen war. Die Schutzzoll-Ideologie hatte schon in allen Präsidentschaftswahlen der 80er Jahre als politische Waffe Verwendung gefunden. Ihre Bedeutung war 1888 recht wichtig, als die Republikaner erfolgreich hohe Zölle und Reziprozitätsverträge forderten.⁷⁸ Neben diesen Zügen war das Zolltarifgesetz McKinleys dadurch gekennzeichnet, dass der Präsident das Recht hatte, Zucker, Kaffee und einige andere, hauptsächlich aus Südamerika importierte Waren mit Zoll zu belegen, falls die Vertragspartner die von den USA diktierten Bedingungen nicht einhielten. Das Zollgesetz war dann auch ein wichtiges Mittel, als der Export der USA auf Südamerika erweitert wurde. Auf dieser Grundlage schlossen die USA Reziprozitätsverträge mit Brasilien sowie mit mittelamerikanischen Ländern und mit den Karibikstaaten ab.⁷⁹ Die hohe Zollmauer des Tarifs rief in Deutschland Proteste hervor, doch vielleicht noch mehr Besorgnis wurde durch die sich verschärfende amerikanische Konkurrenz auf dem lateinamerikanischen Markt erregt. Die Stimmen, die auf Schutzzöllen bestanden, wurden immer lauter. Die Forderungen, einen Zollkrieg anzufangen, scheiterten jedoch an denselben Gründen wie später in den 90er Jahren: an der Abhängigkeit von den amerikanischen Rohstoffen, an der Angst vor einem Boykott der Export-

76. *Borgius*, S. 101; *Fritz Blaich*, Kartell- und Monopolpolitik im kaiserlichen Deutschland. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Bd. 50. Das Problem der Marktmacht im deutschen Reichstag zwischen 1879 und 1914 (Düsseldorf 1973), S. 74–75; *George M. Fisk*, Handelspolitischen und sonstigen völkerrechtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Ver. St. von Amerika (Stuttgart 1897), S. 216; *Max Vosberg-Rekow*, Die Politik der Handelsverträge in ihren Grundzügen gemeinfasslich dargestellt. Schriften der Centralstelle, Heft 3. (Berlin 1898), S. 146–51; *Myllykoski*, S. 323–25.

77. *Borgius*, S. 101; *Fisk*, S. 234; *Myllykoski*, S. 325–29.

78. *Fisk*, S. 129; *Percy Ashley*, Modern tariff history. Germany-United States - France (London 1920), S. 202–03.

79. *Böhm*, S. 58–59; *Vagts I*, S. 16–17.

güterindustrie, an dem günstigen Handel der Hansestädte mit den USA und am Nichtzustandekommen einer geschlossenen europäischen Front.⁸⁰ Ein 'einheitliches Europa' gegen die amerikanische Konkurrenz infolge von McKinleys Tarif zeigte sich z.T. in Caprivis Handelspolitik, den Dreibund zu verstärken und die amerikanische wirtschaftliche Gefahr zu zerstreuen.

Reziprozitätsklausel des amerikanischen Tarifs bildete eine Gefahr für den zunehmenden Export des deutschen Rübenzuckers in die Vereinigten Staaten. Die Amerikaner konnten diesen Import boykottieren, um das Einfuhrverbot des amerikanischen Schweinefleisches und der Fleischerzeugnisse nach Deutschland von 1883 aufzuheben. Eine solche Gefahr war 1890–1891 nach den Fleischbeschauengesetzen offensichtlich. In dem sogenannten Vertrag von Saratoga von 1891 wurde man jedoch darüber einig, dass Schweinefleischeinfuhren zugelassen werden und der Rohzucker auch weiterhin auf der Liste der zollfreien Waren geführt werden sollte.⁸²

Die Zolltarifgesetzgebung Wilsons, die 1894 der Machtübernahme der demokratischen Partei folgte, bedeutete einige Erleichterungen auch für die deutsche Exportindustrie. Das Gesetz kannte auch kein Sonderrecht des Präsidenten, Waren mit zusätzlichen Zöllen zu belegen.⁸³ Die Deutschen hatten dennoch Anlass, gegen das Gesetz zu protestieren, weil darin der Zucker mit einem ad valorem-Zoll belegt wurde. Die Zucker-Interessen Deutschlands waren recht bedeutend, denn 24 Prozent des Exports an Rübenzucker gingen in die USA.⁸⁴ Der Zuckerzoll gab den Schutzzollforderungen der Agrarlobby neuen Nachdruck. Auch jetzt wurde kein Zollkrieg angefangen, aber auf die Forderung des Bundes der Landwirte, der die Interessen der Getreide- und Fleischproduzenten vereinte, wurde die Einfuhr von lebenden amerikanischen Rindern und von frischem Rindfleisch nach Deutschland mit recht fragwürdigen gesundheitlichen Begründungen verboten. Die landwirtschaftlichen Produzenten setzten ihre unnachgiebige Politik fort, obwohl die deutsche Zuckerausfuhr in die USA immer mehr anstieg. Der deutsche Zucker ersetzte nämlich einen Teil der wegen des Aufstandes verminderten Einfuhr an kubanischem Zucker in die USA.⁸⁵

Das Anhalten der Wirtschaftsdepression, die Inflation und Schwierigkeiten mit der Zahlungsbilanz brachten in der Präsidentwahl von 1896 den Republikanern, die Schutzzölle und Reziprozitätsverträge gefordert hatten, wieder den Sieg. In Dingleys Tarif von 1897 erreichte der amerikanische Protektionismus seinen erneuten Höhepunkt, indem der durchschnittliche ad valorem-Zoll sich auf 54,5 Prozent belief. Die entsprechende Zahl war in McKinleys Tarif 48,66 und in Wilsons Tarif 41,75 Prozent gewesen.⁸⁶ Der Präsident erhielt wieder das Recht, einige, vor allem südamerikanische Produkte mit zusätzlichen Zöllen zu belegen. Zudem konnte der Präsident Handelsabkommen für höchstens fünf Jahre abschließen und Zollnachlässe gewähren. Solche Abkommen wurden dann auch mit mehreren südamerikanischen Ländern geschlossen.⁸⁷

80. *Böhm*, S. 59; *Vagts I*, S. 29–35; *Ludwig Beutin*, Bremen und Amerika. Zur Geschichte der Weltwirtschaft und der Beziehungen Deutschlands zu den Ver. St (Bremen 1953), S. 148; *A. Sartorius*, Freiherr von Waltershausen, Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815–1914 (Jena 1923), S. 439.

81. *Nichols*, S. 139–44; *Fritz Fischer*, Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914 (Düsseldorf 1969), S. 24–32; *Böhme*, Grenzen des Wachstums, S. 187–89.

82. *Fisk*, S. 160–63; *Stolberg-Vernigorode*, Deutschland, S. 183–85; *Vagts I*, S. 41–61.

83. *A. Sartorius*, Freiherr von Waltershausen, Deutschland und die Handelspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika. Schriften der Centralstelle, Heft 2. (Berlin 1898), S. 34–35; *Böhm*, S. 63.

84. *Böhm*, S. 63–64; *Fisk*, S. 217–18; *Zims*, S. 46–47.

85. *Fisk*, S. 171–72; *Vagts I*, S. 81–97, 118.

86. *Vagts I*, S. 121.

87. *Böhm*, S. 151.

Der Zweck des neuen Gesetzes war somit, einerseits die einheimische Produktion zu schützen, und andererseits den wirtschaftlichen Einfluss in Südamerika zu stärken.

In deutschen Stellungnahmen wurde nun festgestellt, dass die USA deutlich die Hegemonie auf dem Weltmarkt anstrebten. Die Besorgnis um den südamerikanischen Markt, die sich in den Kreisen des Exporthandels ausbreitete, kam in den Forderungen, Stützpunkte in der Karibik zu erwerben und in der positiven Einstellung zum Bau einer Kriegsflotte, zum Ausdruck.⁸⁸ Auf den grössten Widerstand unter den Deutschen stiess die Bestimmung in Dingleys Tarif, den Zoll auf Zucker für solche Länder zu erhöhen, die eine Exportprämie für Zucker zahlten. Der deutsche Zucker, dessen Einfuhrmenge in die USA ununterbrochen zugenommen hatte, war nun mit einem Zollsatz belastet, der über die Hälfte höher war als der frühere.⁸⁹ In offiziellen Protesten wurde die Meinung vertreten, dass der Zuckerzoll entgegen dem preussisch-amerikanischen Vertrag von 1828 und dem Abkommen von Saratoga sei. Ausserdem sei die Massnahme gegen internationales Recht; Verträge würden ja ihre Bedeutung verlieren, wenn sie einseitig je nach der innenpolitischen Lage irgend eines Landes geändert werden könnten.⁹⁰

In Deutschland forderten vor allem die landwirtschaftlichen Produzenten und die Schwerindustrie mit immer grösserem Nachdruck wirksame Massnahmen gegen die Amerikaner. Diesen Forderungen schloss sich ein grosser Teil der Mitglieder des BDI, der die Interessen der Fertigwarenindustrie vertrat, an. Besonders die Deutsche Tageszeitung forderte 'Kampfzölle' gegen die USA.⁹¹ Als ein konkretes Ergebnis wurde, indem man sich auf gesundheitliche Gründe berief, ein Einfuhrverbot amerikanischer Früchte, bewirkt.⁹² Die Massnahme erregte wiederum die Gemüter der Amerikaner in dem Masse, dass Holleben die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern als angespannt betrachtete. "Deutschland ist jetzt hier im Tagesgespräch und in der Presse das absolut bestgehasste Land ...", schrieb er und er glaubte auch nicht, dass die Lage sich verbessern werde.⁹³

Es wurde auch mehr als früher über die europäische Zusammenarbeit gegen die amerikanische Konkurrenz diskutiert. Besonders Wilhelm II unterstützte den Gedanken mit Nachdruck. In der Korrespondenz zwischen den zwei Kaisern versprach Nikolai II seinem Cousin die Unterstützung Russlands. Wilhelm II schrieb seinem Freund Eulenburg:

Der Besuch in Russland ist über alle Erwartungen hinaus gut verlaufen, und habe ich mich in mehreren eingehenden Privatgesprächen vollkommen über alle grossen politischen Fragen mit Nicky geeinigt, so dass wir Beiden so gut zu sagen über die Welt disponiert haben! ... Die Continentsperre gegen Amerika und eventuell England ist beschlossene Sache. Russland hat sich verpflichtet, Frankreich dazu bon gré, mal gré mitzubringen.⁹⁴

88. *Borgius*, S. 64; *Sartorius*, Deutschland, S. 60–61; *Böhm*, S. 151–52.

89. *Vagts I*, S. 121.

90. Thielmann an Sherman 5.4.97. NA/58/26: Notes from the legation of the German States and Germany in the U.S. to the Department of State.; Holleben an Sherman 6.1.98. NA/58/27.

91. Deutsche Tageszeitung 27.3.97. Obwohl auch die anderen Zeitungen im allgemeinen die Schutzpolitik der USA verurteilten, stellten sie fest, dass es für Deutschland ungünstig gewesen wäre, einen Zollkrieg anzufangen. Siehe u.a. Hannoverscher Courier 8.4.97, Die Post 9.4.97, Freisinnige Zeitung 8.4.97, BA, RSA, R2, 1617. Acta betr. die handelspolitischen Beziehungen Deutschlands zu den Ver. St. Zur Rolle des "Bundes der Industriellen", siehe *Ullmann*, S. 166–71.

92. *Clara E. Schieber*, Transformation of American Sentiment toward Germany 1870–1914, S. 193.

93. Holleben an Hohenlohe 1.1.98. BA, RSA, R2, 1618.

94. Wilhelm II an Eulenburg 20.8.97. BA. Nachlass Eulenburg. Bd. IV. Nr. 48.

Wirtschaftsminister Witte lehnte jedoch solche Pläne entschieden ab, die – wenn sie Wirklichkeit geworden wären – eine Gefährdung der guten russisch-amerikanischen Beziehungen bedeutet hätten. Damit Wilhelm II nicht die Leitung der unsicheren Initiative übernehme, wurde im Auswärtigen Amt ein Memorandum über diese Angelegenheit verfasst und darin die Bedenklichkeit des Vorhabens deutlich zum Ausdruck gebracht.⁹⁵

Mit Statistiken, die den Handel zwischen den USA und den europäischen Grossmächten betrafen, zeigte Innenminister Posadowsky, dass England sich an einer Handelsblockade gegen die USA nicht beteiligen würde. Der Anteil Englands am amerikanischen Aussenhandel war so gross, dass ein Boykott durch Kontinental-Europa die US-Wirtschaft nicht ruinieren würde. Ausserdem waren die USA von den europäischen Produkten nicht in dem Masse abhängig wie Europa von den amerikanischen.⁹⁶ Auf inoffizieller Seite wurde über die Ausarbeitung eines mitteleuropäischen Vertragssystems gegen die USA noch eine Zeit lang spekuliert.⁹⁷

Die amerikanische Aussenhandelspolitik wurde von zwei Charakteristika dominiert: Schutzzölle und das Reziprozitätssystem, das ausdrücklich zur Eroberung des südamerikanischen Markts verwendet wurde. Hinsichtlich der deutsch-amerikanischen Beziehungen wurden die entsprechenden Forderungen der deutschen Agrar- und Industriekreise durch Schutzzölle unterstützt. Zugleich erleichterte die amerikanische Zollpolitik die als Sammlungspolitik erscheinenden Bemühungen um Zusammenarbeit dieser Kreise. Lediglich die Agrarkreise forderten einen Zollkrieg gegen die Amerikaner. Die Bestrebungen der Amerikaner in Südamerika trugen dazu bei, dass die Interessengruppe des Aussenhandels die 'wilhelminische' Weltpolitik unterstützte. Für Deutschland hatte es keinen Sinn, einen Zollkrieg anzufangen, weil es einerseits von amerikanischen Rohstoffen abhängig war und andererseits sein Export in die USA auf Hindernisse gestossen wäre.

Insgesamt bedeutete die autonome Zollpolitik der Amerikaner und die daraus resultierenden Gegenmassnahmen der Deutschen eine Belastung für die Beziehungen der Länder. Den amerikanischen Expansionismus hatte man in Deutschland vor dem Krieg zwischen den USA und Spanien, auf dem Höhepunkt des amerikanischen weltpolitischen Engagements in den 90er Jahren, auf eine recht negative Weise beobachtet.

95. *Vagts* I, S. 140; *Schottelius*, S. 300–01.

96. Posadowskys Promemoria 25.8.1897. BA, RSA, R2/1617.

97. *Sartorius*, Deutschland, S. 82; *Paul Dehn*, Kommende Weltwirtschaftspolitik (Berlin 1898), S. 78–83.

4. DIE KRISE ZWISCHEN DEN USA UND SPANIEN

4.1. Der kubanische Aufstand

Die Kubaner hatten mehrmals gegen die Korruption der spanischen Zivil- und Militärverwaltung rebelliert. Ein wesentlicher Grund für den Aufstand, der im Frühjahr 1895 begann, war noch die durch die Handelspolitik der USA hervorgerufene plötzliche wirtschaftliche Depression der Insel.¹ McKinleys Tarif, der Rohzucker von Einfuhrzöllen ausnahm, hatte den Auftakt zu einem raschen Aufschwung der kubanischen Wirtschaft bedeutet. In den Jahren 1890–93 stieg der Export Kubas in die USA von 54 auf 78 Millionen Dollar. In demselben Zeitraum verdoppelte sich der Export der USA nach Kuba – vor allem Maschinen und landwirtschaftliche Produkte – von 12 auf 24 Millionen Dollar. Der Wert der amerikanischen Investitionen auf Kuba belief sich auf 50 Millionen Dollar.² Im Jahre 1894 folgte ein Zusammenbruch für Kuba, als der sog. Wilson-Gorman-Tarif den Zucker mit einem Wertzoll von 40 Prozent belegte und der Reziprozitätsvertrag zwischen den USA und Spanien annulliert wurde. Die Folgen machten sich in Kuba sofort bemerkbar, weil mindestens vier fünftel der kubanischen Einkünfte aus dem Zucker gekommen waren. Ausserdem schloss der zunehmende Anbau von Rübenzucker in Europa den Markt dort, so dass Kuba von seinem Export in die USA abhängig war.³ Aus der tiefen Depression folgte Unzufriedenheit, die von in amerikanischem Exil lebenden Anführern früherer Aufstände, geschürt wurde. Die Kreolen, Schwarzen und mittellosen Weissen der Berggebiete waren zu unterdrückt, um selbständig zu revoltieren. In Wirklichkeit wurde der Aufstand von den USA aus vorbereitet und auch weitgehend verwirklicht. Die 1892 gegründete revolutionäre Partei Kubas wurde von Jose Marti angeführt, der auch die Revolutionsveteranen Maximo Gomez und Antonio Maceo für seine Seite gewinnen konnte. Der Beginn des Aufstandes wurde durch die dem Wilsons Tarif folgende Unzufriedenheit auf Kuba und auch durch die Furcht, dass die USA Kuba annektieren würden, beschleunigt. Die Kämpfe begannen im Februar 1895, als die erwähnten drei Anführer auf Kuba eintrafen.⁴ In New York war eine kubanische Junta gegründet worden, die den Aufstand vorbereiten und die öffentliche Meinung für den Aufstand positiv beeinflussen sollte. Der Junta waren die kubanischen Ligen unterstellt, die sich in verschiedenen Teilen der USA niedergelassen hatten. Die Junta wurde in bemerkenswerter Weise von dem Bund der Tabakarbeiter unterstützt, der bereit war, die Aufständischen zu unterstützen, wenn zahlreiche kubanische Arbeiter der Tabakindustrie in die Gewerkschaft einträten. Auch die American Federation of Labor war bereit, auf Initiative von Samuel Gompers den Aufständischen zu helfen.⁵ Die Propaganda der Aufständischen sprach durch die

1. *F.J. Rippy*, *Latin America*, S. 404.

2. *Hans-Ulrich Wehler*, "Cuba Libre" und amerikanische Intervention. Der Kubanische Aufstand seit dem Februar 1895 und drei Phasen der amerikanischen Kubapolitik bis zum September 1897. *Jahrbuch Lateinamerika* Bd. 5. (Köln 1968), S. 309.

3. *Harold U. Faulkner*, *Politics, Reform and Expansion 1890–1900* (New York 1959), S. 219–20.

4. *Walter Millis*, *The Martial Spirit. A Study of Our War with Spain* (Boston 1931), S. 11–16.

5. *LaFeber*, *The new Empire*, S. 287.

Presse geschickt die Freiheitsliebe der Amerikaner und ihre Antipathie gegen jegliche Alleinherrschaft an. Im Laufe des Sommers 1895 tauchte der kubanische Freiheitskrieg in den Schlagzeilen der Zeitungen immer häufiger auf. Die Gleichgültigkeit der Regierung wurde gerügt und es wurde gefordert, in die Verhältnisse der Insel auf eine für die Aufständischen günstige Weise einzugreifen.⁶ Die öffentliche Meinung spiegelte sich bald im Kongress wider, der eine Aktivierung der Kuba-Politik forderte. Der Präsident wollte jedoch die Neutralitätsbestimmungen genau befolgen. Im Februar 1896 nahm der Senat einen Beschluss an, nach dem der Präsident 'good offices' hätte anbieten sollen, um die Unabhängigkeit zu garantieren.⁷ Die Regierung der USA war dann auch seit April 1896 bestrebt, eine Kompromisslösung zwischen den Aufständischen und Spanien herbeizuführen. Die Meldung Olneys an Dupuy de Lome, den spanischen Gesandten in Washington, im April war das erste offizielle Angebot von 'good offices' während des letzten Aufstandes auf Kuba. Darin wurde vorgeschlagen, die Insel durch gemeinsame Aktionen zu befreien; danach sollte Spanien den Aufständischen eine so weitgehende Autonomie gewähren, "as they can reasonably ask."⁸

Die Note wurde nach dem Ende der Sitzungsperiode des Kongresses überreicht. Olney und Cleveland strebten vor Beginn der nächsten Sitzungsperiode eine Lösung an, um Druck von Seiten des Kongresses vorzubeugen. Der Plan hatte jedoch keine Chancen. Zum einen wäre eine Intervention in dem Aufstand zugunsten Spaniens auf starken Widerstand in den USA gestossen. Zum andern hätten die Aufständischen keine Autonomie akzeptiert, sondern sie forderten eine vollständige Unabhängigkeit. Schliesslich war auch Spanien nicht bereit, auf den Vorschlag einzugehen, sondern betrachtete ihn als eine Verletzung seiner Souveränität. De Lome behauptete, dass Kuba nur von Spanien und durch seine eigene Initiative geholfen werden könne. Weiterhin hätten die Aufständischen nach seiner Meinung sicher den Vorschlag der Amerikaner abgelehnt, weil sie befürchteten, dass die USA sich der Insel bemächtigen. Als bestes Mittel von amerikanischer Seite, um den Aufstand zu beenden, hielt der Gesandte, die Tätigkeit der Aufständischen in den USA zu unterbinden.⁹

Nach dem Wahlsieg des Republikaners William McKinley konnte Cleveland sein politisches Testament in der Kuba-Frage in seiner jährlichen Übersicht an den Kongress darlegen. Cleveland wies die auf wirtschaftliche und andere Begründungen gestützten Forderungen über die Intervention der USA in den Aufstand zurück. Die Unabhängigkeit Kubas konnte seiner Meinung nach nicht anerkannt werden, weil die spanische Administration – so schlecht sie auch gewesen sei – die einzige auf der Insel sei. Ihre Auflösung hätte Anarchie bedeutet. Der Präsident wäre dagegen bereit gewesen, die Insel zu kaufen, wenn Spanien damit einverstanden gewesen wäre. Die beste Lösung sei weiterhin die Autonomie Kubas.¹⁰ Der Gesandte Taylor stellte eine relativ brüske Forderung zur Verwirklichung der Autonomie von Kuba und Puerto Rico. Laut der Note könne eine Verzögerung der Bewilligung der Autonomie zur Folge haben, dass die Unabhängigkeit Kubas von den künftigen Regierung der USA anerkannt würde.¹¹ Die

6. *Millis*, S. 32.

7. *Grenville-Young*, S. 182–84.

8. Olney an de Lome 4.4.1896. *Foreign Relations 1897*, S. 540–44. Das Dokument gehört in den Band 1896, in den es jedoch "inadvertently omitted" (*For. Rel. 1897*, S. 540).

9. *Grenville-Young*, S. 193.

10. *Foreign Relations 1896*, S. XXXI–XXXV.

11. Taylor an Olney 7.1.1897. NA/31/127/625.

Warnungen waren begründet, denn eine Intervention wurde im Senat weiter geplant. Im Dezember 1896 hatte Senator Cameron die Anerkennung der kubanischen Unabhängigkeit vorgeschlagen, was den Ausbruch eines Krieges zwischen den USA und Spanien bedeutet hätte. Ein Kriegsbeginn vor dem 3. April 1897, als McKinley sein Amt als Präsident antreten würde, hätte die Verantwortung für den Ausbruch der Krise auf Cleveland gelenkt. Die Republikaner dagegen hätten Anerkennung wegen der ausgewogenen Lösung des Konflikts gefunden.¹²

Die gemässigte Kuba-Politik Cleverlands dürfte sich z.T. durch die partielle Gleichzeitigkeit der Krise von Venezuela erklären. Zudem konkurrierten die europäischen Grossmächte nicht in demselben Masse um den kubanischen Markt wie in Südamerika,¹³ so dass Cleveland sich an die traditionelle Einstellung halten konnte, sich in die Angelegenheiten der Insel nicht einzumischen. Die gegensätzlichen Bestrebungen der Republikaner hielt er für unamerikanisch. Die Kuba-Krise bekräftigte dann auch die Auffassung der Demokraten, die eine traditionelle Aussenpolitik betrieben, und der Republikaner, die mehr Aktivität in diesem Bereich forderten. Überproduktion, wirtschaftliche Depression und die daraus sich ergebenden sozialen Schwierigkeiten hatten in Wirklichkeit die amerikanische Aussenpolitik schon aktiviert. Nun ging es um das Erscheinungsbild der zu betreibenden Politik.

4.2. Die 'good offices' Präsident McKinleys

Trotz den im Präsidentschaftswahlkampf gemachten Versprechungen betrieb McKinley die gemässigte Kuba-Politik seines Vorgängers weiter, obwohl die Presse sowie die Mehrheit des Kongresses und der republikanischen Partei eine aktive Intervention auf Kuba forderten. Der Präsident wollte die Insel mit unmilitärischen Mitteln befrieden, was Anfang 1897 auch als wahrscheinlich erschien, als Weyler, der Oberbefehlshaber der spanischen Truppen, Erfolge gegen die Aufständischen erzielte. Im Laufe des Frühjahrs verbesserten die Aufständischen jedoch ihre Position. Ausserdem schienen die Hoffnungen auf die Machtübernahme durch die liberale Opposition vorläufig zunichte geworden zu sein, und es waren keine Reformen vom konservativen Ministerium Canovas zu erwarten.¹⁴

Nun wurde die Tätigkeit zur Ablösung Kubas vom spanischen Machtbereich in Gang gesetzt. Die erste Massnahme in diesem, im Juli 1897 vom Präsidenten eröffneten diplomatischen Spiel, bestand in der Ernennung eines neuen Gesandten in Madrid. McKinley wollte seine eigene Spanien-Politik absichern und deswegen wählte er seinen persönlichen Freund, General Steward L. Woodford für diese Aufgabe. Als Woodford seinen Auftrag später kommentierte, sagte er, dass er sich der Möglichkeit und sogar Wahrscheinlichkeit eines Krieges bewusst gewesen sei.¹⁵ Die Interpretation des Gesandten stützte sich zumindest teilweise auf seine Instruktionen vom 16. Juli 1897, die auch das Angebot der 'good offices' der USA an Spanien enthielten. Nach-

12. *John A. Garraty*, Henry Cabot Lodge, A Biography (N.Y. 1953), S. 182–83.

13. Die wichtigsten Importartikel Deutschlands aus Kuba und Puerto Rico waren die Zigarren, von denen der grösste Teil gerade von diesen Inseln importiert wurde, Rohtabak und Kaffee. Die letztgenannten wurden hauptsächlich von anderswo nach Deutschland eingeführt. In bezug auf den Export Deutschlands nach Kuba und Puerto Rico führt das Statistische Jahrbuch in der zweiten Hälfte der 90er Jahre nur die Kupfer- und Messingwaren getrennt auf. Auch ihr Handelswert betrug nur 0,9 Millionen Mark. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Hrsg. vom Kaiserlichen Statistischen Amt. 1895–1900.

14. *Grenville-Young*, S. 246–47.

dem Sherman den Hintergrund, den gegenwärtigen Zustand und die Folgen des Aufstandes aus der Sicht der USA behandelt hatte, teilte er die Meinung des Präsidenten mit, nach der es für die Regierung höchste Zeit sei, „... for this Government to soberly consider and clearly decide the nature and methods of its duty both to its neighbors and itself.“ Eine Möglichkeit war die Intervention, von der der Präsident jedoch noch nicht sprechen wollte. Woodford sollte deutlich und nachdrücklich die Einstellung der Regierung und ihr Angebot von ‘good offices’ zur Befriedung der Insel zum Ausdruck bringen. Die Formen der Kooperation wollte man noch nicht genauer bestimmen.¹⁶ Diese Instruktionen bedeuteten den Anfang der konsequenten Politik der USA zur Herauslösung Kubas aus dem spanischen Machtbereich.

Von der grossen Tragweite der Pläne McKinleys zeugt die Tätigkeit Woodfords auf seiner Reise nach Spanien. Der neuernannte Gesandte versuchte, sich über die Einstellung Englands, Frankreichs und Deutschlands zu einer eventuell aktiveren Intervention der USA auf Kuba informieren zu lassen. In London verhandelte Woodford mit dem Gesandten Hay und konnte seiner Regierung mitteilen, dass eine Annexion der Insel durch die Amerikaner England nicht verstimmen würde. Nach Meinung Woodfords herrsche in England sogar Verwunderung darüber, dass es Kuba erlaubt worden sei, so lange in spanischem Besitz zu verbleiben.¹⁷ In Paris wurde Woodford durch die Gesandten Porter über Frankreichs und A.D. White über Deutschlands Haltung informiert. Sie sollten Woodford das “continental sentiment” zu den zu erwartenden Aktionen der USA hinsichtlich Spaniens erläutern.¹⁸ In den Pariser Verhandlungen wurden die Aktionen der USA nicht so ausführlich diskutiert wie in London. Die Gespräche behandelten vor allem Frankreichs und Deutschlands mögliche Reaktionen, für den Fall, dass die USA den Aufstand als Kriegszustand ansahen. Das hätte allerdings eine Verschärfung der Beziehungen zwischen den USA und Spanien vielleicht bis zum Krieg zur Folge gehabt. Die Gesandten glaubten, dass eine Anerkennung des Kriegszustandes keine Proteste hervorrufen würde, wenn auch nach Meinung Whites “it was not possible to foretell with certainty what the German Emperor might at any time do.” Woodford äusserte gegenüber dem Präsidenten auch seine eigene Auffassung über die zukünftige Kuba-Politik. Seiner Meinung nach arbeitete die Zeit für die Amerikaner und ein behutsames Handeln sei für sie das Beste. Die Kriegslage schien günstig für die Aufständischen. Die Schulden Spaniens wuchsen und seine Fähigkeit, den Krieg zu führen, nahm ab. Woodford war überzeugt, dass eine solche Entwicklung von selbst zur Unabhängigkeit und Autonomie Kubas führte. Er hielt den Präsidenten zur Geduld an, doch versprach er, schnell zu handeln, wenn der Präsident es wünschte.¹⁹

Gemäss den Anweisungen des Präsidenten informierte Woodford mündlich den spanischen Aussenminister, den Herzog von Tetuan, über die Note seiner Regierung in ihrem ersten offiziellen Treffen am 18. September 1897 und bot dann am 23. September 1897 offiziell die ‘good offices’ des Präsidenten an. Woodford legte die Note ziemlich wortgetreu, seinen Instruktionen folgend, doch in einem möglichst diskreten Ton, vor. Aus der Note ging jedoch deutlich hervor, dass Spanien den Krieg auf Kuba vor Beginn der nächsten Regenzeit im April beenden sollte, in

15. Woodford an Day 31.5.98. NA/31/124/New Series 4.

16. Sherman an Woodford 16.7.1897. Foreign Relations 1898, S. 559–61.

17. Woodford an McKinley 10.8.97. NA/31/123, Vol I/1. Woodford rapportierte aus Spanien sowohl direkt an McKinley (Vol. I) als auch an das State Department (Vol. II).

18. Sherman an White 30.6.97. NA/77: Germany/71/32.

19. Woodford an McKinley 19.8.97. NA/31/123, Vol. I/2.

der wirksame Kriegsoperationen nicht möglich wären. Es sollten überzeugende Garantien für die Beendigung des Krieges gegeben oder auf eine Zusammenarbeit mit den USA eingegangen werden. Spanien wurde das Recht eingeräumt, Realisierungsmöglichkeiten für eine Kooperation vorzuschlagen. Es sollte im Oktober auf die Note geantwortet werden.²⁰ Der spanische Außenminister versicherte, dass der Aufstand bis zum folgenden Frühjahr unterdrückt sein würde. Als Woodford seine Bedenken äusserte, bemerkte Tetuan, dass der Aufstand ohne Sympathie und Unterstützung der Amerikaner keine Chancen gehabt hätte.²¹

In Washington wollte man sich wiederum von der Neutralität der Grossmächte unter Hinblick auf die kommende Krise überzeugen. Woodford informierte den englischen, deutschen und russischen Gesandten in Spanien – jeden getrennt – über den Hintergrund der Kuba-Politik der USA. Nachdem Woodford versichert hatte, dass die USA keine Absicht hätten, Kuba in ihren Besitz zu bringen, erzählte er von den wirtschaftlichen Verlusten der Amerikaner gerade in der Zuckerindustrie, von der schlechten Gesundheitslage auf der Insel, von der Brutalität der Kriegsführung und von den Ungerechtigkeiten, die den Amerikanern zuteil geworden seien.²²

In der Antwort der neuen, liberalen Regierung Spaniens auf die Note der USA wurde eine Zusammenarbeit zur Beendigung des Krieges abgelehnt, obwohl zugegeben wurde, dass der Aufstand auch die Amerikaner betraf. Ansonsten bemühte sich die von Sagasta geleitete Regierung, mit allen Mitteln eine die Amerikaner befriedigende Politik zu betreiben und Kuba zu befrieden. Kuba wurde eine Autonomie versprochen, die jedoch die Souveränität Spaniens garantierte.²³

4.3. Von der spanischen Politik der Nachgiebigkeit bis zur Zuspitzung der Krise.

Eine der ersten Massnahmen der neuen Regierung, um die USA zu beschwichtigen, bestand in dem Wechsel des Oberbefehlshabers der spanischen Kuba-Truppen. Die Amerikaner hatten sich fortwährend wegen General Weylers Methoden der Kriegsführung beschwert. Zum neuen Oberbefehlshaber wurde General Blanco ernannt.²⁴ Es wurde versprochen, die Durchgangslager (span. *reconcentrado*) aufzulösen und die Autonomiegesetze sollten im Laufe des Novembers veröffentlicht werden.²⁵ Die Verordnungen, die autonome Lage Kubas und Puerto Ricos betreffend, wurden dann auch Ende November verabschiedet. Darin wurden den auf den Antillen wohnhaften Spaniern dieselben Rechte garantiert wie den Bürgern des Mutterlandes und das Wahlgesetz Spaniens wurde auch auf Kuba und Puerto Rico erweitert. Diese zwei Reformen bedurften nicht einmal der Ratifizierung durch die spanischen Cortes. Dagegen sollte die Verordnung, in der diesen Gebieten die Autonomie eingeräumt wurde, auch der Entscheidung der Cortes unterliegen. Nach der Autonomie-Verordnung sollte auf Kuba ein Parlament

20. Woodfords Telegramm an Sherman 19.9.97. NA/31/122; Woodford an Sherman 23.9.97. Die Note in der Anlage. NA/31/122/34.

21. Woodford an McKinley 22.9.97. In der Anlage Woodford an Sherman 20.9. NA/31/123, Vol. I/7.

22. Zu England, siehe Woodford an Sherman 13.9.97. NA/31/122/ o. Nr.; zu Deutschland, siehe Woodford an Sherman 5.10.97. NA/31/123/o. Nr.; zu Russland, siehe Woodford an Sherman 4.10.97. NA/31/123 o.Nr.; zu Frankreich, siehe Woodford an Sherman 11.10.97. NA/31/123/o.Nr.

23. Woodford an Sherman 30.10.97. In der Anlage die Antwort Spaniens auf die Note der USA. NA/31/123, Vol. II/54.

24. *Shippee-Way*, S. 55.

25. Woodford an Sherman 13.11.97. NA/31/123. Vol. II/65.

mit zwei Kammern geschaffen werden, das recht weitgehend über die inneren Angelegenheiten des Landes bestimmen konnte. Auch die Kuba betreffenden ausländischen handels- und zollpolitischen Verträge waren dem autonomen Parlament zu unterordnen.²⁶

Der Richtungswechsel in der spanischen Politik stiess in Washington auf Zufriedenheit. Die Hauptforderung McKinleys sei ja die Wiederherstellung des Friedens auf Kuba gewesen. Ein solches Ziel scheint auch natürlich wegen der durch den Krieg gefährdeten Interessen der Amerikaner. Dennoch hatte es, nachdem Woodford im Juli seine Instruktionen erhalten hatte, den Anschein, als sei der Friede das Nahziel der Regierung, aber das endgültige Ziel war, Kuba fester in den Einflussbereich der USA einzubinden. Im Oktober äusserte Woodford gegenüber dem Präsidenten seine Vermutung, dass der Friede, der auf die Autonomie vielleicht folgen würde, von selbst zur Angliederung der Insel an die Vereinigten Staaten führen würde. Es sei dennoch nicht klug, eine Annexion vor der Normalisierung der Verhältnisse auf der Insel durchzuführen. Auf diese Weise würde die Verwaltung des neuen Gebiets nicht zu viele Schwierigkeiten mit sich bringen.²⁷

Nach der Gewährung der Autonomie wartete die Regierung der USA ab, wie sich die Reform auf die Verhältnisse der Insel auswirke, denn sie wollte die Situation nicht zuspitzen. Die Jahresübersicht McKinleys an den Kongress am 6. Dezember 1897 spiegelte recht gut die beruhigte Lage infolge der spanischen Politik des Nachgebens wider. Die Übersicht verhielt sich sehr wohlwollend gegenüber der liberalen Regierung Spaniens, doch behielt McKinley den USA das Recht zur Intervention vor, falls die Notwendigkeit dazu so offenbar wäre, dass sie von der "civilized world" akzeptiert würde.²⁸ Der Präsident konnte eine solche für Spanien unangenehme Bedingung stellen, weil es den Anschein hatte, dass sich die "civilized world" einer Intervention der USA nicht widersetzen würde. In Madrid konnte man sich keinen falschen Hoffnungen hinsichtlich der Einstellung der USA hingeben, denn in der Note, die Woodford im Dezember an Aussenminister Gullon überreicht hatte, behielt man sich – wie in der Übersicht des Präsidenten – das Recht vor, in die Lage auf Kuba einzugreifen, falls sich die spanische Politik änderte.²⁹ Die spanische Regierung war jedoch schon an der äussersten Grenze ihres innenpolitischen Spielraums. Die Opposition widersetzte sich stark der Politik der Nachgiebigkeit der Regierung, weil diese Politik die Ehre Spaniens beleidigte.³⁰ Nach Meinung Woodfords habe die Königin, falls das liberale Programm misslingen würde, zwischen Abdankung und Krieg gegen die USA, was den Verlust Kubas bedeutete, zu wählen.³¹ Die Regierung Sagastas antwortete dann auch auf die Dezembernote mit Entschlossenheit und betrachtete die Kuba-Frage als eine innere Angelegenheit Spaniens.³²

26. Eine Zusammenfassung über die Verordnungen in Woodfords Telegramm an Sherman 26.11.97. Die vollständigen englischsprachigen Verordnungstexte als Anlage in Woodfords Bericht an Sherman 26.11.97. NA/31/123. Vol. II

27. Woodford an McKinley 17.10.97. NA/31/123/Vol. I/11.

28. Foreign Relations 1897, S. XI–XXI.

29. Woodford an Sherman 23.12.97. In der Anlage Woodford an Gullon 20.12. NA/31/123. Vol. II/98.

30. Woodford an Adee 10.1.98. In der Anlage die Übersetzung aus der Zeitung "La Epoca" 8.1.98. NA/31/124/o.Nr.

31. Woodford an McKinley 17.1.98. NA/31/123, Vol. I/24.

32. Woodford an Sherman 9.2.98. In der Anlage die Übersetzung von Gullons Brief an Woodford 1.2.98. NA/31/124/135.

Nach der forsch, durch Aussenminister Gullon übermittelten Antwort waren von Spanien keine zusätzlichen Zugeständnisse mehr zu erwarten. In Washington verfolgte man die weitere Entwicklung der Lage. Mitte Februar geschahen dann zwei Vorfälle, die die amerikanische Öffentlichkeit erregten. Zuerst veröffentlichten die Aufständischen einen privaten Brief de Lomes, des spanischen Gesandten in Washington, den sie gestohlen hatten. In diesem Brief wurde die Kuba-Politik McKinleys und überhaupt die staatsmännische Fähigkeit des Präsidenten aufs schärfste kritisiert.³³ Die öffentliche Meinung wurde noch mehr durch die Explosion des Kriegsschiffs "Maine" im Hafen von Havanna einige Tage nach der Veröffentlichung des Briefs, wobei etwa 260 Marinesoldaten umkamen, aufgebracht.³⁴ Die Presse reagierte heftig auf beide Ereignisse und rief eine antspanische Gesinnung unter ihrer Leserschaft hervor. Aussenminister Day hielt die Lage deswegen für ernst.³⁵ Laut der amerikanischen Untersuchungskommission sei die Zerstörung der "Maine" durch eine Explosion von aussen verursacht worden. Dennoch war man nicht in der Lage zu klären, wer an dem Zwischenfall schuldig war.³⁶ Die spanische Regierung fand es ungerecht, dass nur die Untersuchungsergebnisse der Amerikaner dem Kongress vorgelegt wurden. Eine Untersuchung des Wracks durch eine spanische Kommission wurde nicht gestattet.³⁷

Obwohl sich die Situation zuspitzte, waren die Regierung der USA und ihr Gesandter Woodford bestrebt, ihr Ziel mit friedlichen Mitteln zu erreichen. Für Spanien sollte der weitere Verlauf des Aufstandes bis zur Regenzeit gefährlicher werden als die eben erwähnten Vorfälle. Die spanische Regierung fürchtete eine amerikanische Intervention und sie löste die Cortes auf, um Zeit zu gewinnen. Die neuen Cortes sollten sich Ende April, nach Beginn der Regenzeit, versammeln, und die Regierung könne ohne ihr Einverständnis keine wichtigen Reformen durchführen.³⁸

Die Regierung der USA war mit der Entwicklung der Kuba-Frage unzufrieden. Aussenminister Sherman konnte keinen Fortschritt erkennen. Die Wirtschaftskraft der Insel nahm mit dem Fortgang des Aufstandes ab. Die Aufständischen hatten die Autonomie nicht akzeptiert, sondern führten den Krieg weiter, den die Spanier nicht beenden konnten.³⁹ Auch Woodford war nach der Auflösung der Cortes von der Unfähigkeit Spaniens, die Insel zu befrieden, überzeugt. Nur die Vereinigten Staaten seien dazu in der Lage. Seiner Meinung nach lohne es sich für die USA nicht, sich der Insel als eines Protektorats anzunehmen, denn die Verhältnisse auf der Insel seien zu chaotisch. Schwarze und Weisse hielten sich in etwa die Waage. Die Eingeborenen Kubaner und Spanier ständen einander feindlich gegenüber. Eine korrupte Administra-

33. *Henry Steele Commager*, (ed.), *Documents of American History*. (New York 1949), S. 181–82.

34. Woodford an Sherman 16.2.98. NA/31/124/142. Die "Maine" war nach einer gegen die Autonomie gerichteten Demonstration spanischer Offiziere im Januar 1898 nach Havanna entsandt worden, um Leben und Eigentum der amerikanischen Bürger auf Kuba zu schützen. Offiziell wurde erklärt, dass es sich um einen Freundschaftsbesuch handele, aber das Schiff ankerte so, dass die Stadt und ihre Verteidigungsanlagen wirksam hätten beschossen werden können. (*Schirmer*, S. 51).

35. Day an Woodford 3.3.98. NA/77: Spain/150/ S. 516.

36. Woodford an Sherman 28.3.98. In der Anlage Shermans Telegramm an Woodford 27.3.98. NA/31/124/194; *Dierks*, S. 210–214.

37. Woodford an Sherman 26.3.98. In der Anlage die Übersetzung des Memorandums der spanischen Regierung. NA/31/124/192.

38. Woodford an Sherman 28.2.98. In der Anlage Woodfords Telegramm an Sherman NA/31/124/161.

39. Sherman an Woodford 1.3.98 und die Anlagen, *Foreign Relations 1898*, S. 666–73.

tion habe jahrhundertlang geherrscht. Aus diesen Gründen glaubte Woodford nicht an die Fähigkeit der Kubaner zur Selbstverwaltung. Die USA sollten die Insel vollkommen in ihren Besitz nehmen, um die Verhältnisse dort in Ordnung zu bringen. Das einzige friedliche Mittel dazu war, sie zu kaufen. Woodford bat dann auch um Erlaubnis, den Kauf offiziell der spanischen Regierung vorzuschlagen.⁴⁰ Die Instruktionen Woodfords setzten kein offizielles Kaufangebot voraus. Dessenungeachtet schlug der Gesandte den Verkauf der Insel in einem Gespräch mit Kolonialminister Moret vor.⁴¹ Die Königin war jedoch nicht bereit, über die Änderung der Besitzverhältnisse der Insel zu verhandeln.⁴² Vielleicht war der ganze Plan in Finanzkreisen New Yorks entstanden, die vor dem Kriegeausbruch ein geheimes Syndikat zum Kauf Kubas gegründet hatten. Laut "Wall Street Journal" hätte man für die Insel und den Frieden bis zu 250 Millionen Dollar zahlen können.⁴³

Ein neues Unternehmen der USA zur friedlichen Lösung der Lage bestand in der Forderung eines von Mitte April bis Anfang Oktober andauernden Waffenstillstandes. Während dieser Zeit sollten die streitenden Seiten auf der Grundlage der 'good offices' des Präsidenten verhandeln.⁴⁴ Die Spanier wollten keinen Waffenstillstand vorschlagen, denn es hätte einen neuen Prestigeverlust bedeutet. Andererseits war eine der Forderungen der Amerikaner, nach der auch die Aufständischen die Bedingungen des Waffenstillstandes frei zu akzeptieren hatten,⁴⁵ nicht realisierbar. Auch die Aufständischen wussten mit Sicherheit, dass Präsident McKinley dem Kongress einen Bericht über die Situation auf Kuba geben wollte. Es war auch bekannt, dass die Mehrheit des Kongresses auf der Seite der Aufständischen war, so dass diese jegliche Waffenstillstandsbedingungen kaum akzeptiert hätten. Im letzten Augenblick, einen Tag vor dem entscheidenden Lagebericht des Präsidenten, teilte Woodford das Waffenstillstandsangebot Spaniens mit. Der Präsident hätte nun die Gelegenheit gehabt, die Aufständischen zum Waffenstillstand zu bewegen, um sein in der Öffentlichkeit verkündetes Ziel, die Befriedung der Insel, zu erreichen. Es lief jedoch alles anders. Der Präsident äusserte seine Überzeugung, dass nur ein volles Besitzrecht der USA einen bleibenden Frieden auf der Insel gewährleiste. In seinem Bericht an den Kongress hielt er es nicht für sinnvoll, eine "Republik Kuba" der Aufständischen anzuerkennen. Die Kubaner seien auf die Autonomie nicht vorbereitet. Andererseits wären die künftigen Massnahmen der USA durch die Anerkennung einer unabhängigen Regierung eingeschränkt worden. Das Recht auf eine eventuelle Intervention begründete der Präsident ähnlich wie die Amerikaner auch früher: menschliches Leiden müsse ein Ende haben, Sicherheit und Eigentum der Amerikaner müsse garantiert, die Voraussetzungen der wirtschaftlichen Tätigkeit müssten gesichert werden. Ausserdem sei der amerikanische Frieden auch durch die geographische Nähe eines andauernden Krisenherdes gefährdet. Mit diesen Begründungen bat McKinley den Kongress um das Recht, die Feindseligkeiten zwischen Spanien und den Aufständischen zu beenden, sowie eine feste Verwaltung auf der Insel zu sichern. Um diese Ziele zu erreichen, bat er um Er-

40. Woodford an McKinley 17.3.98. NA/31/123, Vol. I/43.

41. Woodford an McKinley 18.3.98. NA/31/123, Vol. I/44.

42. Woodford an McKinley 19.3.98. NA/31/123, Vol. I/46.

43. *Julius W. Pratt*, American business and Spanish-American war. In: *Williams* (ed.), *The Shaping of American Diplomacy*, S. 391–93; *David Healy*, *US Expansionism. The Imperialist Urge in the 1890s* (Madison 1970), S. 81.

44. Woodford an Day 30.3.98. In der Anlage Days Telegramm an Woodford 27.3.98. NA/31/124/195.

45. Woodford an Day 5.4.98. In der Anlage Days Telegramm an Woodford 4.4.98. NA/124/206.

mächtigung, bei Bedarf die Flotte und die Armee einzusetzen.⁴⁶ Die weit überwiegende Mehrheit des Repräsentantenhauses war bereit, der Ermächtigung des Präsidenten zuzustimmen. Im Senat dagegen setzte sich der Vorschlag durch, nach dem die Regierung der Aufständischen Kubas als legal anerkannt werden sollte. Eine andere Änderung, die der Regierung die Hände band, bestand in dem sog. Tellers Zusatz, nach dem die USA die Oberhoheit, Gerichtsherrschaft oder das Kontrollrecht auf Kuba nur in der Absicht zur Befriedung der Insel erwärbem, wonach die Verwaltung der Insel den Kubanern selbst zu überlassen wäre.⁴⁷ Der Glanz des anti-imperialistischen Altruismus dieser Resolution wird dadurch gemindert, dass es der Zweck des Vorschlags Senator Tellers, der aus dem Zucker produzierenden Colorado kam, war, die freie Einfuhr des kubanischen Zuckers in die USA zu verhindern.⁴⁸ Ausserdem wollten die Führer des kubanischen Aufstandes die Unabhängigkeit ihres Landes wahrscheinlich durch Obligationen mit Hilfe des oben genannten Syndikats erkaufen.⁴⁹ Die Regierung der Aufständischen wurde im Kongress schliesslich nicht anerkannt. In der Resolution begnügte man sich nur mit der Feststellung, dass "the people of the island of Cuba are, and of right ought to be, free and independent". 'Tellers Zusatz' wurde unverändert in die Resolution aufgenommen, die am 20. April 1898 vom Kongress ratifiziert wurde. Nach demselben Dokument habe Spanien sofort auf das Besitzrecht an der Insel zu verzichten und seine Truppen von dort zu entfernen.⁵⁰ Faktisch bedeutete dies den Beginn des Krieges. Offiziell erklärten die USA am 25. April 1898 den Kriegszustand mit Spanien.⁵¹

4.4. Die Amerikaner sind zum Krieg bereit

Als Hintergrund des Kriegsbeginns müssen die lange geschichtliche Entwicklung einerseits und die tagespolitischen Gründe andererseits angesehen werden. Zum ersteren gehört die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der USA, die zur expansiven Aussenpolitik führte. Die Expansivkraft verwandelte sich in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts in der Einstellung der USA zu Lateinamerika in Aggressivität, was seinen Höhepunkt wegen der Lage der Insel, ihrer wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA und der Schwäche der spanischen Kolonialmacht in der Kuba-Politik erreichte.

Aktuelle Gründe für den Krieg waren die Zollpolitik der USA und der von den USA aus unterstützte kubanische Aufstand, den zu unterdrücken Spanien nicht in der Lage war. Das Los McKinleys bestand dann darin, den langen geschichtlichen Entwicklungsgang und die durch die Tagespolitik gesetzten Forderungen zu verwirklichen. Schon am Anfang der Amtsperiode McKinleys bestand kein Zweifel daran, dass die Situation auf Kuba befriedet werden musste, was wahrscheinlich die Loslösung der Insel von Spanien bedeutete. In diesem Sinne war die Spanien-Politik des Präsidenten vorbestimmt, doch konnte er die Methoden der Politik beein-

46. McKinleys Übersicht an den Kongress 11.4.98. Foreign Relations 1898, S. 750–60.

47. Grenville-Young, S. 263–64. Zum Resolutionsvorschlag s. Day an Woodford 17.4.98. Foreign Relations 1898, S. 761–62 oder Day an Woodford 17.4.98. NA/77: Spain/150/ S. 559–60.

48. Pomeroy, S. 32.

49. Healy, The U.S. in Cuba, S. 24–27.

50. Grenville-Young, S. 264–65; Sherman an Woodford 20.4.98. In der Anlage die öffentliche Resolution Nr. 21, 20.4.98. Foreign Relations 1898, S. 762–63.

51. Foreign Relations 1898, S. 771–72.

flussen. McKinley strebte sein Ziel mit friedlichen Mitteln an, aber der Druck der Tagespolitik führte schliesslich zum Krieg. Ein solcher "Druck", der als aktueller Ausdruck einer längeren geschichtlichen Entwicklung zu betrachten ist, kam von der öffentlichen Meinung, von Parteipolitikern, aus dem Wirtschaftsleben und von Strategen; auch die oben dargestellte Entwicklung des kubanischen Aufstandes stellte einen solchen Druck dar. Die öffentliche Meinung war schon gegen die alte Kolonialmacht, und die Mehrheit des Kongresses war bereit zu entschiedenen Aktionen gegen Spanien. Besonders die Boulevardpresse fütterte das neuigkeitshungrige Publikum mit Schreckensbildern von Kuba. An der Spitze der 'yellow press' standen Hearsts "New York Journal" und Pulizers "New York World".⁵² In den Reden des Kongresses wurden häufig Zeitungsartikel über Kuba zitiert. Der Brief de Lomes und vor allem die Zerstörung der "Maine" bildeten das Nachrichtenmaterial, das die öffentliche Meinung erregte. Immer häufiger wurde in den Zeitungen die Möglichkeit des Krieges erwähnt.⁵³

Die Einstellung der führenden Repräsentanten des Wirtschaftslebens wirkte sich auf die Massnahmen des Präsidenten und der Regierung aus. Es ist offenbar, dass die Intervention der USA und der Krieg vor der Zuspitzung der Krise in der amerikanischen Geschäftswelt keine allgemeine Unterstützung fand. Ausnahmen bildeten solche Investoren und Unternehmer, denen unmittelbare Schäden durch den Aufstand zugefügt wurden. Vor allem in den Industriegebieten der Ostküste wurde gegen den Krieg protestiert, denn man fürchtete, dass er den Industriemarkt verunsichern würde und zur Doppelwährung führe.⁵⁴ Die Verschärfung der Krise im März bedeutete jedoch einen Unsicherheitsfaktor, der sich nachteilig auf dem Wertpapiermarkt bemerkbar machte. Als zudem eine Hausse und Goldfunde in Alaska und Australien eine feste Goldwährung zu garantieren schienen, fingen auch die Finanzkreise an, Forderungen nach einer festeren Politik auf Kuba zu stellen. Als sich noch die Überlegenheit der eigenen Militärmacht gegenüber Spanien mit Sicherheit herausstellte, und die Neutralität der ausländischen Mächte gewährleistet schien, ging man das Risiko ein.⁵⁵

Aus den Reihen der republikanischen Partei wurde auf den Präsidenten und die Regierung starker Druck zugunsten einer Intervention ausgeübt. Für den Krieg setzte sich Theodore Roosevelt ein, dessen Lehrer u.a. John W. Burgess, ein bekannter Vertreter des politischen Darwinismus gewesen war.⁵⁶ Roosevelt war ein begeisterter Anhänger der Mahanschen seestrategischen Lehren. Die Herren hatten sich Ende der 80er Jahre kennengelernt. Seitdem korrespondierten sie regelmässig miteinander und trafen sich oft.⁵⁷ Durch sein Interesse an der Marine wurde Roosevelt im April 1897 zum Untermarinesekretär. Seine Ernennung verdankte Roosevelt seinem Freund Henry Cabot Lodge, der ihn dem Präsidenten empfahl.⁵⁸ Roosevelt wollte wirklich den Krieg gegen Spanien. Seiner Meinung nach stellte dieser eine humane Tat gegenüber den Kubanern dar und würde einen weiteren Schritt zur vollständigen

52. *Thomas A. Bailey*, *A Diplomatic History of the American People*. N.Y. 1958, S. 454.

53. *Marcus M. Wilkerson*, *Public Opinion and the Spanish American War. A Study in War Propaganda* (N.Y. 1967), S. 54–55, 93–95.

54. *Pratt*, *Expansionists of 1898*, S. 230–57.

55. *LaFeber*, S. 403–406.

56. *Howard K. Beale*, *Theodore Roosevelt and the Rise of America to World Power* (Baltimore 1956), S. 32–34.

57. *Grenville-Young*, S. 22–23.

58. *J.B. Bishop*, *Theodore Roosevelt and His Time Shown in His Own Letters*. Vol. I (N.Y. 1920), S. 70–77.

Befreiung Amerikas von der Macht der Europäer bedeuten. Vor allem die US-Armee könnte im Krieg praktische Erfahrungen sammeln.⁵⁹ Senator Lodge teilte mit Mahan die Meinung der strategischen Bedeutung der Karibischen See.⁶⁰ Im Wirtschaftsleben fand Lodge Unterstützung für seine Kriegspolitik in Kreisen der Baumwoll- und Schuhindustrie seines Heimatstaates Massachusetts, deren Interessen er im Senat vertrat.⁶¹ Als Mitglied einer Kommission, die sich mit kubanischen Angelegenheiten des Senats befasst hatte, war er mit diesen Dingen wohl vertraut und ausserdem war er einer der einflussreichsten Redner im Senat. Lodge hatte schon während der Zeit der Regierung Cleveland die Anerkennung der Unabhängigkeit Kubas gefordert. In der Amtsperiode Präsident McKinleys war er bestrebt, sich dessen Politik zu fügen und einen Ausgleich zwischen dem gegenüber Spanien feindseligen Kongress mit republikanischer Mehrheit und dem Präsidenten herbeizuführen. Ein Bruch zwischen der Partei und dem Präsidenten hätte den Absichten Lodges nicht entsprochen. Als sich die Krise im März verschärfte, warnte er den Präsidenten, sie bis zum Sommer andauern zu lassen. Seiner Meinung nach forderten die öffentliche Meinung, der Kongress und die Mehrheit der republikanischen Partei mehr Aktivität. Der grösste Teil der Demokraten im Kongress unterstützte eine Intervention.⁶²

Von Anfang seiner Amtsperiode an strebte McKinley die Befriedung Kubas an. Seit der Ernennung Woodfords bestand kein Zweifel, dass die Vereinigten Staaten bereit waren, aktiv in den Aufstand einzugreifen, falls es Spanien nicht gelingen würde, ihn zu beenden. Spanien liess sich zur Gewährung der Autonomie für die Insel bewegen. Man war jedoch überzeugt, dass die Autonomie zur Verselbständigung Kubas und zu einem engen Verhältnis mit den USA führe. Für die USA wäre es natürlich günstig gewesen, das mit friedlichen Mitteln befriedete Kuba in ihren Einflussbereich zu ziehen. McKinley verfolgte diese friedliche imperialistische Taktik ziemlich treu, trotz dem Druck, der von vielen Seiten auf ihn ausgeübt wurde. Als der Kriegszustand noch bei Ablauf der von McKinley schon im Sommer 1897 gesetzten Frist anzudauern schien, wurde Kuba mit einem Krieg befriedet, zu dem die Mehrheit des Kongresses bereit war. Trotz 'Tellers Zusatz' geriet Kuba faktisch unter die Kontrolle der USA.

Der Krieg zwischen den USA und Spanien, auf dessen Verlauf man in diesem Zusammenhang nicht genauer einzugehen braucht, wurde zu Wasser entschieden. Die USA verfügten über eine modernere Flotte als Spanien. Die erste Schlacht des Krieges und der erste Sieg der Amerikaner fand in der Bucht von Manila statt, wo ein von Kommodore Dewey geleitetes Geschwader am 1. Mai 1898 die altmodische Pazifik-Flotte Spaniens zerstörte. Somit war die Westküste der USA gesichert. Das Geschwader, das aus Spanien Manila zu Hilfe entsandt worden war, wurde zurückbeordert, als die Amerikaner drohten, einige von ihren neuen Kriegsschiffen an die spanische Küste zu schicken. Den Spaniern wurde es auch nicht erlaubt, durch den Suez-Kanal zu segeln. Aus den USA wurden nach den Philippinen auch Landstreitkräfte entsandt, die zusammen mit Deweys Marinetruppen am 13. August die Stadt Manila eroberten.

Kuba wurde von den amerikanischen Truppen in der ersten Junihälfte angegriffen und sie eroberten Teile der Insel im Laufe des Juni. Auch hier sollte eine Seeschlacht eine ent-

59. Roosevelt an William Kimball 19.11.97. Morison I, S. 717.

60. *Bishop*, S. 89.

61. *Schirmer*, S. 20–22, 51–52.

62. *LaFeber*, *Approach to War*. In: *Rappaport* (ed.), *Issues in American Diplomacy*. Vol. II, S. 51; *Garraty*, S. 188–89.



Karte 4: Karibisches Meer.

scheidende Rolle spielen. Der Hauptflotte Spaniens war es gelungen, von den Azoren aus zur Südküste Kubas, in den Hafen von Santiago, zu gelangen. Das Hauptziel der Amerikaner auf der kubanischen Kriegsbühne bestand darin, diese Flotte zu zerstören. Als die spanische Flotte am 13. Juli ausgelaufen war, fiel sie auf offenem Meer den amerikanischen Kriegsschiffen zum Opfer. Zwei Wochen später eroberten die Landstreitkräfte Santiago, und Ende Juli führten die Amerikaner eine Invasion Puerto Ricos durch. Als die Spanier fast ihre ganze Flotte verloren hatten, suchten sie Ende Juli einen Verhandlungskontakt, um den Friedenszustand wiederherzustellen.⁶³

4.5. Die Philippinen: Etappe auf dem Weg in den Fernen Osten

4.5.1. Vom Aufstand gegen Spanien bis zum Frieden zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten

Die weltweite Depression, Konkurrenz um Rohstoffe und Märkte, hatten das Interesse der Grossmächte an Ostasien und vor allem an den in China sich anbietenden Möglichkeiten immer mehr vermehrt. Der Krieg gegen Japan zeigte die Schwäche Chinas, gab der Konkurrenz der Grossmächte, die wirtschaftlichen Ressourcen des Landes zu nutzen, neuen Aufschwung und vermehrte das allgemeine Interesse am Fernen Osten. So wurde in Zeitungen verschiedener Länder seit Herbst 1896 auch über die Zukunft der Philippinen spekuliert, als der Aufstand gegen Spanien auf den Inseln ausbrach. Wogen der Diskussion wurden auch in die USA getragen, aber sie stiessen auf kein grosses öffentliches Aufsehen.⁶⁴ In Regierungskreisen war man vom Verlauf des Aufstandes auf Grund von Konsularberichten wohl unterrichtet.

Nach dem schnell unterdrückten Aufstand von 1872, der unter den in Kolonialtruppen dienenden eingeborenen Soldaten entstanden war, hatte die philippinische nationale Bewegung friedlich, als sog. Propagandistenbewegung fortbestanden. Die Propagandisten waren meist junge, gebildete Männer des Mittelstandes. Ihr Ziel war, die Position der Filipinos gegenüber den Spaniern zu verbessern, sich nicht von Spanien abzulösen. Der bekannteste Propagandist war der vielseitig begabte Jose Rizal. Als die hauptsächlich schriftliche Tätigkeit der Propagandisten keine Resultate erbrachte, wurde die Leitung der nationalen Tätigkeit in radikalere Hände übertragen. Die Mitglieder der 1892 gegründeten Katipunan (Die Jungen des Volks) kamen in der Regel aus niedrigeren Sozialklassen als die Propagandisten. Ihr nationales Programm war radikaler als das ihrer Vorgänger: die Filipinos in einer Nation zu vereinigen und sich durch die Revolution zu verselbständigen. Katipunan fing im August 1896 mit bewaffneter Tätigkeit, unter der Führung von Andres Bonifacio, an.⁶⁵

Die Mittelklasse hatte sich zuerst von der Tätigkeit der Organisation distanziert, doch als Katipunan in ihren kriegerischen Aktionen erfolgreich war und sich als revolutionäre Bewegung

63. Zum Verlauf des Kriegs in Hauptzügen, siehe z.B. *Pratt*, *A History of U.S. For. Pol.*, S. 212–14; *Leopold*, S. 181–83. Zum militärischen Standpunkt genauer z.B. *French Ensor Chadwick*, *The Relations of the US und Spain*. Vol. I–II. Reissued N.Y. 1968 und *John Gates Morgan*, *Schoolbooks and Kraggs. The United States Army in the Philippines, 1898–1902* (Westport, Connecticut 1973).

64. *Pratt*, *The Large Policy of 1898*, S. 233–34.

65. *Gregorio F. Zaide*, *The Philippine Revolution* (Manila 1954), S. 16–17, 78–79, 160–61.

als gefährlich für die Mittelklasse erwies, bereiteten einige Mittelstandsmitglieder sich vor, die Leitung der Organisation zu übernehmen. Bonifacio wurde abgesetzt und er wurde im März 1897 durch den Grundbesitzer und städtischen Beamten Emilio Aguinaldo aus der Provinz Cavite ersetzt. Die Kämpfe wurden bis zum Herbst weitergeführt, als die wohlhabendsten Filipinos, die gemeinsame Interessen mit den Kolonialherren wahrzunehmen hatten, eingriffen und im Dezember 1897 ein Abkommen zwischen Aguinaldo und den Spaniern zustande brachten, das die kriegerischen Tätigkeiten beendigte. Die Spanier versprachen, den nach Hongkong ins Exil gehenden Aguinaldo und seine nächsten Anhänger finanziell zu entschädigen. Das Abkommen taugte nicht viel. Die Spanier führten die Reformen, die sie mündlich versprochen hatten, nicht durch. Ein Teil der Mitglieder von Katipunan kämpfte weiter, und Aguinaldo wartete auf eine geeignete Gelegenheit, auf die Philippinen zurückzukehren.⁶⁶

Die Gelegenheit, auf die Aguinaldo gewartet hatte, kam mit der Zuspitzung der Krise zwischen den USA und Spanien. Schon vor dem Abkommen, das den Aufstand beendigte, hatten die Aufständischen den Amerikanern Zusammenarbeit im Falle eines Krieges angeboten, doch lehnte die US-Regierung im Dezember dieses durch den Konsul in Hongkong übermittelte Angebot ab. Die folgende Initiative kam von den Amerikanern, als Kommodore Dewey im März die Verhandlungen mit Aguinaldo in Hongkong aufnahm. Dewey, wie auch Pratt, der Konsul der USA in Singapore, der Ende April mit Aguinaldo Gespräche geführt hatte, handelten offenbar ohne Instruktionen ihrer Regierung und beide machten Aguinaldo vermutlich Versprechungen hinsichtlich der Unabhängigkeit der Philippinen. Ein amerikanisches Kriegsschiff beförderte Aguinaldo und einen Teil seiner Anhänger am 19. Mai nach Cavite. Die Führer des Aufstands organisierten ihre Truppen schnell und nahmen den Kampf gegen die Spanier wieder auf. Die Amerikaner wurden als Verbündete im Freiheitskrieg betrachtet.⁶⁷

Die Amerikaner, die mit den Filipinos verhandelt hatten, waren jedoch von den Plänen ihrer Regierung hinsichtlich der Philippinen nicht in Kenntnis gesetzt worden. Nicht einmal die Geschichtsforscher sind in der Lage gewesen, die Entwicklung der Politik des Weissen Hauses in dieser Hinsicht zu klären. Dies ist erst seit Mai 1898 möglich gewesen, als kein Zweifel mehr zu bestehen schien, dass die USA mindestens einen Stützpunkt auf der Inselgruppe besetzen würden. Anfang Mai wurde nämlich der Beschluss gefasst, Invasionstruppen auf die Philippinen zu entsenden. Konsul Pratt wurde verboten, Versprechungen hinsichtlich der Unabhängigkeit den Filipinos zu machen und dem nach dem Seesieg von Cavite zum Admiral beförderten Dewey wurde das Recht verweigert, ein verbindliches Bündnis mit den Aufständischen zu schliessen.⁶⁸

Für das amerikanische und europäische Publikum kam die Seeschlacht von Cavite ziemlich überraschend, im Marineministerium war man darauf natürlich vorbereitet. Nach den Plänen, die schon 1896 im Falle eines Krieges gegen Spanien entworfen worden waren, sollte das Ostasien-Geschwader der USA Manila erobern. Es war beabsichtigt, die Eroberung bei den Verhandlungen über die Friedensbedingungen zu nutzen. Der Untermarinesekretär Roosevelt informierte im Herbst 1897 Präsident McKinley über den Plan.⁶⁹ Gemäss diesem Plan gab

66. *Pomeroy*, S. 38–39; *Zaide*, S. 160–64.

67. *Zaide*, S. 173–80; *Pomeroy*, S. 39–41; *Schirmer*, S. 68–72; *Gates*, S. 14–15.

68. *Millis*, S. 175; *Schirmer*, S. 172.

69. *Paolo E. Coletta*, McKinley, the Peace Negotiations, and the Acquisition of the Philippines. *Pacific Historical Review*. Vol. XXX/1961, S. 342; *Healy*, US Expansionism, S. 58.

Roosevelt Ende Februar Kommodore Dewey den Befehl, die Pazifik-Flotte Spaniens zu vernichten, falls es zum Krieg kommen sollte. Der endgültige Befehl zum Angriff auf Manila wurde am 24. April 1898 vom Präsidenten bekräftigt.⁷⁰

Der Plan war unter Hinblick auf einen Krieg strategisch begründet, nicht expansionistisch hinsichtlich einer Aktivierung der China-Politik. Es kann die Behauptung nicht nachgewiesen werden, dass der Krieg hauptsächlich wegen der Philippinen und Chinas begonnen worden wäre. Die aktuellen Gründe zum Krieg stecken in der Kuba-Frage. Es ist dennoch anzunehmen, dass die Pacht- und Interessengebietsabkommen, die europäische Grossmächte und Japan mit China schlossen ('Aufteilung Chinas') den Entschluss zum Krieg erleichterten. Vor allem vermehrte sich dadurch das Interesse der US-Regierung an China, wobei auch den die Philippinen betreffenden Plänen ein neuer Inhalt gegeben wurde.

Präsident McKinley dürfte spätestens bei Kriegsausbruch die Absicht gehabt haben, einen Stützpunkt auf den Philippinen zu erwerben. Der Präsident wäre schon Anfang Juni zu Gesprächen über einen Waffenstillstand bereit gewesen, falls die USA zu ihren Forderungen, die die Karibische See betrafen, noch einen geeigneten Hafen als Stützpunkt erhalten hätten.⁷¹ Als Spanien sich die Gelegenheit zu verhandeln entgehen liess, änderten sich die Pläne des Präsidenten recht bald. Schon Mitte Juni war klar, dass er sich mit einem Stützpunkt nicht zufrieden gäbe. Davon zeugte die Gründung einer speziellen Abteilung in der Armee für die Philippinen sowie der Befehl, Manila zu befestigen und zu verteidigen, obwohl die Stadt noch nicht erobert war.⁷² Während des Krieges trafen amerikanische Truppen, etwa 11 000 Mann, in drei Expeditionen auf den Philippinen ein; die vierte Truppenabteilung (1 700 Mann) kam erst nach Abschluss des Waffenstillstandes Ende August an. Auch die Eroberung der Insel Guam am 20. Juni, nach den vom Marineministerium schon im Mai ausgegebenen Instruktionen, bedeutete eine expansionistische Politik im Fernen Osten, die auf den Krieg zurückging. Es war leicht, die Eroberung durchzuführen, denn die spanische Garnison der Insel war sich des bestehenden Kriegszustandes nicht bewusst.⁷³ Das unmittelbar vor dem Krieg gegründete Naval War Board hatte die Eroberung der Insel vorgeschlagen wegen ihrer strategisch günstigen Lage zwischen Manila und Honolulu.⁷⁴

Auch die amerikanische Presse war durch die Ereignisse auf den Philippinen nicht völlig überrascht, sondern es gab schon vor Kriegsausbruch Spekulationen über die Zukunft der Inseln. So schrieb die *New York Times*, dass die Philippinen den Amerikanern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert seien. Man sah jedoch keinen Anlass, sie zu annektieren. Ein recht üblicher, von den Zeitungen erwogener Lösungsvorschlag war, die Insel an England zu verkaufen oder zu schenken. Die Einstellung der Presse änderte sich in der Begeisterung nach dem Sieg Deweys. In der ersten Hälfte des Mai hielt es die früher antiexpansionistische "N.Y.T." für die Pflicht der USA, zumindest vorläufig für Ordnung zu sorgen.⁷⁵

70. *Grenville-Young*, S. 269–71.

71. Day an Hay 3.6.98. NA/77: Great Britain/91/S. 680–81.

72. Day an Hay 14.6.98. NA/77: Great Britain/91/S. 682; *Coletta*, S. 343.

73. *Leslie W. Walker*, Guam's Seizure by the United States in 1898. *The Pacific Historical Review*. Vol. XIV. Nr. 1, 1945, S. 3–8; *Russel A. Alger*, *The Spanish-American War* (N.Y. 1901), S. 329.

74. *Thomas McCormick*, Insular Imperialism and the Open Door. *The China Market and the Spanish-American War*. *The Pacific Historical Review*. Vol. XXXII/1963, S. 21–22.

75. *New York Times* 23.4.98. Nr. 15065 und 9.5. Nr. 15078; *Healy*, *US Expansionism*, S. 59–62.

Der Einfluss Präsident McKinleys auf die Philippinen wurde immer grösser. Spanien war gezwungen, Ende Juli um Waffenstillstandsbedingungen zu bitten. Die Bedingungen der USA waren hart. Alle Feindseligkeiten würden eingestellt, nachdem Spanien auf Kuba verzichtet und seine Truppen evakuiert habe. Als Reparationen sollten die USA Puerto Rico und die anderen spanischen Antillen sowie eine später auszuwählende Insel der Ladronen erhalten. Die USA behielten sich vor, die Stadt Manila, die Manila-Bucht und den Hafen zu besetzen und ihrer Gewalt zu unterstellen. In dem endgültigen Friedensvertrag sollte genauer über die Kontrolle und Verwaltung der Philippinen entschieden werden.⁷⁶ Ohne irgend welche Änderungen vornehmen zu können, war Spanien gezwungen, am 12. August 1898 den Waffenstillstandsvertrag zu unterzeichnen. Die eigentlichen Friedensverhandlungen sollten spätestens am 1. Oktober in Paris aufgenommen werden.⁷⁷

Die Auswahl der Unterhändler der USA für die Friedensverhandlungen in Paris zeigte, dass der Präsident sich entschlossen hatte, Reparationen für den Krieg zu fordern. Die fünfköpfige Gruppe bestand aus vier Republikanern, von denen drei, die Senatoren William P. Frye und Cushman K. Davis sowie der Herausgeber der New York Tribune, Whitelaw Reid, bekannte Expansionisten waren. Man konnte damit rechnen, dass Aussenminister Day und der einzige Demokrat der Kommission, Senator George Gray, bei Abstimmungen über Einverleibungen die Minderheit bildeten. Die Unterstützung des Senats war dadurch gewährleistet, dass McKinley drei seiner Mitglieder als Unterhändler auswählte.⁷⁸

In seinen Instruktionen an die Unterhändler vor ihrer Abfahrt nach Paris sagte der Präsident, dass die USA nicht weniger als die ganze Insel Luzon akzeptieren könnten. Zu dem sei noch erwünscht, dass ein Meistbegünstigungsvertrag mit Spanien auf anderen Inseln abgeschlossen werden könne.⁷⁹ Ende Oktober teilte McKinley den Unterhändlern mit, er sei auf Grund seiner Informationen zu dem Ergebnis gekommen, dass es nicht klug sei, nur Luzon zu erwerben. "The cession must be of the whole archipelago or none. The latter is wholly inadmissible, and the former must therefore be required."⁸⁰ Spanien war gezwungen, die von den USA diktierten Bedingungen anzunehmen; doch war es in der Lage, einen Vermerk im dritten Artikel des Friedensvertrages durchzusetzen, nach dem die USA 20 Millionen Dollar für die Philippinen zahlten. Somit fiel die Inselgruppe formal durch einen Vertrag und nicht durch Annexion an die USA. Ansonsten folgte der am 10. Dezember 1898 unterzeichnete Friedensvertrag dem Text des Waffenstillstandsvertrages. Von den Ladronen (Marianen) wählten die USA die Insel Guam, die sie im Krieg erobert hatten, aus.⁸¹

4.5.2. Argumente für und gegen die Annexion der Philippinen

Warum kam McKinley zu dem Ergebnis, die ganze Inselgruppe zu fordern? Nach der Information, die das Weisse Haus vom Geschwaderkommandanten Bradford erhalten hatte, wäre die Verteidigung Manilas ohne die Beherrschung von ganz Luzon sehr schwer gewesen. Ander-

76. Day an Almodovar 30.7.98. Foreign Relations 1898, S. 820–21.

77. Foreign Relations 1898, S. 828–30; Waffenstillstandsvertrag.

78. Coletta, S. 343–44; Wayne H. Morgan, (ed.), Making Peace with Spain. The Diary of Whitelaw Reid. September–December, 1898. Austin 1965, S. 14–15.

79. Foreign Relations 1898, S. 904–08. Instruktionen an die Unterhändler 16.9.98.

80. Hays Telegramm an Day 26.10.98. Foreign Relations 1898, S. 935.

81. Foreign Relations 1898, S. 832–40. Friedenspakt 10.12.98.

seits bildete der Archipel eine solche Einheit, dass jede einzelne Insel schwer zu verteidigen wäre, falls die anderen Inseln sich in Händen einer feindlichen Macht befänden. Ausserdem hielt Bradford die Inselgruppe für eine Wirtschaftseinheit, die nur schwer unter verschiedene Mächte aufzuteilen sei.⁸² Nach General Greene, dem Leiter der zweiten Expedition der amerikanischen Streitkräfte, hätten die Philippinen mit Sicherheit weiterrebelliert, wenn die Souveränität Spaniens wiederhergestellt worden wäre. Die Intelligenz der Inseln war mit der vom General der Aufständischen, Aguinaldo, im Mai gebildeten Regierung jedoch nicht zufrieden, sondern sie zog die Unabhängigkeit unter dem Schutz der USA vor.⁸³ Für McKinley bot sich somit auf den Philippinen eine ähnliche Aufgabe, den Frieden wiederherzustellen und geordnete Verhältnisse zu garantieren, wie auf Kuba. Auch General Merrit, der Befehlshaber der amerikanischen Militärverwaltung auf den Philippinen, hielt die Tagalen (der grösste Stamm auf Luzon) für unfähig zur Selbstverwaltung. Nichtsdestoweniger ging schon aus seinem Bericht hervor, dass die Philippinen ihren Herrn nicht wechseln wollten, sondern sie würden auch die Amerikaner bekämpfen, ohne zu berücksichtigen, ob diese die Inselgruppe zum Teil oder ganz besäßen. Nach Meinung Merrits sei die letztere Alternative zu verwirklichen, weil man dadurch besser in der Lage wäre, Bewegungen der Aufständischen auf dem Archipel zu verhindern.⁸⁴ Die von McKinley den Unterhändlern gegenüber geäusserte "moral obligations of our victory", d.h. die Befreiung der Filipinos von der spanischen Zwangsgewalt⁸⁵, war ein Paradoxon, das für die für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Filipinos nur einen Wechsel des Feinds bedeutete.

Ein Grund, den Archipel einzunehmen, war die Überzeugung, dass er nach dem Krieg nicht im Besitz Spaniens bliebe, sondern von einer Grossmacht annektiert würde. Die Bereitschaft Deutschlands, die Inselgruppe zu erwerben, war in Washington recht gut bekannt.

Wie oben (S. 17) dargestellt worden ist, halten einige Forscher, vor allem McCormick, die Neubewertung der 1897–98 in China sich anbietenden Möglichkeiten für den wichtigsten Grund, die Philippinen zu annektieren.⁸⁶

Zu denjenigen, die nach materiellem Nutzen strebten, gesellten sich auch viele Kirchengemeinschaften, die Aussicht auf Bekehrungs- und Bildungsarbeit sahen. Amerikanische Missionare hatten schon lange in China und Japan gearbeitet. 1899 befanden sich in China etwa 1 500 Personen und sie hatten auch erheblich an politischem Einfluss gewonnen.⁸⁷

Eine Rolle bei dem Schicksal der Philippinen spielten auch die Anhänger der 'large policy'. Roosevelt, der als freiwilliger Oberst zum Krieg nach Kuba gezogen war, forderte mit Nachdruck die Annexion der Inseln durch die USA, was aus seinen Briefen an Lodge deutlich hervorgeht.⁸⁸

Sofort nach dem Sieg durch Dewey, war Lodge von der Nützlichkeit der Inselgruppe sowohl als wichtigem Markt- und Rohstoffgebiet als auch als Station im Osten überzeugt: als Gebiet,

82. *Leech*, S. 327.

83. *Ibid.* S. 335.

84. Days Telegramm an Hay 6.10.98. *Foreign Relations 1898*, S. 918–22. McKinley berief Hay als Aussenminister, nach dem Day zum Unterhändler in Paris ernannt worden war.

85. Hays Telegramm an Day 28.10.98. *Foreign Relations 1898*, S. 937–38.

86. *McCormick*, *China Market*, S. 19–36.

87. *Pomeroy*, S. 48–49; *Griswold*, S. 16, 61; *Hillevi Toiviainen*, *Yhdysvaltain kansalaisten turvallisuusongelma kaukoidässä v. 1890–1906. Lizentiaten-Arbeit (masch.) (Universität Jyväskylä 1978)* S. 140–41.

88. Roosevelt an Lodge 19.5.98, S. 831 und 12.6.98, S. 842. In: *Morison*, *The letters*, Vol. II.

das den Amerikanern mehr Möglichkeiten bot als irgend ein anderes nach der Einverleibung Louisianas.⁸⁹ Der Enthusiasmus Lodges wurde vorläufig durch A.T. Mahans strategische Einwände gegen die Annexion der ganzen Inselgruppe gedämpft.⁹⁰ Auch das sozialimperialistische Denken war Lodge nicht fremd. Seiner Meinung nach war eine soziale Revolution nur schwer zu verhindern, falls man nicht in der Lage wäre, neue Märkte in Asien und in der Karibik für die Überproduktion zu schaffen.⁹¹

Der Erwerb der Philippinen stiess auch auf Widerstand in den USA. Die stärkste Waffe der Antiexpansionisten war, sich auf den traditionellen politischen Isolationismus der USA zu berufen. Ausserdem sei ein Erwerb von Kolonien nicht mit dem amerikanischen Demokratiebegriff in Einklang zu bringen, weil die Bevölkerung der neuen Gebiete keine Bürgerrechte haben würden. Die anti-imperialistische Bewegung blieb in der durch die Siege im Krieg begeisterten Atmosphäre zerstreut. Andererseits war die Stellung der Regierung nicht mit Sicherheit bekannt. Als sie sich als expansionistisch erwies, wurde auch die Opposition einheitlicher, und im November 1898 wurde die 'Anti-imperialist League' als Dachorganisation der Bewegung gegründet. Sie zählte 1899 30 000 Mitglieder und über 500 000 'contributors'. Nach dem grundlegenden Argument der Liga gab es zu Hause genug Probleme; ein Erwerb ausländischer Besitzungen würde das Interesse an der Lösung dieser Probleme überdecken, auch die Ressourcen reichten dazu nicht aus.⁹² Mit anderen Worten, man sah den sozialimperialistischen Charakter der expansiven Aussenpolitik. In den Reihen der Liga standen soziale Reformer, Pazifisten und Anhänger der Gleichheit der Indianer. Unter den politischen Parteien traten im allgemeinen die unabhängige Intelligenz, die konservativen Republikaner und vor allem die Demokraten des Südens gegen die Annexion der Philippinen ein. In Kreisen der Wirtschaft kam Widerstand aus den Arbeiterorganisationen, die die Konkurrenz der billigen Arbeitskräfte fürchteten. Auch einige Gruppen landwirtschaftlicher Produzenten wollten keinen Wettbewerb.⁹³ Der Anti-Imperialismus, vor allem der Demokraten des Südens, war weitgehend darwinistische Rassendiskriminierung. Im Senat unterstützten nur vier von 28 Demokraten aus dem Süden die Ratifizierung des Vertrags. Die Asiaten sowie die Farbigen seien von niederer Rasse, so dass es ausgeschlossen sei, ihnen eine gleichwertige Stellung zukommen zu lassen. Die Expansionisten wiederum legten den Darwinismus so aus, dass höher entwickelte Völker das Recht hätten, über die niederen Rassen zu herrschen.⁹⁴ Somit betrachtete ein Teil der Gegner und der Befürworter des Expansionismus die Menschen als nicht gleichwertig, was typisch für den Sozialdarwinismus ist. Ungeachtet dessen, ob die Argumente der Anti-Imperialisten wirtschaftlicher, politischer oder rassistischer Natur waren, wollte man mit ihrer Hilfe die Interessen der Amerikaner sichern und die herrschenden Verhältnisse beibehalten.

89. *Garraty*, S. 197; *Schirmer*, S. 72–73.

90. *Grenville-Young*, S. 293.

91. *Wehler*, *Der amerikanische Handelsimperialismus in China*, S. 64.

92. *E. Berkeley Tompkins*, *Anti-Imperialism in the US. The Great Debate 1890–1900* (Philadelphia 1970), S. 126; *Robert L. Beisner*, *Twelve against Empire. The Anti-Imperialists, 1898–1900* (N.Y. 1968), S. 225.

93. *Fred H. Harrington*, *The Anti-Imperialist Movement in the United States, 1898–1900*. *Mississippi Valley Hist. Rev.* Vol. 22/1935, S. 211–20.

94. *Christopher Lasch*, *The Anti-Imperialists, the Philippines and the Inequality of Man*. *Journal of Southern History*. Nr. 24/1958, S. 319–30. — Ausführlicher zu den Möglichkeiten der Rassenlehre in der Politik, siehe *Francis Weston*, *Racism in U.S. Imperialism. The Influence of Racial Assumptions on American Foreign Policy 1893–1946* (Columbia, S. C. 1972), Zu den Philippinen, siehe bes. S. 91–102.

Im Kongress stiess die Philippinen-Politik des Präsidenten auf harten Widerstand, obwohl es McKinley recht geschickt verstand, mit dem Kongress umzugehen, in dessen beiden Häusern seine Partei die Mehrheit hatte. Der Präsident hatte viel Erfahrung in der Arbeit im Repräsentantenhaus und er genoss allgemeines Vertrauen.⁹⁵ Die Opposition im Kongress, die Anfang Dezember 1898 zusammenkam, versuchte, schon den Inhalt des Pariser Abkommens zu beeinflussen. Senator Vest legte eine Resolution zur Annahme vor, nach der die Verfassung es nicht zulasse, dass die Regierung kontinuierlich als Kolonien zu regierende Gebiete erwirbt. Obwohl die Resolution nicht genug Unterstützung fand, belebte sie die anti-expansionistische Diskussion.⁹⁶

Für die Ratifizierung des Friedensvertrags im Senat war eine Zwei-Drittel-Mehrheit nötig, und das Ergebnis war keineswegs vorauszusehen. Den Vertrag nicht zu ratifizieren, hätte nach Lodge gezeigt, wie unvorbereitet die Amerikaner auf die grossen Fragen der internationalen Politik waren. Eine Mehrheit konnte vor der Abstimmung (16.2.1899) mit fragwürdigen Mitteln, vermutlich durch Bestechung, garantiert werden. Das Ergebnis der Abstimmung, 57:27, wies nur eine Stimme mehr als die nötige Mehrheit auf.⁹⁷

Die spanischen Cortes weigerten sich, den Vertrag zu ratifizieren, wobei die Königin ihre konstitutionellen Rechte anwendete und ihn am 19. März in ihrem eigenen Namen unterzeichnete. Förmlich endete der Krieg zwischen den USA und Spanien erst am 11. April 1899 mit dem Tausch der Ratifizierungsurkunden.⁹⁸ Lodge betrachtete das Ende der spanischen Kolonialmacht mit den folgenden sozialdarwinistischen Worten als berechtigt: "Spain has ceased to rule; her once vast empire has gone, because she has proved herself unfit to govern, and for the unfit among nations there is no pity in the relentless world-forces which shape the destinies of mankind."⁹⁹

Der Erwerb der Philippinen an sich ist ein Beweis für die mit der geschichtlichen Entwicklung der USA entstandene Expansionsbereitschaft und den -bedarf; aus der weit entfernten und dem amerikanischen Publikum unbekanntem Inselgruppe wurde ja in weniger als einem Jahr, von der Seeschlacht von Cavite im Mai 1898 bis zur Ratifizierung des Pariser Vertrags im Februar 1899, eine Kolonie der USA. Bei den Aktionen, Kuba der Interessensphäre der Vereinigten Staaten anzugliedern, hatten die strategischen und wirtschaftlichen Interessen eine herausragende Rolle gespielt. Durch Appelle an diese Interessen und die "Befreiung" Kubas hatte man die öffentliche Meinung dazu bringen können, die Intervention zu begrüßen. Dass der US-Kongress den Inhalt des Pariser Friedenspaktes nicht nur in bezug auf die spanischen Besitzungen in der Karibik, sondern auch die Philippinen, guthiess, zeugt von Bereitschaft zur – und auch mehr oder weniger von wirklichem Bedarf an – Expansion.

Es gelang dem Weissen Haus, seine Politik durchzusetzen, in der die Philippinen in erster Linie den Wert eines Faustpfandes hatten, um die potentiellen Möglichkeiten der Amerikaner in China zu verwirklichen. Die Eroberung der Philippinen war also vor allem ein strategisches

95. *Leonard D. White*, *The Republican Era: 1861–1901, A Study in Administrative History* (N.Y. 1958), S. 43.

96. *Leopold*, S. 189–90.

97. *Garraty*, S. 200–02; *Richard H. Miller*, *American Imperialism in 1898. The Quest for National Fulfillment* (N.Y. 1970), S. 11.

98. *Coletta*, S. 349.

99. *Henry Cabot Lodge*, *The War with Spain* (N.Y. 1902), S. 2.

Manöver, in dessen Hintergrund langfristige wirtschaftliche Ziele standen. Die lokalen Verhältnisse auf den Philippinen, das Streben nach Einheitlichkeit des Wirtschaftsgebiets, nach Verteidigungsbereitschaft des Gebiets und nach Unterdrückung des Selbständigkeitskampfes der Eingeborenen, führten dann zur Einverleibung des ganzen Archipels und nicht nur eines Teils davon. Die Beziehungen zwischen den Grossmächten trugen ihren Teil zur Annexion der Inselgruppe durch die USA bei, wie weiter unten dargestellt werden wird.

5. DIE VERMITTLUNGSTÄTIGKEIT DER GROSSMÄCHTE

5.1. Vermittlungsversuche zur Vermeidung der Kriege

5.1.1. Die Einstellung der Grossmächte zur Kuba-Politik von Cleveland und Olney

Die Entwicklung des Aufstandes in Kuba zu einem Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien zog erst die Aufmerksamkeit der Aussenministerien und der Presse der europäischen Grossmächte auf sich, als sich die Krise zuspitzte. Das aussenpolitische Interesse der Grossmächte richtete sich einerseits auf den alten Kontinent und seine Bündnispolitik, andererseits auf den Kampf um Kolonien in Afrika und Asien. Doch der Umstand, dass die wirtschaftliche und politische Tätigkeit der Vereinigten Staaten in Südamerika Anfang der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts stark zunahm, zuletzt während der Krise von Venezuela, lenkte die Aufmerksamkeit der Grossmächte auf die Aktivitäten der USA auch in der Kuba-Frage.

Im folgenden wird der Versuch unternommen, in erster Linie aus der damaligen Sicht Deutschlands zu beschreiben, wie sich die Beziehungen der europäischen Länder untereinander auf die Einstellung eines jeden Landes zu der Politik, die mit den Vereinigten Staaten betrieben wurde, auswirkten; des weiteren, wie sie sich zu der neuen Grossmacht und dem eventuellen Verbündeten verhielten, wie sie auf die Vorschläge und Appelle eines Staates Rücksicht nahmen, der auf seinen Grossmacht-Status nicht verzichten wollte. Ebenso wird eingegangen auf das Verhalten der Grossmächte zu Krieg und Frieden, sowie zu der Möglichkeit, einen bewaffneten Konflikt, der sich während der relativ langen Krise (von Februar 1895 bis April 1898) deutlich abzeichnete, zu verhindern.

Als der kubanische Aufstand in den ersten Monaten des Jahres 1895 ausbrach, war Saurma, Deutschlands Botschafter in Washington, relativ schnell von dessen Ernsthaftigkeit überzeugt – und dies vor allem wegen der Einstellung der USA hierzu. Nach Saurma nutzte die Regierung der Vereinigten Staaten die Gelegenheit aus, um die Aufmerksamkeit der Bürger von den inneren Schwierigkeiten des Landes abzulenken. Ein schwaches Spanien bot sich als lohnendes Ziel für einen aussenpolitischen Erfolg an. Andererseits gab es Anzeichen dafür, dass gewisse Kreise in den Vereinigten Staaten immer mehr interessiert waren, das sowohl wirtschaftlich als auch strategisch bedeutende Kuba zu annektieren. Die Regierung Cleverlands blieb zwar neutral, aber die Aufständischen bekamen immer mehr materielle Unterstützung von den Vereinigten Staaten. Indem die Regierung die Situation ohne Intervention sich entwickeln liess, glaubte sie nach Saurma, dass Kuba den Amerikanern in den Schoss fallen würde. Um dies zu verhindern, hätte Spanien nur eine Möglichkeit gehabt, und zwar die baldmöglichste Unterdrückung des Aufstandes, was der Botschafter den Spaniern jedoch nicht zutraute.¹ Die Beurteilung Saurmas sowohl in bezug auf das Ziel der Regierung der Vereinigten Staaten als auch auf die Bereitschaft Spaniens zu kriegerischen Auseinandersetzungen ist als recht zutreffend zu betrachten.

1. Saurma an Hohenlohe 16.3.95. No. 126. PA. Spanische Besitzungen in Amerika Nr. 2. Acta betreffend Angelegenheit Cubas. A 3220. Bd. 3.; Ibid. 7.4.95. A 4090. Bd. 4.

Wegen der Einstellung der Amerikaner hielt auch Spanien den neuen Aufstand für gefährlicher als frühere. Es bemühte sich um die Unterstützung der europäischen Grossmächte, indem es erklärte, dass die Unterstützung der rebellischen Bewegung durch die Vereinigten Staaten sich gegen die Interessen der europäischen Grossmächte richte.²

Nachdem der Kongress der Vereinigten Staaten seit Anfang 1896 die Regierung drängte, auf die Neutralitätspolitik zugunsten der Aufständischen zu verzichten, bat Spanien die Grossmächte um Intervention. Diese reagierten darauf, indem sie ihre eigenen Interessen über diejenigen Spaniens stellten, in der Angst, einer ihrer Rivalen könnte einen Kolonialvorteil aus der Schwäche Spaniens ziehen. Von allen Grossmächten hatte Frankreich die engsten Beziehungen zu Spanien, weshalb die Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien in Deutschland mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt wurden. Die Deutschen fürchteten vor allem, dass Frankreich an Einfluss in Marokko gewänne; dass dies Gegenstand der Verhandlungen gewesen wäre, wurde jedoch vom französischen Botschafter in Madrid, Reverseaux, dementiert. Auch die Franzosen gaben der spanischen Regierung den Ratschlag, Kuba autonom werden zu lassen, um ein Ende des Aufstandes herbeizuführen. Frankreich sei nicht bereit gewesen, wegen Kuba seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu gefährden.³

Auch in London lehnte man den Appell Spaniens ab, in der Kuba-Frage in Washington vorstellig zu werden oder gar auf Washington Druck auszuüben. Wegen der Krise von Venezuela war England der Ansicht, dass seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten nicht gut genug für eine positive Beeinflussung der USA waren. Salisbury schickte Wolff, dem englischen Botschafter in Madrid, der ein engagierter Befürworter des Anliegens Spaniens war, Instruktionen, nach denen es besser wäre, sich in dieser Frage zurückzuhalten. Deshalb empfahl Salisbury, bei den Amerikanern keinen Zweifel am britischen Standpunkt aufkommen zu lassen, Kuba "does not interest us at all except as a means of keeping the Queen Regent on the throne" und damit die USA zu reizen.^{3a}

In der ersten Hälfte des Jahres 1896 fühlten sich auch die Deutschen als Aussenseiter in der Kuba-Frage. Nach einem, wahrscheinlich im Auswärtigen Amt erarbeiteten Artikel in der "Kölnischen Zeitung" wollte Deutschland nur seinen Handel mit Kuba sichern. Deutschland war weder den Vereinigten Staaten noch Spanien gegenüber zu Dankbarkeit verpflichtet – eher das Gegenteil war der Fall. Es war jedoch anzunehmen, dass der deutsche Handel einen grösseren Nutzen von der durch die Amerikaner geschaffenen Ordnung ziehen würde als aus dem spanischen Chaos. Der Rückgang der Zuckerproduktion Kubas durch den Aufstand gab der deutschen Landwirtschaft und Zuckerindustrie die Möglichkeit zur Produktionsausweitung. Der Konsul in Havanna meldete auch recht oft Schäden der Zuckerrohrplantagen. Nachdem eine kubanische Zeitung Ende 1895 berichtet hatte, dass die Situation noch die Ernte des Jahres 1897 beeinträchtigen werde, verzeichnete Kaiser Wilhelm in einer Randbemerkung: "Dann können sich ja unsere Zuckerbauern freuen!"⁴ Der Verein der Rübenzuckerindustrie bat über das Aus-

2. Radowitz an Hohenlohe 4.10.95. Nr. 227. Ibid. A. 10847. Bd. 6.

3. Radowitz' Telegramm an A.A., Nr. 18. 1.3.1896. A. 2228 und Nr. 21. 3.3.96. A 2237. Ibid. Bd. 8.

3a. Hatzfeldts Telegramm an A.A., Nr. 72. 4.3.96. A 2375. Ibid. Bd. 8; R. G. Neale, *Great Britain and United States Expansion 1898–1900* (Michigan 1966), S. 6.

4. Seldeneck an Hohenlohe 23.11.95. Nr. 103. Ibid. Bd. 7. A. 13304; andere Berichte Seldenecks betreffend Zuckerplantagen u.a. 8.1.96. Nr. 4. und 9.1.96. Nr. 6. Ibid. Bd. 7.

wärtige Amt den deutschen Konsul in Kuba um Auskunft über die Auswirkungen des Aufstandes auf die Zuckerproduktion und -industrie der Insel: der Verein erhielt auch diese Information.⁵

Wegen andauernder Forderungen des US-Kongresses reichte Aussenminister Olney das Angebot mit "good offices" des Präsidenten im April 1896 an Spanien (siehe S. 58). In dieser Situation stellte die spanische Regierung ein Ersuchen an die Dreibundländer, gemeinsam dazu beizutragen, dass Kuba in spanischem Besitz bliebe. Die Weigerung des Dreibundes, seine Beziehungen zu den USA zu gefährden, brachte es z.T. mit sich, dass das Abkommen über die Zusammenarbeit Spaniens mit dem Dreibund nicht mehr erneuert wurde.⁶ Die spanische Regierung gab sich keinen Illusionen über die Situation hin. Der Aussenminister, Herzog von Tetuan, behauptete, dass die Amerikaner eine so weitgehende Eskalation des Aufstandes wollten, dass sie schliesslich das Recht und die Pflicht hätten, sich einzumischen.⁷

Als Salisbury mit dem deutschen Gesandten in London Gespräche führte, war er über weitere Konsequenzen, die sich aus einer Verschärfung der Kuba-Frage ergeben konnten, besorgt. Er hielt den Sturz der spanischen Monarchie für eine mögliche Folge. Der Zerfall der spanischen Kolonialmacht und der Streit um die Aufteilung der spanischen Inseln konnten sogar für den Weltfrieden eine Gefahr bedeuten. Auch wenn Salisbury es vermied, von Zusammenarbeit zu reden, bekam der Gesandte den Eindruck, dass England bei der Teilung des kolonialen Erbes von Spanien zur Zusammenarbeit mit Deutschland bereit sein könnte.⁸ Der Gesandte Wolff versicherte auch bald darauf in Madrid, Salisbury habe ihn bevollmächtigt, eine Erklärung abzugeben, wonach England bereit sei, ein gemeinsames Vorgehen zu erwägen, um die kubanische Krise zu beenden. Eine diesbezügliche Initiative von Seiten Spaniens war nicht zu erwarten, weil es nicht mit den Aufständischen verhandeln wollte. Nach dem Plan sollten die Vereinigten Staaten dazu gebracht werden, die Aufständischen dazu zu bewegen, eine möglichst weite Autonomie bei Erhaltung der formalen Macht Spaniens zu akzeptieren. Der österreichische Kaiserhof hatte ein enges Verhältnis zum spanischen Hof; deswegen hielt man Österreich für geeignet, den Verhandlungsvorschlag zu machen. Radowitz, der deutsche Gesandte in Madrid, bezweifelte die Möglichkeit solcher Kombinationen. Seiner Ansicht nach war Deutschland kaum bereit, für Spanien zu handeln, solange der deutsch-spanische Handelskonflikt andauerte.⁹

In Englands Verhalten gegenüber der Kuba-Krise zeigte sich eine Wandlung seiner Beziehungen zu Frankreich und Deutschland. Das gespannte Verhältnis zu Deutschland nach Krügers Telegramm hatte sich gebessert, aber Frankreichs Einstellung zu der Ägypten-Frage bereitete England Kopfzerbrechen. Deshalb brachte Salisbury die Zukunft der spanischen Inseln wieder ins Gespräch. Dass Frankreich auf Kosten Spaniens möglicherweise einen Vorteil haben könnte, hielt Salisbury für unangenehm. Hatzfeldt glaubte auch, dass der Premierminister Kontakt mit Deutschland aufnehmen würde, falls die Angelegenheit aktuell werden sollte.¹⁰

5. Direktorium des Vereins für die Rübenzucker-Industrie des Deutschen Reichs zu A.A. 24.9.95. ZStA. Auswärtiges Amt, Nr. 207, Bl. 8–10; 23.3.96, Bl. 105–107.

6. *Haselmayer*, S. 193–194.

7. Radowitz an Hohenlohe 16.6.96. Nr. 123. PA. Angelegenheit Cubas. Bd. 10. A. 6350.

8. Hatzfeldt an Hohenlohe 8.6.96. Nr. 384. PA. Ibid. Bd. 10. A. 5981.

9. Der Konflikt rührte aus den Jahren 1893–94 her, als die spanischen Cortes die Ratifizierung des Handelsabkommens mit Deutschland verweigert hatten. Radowitz an Hohenlohe 12.6.96. Nr. 118. PA. Angelegenheit Cubas. Bd. 10. A. 6366.

10. Hatzfeldt an Hohenlohe 1.7.96. Nr. 449. Ibid. A. 6875.

Als primus motor des Kooperationsplans fungierte weiterhin der Gesandte Wolff. Die von Deutschland vorgebrachte Kritik war berücksichtigt worden und so sollte die Kooperation sich auf den Vorschlag Spaniens stützen, den der Herzog von Tetuan auch zu formulieren versprach. Wolff informierte zuerst die Gesandten Frankreichs und der Dreibundländer über den Plan. Dass Russland die Initiative zur Zusammenarbeit machte, hielt er wegen der guten amerikanisch-russischen Beziehungen für wichtig. Wolff beging jedoch einen Fehler, indem er über die Angelegenheit nicht zuerst mit der Regierung Spaniens, sondern mit dem russischen Gesandten Schevitsch sprach. Dieser glaubte nicht, dass sein Land seine guten Beziehungen zu den USA gefährden könne und betrachtete den Plan als einen Versuch Englands, das russisch-amerikanische Einverständnis zu stören. Radowitz bedauerte, dass Wolff, "der in seinem gefährlichen Geschäftigkeitsdrang immer der Entwicklung der Dinge vorausseilt", sich in eine Angelegenheit eingemischt hatte, die der spanischen Regierung oblag.¹¹

Eine ablehnende Haltung Russlands hätte vermutlich schon den Plan zu Fall bringen können. Ausserdem legte der österreichische Aussenminister Goluchowski keinen Wert auf ihn.¹² Endgültig scheiterten die Gespräche über die Vermittlungstätigkeit zwischen der Regierung Cleveland und Spanien an den Massnahmen der Amerikaner. Zuerst proklamierte Cleveland, dass er die aus den USA für die Aufständischen organisierten Hilfsexpeditionen verurteile und Neutralität fordere. Der über den Plan informierte Taylor, US-Gesandter in Madrid, drohte dann mit der Änderung der Einstellung seines Landes, wenn die gemeinsamen Aktionen verwirklicht würden. Da der Erfolg des ganzen Plans von den Amerikanern abhängig war, widersetzten sich die Gesandten Frankreichs und auch Englands seiner Verwirklichung, und Spanien wollte mit seinem Appell an die USA noch warten.¹³

Der Misserfolg des Plans wurde zu einem grossen Teil Wolff, seinem Initiator und Organisator, zur Last gelegt. Es stellte sich nämlich heraus, dass er seine Vollmacht überschritten hatte. Gemäss seinen Instruktionen hätte er im Hintergrund bleiben sollen, wenn auch Englands Unterstützung für gemeinsame Aktionen versprochen worden war. Um seine Fehleinschätzung wieder auszugleichen informierte er gerade Taylor über den Plan – mit den oben dargestellten Folgen. Indem Salisbury behauptete, er habe nichts von der ganzen Sache¹⁴ gewusst, machte er sich offenbar 'eines aktiven Vergessens' schuldig, nachdem er die negative Einstellung der USA erfahren hatte und eine Verschlechterung der Beziehungen zu den USA vermeiden wollte.

Im grossen und ganzen kann man über diesen 'Wolffschen' Plan sagen, dass er keine eigentlichen Verhandlungen zwischen den Grossmächten herbeiführte, sondern er wurde nur in Madrid bei Gesprächen der Gesandten angeschnitten. Der Ausbruch des Krieges war noch nicht abzusehen, und keine Grossmacht war bereit, wegen der Kuba-Frage ihre Beziehungen zu den USA zu gefährden. Die Angelegenheit betreffe nur Spanien und die USA. Die Gesandten jeder Grossmacht begnügten sich Ende des Jahres 1896 in Madrid damit, recht ähnliche und Spanien sehr wenig hilfreiche Ratschläge zu geben: Spanien sollte möglichst bald mit den USA einig werden. Nach Radowitz sei von keiner Seite versprochen worden, Spanien bei einem eventuellen Ausbruch des Krieges zu unterstützen.¹⁵

11. Radowitz an Hohenlohe 3.7.96. Nr. 140. und 4.7.96. Nr. 141. A. 7074. Ibid. Bd. 11. A. 7075.

12. Hohenlohes Aufzeichnung 21.7.96. Ibid. A. 7675.

13. Areo (Geschäftsträger) an Hohenlohe 11.8.96. Nr. 173. Ibid. A. 8546.

14. Areo (Geschäftsträger) an Hohenlohe 11.8.96. Nr. 173. Ibid. A. 8546; Radowitz an Hohenlohe 22.9.96. Nr. 208. Ibid. A. 10001.

15. Radowitz an Hohenlohe 19.2.96. Nr. 268. Ibid. Bd. 12. A. 13177.

Obwohl Salisbury während seiner Gespräche mit Hatzfeldt die aus dem möglichen Zerfall der spanischen Kolonialmacht resultierenden Schwierigkeiten angedeutet hatte, spekulierte man in Deutschland, laut den Akten des Auswärtigen Amtes, kaum über das Problem. Das Auswärtige Amt mass der Krise nur eine regionale Bedeutung zu, und eine mögliche Annexion Kubas durch die USA schien die deutschen Interessen nicht zu gefährden. Im Gegenteil, durch einen zu aktiven Eingriff in den Streit hätten sich die Beziehungen zu den USA negativ verändern können. Ausserdem belastete die Diskussion um das Handelsabkommen die deutsch-spanischen Beziehungen. Der Streit wurde im Sommer 1896 durch einen Modus vivendi beigelegt, der beide Seiten zufrieden stellte.¹⁶ Die spanische Kompromissbereitschaft in der Handelspolitik dürfte von dem Wunsch getragen worden sein, Deutschland zu bewegen, in der Kuba-Krise eine für Spanien günstige Haltung einzunehmen.

5.1.2. Die Vermittlungsbemühungen vom Anfang der Amtsperiode McKinleys bis zur Entstehung der Krise

McKinley führte am Anfang seiner Amtsperiode die gemässigte Kuba-Politik seines Vorgängers weiter; so war die Frage international nicht sehr interessant. Die Schutzzollpolitik der Vereinigten Staaten rief dagegen gerade in Deutschland heftige Proteste sowohl offizieller Kreise als auch der Presse hervor, und war besonders für Wilhelm II. Anlass, Pläne über eine kontinentale Koalition gegen die USA zu schmieden. Dieser Ärger über die Amerikaner brachte es z.T. mit sich, dass Deutschland sich nicht mehr als Aussenseiter fühlte, nachdem die Kuba-Frage wieder aktuell geworden war.

Die Ernennung Woodfords zum Gesandten der USA in Madrid und die von ihm im September überreichte Note, in der die Befriedung der Insel gefordert und "good offices" des Präsidenten zu diesem Zweck angeboten wurden, bedeutete in der Kuba-Politik der USA einen deutlichen Kurswechsel. Dieses Wendepunktes wurde sich auch der Gesandte Radowitz bewusst, der durch den Herzog von Tetuan von der Note Woodfords verständigt worden war. Die Information über die Note bekräftigte die Bereitschaft Wilhelms II., eine Einheitsfront gegen die USA und England zu bilden, das der Kaiser wegen Zusammenarbeit mit den USA in Verdacht hatte. Der Kaiser kommentierte denn auch den Rapport Radowitz' u.a. folgendermassen:

... Eine gemeinsame Note von uns allen Kontinentalen an Onkel Sam und John Bull gerichtet, des Inhalts, dass wir uns gegenseitig zur Seite stehen und nicht dulden würden, dass I.M. (Königin Maria) um Kuba bestohlen werden, dürfte einen doppelten Eindruck nicht verfehlen. Einmal sehen die Bösewichter daraus, dass Europas Könige wirklich zusammen stehen und gemeinsam Leid und Freud teilen und nicht gesonnen sind, republikanischem Geldprotzenthum zu weichen, zweitens wäre das ein weit vorzüglicherer Hebel die vom Zaren und mir geplante Kontinental-Vereinigung gegen Amerika zu fördern und zu festigen. Es ist daher bei den grossen Monarchen des Kontinents Fühlung diesbezüglich sofort zu nehmen und mir darüber zu berichten.¹⁷

16. Auszug aus dem Protokoll der 29^{ten} Sitzung des Bundesraths am 9^{ten} Juli 1896. BA.R2/1561. Reichsschatzamt. Acta betr. den deutsch-spanischen Handelsvertrag. Vol. 10.

17. Radowitz an Hohenlohe 21.9.97. Nr. 170. P.A. Spaniens Besitzungen in Amerika Nr. 2. Akten betr.: *Intervention der europäischen Mächte zu Gunsten der Erhaltung Cubas für die spanische Monarchie*. Bd. 1. A. 11359; *Vagts* II, S. 1278.

Die Art und Weise, wie Bülow daraufhin handelte, zeigt deutlich, wie schwierig seine Lage war. Einerseits sollte er auf eine Weise handeln, die den Forderungen des Kaisers gerecht wurden, wie er andererseits die auswärtigen Beziehungen optimal berücksichtigen musste. Deshalb versprach Bülow dem Kaiser in seinem Rapport, sich über die Einstellung der Mächte zu informieren.¹⁸ In seinem Telegramm an seinen Freund Eulenburg dagegen drückte Bülow seine Zweifel an dem Vorhaben aus. Als Mindestbedingung für das Mitwirken Deutschlands betrachtete er die verbindliche Beteiligung Frankreichs, zu der Russland beitragen sollte. Falls Frankreich und England gemeinsame Aktionen ablehnten, könnten sie die so entstandene Situation ausnutzen, indem sie sich politische und wirtschaftliche Vorteile von den USA verschafften. Was die wirtschaftlichen Vorteile anbelangt, war Deutschland besonders leicht zu verwunden; um dies zu belegen, wies Bülow auf die Handelsstatistiken hin. Es exportierten in die Vereinigten Staaten: England für 170, Deutschland für 94 und Frankreich für 66 Millionen Dollar. Der Import aus den Vereinigten Staaten betrug nach England 406, Deutschland 97 und Frankreich 47 Millionen Dollar. Das Handelsvolumen anderer Länder mit den USA war wesentlich geringer.¹⁹ Die Schwierigkeiten waren also dieselben, wie die, die einer Zusammenarbeit bei dem Dingleys Tarif im Wege standen. Die Aufgabe Eulenburgs bestand in der Mässigung des Kaisers. Er meldete auch, er habe die Sache so vorgetragen wie es Bülow wollte; dies fand auch der Kaiser akzeptabel. Von der Unterstützung Deutschlands überzeugt könnte Österreich nun die Initiative zu gemeinsamen Aktionen für den ihm verwandten Monarchen ergreifen.²⁰

Die Frage, wer die Initiative zu ergreifen oder "den Spaniern die kubanischen Kastanien aus dem Feuer zu holen" hatte, erwies sich wieder als schwierig. Bülow meinte, es wäre am wirkungsvollsten, wenn entweder Russland und Frankreich zusammen oder England oder Frankreich für sich gemeinsame europäische Aktionen vorschlagen könnten. Im Vergleich zu Deutschland wäre es letzteren leichter gefallen, diese sogar allein durchzuführen, da die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs an Spanien bedeutend grösser waren, an den USA dagegen wesentlich geringer als es im Vergleich zu Deutschland der Fall war. Die besten Aussichten auf Verwirklichung mass Bülow einer österreichischen Initiative bei. Sehr ähnlich, allerdings "mit heissen Kastanien" gewürzt, schrieb die vermutlich vom Auswärtigen Amt informierte "Berliner Neueste Nachrichten".^{20a} Deutschland konnte die Initiative nicht ergreifen, doch würde es die Vorschläge von Paris und London zu der Initiative Wiens unterstützen. Wien blieb passiv,²¹ so dass dieser aus der 'kontinentalen Monarchenkoalition' hervorgegangene, prospanische und antiamerikanische Plan scheiterte.

Ende des Jahres 1897 war das weltpolitische Augenmerk Deutschlands in erster Linie auf China gerichtet, und eine Intervention in der Kuba-Angelegenheit war nicht akut. Die Beziehungen zwischen den USA und Spanien verbesserten sich zusehends, was den von der liberalen spanischen Regierung durchgeführten Reformen und ihren Zugeständnissen gegenüber den USA

18. Bülow an Wilhelm II. 29.9.97. Nr. 12. PA. Intervention, Bd. 1. A. 11527.

19. Bülows Telegramm an Eulenburg 29.9.97. Nr. 13. P.A. Intervention Bd. 1. A. 11528; G. P. XV. Nr. 4118; vgl. *Vagts* II, S. 1279.

20. Eulenburgs Telegramm Nr. 54 an A.A. 30.9.97. P.A. Intervention, Bd. 1. A. 11558; G. P. XV. Nr. 4119.

20a. Bülows Telegramm Nr. 17 an Eulenburg 30.9.97. PA. Intervention, Bd. 1. A. 11595. Anlage: Berliner Neueste Nachrichten 28.9.97; G. P. XV, Nr. 4120.

21. Bülow (Holsteins Entwurf) an Lichnowsky (Geschäftsträger in Wien) 7.10.97. Nr. 1000; G. P. XV. Nr. 4121; Lichnowskys Telegramm Nr. 280 an A.A. 15.10. A. 12158; G.P. XV, Nr. 4122, Reihe von PA: Intervention. Bd. 1.

zuzuschreiben war. Die durch Woodford verbreitete Information über die Ziele der USA beruhigten wohl z.T. die Grossmächte; eine Annexion Kubas zählte nicht zu diesen Zielen. Der Gesandte White gab ähnliche Versicherungen in Berlin ab.²² Wie auch der spanische Gesandte in Washington, DeLome, glaubte, sah es so aus, als ob die Kuba-Krise nicht mit einem spanisch-amerikanischen Krieg enden würde.²³

Es hatte den Anschein, als glaubte man auch in der spanischen Regierung an die Bereitschaft McKinleys, den Konflikt beizulegen. Die antispanischen Meinungsäusserungen des Kongresses und der amerikanischen Presse dagegen veranlassten den Kolonialminister Moret und den Aussenminister Gullon, die Grossmächte zu bitten, in Washington geschlossen aufzutreten, um eine internationale Eskalation der Kuba-Krise zu verhindern und die Bemühungen Präsident McKinleys zur Sicherung des Friedens zu unterstützen. Spanien hielt es für notwendig, dass auch Deutschland Druck auf Washington ausübe. Auch die englischen, französischen und österreichischen Gesandten waren darüber informiert. In seinen Berichten über die Gespräche stellte Radowitz seine Einstellung darüber zurückhaltend dar. Er habe gesagt, er sei ein pro-spanischer Beobachter und wolle die Rolle eines Beraters vermeiden. Der Gesandte habe jedoch gehofft, der Vorschlag sei fruchtbarer als der von Wolff initiierte und durch seine Überstürztheit z.T. vereitelte Plan.²⁴ Nach Auffassung Spaniens sollten die europäischen Mächte in ihrer Note ihre Aufmerksamkeit auf die freie Tätigkeit der kubanischen Comites und des Finanzierungssyndikats in den USA sowie auf die Kriegsmaterial- und Truppentransporte vom Staatsgebiet der USA richten.²⁵ Die Kuba-Frage, die um die Jahreswende 1897–98 nicht einmal bedrohlich aussah, war jedoch ein viel zu unbedeutender Faktor, um die in China und Afrika rivalisierenden europäischen Mächte zusammenarbeiten zu lassen.

5.1.3. Der Appell der sechs Mächte

Nachdem sich die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien wegen des Briefs DeLomes und der "Maine" im Februar 1898 anspannten, stiess der spanische Appell an die Grossmächte auf dieselben Schwierigkeiten wie früher: wie die Rivalen zur Zusammenarbeit zu bringen waren und wer von ihnen die Initiative ergreifen würde. Bülow weigerte sich zwar, als erster zu handeln, versprach aber die Unterstützung Deutschlands, falls Frankreich eine diplomatische Kooperation vorschlagen würde.²⁶ Frankreich hielt seinerseits Österreich für geeignet, den ersten Schritt zu tun, da Frankreich mit Russland alliiert war, die österreichisch-spanischen Beziehungen gut waren und die Doppelmonarchie neutral bei der Konkurrenz um die überseeischen Gebiete war.²⁷ Nach dem französischen Modell bat dann auch die spanische Königin-Regentin Maria Österreich um die Aufgabe seiner zurückhaltenden Einstellung und um die Übernahme der Leitung des Vermittlungsversuchs.²⁸ Diesmal willigte

22. Der Unterstaatssekretär Rotenhans Telegramm Nr. 26. an Eulenburg 5.10.97. Ibid. A. 11721.

23. Reichenau (aus Washington) an Hohenlohe 30.9.97. Nr. 559. Ibid. A. 12148.

24. Radowitz an Hohenlohe 6.12.97. Nr. 228. Ibid. Bd. 2. A. 14369.

25. Radowitz an Hohenlohe 12.12.97. Nr. 231. A. 14574 und 2.1.98. Nr. 4. Ibid. A. 258.

26. Bülow an Radowitz 15.2.98. Nr. 25. Ibid. A. 1827; G.P. XV, Nr. 4123.

27. Radowitz an Hohenlohe 11.3.98. Nr. 50. PA. Intervention Bd. 2. A. 3186.

28. Major Crises in American History. Documentary problems. Vol. II. 1865–1953. Gen. ed. Merrill D. Peterson and Leonard W. Levy. (New York 1962), S. 181–82.

Franz Joseph ein und beauftragte seinen Gesandten in Berlin, sich nach der Einstellung des Auswärtigen Amtes zu erkundigen.²⁹ Nach Auffassung Bülow's sei der Nutzen einer gemeinsamen Aktion recht fragwürdig. Frankreich sei nicht bereit zu einer "wirklich energischen Aktion", weil es Rücksicht auf die guten Beziehungen seines Verbündeten Russland zu den USA zu nehmen hatte. Auch die Bestrebungen Englands, seine guten Beziehungen zu den USA aufrechtzuerhalten, machte das unmöglich.³⁰ Er muss in Frage gestellt werden, ob Bülow zur "energischen Aktion" geschritten wäre, denn er hatte früher versprochen, Deutschland unterstütze eine diplomatische Aktion, die ausdrücklich durch Frankreich initiiert werde. Der eigene Vorschlag Bülow's zur Rettung der spanischen Monarchie bestand darin, den Papst um Vermittlung des spanisch-amerikanischen Streites zu ersuchen. Auch bei diesem Plan hielt er Österreich für geeigneter als Deutschland, den Vorschlag zu machen.³¹ Goluchowski betrachtete jedoch die Chancen des Papstes als Schiedsrichter als gering, weil es schwierig für die Amerikaner sei, seine Neutralität zu akzeptieren. Der Aussenminister war dagegen nicht ganz ohne Hoffnung, die Einstimmigkeit der Grossmächte zu erreichen.³²

Gewissermassen konkurrierten nun zwei Pläne zur Friedenserhaltung: der aufs neue zum Leben erweckte, durch Österreich befürwortete Versuch einer gemeinsamen europäischen Aktion, sowie der Vorschlag Deutschlands zur päpstlichen Vermittlung. Zur Voraussetzung einer Einwilligung für den ersteren hatte Bülow die verbindliche Zusicherung Frankreichs gemacht, trotz der Einstellung Russlands, bei der gemeinsamen Aktion mitzuwirken.³³ Für Frankreich war es günstig, sich in irgendeiner Weise für Spanien einzusetzen, damit dies sich nicht an eine andere Grossmacht wende. Besonders die französischen Royalisten und Rechtsradikalen forderten Aktionen zugunsten Spaniens.³⁴ Bald meldete Frankreich nach Wien, es willige in eine gemeinsame Aktion ein; doch sicherte es seine Position ab, indem es sich die Zusicherung Londons einholte, bei der Vermittlungstätigkeit mitzuwirken.³⁵

Auch der Plan über den Schiedsspruch durch den Papst wurde weiterentwickelt, nachdem Königin Maria ihre prinzipielle Einwilligung hierfür mitgeteilt hatte, obgleich sie nicht bereit sei, die Aufständischen als gleichwertige Verhandlungspartner anzuerkennen. Nach Radowitz' Eindruck habe die Königin "innerlich" nicht mehr an die Möglichkeit geglaubt, Kuba zu halten. Ein Verzicht auf Kuba hätte jedoch den Fall der regierenden Monarchie bedeutet.³⁶ Die Einstellung der Königin regte Bülow zu aktiverem Handeln für seinen Plan an. Der Vorteil des päpstlichen Schiedspruchs bestand nicht so sehr in dem Inhalt des zu machenden Vorschlags, als vielmehr in der Person, die von den Spaniern ohne weiteres akzeptiert würde. Der Vatikan solle Washington über die amerikanischen Bischöfe beeinflussen. Die Einsetzung des Papstes als

29. Radowitz' Telegramm Nr. 23 an A.A. 14.3.98. A. 3172; von Szögyeny, der Gesandte von Österreich-Ungarn, an A.A. 14.3.98. PA. Intervention. Bd. 2. A. 3199.

30. Bülow an Eulenburg 15.3.98. Nr. 207. Ibid. A. 3199; G.P. XV, Nr. 4125.

31. Ibid.

32. Eulenburgs Telegramm an A.A. Nr. 102. 18.3.98. PA. Intervention Bd. 2. A. 3441.

33. Bülow an Radowitz 17.3.98. Nr. 49. A. 3199. Ibid; G.P. XV. Nr. 4126.

34. *Henry Blumenthal*, *France and the United States. Their diplomatic relations, 1781–1914.* (Chapel Hill 1970), S. 184.

35. Eulenburgs Telegramm an das A.A. Nr. 108, 24.3.98. PA. Intervention Bd. 2. A. 3594; *Vagts* II. S. 1291–92; *Blumenthal*, S. 187.

36. Radowitz an Hohenlohe 22.3.98. Nr. 57. A. 3667 und 22.3. Nr. 58. PA. Intervention Bd. 2. A. 3668; G.P. XV. Nr. 4128.

Vermittler sei das einzige reale Mittel, die Abhängigkeit Kubas von Spanien ohne Krieg zu beenden und zugleich den Fall der spanischen Monarchie zu verhindern.³⁷

Spanien versuchte, Teile beider Pläne zu kombinieren. Nach dem Vorschlag des Aussenministers Gullon sollten Österreich, Frankreich, Russland, Italien, England und Deutschland zusammen den Regierungen der USA und Spaniens empfehlen, ihren Streit mit Hilfe eines später zu ernennenden Schiedsrichters beizulegen. Mit der Ablehnung des Vorschlages³⁸ wollte die kaiserliche Regierung sich offenbar an ihren Plan halten, den Papst einzusetzen, keine Initiative zu ergreifen und eventuelle Gegenmassnahmen der USA zu verhindern.

Die Schwäche des Plans des Auswärtigen Amts bestand in der Forderung, Spanien zum Verzicht auf Kuba zu bewegen, was nach Auffassung des Vatikans den Zerfall der Madrider Monarchie bedeutet hätte. Auch nach Auffassung des Papstes willige die spanische Regierung in einen Schiedsspruch unter solchen Bedingungen nicht ein.³⁹

Trotz Radowitz' Versuch, Kuba als eine wirtschaftliche Last hinzustellen, schloss es auch Madrid aus, in einen solchen Schiedsspruch einzuwilligen.⁴⁰ Daran scheiterte der Plan Bülows und Holsteins über einen päpstlichen Schiedsspruch, der aus amerikanischer Sicht für Deutschland eine vollständige Neutralität bedeutet hätte und die Verantwortung für den Verlust Kubas auf den Papst übertragen worden wäre.⁴¹

Die Erlaubnis zur Beteiligung an der von Österreich befürworteten gemeinsamen Aktion der Grossmächte erhielt Holleben unter der Bedingung, dass die Vertreter aller Mächte mitwirkten.⁴² Bülow hatte den Verdacht, keine einzige Grossmacht sei wegen der ostasiatischen Lage bereit, ihre Beziehungen zu den USA zu gefährden, so dass der Appell "platonisch" werden sollte.⁴³ Der durch den Gesandten der sechs Mächte am 7.4.1898 an McKinley überreichte Appell blieb auch recht "platonisch", insbesondere nach dem auf Empfehlung des Aussenministers Day der Passus gestrichen wurde, in dem die appellierenden Nationen die Ansicht äusserten, die von Spanien gemachten Zugeständnisse bildeten eine gute Voraussetzung zur Erhaltung des Friedens.⁴⁴

Der Appell lautete wie gefolgt:

The undersigned Representatives of Germany, Austria-Hungary, France, Great-Britain, Italy and Russia, only authorized in that behalf, address in the name of their respective governments a pressing appeal to the feeling of humanity and moderation of the president and of

37. Bülows Telegramm Nr. 8. (Holsteins Entwurf) an O. Bülow 23.3.98 A. 3694; G.P. XV. Nr. 4127; Bülows Telegramm Nr. 9. an O. Bülow 27.3.98; G.P. XV. Nr. 4128. Die Akten des PA. in der Reihe Intervention, Bd. 2.

38. Radowitz' Telegramm Nr. 33 an A.A. 26.3.98. A. 3709; G.P. XV. Nr. 4129; Bülows Telegramm Nr. 17 (Holsteins Entwurf) an Radowitz 28.3.98. A. 3709 I; G.P. XV. Nr. 4130. Die Akten des PA. in der Reihe Intervention, Bd. 3.

39. Otto Bülows Telegramm Nr. 11 an A.A. 29.3.98; G.P. XV. Nr. 4131; O. Bülows Telegramm an A.A. Nr. 12. 30.3.98; G.P. XV. Nr. 4132.

40. Radowitz an Hohenlohe 27.3.98. Nr. 61. A. 3883; Bülows Telegramm Nr. 13. an Wilhelm II. 1.4.98. PA. Intervention, Bd. 3. A. 3978; *Vagts II.*, S. 1295.

41. Bülows Telegramm Nr. 24. (Holsteins Entwurf) an Radowitz 31.3.98; G.P. XV. Nr. 4133.

42. Bülows Telegramm Nr. 17. (Holsteins Entwurf) an Hohenlohe 4.4.98. PA. Intervention, Bd. 4. A. 4115; G.P. XV. Nr. 4135.

43. Bülow an Wilhelm II. 5.4.98; s. auch G.P. XV. Die Nummern 4136–37 und *Vagts II.*, S. 1299–1300.

44. Der französische Aussenminister Hanotaux an den Gesandten in Washington, Cambon 4.4.98. Documents Diplomatiques Français 1^{re} Serie. Tome XIV. No. 125; Cambon an Hanotaux 6.4.98. Ibid. No. 133; *Hermann Leusser*, Ein Jahrzehnt deutsch-amerikanische Politik, 1897–1906 (München 1928), S. 16.

the American people in their existing differences with Spain. They earnestly hope that further negotiations will lead to an agreement which, while securing the maintenance of peace, will afford all necessary guarantees for the reestablishment of order in Cuba.

The powers do not doubt that the humanitarian and purely desinterested character of the Representation will be fully recognized and appreciated by the American nation.⁴⁵

McKinley antwortete, dass es gerade aus humanitären Gründen geschehe, falls sich die Vereinigten Staaten in die Kuba-Frage aktiv einmischen würden.⁴⁶

Schon bevor der Appell vorlag, war man sich in Washington recht gut im klaren darüber, dass die europäischen Grossmächte zu einer gemeinsamen effektiven Aktion nicht fähig wären. London wäre schon im Spätsommer 1897 bereit gewesen, die Annexion Kubas durch die USA zu akzeptieren (siehe S. 60). Es war für England wichtig, die USA zum Verbündeten für seine "Open Door"-Politik in China zu gewinnen. McKinley hatte jedoch das im März unterbreitete Angebot zur Zusammenarbeit abgelehnt, indem er sich auf die aussenpolitische Tradition seines Landes, keine verbindlichen Bündnisse abzuschliessen, berief.⁴⁷ Eine "Open Door"-Politik wäre auch für die USA günstig gewesen, doch der Zeitpunkt war offenbar wegen der Kuba-Krise für eine enge Zusammenarbeit ungeeignet, weil von allen europäischen Grossmächten Neutralität im spanisch-amerikanischen Streit erwartet wurde. Die USA konnte sich der Einstellung Englands bis zum Ende sicher sein, denn noch am 6. April versicherte Balfour, England würde sich nicht dem Appell der sechs Mächte anschliessen, wenn er die USA benachteilige.⁴⁸ Den Informationen aus St. Petersburg zufolge war auch Russland nicht bereit, wegen der Vermittlungstätigkeit eine Verschlechterung seiner Beziehungen zu den USA in Kauf zu nehmen.⁴⁹ Frankreich sei bereit, in einer Krisensituation zu vermitteln, doch nur, wenn beide Seiten es wünschten.⁵⁰ Es sah aus, als stünde es McKinley frei, die Mittel seiner Kuba-Politik zu wählen.

5.1.4. Der Waffenstillstand als Versuch zur Erhaltung des Friedens

Noch während der Planung einer gemeinsamen Aktion fing auch die Tätigkeit an, einen offenen Ausbruch des Konflikts mit Hilfe eines Waffenstillstandes zwischen den Aufständischen und den Spaniern zu verhindern. Man sollte sich über einen Waffenstillstand einigen, bevor McKinley den Kuba-Bericht, mit dessen antispanischer Reaktion man sonst rechnen konnte, dem Kongress vorlegte. Insbesondere der Gesandte Woodford betrachtete einen Waffenstillstand als einzige Möglichkeit zur friedlichen Beilegung des Konflikts. In seinem Friedenswillen handelte er aktiver als es ihm der Spielraum seiner Instruktionen erlaubte. Woodford bat nämlich Radowitz, der spanischen Regierung einen Appell an den Papst vorzuschlagen, da sowohl die Spanier als auch die Aufständischen in einen Waffenstillstand nur auf Empfehlung des Papstes einwilligen würden. Woodford rechnete fest mit dem Einverständnis Washingtons zu diesem Verfahren, wodurch die Kriegsgefahr vermieden worden wäre. Radowitz war mit dem Appell an den Papst einverstanden, doch zugleich, als er sich hütete, sich in die Angelegenheit einzu-

45. Der Text des Appells wurde von der englischen Botschaft dem Präsidenten schon am 6.4. zugestellt. NA/50/ Rolle 129.

46. *Charles S., Jr. Campbell*, *Anglo-american understanding 1898–1903*. (Baltimore 1957), S. 32.

47. Der englische Gesandte in Washington, Pouncefote, an Salisbury 17.3.98. Nr. 70. P.R.O.F.O.5. America. General correspondence. USA. Series II. Diplomatic despatches. Bd. 2361.

48. Hays Telegramm an Sherman 6.4.98. NA/30/180.

49. Der US-Gesandte in St. Petersburg, Hitchcock, an Sherman 31.1.98. NA/35/51/19.

50. Der US-Gesandte in Paris, Porter, an Sherman 31.3.98. NA/34/118/199.

mischen (Randbemerkung des Kaisers: "Richtig"), konnte er – mit Woodfords Wissen – den österreichischen Gesandten Dubsy, bewegen, der spanischen Königin und dem Nuntius des Papstes die Sache vorzutragen.⁵¹ Der Papst war auch bereit, auf Wunsch der spanischen Regierung zum unmittelbaren Waffenstillstand beizutragen.⁵² Aussenminister Gullon hatte offenbar den Eindruck gewonnen, Woodford habe mit Wissen des Weissen Hauses gehandelt, denn er bat darum, Woodford mitzuteilen, seine Regierung willige in die Vermittlung des Papstes ein, weil Präsident McKinley es vorgeschlagen habe. Der Gesandte informierte seine Regierung nicht über seine eigene Rolle, sondern begnügte sich damit, die Rolle des Präsidenten, den Vermittlungsvorschlag betreffend, anzuzweifeln.⁵³ Day teilte auch telegraphisch mit, der Präsident habe seine Vorschläge nach Madrid nur über Woodford unterbreitet, worüber dieser sich sehr wohl im klaren war. Doch wurde noch immer eine auf einen Waffenstillstand ausgerichtete Lösung angestrebt. Im Laufe der Verhandlungen konnte Spanien seine Forderung nach Entfernung amerikanischer Kriegsschiffe aus den kubanischen Gewässern als Vorbedingung seines Angebots zum Waffenstillstand nicht durchsetzen. Um den Waffenstillstand für die allgemeine Meinung akzeptabler zu machen, bat die spanische Regierung die Vertreter der sechs Länder um einen "Rath", den Vorschlag des Papstes zum Waffenstillstand zu akzeptieren.⁵⁴ Bei ihrem Zusammentreffen beim Doyen, dem österreichischen Gesandten, Graf Dubsy, entschieden sich die Gesandten für diesen Vorschlag. Dubsy betonte, die Zeit sei zu knapp zur Anforderung von Instruktionen bemessen, so dass jeder seinen Rat als seine persönliche Meinung abgeben könnte. Weil Aussenminister Gullon die Gesandten geschlossen empfing, bekam der Auftritt einen kollektiven Charakter.⁵⁵ So konnte Gullon später berichten (laut Radowitz):

Infolge der wiederholten Vorstellungen des Heiligen Vaters, unterstützt durch die übereinstimmenden freundschaftlichen Ratschläge der hiesigen Vertreter der sechs Mächte, die Regierung beschlossen habe, den Heiligen Vater anzuzeigen, dass soeben der kommandierende General in Cuba Weisung erhalten habe zur Gewährung einer sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten auf die Zeitdauer, die er für geeignet erachten werde, um den dauernden Frieden vorzubereiten und ins Werk zu setzen.⁵⁶

So willigte Spanien in den Waffenstillstand auf eine Weise ein, wie es Woodford, der seine Vollmacht übertreten hatte, beabsichtigt hatte. Wie oben (S. 64) dargestellt, legten McKinley und der Kongress keinen grossen Wert auf das Angebot Spaniens.

Nachdem das spanische Angebot zum Waffenstillstand in die Öffentlichkeit gelangt war, hielten es die Gesandten der sechs Mächte in Washington für eine recht geeignete Grundlage zu Verhandlungen für eine Vermeidung des Konflikts. Dieselbe Ansicht wurde von den Repräsentanten der New Yorker Finanzkreise vertreten, die Pauncelote besucht hatten: den Krieg zu vermeiden war auch wichtig für sie. Ihrer Meinung nach liess sich der spanisch-amerikanische Konflikt in vier Punkten zusammenfassen: Waffenstillstand, "reconstrados" (Durchgangslager), die "Maine" und Kubas künftige Lage. Zur Lösung der zwei ersten Punkte hatte Spanien schon

51. Radowitz an Hohenlohe 4.4.98. Nr. 69. PA. Intervention, Bd. 4. A. 4225.

52. Radowitz' Telegramm Nr. 42 an A.A. 4.4. Ibid.

53. Woodfords Telegramm an McKinley 3.4. NA/31/123, vol. 1/64.

54. Radowitz' Telegramm Nr. 53 an A.A. 8.4.98. PA. Intervention, Bd. 4. A. 4292.

55. Der englische Geschäftsträger Barclay an Salisbury 10.4.98. Nr. 83. P.R.O.F.O. 72. General Correspondence. Spain. Diplomatic despatches. Bd. 2062.

56. Radowitz' Telegramm Nr. 56 an A.A. 9.4. PA. Intervention, Bd. 5. A. 4351; G.P. XV. Nr 4139.

akzeptable Vorschläge gemacht. Es hatte sich ebenfalls bemüht, zur Klärung der Explosion der "Maine" beizutragen. Die Lösung des vierten Punktes war schwierig, weil Spanien Kuba noch keine ausreichende Unabhängigkeit angeboten hatte. Auf Empfehlung seiner Kollegen überreichte der spanische Gesandte das Memorandum mit diesen vier Punkten an Day am Abend vor dem Bericht des Präsidenten an den Kongress. Das Memorandum zusammen mit dem Angebot zum Waffenstillstand bewirkte, dass der Präsident den Kongress nicht unmittelbar um die Vollmacht für eine bewaffnete Intervention in der Kuba-Krise bat. Dadurch wurde etwas mehr Zeit zur Sicherung des Friedens gewonnen, den die Washingtoner Diplomatenkreise noch für möglich hielten. Sie sollte kaum – nach der Auffassung Hollebens – durch die gemeinsame Aktion geschehen, denn Englands Politik sei zu undurchsichtig und Russlands Einstellung zu widerstrebend. Er, sowie der französische und österreichische Gesandte teilten die Meinung, dass eine gemeinsame Aktion nichts nütze, falls die Mächte keine konkreten Vorschläge zu machen hätten.⁵⁷

Vor diesem Bericht Hollebens wurde in Berlin sein Telegramm empfangen, nach dem Pauncefote überraschenderweise eine neue gemeinsame Aktion der sechs Mächte vorgeschlagen habe. Um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, dass die Grossmächte den Krieg akzeptierten, sollten sie gemeinsam den Repräsentanten der Vereinigten Staaten in Washington bzw. im jeweiligen Land, eine Note überreichen, in der ein Kriegsbeginn nach dem von Spanien am 10.4. gemachten Vorschlag als ungerecht verurteilt würde. Hollebens Haltung war gegenüber einem solchen Vorschlag kühl, verschlechterte er doch den Ruf dessen, der ihn gemacht hätte, es sei denn, es würden sich geeignete Mittel finden, ihn nicht abzulehnen. Der Kaiser war in seiner Randbemerkung derselben Meinung: "Ich halte sie für gänzlich verfehlt, zwecklos und daher schädlich! Wir blamieren uns vor den Amerikanern ebenso wie vor den Griechen und Türken, die auch auf unsere Kollektivnoten pfeifen!"⁵⁸ Ähnliches traf auch für die Ansichten des russischen Aussenministers Murawiew, deren privaten Charakter er in seinen Gesprächen mit Radolin betonte, zu. Er sah in der Initiative nur ein Manöver Englands, um die Beziehungen zwischen den europäischen Monarchien und den USA zu verschlechtern. Zudem befürchtete er, die Amerikaner wiederum würden sich in die europäischen Angelegenheiten einmischen.⁵⁹ Bülow erteilte den Auftrag, Murawiew mitzuteilen, auch Kaiser Wilhelm sei der Ansicht, ein

57. Holleben an Hohenlohe 12.4.98. Nr. A. 69. PA. Akten betref. den Krieg zwischen Spanien und den Ver. St. 1898. Spanien Nr. 71 Bd. 1. A. 4848.

58. Bülows Telegramm an Wilhelm II. 15.4.98, das das Telegramm. Hollebens an A.A. 14.4.98 enthält. PA. Intervention, Bd. 5. A. 4571; G.P. XV. Nr. 4140. Die Frage, wer die Initiative zu einer neuen gemeinsamen Aktion ergriff, ist ungelöst geblieben. Holleben vermutete, die Initiative hätte von Pauncefote gestammt, weil das Zusammentreffen unter seiner Leitung in der englischen Botschaft stattfand. Der Ort des Zusammentreffens erklärt sich jedoch dadurch, dass Pauncefote der Doyen war. Er setzte sich für eine neue Note ein (Pauncefotes Telegramm an Salisbury Nr. 37. 14.4.98. (empf. 15.4.) P.R.O.F.O. 5. vol. 2517), und es ist möglich, dass er die Instruktionen seiner Regierung übertreten hatte, nach denen eine Beteiligung Englands an einer neuen Note für möglich gehalten wurde, aber eine Verurteilung der US-Politik vermieden werden sollte. (Balfours Telegramm an Pauncefote Nr. 72 15.4.98. Ibid.) Es gilt als sicher, dass die englische Regierung Pauncefote nicht geraten hatte, die Initiative zu ergreifen. Einige Forscher nehmen an, die Initiative habe von dem österreichischen Gesandten in Washington gestammt, der auch eigenmächtig, ohne Anweisungen seiner Regierung, gehandelt habe. Siehe z.B. *R.G. Neale*, *Britain and American imperialism 1898–1900* (Sydney 1967), S. 15–28; *Ch. Campbell*, S. 32–39; *A.E. Campbell*, *Great Britain and the United States 1895–1903* (Glasgow 1960), S. 141–45.

59. Bülows Telegramm an Wilhelm II. 16.4.98, der Radolins Telegramm an das A.A. 15.4. Nr. 89 enthält. PA. Intervention, Bd. 5. A. 4603; G.P. XV. 4141.

„platonischer“ Auftritt schade nur den Interessen der Mächte.⁶⁰ Diese frühe Meinungsäußerung war diplomatisch vielleicht unklug, denn nach Radolin habe der italienische Gesandte in St. Petersburg aus seinem Gespräch mit dem russischen Aussenminister den Eindruck gewonnen, Frankreich wolle eine Note überreichen, nach der ihm die anderen Grossmächte folgten. Radolin nahm an, der Aussenminister habe als Privatperson mit ihm früher gesprochen, um seine Möglichkeiten der Berücksichtigung der französischen Politik zu bewahren. Bülow musste bitter feststellen, dass Murawiew Deutschland zur Ablehnung des Vorschlags bewogen hatte, damit Russland und Frankreich erklären könnten, sie hätten alles für den Frieden getan, doch hätten sie wegen Deutschland keinen Erfolg gehabt. Bei seinen Gesprächen mit den spanischen, französischen und österreichischen Gesandten bestand Bülow jedoch auf seinem Standpunkt. Der französische Gesandte konnte keine befriedigende Antwort auf Bülows Frage geben, was Aussenminister Hanotaux unternehmen würde, falls die USA die Note nicht akzeptierten.⁶¹ Wilhelm II. forderte seinen Aussenminister auf, an die Anhänger der gemeinsamen Note die folgende Frage zu stellen:

„Mit wievielen Panzern sind Sie gewillt Ihrerseits die Ablehnung oder Nichtachtung des Schrittes seitens der Yankees zu ahnden?“

Der Kaiser fuhr recht leger fort:

„Denn wenn *Ich* einem einen Rat erteile und er beachtet ihn nicht, so ist das auf seine Gefahr, sagt er nicht einmal ‚danke‘, sondern dreht mir den Rücken, dann schlage ich ihm auf den Schädel!“⁶²

In Wirklichkeit wollte weder London noch St. Petersburg die Beziehungen zu den USA gefährden. Trotz der Versuche Österreichs war die Ungerechtigkeit, den Krieg zu beginnen, schliesslich offiziell nicht verurteilt worden.⁶³ „Mit dem Privatrechte hat die Politik nichts zu tun“, stellte Bülow vor dem Reichstag im Dezember 1898 fest.⁶⁴

Schon bei der Überprüfung der Chancen der von Wilhelm II. befürworteten „Monarchenkoalition“ stellte sich in der Wilhelmstrasse heraus, dass Deutschland die Leitung der Aktion nicht übernehmen konnte, ohne seine Interessen gegenüber den USA zu gefährden. Ebenso deutlich zeigte sich, dass auch andere Grossmächte dazu nicht bereit waren, und zwar aus demselben Grund. Sie fürchteten, die Rivalen würden wirtschaftliche Vorteile von den Vereinigten Staaten erhalten. Ebenfalls wurde die Möglichkeit berücksichtigt, die Vereinigten Staaten bei der strengen Konkurrenz im Fernen Osten als einen potentiellen Verbündeten zu gewinnen.

Deutschland war an dem „platonischen“ Appell für den Frieden im Namen der Humanität beteiligt, aber es wollte den Krieg nicht als ungerecht verurteilen, weil er als unnütz betrachtet, als die Beziehungen zu den USA und sein eigenes Prestige vermindern beurteilt wurde. Der Plan, den Papst als Schiedsrichter einzusetzen, bedeutete einen aktiven, aber zugleich, in bezug auf die Beziehungen zu den USA, gefahrlosen Versuch für die spanische Monarchie und den Frieden. Das einzige Mittel der spanischen Dynastie gegen das Aufkommen der Revolution

60. Bülows Telegramm an Radolin 16.4.98. Nr. 78; G.P. XV. 4142.

61. Bülows Telegramm an Wilhelm II. 17.4.98. Bülows Auffassung über das Handeln Murawiew's ist nur in dem Telegrammentwurf enthalten. PA. Intervention, Bd. 5.

62. Telegramm Willhelms II. an Bülow 18.4. Ibid. A. 4698; *Vagts* II, S. 1305.

63. Was England betrifft, s. Balfours Telegramm an Pauncefote 15.4.98. Nr. 72 P.R.O.F.O. 5. War between the U.S. and Spain. Mediation proposals. Bd. 2517; in bezug auf Russland, s. Vauvineux (der französische Geschäftsträger in St. Petersburg) an Hanotaux 14.4.98 Nr. 36. D.D.F. Tome XIV. Nr. 155 und Radolins Telegramm Nr 95 an A.A. 20.4.98. PA. Intervention, Bd. 6. A. 4796; vgl. *Vagts* II, S. 1305–06.

64. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Neue Folge Hrsgbn v. G. Roloff (München 1899), S. 189.

konnte man andererseits wie Murawiew darin sehen, dass die Königin die Führung der durch die Krise entstandenen patriotischen Bewegung übernehmen würde – ohne Rücksicht auf die Gefahr eines möglicherweise verlorenen Krieges.⁶⁵ So war Deutschland nicht nur über das Schicksal Spaniens, sondern auch über das aller anderen europäischen Monarchien besorgt. Überraschenderweise wurde sehr wenig über den amerikanischen Gewinn an Einfluss in Lateinamerika sowie über die internationalen politischen Folgen eines potentiellen Krieges spekuliert. Der Kuba-Krise wurde nur eine regionale Bedeutung zugemessen, und für Deutschland bestand kein besonderes Interesse, sich darin einzumischen.

5.2. Vermittlungstätigkeit zur Beendung des Krieges

Nach der Schlacht in der Manila-Bucht nahm das Interesse der Grossmächte an dem Konflikt zu, denn das Krisengebiet befand sich in der Nähe des weltpolitischen Brennpunktes China. Die wichtigsten durch den Krieg hervorgerufenen Kooperationspläne der europäischen Mächte betrafen die Zukunft der Philippinen. (Die Philippinen-Frage wird in Kapitel 6.1. behandelt.)

Besonders Deutschland bemühte sich, seiner Kompensationspolitik folgend, von der eventuellen Teilung der Philippinen zu profitieren. Für die Verwirklichung der deutschen Bestrebungen war die positive Einstellung der USA Hauptvoraussetzung. Deshalb war Berlin nicht interessiert, sich um einen für Spanien günstigen Frieden zu bemühen, sondern es begnügte sich zunächst, die Massnahmen der anderen Mächte zu beobachten.

Schon seit Kriegsbeginn konnte man vermuten, dass es in erster Linie Frankreich sein werde, das sich wegen der wirtschaftlichen Verluste durch den Krieg anstrengte, den Frieden zu erhalten. Offiziell war Frankreich neutral, doch die Sympathien der Presse galten in hohem Masse Spanien.⁶⁶ Der spanische Gesandte in St. Petersburg war der erste, der eine Vermittlung durch Frankreich erwähnte, ehe die Regierung in Madrid feststellte, dass er ohne Instruktionen gehandelt hatte.⁶⁷ Hanotaux vertrat die Meinung, ein Beginn der Vermittlungstätigkeit in der ersten Maihälfte sei verfrüht.⁶⁸ Als die Gerüchte über die Aktivität Frankreichs nicht aufhören wollten, wollte Berlin wissen, welche Vorteile Frankreich von Spanien für seine Vermittlungstätigkeit eingeräumt würden.⁶⁹ Diese Gerüchte wurden sowohl von Madrid als auch von Paris aus dementiert. Der neue spanische Premierminister Sagasta wünschte die Unterstützung aller Grossmächte für die Friedensverhandlungen.⁷⁰ Die Franzosen versicherten ihrerseits, eine Vermittlung sei nur dann möglich, falls die beiden streitenden Seiten es wünschten.⁷¹

Nach der Schlacht in der Manila-Bucht passierte auf dem Kriegsschauplatz lange nichts mehr Entscheidendes, so dass für beide Seiten kein zwingender Grund bestand, sich um einen Waffen-

65. Bülow's Telegramm an den Kaiser 16.4.98. G.P. XV. 4141. Wilhelm II. schloss sich in seiner Randbemerkung der Meinung Murawiew's an.

66. Der deutsche Gesandte in Paris, Münster, an Hohenlohe 25.4.98. Nr. 109. A. 4987 und Nr. 110. A. 4988. PA. Spanien Nr. 71. Bd. 1.

67. Radolins Telegramm an A.A. 7.5.98. Ibid. Bd. 2. A. 5517.

68. Der französische Gesandte in St. Petersburg, Montebello, an Hanotaux 7.5.98. D.D.F. XIV. Nr. 180; Hanotaux an den französischen Gesandten in Madrid, Patenotre, 12.5.98. Ibid. Nr. 189.

69. Radowitz an Hohenlohe 14.5.98. Nr. 120. PA. Spanien Nr. 71. Bd. 3. A. 6017.

70. Radowitz' Telegramm an A.A. 25.5.98. Nr. 105. Ibid. Bd. 4. A. 6311.

71. Münsters Telegramm an A.A. 26.5.98. Nr. 104. Ibid. A. 6344.

stillstand zu bemühen. Hanotaux äusserte Anfang Juni seine inoffizielle Meinung über die Voraussetzungen für einen Waffenstillstand in einer für Spanien günstigen Weise. Seiner Meinung nach hatte Spanien Kuba zu räumen, wo dann freie Wahlen durchgeführt werden sollten. Die Vereinigten Staaten sollten für die sog. kubanischen Schulden, die die spanische Regierung durch Emission von Obligationen zu verantworten hatte, die Garantie übernehmen. In bezug auf die Philippinen durften die USA keine Forderungen stellen.⁷² Der Vorschlag von Hanotaux hatte keine Erfolgchancen, denn die Bedingungen der USA waren schon viel härter. Nach McKinley setzten die Friedensverhandlungen die Unabhängigkeit Kubas und einen Stützpunkt auf den Philippinen voraus. Ausserdem sollten die USA Puerto Rico und eine Insel der Ladrone (Marianen) als Stützpunkt erhalten.⁷³ Über diese von dem Gesandten Hay in London vorgebrachten Bedingungen informierten wiederum die englischen Gesandten die Kollegen in ihren Sitzen. Nach Holleben sei auch dies ein Ausdruck der englischen Bemühungen, die Beziehungen zu den USA zu verbessern. Es entspreche den deutschen Interessen, Frieden zu schliessen, bevor die Amerikaner noch grössere Erfolge erzielen würden. Indem die USA Puerto Rico für sich forderten, gefährdeten sie die Interessen aller an der Karibik interessierten Mächte, was ein Grund zur Kooperation sei. Der "kaiserliche Randbemerker" hielt jedoch eine Vermittlungstätigkeit für unmöglich, es sei denn, beide Seiten wollten es.⁷⁴ Der spanische Aussenminister Almodovar lehnte die durch die Engländer inoffiziell vermittelten Waffenstillstandsbedingungen ab. Bitter behauptete er, sein Land sei z.T. wegen der Einstellung Englands in den Krieg verwickelt worden und er sah das Verhalten der Engländer weiterhin nur als Ausdruck, deren Beziehungen zu den USA zu verbessern. Es sei daher schwer für Spanien, an England zu appellieren, um den Waffenstillstand herzustellen. Andererseits verlangten die Kriegereignisse nach Meinung Almodovars keine Opfer oben dargestellter Art von seiten Spaniens.⁷⁵

Die Madrider Regierung versuchte den Nachweis zu erbringen, dass die Interessen der europäischen Mächte unter dem Einfluss der Amerikaner leiden. Dem misslungenen Versuch, die fremden Mächte zur Intervention in der Philippinen-Frage (siehe S. 101–02) zu bewegen, folgten die Bemühungen Spaniens, diese dazu zu bringen, dass sie ihre Interessen gegen die amerikanische Gefahr verteidigten, die auf das Mittelmeergebiet gerichtet war. Almodovar behauptete nämlich, dass die Amerikaner planten, für ihre Operationen auf der Pyrenäenhalbinsel Tanger zu erobern. Der Aussenminister hoffte, dass die fremden Mächte gemeinsam einer solchen Verletzung der Marokkanischen Neutralität entgegenreten würden. Er hatte den Verdacht, England sei über den Plan informiert.⁷⁶ Salisbury fand jedoch eine solche Vermutung lächerlich. Tanger sei für England von solcher Bedeutung, dass seine Flotte sich unmittelbar in Bewegung setzen würde, falls ein Geschwader eines fremden Landes die Stadt zu erobern versuchte (die Randbemerkung des Kaisers: "Wenn England Tanger nimmt, muss es uns Kompensationen geben.").⁷⁷ Die Furcht vor einer Operation der USA im Mittelmeer wuchs, nachdem Holleben über den Beschluss, ein starkes Geschwader zur spanischen Küste zu schicken, berichtete. Als seine persön-

72. Porter an Day 7.6.98. NA/34/119/o.Nr.; Hanotaux' Notiz (note) 2.6.98. D.D.F. XIV. Nr. 208; Artikel im Blatt "La Patrie" 6.6.98. Ibid. Nr. 212.

73. Day an Hay 3.6.98. NA/77: Great Britain/91/S. 680–81.

74. Holleben an Hohenlohe 3.5.98. Nr. 92. A. 5924 PA. Spanien Nr. 71, Bd. 3; Hollebens Telegramm an A.A. 5.6. Nr. 53. Ibid. Bd. 5. A. 6743.

75. Radowitz an Hohenlohe 9.6.98. Nr. 152. Ibid. Bd. 5. A. 7001.

76. Radowitz' Telegramm an A.A. 8.7.98. Nr. 141. Ibid. Bd. 7. A. 8057

77. Hatzfeldt an A.A. 9.7.98. Nr. 178. Ibid. Bd. 7. A. 8082.

liche Meinung äusserte der Gesandte, es sei nun der geeignete Zeitpunkt für eine Intervention der Grossmächte gekommen, vorausgesetzt, die Beteiligten wären einstimmig. Gegen die Entsendung eines Geschwaders auf die europäischen Gewässer könnte man eine ablehnende Haltung einnehmen, indem man sich auf die Monroe-Doktrin beruft.⁷⁸

Bevor in Berlin der Vorschlag Hollebens eintraf, fand die Seeschlacht von Santiago statt, wobei das spanische Atlantik-Geschwader zerstört wurde. Danach war Spanien gezwungen, den Frieden anzustreben. Richthofen, Vertreter Bülow's, lehnte den spanischen Vorschlag über eine für Spanien vorteilhafte Vermittlung durch die europäischen Kontinentalmächte ab, weil dies bedeutet hätte, dass sich die USA immer mehr an England orientierten. Eine Vermittlung durch England allein hätte wiederum für die USA günstige Bedingungen bedeutet. Richthofen schlug Spanien vor, sowohl an die Kontinentalmächte als auch an England zu appellieren, was auch die Beteiligung Deutschlands bewirken würde.⁷⁹ Aussenminister Almodovar meldete dann auch zurück, seine Regierung appelliere an alle Grossmächte. Insbesondere war er von der Bereitschaft der neuen französischen Regierung überzeugt, Spanien bei der Herstellung günstiger Rahmenbedingungen zu helfen.⁸⁰ Trotz dem Versprechen Almodovars ersuchte der spanische Gesandte in Paris am 19. Juli nur Frankreich um offizielle Vermittlung. Das Ersuchen sollte über Cambon, den französischen Gesandten in Washington, der auch Geschäftsträger für Spanien war, gestellt werden. Der über die Angelegenheit informierte Gesandte hielt es für nützlich, den Vorschlag so rechtzeitig zu machen, dass die USA keine weiteren Kriegserfolge verbuchen könnten.⁸¹ Von den europäischen Staaten war gerade Frankreich über die Möglichkeit besorgt, dass ein amerikanisches Geschwader ins Mittelmeer einlaufen könne. Schon im Mai hatte man darüber sowie über die Abtretung der spanischen Mittelmeer-Besitzungen an die USA diskutiert.⁸² Münster, der deutsche Gesandte in Paris, berichtete in seinem Rapport vom 23. Juli, der also vier Tage nach dem durch Spanien an Frankreich weitergeleiteten Waffenstillstandsangebot datiert war, Aussenminister Delcassé habe auf einen baldigen Frieden gerade wegen der genannten Gefahr gehofft. Wie Holleben wollte auch Delcassé an die Amerikaner unter Hinweis auf den Inhalt der Monroe-Doktrin appellieren. Von seiten Spaniens seien jedoch keine Vermittlungsvorschläge gemacht worden.⁸³

Der spanische Vorschlag eines Waffenstillstandes stützte sich auf die Tatsache, dass der kubanische Aufstand Anlass des Krieges gewesen war. Nun war Spanien bereit, Kuba zu befreien, so dass es nicht mehr sinnvoll war, den Krieg fortzusetzen.⁸⁴ Oben (S. 72) ist dargestellt, unter welchen Bedingungen die USA zum Waffenstillstand bereit waren: 'Dass Spanien sich in der Waffenstillstandsfrage nur an Frankreich wendete, liess in England und Italien Bedenken entstehen, Frankreich wolle auf dem Mittelmeer seinen Gewinn daraus ziehen.'⁸⁵ In Berlin rief die Massnahme Spaniens keine Proteste hervor. Im Gegenteil; nun konnte man sich auf die Kompensations- und Weltpolitik konzentrieren, ohne die negativen Auswirkungen einer Vermittlungstätigkeit befürchten zu müssen.

78. Holleben an Hohenlohe 1.7.98. Nr. 139. Ibid. Bd. 7. A. 8221. Derselbe an denselben 10.7.98. Nr. 146. A. 8523. Ibid. Bd. 8.

79. Richthofens Telegramm an Radowitz 16.7.98. Ibid. Bd. 8.

80. Radowitz an Hohenlohe 17.7.98. Nr. 180. Ibid. A. 8481.

81. Delcassés Telegramm an Cambon 19.7.98. D.D.F. XIV. Nr. 260.

82. Cambon an Hanotaux 20.5.98. Ibid. Nr. 196.

83. Münster an Hohenlohe 23.7.98. Nr. 181. PA. Spanien Nr. 71. Bd. 8. A. 8617.

84. Delcassé an Cambon 25.7.98. D.D.F. XIV. Nr. 265; vgl Foreign Relations 1898, S. 819–20.

85. Radowitz an Hohenlohe 23.7.98. Nr. 184. PA. Spanien Nr. 71. Bd. 8. A. 8727; Wolff an Salisbury 29.7.98. No. 252. P.R.O.F.O. 72. General correspondence, Spain. Diplomatic telegrams Bd. 2064.

6. DEUTSCHLANDS KOMPENSATIONSPOLITIK IM PAZIFIK

6.1. Deutschlands Verhalten zur Philippinen-Frage

6.1.1. Vor dem Krieg

Die Zukunft der Philippinen interessierte Deutschland aus wirtschaftlichen und strategischen Gründen. Der Besitz der Inselgruppe, oder eines Teils davon, würde Vorteile mit sich bringen für die Organisation des Güterverkehrs, des Informationsflusses und die Intensivierung der Flottenversorgung zwischen den Besitzungen Deutsch-Neu-Guineas, des Kaiser-Wilhelm-Landes, des Bismarck-Archipels und einem Teil der Salomon-Inseln, den Marshall-Inseln und Chinas einerseits, in bezug auf die Seeverbindung über den westlichen Weg nach Ostasien nach dem Bau des Panamakanals andererseits. Zudem war die Auffassung der Deutschen über die Konkurrenz der Grossmächte und der Aufrechterhaltung ihres Gleichgewichts in Ostasien derart, dass keiner seiner härtesten Konkurrenten Teile spanischer Besitzungen ohne Kompensationen an Deutschland erhalten sollte.

Nachdem die Situation auf den Philippinen wegen des Aufstandes und dann wegen des Krieges chaotisch geworden war, hatte Deutschland auf den Inseln keine besonders grossen ökonomischen Interessen wahrzunehmen. In der Aussenhandelsstatistik der Philippinen lag Deutschland im Jahre 1896 erst an siebter Stelle.

TABELLE 2. Gesamthandel einiger Länder mit den Philippinen 1894–1896 (in tausend US-Dollar)

	1894	1895	1896
Spanien	8710	8887	11714
Grossbritannien	11234	9976	10054
USA	4851	5145	4878
Frankreich	1132	1473	1966
Kanada			1242
Japan	750	722	1050
Deutschland	790	970	970

Der Export machte etwa 3/4 des deutschen Handels aus, hauptsächlich Erzeugnisse der Eisen- und Stahlindustrie, sowie Textilien. Die wichtigsten Importprodukte waren Hanf (über 50 % des Einfuhrwerts) und Zigarren. Für die USA waren die Philippinen fast nur eine Rohstoffquelle, denn der Anteil der amerikanischen Einfuhr (in erster Linie Rübenzucker und Hanf) machte ca. 98 % des Gesamthandels aus.¹

1. *Frank H. Hitchcock*, Trade of the Philippine Islands. Bulletin No. 14. U.S. Department of Agriculture. Section of Foreign Markets (Washington 1898), s. 82–87; *Bernhard Zims*, Die Grossmächte und der Spanisch-Amerikanische Krieg (Diss. Münster 1929), S. 102.



Karte 5: Philippinen, Palawan und Sulu-Inseln.

Im Handelsvolumen blieb Deutschland also deutlich hinter seinen wichtigsten Rivalen zurück, doch wollte es seine Position stärken. Die an Kolonien interessierten Kreise waren sich der Naturreichtümer des Archipels bewusst. Die Kohlevorkommen auf der Insel Cebu galten als bedeutend, zumindest für die Küstenschifffahrt und Industrie. Für die Nutzbarmachung der Ölvorkommen war eine Gesellschaft gegründet worden.² Das von vier Personen im Jahre 1896 zur Ausbeutung der Goldvorkommen gegründete Syndikat fand einen Finanzier in der rheinischen und westfälischen Grossindustrie. Die Pläne des Syndikats erstreckten sich auch auf die Eisen- und Kupferproduktion. Das Eisenerz sollte in Kiautschou verarbeitet und in China abgesetzt werden.³

Das deutsche Aussenministerium musste zu der Philippinen-Frage schon im Jahre 1896 Stellung nehmen, als die Aufständischen den damaligen Kreuzergeschwaderkommandeur, Admiral Tirpitz, gegen die spanische Unterdrückung um Unterstützung baten. Der Appell erreichte nicht das Ziel, das die Aufständischen sich erhofft hatten.⁴ Ebenso wenig Erfolg hatten die von der philippinischen Exilkommission dem Kaiser sowie die von den Aufständischen dem Konsul Knappe in Hongkong Anfang 1897 vorgelegten ähnlichen Appelle, in denen zudem Deutschland gebeten wurde, sich mit anderen Mächten in Verbindung zu setzen.⁵ Deutschland hatte keinen Anlass, Spaniens Rechte anzutasten, solange seine eigenen Interessen nicht deutlich gefährdet waren; ausserdem wurde die Meinung vertreten, Spanien sei imstande, den Aufstand zu unterdrücken. Im Aussenministerium war man auf Grund der Berichte der Konsuln und der Vertreter der Flotte über den Verlauf des Aufstandes gut unterrichtet und über dessen eventuelle Gefahr für die spanische Krone oder die Interessen Deutschlands informiert. Nachdem zwei auf den Philippinen tätige Gesellschaften das Auswärtige Amt baten, ein Kriegsschiff zum Schutz der Deutschen zu entsenden, wurde beim Konsul in Manila, Spitz, angefragt, ob er eine solche Massnahme für nötig halte und ob er wolle, dass ein Beamter (Spitz war Geschäftsmann) das Konsulat übernehme. Spitz verneinte beide Anfragen. Als er jedoch schon im November "sehr besorgt" war, lief der Kreuzer "Arcona" von Hongkong nach den Philippinen aus. Ende Dezember wurde er durch die "Irene" unter dem Kommando von Tirpitz abgelöst.⁶ In seinem ausführlichen Bericht über die militärische Lage auf den Philippinen im Januar 1897 hielt Tirpitz Manila für nicht sehr gefährdet; ebensowenig sei eine fortdauernde Anwesenheit eines deutschen Kriegsschiffes nötig. Die spanische Vorherrschaft sollte dennoch in Frage gestellt werden — was schon in Kuba der Fall gewesen war —, weshalb es galt, genaue Informationen über die Verhältnisse auf den Philippinen einzuholen. Die Flotte war schon auf Veränderungen der Lage insofern gefasst, als die Operationspunkte in der Inselgruppe schon bestimmt waren. Die Bewegungen der deutschen Kriegsschiffe in den philippinischen Gewässern erweckte

2. Deutsches Kolonialblatt, Amtsblatt für die Schutzgebiete des Deutschen Reichs. Herausgegeben in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts. Berlin 1896, S. 717–718.

3. Herrmann, einer der Gründer des Syndikats, an Konsul Krüger 25.1.1899. ZStA, Auswärtiges Amt, Nr. 13059 Bl. 189–191.

4. Alfred von Tirpitz, Erinnerungen. Berlin 1919, S. 159.

5. Exilkommission an Wilhelm II. 29.1.97. PA. Spanische Besitzungen in Asien Nr. 1. Akten betr. allgemeine Angelegenheiten der Philippinen. Bd. 5. A. 3561; Knappe an Tirpitz 31.1.97. BA-MA. Nachlass 253: Alfred von Tirpitz. 45: Akten betr. Ostasien und Kiautschou.

6. Knappe an A.A. 7.10. und 21.11.96. ZStA. Auswärtiges Amt, Nr. 35971; Jaeschke an Marschall 29.12.96. ZStA. Auswärtiges Amt, Nr. 40157.

Misstrauen über eine Zusammenarbeit mit den Aufständischen bei den Spaniern, worüber neben Tirpitz auch der deutsche Gesandte in Tokio berichtete.⁷

Die deutschen Konsuln gaben ziemlich widersprüchliche Informationen über die militärische Lage während des Aufstandes. Konsul Spitz hielt Mitte März die Situation wieder für so ernst, dass er bat, ein Kriegsschiff zum Schutz der Deutschen zu entsenden, falls der Misserfolg der Spanier anhalten sollte. In den Häfen von Manila befanden sich schon zwei englische und ein japanisches Kriegsschiff. Spitz hatte die Situation offenbar falsch eingeschätzt, denn nach knapp zwei Wochen war der Aufstand – ihm zufolge – fast zu Ende.⁸ Auf Tirpitz' Befehl berichtete der Konsul auch der Flotte über die Lage auf den Philippinen. Im Verlauf des Sommers 1897 konnte er nur melden, dass der Aufstand heftig weitergehe, doch bat er nicht mehr um Kriegsschiffe zur Sicherung deutscher Interessen.⁹ Die Unruhen ebten im Dezember 1897 fast ganz ab, als die Aufständischen und die Spanier einen Vertrag abschlossen; die Lage auf den Philippinen wurde für die Grossmächte erst interessant, als sich die Beziehungen zwischen den USA und Spanien anspannten. Als der Leiter der politischen Abteilung von The Times die kritische Situation Spaniens behandelte, schrieb er, er habe dem Aufstand der Philippinen nur wenig Aufmerksamkeit gewidmet, weil dieser Konflikt nur von lokaler Bedeutung sei.¹⁰

Der Bericht des deutschen Konsuls in Hongkong Anfang März 1898 bewirkte, dass das fort-dauernde Interesse der Wilhelmstrasse sich auf die Philippinen richtete. Nach dem Rapport hatten vier amerikanische Kriegsschiffe, von denen zwei in Hongkong waren, den Befehl erhalten, sich auf einen Angriff auf Manila vorzubereiten. Als eine Informationsquelle gab der Konsul die amerikanischen Konsuln an. Bülow leitete die Meldung an den Kaiser weiter, der in seiner Randbemerkung Radowitz, den deutschen Botschafter in Spanien, oder den dortigen Militärattaché beauftragte, die Meldung als eine persönliche Warnung des Kaisers der spanischen Königin mündlich vorzutragen. Der letzte Satz der Randbemerkung lautete typisch temperamentvoll: "Diese Hallunken von Yankees wollen den Krieg!"¹¹ Radowitz folgte dem Befehl, und die Königin liess dem Kaiser "ihren wärmsten Dank" zukommen. Ermutigt durch die impulsive Sympathie Wilhelms II. trug die Königin ihrerseits ihre "ganz persönliche Bitte" vor, ein oder mehrere deutsche Kriegsschiffe zu den Philippinen zu entsenden.¹² Am spanischen Hof kalkulierte man offenbar, dass das von den Grossmächten so offen gezeigte Interesse seinerseits die USA von kriegerischen Aktionen abhalten würde.

Die Nachricht über den Einsatzbefehl amerikanischer Schiffe war in relativ hohem Masse abgesichert, weil Holleben, nach seinen eigenen Worten, darüber in einer Londoner Zeitung gelesen habe. Der Gesandte glaubte jedoch nicht an die kriegerischen Absichten des Weissen Hauses, auch wenn die Vorbereitungen liefen. Im US-Aussenministerium wurde ihm versichert, verschiedene Pläne in bezug auf die Philippinen entsprächen nicht der Regierungspolitik. Auch alle anderen offiziellen Verlautbarungen waren völlig friedlich, worauf man sich, nach Holleben,

7. Tirpitz an den kommandierenden Admiral 18.1.97. Nr. 19. PA. Span. Bes. in Asien Nr. 1. Bd. 4; Leyden an Hohenlohe 23.3.97. A 50. Ibid. Bd. 5. A 5614.

8. Spitz an Hohenlohe 17.3.97. Nr. 22. Ibid., A 5080; Spitz an Hohenlohe 29.3.97. Nr. 27. Ibid. A 5615.

9. Spitz an Zey (Kommandeur des Kreuzergeschwaders) 28.4.97. Ibid., A 9922.

10. Radowitz an Hohenlohe 29.10.97. Nr. 203. The Times vom 26.10.97 als Anlage. PA. Spanische Besitzungen in Amerika. Nr. 2. Akten betreffend: Intervention der Europäischen Mächte zu Gunsten der Erhaltung Kubas für die Spanische Monarchie. A 12834. Bd. 1.

11. Langers Telegramm Nr. 3 an A.A. 2.3.98. PA. Spanische Besitzungen in Asien Nr. 1, Bd. 6. A 2564.

12. Radowitz an A.A. 4.3.98. Telegramm Nr. 18. Ibid., A 2676.

nicht ganz verlassen könne. Ein Angriff nur mit vier Kriegsschiffen sei vom Standpunkt der Amerikaner "abenteuerlich" und recht "bedenklich". Andererseits konnte der Plan auch gut sein, falls die USA sich einen wichtigen Stützpunkt in Ostasien sichern wollten und Spanien Gebiete an sie abtreten musste. Letztere Meinung kommentierte Wilhelm II. mit einer energischen Randbemerkung: "Das dürfen die Yankees nicht, denn Manila müssen wir einmal haben!"¹³

Obwohl solchen Randbemerkungen des Kaisers keine orakelhafte Bedeutung zugemessen werden kann, war es eine Tatsache, dass man im Auswärtigen Amt unter der Leitung des Kaisers anfangs, die Möglichkeiten zu untersuchen, wie die ganze Inselgruppe oder Teile davon zu erwerben seien. In seinem Memorandum an das Auswärtige Amt zeigte der frühere langjährige deutsche Gesandte in Peking und Kenner der ostasiatischen Politik, Max von Brandt, die Unmöglichkeit des Gedankens auf, die ganze Inselgruppe an Deutschland abzutreten. Nach Brandt könnte der Erwerb der Philippinen durch eine andere Macht als Spanien zu einem Konflikt mit Japan führen. Auch die USA wären gegen eine solche Lösung, und Deutschland würde keine Verbündeten gegen die Amerikaner finden. Auch von englischer Seite war eine feindselige Reaktion zu erwarten. Somit würden alle drei Mächte gegen Deutschland handeln. Neben diesen Reaktionen der Grossmächte hielt Brandt einen Erwerb der ganzen Inselgruppe wegen der andauernden Unruhen für ungünstig. Mit den die Unabhängigkeit anstrebenden Eingeborenen käme es zu nur schwer zu lösenden Schwierigkeiten. Ebenso wenig war nach Brandt die Errichtung von Stützpunkten zu empfehlen, weil, um diese zu halten, dies die ununterbrochene Präsenz starker Marineeinheiten wegen konkurrierender Flotten voraussetzen würde.¹⁴

Das Auswärtige Amt wurde auch über Meinungen unterrichtet, die die Errichtung von Stützpunkten befürworteten. Der Kommandeur des deutschen Asien-Geschwaders, Prinz Heinrich, telegrafierte von Hongkong aus, ein deutscher Geschäftsmann habe "in glaubwürdigster Weise" versichert, dass der Aufstand berechtigt sei und die Filipinos sich die Protektion einer anderen europäischen Macht, besonders die Deutschlands wünschten. In dieser Form ist das Telegramm auch in der Reihe 'Die Grosse Politik' abgedruckt worden,¹⁵ doch nicht seine Fortsetzung, in der Heinrich die Vermutung äusserte, dass dann der Höhepunkt der Krise zu erwarten sei, wenn die amerikanischen Kriegsschiffe vor Manila auftauchen.¹⁶ Vielleicht wäre es nach der Meinung des Prinzen von Preussen besser gewesen, Deutschlands Intervention vor dem Angriff der Amerikaner zu verwirklichen, doch der Kaiser vertrat die Ansicht, dass Deutschland auch leichter auf den Philippinen Fuss fassen könnte. Nach Bülow hatte Tirpitz im April 1898 dem Kaiser versichert, dass Deutschland Manila, das von gewaltigem Nutzen sein werde, erhalten müsse. Der Kaiser war jedoch überzeugt, dass die Amerikaner in Manila eine Niederlage hinnehmen müssen, aber Spanien den Aufstand nicht unterdrücken könne, sondern als Folge davon Manila verlieren würden. Dann "würde uns Manila als reife Frucht in den Schoss fallen".¹⁷ Der Kaiser wollte also eine ähnliche "Erntetechnik" anwenden wie die Amerikaner auf Kuba. Sogar die deutsche Presse konnte das neue Aufflammen des Aufstandes

13. Holleben an A.A. 4.3.98. Telegramm Nr. 9. Ibid., A 2639; Holleben an Hohenlohe 5.3.98. (eingeg. 18.3.). A 42, Ibid., A 3318.

14. Brandt an A.A., eingeg. 7.4.98. Ibid., A 4248.

15. Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. Band XV. Berlin 1924, S. 34, Fussnote.

16. Prinz Heinrich an Bülow 11.4.98. PA. Span. Bes. in Asien Nr. 1. Bd. 6. A 4430.

17. *Bernhard von Bülow*, Denkwürdigkeiten I. Hrsg. Franz von Stockhammern (Berlin 1930), S. 221.

mit den amerikanischen Kriegsplänen in Verbindung bringen. So prophezeite die 'Vossische Zeitung' schon Ende März, dass die Philippinen der erste Kriegsschauplatz sein werden. Das Blatt war überzeugt, dass Spanien Kuba und die Philippinen verlieren würde, falls ein Krieg ausbrechen sollte.¹⁸

6.1.2. Die die Teilung und/oder Neutralität der Philippinen betreffenden Pläne

Die totale Niederlage Spaniens in der Manila-Bucht bedeutete einen Wandel auch in den Plänen der Deutschen, bzw. des Kaisers. Sowohl in den von der deutschen Presse in den auf die Schlacht folgenden Tagen, vorgebrachten Vermutungen, als auch in den Aktivitäten der aussenpolitischen Führung kam die Unsicherheit über die Zukunft der Philippinen zum Ausdruck. Man glaubte nicht, dass die USA die Inselgruppe einnehmen würden, sondern dass sie ihren Erfolg ausnutzen würden, indem sie schwere Friedensbedingungen an Spanien stellten oder indem sie mit der Inselgruppe Tauschhandel mit den Grossmächten, vor allem mit England, betreiben würden.¹⁹ Man war es nicht gewohnt, die USA als einen Konkurrenten im Fernen Osten zu betrachten, und man war am Anfang nicht imstande, einen solchen Möglichkeit einzukalkulieren.

Es bestanden im Auswärtigen Amt Befürchtungen, dass besonders England auf den Philippinen Fuss fasst. Insbesondere die Spanier verbreiteten sehr gern Gerüchte dieser Art, um die anderen europäischen Mächte zum Bündnis gegen das proamerikanische England zu bewegen. Z.B. der Kolonialminister Moret äusserte die Vermutung, dass England Besitzungen auf den Philippinen erwerben würde, woraufhin die USA Kompensation von den Kanarischen Inseln erhielten.²⁰ Es war auch im Einklang mit den Interessen Russlands, die Massnahmen Englands, seines schlimmsten Konkurrenten in Ostasien, in Frage zu stellen. So vermutete der Aussenminister Murawiew, dass die USA von Manila Geld wollten. Da Spanien nicht zahlungsfähig war, würde England die Stadt aufkaufen.²¹ Nach Gerüchten aus Washington glaubte man dort innerhalb des diplomatischen Corps, dass England und die USA über die Inselgruppe verhandeln. Bülow forderte Hatzfeldt auf, in London die Richtigkeit solcher Informationen zu untersuchen. Falls die Inseln des Pazifiks aufgeteilt würden, solle keine Unklarheit darüber bestehen, dass Deutschland nicht die Absicht habe, bei der Verteilung leer auszugehen.²² Hatzfeldt glaubte nicht daran, dass England mit den Vereinigten Staaten eine solche Zusammenarbeit vereinbart hätte, für die England als Belohnung Kompensationen von den Philippinen erhielte. Salisbury hatte auch sonst genug Schwierigkeiten mit den Kolonien. Es wäre etwas anderes, wenn England Besitzungen ohne schwierige Gegendienstleistungen erhielte. Salisbury könnte sehr wohl bereit sein, die Philippinen einzunehmen, um so einen positiven aussenpolitischen Beweis als Gegengewicht für seine in Ungnade gefallene, nachgiebige China-Politik zu erbringen. Der Gesandte stellte die Bitte, Salisbury ein solches Bild geben zu dürfen, dass er aus eigener Initiative, ohne offizielle Ermächtigung, die Frage diskutiert. Ausserdem hielt er es für einen Vorzug, schon Kompensa-

18. Vossische Zeitung 23.4.1898, Nr. 140.

19. Siehe z.B. Vossische Zeitung 4.5.1898, Nr. 206; Kölnische Zeitung 5.5.1898, Nr. 434.

20. Radowitz an AA 3.5.1898. PA. Akten betreffend den Krieg zwischen Spanien und den Ver.St. von Nordamerika im Jahre 1898. Spanien Nr. 71, Bd. 2, A 5369.

21. Radolini an AA 6.5.1898, Telegramm Nr. 106, Ibid., A 5493.

22. Bülow an Hatzfeldt 8.5.98. Nr. 140. PA. Span. Bes. in Asien Nr. 1. Bd. 6.

tionen besprechen zu dürfen, die Deutschland bekommen sollte, falls die Philippinen von England erworben würden. Nach Ansicht des Gesandten sei es nun der richtige Augenblick, 'wenigstens auf Samoa Ansprüche zu erheben.'²³ In seiner Antwort hielt Bülow diesen Anspruch für zu bescheiden, falls England in der Tat beabsichtigte, "die Hand auf den Philippinen-Archipel zu legen". Mit Rücksicht auf den bedeutenden deutschen Handel habe Deutschland wenigstens eine der wichtigsten Inseln der Philippinen für sich zu fordern (Randbemerkung des Kaisers: "Ja!"). Dennoch behauptete Salisbury, dass in den Regierungskreisen nicht über solche Ansprüche auf den Archipel verhandelt worden sei, was wiederum Wilhelm II. in seiner Randbemerkung überhaupt nicht für wahr hielt. Der englische Premierminister meinte, er wisse nicht, wie die Regierung reagieren würde, wenn die USA ihr die Philippinen anbieten würden, weil darüber nicht diskutiert worden sei.²⁴

Als Bülow Wilhelm II. den Gang der Verhandlungen darlegte, kam er zu dem Schluss, den Vorschlag zur Entsendung auch der restlichen Schiffe des deutschen Asien-Geschwaders von der chinesischen Küste zu den Philippinen zum Schutz der Handelsinteressen zu unterbreiten, wozu der Kaiser ohne Vorbehalt beistimmte.²⁵ Die Entsendung der ersten beiden Schiffe, der "Irene" und der "Cormoran", hatte der Kaiser schon Ende April verfügt.²⁶

In seinen "Denkwürdigkeiten" beschuldigt Bülow den Kaiser allein des Geschwadermanövers, das sich später in bezug auf die amerikanisch-deutschen Beziehungen als ein misslungener Versuch erwies. Laut ihm wollte der Kaiser das Geschwader in die Nähe der Kriegsbühne haben, damit es nützliche Erfahrungen sammeln könnte.²⁷ Diese Stelle der "Denkwürdigkeiten" kann erstens deswegen kritisiert werden, weil sie nicht die wirklichen Ziele Deutschlands offenbart, und zweitens, weil sie ein falsches Bild von der Rolle Bülows selbst im Vorgang vermittelt. Auch Tirpitz gibt zweifelhafte Informationen in seinen Erinnerungen, wenn er behauptet, dass die Wahrnehmung der deutschen Machinteressen auf den Philippinen nicht ernsthaft in Erwägung gezogen worden wäre.²⁸ Auch Vagts dürfte einen Fehlschluss ziehen, wenn er behauptet, das Geschwader sei abkommandiert worden, weil Bülow den flottenpolitischen Forderungen Wilhelms II. nachgegeben hätte.²⁹ Ein einseitiges Bild von dem Vorgang, der zur Entsendung des Geschwaders führte, wird auch von den Herausgebern der Reihe "Die Grosse Politik" gegeben, wenn sie schreiben, dass man nur bestrebt war, die wirtschaftlichen Interessen derjenigen Deutschen, die durch den Aufstand gefährdet waren, zu sichern.³⁰ Es handelte sich um die Verwirklichung der "Weltpolitik", für die auch Holstein in diesem Falle eintrat. In bezug auf die Philippinen-Frage schien es zu der Zeit möglich, den dem Monarchen günstigen Nationalismus zu

23. Hatzfeldt an AA 9.5.1898, Telegramm Nr. 114. PA. Span. Bes. in Asien, Nr. 1. Band 6. A 5623.
24. Bülow an Wilhelm II. 12.5.1898. Ibid. Bd. 7. In der Korrespondenz zwischen Pauncefote und Foreign Office werden solche Verhandlungen nicht erwähnt. In seinem Brief an Lascelles, den englischen Gesandten in Berlin, meinte Salisbury, er glaube nicht daran, dass die USA die Absicht haben, die Philippinen England anzubieten, wozu — nach ihm — die Amerikaner auch kein Recht gehabt hätten. Salisbury an Lascelles 11.5.1898. P.R.O. Foreign Office. 244. Despatches from For. Off. Embassy and consular archive. Germany, correspondence, Secr. Nr. 109 a.
25. Bülow an Wilhelm II. 12.5.1898. PA. Span. Bes. in Asien Nr. 1., Bd. 7.
26. Jaischke (vom Büro des kommandierenden Admirals) an Bülow 20.8.1898. PA. Spanien Nr. 71. Bd. 10, A 9692.
27. *Bülow I*, S. 221.
28. *Tirpitz*, S. 159.
29. *Vagts II*, S. 1327.
30. *Die Grosse Politik*, XV, S. 33, Fussnote.

erwecken, oder m.a.W. die Aussenpolitik zur Unterstützung der Innenpolitik im sozialimperialistischen Sinne zu benutzen.³¹

Die Grundlage aller weiteren Massnahmen Deutschlands bildete die Überzeugung, dass Spanien die Philippinen verlieren würde, entweder dadurch, dass die USA die Inselgruppe erobern oder die Aufständischen die spanische Macht überwinden würden. Für letztere Annahme sprach die Meldung Krügers (des deutschen Konsuls in Manila), nach der die spanische Herrschaft infolge des Aufstandes untragbar geworden sei. Die Aufständischen wollten Unabhängigkeit. Sie waren nicht bereit, die spanische Herrschaft gegen eine andere einzutauschen, aber sie wollten vielleicht die deutsche Protektion, indem sie einen deutschen Prinzen zum König wählen wollten. Der Bericht Krügers veranlasste Bülow, die Hauptzüge der zukünftigen deutschen Philippinen-Politik zu entwerfen. Dieser wies auf die Selbständigkeitsbestrebungen der Tagalen hin und prophezeite grosse Schwierigkeiten für England oder die USA, falls sie den Archipel in Besitz nehmen würden. Bülow erwähnte diese Alternative nur kurz und stellte dann fest, die Herrschaft über die Philippinen hänge letzten Endes von der Vorherrschaft auf den Weltmeeren ab. Der Aussenminister wusste, dass sein Kaiser ihm mit Sicherheit zustimmen würde, zumal er noch hinzufügte: "Auch hier bewahrheitet sich Euerer Majestät Wort, dass Seemacht Reichsmacht ist."³² Dass Bülow die Mahansche Auffassung teilte, zeigt die aktive Beteiligung Bülows an den die Philippinen betreffenden Plänen, obgleich es um die z.T. typische "Behandlung" des Kaisers ging.

Nach dem Plan des Aussenministers wäre Deutschland nicht in der Lage, die Philippinen allein zu erwerben, auch wenn es von allen Eingeborenen unterstützt würde. Die anderen Grossmächte würden es nicht zulassen. Diese seine Auffassung erläuterte Bülow im Sinne des oben angeführten Zitats: "Auch hier zeigt sich wieder, wie sehr die wahren deutschen Nationalinteressen dadurch geschädigt worden sind, dass Unverstand und Trägheit solange die Verwirklichung für die Verstärkung der deutschen Seemacht verhindert haben."³³

Admiral Diederichs sollte jedoch auf die Philippinen entsandt werden, um die Situation der Spanier sowie die Gesinnung von Eingeborenen und Fremden zu analysieren. Das Geschwader sollte auch die deutschen Interessen schützen. Man vermutete, dass Deutschland mehr bekomme, wenn es auch anderen etwas anbiete, als wenn es alles selbst beanspruche. Es würde der Seemacht-Taktik entsprechen, wenn Deutschland sich mit England und den USA, die nach Bülows Verdacht zusammenarbeiteten, oder allein mit England verbündete. Der Minister liess die früheren Verbündeten Deutschlands im Fernen Osten, Frankreich und Russland, ausser acht, weil ihre Seemacht schwächer war.

Durch die Zusammenarbeit der Grossmächte sollte der Archipel neutralisiert, bzw. die Garantie der Unabhängigkeit des Archipels unter dem Schutz der Seemächte angestrebt werden. Die Lösung war insofern interessant, als dadurch die Grossmächte die "stille Hoffnung" hegen konnten, nach und nach ihren Einfluss auf den Archipel zu stärken. Das war besonders für Deutschland günstig, weil sein Einfluss auf den Weltmeeren kräftig zunahm.

Mit Verhandlungen sollte erst angefangen werden, nachdem der Krieg schon entschieden sei,

31. *Peter Wirzen*, Die Englandpolitik Friedrich von Holsteins 1895–1901 (Köln 1975), S. 187–88.

32. Bülow an Wilhelm II. 14.5.1898. G.P.XV, Nr. 4145.

33. *Ibid.*, S. 37.

z.B. nach der Niederlage der spanischen Atlantik-Flotte.³⁴ Hatzfeldt sollte sich informieren lassen, ob England für den Neutralisierungsplan sei, oder ob es den Standpunkt vertrete, dass keine Grossmacht Besitzungen auf den Philippinen bekäme. In seinen Anleitungen erklärte Bülow, die Neutralisierung bilde einen Übergang zur Teilung des Archipels.³⁵ Wie Lepsius und andere darstellen, legte der Gesandte den Plan nicht vor – offensichtlich auf Grund einer früheren Begegnung mit Salisbury.³⁶ Auch in den Akten des Foreign Office wird der Plan nicht erwähnt.

Der Krieg schritt nach der Schlacht in der Manila-Bucht vielleicht langsamer voran als erwartet. Besonders auf der Kriegsbühne der Philippinen geschah nichts Entscheidendes, was dazu beitrug, dass die Grossmächte nicht über die Zukunft des Archipels untereinander verhandelten.

Das Auswärtige Amt erhielt in erster Linie Informationen über die spanischen Lösungsmodelle. Während einer Diskussion mit Radowitz schlug der spanische politische Schriftsteller und Kenner der Kolonien Reparaz eine Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Deutschland und Russland sowie einen kollektiven Besitz der Philippinen vor. Reparaz deutete noch an, dass der spanische Gesandte in Paris sehr freundschaftlich Frankreich gegenüber gesinnt sei und gern bei einem französischen Erwerb des Archipels mitwirke.³⁷ In seinem Bericht an den Kaiser erklärte Bülow, dass diese Andeutung den vom Gesandten Münster aus Paris übermittelten Informationen widerspreche, nach denen Aussenminister Hanotaux die Gerüchte über die die Philippinen betreffenden Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien entschieden dementierte. England verfügte über eine übermächtige Flotte – auch im Vergleich mit der gemeinsamen Macht vieler europäischer Mächte. Nach Meinung Bülows hinderte ausschliesslich diese Tatsache Frankreich, allein die Philippinen, oder Teile davon, in seinen Besitz zu bringen. Russland wiederum liess die Kooperation seiner Verbündeten mit seinen schlimmsten Konkurrenten nicht zu.³⁸ Der italienische Aussenminister Lanza erzählte dem dortigen deutschen Gesandten, der spanische Gesandte habe den Wunsch seiner Regierung vorgebracht, dass alle Grossmächte die Philippinen teilten, damit sie nicht den Aufständischen oder den Vereinigten Staaten in die Hände fielen. Lanza glaubte nicht daran, dass ein solcher Plan verwirklicht werden könnte.³⁹

Auch der Generalgouverneur der Philippinen war bestrebt, die Unterstützung der Grossmächte für sein Land zu erhalten. Seiner Meinung nach würden die Tagalen Spaniens Vorschläge zu einer Reform akzeptieren, wenn deren Verwirklichung durch einige Grossmächte garantiert wäre. Bülow hielt in erster Linie England, Frankreich und Deutschland für diese Aufgabe geeignet. Über die Standpunkte Londons und Paris' sollte man sich informieren lassen, wenn Spanien offiziell einen diesbezüglichen Vorschlag machen würde.⁴⁰ Der spanische Appell an die Grossmächte wegen einer Intervention war jedoch anders begründet. Er enthielt nur

34. Ibid. Zur Entsendung Diederichs' auf die Philippinen siehe Tirpitz an Knorr 28.5.98. BA - MA, RMA 4332. Als Anlage Bülow an Tirpitz 18.5.98. BA - MA. F. 5085/II. Am. 11a. Admiralstab der Marine. Friedensakten betr. Kriegsführung zwischen Amerika und Spanien. Bd. 1; Telegramm von Berlin nach Nagasaki 3.6.98. BA - MA. F 7537/I.15. Kommando des Kreuzergeschwaders. Philippinen, Bd. 2a.

35. Bülow an Hatzfeldt 18.5.1898. G.P. XV. Nr. 4146.

36. G.P.XV, S. 39–40, Fussnote.

37. Radowitz an Hohenlohe 28.5.1898. Nr. 134. PA. Span. Bes. in Asien Nr. 1 Bd. 8, A 6549.

38. Bülow an Wilhelm II. 2.6.1898. Ibid., ohne Nummer.

39. Otto Bülow an AA 16.6.1898. Telegramm ohne Nummer. Ibid., A 7127.

40. Bülow an Wilhelm II. 18.6.1898. Ibid., A 7166.

einen Hinweis auf die den Staatsbürgern dieser Länder durch Bombenangriffe der Amerikaner zugefügten Leiden und darauf, dass Spanien nicht bereit war, Manila dem Feind auszuliefern. Der Vorschlag wurde England schon am 11. Juni und etwa zu derselben Zeit wohl auch Frankreich, Russland, Italien und Österreich unterbreitet, weil der englische Gesandte in Madrid, Wolff, vom englischen Aussenministerium die Information erhielt, diese Länder hätten Spanien eine ablehnende Antwort gegeben, indem sie sich auf ihre Neutralität berufen hätten. Die Haltung Deutschlands war in London nicht bekannt, doch glaubte man nicht daran, die Deutschen würden Massnahmen gegen die USA ergreifen.⁴¹ Kennzeichnend für die verzweifelte Lage Spaniens war, dass der spanische Gesandte – bei der Übermittlung des Appells an Deutschland etwa eine Woche später – die Vermutung äusserte, dass Frankreich und Russland zu der Besetzung von Manila bereit gewesen seien. Der spanische Aussenminister Almodovar legte die Sache Radowitz in gleicher Weise vor und sagte, dass auch Berlin sich positiv zum Vorschlag verhalte. Als Bülow seine Gesandten die Angelegenheit überprüfen liess, versicherten sowohl der russische als auch der französische Aussenminister, sie hätten den Vorschlag Spaniens als "unpraktisch" und mit dem Hinweis auf ihre Neutralität abgelehnt.⁴² Ausserdem teilte Hatzfeldt mit, dass kein Vorschlag über Massnahmen zur Garantie der Verwirklichung der Reformen aus Madrid in London eingegangen sei. Eine ähnliche Information erhielt Berlin von Münster in Paris. Hanotaux betrachtete einerseits solche Massnahmen europäischer Mächte als untragbar für neutrale Länder und andererseits herrschte Unsicherheit darüber, welche Reformen "in diesem wilden Land" helfen würden.⁴³

6.1.3. Deutschlands direkte Verhandlungen mit den USA

Da für eine Zusammenarbeit zwischen den Grossmächten offenbar die Voraussetzungen fehlten, entschloss sich das Auswärtige Amt, über die Philippinen mit den USA direkt zu verhandeln. Die Ausgangsposition der Deutschen bei den Verhandlungen wurde verschlechtert durch den in der amerikanischen Presse und Marine geäusserten Unmut über das im Juni vergrösserte, nun fünf Schiffe umfassende deutsche Geschwader. Die Präsenz eines starken Geschwaders bedeute, dass Deutschland versuche, einen Stützpunkt auf den Philippinen zu errichten. Holleben wurde auf die Artikel in der amerikanischen Presse aufmerksam und fügte seinen Berichten Beispiele davon bei. Kennzeichnend für die Artikel, besonders der Londoner Korrespondenten dieser Zeitungen, war ihre Deutschefeindlichkeit. Dies unterstützte seinerseits Beschuldigungen der Deutschen, England versuchte ihr Verhältnis zu den USA zu missdeuten.⁴⁴

Die deutsche Presse war nach Whites Berichten im grossen und ganzen offenbar zufrieden mit der Anwesenheit eines starken deutschen Geschwaders in der Manila-Bucht. Das Kaiserreich brauche mehr Stützpunkte im Osten, sowohl wegen seiner Handels- als auch seiner militärischen Interessen. Deswegen sei es begrüssenswert, dass das Geschwader auf den Gewässern der Philippinen von einem erfahrenen und erprobten Kommandeur wie dem Admiral Diederichs,

41. Foreign Office an Wolff, Telegramm Nr. 72. (undatiert) und 16.6.1898 Telegramm Nr. 77. P.R.O. For. Off. 72. General correspondence. Spain. Dipl. telegrams to Wolff and Barclay. Bd. 2067.

42. Bülow an Wilhelm II. 21.6.1898. G.P.XV, Nr. 4149.

43. Bülow an Wilhelm II. 23.6.1898. PA. Span. Bes. in Asien Nr. 1. Bd. 8, o. Nr.

44. Holleben an Hohenlohe 17.6.1898. A 126. PA. Beziehungen der Ver. St. von Nordamerika zu Deutschland. Ver. St. Nr. 16. Bd. 2; G.P.XV. Nr. 4148.

dem der deutsche Erwerb von Kiautschou zu einem grossen Teil zu verdanken war, befehligt wurde. White habe keinen direkten Vorschlag über die Einmischung der USA in den Krieg bemerkt, doch wurden statt dessen aus Gründen der Humanität, der Zivilisation und des Handels des eigenen Landes die Pflichten Deutschlands hervorgehoben. Deshalb solle das Reich seinen Einfluss auf den Inseln sichern, falls sie in den "Zustand der Anarchie" nach dem Ende der spanischen Verwaltung geraten. White warnte seine Regierung vor der Gefahr einer deutschen Expansion. Obwohl Deutschland genau auf seine Neutralität geachtet hatte, galt es, die von ihm erworbenen Besitzungen in China und Afrika nicht zu vergessen. Zudem hatte das Kaiserreich angefangen, eine grosse Flotte zu bauen, und der Aussenminister des Landes hatte in der Öffentlichkeit erklärt, Deutschland wolle an dem Wettbewerb um den Welthandel teilnehmen. White betonte weiter, die nächsten Berater des Kaisers seien junge und energische Männer, die bei der Konkurrenz um die Kolonien nur Erfolge zu verbuchen hatten. Der Gesandte hielt es für einen grossen Irrtum, den Kaiser selbst nur als einen "fitful and versatile man" zu bezeichnen. Der Kaiser sei unter anderem eine sehr ideenreiche Person mit einem starken Willen, der zu all dem die Leidenschaft der Hohenzollern zur Ausweitung Preussens und der deutschen Macht geerbt habe. Wegen dieses Expansionsdrangs riet White der Regierung zum starken Ausbau der Flotte. Blosser Drohungen in der amerikanischen Presse hatten seiner Meinung nach keinen Einfluss auf die Deutschen, weil sie es gewohnt waren, solches von den Grossmächten zu hören. Der Neubau ausreichender Seestreitkräfte sei die Voraussetzung einer fruchtbaren Diskussion der zukünftigen Probleme, die mit dem Fernen Osten zusammenhingen.⁴⁵

Die Regierung der USA hatte also Grund genug, den Verhandlungsangeboten der Deutschen mit Vorbehalt zu begegnen. In der Wilhelmstrasse begann man, eine konsequente Kompensationspolitik im Sinne der von Bülow Anfang Juli an Holleben nach Washington übermittelten Instruktionen zu führen:

'Seine Majestät der Kaiser erachtet es für eine Hauptaufgabe der deutschen Politik, keine infolge des spanisch-amerikanischen Konflikts sich etwa bietende Gelegenheit zur Erwerbung maritimer Stützpunkte in Ostasien unbenutzt zu lassen.

Bülow beauftragte den Gesandten, sich darüber zu informieren, welche Staaten einen Erwerb der spanischen Gebiete durch die USA befürworteten, wer ihn ablehnte, und wie der Einfluss beider Gruppen war. Holleben solle auch untersuchen, ob grössere, verwaltungsmässig einheitliche Gebiete angestrebt wurden, oder ob sich die Vereinigten Staaten damit begnügten, nur Kohlestationen zu errichten. Weiterhin solle die Unterstützung der England gegenüber freundlichen Politik einerseits, die der deutschfreundlichen andererseits geklärt werden. Das letztere setzte ausdrücklich voraus, dass man bei der Teilung von Kohlestationen, Meeresstützpunkten u.dgl. Rücksicht aufeinander nahm. Um eine deutschfreundliche Einstellung bei den Amerikanern zu erreichen, musste Holleben zeigen, wie die französische und russische Presse gegen einen neuen Konkurrenten in Ostasien eingestellt war. Nicht einmal England wäre bereit, den Vereinigten Staaten bei dem Erwerb neuer Besitzungen zu helfen, wenn es Gefahr liefe, in einen Konflikt mit den oben erwähnten Mächten zu geraten.⁴⁶ In den einige Tage später gegebenen zusätzlichen Instruktionen wurde die Vermeidung von Schwierigkeiten mit den USA betont.

45. White an Day 18.6.1898. NA/44/85/460.

46. Bülow an Holleben 1.7.1898. G.P.XV. Nr. 4151.

Deshalb musste geklärt werden, wie gross die Unterstützung der Expansionisten war und worauf sie achteten, damit man in der Lage wäre, diese öffentlich nicht zu fordern.⁴⁷ Diese recht ausführlichen Instruktionen stammten ursprünglich von Holstein, der Holleben Mangel an Initiative anlastete und ihm seine schlechten Beziehungen zu einflussreichen amerikanischen Kreisen vorwarf.⁴⁸

Die Einstellung zu den Aufständischen während des Krieges zeugte für ihren Teil von der vorsichtigen Vorgehensweise Deutschlands. Nach einer Besprechung mit Aguinaldo und seinen nächsten Mitarbeitern in Manila schien Konsul Rieloff an den Erfolg und die Befreiung der Aufständischen von den Spaniern und Amerikanern zu glauben. Nach der Unabhängigkeit wollten die Aufständischen einen "eigenen Anschluss" an Deutschland abschliessen. Der in London tätige Vertreter der Aufständischen, Antonio Regidor, hatte schon im Juni eine schriftliche Vollmacht zu Verhandlungen mit der Regierung in Berlin erhalten.⁴⁹ Der seinen Sommerurlaub verbringende Kaiser teilte jedoch dem Aussenministerium mit, dass Regidor erst nach der Unabhängigkeit der Philippinen nach Berlin kommen könne.⁵⁰

Mit Diederichs wollten die Aufständischen nicht verhandeln. Die spanische Propaganda behauptete nämlich, dass die Anwesenheit des deutschen Geschwänders auf philippinischen Gewässern eine für Spanien freundliche Tat sei, was nach der Meinung des Admirals das Verhalten der Aufständischen und der Amerikaner zu ihm abgekühlt habe. Um sich über die Zukunftspläne der Aufständischen klar zu werden, nahm Diederichs Kontakt mit einigen ihrer Führer auf. Diederichs hielt die ihm mitgeteilten Pläne für recht schwach und wirr. Es wurde Unabhängigkeit gefordert; die Chancen waren jedoch sehr gering. Die europäischen Geschäftsleute unterstützten nach Auffassung des Admirals jede andere Verwaltung, nur nicht die spanische.⁵¹

Ein Weg, positive Ergebnisse mit den USA zu erzielen, bestand darin, die Gefährlichkeit eines Bündnisses mit England aufzuzeigen. In dem seinem Freund Hatzfeldt übermittelten Telegramm stellte Richthofen, Stellvertreter des Aussenministers, eine Theorie vor, hinter der nach den Redakteuren der "Grossen Politik" Geheimrat Holstein, die mit sowohl Richthofen als auch Hatzfeldt eng verbundene "graue Eminenz" der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, stand. Nach dem Telegramm plante England möglicherweise ein starkes Militärbündnis mit Portugal, was zu einer Ausweitung der Kriegsgefahr führen könnte. In dieser Situation müsste England die USA als Verbündeten haben, die das Angebot Englands akzeptieren könnten, weil sie die europäischen Mächte wegen der spanischen Kolonien als eine Gefahr betrachteten. Das politische Ziel Deutschlands war es, die Vereinigten Staaten von der Gefährlichkeit des Bündnisses zu überzeugen. Durch Erschütterung des europäischen Kräftegleichgewichts würde das Bündnis sowohl das als Englands Gegengewicht geltende Bündnis zwischen Frankreich und Russland als auch das "neutrale" Deutschland dazu bewegen, ihre Kriegsrüstung zu beschleunigen. Die Vereinigten Staaten würden sich veranlasst sehen, das gleiche zu tun. Dagegen wäre eine Zusammenarbeit mit Deutschland sicherer, weil das in erster Linie an seinem Lebensraum

47. Richthofen an Holleben 5.7.98. Ibid., Nr. 4153.

48. Holstein an Eulenburg 5.7.98. BA. Nachlass Eulenburg. Eine preussische Familiengeschichte. Correspondenz. Bd. VII. Nr. 51; Holstein an Hatzfeldt 2.7.98. In: *Gerhard Ebel*, Botschafter Paul Graf von Hatzfeldt-Wildenburg. Nachgelassene Papiere 1838–1901. Zweiter Teil (Bobbord 1976), S. 1176–78.

49. Rieloff an AA, Telegramm 4.7.98. PA. Span. Besitz. in Asien Nr. 1. Bd. 1. A 8038.

50. Eulenburg an AA 13.7.98. Ibid. A 8226.

51. Knorr an Bülow 3.8.98. In der Anlage Diederichs an Knorr 25.6.98. PA. Span. Besitz. in Asien Nr. 1. Bd. 2. A 9125.

in Europa interessierte Deutschland nicht bestrebt war, grosse Besitzungen im Pazifik zu erwerben, und somit nicht in Konflikt mit konkurrierenden Mächten geraten würde.⁵² Auch Hatzfeldt empfahl seiner Regierung, sich direkt an die Amerikaner zu wenden. Das beste Einflussmittel sei der Gesandte White in Berlin. Der zu der Zeit als Gesandter der USA in London tätige John Hay "hatte offenbar englische Sympathien". Hatzfeldt versprach jedoch, seine persönlichen Auffassungen diesem "schweigsamen Mann" darzulegen.⁵³

Die Wahl Whites zum Verhandlungspartner ging auf seine bekannte deutschfreundliche Einstellung zurück. Dazu trug auch ein aktueller Grund bei, denn White hielt am vierten Juli in Leipzig eine Rede, in der er die oft unsachlichen Artikel in der deutschen Presse missbilligte. Doch betonte er das korrekte Verhalten der deutschen Regierung, das er für die beste Garantie für den Erfolg der territorialen Expansion sowie der Ausweitung des Handels, nach der Deutschland mit Recht strebte, hielt.⁵⁴

Im Hintergrund der Pläne, Forderungen und Verhandlungen der aussenpolitischen Führung Deutschlands standen für ihren Teil die Ansichten der Militärs, der Vertreter der Flotte. Nachdem die politische Führung das Ziel Deutschlands als Erwerb von Stützpunkten in Ostasien definiert hatte, erwogen die Meeresstrategen verschiedene Alternativen. In dem Memorandum, das Anfang Juli 1898 im Flottenstab verfasst worden war, wurde der Kaiser darauf aufmerksam gemacht, dass an dem Erwerb von Stützpunkten ein politischer und ein wirtschaftlicher Bedarf bestehen sollte. Das Memorandum schloss mit der Ansicht, dass es möglich sei, Teile der spanischen Besitzungen im Pazifik zu erwerben. Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Philippinen seien ausserordentlich gut, wenn nur eine ausreichend fähige Regierung gebildet werden könnte, die in der Lage wäre, die Entwicklung zu beschleunigen. Deutschland habe nach England Interessen bei der Kontrolle der Entwicklung des Archipels wahrzunehmen. Bei näherer Betrachtung der eventuellen deutschen territorialen Wünsche auf den Philippinen wurde als erste die Hauptinsel Luzon ausser Betracht gelassen, da die Interessen der anderen Grossmächte dort zu gross waren. Mit dem Erwerb des an Naturschätzen reichen Mindanao, das zudem mit einem guten Hafen versehen war, sei ein solches Risiko nicht verbunden. Am leichtesten sei es, die südlich von den Philippinen befindlichen Sulu-Inseln sowie die westlich von diesen gelegenen Palawan-Inseln einzunehmen. Ein Erwerb von Mindanao, den Sulu-Inseln und den Palawan-Inseln sei wegen der schon existierenden deutschen Besitzungen im Pazifik wichtig. Auf jeden Fall müssten die Sulu-Inseln erworben werden.⁵⁵

Als Richthofen die Verhandlungen mit White eröffnete, stellte Richthofen die Forderung, dass Deutschland neben Samoa und den Karolinen Stützpunkte auf den Philippinen und den Sulu-Inseln erhalten müsste. Richthofen war überzeugt, dass White den Inhalt der Diskussion korrekt nach Washington übermitteln würde, zumal White sagte, dass er persönlich gegen eine amerikanische Expansion sei. Die Vermutung des Aussenministers war richtig, denn White empfahl möglichst weitgehend Zugeständnisse an Deutschland, um eine freundschaftliche Zusammenarbeit zu gewährleisten und um Schwierigkeiten vorzubeugen. Der Gesandte vertrat

52. Richthofen an Hatzfeldt 6.7.98, G.P.XV., Nr. 4154, und Fussnote, S. 49–50.

53. Hatzfeldt an AA 8.7.98. Ibid., Nr. 4155.

54. White an Day 16.7.98. NA/44/85/449; G.P.XV, S. 54–55, Fussnote.

55. Von Knorr (kommandierender Admiral) an Wilhelm II. 1.7.98. AI. 234. I. BA - MA. F 3419/67345. Akten des Kaiserlichen Marine-Kabinetts betr. Kolonien; dasselbe wurde von Jaeschke seinem Bericht an Bülow 14.9.98. PA. Deutschland Nr. 167. Kolonien und Flottenstationen. Bd. 1. A 10691, beigelegt.

ausserdem die Ansicht, dass der Erwerb der östlichen Gebiete durch energische Handels- und Kulturstaaten eine gute Sache sei.⁵⁶ Obwohl White der Meinung war, dass eine expansionistische Politik den Vereinigten Staaten nicht zugute komme, akzeptierte er so das allgemeine Prinzip des Imperialismus. Dass Deutschland eine solche Politik betrieb, war eine Tatsache, die durch flexible Verhandlungen berücksichtigt werden sollte.

Aus deutscher Sicht liefen die Verhandlungen also mit grossen Hoffnungen an. Vielleicht wurde der persönliche Charakter der Verhandlungen nicht genug berücksichtigt. White hatte nämlich keine Instruktionen von seiner Regierung zu Verfügung, was auch Richthofen bekannt war. Die Deutschfreundlichkeit des Gesandten wurde dann in Washington auch schroff behandelt. Day telegrafierte, dass der Präsident sehr erstaunt war über Forderungen nach Garantien in bezug auf völlig in der Zukunft liegende unsichere Dinge. Die Philippinen befanden sich noch nicht im Besitz der USA, und über ihr Los war noch keine Entscheidung gefallen. Die amerikanischen Truppen hatten auch die Karolinen noch nicht erobert. Die Samoa-Frage habe nach Day nichts mit der gegenwärtigen Krise zu tun. Die USA habe das Recht, eine freundliche Neutralität auf Grund der langjährigen guten Beziehungen der Länder ohne irgendwelche Versprechungen in bezug auf Territorien zu erwarten.⁵⁷ Der letztgenannte Kommentar Days dürfte z.T. der Kritik Hollebens Recht geben, wonach die Amerikaner nur wenig Bereitschaft auf "Gegenseitigkeit" hätten. Zwar waren sie bereit, gute Beziehungen mit Deutschland anzustreben, doch wollten sie keine Gegenleistung erbringen. Die Philippinen-Frage war nach Hollebens Information noch völlig unsicher. Falls die USA sich mit einem Stützpunkt auf Manila zufrieden gäben, hätten sie wahrscheinlich nichts gegen Erwerbungen Deutschlands oder anderer europäischer Länder einzuwenden.⁵⁸ Weil der unnachgiebige Standpunkt des Aussenministeriums der USA offenbar nicht bekannt war, liessen auch Informationen aus London die Hoffnungen Berlins auf Kompensation nicht schwinden. Nach einer Diskussion mit dem Gesandten der USA, Hay, zog Hatzfeldt nämlich den Schluss, dass die USA sich den deutschen Wünschen nicht entgegenstellen würden, wenn sie nicht die ganze Inselgruppe beanspruchten.⁵⁹

In den amerikanisch-deutschen Beziehungen gelangte die Philippinen-Frage in ihrer zuge-spitzten Form im Zusammenhang mit dem sog. "Irene"-Konflikt in die Öffentlichkeit. Der deutsche Kreuzer "Irene" evakuierte spanische Zivilisten, nachdem die Aufständischen eine Insel in der Subic-Bucht stürmten. Als Dewey über das Geschehene unterrichtet wurde, schickte er zwei amerikanische Schiffe dorthin. Die Schiffe begegneten sich, doch kam es zu keiner Schlacht. Die Deutschen hatten nicht die Absicht, es zu Feindseligkeiten kommen zu lassen. Dennoch schickte Dewey einen seiner Offiziere, um eine Erklärung zu verlangen. Der Admiral verhielt sich sehr beherrscht und versicherte, dass er sich nicht in die Operationen Deweys einmische. Er brachte dann seinerseits vor, dass die Amerikaner die "Irene" angehalten hätten und ohne Anlass an Bord gegangen seien, worauf hin Dewey völlig die Fassung verlor und erklärte, die USA seien zum Krieg bereit, falls Deutschland ihn wünsche. Diederichs verhielt sich jedoch gelassen gegenüber diesem Ausbruch.⁶⁰ Als Diederichs später der Flottenleitung im allgemeinen

56. Richthofen an Hatzfeldt 10.7.98. G.P.XV. Nr. 4156 und 4157; Whites Telegramm an Day 12.7.98. NA/44/85; White an Day 13.7.98. NA/85/494.

57. Days Telegramm an White 13.7.98. NA/77: Germany/71, S. 655–656.

58. Holleben an AA, eingetroffen 13.7.98. G.P.XV, Nr. 4158.

59. Hatzfeldt an AA 13.7.98, Ibid., Nr. 4159; vgl. Hay an Day 11.7.98. NA/30/181/454.

60. T.A. Bailey, Dewey and the Germans at Manila Bay, *American Historical Review* XLV, Oct. 1939, S. 66–68.

über seine Tätigkeit auf den Philippinen berichtete, nahm Diederichs an, Deweys schroffes Benehmen den Deutschen gegenüber sei auf die unerwünschten Sympathieäusserungen der Spanier und auf Artikel in der englischen Presse zurückzuführen.⁶¹ Holstein hielt den Zwischenfall für überflüssig und schädlich für die deutsch-amerikanischen Verhandlungen. Die englische Presse habe dadurch nur neues Propagandamaterial gegen Deutschland erhalten. Verärgert forderte er auch der Flottenleitung eine Erklärung ab.⁶² Doch geht aus der Korrespondenz zwischen den Marineoffizieren sowie zwischen Dewey und Diederichs hervor, dass der Konflikt sich durch Zufall und nicht auf Befehl der Flottenleitung entfaltete.⁶³

In der amerikanischen Presse wurde dem Zwischenfall grosse Aufmerksamkeit gewidmet. Die *Washington Post* behauptete, dass die Deutschen verhindern wollten, dass die Subic-Bucht den Aufständischen in die Hände fiel, um sie nach Kriegsende selbst in Besitz zu nehmen. Nach den Informationen, die dieselbe Zeitung aus London erhalten hatte, verhandelten die europäischen Regierungen über eine Intervention auf den Philippinen. In den ebenfalls aus London eingeholten Nachrichten der *New York Tribune* wurde die Behauptung aufgestellt, dass Dewey sich geweigert habe, alle Informationen über den Konflikt preiszugeben, weil er fürchtete, dass dies Spannungen zwischen den USA und Deutschland verursachen könnte.⁶⁴

Nach dem "Irene"-Zwischenfall beruhigte sich die Lage in der Manila-Bucht. Der Seesieg von Santiago und der Rückruf des spanischen Geschwaders aus Suez, das sich auf dem Weg zu den Philippinen befand, stärkten die Lage Deweys. Zudem kamen amerikanische Truppen in drei Expeditionen im Juli auf den Inseln an.⁶⁵

Die deutschen territorialen Ansprüche und die Anwesenheit eines starken Geschwaders in den philippinischen Gewässern verursachten vielleicht heftigere Reaktionen im Marineministerium als im Aussenministerium der USA. Als Ergebnis der Diskussionen zwischen Richthofen und White schlug der Marineattaché Barber die Verdoppelung von Deweys Geschwader als inoffizielle Antwort auf die territorialen Ansprüche der Deutschen vor. Obwohl eine solche Einmischung in die ministerialen Angelegenheiten keinen Beifall im Aussenministerium fand, wurde Day durch die darauffolgende Diskussion in Marinekreisen und vielleicht für seinen Teil auch durch den Zwischenfall mit der "Irene" auf das Anliegen aufmerksam. Er beauftragte White, sich informieren zu lassen, ob die Absicht bestand, das Geschwader, das in der amerikanischen Presse viele negative Kommentare hervorgerufen hatte, zum Teil oder ganz zurückzubehalten.⁶⁶ White stellte diese Frage sehr vorsichtig und als seine persönliche Erkundigung an Richthofen. Der stellvertretende Aussenminister begnügte sich nur mit der Feststellung, die Schiffe seien zum Schutz deutscher Handelsinteressen und deutscher Bürger entsandt worden. Für die Operationen der Schiffe in diesem Gebiet war Diederichs zuständig. Als White die Diskussion kommentierte, meinte er, dass Richthofen den von ihm vorgebrachten Standpunkt

61. Jaeschke an Bülow 27.9.98. PA. Span. Bes. in Asien Nr. 1. Bd. 8. A 11193.

62. Holstein an Eulenbourg 16.7.98. BA. Nachlass Eulenbourg, Bd.VII. Nr. 51; Holstein an Bülow 25.7.98. BA. Nachlass Bülow. Fr. v. Holstein, Heft II.

63. Bericht des Kommandeurs der "Irene" an Diederichs 7.7.98, Diederichs an Oberkommando 9.7.98, Diederichs an Dewey 10.7.98. Alle Akten: BA - MA. F 7537/I. 15. 2a.

64. Holleben an Hohenlohe 18.7.98. A 154. Als Anlage *Washington Post* 14.7. und 15.7. sowie *New York Tribune* 16.7.98. PA. Vereinigten Staaten Nr. 16. Bd. 2.

65. Bailey, Dewey and the Germans, S. 71.

66. *William Reynolds Braisted*, *The U.S. Navy in the Pacific 1897–1907*, (Austin 1958), 39–41; *Days Telegramm* an White 22.7.98. NA/77 Germany/71.

vollkommen verstanden habe, doch sollte nicht vergessen werden, dass die deutsche Regierung das Gefühl hatte, an Prestige in den Augen Europas und des eigenen Volkes zu verlieren, wenn sie aus der Lage im Osten keinerlei Vorteile ziehen könnte. Nach Meinung Whites wollten die Deutschen jedoch Konflikten aus dem Wege gehen, während sie ihr Ziel anstrebten.⁶⁷ Dies wurde auch von Holleben betont, als er für seinen Teil günstige Voraussetzungen für Verhandlungen über die Philippinen zu schaffen versuchte. Während der Diskussionen mit McKinley sagte der Gesandte, dass die möglicherweise existierenden Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern vor allem zollpolitischer Art und nicht so sehr allgemeinpolitische Probleme gewesen seien. Deutschland beneidete die Kriegserfolge der USA keineswegs; die Welt sei doch für beide Länder gross genug.⁶⁸

Auf Grund der Information, die das Auswärtige Amt aus Washington, London und aus Diskussionen mit White bis Anfang August eingeholt hatte, schien es, dass die USA sich damit begnügten, Manila oder andere Stützpunkte und Kohlestationen erwerben zu wollen.⁶⁹ Auf der anderen Seite schienen die Verhandlungskontakte mit dem wichtigsten Partner, den USA, abzubrechen, als White – wiederum in gemilderter Form – mitteilte, dass seine Regierung die Diskussionen als etwas verfrüht erachte. Aus diesem Umstand und aus Whites Widerwillen gegenüber dem Thema, konnten die Deutschen schliessen, dass die US-Regierung nicht daran interessiert war, über die Philippinen-Frage zu verhandeln. Als Richthofen die daraus folgenden eventuellen schädlichen Auswirkungen bedauerte, versprach White, noch einmal die Verhandlungen in Gang zu setzen.⁷⁰ Auf der anderen Seite zog es Holstein vor, auf territoriale Dinge nicht zurückzukommen, da die Amerikaner es nicht wünschten.⁷¹

6.1.4. Rückkehr zu den Plänen zur Regelung der Lage auf den Philippinen durch internationale Zusammenarbeit

Das Desinteresse Washingtons an direkten Verhandlungen und die Ungewissheit über die Absichten der Amerikaner in bezug auf die Philippinen bewogen das Auswärtige Amt, zu seinem ursprünglichen Plan zur Neutralisierung des Archipels zurückzukehren. Ohne die Unterstützung Englands war es nicht möglich, den Plan zu verwirklichen. Richthofen äusserte die Vermutung, dass es Möglichkeiten zur Einwilligung Englands gebe, weil eine übermässige Einflusszunahme der USA im Pazifik auch die Interessen Grossbritanniens gefährde. Englands internationale Lage würde auch gestärkt, wenn dazu noch das Einverständnis mit Deutschland über die portugiesischen Kolonien und die Ostasien-Frage erreicht würde. Zu den anderen an der Neutralisierung interessierten Ländern wären auch die USA und Japan sowie Frankreich und damit auch Russland zu zählen.⁷²

Gleichzeitig mit dem ursprünglich deutschen Neutralisierungsplan erwogen die Franzosen, bzw. zumindest der französische Gesandte in Washington, Cambon, eine europäische Konferenz einzuberufen, die als Schiedsgericht über den Besitz der spanischen Kolonien im Pazifik ent-

67. Richthofen (Aufzeichnung) 25.7.98. G.P.XV, Nr. 4160; Whites Telegramm an Day 25.7.98 und Mitteilung 30.7.98. NA/44/85/506.

68. Hollebens Telegramm an AA, eingetroffen 23.7.98. Nr. 74. PA. Spanien Nr. 71. Bd. 8, A.S. 2033.

69. Z.B. Holleben an AA, eingetroffen 28.7.98. G.P.XV, Nr. 4162; Hatzfeldt an AA 3.8.98. Ibid., Nr. 4164.

70. Richthofens Aufzeichnung 30.7.98. Ibid., Nr. 4163; vgl. White an Day 30.7. NA/44/507.

71. Holstein an Bülow 25.7.98. BA. Nachlass Fürst von Bülow. Friedrich Holstein. Heft II.

72. Richthofen an Hatzfeldt 5.8.98. G.P. XV. Nr. 4165.

scheiden sollte. Ein mit internationalem Recht vertrauter amerikanischer Beamter des State Department, Moore, hielt offenbar eine solche Lösung für möglich. Wie aus den Randbemerkungen zu schliessen ist, war Wilhem II. gegen den Plan.⁷³ In seinem Brief an Hatzfeldt gab Holstein seiner Überzeugung Ausdruck, die US-Regierung nehme eine ablehnende Haltung zu der Frage ein. Für Deutschland sei die Konferenz vorteilhaft, weil die Expansion der USA dadurch ins Stocken käme – und zwar so, dass die deutsch-amerikanischen Beziehungen sich nicht verschlechterten, während sich die Beziehungen Englands zu den USA abkühlen würden. Holstein hielt es für natürlich, dass Deutschland eine Kohlestation für seine Beteiligung am "Schutz" der Philippinen erhalte.⁷⁴ Da die Franzosen am 23. Juli das spanische Ersuchen um Waffenstillstand schon vermittelt hatten, waren sie nun nicht mehr bereit, die Friedensverhandlungen durch eine Konferenzidee zu gefährden.⁷⁵ In der Wilhelmstrasse wurde es nun als vorrangig betrachtet, aus den Philippinen in Zusammenarbeit mit den USA ein neutrales Gebiet zu gestalten. In seinen zusätzlichen Instruktionen an Hatzfeldt zum Erlangen von Englands Zustimmung wurden von Richthofen einige hervorzuhebende Gesichtspunkte dargelegt. Die Neutralisierung bedeutete u.a., dass dadurch die USA gehindert wären, zu leicht die Vorherrschaft im Pazifik zu erlangen. Falls Frankreich Russland bewegen könnte, den Plan zu unterstützen, würde das die Lage verbessern. Den Vereinigten Staaten solle die Angelegenheit so dargestellt werden, dass die Neutralisierung keineswegs gegen die Interessen der USA, sondern gegen die einiger europäischer Mächte gerichtet sei. Richthofen behauptete, dass die Schmeichelei gegenüber den Vereinigten Staaten, die aus der Konkurrenz zwischen England und Russland resultierte, die Teilung der Philippinen verhindert habe, was eine optimale Lösung für die europäischen Mächte in bezug auf den Nutzen aus dem Krieg gewesen wäre.⁷⁶

Der deutsche Plan scheiterte an der negativen Einstellung Salisburys, nach dem England kein besonderes Interesse an der Zukunft der Philippinen gehabt habe. Der Premierminister hatte zudem schlechte Erfahrungen mit einer gemeinsamen Aktion geplanter Art aus der Zeit der Kreta-Krise gemacht. Ausserdem glaubte er nicht daran, dass Japan bereit wäre, eine Bündnispolitik vor dem Jahre 1902, in dem seine Flotte fertig wäre, zu betreiben.⁷⁷ In Wirklichkeit war England an den Philippinen, aber nicht an einem Bündnis gegen die USA interessiert. So teilte Hay die Bereitschaft der Briten zum Handel um Territorien mit, falls die USA die Inseln nicht behalten wollten. Ähnliche Äusserungen gelangten auch aus Japan nach Washington.⁷⁸ Diederichs nahm in seiner umfangreichen Darstellung über die zukünftige Regelung der Besitzverhältnisse der Philippinen vorsichtig Stellung. Seiner Meinung nach waren die Tagalen nicht vorbereitet auf die Selbständigkeit, sondern aus der Unabhängigkeit würden ein Bürgerkrieg und weiter eine Intervention ausländischer Mächte erfolgen. Wenn die Amerikaner die Philippinen einnahmen, müssten sie gegen die Eingeborenen kämpfen. Dadurch wären auch die deutschen Handelsinteressen in Gefahr. Für die beste Lösung hielt Diederichs den Erwerb der Inseln durch England, dessen Erfahrung mit der Kolonialverwaltung Friede und Ordnung garantierte. In der Obhut der den Freihandel befürwortenden Briten würde sich aus den Philippinen schliesslich

73. Holleben an Hohenlohe 21.7.98. Nr. 155. PA. Spanien Nr. 71. Bd. 9, A.S. 2134.

74. Holstein an Hatzfeldt 6.8.98. o.Nr. Ibid., Bd. 9.

75. Holleben an Hohenlohe 5.8.98. A 173. Ibid., Bd. 10. A 9620.

76. Richthofen an Hatzfeldt 7.8.98. Telegramm Nr. 233. Ibid., Bd. 9.

77. Hatzfeldt an AA 9.8.98. G.P. XV, Nr. 4166.

78. Hays Telegramm an Day 28.7.98. NA/30/182; Buck an Day 6.9.98. NA/133/72/191.

ein unabhängiges Land entwickeln, in dem alle Mächte die gleichen Chancen im Konkurrenzkampf hätten. Deutschland hatte zu der Zeit weder ausreichende moralische noch sachliche Gründe, sich an der Verwaltung der Inseln zu beteiligen. Die Reichtümer und die hervorragenden Verwendungsmöglichkeiten der Inseln zu militärischen Zwecken verpflichteten jedoch nach Diederichs' Meinung auch zum Erwerb politischer Rechte dort, was am besten dadurch geschehen könnte, dass man zuerst die deutsche Aktivität in Handel, Technik und Wissenschaft anwachsen liesse.⁷⁹ Die Ansichten des Admirals können wirklich nicht als expansionistisch gelten, ebensowenig haben sie die Eroberungspolitik der Regierung initiiert. Statt des "formalen" Imperialismus unterstützte er den "informalen" Imperialismus. Diederichs hatte sich mit der Situation an Ort und Stelle vertraut gemacht und nun war er vorsichtig geworden, denn noch im Mai war er bereit gewesen, "trotz Hitze und Taifunen" von Nagasaki aus zu den Philippinen zu eilen, falls es für den Erwerb eines Stützpunktes nötig gewesen wäre.⁸⁰ In den Ansichten Diederichs' sowie auch des kommandierenden Admirals kam die Mahansche seestrategische Lehre zum Vorschein, nach der der Erwerb von Stützpunkten sich nur lohnte, falls sie unter allen Umständen gehalten werden konnten.

Der von den USA mit Spanien am 12. August 1898 geschlossene Waffenstillstand bedeutete das endgültige Scheitern der deutschen Bemühungen um Erwerb von Besitzungen auf den Philippinen per gemeinsamer Aktionen. Ebensowenig waren positive Ergebnisse durch direkte Verhandlungen mit den USA zu erwarten, denn nach den von Day an White übermittelten Instruktionen war nach dem Waffenstillstandsabkommen die Philippinen-Frage vollkommen ein Anliegen, das nur die Vereinigten Staaten und Spanien betraf. Die USA konnten mit keiner anderen Macht über die Inselgruppe verhandeln, ohne Spanien zu übergehen.⁸¹

Deutschland war bemüht, innerhalb seines politisch neutralen Spielraums seine Kompensationspolitik zu realisieren. Die Deutschen versuchten zunächst vergebens, auf den Inseln Fuss zu fassen, indem sie die Möglichkeiten prüften, die USA mit gemeinsamen Aktionen der Grossmächte unter Druck zu setzen, um dann direkt mit den Amerikanern zu verhandeln. Nach seinem Misserfolg betrieb Deutschland Neutralitätspolitik, indem es alle Vorschläge zur Zusammenarbeit zwischen Spanien und den Aufständischen ablehnte. Die deutschen Interessen und Kraftreserven waren nicht gross genug, um die mit der Zusammenarbeit verbundenen Risiken auszugleichen. Die Philippinen-Frage vermehrte jedoch das schon bis dahin rege Interesse der Deutschen an anderen Möglichkeiten der Kompensationspolitik im Fernen Osten.

6.2. Die Karolinen, Marianen und Palau-Inseln

6.2.1. Das geheime Abkommen zwischen Deutschland und Spanien über die Hauptinseln der Karolinen

Schon Ende April machte die Jaluit-Gesellschaft das Auswärtige Amt auf die Gefährdung der deutschen Interessen durch den Krieg aufmerksam. Die hauptsächlich auf den Marshall-Inseln

79. Diederichs an den kommandierenden Admiral 2.8.98. (eingetroffen 17.9.) BA-MA. F 7537/I. 15. 2b. Kommando des Kreuzergeschwaders. Philippinen. Dasselbe als Anlage, von Jaeschke an Bülow 22.9.98. PA. Span. Besitz. in Asien. Nr. 1. Geheim. Bd. 2. A 11121.

80. Diederichs an Senden-Bibran 18.5.98. BA-MA, Nachlass 160: Gustav Frh. v. Senden-Bibran.

81. Day an White 15.8.98. NA/77: Germany/71/556.

tätige Gesellschaft hatte auch Niederlassungen auf allen grossen Inseln der Karolinen, auf Ponape eine Faktorei sowie eine Postschiffverbindung zwischen Jaluit und Ponape. In der Gesellschaft fürchtete man, dass die spanische Garnison von Ponape wegen des Krieges nicht imstande wäre, für geordnete Verhältnisse zu sorgen, sondern dass die Eingeborenen zu rebellieren anfangen und so auch den deutschen Geschäften Schäden zufügten. Die Gesellschaft ersuchte um Entsendung eines Kriegsschiffes zum Schutz ihrer Interessen.⁸² Kanzler Hohenlohe hielt die Bitte der Jaluit-Gesellschaft für sehr begründet und hob in seinem Brief an den Kaiser auch den kolonialpolitischen Gesichtspunkt hervor. Nach ihm würden die deutschen Interessen nicht darunter leiden, falls die Inseln im Besitz des wirtschaftlich konkurrenzunfähigen Spanien blieben, aber ihr Erwerb durch eine dritte Macht sei nicht wünschenswert.⁸³

Nach dem Anfang Juni 1898 im Auswärtigen Amt verfassten Memorandum wurden vom deutschen Standpunkt aus neben mindestens einer der philippinischen Inseln das portugiesische Timor, Samoa, die Sulu-Inseln und die Karolinen als wertvolle mögliche Besitzungen in Asien und im Pazifik erachtet.⁸⁴ Es bestand Anlass zu der Vermutung, dass der Krieg die Besitzverhältnisse der ausdrücklich von Spanien regierten Inselgruppe verändern könnte. Der deutsche Gesandte in London, Hatzfeldt, schlug schon im Juni Holstein vor, dass Deutschland ohne Umstände die betreffenden Inselgruppen übernehme. Hatzfeldt bemerkte, dass Deutschland einmal die Karolinen aus "gutem Willen" Spanien gegeben habe. Weil es den Anschein hatte, dass Spanien sie nicht halten konnte, bestand kein Grund, dass sie an irgend einen dritten Staat abgetreten würden.⁸⁵ Die Politik, die Inseln "ohne Umstände" zu übernehmen, konnte Deutschland nicht verwirklichen, weil die Pläne des stärkeren Kriegsbeteiligten, der USA, im Pazifik nicht bekannt waren. Nach der Vermutung Hatzfeldts waren die Amerikaner an die Karolinen nicht so interessiert, "dass sie sich deshalb mit uns anbinden würden".⁸⁶ Obwohl das Hauptanliegen des Auswärtigen Amtes in bezug auf den aus dem Krieg zu ziehenden Nutzen darin bestand, alle möglicherweise sich bietenden Gelegenheiten zum Erwerb von Seestützpunkten in Ostasien wahrzunehmen, sollten Schwierigkeiten mit den USA vermieden werden. Als Richthofen seine "nicht amtlichen sondern privaten Äusserungen" White vorbrachte, meinte er – mit dem Hinweis auf die früheren (1885) deutsch-spanischen Verhandlungen über die Karolinen –, dass man damit rechnen könne, dass die Amerikaner nicht gegen einen Erwerb der Inseln durch Deutschland wären. Um seine Position zu stärken, bemängelte er noch den Wert der Inseln.⁸⁷ Als sich Holleben über die Pläne Washingtons in bezug auf die Karolinen und Sulu-Inseln informierte, kam er zu dem Ergebnis, dass ihr Erwerb noch nicht diskutiert worden war. Ein Erwerb der Inseln durch ein anderes Land würde jedoch ungünstig für die USA interpretiert.⁸⁸ In London erhob einer der starken Männer in der Aussenpolitik der USA, der Gesandte Hay, keine Einwände, als Hatzfeldt die Karolinen als ein mögliches Objekt Deutschlands erwähnte.⁸⁹

82. Hensheim an Kolonialabteilung 29.4.98. ZStA, Reichskolonialamt, Nr. 2649, Bl. 110–111.

83. Hohenlohe an den Kaiser 12.5.98. ZStA, Auswärtiges Amt, Nr. 33744, Bl. 39–40.

84. Memorandum des AA 8.6.98. PA. England Nr. 78. Nr. 1. Geheime Akten betreffend Verhandlungen zwischen Deutschland und England und zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika über eine evtl. Aufteilung des Kolonial-Besitzes anderer Staaten. Bd. 1. A.S. 1649.

85. Hatzfeldt an Holstein 17.6.98. Die geheimen Papiere Friedrich von Holsteins. Herausgegeben von Norman Rich und M.H. Fisher. Bd. IV. Nr. 663 (Göttingen 1962).

86. Hatzfeldt offenbar an Holstein 27.6.98. BA. Nachlass Bülow Nr. 23.

87. Richthofen an AA 10.7.98. G.P. XV, Nr. 4157.

88. Hollebens Telegramm an AA 13.7.98. Ibid., Nr. 4158.

89. Hatzfeldts Telegramm an AA 13.7.98. Ibid., Nr. 4159.

Nach den so durch das Auswärtige Amt aus Berlin, Washington und London eingeholten Auskünften schienen die USA zu der Zeit nicht bemüht, aktiv die Karolinen zu erwerben, und hatte andererseits offenbar auch nichts gegen die territorialen Ansprüche Deutschlands einzuwenden. Im Gegenteil, White hatte gesagt, dass er es sogar wünscht, dass Deutschland neue Gebiete im Pazifik erhält. Nachdem das Vorgehen des Gesandten vom Aussenministerium verurteilt worden war, fanden keine Verhandlungen über die Inselgruppe vor Abschluss des Waffenstillstandes statt. (siehe S. 106).

Trotz Abbruch der direkten Verhandlungen mit den Amerikanern verwirklichten die Deutschen ihre Pläne weiterhin. So wurde der Kreuzer "Arcona" bestimmt, auf seiner Fahrt vom Stützpunkt Tschintao nach Manila über die Marianen und die Karolinen zu fahren, um festzustellen, ob die Gerüchte über eine Besetzung durch Amerikaner stimmten. Das Schiff wurde beauftragt, bei Bedarf die Interessen der deutschen Bürger zu schützen.⁹⁰ Die Wünsche der Jaluit-Gesellschaft gingen auch insofern in Erfüllung, als S.M.S. "Falke" ab Mitte Juli auf den Gewässern der östlichen Karolinen kreuzte.⁹¹

Deutschland wurde bei seinen Bemühungen, die spanischen Kolonien zu teilen, durch den spanischen Aussenminister Almodovar unterstützt, als dieser Radowitz deutlich zu verstehen gab, dass sein Land die Kolonien, die Philippinen ausgenommen, günstig loswerden wollte.⁹² Auch von seiten der Amerikaner schien Deutschland für seine Gebietserwerbungen nichts im Wege zu stehen, denn im Waffenstillstandsabkommen zwischen den USA und Spanien (12. August) befand sich keine Erwähnung der Inseln im Pazifik, ausser der von den USA eingenommenen Guam-Insel der Marianen-Gruppe.

Nachdem Deutschland seine Hoffnungen verloren hatte, auf den Philippinen Fuss zu fassen, bemühte es sich zielstrebig, Stützpunkte auf anderen spanischen Inselgruppen zu erwerben. Die politische Führung Deutschlands sah sich berechtigt, Kompensationen zu erhalten. Radowitz wurde beauftragt, sich zuerst in Madrid zu erkundigen, ob und zu welchem Preis die Karolinischen Inseln Kusai, Ponape und Yap käuflich wären.⁹³ Aussenminister Almodovar und Königin Maria drückten bald ihre Bereitwilligkeit zum Verkauf aus, der jedoch bis zum endgültigen Friedensvertrag vollkommen geheim bleiben sollte. Falls diese Informationen durchsickerten, konnte dies nach Bülow zur Folge haben, dass "diese oder jene Seemacht" die Inseln Spanien abnehmen würde, ohne Ersatz zu leisten.⁹⁴ Beide Seiten fürchteten offenbar die Reaktionen der Vereinigten Staaten. Die Informationen über die die Karolinen betreffenden Verhandlungen hätten sehr wohl das Interesse der Amerikaner an der Inselgruppe erwecken können, was vielleicht das Scheitern der Pläne sowohl Spaniens als auch Deutschlands bedeutet hätte. Trotz Geheimhaltung wurden die Verhandlungen von der Wilhelmstrasse aus eifrig weitergeführt. Die Bedenken in bezug auf die Pläne der Amerikaner über die Karolinen liessen nach, als sowohl

90. Hollzendorf aus dem Büro des kommandierenden Admirals an Bülow 23.7.98. PA. Südsee Nr. 3. Geheime Akten betr. die Karolinen- und Ladronen (Marianen-Inseln). Bd. 1. A 8612.

91. Der kommandierende Admiral v. Knorr an AA. 8.10.98. ZStA, Reichskolonialamt, Nr. 2650, Bl 9–10; vgl. Jahresberichte der Jaluit-Gesellschaft 1898. Das Staatsarchiv Hamburg. Firmenarchive 621–1.

92. Radowitz an Hohenlohe 8.8.98. G.P. XV. Nr. 4167.

93. Richthofens Telegramm an Radowitz 13.8.98. G.P. XV. Nr. 4169.

94. Radowitz' Telegramm an AA 15.8.98. Ibid., Nr. 4170; Bülows Telegramm an Radowitz 3.9.98. Ibid., Nr. 4171.

Konsul Krüger als auch Admiral Diederichs berichteten, dass Dewey den Befehl erhalten habe, sich der Inseln nicht zu bemächtigen.⁹⁵

Als Folge des raschen Handelns Radowitz' schlossen Spanien und Deutschland am 10. September 1898 ein geheimes Abkommen, in dem Deutschland das Vorrecht zum Kauf der Hauptinseln der Karolinen, Kusai, Ponape und Yap, garantiert wurde. Die endgültige Form des Vertrags sollte nach dem Abschluss des Friedensvertrags bestätigt werden. Ausserhalb des Abkommens versicherte der spanische Aussenminister, dass Spanien sich positiv gegenüber Angeboten Deutschlands über möglicherweise später zu verkaufende Gebiete verhalte. Bülow schrieb dem Kaiser enthusiastisch, dass nun ein neuer Stein gelegt sei "für den stolzen Bau des grösseren Deutschlands". "Bravo! Bin hochofret und beglückt,"⁹⁶ lautete der Kommentar des Kaisers. Die Gültigkeit des geheimen Abkommens schien nicht einmal wegen des in Spanien bevorstehenden Regierungswechsels gefährdet, nachdem Radowitz die Zustimmung der Oppositionsführer für die Verhandlungen erhalten hatte.⁹⁷

Im Auswärtigen Amt wurden Informationen zur Schätzung des Preises für die Karolinen und die sonstigen Gebiete beschafft. Wie schon oben (S. 105) dargestellt worden ist, vertrat der Flottenstab die Meinung, dass weit entfernte Seestützpunkte nur erworben werden sollten, wenn es den wirtschaftlichen und politischen Bedürfnissen entsprach. Es sei ja besonders wichtig, die Sulu-Inseln zu erwerben.

Legationsrat Irmer verfasste ein Memorandum über die Karolinen. Nach dem Memorandum war Deutschland zum Kauf der Inseln berechtigt, da es im Jahre 1885 freiwillig auf sie verzichtet hatte. Die Inselgruppe sei nur eine Belastung für die spanische Wirtschaft, weil dort keine geordneten Verhältnisse geschaffen werden konnten, die Voraussetzung für das Blühen des wirtschaftlichen Lebens seien. Das deutsche Kaiserreich dagegen sei imstande, die Verhältnisse zu stabilisieren. Irmer behauptete auch, dass die Jaluit-Gesellschaft nur den Erwerb der Inselgruppe durch Deutschland abwarte, um daraus ein ebenso ergiebiges Handelsgebiet zu machen wie aus den Marshall-Inseln. Diese hatten keinen ordentlichen Hafen, so dass es für ihre Verwaltung und Weiterentwicklung von grossem Vorteil wäre, die guten Häfen von Ponape und Kusai zu erhalten. Kusai sei schon deshalb wertvoll, weil es das Zentrum der auf das deutsche Schutzgebiet gerichteten amerikanischen Missionsarbeit war. Die Palau-Inseln bilden die westlichste Gruppe Mikronesiens, doch seien sie zu den Karolinen zu zählen. Auf den Marianen befanden sich nach Irmer keine deutschen Geschäftsleute; die Japaner dominierten den Kopra-markt. Irmer bedauerte, dass es nicht möglich schien, die Marianen für Deutschland zu erwerben.⁹⁸ Das Auswärtige Amt erhielt auch von der Jaluit-Gesellschaft Versicherungen über den Nutzen des geheimen Abkommens. In der Gesellschaft fürchtete man, dass die Karolinen in den Besitz der Vereinigten Staaten gerieten. Die Vorstandsmitglieder der Gesellschaft, Hensheim und Grösser vertraten die Ansicht, dass "die Gruppe ... durch ihre Lage, ihre Bodenverhältnisse und Bevölkerung eine ausserordentlich wichtige Ergänzung unseres an und

95. Krügers Telegramm an A.A. 13.8.98. PA. Südsee Nr. 3. Bd. 1. A.S. 2211; Jaeschke an Bülow 8.10.98. Als Anlage Diederichs an Jaeschke 28.8.98. PA. Spanische Besitzungen in Asien Nr. 1. Bd. 9. A 12078; - *Vagts* II, S. 1369.

96. Bülows Telegramm Nr. 5 an den Kaiser 13.9.98. PA. Südsee Nr. 3. Bd. 1. A.S. 2355. Text des Abkommens, s. Derenthal (Vertr. des Aussenmin.) an Wilhelm II 12.9.98. G.P. XV. Nr. 4172.

97. Radowitz an Hohenlohe 11.11.98. PA. Südsee Nr. 3. Bd. 1, A.S. 2554.

98. Irmers Memorandum 9.10.98. PA. Deutschland Nr. 167. Kolonien und Flottenstationen. Bd. 1.

für sich viel zu kleinen Schutzgebietes bildet“. Auf den Marshall-Inseln könne man erfolgreich nur die Kokospalme anbauen, doch sei der Plantagenanbau in den gesunden klimatischen Verhältnissen der Karolinen sehr wohl möglich. Die wirtschaftlichen und kolonialpolitischen Gründe waren nach der Auffassung der Verfasser des Schreibens so überzeugend, dass sie glaubten, sie könnten ihre Darstellung mit folgenden nachdrücklichen Worten beschliessen: “Unter diesen Umständen können wir nicht dringend genug bitten, dass eine maritime Machtentfaltung auf den Karolinen-Inseln beschlossen würde.“⁹⁹

6.2.2. Deutschland ist zu weiteren Erwerbungen bereit

Das schwierigste Problem der Pariser Friedenskonferenz bildete die Philippinen-Frage. Am wesentlichsten für Deutschland war jedoch, über andere spanische Inselgruppen im Pazifik zu entscheiden. Die endgültige Form des September-Abkommens sollte ja von dem Friedensvertrag abhängen, wobei die Befürchtung bestand, dass die USA das Recht des Siegers rücksichtslos ausnutzten. Die Anfang November bekannt gewordenen Ansprüche der USA auf alle Philippinen-Inseln war eine unangenehme Überraschung für Spanien. Die Deutschen wiederum, nachdem sie schon früher auf ihre Bestrebungen in bezug auf die Philippinen verzichten mussten, fühlten sich offenbar noch mehr bestärkt in ihrem Anspruch auf Kompensationen als früher. Nachdem die offizielle spanische Zeitung “Correro” geschrieben hatte, dass es sich für Spanien nach dem Verlust der Philippinen nicht lohne, auch seine anderen Inseln im Pazifik zu behalten, stellte Wilhelm II. fest, dass Deutschland sie alle kaufen könne.¹⁰⁰

Es war jedoch nicht bekannt, welche neuen Ansprüche die Amerikaner beim weiteren Verlauf der Pariser Verhandlungen stellen würden. Die Deutschen bemühten sich, sie herauszufinden, ohne ihr Abkommen mit Spanien preiszugeben. Der deutsche Gesandte in Paris, Münster, war durch seinen Bekannten Whitelaw Reid, der Mitglied der amerikanischen Delegation war, gut informiert. In einer vertraulichen Besprechung brachten die amerikanischen Unterhändler zum Ausdruck, dass es ihre Absicht gewesen sei, auch auf die Karolinen Anspruch zu erheben, wo sie Kabelstationen bauen wollten. Aus Rücksicht auf Deutschland hätten sich die USA mit dem Erwerb nur einer Insel begnügt. Was die anderen Inseln betraf, würden die Abkommen zwischen Deutschland und Spanien respektiert.¹⁰¹ Aus der Mitteilung des Gesandten war also zu schliessen, dass die Amerikaner über das geheim gehaltene September-Abkommen informiert waren. Weil sie die Angelegenheit nicht zur Diskussion brachten, konnte man annehmen, dass die USA nichts gegen die Pazifik-Pläne Deutschlands hatten.

Der Kaiser, der sich auf der Rückreise aus dem Nahen Osten befand, glaubte nach Bülow jedoch nicht, dass die Amerikaner über das Abkommen Bescheid wussten. Er, oder vermutlich Bülow, nahm an, dass die amerikanischen Mitglieder der Friedenskommission auf frühere (1885) Verhandlungen zwischen Deutschland und Spanien hingewiesen hätten, auf Grund deren Deutschland zu territorialen Forderungen berechtigt sei. Es war also besser, immer noch nichts über die Existenz des Abkommens zu erwähnen. Münster wurde beauftragt, den Amerikanern in Paris mitzuteilen, dass, falls die Karolinen in den Besitz Deutschlands giereten, die Vereinigten

99. Hensheim und Grösser an AA 21.9.98. ZStA Reichskolonialamt, Nr. 9038, Bl. 114–117; vgl. Staatsarchiv Hamburg. Firmenarchive 621–1. Jaluit-Gesellschaft, Sitzungsprotokolle 26.9.98.

100. Seefried (Geschäftsträger in Madrid) an Hohenlohe 4.11.98. PA. Südsee Nr. 3. Bd. 1. A 12855.

101. Münsters Telegramm an AA 16.11.98. G.P. XV. Nr. 4177.

Staaten dort eine Kabelstation erhielten, wenn sie sie wünschten. Bei dem Erwerb auch anderer spanischer Kolonien sollten, wenn möglich, die deutsch-amerikanischen Beziehungen freundlicher gehalten werden.¹⁰² Es ging nun darum, ob Deutschland den Vereinigten Staaten direkt mitteilen konnte, welche Inseln es wünschte. So konnte man verfahren, wenn man glaubte, dass die Amerikaner über das geheime Abkommen informiert waren. Sonst sollte man versuchen, vorsichtig Auskünfte über die territorialen Forderungen der USA einzuholen. Im Auswärtigen Amt entschied man sich für die erstere Alternative, nachdem Münster mitgeteilt hatte, dass die amerikanischen Unterhändler ihre Instruktionen über die Respektierung des deutsch-spanischen Abkommens direkt von Präsident McKinley erhalten hätten. Wenigstens Richthofen glaubte den Informationen des Gesandten. Er schlug vor, entsprechende Instruktionen an Münster zu schicken und erinnerte noch daran, dass nur drei Karolinische Inseln im September-Abkommen erwähnt worden seien.¹⁰³ Bülow war von einer ausgezeichneten Gelegenheit zum Bau eines "grösseren Deutschlands" überzeugt. Es war offenbar, dass Deutschland zumindest die Karolinen erhielt, die es wollte. Die spanische Regierung musste nun dazu gebracht werden, auch die anderen Kaufpläne Deutschlands zu akzeptieren. In dieser Absicht sollte Radowitz die Anteilnahme der Deutschen, und besonders des Kaisers, an der schwer geprüften spanischen Monarchie zum Ausdruck bringen. Während Frankreich und Russland sich vollkommen gleichgültig – und England feindselig – gegenüber Spanien verhielten, konnte Deutschland wegen der Schwäche seiner Seestreitkräfte Spanien nicht helfen. Doch zur wirtschaftlichen Hilfe war man bereit. Mit anderen Worten, man war bereit, nach dem Verlust der Philippinen die anderen Kolonien zu kaufen, die nur eine Belastung für Spanien waren. Neben den Karolinen sei es wichtig für Deutschland, später Fernando Po und eine Kohlestation auf den Kanarischen Inseln zu erhalten. Vorher sollte noch geklärt werden, ob die Zustimmung der Amerikaner zum Erwerb der Palau-Inseln sowie der Kohlestationen auf den Sulu-Inseln und den Marianen eingeholt werden konnte.¹⁰⁴

Nachdem das Auswärtige Amt sich von dem Wohlwollen der Amerikaner überzeugt hatte, verlängerte es schnell seinen Wunschzettel über neue Gebiete. Obwohl die USA ihre territorialen Forderungen im Pazifik später nicht erhöhten, ist es nicht unbegründet anzunehmen, dass man im Weissen Haus und noch weniger in der US-Botschaft in Berlin nicht über das September-Abkommen informiert war. Eine solche von Münster genannte Instruktion von McKinley zur Respektierung des betreffenden Vertrags ist zumindest in der Reihe "Foreign Relations" nicht gedruckt. Im Zusammenhang mit dem über den Besitz von Kusai entstandenen Meinungs-austausch im November behaupteten die Deutschen, dass man versprochen habe, ihre Interessen zu respektieren. Nun teilte Aussenminister Hay der Friedenskommission mit, dass der Präsident sich einer solchen Garantie nicht bewusst sei, doch forderte er die Kommission auf, sich an Versprechen zu halten, die sie möglicherweise gegeben hatte.¹⁰⁵ Im Herbst 1898 war es allerdings kein Geheimnis mehr, dass Deutschland die Karolinen und auch andere spanische Inselgruppen haben wollte. Es war jedoch etwas anderes, Vermutungen zu äussern – was auch in der amerikanischen Presse zu finden war¹⁰⁶ – als abgesicherte Meldungen über die Pläne Deutschlands

102. Bülows Telegramm (von Messina) an AA 18.11.98. PA. Südsee Nr. 3. Bd. 1. A.S. 3285.

103. Richthofens Telegramm Nr. 234 an Bülow 19.11.98. PA. Südsee Nr. 3, Bd. 1; G.P. XV. Nr. 4178.

104. Bülows Telegramm Nr. 190 an Richthofen 20.11.98. PA. Südsee Nr. 3. Bd. 1. A.S. 3305.

105. *Earl S. Pomeroy, Pacific Outpost. American strategy in Guam and Micronesia (Stanford 1951)*, S. 16.

106. Z.B. New York Times 13.11.98. Nr. 15239.

zu verbreiten. Auch der Geschäftsträger der USA erhielt in einer Unterredung mit Richthofen keine genaue Information. Auf seine direkte Frage, ob Deutschland mit Spanien über die Karolinen verhandele, erhielt Jackson eine ausweichende Antwort, nach der Spanien zwar gut über die Bereitschaft Deutschlands, die Karolinen zu jeder Zeit zu kaufen, informiert sei, doch Verhandlungen gerade zu der Zeit nicht geführt würden.¹⁰⁷ Als Jackson Ende Dezember mit Bülow über die Intentionen der USA zum Erwerb einer Kabelstation verhandelte, hörte er zum ersten Mal über das Vorhandensein des September-Abkommens, als Bülow erzählte, dass Reid und Münster über das Abkommen in Paris diskutiert hätten.¹⁰⁸ Allem Anschein nach waren die Amerikaner über die Existenz des September-Abkommens nicht informiert. Die Deutschen hatten also den Weg von umfangreichen Forderungen auf Grund einer falschen Annahme eingeschlagen.

6.2.3. Der Streit über die Sulu-Inseln und Kusai

Als Deutschland 'mit offenen Karten zu spielen' begann, wollte es zuerst absichern, dass es die im Abkommen erwähnten Inseln Kusai, Ponape und Yaperhält. Münster sollte den Amerikanern die Bereitschaft des Kaisers versichern, "in Frieden und Freundschaft" mit den Vereinigten Staaten zu leben. Deutschland wollte in keiner Weise die Siegesfrüchte der USA auch deshalb nicht mindern, weil "die Welt für beide Reiche Raum genug biete". Es bestand lediglich der Wunsch, dass die Amerikaner Deutschlands langfristige und wohlbegründete Ansprüche auf die Karolinen respektierten. Münster wurde noch über das durch den US-Gesandten in Berlin übermittelte Versprechen an Bismarck aus dem Jahr 1885 informiert. Danach würden die Amerikaner nie koloniale Projekte auf den Karolinen haben. Münster sollte sich noch informieren lassen, ob die Amerikaner die Sulu-Inseln und die ganzen Marianen forderten.¹⁰⁹

Reid versicherte, dass die deutschen Ansprüche auf die Karolinen respektiert würden. Doch hatte es den Anschein, dass die Vereinigten Staaten für das von San Francisco über Honolulu, Guam und Manila nach Hongkong geplante Kabel gerade Kusai haben wollten, das in den Landkarten der Amerikaner auch Namen wie Strong und Youulla trug. Die Sulu-Inseln rechnete man zu den Philippinen. Von den Marianen würden die Vereinigten Staaten eine Insel beanspruchen. Die Antwort rief in der Wilhelmstrasse keine Zufriedenheit hervor. Die Lage Kusais wurde für so zentral in bezug auf die Schutzgebiete der Marshall-Inseln und Neu Guineas einerseits und die Karolinen andererseits gehalten, dass seine Annexion durch eine fremde Macht nicht wünschenswert sei. Nach Meinung Richthofens war das Hauptmotiv der Amerikaner zum Erwerb der Insel ihre Bedeutung für die von Boston aus betriebenen Missionsarbeit. Münster sollte der Mission weitgehende Zugeständnisse versprechen, wenn die Amerikaner ihre Forderung aufgaben. Es wurde die Ansicht vertreten, dass Deutschland nach Spanien zum Besitz der Sulu-Inseln berechtigt sei, nachdem der Sultan der Inseln sich der Schutzherrschaft des Königs von Preussen im Jahre 1866 unterworfen hatte. Aus diesem Grund hatte Deutschland später nur zögernd die Souveränität Spaniens anerkannt. Deutschland war jedoch bereit, seine Ansprüche auf die Sulu-Inseln aufzugeben, wenn die USA die deutschen Wünsche in bezug auf die Karoli-

107. Jackson an Hay 28.11.98. NA/44/86/630.

108. Jackson an Hay 29.12.98. NA/44/86/681.

109. Richthofen an Münster 21.11.98. G.P. XV. Nr. 4178.

nen respektierten.¹¹⁰ Die Chancen, die Sulu-Inseln und Kusai zu erhalten, schienen immer weiter zu sinken, nachdem Radowitz berichtet hatte, der spanische Premierminister habe mitgeteilt, dass die Amerikaner unnachgiebig an ihren Forderungen festhielten, in die Spanien zur Erzielung des Friedens offenbar einwilligen musste.¹¹¹ Auch Münster erreichte die erwünschten Ziele nicht. Er empfahl, in Washington über das Anliegen zu verhandeln.¹¹² In den nach Washington übermittelten Instruktionen des Auswärtigen Amtes wurde die Berechtigung der Eindeutschung der Karolinen auf mancherlei Weise begründet. Zunächst berief man sich auf die historischen Rechte, die von den amerikanischen Friedensunterhändlern anerkannt worden waren. Zudem würde die öffentliche Meinung in Deutschland heftig reagieren, falls die Inseln in den Besitz der USA gerieten. Weiterhin wurde die Bedeutung der Angelegenheit für die guten amerikanisch-deutschen Beziehungen hervorgehoben. Eine Annexion des für die Vereinigten Staaten unbedeutenden, aber für Deutschland wichtigen Kusai durch die USA wäre "ein Pfahl im Fleische".¹¹³ Die öffentliche Meinung in Deutschland wurde hier als beeinflussender Faktor der öffentlichen Meinung in den USA gleichgestellt. In Wirklichkeit blieben die Verhandlungen über die Karolinen geheim. Nur einige Zeitungen stellten Vermutungen auf, dass solche Verhandlungen im Gange wären. Die Annexion der Inseln durch die USA hätte in Deutschland kaum grosses Aufsehen erregt. Der Geschäftsträger Sternburg besprach die Angelegenheit mit Aussenminister Hay, der erklärte, dass die Insel wegen ihrer Eignung als Kabelstation gewählt worden sei. Irgendeine andere Insel, z.B. eine der Marshall-Inseln, würde sich zu dem gleichen Zweck eignen. Es war nicht die Absicht der Vereinigten Staaten, sich den deutschen Interessen in den Weg zu stellen. Um der guten Beziehungen willen wäre der Präsident bereit, die Versicherungen, die die Friedensunterhändler Münster gemacht hatten, zu akzeptieren, aber verbindliche Versprechungen konnte Hay nicht machen, weil die Regierung über die Angelegenheit nicht gut genug informiert war. Die Übergabe einer Kohlestation auf den Sulu-Inseln werde erwogen, aber Deutschlands Rechte auf die ganze Inselgruppe wurden jedoch von den USA nicht anerkannt.¹¹⁴ Der Gedanke an eine Kabelstation auf den Marshall-Inseln stammte vermutlich von Jackson, dem Geschäftsträger der US-Botschaft in Berlin, von dem Hay auch anderweitige Informationen für seine Unterredung mit Sternburg erhalten hatte. Die Deutschen äusserten auch Jackson gegenüber ihre Wünsche hinsichtlich der spanischen Kolonien und insbesondere Kusais. An der Eignung der Insel als Kohlestation bestanden Zweifel, weil es nicht auf gerader Linie zwischen Honolulu und Guam liegt.¹¹⁵ Die Amerikaner hielten Kusai jedoch für wertvoll, wegen seines guten Hafens und seiner günstigen Lage in Hinblick auf Australien. Für die Insel wurde eine Million Dollar noch einen Tag vor dem Abschluss des Friedensvertrags geboten, doch die Spanier wollten nicht verkaufen.¹¹⁶ Die USA wollten wegen Kusai keine Gewalt anwenden, und die Insel, sowie auch die anderen Karolinen-Inseln wurden dann im Frie-

110. Richthofen an Bülow 22.11.98. G.P. XV. Nr. 4179; *Morgan*, The Diary of Whitelaw Reid, S. 162–64; *Pomeroy* S. 12–16.

111. Radowitz' Telegramm Nr. 228 an AA 23.11.98. PA. Südsee Nr. 3, Bd. 2. A.S. 3339.

112. Münsters Telegramm Nr. 239 an AA 25.11.98. Ibid., A.S. 3366.

113. Bülows Telegramm an Sternburg (Geschäftsträger) 26.11.98. G.P. XV. Nr. 4180; Bülows Telegramm Nr. 81 an Sternburg 29.11.98. PA. Sp. Besitz. in Asien Nr. 2. Akten betr. Sulu-Archipel. Bd. 2.

114. Sternburg an AA 30.11.98. G.P. XV. Nr. 4181.

115. Jacksons Telegramm an Hay 27.11.98. NA/44/86.

116. Sternburgs Telegramm Nr. 112 an AA 2.12.98. PA. Südsee Nr. 3, Bd. 2. A.S. 3432; Münsters Telegramm Nr. 248 an AA. Ibid. A 14261.

densvertrag nicht erwähnt. Deshalb konnten die Deutschen davon ausgehen, dass ihr Abkommen hinsichtlich der Karolinen nicht mehr gefährdet war.

Bülow drückte in einer Unterredung mit Jackson seine Zufriedenheit aus. Er sprach über die guten Beziehungen zwischen den Ländern und sagte, dass er alles tue, um sie zu bewahren. Zum Zeichen des guten Willens war Deutschland bereit, Gaspar Rico, die nördlichste der Marshall-Inseln, als Kabelstation anzubieten. Dieses Angebot war nicht uneigennützig, sondern Bülow wollte handeln, um die Besitzungen des Kaiserreiches mit einem Stützpunkt auf den Sulu-Inseln zu vermehren.¹¹⁷ Die Bitte des deutschen Konsuls in Manila, Gewalt zum Schutz deutscher Interessen gegen die Aufständischen anzuwenden, gab Bülow die Möglichkeit, seine Taktik, es den Amerikanern recht zu machen, weiterzutreiben. Er erzählte White, dass er die Gewaltanwendung verboten habe, bevor er sich nicht über das Verhalten der Amerikaner habe unterrichten lassen. Nachdem der Gesandte vor dem Einsatz von Waffen gewarnt hatte, versprach Bülow, den Konsul in dieser Hinsicht zur Enthaltung aufzufordern. Die Taktik des Aussenministers machte Eindruck auf White, der später empfahl, u.a. zur Erleichterung der Handelsbesprechungen mit Deutschland weiter zu verhandeln.¹¹⁸ Auch aus Washington wurden gute Nachrichten gemeldet. Aussenminister Hay habe nach Holleben über die Pläne erzählt, die Wake-Insel als Kabelstation zu nehmen. Die Insel eignete sich jedoch nicht zu diesem Zweck, so dass die Amerikaner gern über eine der Marshall-Inseln verhandeln würden. Zur Übergabe eines Stützpunktes an Deutschland auf den Sulu-Inseln sei Hay positiv eingestellt gewesen.¹¹⁹

Obwohl die Verhandlungen sich günstig zu entwickeln schienen, wurde das Auswärtige Amt zur Vorsicht ermahnt. Brandt stellte seine Richtlinien zur Rückgewinnung der Karolinen vor und betonte die Bedeutung der öffentlichen Meinung für die amerikanische Politik. Auch wenn man davon ausgegangen wäre, dass McKinley der Annexion der Karolinen positiv gegenüberstanden hätte, musste man berücksichtigen, dass die öffentliche Meinung und der Kongress den Präsidenten zur Meinungsänderung zwingen konnten. Vor dem Abschluss des Friedensvertrags wäre es wichtig, die amerikanische Presse nicht zu irritieren. Die deutsche Presse sollte sich aller Kritik der amerikanischen Aussenpolitik enthalten. Noch wichtiger war es, die Behandlung der schwersten der amerikanisch-deutschen Streitfragen, die Beschränkung der Einfuhr amerikanischer Lebensmittel, zu vermeiden.¹²⁰ Holleben warnte seinerseits davor, die deutschen Bestrebungen hinsichtlich der Karolinen in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, bevor der Friedensvertrag vom Kongress ratifiziert worden war.¹²¹

Die Pläne Deutschlands hinsichtlich der Sulu-Inseln waren nicht besonders erfolgreich. Die Amerikaner waren zum Tausch nicht bereit, trotz den immer besseren Angeboten Deutschlands. Um Palawan, Jolo oder Tawitawi zu erhalten, wäre Deutschland bereit gewesen, Gaspar Rico, die Brown-Insel (Eniwetok) oder die Parey-Insel von dem Marshall-Archipel preiszugeben. Besonders die Parey-Insel hätte sich nach Bülow zu den Zwecken der Amerikaner sehr gut geeignet, weil sie auf demselben Breitengrad liegt wie Guam und einen guten Binnenhafen hat-

117. Jackson an Hay 29.12.98. NA/44/86/681; Mühlberg an AA 27.12.98. PA. Südsee Nr. 3. Bd. 2. A. S. 3666; vgl. auch G.P. XV. Nr. 4190.

118. White an Hay 4.1.99, NA/44/86/693.

119. Hollebens Telegramm an AA 31.12.98. G.P. XV. Nr. 4191.

120. Brandt an AA 7.1.99. PA. Südsee Nr. 3. Bd. 3. A. S. 43.

121. Hollebens Telegramm Nr. 5 an AA 10.1.99. Ibid. A. S. 66.

te.¹²² Kommandeur Bradford, der die amerikanischen Friedensunterhändler über die Philippinen informiert hatte, war gegen die Akzeptierung des deutschen Angebots. Er hielt die vorgeschlagenen Inseln als Stützpunkte für ungeeignet. Andererseits waren die Sulu-Inseln wichtig hinsichtlich der Verteidigung der Philippinen. Die Regierung lehnte dann das deutsche Angebot ab und kehrte zu ihrer Forderung Kusais zurück. Was die Sulu-Inseln betraf, wollte man in Washington wissen, ob Deutschland einen Pachtvertrag oder die Souveränität anstrebe. Holleben empfahl die erste Alternative, weil der Senat die letztere nicht annehmen würde. Als Hay mitteilte, dass der Präsident keine verbindlichen Verträge vor der Ratifizierung des Friedensvertrags abschliessen würde, riet Holleben seiner Regierung, geduldig zu warten, um zu vermeiden, dass sich das Misstrauen der deutschen Ostasien-Politik gegenüber wieder verstärkt.¹²³

In der Wilhelmstrasse erregten die von Holleben übermittelten Nachrichten Verärgerung. Hays "frostige und sehr reservierte" Stellungnahme sei im Grunde auf die Propaganda der amerikanischen Fleischexporteure und der englischen Presse zurückzuführen. Der verärgerte Bülow war der Ansicht, dass die Amerikaner ihr Versprechen über einen Stützpunkt auf den Sulu-Inseln gebrochen hatten. Es bestehe kein Anlass mehr, über Kusai zu verhandeln, weil es im Friedensvertrag nicht erwähnt war. Ausser den oben erwähnten Schwierigkeiten waren unangenehme Nachrichten von Ponape, der Hauptinsel der Karolinen, in Berlin eingetroffen. Nach diesen Informationen hätten die Eingeborenen – auf das Hetzen der amerikanischen Missionsarbeiter hin – die spanische Festung zerstört. Wenn diese unbestätigten Meldungen stimmten, war damit zu rechnen, dass die USA sich auf Forderung der Missionskreise in die Unruhen einmischten. Deshalb bat Bülow den Kaiser nachdrücklich, ein Kriegsschiff zu den Karolinen zu entsenden.¹²⁴

Bülow's Freundschaft erwies sich somit als eine recht eigennützige. Trotz früherer Versicherungen war er nun, als Meinungsverschiedenheiten aufkamen, bereit, das nachbarliche Einvernehmen zu brechen, bevor die Nachbarschaft erst richtig angefangen hatte, denn der Friedensvertrag war noch nicht ratifiziert. Der Zorn Bülows ist zwar recht verständlich, doch die Leichtigkeit, mit der er zu Gewaltmitteln greifen wollte, war dagegen schwerer zu begreifen. Vielleicht spiegelt die Reaktion Bülows die harte Konkurrenz der Grossmächte und ihre machtpolitischen Bestrebungen in dieser Zeit wider. Man vertraute der Wirkung der neuen militärischen Rüstung zu sehr und scheute vor deren Einsatz nicht zurück, weil man keine Erfahrungen von ihrer Auswirkung in Konflikten zwischen den Grossmächten hatte. Nach der Reihe "Grosse Politik" nahm der Kaiser zuerst den radikalen Vorschlag seines Aussenministers auf, liess ihn aber wegen des drohenden Faschoda-Konflikts unverwirklicht. Zudem wollte der Kaiser "unter allen Umständen" eine Konfrontation mit den USA vermeiden.¹²⁵ Die genannte Quelle lässt jedoch den abschliessenden Teil der zitierten Akte aus, in dem Wilhelm II. nach Bülow gesagt habe: "Würde unsere Marine erst das Übergangsstadium überwunden haben, so

122. Whites Telegramm an Hay 12.1.99. NA/44/86; Bülows Telegramm an Holleben 12.1.99. G.P. XV. Nr. 4193.

123. Hollebens Telegramm an AA 15.1.99. G.P. XV. Nr. 4194; Braisted, S. 56–57.

124. Bülow an Wilhelm II. 15.1.99. G.P. XV. Nr. 4195.

125. G.P. XV., Fussnoten S. 101.

wäre vielleicht der Augenblick gekommen, um mit den Vereinigten Staaten abzurechnen.“¹²⁶ Der Kaiser dürfte also nicht „alle“ gemeint haben, sondern die derzeitigen Umstände, als er kein Kriegsschiff zu den Karolinen entsandte.

Nachdem Kommandeur Taussing am 17. Januar 1899 die herrenlose Insel Wake für die USA eroberte, kam man in Washington nicht mehr auf die Forderungen hinsichtlich Kusais zurück. Zugleich verlor Deutschland seine Chancen, durch Tausch gegen eine der Marshall-Inseln einen Stützpunkt auf dem Sulu-Archipel zu erhalten. Wake und das 1867 annektierte Midway reichten als Stationen für das amerikanische Honolulu-Manila-Kabel aus.¹²⁷

6.2.4. Der deutsch-spanische Südseevertrag über die Karolinen, Marianen und Palau-Inseln

Als sich im Verlauf der Pariser Friedensverhandlungen herausgestellt hatte, dass die USA die Philippinen für sich beanspruchen würden, aber hinsichtlich anderer spanischer Besitzungen im Pazifik sich vielleicht mit der eroberten Guam-Insel begnügten, fing man in Berlin zu planen an, neben den Karolinen und den Sulu-Inseln auch die restlichen spanischen Inseln zu erwerben.

Im September-Abkommen waren nämlich nur Kusai, Ponape und Yap genannt. Spanien war nicht bereit, den USA die anderen Inseln zu verkaufen, aber Aussenminister Almodovar fragte an, ob Deutschland bereit sei, alle Inseln der Karolinen zu kaufen, um dann mit den USA über eine Kabelstation zu verhandeln.¹²⁸ Nachdem Spanien die Initiative ergriffen hatte, konnten die Deutschen alle ihre Pläne hinsichtlich der spanischen Kolonien enthüllen. Radowitz sollte – unter äusserster Geheimhaltung seiner Verhandlungen – herausfinden, ob Spanien bereit sei, seine Inselgruppen aufzugeben.¹²⁹ Almodovars Haltung zum Verkauf der Karolinen, Marianen und Palau-Inseln an Deutschland war von Anfang an positiv. Die Königin dagegen hielt die Aufgabe der übrigen Inseln – neben den Karolinen – für gefährlich für die Krone, die schon sonst Verluste hatte hinnehmen müssen. Auf die Kanarischen Inseln wollte Spanien nicht verzichten, weil es Englands Reaktionen fürchtete. Ebenso wenig wollte man Fernando Po verkaufen.¹³⁰ Die Verhandlungen, die von Radowitz ununterbrochen geführt wurden, waren erfolgreich, denn schon eine Woche nach der ersten Besprechung teilte Premierminister Sagasta die Einwilligung der Königin mit, über die Marianen und Palau-Inseln zu verhandeln. Zudem war Radowitz

126. Bülow's Konzept 19.1.99. PA. Südsee Nr. 3. Bd. 3. A.S. 142. Als sich die spanisch-amerikanische Krise verschärfte, begann der Admiralstab der Marine Deutschlands, im Winter 1897–98 jungen Offizieren Planungsübungen, die die potentiellen Kriegsgebiete wie z.B. die kubanischen und philippinischen Gewässer betrafen, zu erteilen. Die "Winterarbeit" Leutnant Eberhard von Manteys umfasste einen theoretischen Kriegsplan gegen die Vereinigten Staaten. Zum grossen Teil auf der Grundlage seiner Arbeit wurde im März 1899 im Stab ein erster offizieller Operationsplan gegen die USA verfertigt. Ein entsprechender Plan der USA für den Fall eines Kriegs gegen Deutschland wurde erst 1913 gemacht. (Holger H Herwig, and David F. Task, *Naval Operations Plans between Germany and United States of America 1898–1913. A Study of Strategic Planning in the Age of Imperialism*. In: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 2/1970, S. 6–13.). Diese Übungsarbeiten und Pläne zeugen ihrerseits von der Neueinschätzung der weltpolitischen Macht der USA, aber sie stellen keinen Beweis für eine aktuelle Kriegsgefahr zwischen Deutschland und den USA dar.

127. Braisted, S. 56–57.

128. Radowitz' Telegramm an AA 2.12.98. G.P. XV. Nr. 4182.

129. Bülow's Telegramm an Radowitz 3.12.98. Ibid. Nr. 4183.

130. Radowitz' Telegramme 5. und 8.12.98. G.P. XV. Nummern 4184–85.

sicher, dass es auch keinem anderen Land gelingen würde, über Fernando Po und die Kanarischen Inseln mit Spanien übereinzukommen.¹³¹

In der Wilhelmstrasse war man nun bereit, mit den drei Inselgruppen am "grösseren Deutschland" weiterzubauen. Bei der Marine hingegen fand der Plan keine einstimmige Unterstützung. Die Ansichten der Marineführung stützten sich z.T. auf den Bericht des Kommandeurs des Kreuzers "Arcona" über seine Fahrt von Kiautschou zu den Marianen, den Palau-Inseln und den Karolinen von Juli bis Oktober 1898. Nach dem Rapport lebten nur einige Deutsche auf den Marianen, kein einziger auf den Palau-Inseln. Auf Ponape, wo die Bevölkerung durch den Einfluss der Missionarworker sehr amerikanisch gesinnt war, wirkten drei deutsche Staatsbürger. Als Diederichs den Rapport nach Berlin vermittelte, wollte er auf Grund des geringen Materialumfangs weder eine Aussage über den Wert der Inselgruppen noch über deren Entwicklungsmöglichkeiten machen. Trotz des Berichts, dessen Inhalt zu wenig Begeisterung Anlass gab, empfahl Diederichs – hinsichtlich der Kriegsflotte und der Grossmachtpolitik –, gegebenenfalls die Inselgruppen oder deren Teile zu erwerben. Seiner Meinung nach würden sie in erster Linie als Kohlestationen und Stützpunkte die deutschen Schutzgebiete in der Südsee stärken. Der kommandierende Admiral Knorr dagegen war gegen den Erwerb von Kolonien, an denen in diesem Fall weder wirtschaftlicher noch politischer Bedarf bestehe. Der Admiral hielt einen Erwerb der Inselgruppen für wirtschaftlich nicht rentabel, weil sie zu klein seien. Zudem behauptete er, dass die Inselgruppen für eine militärische Nutzung zu weit entfernt seien.¹³² "Von wo zu weit entlegen?", fragte man im Auswärtigen Amt etwas entrüstet, denn hinsichtlich des Schutzgebiets in der Südsee war die Lage insbesondere der Karolinen sehr gut. Ausserdem war dort der sicherste Hafen des ganzen Gebiets. Von den expansiven Zukunftsplänen der Kolonialpolitik zeugt die Feststellung, nach der die Lage der Karolinen und der Palau-Inseln hinsichtlich der holländischen Kolonien günstig sei. Die Nachbarschaft war wichtig, weil ein Zusammenbruch der holländischen Kolonialmacht jederzeit zu erwarten war. Die nördlichen Marianen wiederum lagen günstig zu Japan und China. Der strategische Wert der Inseln wurde noch durch das Auftauchen eines neuen gefährlichen Nachbarn, der USA im Pazifik erhöht. Wirtschaftlich wäre eine grosse Insel natürlich wertvoller, doch musste man sich mit einer kleinen begnügen, wenn sonst nichts zu bekommen war. Die Direktoren der Jaluit-Gesellschaft behaupteten jedoch, dass die Gebiete wertvoll seien.¹³³

Auf weitere Polemiken weisen weder die Akten des AA noch des BA-MA hin. Es folgte die weitere Behandlung der Sache, Verhandlungen mit Spanien über den Inhalt des Vertrags. Aus mehreren Gründen lag beiden Seiten daran, die Besprechungen geheim zu halten. Die spanische Regierung fürchtete die Reaktionen der konservativen Opposition und die Gefährdung der Ratifizierung des Friedensvertrags. In Berlin wollte man vermeiden, dass andere Grossmächte um die spanischen Kolonien konkurrieren würden. Dazu war es für beide Seiten von Vorteil, die Verhandlungen gegenüber den USA geheimzuhalten. Die Verhandlungen wurden hauptsächlich in Madrid, zwischen der spanischen Regierung und Radowitz geführt. Wegen der Spaniens drohenden Regierungskrise bestand die erste Aufgabe darin, das September-Abkommen durch

131. Radowitz' Telegramm an AA 14.12.98. PA. Südsee Nr. 3. Bd. 2. A. S. 3543.

132. Knorr an Bülow 10.12.98. Als Anlage: der Kommandeur von "Arcona" an Diederichs 16.10. und Diederichs an Knorr 29.10.98. PA. Südsee Nr. 3. Bd. 2. A.S. 3562. Vgl. Reincke an Diederichs 16.10.98. BA-MA. Admiralstab der Marine. F 7537/I. 15. 2b.

133. Kommentar hierzu. Vermutlich Bülow oder Holstein. Ohne Datum. PA. Südsee nr. 3. Bd. 2.

einen neuen, provisorischen Vertrag zu ersetzen. Dies gelang ohne Meinungsverschiedenheiten schon am 21. Dezember 1898. Nach dem provisorischen Vertrag verpflichtete sich Spanien, die Karolinen, die Marianen (ausser Guam) und die Palau-Inseln für einen später zu vereinbarenden Preis an Deutschland zu übergeben. Der spanische Handel und die landwirtschaftlichen Betriebe sowie die Missionsarbeit sollten auf den Karolinen die gleichen Rechte geniessen wie die Deutschen. Der spanischen Kriegs- und Handelsflotte wurde auch während des Krieges auf den Karolinen und den Marianen das Recht auf eine Kohlestation garantiert. Beide Regierungen verpflichteten sich, den Vertrag bis zu seiner Behandlung im Parlament geheim zu halten.¹³⁴ Von Kusai abgesehen wurde die Frage in Besprechungen mit den Amerikanern vor der Veröffentlichung des Vertrags nicht erörtert.

Der Abschluss eines endgültigen Vertrags zwischen Deutschland und Spanien wurde in erster Linie durch die Frage nach der Höhe des Kaufpreises und die Regierungskrise in Spanien verzögert, auf die die Auflösung der Cortes folgte. Über den Kaufpreis wurde ein Kompromiss erreicht. Die Deutschen waren bereit, 25 Millionen Peseta (ca. 16 Millionen Mark) zu zahlen, doch musste Spanien seinerseits eine geheime Klausel im Vertrag akzeptieren, nach der Deutschland ein Vorkaufsrecht an Fernando Po hätte, falls Spanien es irgendwann verkaufte. Ausserdem verpflichteten sich die Länder, in ihrem gegenseitigen Handel ein Meistbegünstigungsprinzip anzuwenden.¹³⁵ Mit diesem Vertrag waren nun die Handelsstreitigkeiten zwischen Deutschland und Spanien endgültig beendet. Vom Standpunkt der europäischen Politik bedeutete der Vertrag ein Anwachsen des deutschen Interesses an der Beibehaltung der Stellung Spaniens im Mittelmeer.¹³⁶

Dem Vertrag stand nur die konservative Opposition entgegen. Als es bei der Tagung der Cortes im Februar sicher schien, dass die Regierung zurücktreten würde, hielt es Radowitz für das beste, die Oppositionsführer Silvela und Tetuan über die geführten Verhandlungen zu unterrichten. Um sie zu überreden, bat Radowitz auch noch um die Hilfe von Königin Maria. Nachdem Silvela und Tetuan versicherten, dass sie in den Cortes für die Billigung des Vertrags eintreten würden, konnten die Deutschen gelassen der Anfang März ausgebrochenen Regierungskrise gegenüberstehen.¹³⁷ Die Konservativen bildeten unter Silvela die neue Regierung. Der Premierminister erklärte, dass seine Regierung den Südseevertrag vollkommen unterstütze und ihn den neuen Cortes zur Behandlung vorlege, sobald sie tagen.¹³⁸

6.2.5. Der Südseevertrag im Reichstag

Der Vertrag blieb bis Anfang Juni geheim, als er durch die spanische Regierung zur Behandlung vorgelegt wurde.¹³⁹ Dies veranlasste Deutschland, die Angelegenheit auch im Reichstag zur Behandlung vorzulegen. Bülow stellte den Inhalt des Vertrags dar, äusserte aber auch den

134. Radowitz' Telegramm an AA 19.12.98, Bülows Telegramm an Radowitz 20.12.98, Radowitz' Telegramm an AA 21.12.98. G.P. XV. Nummern 4187–4189.

135. Bülows Telegramm an Radowitz 4.2.99. G.P. XV. Nr. 4196; Radowitz' Telegramm an AA 8.2.99. G.P. XV. Nr. 4197.

136. Bülows Telegramm an Radowitz 15.2.99. G.P. XV. Nr. 4198. Vgl. *Jerussalimski*, Die Aussenpolitik, S. 649.

137. Radowitz' Telegramm Nr. 28 an AA 23.2.99. PA. Südsee Nr. 3. Bd. 3. A.S. 414; derselbe an denselben Nr. 29. 26.2.99. Ibid. A.S. 437.

138. Radowitz' Telegramm Nr. 35 an AA. 4.3.99. G.P. XV. Nr. 4200.

139. Bülows Telegramm Nr. 39 an Wilhelm II. 2.6.99. PA. Südsee Nr. 3. Bd. 4. A.S. 1071.

Wunsch, dass dieser erst behandelt werden solle, nachdem der Verkauf von den spanischen Cortes akzeptiert worden sei. Erst dann solle die Angelegenheit dem Reichstag zur Behandlung vorgelegt werden.¹⁴⁰ Trotz Bülows Wunsch konnte sich Richter, der Vorsitzende der Freisinnigen Volkspartei, dessen nicht enthalten, während der Besprechung des Nachtragsbudgets zu bemerken, dass der Preis für jeden auf den Inseln wohnhaften deutschen Staatsbürger mindestens 170 000 Mark betragen werde.¹⁴¹

Nachdem die Mehrheit des spanischen Parlaments für den Vertrag eingetreten war, wurde er im Reichstag im Zusammenhang mit dem zweiten Nachtragsbudget behandelt. Auf den Inhalt des Vertrags konnten die Abgeordneten keinen Einfluss ausüben. Ihre Aufgabe bestand nur darin, die dazu von der Regierung vorgeschlagenen finanziellen Mittel des Budgets entweder zu bewilligen oder abzulehnen. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes waren kurze Memoranden über die Südseeninseln sowohl für die Abgeordneten als auch für den Bundesrat erstellt worden. Sie enthielten Informationen über Lage, Grösse, Bewohner, Naturschätze und Klima der Inselgruppen. Gerade die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die die Karolinen und die Palau-Inseln boten, wurden hoch geschätzt. Dass das Gebiet unerschlossen geblieben war, sei nur auf die Unfähigkeit der Spanier, auf den Inseln die für die Entfaltung des wirtschaftlichen Lebens notwendigen geordneten Verhältnisse zu schaffen, zurückzuführen. Unter Leitung der Deutschen, insbesondere der Jaluit-Gesellschaft, die auf den Marshall-Inseln koloniale Erfahrungen gesammelt hatte, sollte das Land wieder produktiv werden. Nennenswerte Rivalen waren kaum in Sicht. Ausser einer spanischen Firma und zweier amerikanischer Privatpersonen hatten die Japaner, jedoch ohne nennenswerten Erfolg, versucht, mit den Eingeborenen Handel zu betreiben. Es war die Absicht der Jaluit-Gesellschaft, gerade die deutschen Kolonialunternehmen dazu zu bewegen, auf den Inseln Plantagen zu gründen, von deren Rentabilität man wegen des fruchtbaren Bodens überzeugt war. Ausser der Kokospalme galt Baumwolle als eine gut gedeihende Pflanze, die schon in Neupommern mit Erfolg angebaut worden war. Der Anbau von u.a. Tabak und Kaffee schien auch vielversprechend. Um das Gebiet wirtschaftlich besser nutzen zu können, sollte es möglichst bald mit der australischen Seefahrt und dem Handel verbunden werden. Pläne über die Entwicklung des Verkehrs hatten auch schon sowohl der Norddeutsche Lloyd in Bremen als auch die Jaluit-Gesellschaft in Hamburg.¹⁴²

Bei seinem Eintritt für den Vertrag konzentrierte sich Bülow in erster Linie auf die Erklärung des vorgelegten Memorandums. Er stellte fest, dass der Halbkreis der deutschen pazifischen Besitzungen nun zu einem einheitlichen Gebiet geschlossen sei, dessen Verwaltung und Nutzung sich erschwert hätte, wenn Teile davon in Besitz einer fremden Macht geraten wären. Der Aussenminister betonte dennoch, dass Deutschland gute Beziehungen mit seinen Südseebachbarn, den USA und Japan anstrebe. Es gab keinen Grund, die Amerikaner zu stören, und für das "begabte" japanische Volk spürten die Deutschen – nach Bülow – wirkliche Sympathie.¹⁴³

Die Diskussion nach Bülows Einleitungsvortrag blieb ziemlich ruhig. In den den Vertrag befürwortenden Wortmeldungen der Konservativen und Nationalliberalen wurde das Auswärtige

140. Bülow auf dem Reichstag 6.6.99. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags. X. Legislaturperiode. 1. Session 1898/99. 3. Bd. Berlin 1899, S. 2338–39.

141. Stenographische Berichte, S. 2347.

142. Denkschrift (ganz geheim) betreffend die Inselgruppen der Karolinen, Palau und Marianen. Bundesrath 16.6., Reichstag 20.6.99. PA. Südsee Nr. 3. Bd. 4. A.S. 1223.

143. Stenographische Berichte, S. 2696.

Amt und seine Vertreter für einen durch geschickte Verhandlungen erzielten diplomatischen Sieg belobigt, dessen Ertrag auf dem Vertragsweg und nicht mit Waffengewalt hatte herbeigeführt werden können.¹⁴⁴ Die letztgenannte Bemerkung war eine deutliche Anspielung auf die Art und Weise, wie die Amerikaner Kolonien erwarben. Die Gegner, die Vertreter der Freisinnigen Volkspartei und der Sozialdemokraten, richteten ihre Kritik auf zwei Hauptpunkte, auf die Erwerbung von Kolonien im allgemeinen und auf den Vertrag als eine politische und vor allem wirtschaftliche Fehlentscheidung. So hielt der Abgeordnete Wiemer, der sich während der Abwesenheit Richters zu Wort meldete, die aus dem Vertrag ersichtliche Staatskunst Bülows für mehr als fragwürdig. Wiemer versuchte, die von dem Aussenminister dargestellten vielversprechenden wirtschaftlichen Prognosen zu widerlegen. Die neuen Besitzungen würden die Staatskasse nicht nur durch den äusserst hohen Kaufpreis sondern auch in Form jährlich steigender Zuschüsse, die schon für das Jahr 1899 fast eine halbe Million Mark ausmachten, belasten.¹⁴⁵ Wiemer hatte die Südseeinseln nicht selbst kennengelernt. In seiner Antwort stellte Bülow fest, dass auch er die Inseln nie besucht habe, aber er auf Grund der Berichte der Marineoffiziere, denen die Inseln verträut waren, von dem Wert der Inseln überzeugt sei. Er las dann kurze Auszüge aus Meldungen von Knorr, Diederichs und dem Kommandeur der "Arcona" vor. Wie oben (S. 121) dargestellt ist, waren diese 'Empfehlungen' als Ganzes sehr reserviert, wobei Knorr geradezu vom Erwerb der Inseln abriet. Bülow versuchte, die Opposition mit bewusst irreführenden Begründungen zu überzeugen, indem er nur die seinem Zweck dienlichen Stellen aus den Berichten vorlas. Das hinderte ihn nicht, seine Antwort auf die Angriffe mit folgenden pathetischen Worten zu schliessen: "Ich bin aber überzeugt, dass, ... wenn wir alle längst unter dem grünen Rasen schlafen, des vielen Haders müde, unsere Kinder und Kindeskinde an unserem schönen Südseebesitz, an den Karolinen und Marianen, ihre Freude haben werden." Von rechts, der Mitte und den Nationalliberalen wurde begeistert Beifall gespendet. Die Linken antworteten mit Lärm und Gegenrufen.¹⁴⁶

Der Vertrag und die deutsche Kolonialpolitik im allgemeinen wurde am heftigsten von dem Sozialdemokraten Liebknecht kritisiert. Seiner Meinung nach habe Deutschland nur von anderen übriggebliebene wertlose Gebiete erwerben können. Die afrikanischen Kolonien hätten nur Ärger gebracht. Durch die Eroberung von Kiautschou sei eine hochgeachtete Stellung in der Weltpolitik angestrebt worden, doch in Wirklichkeit sei Deutschland nun zwischen englischen und russischen Gebieten zusammengepresst. Jetzt hatte die Regierung die Südseeinseln, die die USA nicht für eroberswert gehalten hatten, zu einem so hohen Preis gekauft, dass Deutschland die Rolle eines im Geschäft Betrogenen zugewiesen werden könne. Indem die Regierung neue Kolonien erwarb, habe sie Motive für ihre Flottenpolitik bekommen, die sonst schwer zu verteidigen wäre. Nach Liebknecht bestand die Zukunft der Völker nicht auf dem Wasser, sondern auf eigenem Boden. Das Gegenteil zu behaupten sei ein Teil der gegen Sozialisten gerichteten chauvinistischen Innenpolitik. Bitter behauptete der Redner, dass Kriegsschiffe zum Schutz einiger deutscher Bourgeois geschickt werden, während Menschen im eigenen Lande als Parias behandelt wurden.¹⁴⁷

144. Siehe Wortmeldungen von Lieben, Hasse und Paasche 21.6.99. Ibid., S. 2697, 2699, 2709.

145. Stenographische Berichte, S. 2701–03.

146. Ibid., S. 2703–05.

147. Stenographische Berichte, S. 2707–08.

Die Wortmeldung Schraders, eines Vertreters des Zentrums, war gemässiger und "runder". Seine Partei habe häufig die Kolonialpolitik kritisiert. Jetzt hoffe sie, dass man aus begangenen Fehlern gelernt habe. Die deutschen Interessen in der Südsee seien auch viel bedeutender geworden als sie früher gewesen seien. Der Redner vertrat noch die Ansicht, dass die Aufgabe der Deutschen darin bestehe, das Volk zu bilden und den christlichen Glauben zu verbreiten. Aus diesen Gründen empfahl er, den Vertrag anzunehmen.¹⁴⁸

Die Diskussion, die im Reichstag über den Vertrag geführt wurde, zeugt von der zunehmenden Frontenbildung der Sammlungspolitik, als nun auch das Zentrum sich der Kolonialpolitik anschloss. Nur insgesamt zwölf Abgeordnete ergriffen das Wort zum Südseevertrag. Ein Grund zum farblosen Auftritt der Opposition bestand in der deutlich voraussagbaren Tatsache, dass sie in die Minorität gedrängt würden. Für die Bildung einer Opposition reichte auch die Zeit kaum aus. Die Inseln wurden ja nicht nach einem langen Krieg erobert, sondern im Reichstag wurde ein fertiger, friedlich zustandegekommener Vertrag eingebracht, der nach seiner Veröffentlichung schnell zur Debatte gestellt wurde. Als das zweite Nachtragsbudget des Staatshaushaltes und das Nachtragsbudget für die Schutzgebiete zur dritten Lesung kamen, wurden sie als solche angenommen.¹⁴⁹ Von der überschwenglichen Dankbarkeit des Kaisers zeugt sein aus Kiel an Bülow übermitteltes Telegramm, in dem der Kaiser nach Gott seinem Aussenminister dankte: "... dass Sie dieses Perlenjuwel meiner Krone haben erwerben helfen. Um meinem Dank hierfür besonderen Ausdruck zu verleihen, erhebe ich Sie in den Grafenstand."¹⁵⁰

6.2.6. Die Reaktionen der Vereinigten Staaten und anderer Grossmächte auf den Vertrag

Nachdem Spanien den Vertrag veröffentlicht hatte, warteten die Deutschen mit Interesse auf die Reaktionen der Amerikaner. Auf diplomatischer Ebene waren die Amerikaner zwar häufig, aber indirekt und inoffiziell über die deutsch-spanischen Verhandlungen informiert worden. In Washington war man nach Aussenminister Hay jedoch nicht auf so schnelle und umfangreiche Resultate gefasst.¹⁵¹ Holleben schilderte die offizielle Meinung der USA teils als "freundlich neidisch", teils als "vornehm resignativ". Die amerikanische Regierung habe das Gefühl gehabt, in der öffentlichen Meinung eine diplomatische Niederlage erlitten zu haben. Die unangenehmste zu erwartende Konsequenz daraus könne in der Gefährdung der deutschen Bestrebungen in bezug auf Samoa entstehen.¹⁵²

Ebensowenig war für die amerikanische Presse der Kaufvertrag eine vollständige Überraschung. Z.B. hatte die New York Times ziemlich zutreffende Mutmassungen über die deutsch-spanischen Verhandlungen im Laufe des Herbsts 1898 anstellen können.¹⁵³ Dennoch sah die Washington Post die Nachricht als eine Sensation in der Diplomatenwelt an. Die Zeitung hielt die von Deutschland gekauften Inselgruppen für strategisch wichtig und bedauerte, dass die US-Regierung sie nicht während der Friedensverhandlungen erworben hatte, obwohl es durch-

148. Ibid., S. 2710–12.

149. Stenographische Berichte, S. 2767.

150. Telegramm Wilhelms II an Bülow 22.6.99. PA. Südsee Nr. 3. Bd. 4.

151. Hollebens Telegramm Nr. 111 an AA 3.6.99. Ibid. A 6629.

152. Holleben an Hohenlohe 5.6.99. Ibid. A 7189.

153. Z.B. New York Times 13.11.98. Nr. 15239; 2.12.98. Nr. 15256.

aus möglich gewesen wäre.¹⁵⁴ Im Weissen Haus wurde das Thema in Gesprächen mit Holleben vermieden, denn es findet sich keine diesbezügliche Erwähnung in seinem Rapport und auch der Gesandte wollte das Thema nicht berühren. Als Wilhelm II im Zeichen der neuen nachbarschaftlichen Beziehungen ein Begrüssungstelegramm an McKinley schicken wollte und Bülow sich nach der Angemessenheit dieser Geste erkundigte, antwortete Holleben, dass die Angelegenheit den Amerikanern noch unangenehm sei. Ein solches Telegramm konnte ausserdem den Eindruck erwecken, die Deutschen suchten übereifrig die Freundschaft Amerikas.¹⁵⁵ Das Begrüssungstelegramm wurde nicht übermittelt, so dass auf der offiziellen Ebene nicht einmal auf diese Weise der Ankauf der Karolinen, Marianen und Palau-Inseln durch Deutschland notiert wurde.

Als Garantie zum Erwerb der Südseeinseln war es den Deutschen opportun erschienen, ihre Verhandlungen mit den Spaniern auch vor anderen Grossmächten geheim zu halten. Man konnte doch davon ausgehen, dass gerade die Engländer ihre Informationen nach Washington weitergeleitet hätten. Ausserdem könne man auf Grund des englisch-deutschen Vertrags aus dem Jahr 1886 – wie der englische Gesandte Lascelles Bülow auf einer Party in Berlin versicherte – der Loyalität Englands den deutschen Erwerbungen gegenüber sicher sein.¹⁵⁶ Die Vertreter der Grossmächte waren natürlich am Verlauf der Verhandlungen interessiert. Auf die diesbezüglichen Fragen der französischen, russischen und englischen Gesandten gab der Aussenminister Almodovar jedoch die für ihn typische ausweichende Antwort, dass keine verbindlichen Verträge abgeschlossen worden seien.¹⁵⁷ Auch Wolff, der englische Gesandte in Madrid, war noch Anfang Dezember 1898 lediglich in der Lage, unbestätigte Meldungen über die Bestrebungen Deutschlands um die Karolinen weiterzuleiten. Er hielt das deutsche Interesse deshalb für glaubwürdig, weil Deutschland in dem betreffenden Gebiet eine Kohlestation brauchte und zudem die Versorgung mit Kopra wichtig für die deutsche Industrie sei.¹⁵⁸ Salisbury dagegen zeigte kein Interesse an den Karolinen. Trotzdem gab Hatzfeldt den Rat, die Verhandlungen vor den Engländern geheim zu halten, weil diese in Washington versuchen würden, sie nur zu erschweren und Kompensationsforderungen zu stellen.¹⁵⁹ England hatte seine Gründe, sich den deutschen Erwerbungsprojekten nicht zu widersetzen. England wollte weiterhin gute Beziehungen zu Deutschland, da sich das Verhältnis zu Frankreich anspannte und der Südafrika-Konflikt drohte. The Times schrieb dann auch über den von Deutschland vermutlich getätigten Kauf der Karolinen in einer Weise, die von grossem Verständnis zeugte. Die neue Situation schade nicht den britischen Interessen. Die Karolinen lagen ja nicht an ihren wichtigsten Handels- und Kriegsfloottenrouten zwischen Amerikas Westküste und Asien sowie Australiens Ostküste. Die Linie British Kolumbien – Yokohama – Schanghai lag 2 000 Meilen nördlich der Karolinen, die Linie San Francisco – Hawai – Sidney wiederum etwa 2 000 Meilen südöstlich. Die Philippinen und Borneo isolierten die Karolinen vom Schiffsverkehr im Südchinesischen Meer.¹⁶⁰ Der Par-

154. Washington Post 3.6.99. Als Anlage im Bericht Hollebens an Hohenlohe 5.6.99. PA. Südsee Nr. 3. Bd. 4. A 7189.

155. Wilhelms II Telegramm Nr. 8 (aus Kiel) an Bülow 23.6.99. A 7542; Bülows Telegramm Nr. 104 an Holleben 23.6; Hollebens Telegramm Nr. 120 an Bülow 24.6. A 7580. Ibid. Bd. 5.

156. Anonyme Meldung an AA 23.12.98. Ibid. Bd. 2. A.S. 3673.

157. Radowitz an Hohenlohe 28.11.98. Ibid. Bd. 2. A.S. 3424.

158. Wolff an Salisbury 4.12.98. Nr. 428. P.R.O. F.O. 72. Spain. Diplomatic Correspondence. No. 2066.

159. Hatzfeldt an Hohenlohe 13.1.99. PA. Südsee Nr. 3. Bd. 3. A.S. 112.

160. The Times 16.1.99. (Leitartikel). Als Anlage in Hatzfeldts Bericht an Hohenlohe 16.1.99. Ibid. A.S. 134.

lamentssekretär der Regierung antwortete auf die im Unterhaus gestellte Anfrage mit der Versicherung, dass die Regierung sich der Absicht Deutschlands, die Karolinen anzukaufen, nicht bewusst gewesen sei. Seiner Meinung nach sollte England wegen seiner Interessen hinsichtlich Australiens und Neu Seelands die Situation genau verfolgen.¹⁶¹

Die Reaktionen der Engländer blieben in erster Linie positiv zur Kenntnis nehmend, auch nach der Bekanntmachung des Kaufvertrags. So betrachtete *The Morning Post* das Geschehene gewissermaßen als natürliche Folge einer der bedeutendsten Phänomene des 19. Jahrhunderts, der Expansion Deutschlands. Das deutsche Volk sei in Schulen, Universitäten und im Staatsdienst effektiv ausgebildet worden, seine Interessen denen des Vaterlands gleichzusetzen.¹⁶² *The Times* hielt wiederum die Erwerbung von Kolonien durch Deutschland für einen modernen Zug, weil "the nation which colonizes the most is the first nation in the world, or will be so to-morrow, if it is not to-day". Die Zeitung prophezeite den Deutschen jedoch praktische Schwierigkeiten in der Produktivität der weitentlegenen Kolonien. Vor allem glaubte sie nicht an die Fähigkeit der deutschen Regierung, wirklich qualifizierte Teile der Bevölkerung zum Auswandern in die Südsee zu bewegen.¹⁶³

Die Briten stellten also kein Hindernis für den Bau 'eines grösseren Deutschlands' im Pazifik dar. In der Wilhelmstrasse nahm man dagegen die Sondierungen des belgischen "Kolonialaktivisten", König Leopold II, seine Kolonien durch spanische Inseln zu vermehren, sehr ernst. Nachdem die spanische Königin die Verhandlungen mit Deutschland von November bis Dezember in die Länge gezogen hatte, erfuhr Radowitz, dass auch Leopold II Angebote für die Inseln unterbreitet hatte. Nach der Information, die Radowitz "auf sehr vertraulichem Wege erfahren" habe, sei es die Absicht der Belgier und der Regierung des Kongo, eine Handelskompanie zu gründen, die für den gesamten Handel auf den Südseeinseln zuständig sein würde, indem die spanische Souveränität in dem Gebiet erhalten bliebe. In einem langen Gespräch gab Königin Maria zu, dass der Königin von Belgien seine Bereitschaft geäußert habe, die Handelsherrschaft zumindest auf einige Inseln auszubreiten. Nachdem Radowitz die Nachteile eines solchen Vertrags für Spanien – die Handelskompanie würde ja den Gewinn für sich beanspruchen, während Spanien für die Sicherheit des Gebiets verantwortlich wäre – argeführt hatte, versprach die Königin zu versuchen, über alle Kolonialfragen eine Verständigung mit Deutschland zu erzielen.¹⁶⁴ Nach Radowitz habe das Angebot der Belgier zuerst nur die Philippinen betroffen, aber später habe es alle spanischen Inselgruppen umfasst. Nach Meinung des Gesandten würde Deutschland bald den geplanten Kauf abschreiben können, wenn es nicht bald möglich sei, den Belgiern "ein 'hands off' für die Südseearchipele zuzurufen".¹⁶⁵ Der Konkurrent war keine Grossmacht; dieser Umstand wurde dann bei der Wahl der Mittel berücksichtigt. Bülow beauftragte Alvensleben, den deutschen Gesandten in Brüssel, sich über die Vorhaben Belgiens informieren zu lassen und in einem unnachgiebigen Ton davor zu warnen, sich den deutschen Interessen in den Weg zu stellen.¹⁶⁶ Sowohl der belgische Premierminister als auch der Aussenmini-

161. Hatzfeldt an Hohenlohe 17.3.99. Ibid. Bd. 4. A.S. 620.

162. *The Morning Post* 5.6.99. Als Anlage in Hatzfeldts Meldung an Hohenlohe 5.6.99. Ibid. A 6771.

163. *The Times* 24.6.99. Als Anlage in Hatzfeldts Meldung an Hohenlohe 24.6.99. PA. Deutschland Nr. 167. Bd. 2. A 7675.

164. Radowitz' Telegramm Nr. 239 an AA 9.12.98. PA. Südsee Nr. 3. Bd. 2. A.S. 3495.

165. Radowitz' Telegramm Nr. 240 an AA 10.12.98. Ibid. A.S. 3499.

166. Bülow's Telegramm Nr. 75 an Alvensleben 10.12.98. Ibid.

ster versicherten, dass sie nichts von der ganzen Sache wussten. Auch der König sagte, dass sich weder die Regierung noch die Regierung des Kongos der Angelegenheit bewusst gewesen seien. Der König erklärte, dass es sich eigentlich nicht um irgendwelche Verhandlungen handelte. Er habe nur den Gesandten in Madrid gebeten, Informationen über die spanischen Südseeinseln und über diesbezügliche eventuelle Pläne der spanischen Regierung für ihn einzuholen. Als ausreichenden Grund zur Beendigung der Sondierungen hielt er das Bewusstsein, dass Deutschland eine Einmischung in das Schicksal der Inseln als unfreundlichen Akt auffasste. Alvensleben präzierte am Ende des Gesprächs noch, dass die kaiserliche Regierung in diesem Zusammenhang die Aktionen Belgiens und des Kongo gleichsetzte.¹⁶⁷

Der von der deutschen Regierung unnachgiebig vertretene Standpunkt führte bald zu Ergebnissen. Der belgische Gesandte in Madrid zog seinen Vorschlag schon am Tag nach dem Gespräch zwischen Leopold und Alvensleben zurück. Am gleichen Tag kam der Premierminister auf Veranlassung der Königin mit der Meldung zu Radowitz, dass Spanien bereit sei, alle seine Südseebesitzungen an Deutschland zu verkaufen. Radowitz war nur noch über den Kaufpreis besorgt, denn er vermutete, dass der Preis infolge des belgischen Angebotes gestiegen sei.¹⁶⁸ Es ist in diesem Zusammenhang nicht möglich gewesen, genauer zu klären, wie der Vorschlag der Belgier war. Oben ist nur das Bild dargestellt worden, das die Deutschen sich über die Lage verschafft hatten. Doch das bestimmte ja ihr Handeln, was an diesem Punkt wesentlich ist. Die Episode zeigt in ihrer Art, welch grosser Wert in der Wilhelmstrasse auf die Ausweitung des pazifischen Machtbereichs gelegt wurde. Da der Konkurrent ein kleines Land war, hielt man nicht einmal Verhandlungen für nötig, vielmehr wurden die eigenen Bedingungen diktiert.

Erheblich versöhnlicher wurden die Stellungnahmen der wachsenden Grossmacht Japan berücksichtigt, gerade die Marianen liegen ja geographisch ziemlich dicht an Japan. Nach Berichten des Gesandten Leyden sei in der japanischen Presse Bereitschaft zur Expansion nach Süden zu Beginn des Krieges zwischen den USA und Spanien zum Ausdruck gebracht worden, doch später sei der Enthusiasmus abgeebbt. Dem Gedanken eines Erwerbs der Karolinen durch Deutschland gegenüber war man nicht negativ eingestellt.¹⁶⁹

Wegen des von Spanien geforderten hohen Kaufpreises bestand die Furcht, dass der Reichstag keine Mittel zum Ankauf aller drei Inselgruppen gewährte. Nachdem Guam in den Besitz der USA übergegangen war, waren die Marianen von der betreffenden Inselgruppe weniger wichtig für Deutschland. Deshalb hielt man es in der Wilhelmstrasse für möglich, sie an Japan zu verkaufen. Aus Tokio erhielt man jedoch kein präzises Kaufpreisangebot. Aussenminister Aoki erklärte zwar, dass die Marianen keineswegs wertlos für Japan seien, doch die Regierung sei nicht bereit gewesen, einen Sonderetat zu diesem Zweck zu gewähren.¹⁷⁰ Die Angelegenheit verlor ihre Aktualität, als auch die Marianen per geheimem Kaufvertrag zwischen Spanien und Deutschland vom 9. Februar 1899 in deutschen Besitz übergingen.

Aufgrund des verfügbaren Quellenmaterials hat es den Anschein, dass Frankreich und Russland weder in St. Petersburg und in Paris noch in Berlin Interesse daran zeigten, dass die spanischen Inseln in den Besitz des Deutschen Reiches gerieten. Diese Auffassung wird durch einen

167. Alvenslebens Telegramm Nr. 28 an AA 12.12.98. Ibid. A.S. 3523.

168. Radowitz' Telegramm Nr. 243 an AA 14.12.98. Ibid. A.S. 3543.

169. Leyden an Hohenlohe 10.2.99. Ibid. Bd. 4. A.S. 593.

170. Leydens Telegramm Nr. 3 an AA 21.1.99. A.S. 161; Bülow's Telegramm Nr. 6. an Leyden 23.1.; Leydens Telegramm Nr. 4 an AA 26.1. A.S. 205. Ibid. Bd. 3; *Vagts II*, S. 1374.

aus der deutschen Botschaft in Paris eingetroffenen Bericht unterstützt, nach dem die französische Presse einem Erwerb der Inselgruppe durch Deutschland kaum Aufmerksamkeit widmete. Nur die "Temps" schrieb in einer für sie typischen, deutschfeindlichen Art über das Thema und versuchte in jeder Weise den Wert der neuen Besitzungen ihres Nachbarn herunterzuspielen.¹⁷¹

Es kann kurz festgestellt werden, dass Deutschland seine Kompensation in der auf den Krieg zwischen den USA und Spanien folgenden Gebietsteilung ohne Widerstand durch irgendwelche aussenstehenden Mächte erhalten hatte. Die Vereinigten Staaten hätten Spanien vielleicht zu noch grösseren Opfern drängen können als es schon gegeben hatte, aber schon die Abtretung der Philippinen und anderer 'Kriegsbeuten' an die USA hatte eine starke Opposition im Lande entstehen lassen. Wegen der Besitzungen Neu Guinea und der Marshall-Inselgruppe hatte Deutschland ohne Zweifel grösseres Interesse an der Erbteilung der pazifischen Besitzungen Spaniens als andere Grossmächte. Die Initiative zum Erwerb der Inseln war von der politischen Leitung ausgegangen. Von massivem Druck aus dem Wirtschaftsleben kann man nicht reden, obwohl ab Herbst 1898 in der Jaluit-Gesellschaft der Wunsch aufkam, die Karolinen für Deutschland zu erwerben. In Marinekreisen war man geradezu gegen die grosszügigen Pläne der Wilhelmstrasse. Ebenso wenig verlangte die öffentliche Meinung die Eindeutschung der Inseln, denn das Auswärtige Amt kümmerte sich um die Angelegenheit auf geheimem diplomatischem Wege. Die Motive der Wilhelmstrasse waren z.T. wirtschaftlicher Art. Durch neue Besitzungen, insbesondere mit Hilfe der Karolinen, sollte schon die Ausnutzung des früheren Südseeschutzgebiets intensiviert werden. Dem strategischen Standpunkt gemäss wollte man das Stützpunktnetz in Richtung Japan und China sichern. Zumindest Wilhelms II. und Bülow's Handlungsweise wurde weitgehend auch durch prestigepolitisches Denken geleitet. Der Erwerb der Südseeinseln war ein Weg zur Schaffung eines grösseren und international mehr geachteten Deutschlands. "Nun wehe die Flagge des Deutschen Reiches über diesen Inseln für alle Zeit, dem Reiche zur Ehr und dem Feinde zur Wehr", verkündete Gouverneur Bennisgen auf Ponape, als er am 13. Oktober 1899 die östlichen Karolinen zu Deutschland gehörig erklärte.¹⁷²

6.3. Hawaii und Samoa

Wie oben dargestellt worden ist, versuchte Deutschland, Hawaiis immer stärkere Einbindung in den Einflussbereich der USA zu Kompensationsforderungen mit Samoa zu nutzen. Bis Ende des Jahres 1897 war es schon klar gewesen, dass die englische Regierung ihre Beziehungen zu Washington nicht gefährden wollte, indem sie mit dem Deutschen Reich Samoa teilten, wenn die USA Hawaii beanspruchen würden.

Nach Kriegsausbruch wurden die Philippinen nicht nur Gegenstand der Kolonialpolitik der Wilhelmstrasse, sondern auch Mittel der Kompensationspolitik, um Gebietserwerbungen mit Samoa zu bezwecken. Besonders am Anfang des Krieges zirkulierten Gerüchte über den Erwerb der Philippinen durch England als Ergebnis der amerikanisch-englischen Verhandlungen. Der Gesandte Hatzfeldt, der später eine der Schlüsselpersonen in den Samoa-Gesprächen zwischen Deutschland und England wurde, war schon zu der Zeit der Meinung, dass nun der richtige

171. Belor an Hohenlohe 8.6.99. PA. Südsee Nr. 3. Bd. 4. A 6925.

172. Bericht des kaiserlichen Gouverneurs v. Bennisgen über seine Reise zum Zwecke der Übernahme des Inselgebietes der Karolinen, Palau und Marianen in deutschen Besitz, S. 3. Staatsarchiv Bremen 3-R. 1. g.

Augenblick gekommen war, in London Samoa als Kompensation zu fordern.¹⁷³ Trotz dem "Frühling" der englisch-deutschen Beziehungen verhielt sich Salisbury jedoch "zurückhaltend" zu Hatzfeldts Sondierungen, was – wie der Gesandte meinte – sowohl durch innen-als auch durch aussenpolitische Gründe bedingt sei. Die Gegner Salisburys hätten einen Verzicht auf jede Kolonie als Zeichen der Schwäche abgestempelt. Andererseits war England während des Krieges noch weniger bereit, die Amerikaner zu irritieren, als zuvor.¹⁷⁴

Der Krieg sicherte die Annexion Hawaiis durch die USA. Mit der Philippinen-Frage wurden die Möglichkeiten, die der Ferne Osten überhaupt bot, ins Bewusstsein der Amerikaner gebracht. Man hatte schon früher die Lage Hawaiis als "Schlüssel zum Pazifik" begriffen, doch jetzt gerieten die Skeptiker in die Minderheit. Das Repräsentantenhaus stimmte am 4. Mai für die Annexion, nur einige Tage nach dem Sieg Deweys. Der Senat kam am 6. Juli zu der gleichen Lösung, und am 9. Juli 1898 unterschrieb der Präsident den Vertrag.¹⁷⁵

Deutschland versuchte aus dem Hawaii-Vertrag der USA Nutzen zu ziehen, indem es Kompensationen sowohl zu Samoa als auch zu die Philippinen forderte. Die Amerikaner waren schon im April und Mai davor gewarnt worden, dass Deutschland infolge des Krieges seine diesbezüglichen Pläne wieder aufgreifen könnte. Botschaftssekretär Spring aus der englischen Botschaft in Berlin, der die Warnungen vorgebracht hatte, schlug in seinem privaten Brief an seinen Freund Hay eine umgehende Annexion Hawaiis durch die USA vor. Hay empfahl auch seiner Regierung, auf diese Weise zu handeln, so dass Deutschland keine Gelegenheit gegeben würde, die Situation dadurch zu belasten, dass es seinen Ansprüchen auf die Philippinen und Samoa noch Hawaii hinzufügte.¹⁷⁶ Washington vertrat einen streng autonomischen Standpunkt hinsichtlich aller erwähnten Inseln vor dem Abschluss des Friedensvertrags. Als Hatzfeldt in seinen Gesprächen mit Hay die Kompensationsmöglichkeiten sondierte, hatte er Hawaii und Samoa lediglich erwähnt, als Hay ihn unterbrach und sagte, dass die Annexion Hawaiis nur eine Angelegenheit zwischen den USA und Hawaii sei und seine Regierung ebensowenig von den über Samoa geschlossenen Verträgen absehen könne.¹⁷⁷ Aussenminister Day untersagte dem Gesandten White, in Berlin über die Auswirkungen des Krieges auf die Besitzverhältnisse der pazifischen Inseln im allgemeinen und Samoas im besondere zu verhandeln, weil es nichts mit der Krise zwischen den USA und Spanien zu tun habe (siehe S. 106).

Unter Berufung auf den spanisch-amerikanischen Krieg oder die Annexion Hawaiis hatte Deutschland offenbar keine Chancen zur Vermehrung seines Einflusses auf Samoa. Die Aktivitäten der Amerikaner und die innenpolitische Situation der Inselgruppe verliehen den Plänen der Deutschen zur Teilung des Archipels noch mehr Nachdruck. Schon vor dem Krieg war die Marine der USA auf die strategische Lage Samoas aufmerksam geworden. Der Präsident entschloss sich schon vor Abschluss des Waffenstillstandes zum Bau des Marinestützpunktes Pago Pago. Die Vereinigten Staaten hatten schon seit 1878 das Recht zum Bau eines Stützpunktes. Nach Ansicht der Deutschen würde das Aufrüsten von Pago Pago eine Störung im Gleichgewicht zwischen den drei Mächten bedeuten. Als Gegenmassnahme schlug Holleben die Befestigung des Hafens Saluafata vor, wo Deutschland, dem Beispiel der Amerikaner folgend,

173. Hatzfeldt an AA 9.5.98. Telegramm Nr. 114. PA. Spanische Besitzungen in Asien Nr. 1. Bd. 6. A 5623.

174. Hatzfeldt an Hohenlohe 20.5. und 3.6.98. G.P. XIV, Nummern 3798 und 3801.

175. Pratt, History of U.S. Foreign Policy, S. 215–16, 218–19.

176. Hays Telegramm an Day 3.5.98. NA/30/181/; Vagts I, S. 802; A.E. Campbell, S. 42.

177. Hay an Day 11.7.98. NA/30/181/454. Vgl. Hatzfeldt an AA 13.7.98. G.P. XV. Nr. 4159.

gleiche Rechte erhalten hatte. Der Kaiser, die Berliner Kolonialverwaltung und die Marineführung pflichteten Holleben bei und forderten die Ausführung dieser Massnahme. Wegen des Standpunktes des Auswärtigen Amtes wurde dennoch der Ausbau von Saluafata aufgegeben, weil er die Amerikaner provoziert und die auf die Teilung der Inseln zielenden Pläne Deutschlands gefährdet hätte.¹⁷⁸

Der gegenseitige Kampf der Eingeborenen um Macht und die daraus folgenden Nachteile für die Kondominatsmächte erwiesen sich schliesslich als die besten Gründe für die von Deutschland geförderten Teilungspläne. König Malietoa Laupepa war im Sommer 1898 totkrank. Sein schlimmster Konkurrent Mataafa, dessen Anhänger allerdings nicht an dem Aufstand gegen Malietoa teilnahmen, lebte im Exil auf der Insel Jaluit. Nach dem Tod Malietoas waren heftige Machtkämpfe zu erwarten. In der Rivalität unter den lokalen Beamten der Kondominatsmächte um den Einfluss auf die Samoaner, versuchten alle Seiten, ihren eigenen Günstling zum König zu erheben. Sowohl die deutschen Plantagenbesitzer als auch die Vertreter der Verwaltung wollten Frieden. In Berlin strebte man die Teilung der Inseln an.¹⁷⁹ Es war die Zeit gekommen, sich an den Rat Hollebens vom Dezember 1897 zu erinnern:

„... dann kann — eine vorherige Verständigung mit England vorausgesetzt — ein schnelles Eingreifen unsererseits wohl eine Situation schaffen, in welche man sich hier finden würde. Eine Veranlassung zu einem solchen Eingreifen würde sich eventuell ja wohl aus den Verhältnissen in Samoa selbst konstruieren lassen.“¹⁸⁰

Die deutschen Pläne begannen, konkrete Formen anzunehmen, als die Kondominatsmächte auf Vorschlag der Konsuln beschlossen, Mataafa aus dem Exil zu befreien, um seine Anhänger zu hindern, zu den Aufständischen überzulaufen.¹⁸¹ Nur das deutsche Schiff "Bussard" lag im Hafen von Apia bereit, so dass es beauftragt wurde, Mataafa von der Insel Jaluit abzuholen. Die Deutschen führten das Manöver gern durch, weil sie so das Vertrauen des als aussichtsreichster Königskandidat geltenden Mataafa erzielen wollten.¹⁸² Malietoa starb Ende August, und die Ankunft Mataafas auf den Inseln im September bedeutete eine noch härtere Rivalität um die Königswürde. Weil Mataafa auch als Kandidat Deutschlands galt, verschärfte sich die Konkurrenzsituation auch zwischen den Kondominatsmächten. Deutschland war die Samoa-Situation genehm, weil nun von der Teilung der Inseln behauptet werden konnte, dass sie die einzige brauchbare Lösung in dieser Situation bot. Deutschland schlug dann auch England vor, die Samoa-Frage so zu lösen, dass die Vereinigten Staaten Tutuila (mit Pago Pago) und Manua, Deutschland Upolu (mit Apia) und Savaii erhielten. England sollten die früher als neutral betrachteten Tonga-Inseln zukommen.¹⁸³

Für den Beginn der Verhandlungen mit England und mit den USA lagen mehrer Gründe vor. Der Plan war ja günstig für die USA, so dass es zu erwarten war, dass Washington sich dazu positiv verhielte. Auf der anderen Seite wollte man die Angelegenheit nicht vor Abschluss des spanisch-amerikanischen Friedens zur Diskussion stellen. Englands positive Stellung war unbe-

178. *Vagts I*, S. 803–806.

179. Die innenpolitische Situation Samoas wird ausführlich behandelt von u.a. *Vagts I*, S. 797–815; *Kennedy*, *The Samoan Tangle*, S. 145–155.

180. Holleben an Hohenlohe 9.12.97. Nr. 695. PA. Südsee Nr. 1. Die Beziehungen Hawaiis zu den Ver. St. v. Nord-Amerika. Bd. 6. A 14728.

181. Pauncefote an Day 14.6.98. *Foreign Relations 1899*, S. 604.

182. Hay an Pauncefote 5.10.98. *Ibid.*, S. 610–12; Richthofen an den kommandierenden Admiral 19.7.98. BA-MA. F. 5079/Samoa Bd. 2; Knorr an Wilhelm II. 8.11.98. BA-MA, F 3419/67345; *Vagts I*, S. 801.

183. Bülow an Hatzfeldt 31.8.98. G.P. XIV. Nr. 4028.

dingt die Voraussetzung zur Durchführbarkeit des Plans. Von den Engländern konnte man Kompromissbereitschaft erwarten, weil in Fragen sowohl die portugiesischen Kolonien in Afrika als auch den Eisenbahnplan von Shantung betreffend, von beiden Seiten befriedigende Ergebnisse erzielt worden waren.

Die innere Situation auf Samoa wurde noch unruhiger als zuvor. Im Herbst 1898 wählte ein Teil der Samoaner mit Unterstützung der deutschen Beamten Mataafa zu ihrem König. Auf Betreiben der englischen Missionsmitarbeiter erklärte die Partei Malietoas wiederum den Sohn des verstorbenen Königs, Tanu, zum König der Inseln. Der amerikanische Oberrichter Samoas erklärte die Wahl Mataafas auf Grund des internationalen Samoa-Vertrags (1889) für nichtig und erkannte die königliche Würde Tanus an. Es kam zum Bürgerkrieg, an dem die örtlichen Ausländer teilnahmen, indem die Deutschen Mataafa und die Engländer sowie Amerikaner Tanu unterstützten. Die von den Konsuln zusammengerufene provisorische Regierung war nicht in der Lage, die Situation zu beruhigen. Während der kriegerischen Auseinandersetzung beschossen die englischen und amerikanischen Schiffe die Küstenbevölkerung und zerstörten auch deutsches Eigentum.¹⁸⁴ Der Konflikt blieb lokal begrenzt und breitete sich nicht auf die ausenpolitische Führung der drei Mächte aus. Die in der amerikanischen Presse geäußerten und auf den Krieg zurückzuführenden Antipathien gegen die Deutschen verstärkten sich in einem solchen Masse, das es Bülow für angebracht hielt, im Reichstag eine Rede zur Entspannung der Lage zu halten.¹⁸⁵

Die Deutschen unterbreiteten in London die ganze Zeit über Vorschläge zur Teilung Samoas. Unter Berufung auf den Standpunkt Australiens machte die englische Regierung Gegenvorschläge, auf die man wiederum in Berlin nicht einging.¹⁸⁶ Nach dem Krieg begannen die Deutschen, auch die Amerikaner über die Teilungspläne zu informieren, in denen Tutuila weiterhin den Vereinigten Staaten zuerkannt wurde. Als Bülow die Angelegenheit zur Sprache brachte, konnte White nicht ohne Instruktionen seiner Regierung darüber diskutieren. White meinte, dass die deutsche Regierung mit den neuen Besitzungen ausser Handelsinteressen auch die 'raison d'être' für ihre Flottenpolitik erreichen wollte.¹⁸⁷ Nachdem Deutschland im September 1899 die Gewissheit über die Einwilligung der Amerikaner in die Teilung der Inseln erhalten hatte, forderte es von England die Lösung der Samoa-Frage unter Androhung des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen.¹⁸⁸ Unter Ausnutzung des Standpunkts der USA und die Gefahr des Burenkriegs gelang es Deutschland, England am 14. November zur Annahme des Vertrags zu bewegen, nach dem Deutschland Upolu und Savaii erhielt. England bekam die Tonga-Inseln und den grössten Teil der deutschen Salomon-Inseln. Die USA schlossen sich am 2. Dezember dem Vertrag an, wobei sie Tutuila mit dem Hafen Pago Pago erhielten.¹⁸⁹

184. *Vagts I*, S. 815–21; *Leusser*, S. 34–35.

185. *Leusser*, S. 34.

186. Siehe G.P. XIV. Nummern 4029–4063. Ein ausführliches, sowohl auf das deutsche als auch englische und amerikanische Material gestütztes Bild wird von Kennedy, *The Samoa Tangle*, gegeben.

187. White an Hay 25.1.99. NA/44/87/714.

188. Hill (stellvertr. Aussenmin.) an White 27.9.99. NA/77: Germany/72/938; G.P. XIV. Nr. 4064.

189. Hatzfeldt an Salisbury 27.10.99. G.P. XIV. Nr. 4115; *Leusser*, S. 37; zum deutsch-englischen Vertrag, s. z.B. *Foreign Relations 1899*, S. 665–66; zum Vertrag zwischen USA, Deutschland und England, s. *ibid.* S. 667–69.

In dem zielbewussten Vordringen der deutschen Regierung zum Erwerb der Samoa-Besitzungen drückt sich die Grossmacht- und Machtpolitik aufs deutlichste aus. Samoa war schon zu der Zeit für die Marine als Etappe von Kiautschou über die deutschen Südseebesitzungen nach Südamerika strategisch wertvoll. Der strategische Wert sollte nach dem Bau des mittelamerikanischen Kanals noch steigen. Weiterhin sollte Samoa, um Tirpitz' Gedanken zu zitieren, eine wichtige Station bei der Verlegung des deutschen "Weltkabels" von Südamerika über die pazifischen Inseln nach Afrika sein.¹⁹⁰

190. Tirpitz an Bülow 11.10.99. G.P. XIV. Nr. 4107.

7. DIE PRESSE UND DIE SPANISCH-AMERIKANISCHE KRISE

7.1. Presse und Aussenpolitik

Für die Presseinformation des Reichs waren in dem hier zu berücksichtigenden Zeitraum drei Ämter zuständig: das Literarische Bureau des Königlich Staatsministeriums, das Pressereferat des Auswärtigen Amtes und das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamtes.

In den Aufgabenbereich des Literarischen Bureaus, das dem preussischen Innenministerium unterstellt war, gehörten neben der Presseinformation Preussens auch die innenpolitischen Fragen des Reichs. Die Pressebeziehungen der höchsten Ämter des Reichs wollte man in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts auf das Bureau konzentrieren, doch war der Erfolg gering.¹ Die beiden anderen Pressebüros widersetzten sich dem Plan. Die Tätigkeit des Pressereferats des Auswärtigen Amtes hatte sich intensiviert, nachdem der erfahrene Journalist Otto Hammann, der schon im Literarischen Bureau gearbeitet hatte, im Jahre 1894 zum Leiter des Pressereferats berufen worden war. Der Aufgabenbereich des Pressereferats wurde von der technischen Übersetzungs- und Vermittlungstätigkeit auf die Auswertung der Berichterstattung und auf die Presseinformation erweitert. Diese Art der Tätigkeit des Referats wurde verstärkt und sein Personal wurde vermehrt, nachdem Bülow Aussenminister geworden war.²

Die wichtige Stellung der Marine in der deutschen Weltpolitik kam auch auf dem Gebiet der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zum Ausdruck. Das 1897 unter Tirpitz gegründete Nachrichtenbureau erhielt neben den eben genannten eine gleichwertige Stellung als amtliche Pressestelle, das natürlich hauptsächlich für Marineangelegenheiten verantwortlich war.³

Von allen Berliner Korrespondenten der grossen 'Regional-Zeitungen' hatte Hammann ein besonders gutes persönliches Verhältnis zu Arthur v. Huhn von der Kölnischen Zeitung und zu August Stein von der Frankfurter Zeitung. Dieselben Personen genossen auch die Gunst Bülows, der die Beziehungen zur Presse überhaupt sehr schätzte. Zu den Günstlingen Holsteins zählten Dr. Franz Fischer, der Chef des Berliner Büros der Kölnischen Zeitung, und Professor Schiemann, der politische Kommentator der Kreuz-Zeitung. Vom Auswärtigen Amt wurden im allgemeinen die der Regierung loyalen Zeitungen sowie einige Oppositionszeitungen mit Hilfe persönlicher Beziehungen ihrer Redakteure informiert. Als amtliches Forum des Auswärtigen Amtes kann nur die Norddeutsche Allgemeine Zeitung gelten, die hinsichtlich ihrer aussenpolitischen Schriften von Bülow sofort nach seiner Ernennung zum Aussenminister streng kontrolliert

1. Innenminister von Köller an das Auswärtige Amt 24.11.94. PA. Deutschland Nr. 126, Nr. 8. Das Literarische Bureau, Bd. 1; Memorandum des Innenministeriums 1.4.98. BA. R 43 F/1559. Akten betreffend amtliche und halbamtliche Blätter. Genauer zum Literarischen Bureau siehe z.B. *Walter Vogel*, Die Organisation der amtlichen Presse- und Propagandapolitik des Deutschen Reichs von den Anfängen unter Bismarck bis zum Beginn des Jahres 1933 (Berlin 1941), S. 14–17. Zur Rolle Hammanns siehe *Günther Heidorn*, Monopole-Presse-Krieg. (Berlin 1960), S. 70–74.

2. *Vogel*, S. 9–14.

3. *William Deist*, Flottenpolitik und Flottenpropaganda. Das Nachrichten-Bureau des Reichsmarineamtes 1897–1914 (Stuttgart 1976), S. 130–131.

wurde. Was die Aussenpolitik betraf, genoss auch die Kölnische Zeitung den Ruf eines offiziellen Blatts, weil es bekannt war, dass sie Bülow's Aussenpolitik unterstützte.⁴ Es handelte sich jedoch nur um "Anregungen", und nicht darum, dass die K.Z. vollkommen vom Auswärtigen Amt gesteuert worden wäre. Das Auswärtige Amt sei nur für den Reichsanzeiger und die Norddeutsche Allgemeine Zeitung verantwortlich.⁵

Die Zeitungen erhielten ihre Auslandsnachrichten entweder von ihren eigenen Korrespondenten oder im allgemeinen durch die Vermittlung Wolffs (Continental Telegraphen Compagnie oder Wolff's Telegraphisches Bureau) von verschiedenen Nachrichtenagenturen. Nach dem Abkommen (1887) zwischen Reuter und Wolff war Reuter u.a. für den Fernen Osten zuständig. Die Nachrichten, die Wolff aus den USA erhielt oder auch dorthin lieferte, gingen über das Londoner Büro der amerikanischen Associated Press.⁶

TABELLE 3. Die Zeitungen der Parteien und/oder Parteirichtungen und ihr relativer Anteil an den Stimmenzahlen bei den Reichstagswahlen 1898.⁷

Partei/Partei- richtungen	Anzahl der Zeitungen	% aller Zeitungen	% der Stimmen
Konservative	807	24.1	15.4
Liberale	656	19.5	23.6
Zentrum	318	9.5	18.9
Sozialdemokr.	54	1.6	27.2
Sonstige	1052	45.3	14.9
Insg.	3337	100.0	100.0

Zu den Beziehungen zwischen Presse und Regierung, siehe z.B. *Heidorn*, S. 55–89; *Otto Groth*, Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde (Journalistik). Bd. II. (Berlin, Leipzig 1929), S. 219–232; *Walter Kaupert*, Die deutsche Tagespresse als Politicum (Inaug. Diss. Uni. Heidelberg. Freudenstadt 1932), S. 172–173; *Isolde Rieger*, Die Wilhelminische Presse im Überblick 1888–1918 (München 1957), S. 97–98; siehe auch "Auswärtige, hier (Berlin) vertretene politische Tageszeitungen". PA. Deutschland 122, Nr. 3. Journalisten. Bd. 6.

5. So wurde die Sache vom geheimen Legationsrat von Mumm, dem österreichischen Geschäftsträger Velics dargestellt, als dieser sich über die Österreich-Artikel in der K.Z. beschwert hatte. Mumm's Anzeige 25.9.98. PA. Deutschland Nr. 126. Nr. 3. Die Presse in Deutschland (excl. Berlin) Bd. 4. Zur Stellung der K.Z. siehe auch *Klaus Wernecke*, Die Weltstellung Deutschlands in der deutschen öffentlichen Meinung 1911–1914 (Diss. Phil. Hamburg 1970), S. 20–21 und *Kurt Weinhold*, Die Geschichte eines Zeitungshauses 1620–1945 (Köln 1969), S. 222–223.
6. *Jorma Ahvenainen*, The Question of German Information Services in the Far East before the First World War. Acta Societatis Historicae Ouluensis. Scripta Historica II (Oulu 1969), S. 237; *Gunilla Ingmar*, Monopol på nyheter. Ekonomiska och politiska aspekter på svenska och internationella nyhetsbyråers verksamhet 1870–1919. Studia Historica Upsaliensia II (Uppsala 1973), S. 19–27; *Heidorn*, (S. 63–69) vertritt die Meinung, dass gerade durch die Nachrichtenvermittlung die Regierung am wirksamsten die öffentliche Meinung beeinflussen konnte und dies auch tat.
7. *Groth*, S. 468; Tormin, Anlage.

Wenn man die Parteigänger der Anzahl der Zeitungen gegenüberstellt, fällt die starke Unterrepräsentation der sozialdemokratischen Zeitungen auf. Nur bei den Konservativen war der relative Anteil der Zeitungen grösser als der der Stimmenzahl. Zu den "Sonstigen" sind von den Parteirichtungen vor allem die Polen, Elsass-Lottinger und die Welfen zu zählen. Die Zeitungsstatistik dagegen bezieht sich in diesem Zusammenhang in erster Linie auf die Unabhängigen.

Über die wirkliche Auflagenhöhe der Zeitungen gibt es keine Statistiken; deshalb muss man sich mit einzelnen Informationen begnügen. Nach Sperling war die Auflagenhöhe der Kölnischen Volkszeitung im Jahre 1899 15 250, die der Vossischen Zeitung 24 500 und die des Vorwärts 50 000.⁸ Die Auflage der Kölnischen Zeitung betrug schon im Jahre 1879 32 000 und im Jahre 1914 116 000.⁹ Die Deutsche Tageszeitung soll im Jahre 1895 über 40 000 Abonnenten gehabt haben.¹⁰ Die Auflage der Weser-Zeitung war im Jahre 1886 ca 5 000¹¹ und die der Münchner Neuesten Nachrichten im Jahr 1889 ca. 65 000.¹²

In der einzigen systematischen Zeitungsstatistik aus dieser Zeit, die greifbar war, werden nur die Zahlen der durch die Post vertriebenen Exemplare angegeben. Die Auflagenzahlen in Tabelle

TABELLE 4. Zahl der durch die Post vertriebenen Exemplare (a), Zahl der wöchentlichen Ausgaben (b) und Gewicht des Jahrgangs (c, in kg.) der benutzten Zeitungen.¹³

Zeitung	a	b	c
A. In Berlin herausgegebenen			
Deutsche Tageszeitung	28 612	6	
Kreuzzeitung	8 252	12	31
Vossische Zeitung	4 379	12	59
Vorwärts	2 770	6	17
Norddeutsche Allgemeine	871	7	29
B. Regionalzeitungen			
Kölnische Zeitung	11 997	18	30
Kölnische Volkszeitung	8 731	16	20
Frankfurter Zeitung	5 092	19	36
Weser-Zeitung	1 723	18	27
Hamburgischer Correspondent	1 704	12	39

dürften die Zahl der Zeitungen angeben, die ausserhalb des Erscheinungsortes abonniert worden waren. Die Zahlen zeigen das Interesse, das den Zeitungen ausserhalb ihres Verbreitungsgebiets entgegengebracht wurde, nur zum Teil, denn offenbar beinhalten die Zahlen der per Post vertrie-

8. Adressbuch der Deutschen Zeitschriften und der hervorragenden politischen Tagesblätter. Hand- und Jahrbuch der deutschen Presse. Herausgegeben von H.O. Sperling. Stuttgart 1899.

9. Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd. II., S. 345; *Deicke*, S. 101–02; *Leupolt*, S. 7, 19.

10. Rudloff (von der Deutschen Tageszeitung) an Hohenlohe 11.2.1895. BA. R 43 F/1556. Angelegenheiten der Presse im Allgemeinen.

11. *Gebhardt*, S. 69, 78.

12. *Harrer*, S. 83.

13. PA. Deutschland No. 126. No. 2. Akten betreffend die Berliner Presse. Bd. 6. Die Statistik wurde von Hammann für die Staatsministerialsitzung im Juni 1898 zusammengestellt. Die Statistik umfasst insgesamt 680 Zeitungen, die in zehn Klassen unterteilt sind. Aus einem nicht näher bestimmbar Grund sind die Münchner Neuesten Nachrichten nicht vertreten.

benen Exemplare nicht den Verkauf von einzelnen Exemplaren (auf Bahnhöfen, an Zeitungsständen usw.). Die grosse Auflagenhöhe der Deutschen Tageszeitung lässt sich auf ihre Funktion als Organ des Bundes der Landwirte zurückführen.

7.2. Das Verhältnis der deutschen Presse zur amerikanischen Expansion

7.2.1. Kuba-Krise

7.2.1.1. Woodfords Note

Die Ernennung Woodfords zum neuen Gesandten der USA in Madrid und die durch ihn im September 1897 der spanische Regierung überreichte Note bedeuteten einen deutlichen Wendepunkt im Verhalten der Regierung McKinleys zur Kuba-Frage. Auch die deutsche Presse wurde auf den Wandel aufmerksam und sie fing an, die Weiterentwicklung der Krise in regelmässigen Beiträgen zu verfolgen. Die Zeitschriften dagegen – mit Ausnahme der 'Nation' – fingen erst im April 1898 an, die Krise zu behandeln, und auch dann bis zum Ausbruch des Krieges nur in geringem Umfang.¹⁴

Seit der Note Woodfords im September hielt die Frankfurter Zeitung die Ungeduld der Amerikaner für natürlich und deshalb das Eingreifen in die Lage auf Kuba im Prinzip für berechtigt.¹⁵ Die Vereinigten Staaten waren nun ohne Zweifel bestrebt, den Kriegszustand zu beenden, wobei das Volk die Regierung unterstützte. Wenn die Spanier nicht in der Lage wären, sich auf Kuba zu behaupten, würde dies nur zeigen, dass sie ihr Recht auf die Insel verloren hätten. Durch militärische Aktionen würden die Spanier die Lage nicht unter ihre Kontrolle bringen.¹⁶ Die Zeitung glaubte nicht daran, dass die Amerikaner wegen Kuba einen Krieg beginnen würden. Die Frage sei in erster Linie eine innenpolitische, und es entsprach den Interessen der beiden rivalisierenden Seiten, nicht über Drohungen hinaus zu gehen, um eine Zuspitzung der Lage zu vermeiden.¹⁷ Die Zeitung stand also den Forderungen der Amerikaner recht verständnisvoll gegenüber und erwähnte nichts von Eroberungsabsichten, die eventuell dahintersteckten.

Die linksliberale Vossische Zeitung berichtete sehr sachlich und knapp in Kommentaren über die Note Woodfords und ihre Folgen. Auch sie stellte die fragwürdigen Methoden der Spanier auf Kuba dar und glaubte an die Möglichkeit der amerikanischen Intervention, falls es Spanien nicht gelänge, die Ruhe auf Kuba wiederherzustellen. Das Ziel der Amerikaner bestand jedoch nicht nur in der Befriedung der Insel, sondern es entsprach den Interessen der Anhänger der Schutz Zollpolitik in den Nordstaaten und des Zuckertrusts, die Insel der USA anzugliedern.¹⁸

Die Weser-Zeitung schrieb relativ viel über die Kuba-Frage, aber in fast allen Artikeln wurden entweder die Verhältnisse auf der Insel oder die innenpolitische Situation in Spanien beschrie-

14. Die Alldeutschen Blätter brachten eine kurze Meldung über den Schiffbruch der "Maine" (27.2.1898, Nr. 9); Die Zukunft einen Artikel (9.4.1898, Bd. 23); die Preussischen Jahrbücher und die Grenzboten behandelten die Frage vor Kriegsausbruch überhaupt nicht.

15. F.Z. 21.9.97. Nr. 262, Abendblatt, S. 1.

16. F.Z. 25.9.97. Nr. 266, Leitartikel, S. 1.

17. F.Z. 24.9.97. Nr. 265, Leitartikel A, S. 1.

18. V.Z. 15.10.97. Nr. 484, Leitartikel, S. 1.

ben; die Interessen Deutschlands oder der Vereinigten Staaten fanden kaum Beachtung. Aus dem ersten Leitartikel zu diesem Thema ging jedoch hervor, dass die Zeitung für freien Handel und freie Seefahrt eintrat. Nach dem Leitartikel wäre die Erhaltung des Friedens das beste für Deutschland. Die Zeitung hätte Kuba eine vollständige Unabhängigkeit "aufs wärmste" empfohlen, wenn es eine Garantie für eine bessere Verwaltung gegeben hätte als in anderen Republiken Lateinamerikas. Eine Annexion Kubas durch die USA hätte bedeutet, dass die Insel in den Bereich des amerikanischen Schutzzollsystems geraten wäre, was nicht wünschenswert sei.¹⁹

Der Madrider Korrespondent der Kölnischen Zeitung stand dem Auftrag Woodfords recht negativ gegenüber, ehe dieser in Spanien eingetroffen war. Mit Hinweis auf die von den Vereinigten Staaten aus organisierte Unterstützung der Aufständischen schrieb er, dass die Amerikaner auch ohne eine Kriegserklärung einen Krieg gegen Spanien führen könnten.²⁰ In einem Artikel der Redaktion, der als eine richtigere Stellungnahme der Zeitung betrachtet werden kann, wurde dagegen den Amerikanern das Recht eingeräumt, Spanien wegen der den Amerikanern durch den Aufstand zugefügten Schäden unter Druck zu setzen.²¹

Die Münchner Neuesten Nachrichten vermieden es, zu der Kuba-Politik der USA selbst Stellung zu nehmen, und brachten ihren Lesern Meldungen aus Kuba und Spanien. Auf ihrer Vorderseite brachte die Zeitung den Artikel eines Frank Dewey, in dem dieser auf Grund seines Interviews mit McKinley schrieb, dass das Weisse Haus trotz der "Jingos" im Kongress und in der Presse Spanien nicht zum Krieg provoziere.²²

Auch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung brachte ihren Lesern allgemeine und kommentarlose Meldungen über die Entwicklung der amerikanisch-spanischen Beziehungen und auch sie glaubte nicht daran, dass eine Provokation zum Krieg den amerikanischen Interessen entsprochen hätte, weil schon in Spanien Forderungen aufgekommen waren, die Kuba-Politik zu ändern.²³ Nur in einem Artikel der N.A.Z. wurde ein deutlich positiver Standpunkt Spanien gegenüber eingenommen, indem die Zeitung schrieb: "Der Friede auf Kuba werde sofort herzustellen sein, wenn die Unterstützungen aufhören, die den Aufständischen aus den Vereinigten Staaten zufließen."²⁴

Die katholische Kölnische Volkszeitung zeigte den USA gegenüber kein Verständnis. Ihre Schriften waren entweder streng sachlich oder schon in dieser Entwicklungsphase antiamerikanisch. Die Zeitung schrieb, dass die Regierung der USA die Entwicklung der Situation auf Kuba "mit Argus-Augen und begehrlchen Blicken" verfolge.²⁵

Die in erster Linie für die Interessen der Grossgrundbesitzer eintretende Deutsche Tageszeitung kommentierte Woodfords Note in folgendem, aggressivem Ton: "... was ist denn das anderes, als ein Ultimatum? Jedenfalls ist die Absicht der Vereinigten Staaten, auf Cuba einzuschreiten, mit dürren Worten ausgesprochen worden ..."²⁶

19. Weser-Zeitung 8.10.98. Nr. 18277, zweite Morgen-Ausgabe (2.M), Leitartikel, S. 1.

20. K.Z. 2.9.97. Nr. 795, S. 1.

21. K.Z. 30.9.97. Nr. 878, S. 1.

22. Münchner Neueste Nachrichten 15.10.97, Nr. 477. Morgen-Blatt (M), S. 1.

23. N.A.Z. 14.9.97. Nr. 314, S. 1.

24. N.A.Z. 22.9.97. Nr. 322, Leitartikel, S. 1. Die Zeitung brachte auch mehrere Meldungen über Proteste der Spanier wegen der Freiwilligenexpeditionen. Z.B. 25.10.97. Nr. 355.

25. K.V.Z. 18.9.97. Nr. 680, S. 1.

26. Deutsche Tageszeitung 24.9.97. Nr. 448, S. 2.

Die Kreuzzeitung, Organ der Konservativen und Agrarier, brachte ihren Lesern viel Material über die Anfangsphasen der amerikanisch-spanischen Krise. Professor Schiemann behandelte die Frage vielseitig und im allgemeinen antiamerikanisch in seinen wöchentlichen aussenpolitischen Übersichten. Seiner Meinung nach schienen die Chancen Spaniens, Kuba zu halten, gering, weil die USA offenbar den Krieg wolle. Die "Jingoisten" sahen in dem innerlich uneinheitlichen und äusserlich schutzlosen Spanien einen passenden Gegenstand. Obwohl es in erster Linie um Spanien ging, warnte der Verfasser vor der Gefahr einer ungezügelter amerikanischen Expansion für ganz Europa.²⁷ Woodfords Note habe diejenigen nicht überrascht, die die "chauvinistische" Entwicklung nach der Wahl McKinley zum Präsidenten verfolgt hatten. Der Kubanische Aufstand werde von den Kriegshetzern ausgenutzt. Sie wollten dem "alternden Europa" ihre Überlegenheit demonstrieren.²⁸ Schiemann meinte, dass die Kuba-Frage eine Lebensfrage für Spanien sei. Mit Kuba würde die Grossmacht-Stellung Spaniens verloren gehen und die Existenz der Monarchie wäre in Gefahr.²⁹

7.2.1.2. Die spanische Politik der Nachgiebigkeit

Auf die Note Woodfords hin verfolgte Spanien eine Politik der Nachgiebigkeit, weshalb sich die amerikanisch-spanischen Beziehungen nicht zuspitzten, bevor es im März bis April 1898 offensichtlich war, dass der Aufstand vor der nächsten Regenzeit nicht niederzuschlagen war. In der deutschen Presse war man sich der provisorischen Natur der friedlichen Beziehungen bewusst, und über die Kuba-Frage wurde regelmässig Bericht erstattet.

Die Frankfurter Zeitung hielt die spanischen Aktionen für ein gutes Zeichen, wenn auch – so die Zeitung – sich die Aufständischen nicht mit der Autonomie zufrieden gaben, sondern Unabhängigkeit forderten.³⁰ Völlig kritiklos nahm das Blatt die Artikel seines Korrespondenten in Amerika, die die amerikanische Expansionspolitik befürworteten, nicht auf. Als in dem aus Washinton übermittelten Bericht behauptet wurde, der Annexionsvertrag Hawaiis gehe auf die Bitte der Regierung von Hawaii und auf den Umstand zurück, dass die Amerikaner fürchteten, die Inseln gingen in den Besitz einer anderen Macht über, bemerkte die Redaktion, dass die Spekulanten bei dem Erwerb von Besitzungen der USA eine entscheidende Rolle gespielt hätten. Das Blatt kommentierte jedoch nicht den Kuba betreffenden Teil des Artikels, in dem u.a. behauptet wurde, dass die USA Kuba nicht nehmen würden, auch wenn Spanien es anbieten würde.³¹ Sehr häufig erschienen in dem Blatt Artikel des New Yorker Korrespondenten, die die friedlichen Absichten der Amerikaner betonten. Im Dezember prophezeite er, dass die Krise sich nicht zu einer ernsten Auseinandersetzung entwickeln würde, wenn keine besonderen Konflikte aufkämen. Der Korrespondent hielt die Veröffentlichung des Briefs von De Lome für einen misslungenen Versuch der kubanischen Junta, einen Konflikt heraufzubeschwören. Nach der Explosion der "Maine" lobte er in einer naiven Weise die Sachlichkeit der amerikanischen Volksnatur, weil seiner Meinung nach die Amerikaner dem Vorfall gelassen gegenüberstanden.

27. Krzztg. 15.9.97. Nr. 431, S. 1.

28. Krzztg. 21.9.97. Nr. 442, Leitartikel, S. 1.

29. Krzztg. 6.10.97. Nr. 467, Leitartikel, S. 1.

30. F.Z. 5.10.97. Nr. 276. Leitartikel, S. 1; 17.10.97. Nr. 288, 2. Morgen-Blatt (2.M.) S. 1.

31. F.Z. 19.11.97. Nr. 321, 1.M., S. 1.

Das Verhalten der Amerikaner sei für ihn wieder ein Zeichen des "fair play", das gleichwohl den Feinden und Freunden zuteil werde.³²

Die Vossische Zeitung stand den Reformen Spaniens positiv gegenüber. Nach ihr bedeute die Krise eine unablässige Gefahr, doch sei sie infolge spanischer Aktionen im Hintergrund geblieben.³³

Auch die Kölnische Zeitung schätzte die Reformfreundlichkeit der liberalen Regierung Spaniens hoch, doch reiche die Autonomie den Separatisten nicht mehr aus.³⁴ Andererseits hätten Autonomiebestrebungen kaum Erfolgsaussichten, weil das Wirtschaftsleben der Insel völlig lahmgelegt sei, die Kubaner unfähig zu Verwaltungsaufgaben seien, und zwischen Weissen und Schwarzen viele Streitigkeiten herrschten.³⁵ Nach Meinung des Madrider Korrespondenten der Zeitung, dem in grosszügiger Weise Extraspalten zur Verfügung gestellt wurden, zähle der Autonomie-Erlass in seinem politischen Teil zu den bedeutendsten Verträgen der Kolonialgeschichte des 19. Jahrhunderts. Die wirtschaftliche Macht werde jedoch von dem Mutterland ausgeübt, dessen Cortes u.a. über die auswärtigen Handelsbeziehungen Kubas entschieden.³⁶ In der Kuba-Übersicht, die McKinley im Dezember 1897 dem Kongress unterbreitete, wurde eine Intervention nicht für aktuell und auch in der Zukunft nur aus humanen Gründen für notwendig gehalten. Nach dem Korrespondenten sei die Übersicht "machiavellistisch geschickt", womit er meinte, dass sie den Aufständischen Mut gab, weiterzukämpfen und den Autonomie-vorschlag abzulehnen, weil nun schliesslich Unterstützung von Amerikanern zu erwarten sei.³⁷

Auch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hatte keine Zuversicht auf Autonomie und betrachtete die farbigen Aufständischen als Banditen, die zum Regieren unfähig seien. Zur Verbesserung der Situation auf der Insel sei vor allem Geld nötig, doch nur Amerikaner hätten es gehabt.³⁸ Die Reformen Spaniens seien hoffnungslos, weil die Amerikaner deswegen ihre "beutegierig ausgestreckten Hände" nicht zurückziehen würden.³⁹ Das Zitat aus der N.A.Z. ist eines der stärksten, denn die Artikel des Blatts zu diesem Thema waren im allgemeinen recht nüchtern gehalten. Im Gegensatz zur Kölnischen Zeitung war die N.A.Z. der Ansicht, dass McKinley sich gut gegenüber den Forderungen der Jingo-Presse behauptet habe.⁴⁰ Die Zeitung, die ziemlich unparteiisch von amerikanischen und spanischen Quellen Gebrauch machte, stellte fest, dass es sehr schwer sei, im Konflikt die Wahrheit herauszufinden.⁴¹

Die Münchner Neuesten Nachrichten verfolgten im Herbst und Winter neutral die weitere Entwicklung der Krise, liessen ihr aber regelmässig in ihrer Rubrik "Politische Übersicht" auf der Titelseite erst ab Ende März Platz. In einem aus den USA der Zeitung übermittelten Artikel wurden die Boulevardpresse, Politiker und Berufssoldaten angeklagt, eine kriegerische Stimmung, den "Jingoismus" und "Chauvinismus" zu schüren. Die Mehrheit der US-Bürger sei dagegen weit davon entfernt.⁴²

32. F.Z. 7.12.97. Nr. 339, 1.M, S. 1; 11.2.98. Nr. 41, 3.M, S. 1; 5.3.98. Nr. 63, 1.M, S. 1.

33. V.Z. 27.1.98. Nr. 43, S. 1.

34. K.Z. 13.10.97, Nr. 917, S. 1.

35. K.Z. 16.10.97. Nr. 926, S. 1.

36. K.Z. 3.12.97. Nummern 1070 und 1071.

37. K.Z. 16.12.97. Nr. 1116.

38. N.A.Z. 15.10.97. Nr. 345, S. 1.

39. N.A.Z. 5.11.97. Nr. 366, S. 1.

40. N.A.Z. 11.12.97. Nr. 401, S. 1.

41. N.A.Z. 29.3.98. Nr. 74.

42. M.N.N. 19.3.98. Nr. 130, S. 3.

In Einklang mit den meisten anderen Zeitungen betrachtete auch der Hamburgische Correspondent die Einstellung der Amerikaner als entscheidend für die Durchführbarkeit der spanischen Politik des Nachgebens. In dem von dem New Yorker Korrespondenten verfassten Leitartikel wurde schon im November 1897 vorausgesagt, dass die Aufständischen ein Autonomieangebot nicht annehmen würden, weil sie sich auch dann noch der Unterstützung der Amerikaner sicher sein könnten. So würde die Situation unausweichlich zum Krieg führen, was nach der Zeitung – als einem Vertreter der Wirtschaft – dem amerikanischen Wirtschaftsleben schade.⁴³

Die Kölnische Volkszeitung betrachtete die spanischen Zugeständnisse als Fehler. Das Blatt verteidigte sogar den ehemaligen Kommandeur der spanischen Kuba-Truppen, General Weyler. Weyler hatte nicht nur gegen die Aufständischen, sondern auch gegen deren Unterstützer, die Vereinigten Staaten, kämpfen müssen. Der Gedanke an Autonomie sei nach dem Blatt sinnlos, weil die Kubaner zur Autonomie nicht fähig seien.⁴⁴

Schiemann schrieb in der Kreuzzeitung, dass der Dollar eine immer grössere Rolle in der amerikanischen Politik spiele und die Gewinnsucht vor allem anderen komme. Tabak- und Zuckerindustrie unterstützten den Aufstand, um Kuba und Puerto Rico von Spanien loszulösen. Der Verfasser richtete seine Anklage jedoch nicht gegen die Regierung der USA.⁴⁵ Schiemann glaubte nicht daran, dass die USA Kuba mit dessen farbiger Bevölkerung in ihrem Besitz hätte haben wollen. Deshalb sei für die Amerikaner die Unabhängigkeit die beste Lösung.⁴⁶

7.2.1.3. Die Zuspitzung der Krise

Nachdem der Kongress im März 1898 dem Präsidenten einen Wehretat von 50 Millionen Dollar zur Verfügung stellte, hielt die Frankfurter Zeitung den Kriegsausbruch zum ersten Mal für möglich.⁴⁷ Die Zeitung gab zu, dass der Aufstand geendet hätte, falls die Aufständischen keine materielle und moralische Unterstützung erhalten hätten. Über die Motive der Unterstützung konnte man jedoch verschiedener Meinung sein, und das Blatt stellte fest, dass die Regierung der USA keinen Anteil an den Aktionen gegen Spanien gehabt habe.⁴⁸ Die Vereinigten Staaten seien genauso berechtigt, ihre Interessen und Handelsrechte auf Kuba, wie Deutschland in Schleswig-Holstein zu verteidigen.⁴⁹

Nach der Gewährung von 50 Millionen Dollar hielt auch die Vossische Zeitung die Situation für ernst. Spanien habe allen Forderungen der Amerikaner nachgegeben. Deshalb könne man Spanien nicht für denjenigen halten, der die Hauptschuld am eventuellen Kriegsausbruch tragen würde. Die Spanier hätten "bis an die äusserste Grenze" Enthaltensamkeit geübt, was von den Amerikanern leider nicht gesagt werden konnte. In den USA spielte man leichtsinnig mit dem Gedanken an einen Krieg.⁵⁰ Der Zuckertrust finanzierte den Aufstand, doch historisch gesehen

43. H.C. 23.11.97. Nr. 547. A. Leitartikel, S. 1.

44. K.V.Z. 13.10.97. Nr. 744; 25.12.97, Nr. 936.

45. Krzztg. 10.11.97. Nr. 527, S. 1.

46. Krzztg. 24.11.97. Nr. 549, S. 1.

47. F.Z. 9.3.98. Nr. 67. A., S. 1.

48. F.Z. 26.3.98. Nr. 84. Leitartikel, A. S. 1.

49. F.Z. 28.3.98. Nr. 86, A. S. 1.

50. V.Z. 8.3.98. Nr. 112, S. 1; 9.3.98. Nr. 114, S. 1.

liege der Grund für Unruhen auf der Insel jedoch in der schlechten Kolonialverwaltung Spaniens.⁵¹

In Einklang mit der Vossischen Zeitung vertrat ebenso die Weser-Zeitung die Meinung, dass in der Zuckerindustrie der USA Interesse an der Annexion vorhanden sei. Auch die industriellen Kreise der Nordostküste wollten die Insel in ihr mit einer Zollmauer geschütztes Wirtschaftsgebiet integrieren.⁵² Als sich die Krise zuspitzte, begann man in der Weser-Zeitung, auch zur Politik der Regierung McKinleys deutlich Stellung zu nehmen, und man kritisierte deren "si vis pacem, para bellum"-Methode.⁵³ Noch unmittelbar vor Kriegsausbruch war die Weser-Zeitung besorgt, wie sich der Krieg auf den Wohlstand, die Produktivität und Kaufkraft oder auf den Handel und die Seefahrt neutraler Länder auswirken würde.⁵⁴ Die Zeitung urteilte über die moralischen Standpunkte, mit denen die Amerikaner den Krieg begründet hatten, recht materialistisch, als es in ihrem Leitartikel hiess: "... die Amerikaner täuschen sich, wenn die glauben mit einigen Phrasen von Humanität dem vom Zaune gebrochenen Handel eine moralische Weihe in den Augen der Welt geben zu können ..."⁵⁵

Als der Hamburgische Correspondent die Krise verfolgte, schrieb er über die den Krieg anstrebenden Jingo-Partei und den friedlichen Präsidenten,⁵⁶ doch nachdem der Kongress dem Präsidenten 50 Millionen Dollar zur Lösung der Kuba-Frage zur Verfügung stellte, liess die Zeitung ihren Korrespondenten in Madrid die Motive der offiziellen US-Politik kritisieren. Wenn man früher daran geglaubt hatte, dass die Forderungen der USA "von reiner Humanität, von der Liebe zur Freiheit und Demokratie" abgehangen habe, so laufe nun "alles auf die heftige Begierde hinaus, Cuba selbst zu beherrschen!"⁵⁷

Nach dem "Maine"-Zwischenfall schrieb die Kölnische Zeitung, dass die Mehrheit der Amerikaner die Annexion der Insel durch die Vereinigten Staaten nicht wünsche. Die Kuba-Frage blieb in den USA wegen des Wahlkampfes der Parteien im Vordergrund. In einem von Washington übermittelten Artikel befürchtete man, dass die Situation gefährlich werde, wenn sich im Laufe des Sommers die Zeichen für einen Rückgang der Unterstützung der republikanischen Partei zeigten. McKinley könnte dann "eine kleine napoleonische Ablenkung" in der Aussenpolitik versuchen.⁵⁸ Die in den Reden des Kongresses und in der "Hetzpresse" der östlichen Staaten vorgebrachten Verleumdungen Spaniens seien nur in den USA möglich, wo "ungebildete Emporkömmlinge und rohe Geldprotze" über die Politik bestimmten. Der Präsident sei offenbar wirklich, wie De Lome geschrieben hatte, ein willenloses Werkzeug der Kriegsfanatiker.⁵⁹ So wich die K.Z. von der allgemeinen Auffassung der deutschen Presse ab, nach der McKinley zielbewusst den Frieden anstrebte. Der Korrespondent der Zeitung in Washington nannte den Präsidenten "William the Silent", als er dessen unbestimmtes Verhalten zu der Frage behandelte. Der Korrespondent schätzte auch Sherman und Day gering und hielt Roose-

51. V.Z. 16.3.98. Nr. 125, Leitartikel, S. 1.

52. W.-Z. 8.3.98. Nr. 18426, 2.M., Leitartikel, S. 1.

53. W.-Z. 10.3.98. Nr. 18428, 2.M., Leitartikel, S. 1.

54. W.-Z. 19.4.98. Nr. 18467, 2.M., Leitartikel, S. 1.

55. W.-Z. 17.4.98. Nr. 18465, 2.M., Leitartikel, S. 1.

56. H.C. 11.2.98. Nr. 70. A. S. 3.

57. H.C. 18.3.98. Nr. 130. A. Leitartikel, S. 1.

58. K.Z. 3.3.98. Nr. 205, S. 1.

59. K.Z. 8.3.98. Nr. 221.

velt für einflussreicher als diese.⁶⁰ Im ganzen lassen sich die Artikel der Kölnischen Zeitung als neutral betrachten, aber durch ihre Korrespondenten polemisierte das Blatt gegen die USA und erstreckte seine Kritik bis auf das politische System und den Präsidenten des Landes.

Als die Krise sich im März zuzuspitzen begann, kritisierte die Kölnische Volkszeitung scharf die Motive der Amerikaner. Das Ideal von der politischen Unabhängigkeit Kubas hätte mit diesen Motiven nichts zu tun, es handelte sich vielmehr um das amerikanische "business" und Spekulationen, um Kuba zu erhalten. Die Politik Sagastas habe keine Chancen. Der Aufstand könne nicht beendet werden, weil er aus den USA stark unterstützt werde,⁶¹ wo der "Chauvinismus seine Orgien feierte", und zwar nicht nur gegen Spanien, sondern vor allem gegen Deutschland.⁶²

Nach Auffassung Schiemanns erntete Spanien im Aufstand seine sinnlose Ausbeutungspolitik, doch nutzten einige amerikanische Kreise den Aufstand rücksichtslos aus. Als erster der Kommentatoren verglich Schiemann die Streitkräfte der Beteiligten. Wenn Krieg ausbräche, wäre Spanien zur See stärker, aber schwächer auf dem Lande und Spaniens "Rolle wäre ausgespielt".⁶³ Den von McKinley benutzten Terminus "humanitarian intervention" hielt Schiemann für merkwürdig. Er änderte seine frühere Auffassung bald und behauptete, dass die Amerikaner Kubas Unabhängigkeit nicht wünschten, sondern die Annexion der Insel anstrebten. Sonst würden nämlich Unruhen und sich wiederholende Revolutionen das unabhängige Kuba genauso charakterisieren, wie die anderen süd- und mittelamerikanischen Republiken.⁶⁴

Als der Kriegsausbruch offensichtlich schien, erschienen auch im Vorwärts Artikel zu dieser Frage; früher hatte er sich damit begnügt, in erster Linie mit dem Nachrichtenmaterial die Situation zu verfolgen. Das Blatt schloss sich nun der Kritik der Kolonialpolitik an, die von den Linksliberalen betrieben wurde. Der Vorwärts nahm an, dass die USA vor allem wegen der Rassenfrage Kuba nicht wollten. Die Zeitung glaubte nicht daran, dass europäische Grossmächte sich in irgendeiner Weise in die Krise einmischten.⁶⁵ Auch der Vorwärts betrachtete die Amerikaner als Kriegshetzer, während die Spanier "Langmuth, was dem Volkscharakter gar nicht entspricht" zeigten, um als Angegriffener von Europa moralische Unterstützung zu erhalten.⁶⁶ In einem zukünftigen Krieg habe Spanien keine Chancen zum Sieg. Ein Krieg, wie er sich dann auch entwickelte, wäre ein schweres Unglück, und auch die "dollarsüchtigen Amerikaner" würden ihn nicht für ein gutes Geschäft halten.⁶⁷ So begann nun auch der Vorwärts, die Amerikaner des Materialismus in der politischen Beschlussfassung anzuklagen.

Die Frankfurter Zeitung engagierte sich stark in der Kriegsschuldfrage. Sie erkannte auch die Berechtigung der Amerikaner an, die Befriedung der Insel zu beschleunigen. Nachdem Spanien in seiner Antwort auf die Note der USA versprach, die Verhandlungen über den Waffenstillstand aufzunehmen, falls die Aufständischen die Initiative ergriffen, sei es möglich, den Frieden auf Kuba zu erzielen und den Frieden zwischen den USA und Spanien aufrechtzuerhalten. Die

60. K.Z. 15.3.98. Nr. 248.

61. K.V.Z. 3.3.98. Nr. 159, S. 1.

62. K.V.Z. 15.3.98. Nr. 196, S. 1.

63. Krzztg. 16.3.98. Nr. 125, S. 1.

64. Krzztg. 30.3.98. Nr. 149, S. 1.

65. Vorwärts 1.4.98. Nr. 77, Leitartikel, S. 1.

66. Vorwärts 19.4.98. Nr. 90, S. 1.

67. Vorwärts 21.4.98. Nr. 92, S. 1.

spanische Regierung könne auf keinen Fall des Kriegsausbruchs beschuldigt werden.⁶⁸ In ihrer typischen Weise stellte die F.Z. auch den amerikanischen Standpunkt dar. Demgemäss sei die Antwort Spaniens unbefriedigend, weil darin keine Zustimmung zur Unabhängigkeit Kubas gegeben worden sei.⁶⁹ In ihren folgenden Artikeln vor dem Krieg legte die F.Z. deutlich dar, dass die USA nicht berechtigt seien, sich mit Waffengewalt in die innere Situation Kubas einzumischen oder Spanien den Krieg zu erklären. Das Blatt hielt die Annexion der Insel aus amerikanischer Sicht für unangenehm, nachdem die kubanische Junta ihren Widerwillen geäussert hatte, der Macht der USA unterworfen zu werden.⁷⁰

Die deutsche Presse hielt die schlechte spanische Verwaltung auf Kuba für den historischen Grund der Kriegsgefahr, doch als aktueller Anlass wurde sehr deutlich die Interessenpolitik der USA angeführt. Vor allem die demokratische 'Frankfurter Zeitung und die linksliberale Presse schrieben mit Verständnis über die Leiden der amerikanischen Wirtschaftsinteressen, aber sie verurteilten mit Entschiedenheit den Krieg als Mittel zur Verbesserung der Situation. Sie schlossen sich damit der Kritik der konservativen Presse und der ultramontanen Kölnischen Volkszeitung an, die die Motive der amerikanischen Politik für brutal materialistisch hielten. Andererseits war das Verhalten der Zeitungen zumindest der Hansestädte durch materielle Gesichtspunkte bedingt, denn sie sorgten sich, dass Kuba möglicherweise in den Schutzzollbereich der USA hineingezogen würde. Die für diese Zeit charakteristische sozialdarwinistische Denkweise und Rassenlehre dürfte sich darin ausdrücken, dass keine der Zeitungen irgend einer Partei oder Bewegung sich für die kubanischen Unabhängigkeitskämpfer eingesetzt hätte. Man war der Meinung, dass sie nicht reif für eine autonome Stellung seien oder man vermutete auch, dass die USA wegen der Rassenfrage Kuba nicht annectieren würden.

7.2.2. Die Vermittlung

Trotz ihrer Kriegsfeindlichkeit stand die Frankfurter Zeitung der Vermittlungsfrage ablehnend gegenüber. Teilweise ging dies auf die feindliche Einstellung der Zeitung zum Papst und überhaupt zum Katholizismus zurück. So schrieb die Zeitung, dass der Papst, der sich ein Vertreter Christi auf Erden nenne, die Situation ausgenutzt habe, um politische Macht zu gewinnen, die wiederum Christus nicht gewollt habe. Das Blatt stand auch sonst geradezu mit zynischem Zweifel den Chancen der Vermittlungstätigkeit gegenüber.⁷¹ Schon schwache Versuche der Grossmächte zur Verhinderung des Krieges wurden von der Zeitung als einseitige Druckmassnahmen gegen die USA angesehen. Ihrer Meinung nach hätte der Friedensappell nicht nur in Washington, sondern auch in Madrid vorgelegt werden sollen. Es entspreche den deutschen Interessen, neutral zu bleiben.⁷²

Obwohl die F.Z. in mehreren Artikeln die zum Krieg führende Politik der USA verurteilt hatte, nahm sie nach dem Kriegsausbruch ihre amerikafreundliche Haltung wieder ein. Das Blatt stellte fest, dass materielle Interessen und Spekulationen zum Kriegsausbruch beigetragen hätten. Diese Faktoren hätten jedoch nicht das Volk der USA dazu bewogen, die Aktionen ihrer

68. F.Z. 2.4.98. Nr. 91, Leitartikel. A., S. 1.

69. F.Z. 4.4.98. Nr. 93, A. S. 1.

70. F.Z. 6.4.98. Nr. 95, 3.M. S. 1; 12.4. Nr. 100, Leitartikel A. S. 1; 14.4. Nr. 102, Leitartikel, A. S. 1.

71. F.Z. 6.4.98. Nr. 95, A. S. 1.

72. F.Z. 7.4.98. Nr. 96, A. S. 1; 9.4. Nr. 98. A. S. 2.

Regierung zu akzeptieren, sondern das Hauptmotiv war die Forderung nach Humanität zur Beendigung des kubanischen Aufstandes. Humanität schien den europäischen Mächten dagegen ein leeres Wort gewesen zu sein, nachdem sie das Abschlagen der Armenier erlaubt hatten. In einem langen Leitartikel wurde der Geschichte die Rolle des Richters zugewiesen. Spaniens "Mörder- und Räubergeschichte" in Amerika würde nun bestraft werden. Die innenpolitische Orientierung der F.Z. kam bei der Beschreibung der auf kubanischen Gewässern herrschenden zwei Weltanschauungen und Kulturstufen zum Ausdruck. Die nordamerikanische bestand aus Freiheit, Gleichheit, Unabhängigkeit sowie Entwicklungsfreudigkeit und Hochschätzung der Arbeit. Als Gegenteil wurde die spanische Monarchie gesetzt, die unter dem Klerikalismus autokratisch über das unwissende und arme Volk herrschte.⁷³ Indem der Artikel zum Zeitpunkt des Kriegsausbruchs von der allgemeinen Amerikafeindlichkeit der Presse abwich, rief er ein positives Echo in den USA hervor. Holleben wünschte mehr solcher Schriften, weil nur England Nutzen aus den sich verschlechternden Beziehungen zwischen Deutschland und den USA ziehen würde.⁷⁴

Obwohl der Sprachrohr des Bremer Fernhandels, die *Weser-Zeitung*, gewöhnlich das Wirtschaftsleben als Ausgangspunkt ihrer Stellungnahmen in der Vermittlungsfrage hatte, gefiel es vielleicht den norddeutschen protestantischen Lesern, dass die Zeitung den Katholizismus schmähte, indem sie eine Teilverantwortung für den Zustand der Erniedrigung dem "geistigen Stumpfsinn" der katholischen Kirche zuschob. Eine allgemeinere Kritik der katholischen Kirche betrieb die Zeitung, als sie schrieb: "Unserer Zeit wird ja die Kirche als grosse Macht in der Volkserziehung angepriesen: ihren Erfolg kann man nirgends deutlicher erkennen als in Spanien."⁷⁵ Deutschland habe keinen Grund, "auch nur eine einzige Flintenkugel an die Verteidigung der spanischen Herrschaft auf Cuba zu wenden". Obwohl der Umstand, dass Kuba und Puerto Rico hinter die amerikanische Schutzzollmauer kämen, ungünstig für den deutschen Handel wären, sei es jedoch ein kleineres Übel als wegen der Kuba-Frage den gesamten und wichtigen Handel mit den Vereinigten Staaten zu gefährden.⁷⁶ So wie die *Vossische Zeitung* die Zuspitzung der Krise verfolgte, erkannte sie den Amerikanern das Recht ab, als bewaffneter Richter in der Kuba-Frage zu fungieren. Das Blatt hoffte auf Erhaltung des Friedens Spaniens wegen, weil es "Blut und Geld" verloren hatte; zudem wegen der mit ihrer Machtpolitik gegen rätselhafte Schicksale steuernden Vereinigten Staaten und für die Weiterführung der friedlichen kulturellen Entwicklung. Der europäische Frieden oder das Wirtschaftsleben wären jedoch nicht in gleichem Masse durch den Krieg gefährdet wie durch den Konflikt auf Kreta. Wie im Falle Kretas würde auch der neue Krieg Deutschland sehr wenig betreffen. Im Namen der Humanität könnten die Grossmächte versuchen, der Krieg zu verhindern.⁷⁷ Beide Seiten seien schuld am Kriegsausbruch, doch die Vereinigten Staaten und gerade die "Zuckerspekulanten" trugen die grössere Verantwortung. Der Kuba-Politik der USA ermangele es völlig einer idealistischen Grundlage.⁷⁸

Als die *Kölnische Zeitung* über das Verhalten der Grossmächte zur Krise schrieb, hob sie hervor, dass die Amerikaner von keiner europäischen Macht aktive oder moralische Unterstützung

73. F.Z. 22.4.98. Nr. 110. A., Leitartikel, S. 1.

74. Holleben an Hohenlohe 5.6.98 (eingetroffen 16.6.). A 114. PA. Spanien Nr. 71. Bd. 6. A. 7107.

75. W.-Z. 15.4.98. Nr. 18463. 2.M. Leitartikel, S. 1.

76. W.-Z. 22.3.98. Nr. 18440. 2.M. Leitartikel, S. 1.

77. V.Z. 8.4.98. Nr. 165; zwei Artikel, S. 1.

78. V.Z. 20.4.98. Nr. 182, Leitartikel, S. 1.

erwarten könnten.⁷⁹ Andererseits sei auch keine Intervention der Mächte zugunsten Spaniens in Sicht. Auf Grund der Äusserungen von Hanotaux zog das Blatt den Schluss, dass Frankreich sich nicht in die Krise einmischte. Russland würde wie seine Verbündeten handeln, und England hätte im Fernen Osten die Hände voll zu tun.⁸⁰ Der Pariser Korrespondent der Zeitung zog daraus den Schluss, dass die Unentschiedenheit Europas in der Vermittlungsfrage ein Hinweis auf den Willen sei, billig Erfahrungen über die Seekriegsführung zu sammeln.⁸¹ Die Waffenstillstandserklärung Spaniens sei ein bedeutendes Opfer, wonach kein Zweifel an dem Schuldigen bestehe, falls der Krieg ausbrechen sollte.⁸² Wenn der kubanische Aufstand auch eine Folge der schlechten spanischen Verwaltung sei, haben die USA kein recht, sich mit Waffen in die Situation einzumischen und noch grössere Schäden anzurichten. Auch die Kölnische Zeitung hielt es für gut, dass andere Grossmächte keinen Grund sahen, in dieser Frage zu intervenieren. Das Blatt war sicher, dass sich die Mächte auch weiterhin an die Neutralität halten würden. Die eventuell im Krieg entstandenen wirtschaftlichen Verluste würden im Aufschwung der Nachkriegszeit wieder ausgeglichen.⁸³

Die Münchner Nachrichten hielten den Papst "als Souverän ohne weltliche Macht" für geeignet zur Vermittlungsaufgabe. Für die Unparteilichkeit des Papstes sprach, dass er Spanien aufgefordert hatte, das Blutvergiessen auf der Insel zu beenden.⁸⁴ Auf die Wirksamkeit der Vermittlungstätigkeit vertraute die Zeitung dennoch nicht, denn ihrer Meinung nach liessen sich weltgeschichtlich unausweichliche Zusammenstösse am grünen Tisch nicht verhindern.⁸⁵ Als der Kriegsausbruch sicher schien, brachte die Zeitung wegen der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen und der in Amerika ansässigen Deutschen die Neutralität des offiziellen Deutschlands nachdrücklich zum Ausdruck. Die Amerikaner sollten sich jedoch nicht überrascht fühlen, falls die Presse und die öffentliche Meinung einstimmig "die gleissnerische Habgier und beispiellose Anmassung brandmarken, die die Machthaber in Washington in den letzten Tagen vor Freund und Feind bekunden".⁸⁶

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung dementierte die in der ausländischen und auch deutschen Presse vorgebrachten Behauptungen über die Parteinahme der Regierung für Spanien. Die Kaiserliche Regierung habe im Gegenteil alle Stellungnahmen vermieden, die der "hundertjährigen Freundschaft" mit den Vereinigten Staaten geschadet hätten. Die N.A.Z. war überzeugt, dass die ganze öffentliche Meinung Deutschlands hinter der Neutralität der Regierung stehe.⁸⁷

Die Einschätzung der N.A.Z. stimmte zumindest für die weit verbreitete Kölnische Volkszeitung nicht. Der Wiener Korrespondent der Zeitung war der Meinung, dass die Rechtsauffassung der europäischen Diplomatie in ein sehr schiefes Licht komme, falls die Informationen über die Ablehnung der von Spanien gestellten Bitte um Vermittlung stichhaltig deshalb waren,

79. K.Z. 17.3.98. Nr. 255.

80. K.Z. 28.3.98. Nr. 96.

81. K.Z. 5.4.98. Nr. 328.

82. K.Z. 12.4.98. Nr. 347; 13.4. Nr. 351.

83. K.Z. 21.4.98. Nr. 381, Leitartikel.

84. M.N.N. 7.4.98. Nr. 160. S. 2.

85. M.N.N. 11.4.98. Nr. 167. Leitartikel, S. 1.

86. M.N.N. 22.4.98. Nr. 184. Leitartikel, S. 1.

87. N.A.Z. 10.4.98. Nr. 84, S. 1.

weil man eine eventuelle Verschlechterung der Beziehungen zu Amerika fürchtete.⁸⁸ Die K.V.Z. zitierte auch andere Zeitungen und polemisierte gegen deren amerikafreundliche oder die Neutralität betonende Artikel im katholischen Sinn. Die Kritik richtete sich indirekt auch gegen die Neutralität der Regierung. Damit sei die Neutralitätsversicherung der N.A.Z., die von der K.V.Z. als "Kanzlerblatt" bezeichnet wurde, unnötig. Charakteristisch für die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Ländern sei nicht so sehr die "hundertjährige Freundschaft" als vielmehr die Konkurrenz. Die K.V.Z. war von der Passivität der Regierung in der Vermittlungsfrage enttäuscht; gerade diese Passivität hatte die protestantische Presse sehr erfreut.⁸⁹ Die Polemik des Blatts richtete sich vor allem gegen den Artikel "Kulturkampf" in der F.Z.⁹⁰ (S. 145).

Die Haltung des Hamburgischen Correspondenten zur Vermittlung und zur Mitwirkung Deutschlands dabei änderte sich im Verlauf der Krise. Obwohl man in der Zeitung im Oktober 1897 an eine Zusammenkunft des "europäischen Konzerts" wegen Kuba nicht glaubte, so hatte die Zeitung im Prinzip nichts gegen eine gemeinsame Aktion.⁹¹ Das Bemühen des ganzen "Konzerts" um Erhaltung des Friedens kam der Zeitung Anfang April schon übertrieben vor. Frankreich könnte die Vermittlungsaufgabe übernehmen, zum einen, weil es Spaniens Nachbar und ein katholisches Land sei, zum andern, weil es eine den Vereinigten Staaten ähnliche Republik war.⁹² Nach der gemeinsamen Note der sechs Mächte wurde in einem Leitartikel kurz festgestellt, dass gerade Deutschland keinen Grund habe, "sich besonders für das Schicksal Spaniens zu erwärmen."⁹³ Warum es sich so verhielt, darauf antwortete die Zeitung nach Kriegsbeginn. Der Wert des deutschen Handels mit Spanien hatte im Jahr 1896 etwas über 75 Millionen Mark, mit den Vereinigten Staaten im Jahr 1895 hingegen fast 870 Millionen Mark betragen. Spanien habe auch keine guten politischen Beziehung zu Deutschland herbeiführen wollen, während die USA als einzige Grossmacht dem "Einigungskampf" Deutschlands wohlwollend gegenüberstanden habe.⁹⁴

Die Kreuzzeitung, die handelspolitisch als Gegner der USA aufgetreten war, vermengte als Organ der "Junker" Religion oder gar Zollpolitik nicht mit ihrer Einstellung zum amerikanisch-spanischen Konflikt. Schiemann schrieb zwar, dass die Sympathien überall in Europa Spanien galten, was jedoch keine Unterstützung Spaniens bedeute.⁹⁵ Er schloss sich der Kritik an McKinley an, indem er den Präsidenten für unsicher und verantwortungsscheu hielt. In der Vermittlungsfrage habe Europa nach den formalen Appellen keine dem internationalen Recht entsprechenden Mittel, in der Krise einzugreifen. Auch Schiemann erinnerte daran, dass die tiefere Ursache der Unruhen in der Unfähigkeit der spanischen Kolonialverwaltung bestanden habe, wenn auch die moralische Verantwortung für den Kriegsausbruch die Vereinigten Staaten trugen. Auch für den Fall, dass andere europäische Mächte intervenieren würden – was Schiemann für unwahrscheinlich hielt –, war er sich der Neutralität Deutschlands sicher.⁹⁶

Die Deutsche Tageszeitung kritisierte nach dem Kriegsausbruch scharf die Amerikaner: "Der

88. K.V.Z. 2.4.98. Nr. 259.

89. K.V.Z. 12.4.98. Nr. 289; 16.4. Nr. 302.

90. K.V.Z. 23.4.98. Nr. 327.

91. H.C. 6.10.97. Nr. 467. A. Leitartikel, S. 1–2 und 9.10.97. Nr. 472, M. S. 9.

92. H.C. 3.4.98. Nr. 157. M. Leitartikel, S. 1.

93. H.C. 10.4.98. Nr. 167. M. Leitartikel, S. 1.

94. H.C. 23.4.98. Nr. 188. A. Leitartikel, S. 1.

95. Krzztg. 6.4.98. Nr. 161, S. 1.

96. Krzztg. 14.4.98. Nr. 171, S. 1; 20.4. Nr. 181, S. 1.

Krieg Amerikas gegen Spanien ist der Krieg des Geldsacks gegen die nationale Ehre“, und deswegen sei die Sympathie der europäischen Völker gegenüber Spanien verständlich und erfreulich. Die deutsche Diplomatie solle dennoch ihre Neutralität beibehalten.⁹⁷ Um sich des Stils der Zeitung zu bedienen, könnte man sagen, dass sie mit der Stimme des „Kornsacks“ gegen den „Geldsack“ geschrieben hat.

Von den Zeitschriften verfolgte die Nation den Verlauf der Krise in ihren politischen Wochenübersichten und den Artikeln Th. Barths am genauesten. Danach sei die Eignung des Papstes als Vermittler nicht zu bestreiten. Sowohl die Spanier als auch die Kubaner sind Katholiken, und es wäre für Spanien leichter, auf die Forderungen des Papstes einzugehen als auf die von weltlichen Vermittlern gestellten. Die Vereinigten Staaten sollten nicht in den Krieg ziehen, denn Spanien sei bis an die Grenzen des Tragbaren bereit zu Zugeständnissen gewesen. Der Krieg wäre an Stelle der früheren Kabinettskriege ein Krieg der „demokratischen Strassenpolitik“. Die Theorie von der Friedfertigkeit der Völker und der Streitlust der Regierungen würde sich damit als falsch erweisen. Es würde sich auch herausstellen, dass eine demokratische Regierungsform keinen Frieden gewährleisten würde. Die „gelbe Presse“ habe die Amerikaner aufgehetzt, und der Kongress hörte auf die Stimme der öffentlichen Meinung.⁹⁸ Die Vereinigten Staaten hatten durch ihre Einstellung die Aufständischen dazu gebracht, vollständige Unabhängigkeit zu fordern. Darauf würde Spanien nicht einlenken, was wiederum den Aufstand in einen Krieg zwischen den USA und Spanien verwandeln würde. Die Sympathien wären auf der Seite Spaniens wegen dessen Politik der Nachgiebigkeit, obwohl seine frühere Kolonialpolitik verurteilt würde. Schuld an dem Schicksal des ‚romanischen‘ Volks sei weitgehend die klerikale Herrschaft.⁹⁹

Der Kriegsausbruch stellte für Barth ein Faktum dar, weshalb ein „formal-rechtlicher“ und „emotional-humane“ Standpunkt aufgegeben und der Konflikt nun unter dem Aspekt der historischen Notwendigkeit betrachtet werden musste. Formal-rechtlich besass Spanien Kuba, aber es würde es aus der historischen Notwendigkeit, deren Hauptelemente aus dem Misserfolg der spanischen Kolonialverwaltung und der Expansion der USA bestanden, verlieren. Die Sympathien sollten nun der „gesünderen“ Kultur, also den USA gelten. Barth nahm an, dass die deutsche Regierung strikt neutral bleibe und Schwierigkeiten mit den Amerikanern vermeide.¹⁰⁰

In der Zukunft beschränkte man sich darauf, nur über den amerikanischen Standpunkt der Zweckdienlichkeit zu berichten. Der jahrzehntelange Wunsch nach Erwerb Kubas sei nun der Erfüllung nahe. Es bestehe dennoch kein Grund, die spanischen „Konquistadoren“ zu bemitleiden.¹⁰¹

Der Kommentator der Zeitschrift, der unter dem Pseudonym „Pluto“ über die Wirtschaft schrieb, wies auf den Vertrag zwischen der kubanischen Junta und den amerikanischen Geldleuten hin. „Pluto“ meinte, dass die Amerikaner eine vollständige Unabhängigkeit für Kuba

97. D.T. 26.4.98. Nr. 192. Leitartikel, S. 1.

98. Nation 9.4.98. Nr. 28. Die Artikel „Politische Wochenübersicht“ und „Der Streit um Kuba“, S. 401–03.

99. Nation 16.4.98. Nr. 29. Die Artikel „Politische Wochenübersicht“ und „Der Streit um Kuba“, S. 415–16.

100. Nation 30.4.98. Nr. 31, S. 444–45.

101. Zukunft 9.4.98. Bd. 23, S. 53.

forderten, damit keine fremden Regierungen sich in deren Spekulationen einmischen könnten. Für das kubanische Volk bedeute diese Lösung nur einen Wechsel des Ausbeuters.¹⁰²

Auf die eventuellen wirtschaftlichen Folgen des Krieges machte Hans Delbrück in den "Preussischen Jahrbüchern" aufmerksam. Falls die USA in kurzer Zeit den Krieg gewinnen, würden der deutsche Handel und die Industrie davon profitieren. Zöge der Krieg sich aber in die Länge, würde der Geldbedarf die Goldreserven Europas strapazieren, was einen Anstieg des Diskontsatzes und Geldknappheit zur Folge hätte. Wenn alles Gold nach Europa zurückflösse und die USA ihren ganzen Zahlungsverkehr mit Papiergeld und Silber durchführen müssten, würde das vielleicht zu einer neuen Depression mit nachfolgender inflatorischer Entwicklung führen.¹⁰³

Zur Vermittlungsfrage nahmen die Zeitungen mit zynischem Realismus Stellung. Es wurde angenommen, dass der Krieg kaum andere als die daran Beteiligten angehe. Andererseits kam in der Einstellung der Mangel an internationalem politischen Denken, an einer Friedensidee und dem internationalen Verantwortungsgefühl zum Ausdruck. Nur die Kölnische Volkszeitung, die katholische Loyalität gegenüber Spanien fühlte, forderte, dass man die päpstliche Vermittlung ernster nehme. Die K.V.Z. zeigte als einzige Zeitung auch deutlich ihre Unzufriedenheit mit der Neutralität der Regierung. Die Einstellung Deutschlands zur Krise wurde in der Presse überhaupt sehr wenig behandelt, die Neutralitätspolitik der Regierung wurde akzeptiert und es wurden keine eigenen Vorschläge für Aktionen unterbreitet, was vermutlich den Einfluss des Auswärtigen Amtes nicht nur auf die der Regierung loyalen, sondern auch auf die Zeitungen der Opposition widerspiegelte. Mehrere Berliner Korrespondenten der letztgenannten gehörten nämlich zu denen, die von dem Auswärtigen Amt regelmässig informiert wurden. Die innenpolitischen Richtungen kamen dagegen z.T. auch in dieser Phase der Krise zum Vorschein. So brachten die Linksliberalen, und vor allem die Frankfurter Zeitung der Demokraten, die Bewunderung der amerikanischen politischen Freiheit zum Ausdruck. Andererseits bedeutete der Kriegsausbruch eine Enttäuschung, was das demokratische System als Garantie des Friedens angeht. Die in Deutschland wichtige religiöse Zweiteilung drückte sich vor allem in der Polemik zwischen der Frankfurter Zeitung und der Kölnischen Volkszeitung aus.

7.2.3. Die Philippinen

7.2.3.1. Während des Krieges

Obwohl in der deutschen Presse auch umfassendere historische Gründe zur amerikanisch-spanischen Krise dargelegt worden waren, wurde die Auffassung vertreten, dass der künftige Krieg vor allem Kuba betreffe und das Auftauchen der Amerikaner im Pazifik kaum vorauszu-sehen war. In den Zeitungen wurden auch recht wenige Meldungen über die Philippinen als eine mögliche Kriegsszene gebracht. Die Frankfurter Zeitung brachte zwar aus englischen Zeitungen Nachrichten über die Einsatzbereitschaft eines amerikanischen Geschwaders im Hafen von Hongkong doch forderte sie ihre Leser auf, die durch die Amerikaner und Engländer verbreiteten Sensationsmeldungen nur unter Vorbehalten zu lesen. Auch die Vossische Zeitung und der

102. Zukunft 23.4.98. Bd. 23, S. 180.

103. Preussische Jahrbücher 23.4.98. Bd. 92. Heft 2, S. 381–83.

Hamburgische Correspondent machten darauf aufmerksam.¹⁰⁴ Die Berliner Korrespondenten der F.Z. und der Münchner Neuesten Nachrichten schrieben, dass die Ausländer unter einer eventuellen Blockade Manilas mehr leiden würden als die Spanier, weil der Aussenhandel im wesentlichen in den Händen von Engländern und Deutschen liege. Es war bekannt, dass das spanische Geschwader auf den Philippinen alt und unfähig zum Widerstand war.¹⁰⁵ Die Vossische Zeitung war einige Tage vor der Schlacht von Cavite davon überzeugt, dass die erste Schlacht in philippinischen Gewässern stattfinden würde.¹⁰⁶ Schiemann erwies sich in der Kreuzzeitung wieder als Experte, indem er schrieb, dass der Krieg auch über das Schicksal der Philippinen und der anderen spanischen Pazifik-Inseln entscheiden könne. Die Annexion Hawaiis würde nun ebenfalls schneller erfolgen. Die europäischen Mächte und Japan würden ihre neutrale Haltung bewahren, wenn auch die Rivalen England und Russland offenbar das Einverständnis der USA mit ihrer Fern Ost-Politik erzielen wollten.¹⁰⁷

Nach der Seeschlacht von Cavite richtete sich das Interesse der Presse unaufhörlich auf die Philippinen-Frage. In ihren ersten Kommentaren nach der Schlacht betrachtete die Vossische Zeitung Kuba immer noch als Hauptkriegsszene. Die Philippinen würden von den Amerikanern vielleicht als ein Mittel zum Tausch, um die Unabhängigkeit Kubas zu erzielen, benutzt.¹⁰⁸ Auch die Kölnische Zeitung mass zunächst den Kriegseignissen auf den Philippinen keine grosse Bedeutung zu.¹⁰⁹ Die Kölnische Volkszeitung stand auch der Philippinen-Frage in einer Weise gegenüber, die ihrer antiamerikanischen Haltung entsprach. Die Zeitung wollte keine getrennte deutsche Intervention, aber sie schlug eine gemeinsame Aktion der Grossmächte vor, um den Sieg der USA nicht übermächtig werden zu lassen. Eine Gemeinschaftsaktion könnte auf den Philippinen, wo die Amerikaner nach der Zeitung nichts zu suchen hätten, zu einem ähnlichen Ergebnis führen wie es bei der Intervention der Grossmächte im Krieg zwischen China und Japan der Fall war.¹¹⁰ Wegen seiner bedeutenden Handelsinteressen sollte Deutschland nicht leer ausgehen, falls über die Besitzverhältnisse der Inseln in diplomatischen Verhandlungen entschieden würde. Vom deutschen Standpunkt aus sei eine Teilung der Philippinen zwischen Mächten mit den grössten Handelsinteressen akzeptabel, falls Spanien nicht in der Lage wäre, die Inseln zu halten.¹¹¹ Die Informationsquelle des Berliner Korrespondenten der Zeitung dürfte eine offizielle gewesen sein, weil das von ihm Berichtete eine starke Ähnlichkeit mit den damaligen Plänen des Auswärtigen Amtes aufwies (vgl. S. 100–01).

Die Einstellung der Frankfurter Zeitung zu der Frage wich von der der anderen ab. Der von dem Blatt veröffentlichte Artikel des Berliner Korrespondenten über die auf den Philippinen tätigen deutschen Geschäftsleute, die eine Intervention von Grossmächten befürworteten, wurde von der Redaktion mit einem Kommentar versehen. Danach hatten die Mächte kein Recht zur Intervention. Sie könnten mit den Amerikanern höchstens über das Recht der Ausländer, dieses Gebiet zu verlassen, verhandeln.¹¹² Die F.Z. meinte, dass die Amerikaner und Aguinaldo zusam-

104. F.Z. 5.3.98. Nr. 63, A. S. 3; V.Z. 10.3.98. Nr. 116, S. 1; H.C. 11.3.98. Nr. 117, M., S. 2.

105. F.Z. 25.4.98. Nr. 113, A. S. 2; M.N.N. 26.4.98. Nr. 190, S. 2.

106. V.Z. 26.4.98. Nr. 191; 28.4. Nr. 196, S. 1.

107. Krzstg. 27.4.98. Nr. 193, S. 1.

108. V.Z. 4.5.98. Nr. 206, S. 1.

109. K.Z. 3.5.98. Nr. 424.

110. K.V.Z. 5.5.98. Nr. 368, Leitartikel, S. 1.

111. K.V.Z. 27.5.98. Nr. 444.

112. F.Z. 3.6.98. Nr. 151, A., S. 3; die V.Z. brachte kommentarlos dieselbe Meldung am 3.6. Nr. 254, S. 1.

men anstrebten, für die Philippinen die Unabhängigkeit zu erreichen. Das Blatt glaubte, dass die Eingeborenen gebildet genug seien, um sich selbst zu verwalten. Falls dieser Versuch ohne Erfolg bleiben sollte, müssten die USA – und nicht Deutschland oder andere europäische Mächte – für weitere Schritte sorgen.¹¹³ Die Zeitung glaubte nicht an eine Annexion der Philippinen durch die USA. Falls das wider Erwarten der Fall sein sollte, würden die "Befreier" Schwierigkeiten mit den "Befreiten" haben, genauso wie auf Kuba.¹¹⁴ Nachdem die Waffenstillstandsverhandlungen in Gang gebracht worden waren, gab die F.Z. zu, dass die an den Philippinen interessierten Mächte Grund genug haben, am Schicksal der Philippinen Interesse zu zeigen. Die Zeitung hielt die Unabhängigkeit – welchen Grades auch immer – der Eingeborenen und die Sicherung der Handelsinteressen der Grossmächte für die beste Lösung.¹¹⁵

Die Vossische Zeitung hob hervor, dass die Vereinigten Staaten moralisch nicht berechtigt seien, die Philippinen zu erwerben oder ihre Unabhängigkeit anzuerkennen. Die USA hätten guten Grund, über ihre Philippinen-Politik nachzudenken, denn die Zukunft der Inseln sei den im Fernen Osten rivalisierenden Grossmächten nicht gleichgültig.¹¹⁶

Sofort nach Manila warnte die Weser-Zeitung Europa, die Möglichkeit zu unterschätzen, dass im US-Kongress der "Geist des Jingoismus" zur Eroberung der Philippinen führte.¹¹⁷ Die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA durften wegen der Philippinen jedoch nicht gefährdet werden, wie ein Teil der deutschen Zeitungen es versuchte, indem sie im Namen der Vaterlandsliebe eine Beteiligung Deutschlands an der Aufteilung der Welt forderten und dadurch im Ausland Verdacht erregten. Die deutsche Regierung habe gezeigt, dass sie sich so stark um die Interessen des Landes in Übersee gekümmert habe, dass es nicht nötig sei, sie zu stimulieren.¹¹⁸

Die Kölnische Zeitung betrachtete die Gerüchte über deutsche Spekulationen hinsichtlich der Philippinen als einen Versuch der Engländer, die deutsch-amerikanischen Beziehungen zu trüben. Die Grossmächte waren vorläufig nicht daran interessiert, sich in die Ereignisse auf den Philippinen einzumischen. Falls jedoch Manila den Aufständischen in die Hände fallen sollte, würde es sich damit anders verhalten. Da wären die Ausländer gezwungen, ihre Interessen zu verteidigen, wenn die Amerikaner dazu nicht in der Lage wären.¹¹⁹

Die Konkurrenz zwischen Deutschland und England machte sich auch in der Philippinen-Frage bemerkbar. So nahmen die Münchner Neuesten Nachrichten zum Gerücht über die Bildung eines englisch-amerikanischen Protektorats auf den Philippinen schroff Stellung. Deutschland könne keinen Einfluss darauf nehmen, was die USA in den Friedensverhandlungen mit Spanien mit der Inselgruppe vorhabe, doch England habe auf den Philippinen nichts zu suchen.¹²⁰

Die Kölnische Volkszeitung setzte ihre frühere, gegenüber den Bestrebungen Deutschlands 'aufgeschlossene' Linie, nicht fort, da nach ihr das deutsche Asien-Geschwader nur zur Sicherung von wirtschaftlichen Interessen zu den Philippinen entsandt worden sei. Diskussionen über

113. F.Z. 9.6.98. Nr. 157, A., S. 2; 13.6. Nr. 161, Leitartikel, A., S. 1.

114. F.Z. 14.6.98. Nr. 162, A., S. 1; 20.7. Nr. 198, A., S. 2.

115. F.Z. 28.7.98. Nr. 206, A., S. 3.

116. V.Z. 26.5.98. Nr. 241; 15.6. Nr. 273.

117. W.-Z. 6.5.98. Nr. 18484, 2.M., S. 1–2.

118. W.-Z. 22.6.98. Nr. 18530. M., S. 1.

119. K.Z. 21.5.98. Nr. 491, S. 1; 30.6. Nr. 628, S. 1.

120. M.N.N. 11.8.98. Nr. 366. Leitartikel, S. 1.

deutsche Annexionsabsichten seien grundlos. Die von Spaniern geäußerten Wünsche änderten nichts an der Tatsache, dass Deutschland sich in der Philippinen-Frage nicht mehr engagierte als andere Länder, die die Interessen ihrer Bürger sichern wollten.¹²¹ Die Zeitung beklagte, dass man an die deutsche Neutralitätspolitik offenbar nicht glaubte, obwohl sie von offizieller Seite mehrfach versichert worden sei. Das Blatt wich von seiner früheren Haltung ab, als es schrieb, dass die anderen nichts zu sagen hätten, wenn die USA die Philippinen einnähmen. Andernfalls wären natürlich alle Grossmächte an der Inselgruppe interessiert.¹²²

Auch die Kreuzzeitung, deren wichtigste Artikel über die Philippinen aus der Feder Schiemanns stammten, versicherte, dass Deutschland unabhängig von Sympathien der Einzelnen neutral bleiben werde.¹²³ Schiemann betrachtete die Präsenz europäischer Kriegsschiffe auf den Philippinen als berechtigt, indem er überzeugt war, dass die USA die Philippinen nicht einnehmen würden, indem er an der Fähigkeit Spaniens, die Kolonie zu halten, zweifelte und indem er die Fähigkeit der Eingeborenen, einen unabhängigen Staat zu schaffen, in Frage stellte.¹²⁴ Die deutschen Schiffe würden die Interessen des Landes "im weitesten Sinne des Wortes" schützen, wenn auch von einer Annexion des im spanischen Besitz befindlichen Gebiets keine Rede sein konnte. Naturgemäss würde Deutschland zu den eventuell eintretenden grossen territorialen Veränderungen Stellung nehmen.¹²⁵

Derselben Auffassung war auch das Sprachrohr des Fernhandels, der Hamburgische Correspondent, als er schrieb, dass weder eine Möglichkeit noch ein Wille vorhanden sei, die deutschen Interessen fortwährend auf den Philippinen leiden zu lassen, sei es unter dem Krieg, sei es unter späteren staatsrechtlichen Veränderungen.¹²⁶

Während andere Zeitungen die deutschen Interessen auf den Philippinen sachlich darstellten, benahm sich die Deutsche Tageszeitung auch weiterhin wie ein Elefant im Porzellanladen der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Die Zeitung vertrat nämlich die Auffassung, dass Deutschland ein oder mehrere Objekte auf den Philippinen in Besitz nehmen sollte, falls sich durch die Zusammenarbeit mit den Amerikanern und Engländern kein befriedigendes Ergebnis erzielen liesse. Die D.T. behauptete zudem noch, dass ein solches Verfahren das Neutralitätsprinzip nicht verletzen würde, weil keine der kriegsführenden Seiten zu der Zeit die Philippinen besass.¹²⁷

Die Zeitschriften behandelten die Philippinen-Frage nur wenig und im allgemeinen, als sie die weiteren Folgen des Krieges betrachteten. Die Nation hat es nicht ausgeschlossen, dass die USA die Inselgruppe einnähmen. Auf jeden Fall sei das von Geistlichen geleitete spanische Chaos beendet, was als ein durch den Krieg bewirkter Fortschritt für die Zivilisation gelten könne.¹²⁸

Delbrück war überzeugt, dass die Amerikaner sich mit dem Erwerb eines Stützpunktes zufrieden gäben. Die USA wollten vor allem über die westindischen Inseln wegen des künftigen Nicaragua-Kanals herrschen. Laut Delbrück zeugten die Siege der USA von einer moralischen

121. K.V.Z. 24.6.98. Nr. 534, S. 1.

122. K.V.Z. 3.7.98. Nr. 562, S. 1.

123. Krzztg. 4.5.98. Nr. 205, S. 1.

124. Krzztg. 15.6.98. Nr. 273, S. 2.

125. Krzztg. 22.6.98. Nr. 285, S. 1.

126. H.C. 10.6.98. Nr. 266. A. Leitartikel, S. 1.

127. D.T. 12.6.98. Nr. 269, S. 1.

128. Nation 7.5.98. Nr. 32, S. 457–58.

Überlegenheit gegenüber Spanien, denn er betrachtete den Krieg als den bedeutendsten Masstab für die sittliche Kraft der Nationen. Deshalb sei ein Krieg durch seinen Erfolg gerechtfertigt.¹²⁹

7.2.3.2. Vom Waffenstillstand bis zum Pariser Frieden

Der Waffenstillstand (12.8.) brachte keine Klarheit in der Philippinen-Frage. Den USA wurde das Recht, Manila zu besetzen, eingeräumt, doch sollte die Zukunft der Inselgruppe in den Friedensverhandlungen von Paris entschieden werden. In der Presse kam die unklare Situation zum Ausdruck einerseits in Versicherungen der deutschen Neutralität, andererseits darin, dass die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands auf den Philippinen zur Sprache gebracht wurden. Nach dem Vorwärts würden die USA keinerlei Eingriffe durch Grossmächte in die Frage akzeptieren, sondern sie würden in den Friedensverhandlungen die Inseln als ihre Trumpfkarte ansehen.¹³⁰

Die beiden die Hansestädte vertretenden Zeitungen, die *Weser-Zeitung* und der *Hamburgische Correspondent*, betrachteten Deutschlands Einstellung zu dieser Frage aus der Sicht des Wirtschaftslebens. Dennoch waren die Positionen der Zeitungen nicht identisch. Wie bei der Kuba-Frage war die *W.-Z.* auch jetzt der Meinung, dass man das Risiko nicht eingehen sollte, die Handels- und politischen Beziehungen zu den USA zu gefährden.¹³¹ Der *H.C.* war dagegen vorsichtiger als er schrieb, dass Deutschland keinen Anlass habe, sich in die Frage einzumischen, solange seine wirtschaftlichen Interessen in Manila nicht in Gefahr seien. Das seien sie auch nicht; im Gegenteil, die ausländischen Unternehmen zogen offenbar die amerikanische Herrschaft der spanischen vor.¹³²

Die *Kölnische Zeitung* glaubte nicht an Interventionsabsichten der Grossmächte und versicherte, dass die deutsche Regierung ihre friedliche Politik weiter betreiben werde und eine Gefährdung der Beziehungen zu Amerika vermeide, wenn auch entgegengesetzte Gerüchte verbreitet wurden, um die deutsch-amerikanischen Beziehungen zu verschlechtern. In Deutschland gab es zwar auch einige "chauvinistische Baumeister eines Grossdeutschlands", aber ihre Meinung war nicht von Bedeutung.¹³³ Die Zeitung publizierte den Brief eines deutschen Geschäftsmanns, in dem eine amerikanische Herrschaft in Manila als günstig für Ausländer angesehen wurde. In der befriedeten Stadt kam das Geschäftsleben wieder in Gang und mit grossen Hoffnungen wartete man auf das "amerikanische Geld".¹³⁴ Die *Kölnische Zeitung* selbst stand jedoch einer Annexion der Philippinen durch die USA nicht positiv gegenüber. Die Zeitung hatte den Verdacht, dass die Engländer die amerikanische Kolonialpolitik in ähnlicher Weise

129. P.Jb. 23.7.98. Bd. 93, Heft 2, S. 383. Die Auffassungen Delbrücks über die Berechtigung eines Krieges stammen von deutschen Philosophen der Wende des 18. zum 19. Jahrhundert. Siehe *Kemiläinen*, *Auffassungen*, S. 265–66; *Kemiläinen*, *Die historische Sendung*, S. 62–63. Ähnliche Gedanken waren auch von dem Vorgänger Delbrücks, Treitschke, vorgebracht worden. Siehe *Winzen*, *Bülows Weltmacht-konzept*, S. 33–34. Zum Fortleben der Hegelschen Machtstaatsideologie, siehe *Hubert Kiesenwetter*, *Von Hegel bis Hitler, Eine Analyse der Hegelschen Machtstaatsideologie und der politischen Wirkungsgeschichte des Rechtshegelianismus* (Hamburg 1974), bes. S. 190–95.

130. Vorwärts 4.8.98. Nr. 180; 15.8. Nr. 189.

131. *W.-Z.* 26.8.98. Nr. 18595. 2.M. Leitartikel, S. 1.

132. *H.C.* 28.8.98. Nr. 401, S. 1.

133. *K.Z.* 13.8.98. Nr. 769; 18.8. Nr. 785, S. 1.

134. *K.Z.* 5.10.98. Nr. 936.

leiteten wie Bismarck seinerzeit die französische.¹³⁵ Nach dem Madrider Korrespondenten sei es nur natürlich, dass die Tagalen nicht bereit waren, die früheren "Unterdrücker und Blut-sauger" durch neue ersetzt zu bekommen, deren diesbezügliche Eigenschaften sich in der Behandlung der nordamerikanischen Indianer offenbart hatten.¹³⁶

Die Kölnische Volkszeitung betonte die Bedeutung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands auf den Inseln. Es wäre ungünstig für Deutschland, wenn die ganze Insel Luzon in den Besitz der USA geriete. Nach der Zeitung müssten Kuba und Puerto Rico die Funktion eines Preises für den gewonnenen Krieg erfüllen.¹³⁷

In den 'New-Yorker Briefen' der Kreuzzeitung wurde über den unaufhörlichen Aufstieg einer annektionistischen Tendenz berichtet. Der Verfasser, der sich häufig in seinen Briefen zu emotionaler Unsachlichkeit verleiten liess, nannte die Vereinigten Staaten das Land des "Humbugs", auch in der Politik. Obwohl in den USA über den "Militarismus der europäischen Despotien" gesprochen werde, sei man doch bereit, in einem "in frivolster Weise vom Zaune gebrochenen Krieg" reich zu werden.¹³⁸

Das Wissen über die Forderung der Amerikaner, alle Inseln der Philippinen zu erhalten, brachte die Sicherheit über die Besitzverhältnisse der Inseln, aber rief zugleich Kritik und Äusserungen von Enttäuschung in der deutschen Presse hervor. Selbst der Vorwärts brachte einen Artikel, in dem eine Annexion der Inseln durch die USA als bedenklich angesehen wurde. Das Aufkommen eines neuen Rivalen spannte die politischen Beziehungen der Grossmächte an und die Zeitung bezweifelte die Bereitschaft der USA zum Freihandel.¹³⁹ Verbittert wurden in einem Artikel der Kölnischen Volkszeitung die USA einer "ungeheuerlichen Ausbeutung des wehrlosen Gegners" angeklagt. Das Blatt erinnerte daran, dass es früher den Grossmächten geraten habe, eine Unterdrückung Spaniens zu verhindern, weil es sich schliesslich um die Interessen ganz Europas gegen die USA handelte.¹⁴⁰ In seiner wöchentlichen aussenpolitischen Übersicht sah Schiemann die Gefahr in der Verwandlung des Pazifiks in ein amerikanisches Meer, wenn es nicht gelänge, dem Expansionismus der USA Einhalt zu gebieten. Mit einer deutsch-englischen Zusammenarbeit liesse sich dies in besug auf die strategisch und handelspolitisch wichtigen Sulu-Inseln erreichen. Die beiden Länder hatten auf den Inseln die von Spanien übernommenen Handelsprivilegien, deren Beeinträchtigung Schiemann befürchtete.¹⁴¹ Auch die Kölnische Zeitung protestierte scharf gegen die USA, weil diese die ganze Inselgruppe eingenommen hatten. Die Zeitung vertrat die Auffassung, dass die deutschen Interessen unter der Abschaffung des spanischen Freihandelssystems am meisten leiden. Auch menschlich gesehen sei die Forderung der Amerikaner eine "unerhörte Aussaugung des zu Boden geworfenen Gegners".¹⁴² Der wirtschaftliche Standpunkt war wichtig für die Zeitung, dennoch moralisierte sie scheinbar, als sie schrieb: "Jeder andere civilisirte Staat würde sich heute schämen, so unerhörte Forderungen zu stellen, zu einer Zeit, wo die Mächte sich anschicken, über die allgemeine Abrüstung zu be-

135. K.Z. 19.8.98. Nr. 790.

136. K.Z. 20.10.98. Nr. 988.

137. K.V.Z. 20.8.98. Nr. 719, S. 1; 1.9. Nr. 757, S. 1.

138. Krzztg. 7.10.98. Nr. 470, S. 1.

139. Vorwärts 26.8.98. Nr. 199, S. 1.

140. K.V.Z. 2.11.98. Nr. 959, S. 1.

141. Krzztg. 23.11.98. Nr. 547, S. 1.

142. K.Z. 2.11.98. Nr. 1032.

raten.“ Die Maske der Humanität sei nun endgültig vom Gesicht der Amerikaner gefallen.¹⁴³

Als die *Weser-Zeitung* den in scharfer Tonart gehaltenen Artikel der *Kölner Zeitung* kommentierte, schrieb sie, sie sei von wohl unterrichteten Kreisen informiert worden, dass dies nicht als die Auffassung der in Berlin bestimmenden Kreise anzusehen sei.¹⁴⁴

Auch die *Frankfurter Zeitung* hielt die Kritik für zu scharf und schrieb, dass in den Vereinigten Staaten kein Grund bestehe, die auch von grossen Zeitungen veröffentlichten, wegen ihrer Privatinteressen die Amerikaner heftig kritisierenden Artikel als die Meinung der deutschen Regierung anzusehen.¹⁴⁵

Die *Münchner Neuesten Nachrichten* schrieben, dass das Vertrauen in die USA wegen der Philippinen gestört sei, doch sollte Deutschland trotzdem seine guten Amerika-Beziehungen pflegen. Die Philippinen-Politik der USA könne man nicht ändern, weil das Einverständnis zwischen den Grossmächten, die Interessen im Fernen Osten hatten, fehle. Die Wirksamkeit des Protests wäre nur durch Gewaltanwendung gewährleistet gewesen, wozu Deutschland keinen Grund habe, denn es habe die Vereinigten Staaten nie als einen Feind angesehen und nach dem Wunsch der Zeitung sollte das auch nie der Fall sein. Deutschland sollte mit seinen Kräften sparsam umgehen, denn aus der immer härteren internationalen Konkurrenz habe sich ergeben: “Der ernste Augenblick wird früh genug kommen, der an Deutschland die Anspannung aller seiner Kräfte stellt und die Bereithaltung einer wehrkräftigen Flotte erheischt.“¹⁴⁶

Die *Vossische Zeitung* kritisierte nicht hart den für sie überraschenden Beschluss der Amerikaner, alle Inseln der Philippinen zu behalten, aber bezweifelte den Sinn dieser Aktion, weil man der Reaktionen anderer Grossmächte nicht sicher sein konnte.¹⁴⁷ Ziemlich bald kam die Zeitung jedoch zu dem Ergebnis, dass die Inselgruppe ihren passendsten Besitzer gefunden habe. Spanien wäre nämlich nicht mehr in der Lage gewesen, die Inseln zu halten, und die Tagalen wären nicht reif genug für eine Selbstverwaltung gewesen. Von allen Mächten seien die USA auf Grund ihrer Eroberungen am ehesten berechtigt, Forderungen hinsichtlich des Archipels zu stellen. Eine Teilung der Inselgruppe sei nicht sinnvoll, weil Luzon, das sich in Praxis schon im Besitz der USA befinde, deutlich wertvoller sei als die anderen Teile der Inselgruppe. Die Zeitung äusserte den Wunsch, dass die Regierung umgehend Verhandlungen mit Washington aufnehme, um die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu sichern.¹⁴⁸ Die *Deutsche Tageszeitung* rechnete entsprechend der Kompensationspolitik damit, dass die Amerikaner den Samoa betreffenden Forderungen Deutschlands positiv gegenüberstehen würden. “Amerika dürfte dieser Preis für unsere Zustimmung zur Besitznahme der Philippinen kaum zu hoch sein.“ Auch in dem Falle, dass Frankreich und Russland sich auf die Seite Spaniens stellten, würde Deutschland weder gegen die USA noch gegen England handeln.¹⁴⁹

Von den Zeitschriften behandelten die *Grenzböten* nicht direkt die Amerikanisierung der Philippinen. Die *Nation*, die *Preussischen Jahrbücher* und die *Zukunft* standen der neuen Eroberungspolitik der USA positiv gegenüber. Die *Nation* schrieb, dass sie nicht nur den deutschen Unternehmen sondern auch der allgemeinen kulturellen Entwicklung auf den Philippinen nütze;

143. *K.Z.* 4.11.98. Nr. 1039; 8.11. Nr. 1051.

144. *W.Z.* 5.11.98. Nr. 18666, M., S. 1.

145. *F.Z.* 15.11.98. Nr. 316. 2.M., S. 1.

146. *M.N.N.* 8.11.98. Nr. 514, Leitartikel, S. 1.

147. *V.Z.* 1.11.98. Nr. 536, S. 1.

148. *V.Z.* 15.11.98. Nr. 536, S. 1.

149. *D.T.* 11.11.98. Nr. 530, S. 1.

somit fördere sie auch die Interessen der Filipinos.¹⁵⁰ Delbrück wunderte sich über den Annexionsbeschluss der USA, doch habe Deutschland keinen Grund, sich dazu negativ zu verhalten.¹⁵¹ Professor Lombroso aus Turin schrieb in der Zukunft, dass es nur erfreulich sei, wenn die Priesterherrschaft, die die moderne Entwicklung verhindert habe, zurückgetreten sei.¹⁵²

Die Alldeutschen Blätter schrieben nichts über die Ankunft der modernen Zivilisation oder das Zurücktreten der Priesterherrschaft. Gemäss dem Geist der Kompensationspolitik lag es dem Blatt daran, dass Deutschland bei der Teilung der spanischen Besitzungen im Pazifik nicht leer ausgehe. Das Blatt wiederholte die durch viele andere geäusserten Beschuldigungen über die Brutalität des Kriegsbeginns und der Friedensbedingungen. Die A.B. waren bis zum letzten Augenblick davon überzeugt, dass die Grossmächte sich nicht damit abfinden würden, "mit leeren Händen" zuzusehen, doch gestanden sie andererseits die Gunst der Stunde der USA wegen der Konkurrenzsituation zwischen England und Russland zu. Frankreich und Deutschland hätten bessere Chancen als die letztgenannten, Forderungen zu stellen. Die Zeitschrift begnügte sich damit, die militärische Bedeutung der Kohlestation und die Verwendung der Inselgruppe in einer Deutschland begünstigenden Weise als eine Waffe in Verhandlungen zur Lösung der Samoa-Frage hervorzuheben.¹⁵³

Die politischen Zeitschriften, die Alldeutschen Blätter ausgenommen, standen "historisch-philosophisch" der Philippinen-Frage gegenüber. Sie schrieben über den amerikanischen Fortschritt gegen den Rückschritt der spanisch-katholischen Herrschaft. Die A.B. betrachteten die Frage als Sprachrohr des expansiven Deutschtums vom machtpolitischen und strategischen Standpunkt aus und forderten die Verwirklichung der Kompensationspolitik.

In Zeitungen wurde die 'weltpolitische' Bedeutung der Philippinen für Deutschland wenig behandelt. Von links bis rechts waren die Zeitungen in erster Linie an den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands interessiert, aus Furcht, dass sie unter der amerikanischen Schutzzollpolitik leiden müssen. So wurde eine Annexion der ganzen Inselgruppe durch die USA als unberechtigt angesehen. Die amerikanische Expansion im Pazifik störte jedoch die Interessen der Deutschen nicht so sehr, dass man bereit gewesen wäre, die Beziehungen zwischen diesen Ländern durch Kritik der Neutralitätspolitik der Regierung und durch Forderungen einer Intervention zu gefährden. Es ist anzunehmen, dass die zu der Zeit Bülow's intensivierten Beziehungen zu der Presse auch hier zum Vorschein kamen. Nur die Kölnische Volkszeitung und die Kreuzzeitung wiesen – und auch sie zurückhaltend – auf den Bedarf an einer internationalen Zusammenarbeit hin, um den amerikanischen Expansionismus einzudämmen. Die Zeitungen betrachteten die Situation auf den Philippinen kaum aus der Sicht der Eingeborenen. Nur die Frankfurter Zeitung verwies auf die Möglichkeit, den Philippinen Autonomie – welcher Art auch immer – zu gewähren.

7.2.4. Die Karolinen, Marianen, Palau-Inseln

Vor der Schlussphase der Pariser Friedensverhandlungen widmeten die Zeitungen den

150. Nation 20.8.98. Nr. 47, S. 668; 12.11. Nr. 7, S. 8.

151. Pr. Jb. Bd. 94 1898, Heft 3, S. 569–71.

152. Zukunft 20.8.98. Bd. 24, S. 314–17.

153. A.B. 11.9.98. Nr. 37, 20.11. Nr. 47.

anderen spanischen Inselgruppen im Pazifik, ausser den Philippinen, nur geringe Aufmerksamkeit. Zuerst wurde das Thema von dem Berliner Korrespondenten der Münchner Neuesten Nachrichten aufgegriffen, indem er die Auswirkungen des Krieges auf die "überseeischen Besitzungen Spaniens" behandelte. Er erinnerte an die deutschen Bestrebungen auf den Karolinen vor dreizehn Jahren und er meinte, dass Deutschland als erstes seine Forderungen stellen würde, falls Spanien die Inseln loswerden möchte.¹⁵⁴ Als Schiemann im Mai das Schicksal der spanischen Kolonialmacht behandelte, erwähnte er kurz, dass Deutschland an den Karolinen interessiert sei, falls Spanien auf sie verzichtete.¹⁵⁵ Die Deutsche Tageszeitung schrieb in ihrer rücksichtslosen Art: "... anders (als mit den Philippinen) ist es mit den Karolinen, wo uns niemand in den Weg treten kann". Auf jeden Fall müsse dafür gesorgt werden, dass Deutschland gegen Engländer und Amerikaner nicht der Unterlegene wäre in der Südsee auf dem Weg nach Ostasien, wo die Deutschen die Hauptkonkurrenten des englischen Handels seien.¹⁵⁶

Die M.N.N. kehrten in ihrem Leitartikel in der Schlussphase der Pariser Friedensverhandlungen, wo Gerüchte über deutsche Pläne zum Kauf einer Insel der Karolinen zirkulierten, auf das Thema zurück. Die Zeitung forderte nachdrücklich zu dieser Massnahme auf, weil die Amerikaner als eventuelle Besitzer der Inseln die weitere Entwicklung der deutschen Kolonialpolitik in der Südsee erschweren könnten.¹⁵⁷

Die Vossische Zeitung, deren Haltung eine bemerkenswerte Ähnlichkeit mit der der Münchner Zeitung aufwies, betrachtete die Karolinen nach dem Verlust der Philippinen als wertlos für Spanien. Wegen seiner Besitzungen von Neu Guinea und den Marshallinseln wäre Deutschland der natürlichste Erbe der Karolinen. Dank des in diesem Gebiet vorhandenen Handelsnetzes verfügten die Deutschen auch über die besten Möglichkeiten, das Wirtschaftsleben der Inseln weiterzuentwickeln.¹⁵⁸ Die Frankfurter Zeitung schrieb sehr knapp und kommentarlos über einen eventuellen deutschen Erwerb der Inselgruppe. Das Blatt nahm an, dass die Amerikaner nichts dagegen hätten.¹⁵⁹ In der Kölnischen Volkszeitung wurde über die Gerüchte über den Kauf der Karolinen berichtet und es wurde festgestellt, dass die Deutschen schon seit 1885 Interesse gezeigt hätten.¹⁶⁰ Die Kölnische Zeitung wies auf die eventuellen Absichten Deutschlands hinsichtlich der Karolinen zum ersten Mal Anfang Dezember 1898 hin, als sie den Verdacht äusserte, dass die USA die Inselgruppe fordere, um ihren Erwerb durch Deutschland zu verhindern.¹⁶¹

Von den Zeitschriften schrieben nur die Alldeutschen Blätter vor dem Abschluss des Friedens über die Karolinen. Die Zeitschrift wies auf die im Vertrag von 1885 erwähnte, nicht genutzte Möglichkeit hin, einen Stützpunkt auf den Karolinen oder den Palau-Inseln zu errichten. Das Blatt erinnerte an ihre früheren vergeblichen Hoffnungen und es glaubte nicht mehr an Gerüchte über die die Karolinen betreffenden Verhandlungen zwischen Deutschland und Spanien.¹⁶²

154. M.N.N. 21.4.98. Nr. 183, S. 2.

155. Krzztg. 11.5.98. Nr. 217, S. 1.

156. D.T. 15.7.98. Nr. 326, S. 1.

157. M.N.N. 3.12.98. Nr. 558. Leitartikel, S. 1.

158. V.Z. 1.12.98. Nr. 562, S. 1.

159. F.Z. 30.11.98. Nr. 331, Leitartikel, A., S. 1; 6.12. Nr. 337, A., S. 2.

160. K.V.Z. 14.1.99. Nr. 40.

161. K.Z. 2.12.98. Nr. 1134.

162. A.B. 4.12.98. Nr. 49; 11.12.98. Nr. 50.

Die durch Königin Maria in den Cortes bekanntgemachte Meldung (2.6.1899) über den Verkauf der Karolinen, der Marianen (ausser Guam) und der Palau-Inseln an Deutschland hat die Presse nicht völlig überrascht. Dies wurde auch von der Frankfurter Zeitung festgestellt und sie hielt die neuen Erwerbungen sowohl wirtschaftlich als auch machtpolitisch für wertlos. Positiv war jedoch, dass der Kauf als Zeichen für gute deutsch-amerikanische Beziehungen gelten konnte.¹⁶³ Die Zeitung kritisierte die Höhe des Kaufpreises und die Unvorteilhaftigkeit des Vertrags. Spanien standen umfangreiche Rechte zu, während Deutschland die Kosten trug.¹⁶⁴ Die Rolle des Reichstages bestand in ihrer einzigen aussenpolitisch bedeutenden Aufgabe, die Kaufsumme zu akzeptieren oder abzulehnen. Die F.Z. war darüber verbittert, dass der Reichstag nicht früher über den Vertrag informiert worden war, und sie forderte zugleich mehr aussenpolitische Macht für den Reichstag.¹⁶⁵

Der fast nur mit innenpolitischen Fragen beschäftigte Vorwärts nutzte die Gelegenheit zur Kritik der Regierung nicht auf dieselbe Weise aus. Die Zeitung begnügte sich damit, über die Behandlung des Handelsvertrages und die neuen Verwaltungspläne für neue Gebiete in dem Reichstag ohne eigene Kommentare zu berichten.¹⁶⁶

Die Vossische Zeitung zeigte sich der Regierung gegenüber als loyal, indem sie die Kunst der deutschen Diplomatie, Geheimnisse zu verbergen, anerkannte, und sie hielt den Kauf der Inselgruppe für eine wohl gelungene Überraschung.¹⁶⁷ Nachdem der Handelsvertrag vor die Öffentlichkeit gebracht worden war, kritisierte die Zeitung den Preis und überhaupt die wirtschaftliche Seite des Vertrags.¹⁶⁸ Das Blatt wollte nicht ein begeisterter Anhänger der Kolonialpolitik sein, doch fand sie es ungerecht, alle Versuche zur Gründung deutscher Kolonien zu bekämpfen. Die Weltgeschichte sei nämlich Geschichte einer ewigen Wanderung, Verwandlung, und die erfolgreichsten Völker der Weltgeschichte seien wandernde Völker gewesen.¹⁶⁹

Die Weser-Zeitung sah keinen Anlass, wegen der neuen Besitzungen die Kolonialpolitik zu unterstützen, denn die Zeitung hielt sie nicht für wirtschaftlich bedeutungsvoll. Dennoch fand die Zeitung den Erwerb der Inseln "erfreulich". Ohne die Beziehungen zu den USA und England zu gefährden, sei es gelungen, Gebiete zu erwerben, in denen nur deutsche Unternehmensaktivität existiere und die als Kohlestationen und Nothäfen dienen konnten. Der Dank für das geglückte Manöver gebührte ausschliesslich dem Auswärtigen Amt, gar nicht den "arroganten Grosssprechereien des Alldeutschen Verbandes und der agrarisch-frondistischen Presse".¹⁷⁰ Laut dem Hamburgischen Correspondenten sollte auch die wirtschaftliche Bedeutung der neuen Gebiete nicht unterschätzt werden, vorausgesetzt, dass "der erprobten Tüchtigkeit unserer Kaufleute ein offenes Feld ungestörter und intensiver Thätigkeit bereitet wird."¹⁷¹ Wie die Weser-Zeitung benutzte auch der H.C. die Gelegenheit, um seine politischen Rivalen zu kritisieren. Gegenstand der Kritik war Eugen Richter wegen seiner kritischen Haltung zum Kauf der Inselgruppe. Die Zeitung zeigte extreme Intoleranz, als sie schrieb:

163. F.Z. 3.6.99. Nr. 152, A., S. 1; 4.6. Nr. 153, 2.M., S. 1; 5.6. Nr. 154, A., S. 2.

164. F.Z. 6.6.99. Nr. 155, A., S. 1; 7.6. Nr. 156, A., S. 1.

165. F.Z. 8.6.99. Nr. 157, A., S. 1.

166. Vorwärts 7.6.99. Nr. 130; 21.6. Nr. 142.

167. V.Z. 3.6.99. Nr. 255, S. 1; 3.6. Nr. 256, Leitartikel.

168. V.Z. 5.6.99. Nr. 258.

169. V.Z. 8.6.99. Nr. 263, Leitartikel.

170. W.-Z. 4.6.99. Nr. 18874. 2.M. S. 1-2.

171. H.C. 3.6.99. Nr. 256, A. Leitartikel, S. 1.

“Denn was soll der Freisinn, der am Ende des 19. Jahrhunderts über eine namhafte Erweiterung unseres Kolonialbesitzes nichts anders zu sagen weiss – was soll er anders thun, als sich begeben lassen.“¹⁷²

Die Kölnische Volkszeitung lobte weder den Vertrag noch kritisierte sie ihn. Die Zeitung stellte fest, dass die wirtschaftliche Bedeutung der Inseln gering sei, und sie erwartete Schwierigkeiten mit den USA.¹⁷³

Die Kölnische Zeitung wiederum betrachtete das Zustandekommen des Vertrags als ein Zeichen der guten deutsch-amerikanischen Beziehungen. Die Ehre gebühre Bülow für seine Amerika-Politik während des Krieges. Das Blatt dankte der Regierung für die Erwerbung neuer Besitzungen.¹⁷⁴

Die Kreuzzeitung vermied es, über den Kaufpreis zu schreiben. Der Vertrag, der nach der Zeitung trotz Gerüchten eine vollkommene Überraschung gewesen sei, habe dem deutschen Ruf und der deutschen Macht im Fernen Osten eine neue Reichweite verschafft. Die strategische Lage der neuen Besitzungen sei hinsichtlich der früheren deutschen Besitzungen sowie derjenigen Japans und der USA sehr gut. Schieman war zufrieden, dass die Einigung über den Vertrag die deutsch-amerikanischen Beziehungen nicht gefährdet habe und hoffte, dass sie sich durch die neue Nachbarschaft noch verbesserten.¹⁷⁵

Die Alldeutschen Blätter waren vielleicht noch positiver überrascht. Auch sie wollten auf die wirtschaftliche Bedeutung des Vertrags nicht näher eingehen. Die Regierungspolitik habe den deutschen Anteil bei der Neuverteilung der Welt gesichert.¹⁷⁶ Die Zukunft dagegen schrieb in bitterem Ton: “Die Kolonien aber, die das Deutsche Reich unter dem Beifall der Briten und Amerikaner erwirbt, sind schwerlich dazu angethan, sein internationales Ansehen zu fördern und seinen Volkswohlstand zu heben.“¹⁷⁷

Deutschland fiel schliesslich ein grösser Teil des spanischen Kolonialerbes zu als irgendeine der oben erwähnten Zeitungen und Zeitschriften erwarten konnte. Die Regierung betrieb ‘Welt-politik’ in grösserem Umfang als es die öffentliche Meinung forderte. Der Hinweis Bülows auf den Druck der öffentlichen Meinung Deutschlands in den Verhandlungen über die pazifischen Inseln mit den Amerikanern war also nicht sehr leicht zu begründen. Andererseits lassen sich das Stillhalten der Presse und die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu den USA als Unterstützung des durch das Auswärtige Amt heimlich durchgeführten Manövers interpretieren.

7.2.5. Über Charakter und Bedeutung der Expansion der Vereinigten Staaten

Der Krieg zwischen den USA und Spanien verschärfte nicht die Beziehungen der Grossmächte, da er keine umfassenderen internationalen wirtschaftlichen Folgen hatte, und andere Länder sich nicht darin einmischten. Mit dem Krieg drang jedoch die früher unauffälliger fortschreitende amerikanische Expansion deutlich ins internationale Bewusstsein. Der Verzicht der USA auf ihre frühere Isolierung und ihre Beteiligung an der europäischen Konkurrenz um Kolo-

172. H.C. 5.6.99. Nr. 258. A. S. 2.

173. K.V. 3.6.99. Nr. 509, S. 1; 10.6. Nr. 530, S. 1.

174. K.Z. 3.6.99. Nr. 428, Leitartikel.

175. Krzstg. 3.6.99. Nr. 256, S. 1; 7.6. Nr. 261, S. 1.

176. A.B. 11.6.99. Nr. 24.

177. Zukunft 10.6.99. Bd. 27, S. 495.

nien wurde als ein "Wendepunkt in der Weltpolitik",¹⁷⁸ als eine "völlig neue Weltlage",¹⁷⁹ als ein Ereignis, "neben dem nur das Emporkommen Deutschlands eine gleich grosse, bleibende Bedeutung für die internationale Politik der Zukunft haben wird",¹⁸⁰ angesehen. Die wirtschaftliche Stärke und Konkurrenzfähigkeit der USA war in Deutschland sehr wohl bekannt. Sie wurde als eine die Expansion in Gang setzende und fortwährend in Gang haltende Kraft bezeichnet. Die Frankfurter Zeitung und der Vorwärts sahen darin die Tendenz einer gesunden Entwicklung. Die Vereinigten Staaten seien auf den "Grundpfeilern von Arbeit, Freiheit und Toleranz" gebaut,¹⁸¹ und es sei gut, dass nicht mehr "heilige Allianzen und Monarchenzusammenkünfte" über das Schicksal der Welt allein entschieden.¹⁸² Die Kölnische Volkszeitung dagegen zitierte die konservative Zeitung den Reichsboten, nach dem die Grosskapitalisten vollkommen über die Richtung der Aussenpolitik der USA bestimmten. Kuba stelle nur einen Anfang dieser Politik dar.¹⁸³ In den New Yorker Briefen der Kreuzzeitung wurde in ähnlicher Weise behauptet, dass der Zuckertrust, der Papiertrust und der Eisentrust die republikanische Partei regierten.¹⁸⁴

Die Deutsche Tageszeitung stempelte die amerikanische Aussenpolitik noch deutlicher als materialistisch ab, indem sie behauptete, dass der Zuckerring mit seinem Kapital die Regierung, die Presse und das Volk regiere. Auch hinter dem Kriege stecke nur das Streben dieser Kreise, ihren Gewinnanteil zu vergrössern. Es handele sich gar nicht um Ehrgeiz oder Eroberungsdrang "wie es wohl jugendlichen Völkern mit kriegerischer Veranlagung oder Erziehung innewohnt".¹⁸⁵

Im Laufe des Krieges fing man an, die amerikanische Politik "imperialistisch" zu nennen; neben wirtschaftlichen Bestrebungen habe sie auch machtpolitische Ziele. Die Frankfurter Zeitung schrieb, dass in Washington "Grossmachtphantasien" herrschten. Die Leute seien vom Eroberungs- und Militarismusfieber befallen, aber zum Glück sei Washington nicht gleich die Vereinigten Staaten.¹⁸⁶ Wie die F.Z. betrachtete auch die Kölnische Zeitung den Sieg von Cavite als einen Wendepunkt der amerikanischen Gesinnung gegen die "Ausdehnungs- und Eroberungs-, Seemacht- und Kolonialpolitik". Die Reden McKinleys während der Kongresswahlkampagne verstärkten diese "sogenannte imperialistische" Tendenz. Trotz ihrer Verluste behielten die Republikaner die Mehrheit im Repräsentantenhaus. Die Partei erhielt zusätzliche Senatorensitze, was nach der Kölnischen Zeitung davon zeuge, dass die Nation den Imperialismus akzeptiert habe.¹⁸⁷ Nach der Vossischen Zeitung habe sich der Erfolg der republikanischen Politiker auf die "nationale Eitelkeit", den Imperialismus, gestützt, dessen Inhalt darin bestehe, neue Länder und Völker zu erobern, Ehre und Einfluss sowie Absatzgebiete zu gewinnen.¹⁸⁸

Die Demokraten würden bei dieser neuen "wesentlich die Weltpolitik und den Militarismus bedeutenden imperialistischen Politik" mitwirken, schrieb der Korrespondent der Kölnischen

178. Vorwärts 26.4.98. Nr. 96, S. 1.

179. Krzttg. 28.12.98. Nr. 605, S. 1.

180. Nation 3.12.98. Nr. 10, S. 130.

181. F.Z. 20.8.98. Nr. 229, A. Leitartikel.

182. Vorwärts 19.8.98. Nr. 193, Leitartikel.

183. K.V.Z. 22.4.98. Nr. 324, S. 1.

184. Krzttg. 24.9.98. Nr. 448, S. 1; 26.9. Nr. 450, S. 1.

185. D.T. 26.4.98. Nr. 192, Leitartikel, S. 1.

186. F.Z. 17.7.98. Nr. 195, 2.M., Leitartikel.

187. K.Z. 7.7.98. Nr. 653; 12.11. Nr. 1066, S. 1; 14.11. Nr. 1072.

188. V.Z. 12.11.98. Nr. 531, S. 1.

Volkszeitung in New York.¹⁸⁹ Als Theodor Barth klagte, dass sich die Amerikaner durch die kriegerische Gemütsverfassung vom Territorium der USA auf den Weg der Eroberung haben verleiten lassen, stellte Schiemann seinerseits fest, dass die Prinzipien den Forderungen der politischen Folgerichtigkeit und der geographischen Lage gewichen seien.¹⁹⁰

Noch deutlicher wurde die imperialistische Politik in einem Artikel der Münchner Neuesten Nachrichten akzeptiert:

... die junge nordamerikanische Nation, die das stolze Wort Imperialismus auf das Sternbanner geschrieben hat ... Nun ... wird für die nordamerikanische Republik eine Aera der Kulturmission beginnen, der die übrigen Staaten, und nicht zuletzt Deutschland, mit neidlosem Wohlwollen, doch mit berechtigter Erwartung entgegensehen.¹⁹¹

In fast allen Zeitungen wurde festgestellt, dass die neue Stellung der USA eine effektive Weiterentwicklung des Heers und der Flotte oder mit anderen Worten den Anfang des Militarismus voraussetze, obwohl die Kölnische Zeitung glaubte, dass die Mehrheit der Amerikaner gegen die Zunahme der Aufrüstungsausgaben sei.¹⁹² Die Grenzboten behandelten das Verhältnis zwischen Demokratie und Grossmacht. Das Blatt konnte nicht auf seine eigenen Fragen antworten, die die Ambivalenz des durch den Ausbau von Armee und Flotte bedingten militaristischen Geistes und der Demokratie sowie die Fähigkeit einer unausgebildeten und an einem wirklichen Pflichtbewusstsein mangelnden Beamtenschaft, Grossmachtspolitik zu betreiben, betrafen. Die Zeitung hielt es für eine Tatsache, dass eine reine Demokratie in keiner Grossmacht lange bestanden habe.¹⁹³ Andererseits zeige das Beispiel Englands, so die Weser-Zeitung, dass sich ein Nationalstaat auch unter einer demokratischen Verfassung über seine ursprünglichen Grenzen ausdehnen könne. Eine Expansion würde eine grössere Flotte voraussetzen, was jedoch nach der Zeitung keinen Einfluss auf die inneren Verhältnisse der Vereinigten Staaten ausgeübt hätte, weil die materiellen Voraussetzungen für eine Flottenerweiterung schon vorhanden seien. Geld, Schiffsbauindustrie, Leute und Häfen standen genug zu Verfügung. In der ersten Voraussetzung zeigten sich die von der Zeitung vertretenen Interessen des Fernhandels und des Schiffbaus. Die für die Freisinnigen Parteien Deutschlands typische Einstellung zum Militarismus kam wiederum zum Ausdruck, als die Zeitung meinte, dass es sich für die Amerikaner nicht lohne, ihre republikanischen Institutionen und bürgerlichen Freiheiten dadurch zu gefährden, ein Heer zu schaffen, wie es in Europa üblich war.¹⁹⁴ Die Deutsche Tageszeitung wiederum schrieb spöttisch, die vollständige Freiheit und Gleichheit gehöre in den USA denen, die eine volle Brieftasche hatten. Die Amerikaner hätten die Unrichtigkeit der in "demokratischen Zeitungen" aufgestellten Behauptungen bewiesen, nach denen Fürsten Kriege verursachen und es keine Kriege mehr gäbe, falls alle Staaten in Republiken verwandelt würden.¹⁹⁵

Die Haltung der deutschen Zeitungen zum Militarismus zeigte sich auch in ihren Berichten über die Kriegereignisse und Streitkräfte der USA. Der Vorwärts schrieb, dass die Kriegs-

189. K.V.Z. 23.8.98. Nr. 727, S. 2.

190. Nation 12.11.98. Nr. 7, S. 89; Krzttg. 13.7.98. Nr. 321, S. 1.

191. M.N.N. 9.8.98. Nr. 362, S. 2.

192. Vorwärts 1.12.98. Nr. 281, Leitartikel; K.Z. 19.7. Nr. 691; 6.12. Nr. 1147; K.V.Z. 25.8. Nr. 734, S. 2; Krzttg. 27.7. Nr. 345, S. 1; 24.9. Nr. 448, S. 1; Zukunft 20.8. Bd. 24, S. 313–16; Nation 30.7. Nr. 44, S. 625.

193. Grenzboten. 5.1.99. Nr. 1, S. 1–2.

194. W.-Z. 26.5.98. Nr. 18504, 2.M. Leitartikel, S. 1.

195. D.T. 26.4.98. Nr. 192. Leitartikel, S. 1.

erfolge der Vereinigten Staaten die Vitalität einer demokratischen Republik gegenüber einer klerikal-militärischen Monarchie gezeigt hätten. Das Fehlen einer aktiven Armee war kein Hindernis für den Kriegserfolge gewesen. Die Vereinigten Staaten verfügten über unerschöpfliche Kraftreserven, weil sie weder ein Kasernen- und Polizeistaat seien noch die Lebenskraft der Bürger dadurch gefesselt werde, dass sie nur zu blind gehorchenden Soldaten erzogen worden wären.¹⁹⁶ Eine aktive Armee sei ein Mittel der Machthaber, über die Mehrheit zu herrschen.¹⁹⁷

Die Einstellung der Kreuzzeitung als eines Organs der "machthabenden Klasse" war dann auch abweichend. Schieman schätzte die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Miliz bei den Vorbereitungen zur Invasion auf Kuba gering: "Denken wir uns in Key West ein deutsches Armeekorps, so wäre es ohne Zweifel längst auf Kuba gelandet." Eine solche Einsatzbereitschaft könne man von ungeübten, undisziplinierten Truppen auch nicht erwarten.¹⁹⁸ Das Kriegswesen sollte auch in Ordnung sein, weil die "Kriegsbereitschaft die beste Friedensbürgschaft" sei. Die Erhaltung des Friedens wäre stets gefährdet, falls die öffentliche Meinung die Staatspolitik bestimmen könnte. Ein starker Herrscher verhindere einen Konflikt, aber er führe auch im Krieg zum Sieg.¹⁹⁹

Die deutsche Propaganda für das Flottenbauprogramm nutzte die Tatsache aus, dass die entscheidenden Schlachten auf dem Meer entschieden wurden. Es sei wieder einmal nachgewiesen worden, dass eine Seemacht Voraussetzung der politischen Kraft sei. Deutschlands Flotte dürfte nie die schwächste Flotte der Grossmächte sein, wenn es seine internationale Position beibehalten wolle. Um die Aktionsfähigkeit der Flotte zu gewährleisten, sei es notwendig, ein noch dichteres Netz von Kohlestationen zu schaffen.²⁰⁰ Die Stimmen der Zentrum-Partei hatten sich bei der Abstimmung über das Flottenbauprogramm im Jahr 1898 zersplittert. Zögern zeigte sich auch im Verhalten der Kölnischen Volkszeitung zu den Forderungen der Kreuzzeitung zur Verstärkung der Rüstung. An sich galten die Streitkräfte als Garantie für die Sicherheit des Vaterlandes, doch würde ihre übermässige Verstärkung zum Wettrüsten führen, was keineswegs den Frieden zur Folge hätte, sondern eine Zwischenform von Krieg und Frieden.²⁰¹

Der Krieg übte kaum Einfluss auf Deutschlands Wirtschaftsleben aus, und auch die Zeitungen berücksichtigten ihn nur wenig. Der Vorwärts schrieb über den die Lebensgrundlage der unteren Schicht bedrohenden Anstieg der Getreidepreise, die Frankfurter Zeitung über den geringen Einfluss des Kriegs auf die Börse und die Kreuzzeitung über den Nutzen der Eisenindustrie.²⁰² Die grösste Wirkung übte der Krieg auf Deutschlands Zucker- und Tabakindustrie aus. Die Produktion von Zucker und Tabak sowohl auf Kuba als auch auf den Philippinen war infolge des Aufstandes und des Krieges drastisch gesunken. Da der grösste Teil des in die USA eingeführten Zuckers aus Kuba kam, rechneten die Zuckerproduzenten Deutschlands nun damit, immer mehr Fuss auf dem amerikanischen Markt fassen zu können. Dagegen fürchtete man, dass die deutsche Tabakindustrie unter dem Mangel an Havanna-Rohtabak leiden werde. Man sah ein,

196. Vorwärts 22.7.98. Nr. 169.

197. Zukunft 20.8.98. Bd. 24, S. 317.

198. Krzztg. 25.5.98. Nr. 239, S. 1.

199. Krzztg. 16.7.98. Nr. 328, S. 1.

200. Krzztg. 1.6.98. Nr. 249, S. 1; 27.7. Nr. 345, S. 1; 4.12. Nr. 583, S. 1. Vgl. Grenzboten 11.2.98. Nr. 32, S. 241–45; A.B. 29.5. Nr. 22; 11.9. Nr. 37; M.N.N. 27.4.98. Nr. 193, S. 2.

201. K.V.Z. 29.7.98. Nr. 649, S. 1.

202. Vorwärts 3.5.98. Nr. 102, Leitartikel; 5.5. Nr. 104, Leitartikel; F.Z. 29.5. Nr. 147, 2.M., Leitartikel; 20.7. A. Nr. 208, S. 2; Krzztg. 1.6. Nr. 249, S. 1.

dass der Anstieg des Zuckerexports nur so lange weitergeht, bis die Amerikaner die Zuckerproduktion auf Kuba und den Philippinen wieder in Gang setzen könnten.²⁰³ Danach wären die USA wieder vom europäischen Zucker unabhängig, was auch für den deutschen Handel, die Industrie und Landwirtschaft ein schwerer Schlag wäre.²⁰⁴

Obwohl die Zeitungen die Vereinigten Staaten wegen des Kriegsausbruchs verurteilten und die Friedensbedingungen kritisierten, fingen sie langsam an, sich nach Siegen der Amerikaner auf die Seite des Stärkeren zu schlagen. Der Sieger wies Charakteristika auf, die auch die eigene Nation kennzeichneten. "Dass ... die Vereinigten Staaten protestantisch, das unterliegende Spanien aber katholisch ist, das ist kein Zufall, sonder es gehört wesentlich zum System." In letzter Zeit hatten sich die protestantischen Länder überhaupt gegenüber den katholischen als überlegen erwiesen. Preussen hatte über Österreich, Deutschland über Frankreich gesiegt.²⁰⁵ Die katholische Kirche Spaniens band den Einzelnen in zu hohem Masse. Indem sie die Entwicklung einer freien und begabten Persönlichkeit verhinderte, stand sie zugleich dem Erfolg des ganzen Volkes im Wege. In den hauptsächlich unter protestantischer Führung stehenden Deutschland hatte sich der Katholizismus nicht isoliert, sondern sich auch als eine entwicklungsfähige politische Macht erwiesen.²⁰⁶ Die Kölnische Volkszeitung wehrte sich gegen die Kritik am Katholizismus. Sehr häufig schrieb die Zeitung über die Deutschenfeindlichkeit der Vereinigten Staaten. Die Zeitung wollte die Antipathien der Amerikaner sowohl gegen den Katholizismus als auch gegen das Deutschtum beweisen, indem sie behauptete, dass ein nach seinem religiösen Glauben lebender Katholik als ein genauso schlechter Amerikaner betrachtet werde wie ein an seinem Deutschtum festhaltender Einwanderer.²⁰⁷

In der Einstellung zum Sieger und zum Besiegten kam auch das für diese Zeit Typische deutlich zum Ausdruck, die Rassenlehre und der Sozialdarwinismus. Trotz ihrem Antiamerikanismus schrieben die Grenzboten, dass der Krieg "die Verdrängung der längst von der Welt verurteilten Herrschaft eines tief gesunkenen Volkes durch ein kräftiges, leistungsfähiges ..." bedeute.²⁰⁸ Weil Spanien seine Aufgaben in Amerika schlecht ausgeführt habe, sei es wegen des "weltgeschichtlichen Rechts und menschlicher Entwicklung" ganz richtig, dass es nun auf Kuba sowie früher auf seine anderen Kolonien in Südamerika verzichten müsse.²⁰⁹ "Im Interesse der Selbsterhaltung" hätten die Vereinigten Staaten, wie die europäischen Völker auch, Völker niedriger Rasse und Zivilisationsstufe unterworfen.²¹⁰ Die angelsächsische Rasse sei durch eine Neigung zur inneren Disziplin gekennzeichnet, was den Verlauf des Krieges wesentlich beeinflusst habe.²¹¹ Der Hamburgische Correspondent sah in Frankreichs Vermittlungstätigkeit auch einen Grund rassischer Art. Zuerst habe Frankreich als führendes Land der lateinischen Rasse eine Niederlage gegen Deutschland erlitten, dann "ist auch die erhoffte Wiedergeburt Italiens zweifelhaft geworden", und nun führte Spanien einen sowohl militärisch als auch wirtschaftlich hoffnungslosen Krieg. Frankreich sollte versuchen, die Reste der Ehre der lateini-

203. K.Z. 10.8.98. Nr. 762; Zukunft 4.6. Bd. 23, S. 447–49.

204. M.N.N. 27.4.98. Nr. 192, S. 2.

205. F.Z. 13.8.98. Nr. 222, Leitartikel.

206. P.J. 23.7.98. Bd. 93. Heft 2, S. 385.

207. K.V.Z. 7.8.98. Nr. 677, S. 3; 15.8.98. Nr. 703, S. 1; 16.10. Nr. 907. S. 1; 23.11. Nr. 1029, S. 1.

208. Grenzboten 5.1.99. Nr. 1, S. 1–2.

209. W.-Z. 7.4.98. Nr. 18456, 2.M. Leitartikel, S. 1.

210. Krzttg. 4.1.99. Nr. 5, Leitartikel.

211. Grenzboten 27.4.99. Nr. 17, S. 169–79; Nr. 18, S. 231–42.

schen Rasse in den Augen der Welt zu retten.²¹² Alle Verfasser von Zeitungsartikeln dieser Zeit scheinen dennoch nicht an die Relevanz von Rassenfaktoren für internationale Beziehungen geglaubt zu haben. Als die *Weser-Zeitung* die Beziehungen zwischen Frankreich und den USA behandelte, hatte sie den Verdacht, die Französer hätten über "die lateinische Rasse ohne ernsthaften Hintergrund, mehr des rhetorischen Effects wegen" geschrieben.²¹³

Hans Delbrück dürfte es ernst gemeint haben, als er – indem er das Bündnis Deutschlands mit England und den USA befürwortete – an Rassenverwandtschaft und Glaubensbrüderschaft appellierte. Delbrück behauptete, dass Russland eine Zusammenarbeit mit Europa wünsche, um die Expansion der USA im Fernen Osten einzudämmen, doch verneinte er die innere Einheit der alten Welt und die Gegensätzlichkeit zur Neuen Welt.²¹⁴

Als es immer sicherer wurde, dass die Vereinigten Staaten bis in die Karibik und den Fernen Osten vordringen würden, brachten die Zeitungen immer mehr Artikel, die die guten deutsch-amerikanischen Beziehungen betonten oder gar eine politische Allianz wünschten. Die *Frankfurter Zeitung* beschuldigte die deutsche Regierung und Presse des Verlustes einer einzigartigen Gelegenheit, gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten – ähnlich der Englands – zu schließen.²¹⁵ Die *Vossische Zeitung* erinnerte daran, dass Deutschland schon im Bürgerkrieg auf der Seite der Union gestanden habe und hielt in schmeichlerischem Ton die Abschaffung der Sklaverei für die grösste Tat des Jahrhunderts.²¹⁶ Der früher das "Yankeetum" heftig kritisierende Schieman gab zu, dass "auf diesem Boden rücksichtslosen materiellen Wettbewerbes auch hier und da ein Idealismus seine Blüten treibt". Einer der Gründe für die Sympathie bestand auch in der Tatsache, dass in Amerikanern mehr deutsches Blut floss als in irgendeinem anderen nicht-deutschen Volk. Trotzdem vertrat Schieman die Ansicht, dass kein Bedarf an einer politischen Allianz bestand, und er begnügte sich mit der Hoffnung auf beidseitiges sachliches Verhalten zu den Zielen des anderen.²¹⁷

Die von der deutschen Presse wegen des Krieges praktizierte Kritik der Politik der USA rief eine Gegenreaktion in der amerikanischen Presse hervor. Die öffentliche Meinung Deutschlands spiegelte auch die Standpunkte der Regierung des Landes wider. Die moderate führende Zeitung, die *New York Times*, schrieb vor Kriegsausbruch, dass England der einzige Freund der USA in Europa sei. Nur die sich auf den Krieg beziehenden Schlagzeilen der *New York Times*: "Berlin Dislikes America", "German Press Hostile", "German Press Still Hostile" usw. konnten ein recht einseitiges Bild von der Einstellung der deutschen Presse zu den USA vermitteln. In ihren Artikeln stellte die *New York Times* jedoch die geteilte Meinung der Deutschen sachkundig dar.²¹⁸

In Deutschland wunderte man sich über die nun in Übersee vorherrschende Auffassung von Deutschlands Antiamerikanismus. Die *Frankfurter Zeitung* erklärte, sie rühre von der Knappheit des deutschen Nachrichtenmaterials für amerikanische Zeitungen her. Die deutschen Zeitungen waren erst zehn Tage nach Erscheinen in den USA erhältlich, sie hatten ihre Aktuali-

212. H.C. 10.7.98. Nr. 317, M. Leitartikel, S. 1.

213. W.-Z. 29.5.98. Nr. 18507. 2.M. Leitartikel, S. 1.

214. P.J. 21.5.98. Bd. 92, Heft 3, S. 556–68, Nov.-Dez. 98. Bd. 94. Heft 3, S. 569–71.

215. F.Z. 28.7.98. Nr. 206, A. Leitartikel; 28.8. 1.M. Nr. 237, S. 1.

216. V.Z. 19.7.98. Nr. 332, S. 1.

217. Krzttg. 28.12.98. Nr. 605, S. 1.

218. N.Y.T. 1.5.98. Nr. 15071; 25.9. Nr. 15095; 12.6. Nr. 15107.

tät verloren, und sie wurden kaum gelesen.²¹⁹ Die gegen den Beginn des Krieges gerichtete Kritik wurde als wohl begründet angesehen und es wurde verneint, dass sie auf bösen Willen zurückzuführen sei. Allgemein gab man der englischen Presse und den englischen Nachrichtendiensten die Schuld an dem "Missverständnis" der Amerikaner. Es sei die Absicht der Engländer, die Isolierung der Amerikaner und damit die Bedeutung des "einzigsten Freundes" zu zeigen. Deutschfeindliches Material werde von der mit Engländern besetzten Europa-Zentrale von Associated Press in London weitergeleitet.²²⁰ Auch der Korrespondent der New York Times in Berlin gab eine solche Praxis in London zu. Seiner Meinung nach habe es für die deutschen Zeitungen keinen Zweck, zu behaupten, dass sie innerhalb der Grenzen einer objektiven Kritik geblieben wären. Der Korrespondent hatte im wesentlichen recht, als er feststellte: "We are winning the war now and the Germans want to be our friends."²²¹

Die Beteiligung der USA an der Weltpolitik sei nach den deutschen Oppositionszeitungen als eine hinsichtlich der internationalen Beziehungen willkommene Entwicklung zu bewerten. Die die Landwirtschaft, die Monarchie und den Katholizismus vertretenden Zeitungen hielten dagegen diese Erscheinung für gefährlich und sie behaupteten, dass die Triebkraft der amerikanischen Expansion ausschliesslich der brutale Materialismus sei. Die Einstellung zu den von den Amerikanern durchgeführten Eroberungen, der Praxis der imperialistischen Politik, war durch Standpunkte bedingt, die in dem über die deutsche "Weltpolitik" geführten Streitgespräch angenommen worden waren. Die Opposition kritisierte sowohl die amerikanische als auch deutsche Expansion, während die der Regierung loyalen Zeitungen den Imperialismus unterstützten.

In der Einstellung zum Militarismus kam der politische und wirtschaftliche Hintergrund der Zeitungen deutlich zum Vorschein. Der linke Vorwärts behauptete, dass die Kriegserfolge der USA auf die Freiheit ihres politischen Systems und die Freiwilligenarmee zurückzuführen seien. Die rechte Kreuzzeitung wiederum zog ein stehendes Heer unter einer starken Regierung vor.

Als Faktoren, die zum Erfolg der Amerikaner beigetragen hätten, wurden in zunehmendem Masse die ihnen und den Deutschen gemeinsamen Züge, wie Religion, Rasse und Leistungsfähigkeit, betrachtet. In sozialdarwinistischem Sinne galten der Sieg der USA und Spaniens Niederlage als historisch berechtigt. Nur die die amerikanischen Werte scharf kritisierenden Zeitungen, die ultrakatholische Kölnische Volkszeitung und die agrarische Deutsche Tageszeitung, griffen unaufhörlich von allen Seiten die amerikanische Expansion an.

Im allgemeinen benutzten die Zeitungen, die eine monarchistische Regierungsform befürworteten, für die Landwirtschaft eintraten oder den Katholizismus vertraten, die Gelegenheit, die Amerikaner von allen Seiten zu kritisieren. Die Zeitungen der Opposition wiederum kritisierten die Verhältnisse in der Heimat, indem sie die positiven Seiten des amerikanischen Systems publik machten.

219. F.Z. 19.5.98. Nr. 137, 1.M., Leitartikel.

220. Krzztg. 7.6.98. Nr. 260, S. 1. Vgl. Nation 11.6. Nr. 37; K.Z. 2.7. Nr. 635, S. 1; A.B. 4.12. Nr. 49.

221. N.Y.T. 26.6.98. Nr. 15119, S. 1.

7.3. Quantitative Analyse der Zeitungsartikel

Die Artikel der untersuchten Zeitungen über die Krise der USA und Spaniens und damit zusammenhängend über die deutsch-amerikanischen Beziehungen und die amerikanische Expansionspolitik waren zum grössten Teil neutral. Negative Artikel gab es mehr als positive, was sich in den Werten des Mehrheitsindex manifestiert.²²²

TABELLE 5. Die Einstellungsverteilung in Leitartikeln und sonstigen Artikeln deutscher Zeitungen, die die Krise der USA und Spaniens behandelten (Einstellung zu den USA; Zahlen in Prozent, die absoluten Zahlen in der Anlage.).

	Positive	Neutrale	Negative	Im
Leitartikel	8.78	68.02	23.20	-0.046
Sonstige Artikel	2.07	88.96	8.97	-0.008
Leit- und sonstige Artikel insg.	3.00	86.05	10.95	-0.011

Die Leitartikel nahmen deutlicher Stellung und in ihnen wurden häufiger als in den sonstigen Artikeln solche prinzipiellen Fragen erörtert, aus denen die Einstellung des Verfassers hervorging. In einem grossen Teil der sonstigen Artikel begnügte man sich damit, Informationen zu bringen und z.B. ohne Kommentare über Kriegsereignisse zu berichten. Somit ist der relative Anteil der neutralen Leitartikel bedeutend kleiner als der der sonstigen Artikel.

Die schon aus der qualitativen Darstellung hervorgegangenen Unterschiede zwischen der Einstellung der verschiedenen Zeitungen kommen in der folgenden Tabelle deutlich zum Ausdruck:

TABELLE 6. Die Einstellungen der die Krise zwischen den USA und Spanien betreffenden Schriften (Leit- und sonstige Artikel) in Zeitungen zu den USA (Verteilungen in verschiedener Zeitungen an allen Schriften (n = 3198), die absoluten Zahlen in der Anlage).

Zeitung	Positive	Neutrale	Negative	Im	% aller Schriften
Fankfurter Z.	19.60	76.40	4.00	0.037	7.82
Vorwärts	18.75	71.88	9.37	0.026	1.00
Münchener N. Nachrichten	1.02	96.94	2.04	-0.000(3)	15.35
x) Norddeutsche Allg. Ztg.	1.39	95.83	2.78	-0.001	4.50
Vossische Ztg.	3.10	92.68	4.22	-0.001	11.10
Weser-Ztg.	2.49	93.56	3.95	-0.001	15.04
Hamburgischer Corresp.	0.37	87.32	12.31	-0.015	16.76
Kölnische Ztg.	0.97	85.26	13.77	-0.019	12.95
Deutsche Tagesztg.	0.00	83.33	16.67	-0.028	4.13
Kölnische Volksztg.	0.00	62.84	37.16	-0.138	5.72
Kreuzztg.	2.78	55.00	42.22	-0.178	5.63

x) NAZ 1.9.1897–31.6.1898. Bei sonstigen Zeitungen stützen sich die Angaben der Tabelle auf Artikel bis zum 31.12.1898.

Am deutlichsten und zugleich am negativsten nahm die Kreuzzeitung, das Sprachrohr der Agrarier und der Monarchisten, Stellung. Noch strenger in ihrer negativen Einstellung waren der Vertreter der Interessen der landwirtschaftlichen Produzenten, die Deutsche Tageszeitung und die ultramontane Kölnische Volkszeitung, denn sie veröffentlichen keinen einzigen den USA gegenüber positiven Artikel. Der Krieg und die Beteiligung der USA am Erwerb von Kolonien gaben den Organen der deutschen Wirtschaft, der Kölnischen Zeitung und dem Hamburgischen Correspondenten keinen Anlass zu positiver Berichterstattung. Die negative Haltung der ersteren war vielleicht sowohl auf die Interessen der Schwerindustrie als auch auf die Verpflichtungen der Sammlungspolitik gegen die amerikanische Wirtschaftsexpansion zurückzuführen. Dem Hamburgischen Correspondenten lag es wiederum daran, einen möglichst grossen Markt für den deutschen Fernhandel zu garantieren. Die Neutralität der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung dürfte sich daraus erklären, dass die Zeitung der Kontrolle des Auswärtigen Amtes unterstellt war. Die Artikel in den liberalen Zeitungen, der Weser-Zeitung, der Vossischen Zeitung und der Münchner Neuesten Nachrichten waren auch im grossen und ganzen recht neutral. Sie fühlten sich nicht dazu veranlasst, eine Lanze für den deutschen Staat und seine regierenden Kreise gegen das amerikanische Regierungs- und Wirtschaftssystem zu brechen. Die Stellung der Opposition in der Heimat zeigte sich in der deutlichen Sympathie der Frankfurter Zeitung und des Vorwärts gegenüber der Politik der USA und den Amerikanismus.

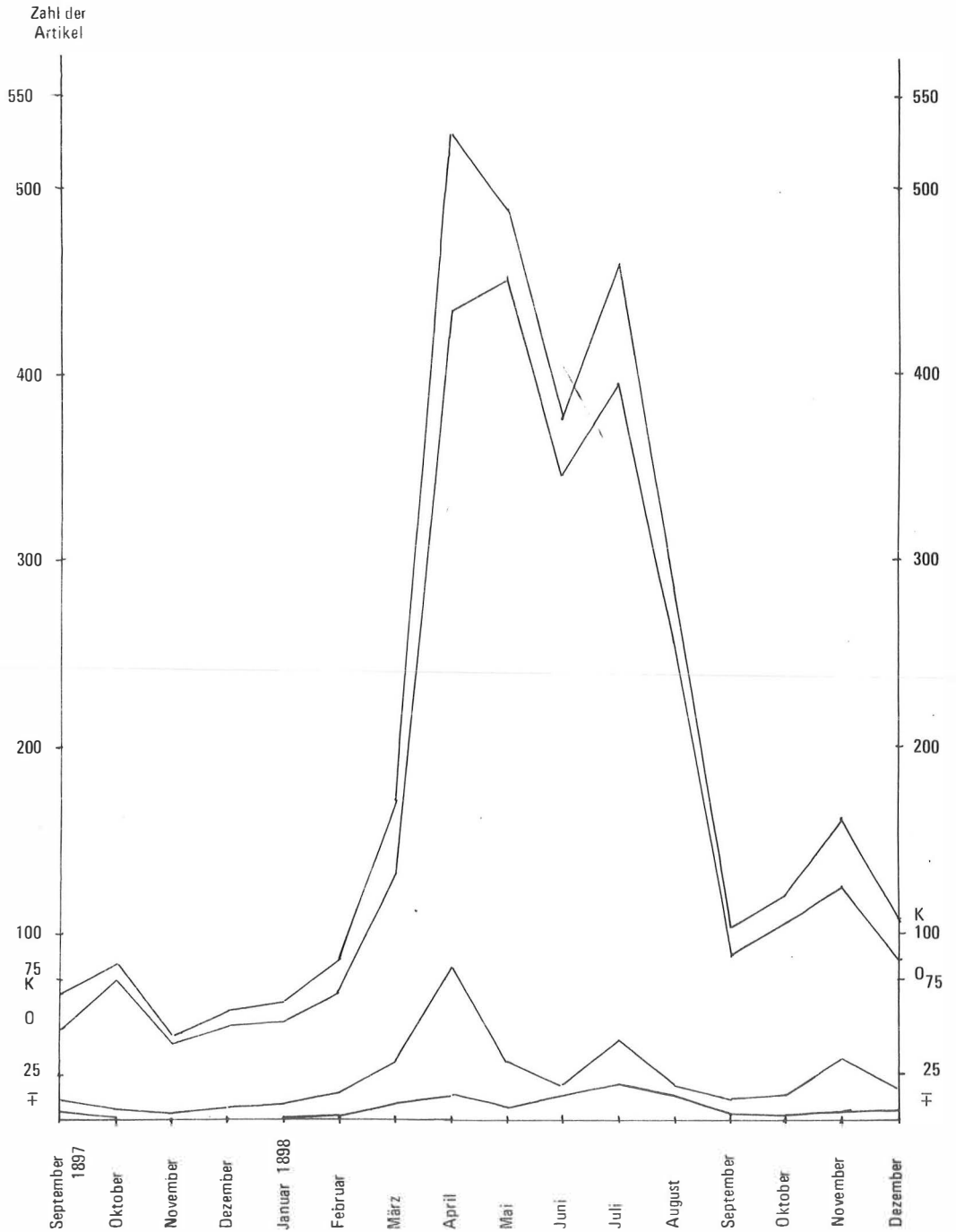
Wenn das Interesse der Zeitungen an der Krise zwischen den USA und Spanien mit der Zahl der Artikel gemessen wird, zeigt sich, dass die liberalen Zeitungen an der Frage am meisten interessiert waren. Ihre geringe Anzahl in der extremen Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Kreuzzeitung springt noch mehr ins Auge, wenn die Zahl der wöchentlichen Ausgaben und der Umfang berücksichtigt werden (siehe Tabelle 4, S. 136).

Im untersuchten Zeitraum fanden deutliche Änderungen sowohl in der Menge als auch in der Qualität der Zeitungsartikel statt.

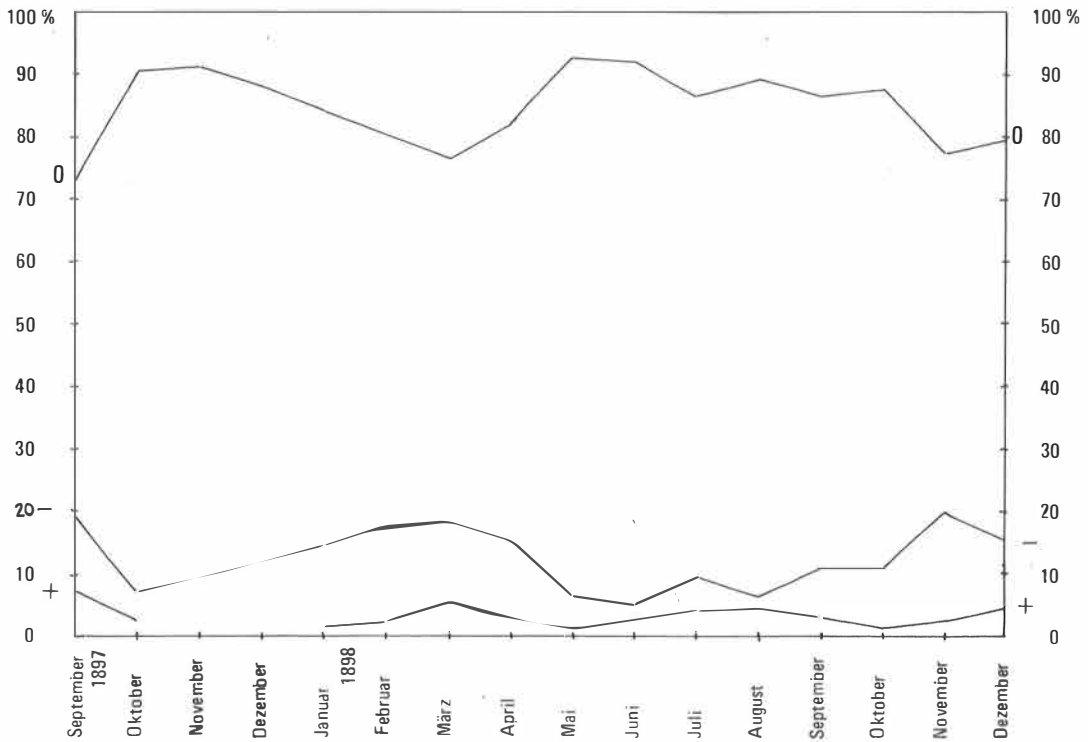
Die Entwicklung der Beziehungen zwischen den USA und Spanien sowie später die Kriegereignisse spiegeln sich in der Anzahl der Zeitungsartikel wider. Ein starker Anstieg begann im Februar 1898, nach der Veröffentlichung von De Lomes Brief und der Explosion der "Maine". Die meisten Artikel wurden im April geschrieben, als sich die Krise zum Krieg zuspitzte. Die Seeschlacht von Santiago im Juli liess das Interesse noch mehr ansteigen als aus der Graphik hervorgeht, denn die Zahlen der NAZ ab Anfang Juli fehlen. Zur gleichen Zeit machte sich die Philippinen-Frage wegen der Präsenz eines deutschen Geschwaders geltend. Im September, nach Abschluss des Waffenstillstandes und vor der Zusammenkunft der Pariser Friedenskonferenz, wurde über die Sache sehr wenig berichtet. Das Interesse der Presse wurde dann durch die Friedensverhandlungen und vor allem durch die Frage der Besitzverhältnisse der Philippinen vermehrt.

222. Mit dem Mehrheitsindex wird das gegenseitige Verhältnis auseinanderstrebender Einstellungsäusserungen beschrieben und er errechnet sich aus der Formel
$$I_m = \frac{(f_p - f_n)(f_t - f_o)}{f_t^2}$$

wobei I_m = Mehrheitsindex, f_p = Anzahl der positiven, f_n = die der negativen, f_o = die der neutralen und f_t = die sämtlicher Äusserungen bedeutet. Variation des Index: +1 — -1. Siehe z.B. *Viljo Rasila*, *Tilastolliset menetelmät historiantutkimuksessa* (Tampere 1973), S. 98. (Zur quantitativen Entwicklung in chronologischer Hinsicht, siehe genauer Anlage).



Figur 1. Die quantitative monatliche Entwicklung aller Zeitungsartikel (Leitartikel + sonstige Artikel = K) die Krise zwischen den USA und Spanien betreffend, sowie die Entwicklung der für die USA positiven (+), negativen (-) und neutralen (o) Artikel im Zeitraum 1.9.1897 bis 31.12.1898 (die absoluten Zahlen in der Anlage).



Figur 2. Die monatliche Verteilung (in Prozent) der Zeitungsartikel (Leitartikel + sonstige Artikel), die Krise zwischen den USA und Spanien betreffend, in für die USA positive (+), negative (-) und neutrale (o) Stellungnahmen im Zeitraum 1.9.1897 bis 31.12.1898 (die absoluten Zahlen in der Anlage).

Auch die Art der Schriften war durch die weitere Entwicklung der Krise bedingt. Die Note an Spanien im September 1897, die die Aktivierung der Kuba-Politik der USA bedeutete, brachte die am deutlichsten Stellung nehmenden Artikel in der deutschen Presse mit sich, was sich darin zeigt, dass der relative Anteil der neutralen Artikel kleiner war als in anderen Monaten. Doch erweckte die Sache noch nicht sehr viel Interesse, wie Figur 1 zeigt. Die Zahl neutraler Artikel nahm zu, als sich die Situation infolge der spanischen Politik des Nachgebens beruhigte. Das Fehlen positiver Stellungnahmen lässt die Interpretation zu, dass dies von der Kritik der Machtpolitik der USA und/oder von der Hochschätzung der spanischen Zugeständnisse zeuge. Mit der Zuspitzung der Krise nahmen sowohl die befürwortenden als auch die ablehnenden Stellungnahmen zu. Im Mai und Juni wurden hauptsächlich Artikel über Kriegsereignisse verfasst, während die Zahl der Stellungnahmen abnahm. Die schweren Friedensbedingungen riefen dann im November massive Kritik hervor, die sich schon im Dezember z.T. milderte, als nach dem Friedensschluss in Paris die Rolle der USA als die einer neuen Kolonialmacht bewertet wurde.

7.4. Die Massnahmen der Regierungen zur Verbesserung der inoffiziellen deutsch-amerikanischen Beziehungen

Der Polemik in der Presse wurde natürlich auch von der offiziellen Seite Aufmerksamkeit gewidmet. Der Gesandte White glaubte, dass Missverständnisse und eine unrichtige Darstellung von Tatsachen eine gewisse Rolle bei der Entwicklung der Dinge gespielt hätten. So behauptete er, dass mehrere englische und amerikanische Zeitungen seine Aussagen bewusst verändert hätten.²²³ Aussenminister Day hielt es für eine bedauerliche Tatsache, dass die Einstellung der deutschen Presse gegenüber dem Krieg das wegen des Handelsstreits gespannte Verhältnis noch weiter verschärfte. Obwohl der Aussenminister die durch offizielle Stellen ihm vermittelte Information über das korrekte Verhalten der deutschen Regierung als wahr betrachtete und der Meinung war, dass sie besser der tatsächlichen Einstellung Deutschlands entspreche, wollte er eine Verbesserung im Nachrichtenaustausch der Länder bewirken. In dieser Absicht nahm Day Kontakt mit einem in Amerika ansässigen Deutschen, dem Chefredakteur der in Chicago erscheinenden Illinois Staatszeitung, Joseph Brucker, auf, und bat ihn, Vorschläge zur Verbesserung der Situation zu machen. In seiner Antwort behauptete Brucker auf Grund von "Hunderterten von Zeitungsausschnitten", die er gesammelt habe, dass die Presse sowohl der USA als auch Deutschlands Opfer von Intrigen sei, die von London aus systematisch gesteuert worden seien. Die Absicht der Engländer sei es, die amerikanische öffentliche Meinung so zu beeinflussen, dass sie die Allianz England – USA befürwortete. Auch der englische Chef des Londoner Büros von Associated Press arbeitete für dieses Ziel. Um den englischen Einfluss zu eliminieren, machte Brucker den Vorschlag, eine amerikanische Nachrichtenagentur sowohl in New York als auch in Berlin zu gründen. Die letztere sollte der Kontrolle des Gesandten unterstellt werden. Day teilte mit, dass Brucker nach Berlin fahren werde, um Ratschläge zu geben, wenn White den Plan

223. White an Sherman 26.3.98. NA/44354.

akzeptierte.²²⁴ Ohne die Realisierungsmöglichkeiten des Plans genauer zu behandeln, gab White ihm nicht seine vorbehaltlose Unterstützung. Ursprung und Umfang der Polemik in der Presse liessen sich nicht durch die Tätigkeit von A.P. erklären. Andererseits sei die Haltung der deutschen Presse im Begriff, deutlich positiver für die USA zu werden. Somit nütze Bruckers Ankunft in Berlin nichts, bevor White sich genauer mit den Realisierungsmöglichkeiten des Vorschlags auseinandersetzte.²²⁵

In seinem relativ umfangreichen (17 – Seiten –) Bericht "German sentiment toward the U.S. as voiced in the press. Its causes and cure." stellte White fest, dass der Einfluss der englischen Presse und der Nachrichtenagenturen gering sei. Sowohl amerikanische als auch deutsche Korrespondenten verursachten Missverständnisse, indem sie sogar unbedeutende Dinge als Sensationen darstellten. White erwähnte sieben Hauptgründe für die ein bis zwei Jahre lang vorgekommene, den USA feindlich Einstellung deutscher Zeitungen, die Frankfurter Zeitung und die Nation ausgenommen. Die Gründe waren: 1) die protektionistische Politik der USA, 2) die grosse Produktivität der USA, vor allem die der Landwirtschaft, 3) der religiöse und politische Konservatismus Deutschlands, 4) die Enttäuschung der deutschen Liberalen über das amerikanische System, 5) das gleichgültige Verhalten der USA zu Europa, 6–7) das Nichtbeachten diplomatischer Spielregeln und der diplomatischen Repräsentation durch die USA in Deutschland und in anderen europäischen Hauptstädten. Dem Krieg zwischen den USA und Spanien als einem die öffentliche Meinung beeinflussenden Faktor mass White eine geringere Bedeutung zu. Infolge der Siege der Amerikaner und des Zusammenbruchs des spanischen Systems hatten viele Zeitungen den Ton in ihren Artikeln geändert und sie versuchten zu erklären, dass sie auch früher neutral gewesen seien. Ein Teil dieser Kampagne sei, die Schuld auf die Engländer zu schieben. Der Gesandte gab jedoch die Schwierigkeiten zu und versprach, Vorschläge zu ihrer Beseitigung zu machen.²²⁶ Als sich das Polemisieren in der Presse mit dem Ausgang des Krieges legte, wurde zwischen dem Aussenministerium und der Botschaft keine weitere Korrespondenz mehr über den nicht mehr aktuellen Plan Bruckers geführt.

Ohne Days Wissen leitete Brucker seinen Plan und seine Korrespondenz mit Day Holleben zu. Dieser meinte, dass die amerikanischen Zeitungen ebenso schlecht über die Verhältnisse in Deutschland informiert seien wie die deutschen über die in den USA. Holleben wälzte die Hauptverantwortung für die schlechten Beziehungen nicht auf die Korrespondenten ab, da sie die Grenzen der Konvention nicht überschreiten konnten, ohne von einer Ausweisung aus Deutschland bedroht zu werden. Auch Holleben klagte das Londoner Büro von A.P. der Deutschfeindlichkeit an. Die Meinungsbeeinflussung hatte keine direkte Wirkung auf die Einstellung der US-Regierung, wohl aber auf die der Politiker im Kongress. Die Regierung konnte wiederum nicht gegen die Meinung des Kongresses und die öffentliche Meinung handeln. Hollebens Vorschlag zur Verbesserung der Situation war eine deutsche Version des Bruckerschen Plans: Gründung von Nachrichtenagenturen mit deutscher Besetzung sowohl in New York als auch in Berlin.²²⁷

224. Day an White 18.7.98. NA/77. Germany/522. Bruckers Vorschlag 12.7. siehe Holleben an Hohenlohe 27.7. (eingetroffen 12.8.) A. 163 PA. Europa Generalia. Nr. 86. Geheime Akten betr. Telegraphen-Institute des In- und Auslandes. Bd. 8.

225. White an Day 6.8.98. NA/44/85/509.

226. White an Day 12.8.98. NA/44/85/518.

227. Holleben an Hohenlohe 27.7.98. A. 163. PA. Europa Generalia, Nr. 86. Bd. 8.

Im Auswärtigen Amt verfasste der Chef des Presseamtes Hammann einen Bericht über die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA im Spiegel ihrer Presse für Bülow. Er hielt die Gründung einer Nachrichtenagentur in New York wegen der damit verbundenen Kosten nicht für möglich. Hammann glaubte nämlich nicht, dass Amerikaner sich anstatt der Dienste einer solchen Agentur zu bedienen auch weiterhin die billigeren Kabelnachrichten benutzten. Bei der Entwicklung des Nachrichtenverkehrs mit den USA müsse vor allem berücksichtigt werden, dass die Überseekabel in englischem Besitz seien, und A.P. das Monopol auf die Nachrichtenübermittlung habe. Weil die Monopolstellung der A.P. unbrechbar sei, müsse eine Zusammenarbeit mit ihr angestrebt werden. Die Nachrichtenagentur müsse zu der Einsicht gebracht werden, wie schädlich es sei, dass die Amerikaner Europa durch eine englische Brille sehen mussten. Es sei notwendig, den englischen Leiter der Agentur durch einen Amerikaner abzulösen. Mit dem Hinweis auf Missbräuche während des Krieges hielt Hammann die Gelegenheit zur Aufnahme von Verhandlungen für geeignet.²²⁸ Holleben betrachtete die Vorschläge Hammanns als unbrauchbar, vielmehr bestand er auf seiner Idee, zwei selbständige Büros zu gründen. Als Leiter für das New Yorker Büro empfahl er den in Amerika ansässigen Deutschen D. Ph. Witte, der vor Gründung des Büros als Wolffs Vertreter fungieren könnte.²²⁹ Es ist vielleicht auf die Tätigkeit Hammanns zurückzuführen, dass man in Berlin dennoch zu einer anderen Lösung gekommen war. Nach den Instruktionen des Auswärtigen Amtes sollte auch Holleben den als Wolffs Vertreter nach New York entsandten Dr. Haedicke unterstützen. Haedicke wurde von der Agentur beauftragt, die über London nach Berlin laufende Nachrichtenübermittlung in Zusammenarbeit mit der Leitung von A.P. zu kontrollieren. Weiterhin gehörte es zu den Aufgaben Haedickes, ein amerikanisch-deutsches Nachrichtenblatt zu gründen und einen Telegrammdienst der amerikanisch-deutschen Presse zu organisieren. Zudem sollte Haedicke versuchen, den Erwerb von Handels- und Finanznachrichten in New York von den Engländern in die Hände der Deutschen zu bringen sowie eine Organisation des deutschen Nachrichtendienstes in Mexiko und Mittelamerika zu planen.²³⁰ Witte, den Holleben als seinen Mitarbeiter anstellen konnte, sollte neben Haedicke arbeiten, nie gegen ihn.²³¹

Als Holleben später die Tätigkeit Haedickes und Wittes beurteilte, meinte er, dass dem ersten seine Zusammenarbeit mit A.P. und die Kontrolle des nach Deutschland übermittelten Nachrichtenmaterials gelungen sei. Den sonstigen Tätigkeiten Haedickes mass Holleben keine besondere Bedeutung zu. Witte, der in Washington gearbeitet hatte, erwies sich für Holleben als sehr nützlich, obwohl ihm nach Hollebens Einschätzung die Fähigkeit zum selbständigen Denken fehle. Durch die von Witte hergestellten Beziehungen zur Presse gelang es Holleben, Einfluss auf viele Zeitungen auszuüben, Meldungen zu berichtigen und Themen für Leitartikel vorzugeben. Nach der Meinung des Gesandten könnten die amerikanischen Zeitungen am besten durch die Herstellung von guten Beziehungen beeinflusst werden.²³²

Wittes Aufgabe war provisorischer Natur, und der Zweck seiner Anstellung hatte darin bestanden, die Darstellung der amerikanisch-deutschen Beziehungen in der Presse – die Krise

228. Hammann an Bülow 9.12.98. Ibid. A. 14252.

229. Holleben an Hohenlohe 25.1.99. A. 17. Ibid. A. S. 316, Bd. 9.

230. Bülow an Holleben 25.1.99. Telegramm Nr. 14; Mantler (Wolffs Büro) an Bülow 30.1.99. A. S. 229; Bülow an Holleben 31.1.99. A. 13. Ibid.

231. Bülow an Holleben 13.2.99. Telegramm Nr. 25. Ibid.

232. Holleben an Hohenlohe 10.4.99. A. 78. Ibid. A. S. 878.

zwischen den USA und Spanien hatte negative Auswirkungen darauf –, wider zu verbessern. Nachdem sich die öffentliche Meinung beruhigt hatte, sei eine „amtliche Tätigkeit“ auf diesem Gebiet nicht mehr nötig. Holleben wollte nicht das Bild geben, als ob die Botschaft einen eigenen „Presseattaché“ gehabt hätte.²³³

Die Deutschen vertraten ja die Auffassung, dass Nachrichten, die per Kabel über das Londoner Büro von Associated Press in die USA kamen, die deutsche öffentliche Meinung entstellten. Eine diesbezügliche Änderung wurde möglich, als die Vereinigten Staaten die Genehmigung erteilten, ein deutsches Kabel zur Küste der USA zu verlegen. Sowohl das Danketelegramm Kaiser Wilhelms als auch McKinleys Antworttelegramm deuten darauf hin, dass man sich der Bedeutung des Nachrichtenverkehrs für die internationalen Beziehungen bewusst war. Als Wilhelm II. schrieb: „... May the new cable unite our two great nations more closely ...“²³⁴, antwortete McKinley: „... That the new cable will prove an additional bond between the two countries is my fervent wish and hope.“²³⁵

Die Beeinträchtigung der deutsch-amerikanischen inoffiziellen Beziehungen während des Krieges zwischen den USA und Spanien führte nicht nur in den USA, sondern auch im Fernen Osten, wo im Krieg falsche Information über die deutsche Politik vor allem durch Reuter verbreitet worden waren, zur Intensivierung der deutschen Öffentlichkeitsarbeit. Die im Herbst 1898 eingezogenen Erkundigungen über die Möglichkeiten einer Verbesserung der Informationsübermittlung führten im Jahre 1900 dazu, dass die private Zeitschrift „Der Ostasiatische Lloyd“ (gegr. 1886) reorganisiert und dass sie in Wirklichkeit der Leitung des deutschen Generalkonsulats in Schanghai unterstellt wurde.²³⁶

Die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA waren durch die Polemik in der Presse während der amerikanisch-spanischen Krise gespannt. Die Gründe für die kritische Berichterstattung der deutschen Presse lagen tiefer, wie auch der Gesandte White meinte, aber die aggressive Aussenpolitik der USA war ein geeignetes Mittel, um Aggressionen abzubauen. Beide Regierungen waren über die Meinungsentwicklung ernsthaft besorgt, wodurch man in Deutschland auf die Öffentlichkeitsarbeit nicht nur in den USA, sondern auch im Fernen Osten aufmerksam wurde.

233. Holleben an Hohenlohe 16.7.99. A. 160. (pr. 4.8.99.) Ibid. A. S. 1600.

234. Telegramm Wilhelms II an Präsident McKinley 29.4.99. A. 5083. PA. Die Vereinigten Staaten Nr. 16. Bd. 4.

235. McKinleys Telegramm 29.4.99. A. 5084. Ibid.

236. Richthofen an den Generalkonsul von Schanghai 15.11.98. A. 12078. Ibid.; *Ahvenainen*, S. 263–265. Die deutsche Regierung hatte die Zeitschrift von deren Gründung an mit einer Zuwendung für 30 Jahrgänge finanziell unterstützt, die nach Preisen von 1897 792 M betrug. Der grösste Teil der Unterstützung in Ostasien war für die japanische Presse bestimmt. Für die Veröffentlichung deutschfreundlicher Artikel in japanischen Zeitungen steuerte Bismarck 1887 einen weiteren Posten von 3000 Mark bei, der im folgenden Jahr in eine ständige jährliche Unterstützung von 25 Yen (ca. 1000 M) umgewandelt wurde. In der Praxis war die ausgeteilte Summe kleiner geworden. Ausserdem wurden die „Cobe Chronicle“, mit ca. 700 und die „Deutschen Mitteilungen aus Japan“ mit ca. 540 M pro Jahr unterstützt. Mühlberg an den Geschäftsträger von Treutler in Tokio. Konzept 14.5.97. ZStA, Auswärtiges Amt, Nr. 12975, Bd. 69–70.

8. SCHLUSSBETRACHTUNGEN

Die Gründe, die Realisierung und die Auswirkungen der imperialistischen Politik der Vereinigten Staaten und Deutschlands auf die Beziehungen zwischen diesen Ländern während der spanisch-amerikanischen Krise sind oben behandelt worden. Indem die Amerikaner Gebiete in der Karibik und im Pazifik eroberten, bedeutete für die USA der Krieg gegen Spanien im Jahre 1898 die Aufgabe des "indirekten" (informalen) Imperialismus zugunsten eines "indirekten" (informalen). Der Krieg führte den Grossmächten deutlicher als früher vor Augen, dass die USA als potentieller Verbündeter oder Gegner in der sich verschärfenden internationalen Konkurrenz einzuschätzen seien. Nicht nur die Gleichzeitigkeit der "large policy" der USA und der Weltpolitik Deutschlands, die vor allem im Flottenbauprogramm und in der Teilung Chinas zum Ausdruck kam, sondern auch die amerikanische Expansion in pazifischen, zum Teil alten Interessengebieten Deutschlands wirkten sich auf die Beziehungen zwischen beiden Ländern aus.

Was war für die Vereinigten Staaten der Anlass, einen Krieg zu beginnen und neue Gebiete zu erwerben, und warum wollte Deutschland seine Besitzungen in Übersee erweitern? In der vorliegenden Arbeit wurde die Geschichte des Imperialismus nicht langfristig untersucht, sondern Gegenstand der Untersuchung sind die deutsch-amerikanischen Beziehungen während eines kurzen Zeitraums und in einer eingegrenzten Situation. Es ist hier der Versuch unternommen worden, eine zeitlich und lokal begrenzte Erscheinung innerhalb ihres geschichtlichen Rahmens auch mit der in der Einleitung dargestellten Analyse der Imperialismustheorien in Beziehung zu setzen. Auch wenn ich das in erster Linie wirtschafts- und sozialgeschichtliche, den Zusammenhang zwischen Innen- und Aussenpolitik betonende Modell als Erklärung für den Imperialismus während der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts übernehme, bin ich jedoch davon ausgegangen, dass sich sowohl diese als auch andere allgemeinere Theorien nur schwer anhand eines solchen speziellen Problems wie des hier behandelten verifizieren oder falsifizieren lassen.

Wenn man sich mit den Gründen und Beweggründen einer imperialistischen Politik auseinandersetzt, ist zwischen dem historischen Stand einer Entwicklung und den aktuellen, tagespolitischen Entscheidungsgründen zu differenzieren. Die Wandlung sowohl des amerikanischen als auch des deutschen Imperialismus von einem indirekten in einen direkten kann aus den inneren Veränderungen der Länder erklärt werden. Das rapide wirtschaftliche Wachstum in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erschütterte das Verhältnis zwischen den sozialen Klassen und erzeugte einen Druck in Richtung politischer Wandlungen. Die Position der Machteliten geriet ins Wanken. Aus ihrer Sicht wurde der gesellschaftliche Frieden vor allem während der Talsohlen der grossen Depression gefährdet; zu dieser Zeit entstanden nicht nur Protestbewegungen unter Arbeitern und Bauern sondern auch die Front der "den Staat unterhaltenden Kräfte" zerfiel u. a. in das Lager der Anhänger des Freihandels und in das derjenigen, die Schutzzölle forderten. Durch den Erwerb neuer Gebiete und eine imponierende Aussenpolitik wollte man wirtschaftliches Wachstum und dadurch stabile soziale Verhältnisse garantieren sowie die innere Unzufriedenheit in Loyalität gegenüber der politischen Führung umsetzen.

Der Primat der Innenpolitik gegenüber der Aussenpolitik entkräftet nicht die geschichtliche Bedeutung des Gleichgewichts- und Prestigedenkens für die Aussenpolitik der Grossmächte. Es hat dennoch den Anschein, dass ein solches Denken am Ende des letzten Jahrhunderts weitgehend wirtschaftspolitisch geprägt wurde.

Als Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung waren sowohl die Vereinigten Staaten als auch Deutschland bereit, neue Gebiete zu erwerben. Welches waren dann die aktuellen Faktoren, die die Beiden Staaten von der blossen Bereitschaft zum tatsächlichen Handeln führten? Der durch die Zollpolitik der Vereinigten Staaten ausgelöste und von den USA aus unterstützte kubanische Aufstand, den Spanien nicht unterdrücken konnte, stellte für die USA einen solchen Faktor dar. Der Aufstand wurde jahrelang in der Presse als eine Erscheinung behandelt, die den materiellen Interessen und der amerikanischen Auffassung von Freiheit schade. Schon zu Beginn der Amtsperiode McKinleys 1897 stand ausser Frage, dass die Lage auf Kuba normalisiert werden musste, was wahrscheinlich die Abtrennung der Insel von Spanien bedeutete. McKinley war bestrebt, die Kuba-Frage mit friedlichen Mitteln zu lösen, doch die Unnachgiebigkeit Spaniens gegenüber den Forderungen der USA und Spaniens Unfähigkeit zur Niederwerfung des Aufstandes einerseits sowie der Druck der amerikanischen Parteipolitiker, Strategen und der öffentlichen Meinung andererseits führten zum Krieg. Es lässt sich sagen, dass das Los McKinleys darin bestand, alle diejenigen Forderungen zu verwirklichen, die sich aus dem langen Entwicklungsprozess und den aktuellen Faktoren ergaben.

Die strategischen und wirtschaftlichen Vorteile sprachen deutlich dafür, Kuba dem Interessenbereich der USA einzugliedern. Indem man sich auf sie und die "Befreiung" Kubas berief, konnte man die öffentliche Meinung für eine Intervention gewinnen. Die Lösung der Kuba-Frage kann weitgehend aus den aktuellen Gründen heraus verstanden werden. Die Annexion der Philippinen durch die USA dagegen erklärt sich vor allem aus dem Expansionsbedürfnis und der Expansionsbereitschaft, die sich aus der geschichtlichen Entwicklung der USA ergeben hatten. Bei der Eroberung der Philippinen spielten die langfristigen wirtschaftlichen Ziele unter Hinblick auf China eine wichtige Rolle. Die örtlichen Verhältnisse der Philippinen, das Streben nach Bildung eines wirtschaftlich und militärisch einheitlichen Verwaltungsgebiets sowie die Unterdrückung des Unabhängigkeitskampfes der Eingeborenen waren die aktuellen Gründe, die dann zur Annexion des ganzen Archipels und nicht nur eines Teils führten. Das Endergebnis war auch durch die für die USA günstigen grossmachtpolitischen Beziehungen im Fernen Osten bedingt.

Schon vor Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges hatte sich die deutsche öffentliche Meinung den USA gegenüber ungünstig entwickelt. Der Grund dafür war hauptsächlich die amerikanische Schutzzollpolitik, die von der Schwerindustrie und der Landwirtschaft Deutschlands benutzt wurde, ihre eigenen Interessen wahrzunehmen. Im Ganzen waren die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern jedoch so, dass Deutschland einen Zollkrieg gegen die USA nicht wagen konnte. Der Gedanke einer europäischen Einheitsfront gegen die amerikanische Wirtschaftskonkurrenz flackerte bei Kriegsgefahr wieder auf. Die Lage war jedoch den USA günstig. Das durch viele aussenpolitische Schwierigkeiten belastete England hatte nach der Lösung des Venezuela-Grenzstreits seine Bereitschaft zu einer angloamerikanischen Zusammenarbeit deutlich zum Ausdruck gebracht. Eine gemeinsame Aktion gegen die USA war ohne Englands Beteiligung kaum möglich. Auch Russland wollte seine guten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten weiterhin aufrechterhalten, und am allerwenigsten wollten die Russen, dass

ihr grossmachtpolitischer Hauptkonkurrent England allein Nutzen aus der amerikanischen Freundschaft ziehen würde. Nachdem die Deutschen keine Möglichkeiten zur Zusammenarbeit sahen, bestand auch für sie kein Grund, ihre Beziehungen zu den USA zu gefährden. Vor dem Ausbruch des Krieges wurde die Krise noch lokal begrenzt, und man war der Ansicht, dass sie keine gewichtigeren politischen Folgen habe. Die "platonische" Proklamation der Grossmächte blieb ihre einzige gemeinsame Aktion, um den Krieg zu verhindern.

Als der Krieg ausbrach, wurde die Philippinen-Frage die wichtigste für die Grossmächte. Die USA begann den Krieg gegen Spanien nicht, um in China Fuss zu fassen. Während des Krieges wurden jedoch der Handel mit China und die strategische Bedeutung der pazifischen Inseln als wichtig erachtet, was zur Annexion der ganzen philippinischen Inselgruppe führte. Das Ziel Deutschlands war, einen möglichst grossen Anteil an den spanischen Besitzungen bei deren Verteilung zu erzielen. Der Entschluss der Amerikaner, die Inselgruppe mit niemandem zu teilen sowie die Unfähigkeit und/oder die Abneigung der Grossmächte, dies in Zusammenarbeit zu verhindern, bedeuteten das Scheitern der Bestrebungen Deutschlands in bezug auf die Philippinen. Der Zeitpunkt war für den Anfang und die Verwirklichung der amerikanischen Expansionspolitik im Fernen Osten, wo die europäischen Grossmächte und Japan sich in einer harten Konkurrenzsituation befanden, sehr günstig. Die USA waren als neuer Faktor der neutralste Besitzer der Philippinen, und es war für keine der anderen Grossmächte als einzelne ratsam, allein sich den Plänen der Amerikaner zu widersetzen.

Das der Zeit eigene darwinistische Denken kam in der Einstellung zu der eine Niederlage erlittenen Seite, Spanien, zum Ausdruck. Weil es sich als unfähig erwiesen hatte, sich um seine Kolonien zu kümmern, sollte es dem Stärkeren weichen. Die Philippinos und Kubaner galten wiederum als unfähig zur Unabhängigkeit. Es verstand sich von selbst, dass sie unter Vormundschaft eines weiter entwickelten Staates gestellt würden. Kaum jemand erwähnte den Freiheitskampf unterdrückter Völker. Die Rassenlehre und die Untersuchungen Darwins wurden – in den Sozialdarwinismus umgewandelt – als ideelle Begründungen der imperialistischen Politik verwendet. Die gesellschaftlichen Verhältnisse und die internationalen Beziehungen befanden sich in einer solchen Entwicklungsphase, dass diese ihre Aufgabe gut erfüllten.

Deutschland konnte alle seine die spanischen Inseln betreffenden Pläne nicht verwirklichen. Dennoch erweiterte sich der deutsche Einflussbereich im Pazifik erheblich, als die Karolinen, die Palau-Inseln und die Marianen, ausser Guam, durch Kauf von Spanien in den Besitz Deutschlands übergingen. Als Folge des Krieges erhielt Deutschland die Gelegenheit, seine Besitzungen im Pazifik zu vermehren, m.a.W., der Krieg war der erste, aktuelle Grund für die Ereignisfolge, die zum Erwerb der Inseln führte. Die grossmachtpolitische Lage war günstig für die Bestrebungen Deutschlands. Deutschland konnte ja auf Grund seiner Besitzungen, Neu Guinea, der Marshall-Inseln und seiner alten ererbten Interessen an den Karolinen, als der natürlichste Erbe der spanischen Inseln betrachtet werden. Die von der aussenpolitischen Führung vorgebrachten Begründungen waren strategischer und wirtschaftlicher Art, um die Nutzung der alten deutschen Besitzungen zu intensivieren und die an China gestellten Erwartungen zu verwirklichen. Bei dem Erwerb der pazifischen Inseln handelte es sich zum grossen Teil auch darum, seine internationale Anerkennung zu vermehren, um Prestigepolitik. Das Auswärtige Amt wurde nicht durch das Wirtschaftsleben, die Marine oder die öffentliche Meinung unter Druck gesetzt. Zwar fing die auf den Marshall-Inseln und Karolinen tätige Jaluit-Gesellschaft an, ab Herbst 1898 die Eindeutung der Karolinen zu fordern, doch es lässt sich die Ansicht vertreten, dass diese

Aktion zwar das Handeln des Auswärtigen Amtes unterstützte, jedoch nicht initiierte. Im Flottenstab stiessen die grosszügigen Pläne der Wilhelmstrasse geradezu auf Widerstand. Ebenso wenig forderte die öffentliche Meinung eine Eindeutschung der Inseln, denn das Auswärtige Amt führte die etwa einjährigen Verhandlungen über die Inseln mit Spanien und den USA geheim.

Der Zerfall der spanischen Kolonialmacht, die geographische Lage der Inseln zu den Schutzgebieten Deutschlands und zu China sowie die internationalen Beziehungen waren die aktuellen Gründe, die zum Erwerb der Karolinen, Marianen und Palau-Inseln durch Deutschland führten. Die aussenpolitische Führung Deutschlands berief sich dann auch auf diese Gründe, als sie ihren Erwerb im Reichstag und in internationalen Gesprächen begründete. Es ist schwer nachzuweisen, dass sich der historische Stand der inneren Situation Deutschlands und seiner internationalen Beziehungen in der bei der Verteilung der spanischen Inseln betriebenen Politik direkt gezeigt hätte. Dies ist zum grossen Teil darauf zurückzuführen, dass es in der Tagespolitik, der Routinarbeit des Auswärtigen Amtes, nicht üblich war, geschichtliche Gründe für Aktionen zu erörtern; somit sind auch keine Quellenangaben erhalten. Aus der Korrespondenz der politischen Führung gehen die gleichgewichts- bzw. kompensations- und prestigepolitischen Begründungen hervor, die eine historische Kontinuität im Handeln aller Grossmächte aufweisen. Der geringe Druck von seiten der Wirtschaft und die geringe Anzahl der sozialimperialistischen Argumente bei dem Erwerb neuer Gebiete sind jedoch kein Beweis dafür, dass es sich in dieser Zusammenfassung auch um den Einfluss der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Deutschlands auf die Aussenpolitik gehandelt hätte. Die von der Linken betriebene Kritik und die positive Einstellung des weiten Spektrums der Rechten bei der Behandlung des Südsee-Vertrags dürften ihrerseits beweisen, dass es sich um einen Teil der Sammlungspolitik handelte. Die Sammlungspolitik als Ganzes war wiederum ein deutlicher Ausdruck für eine soziale und politische Wandlung, die durch die wirtschaftliche Entwicklung bedingt war.

Im Hinblick auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen wurde der Erwerb der Inseln geschickt, geheim und ohne die Amerikaner zu provozieren, durchgeführt. Die Bewegungen eines deutschen Geschwaders bei den Philippinen und die von Deutschen geäusserten Forderungen nach Stützpunkten im Archipel hatten die offiziellen amerikanischen Stellungnahmen etwas verschärft. Über andere pazifische Inseln verhandelten die Deutschen dagegen zum grossen Teil direkt mit Spanien. Die Aktionen der aussenpolitischen Führung Deutschlands zum Erwerb der genannten Inseln und Samoas waren durch Vorsicht und den Vorsatz, auf gutem Fuss mit den Vereinigten Staaten zu stehen, gekennzeichnet, hatten doch die Pläne schliesslich nur Erfolgchancen, wenn sich die USA ihnen nicht widersetzen.

Der Krieg nutzte den grossmachtpolitischen Bestrebungen Deutschlands auch insofern, als er für die Flottenpropaganda benutzt werden konnte. Der Krieg zeigte doch, wie wichtig eine kampfbereite Flotte für eine Seemacht war. Nach den Seesiegen der Amerikaner wurde im deutschen Flottenstab der erste Operationsplan gegen die Vereinigten Staaten ausgearbeitet. Auch das zeugte von einer Neueinschätzung der Grossmachtstellung der USA, doch war es kein Beweis für eine akute Kriegsgefahr.

Dennoch wurde von der Möglichkeit eines Krieges gesprochen, wie es in jener Zeit überhaupt in internationalen politischen Einschätzungen oft der Fall war. Deutschland sollte jedoch eine Verschärfung der Beziehungen aus vielen, vor allem wirtschaftlichen Gründen vermeiden. Aus Übersichten, die die aussenpolitische Führung über die Entwicklung der Beziehungen zwischen

den Ländern erstellte, geht deutlich hervor, dass die Grossmachtpolitik in der Tat einen wirtschaftliche Gesichtspunkte betonenden Charakter hatte. Auch wurden die militärischen Möglichkeiten Deutschlands gegen die Vereinigten Staaten als gering eingeschätzt. Zudem war Deutschland gezwungen, die internationalen politischen Folgen seiner USA-Politik zu berücksichtigen. Vor allem die grossmachtpolitischen Pläne Deutschlands konnten in Gefahr geraten, weil sich die Beziehungen seines Hauptkonkurrenten England zu den USA während der spanisch-amerikanischen Krise deutlich verbessert hatten. Als optimale Lösung wurde die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu den beiden anglo-amerikanischen Staaten angesehen – zumindest so lange, bis das Fortschreiten des Flottenbauprogramms andere Möglichkeiten eröffnete.

Als Gesamteinschätzung kann festgestellt werden, dass die aussenpolitische Führung Deutschlands die sich durch den spanisch-amerikanischen Krieg bietenden Kompensationsmöglichkeiten geschickt ausnutzte, ohne die deutsch-amerikanischen offiziellen Beziehungen zu gefährden. Die politischen Beziehungen blieben vorsichtig korrekt. Die wirtschaftlichen Beziehungen verloren dagegen wegen der grossmachtpolitischen Standpunkte etwas an ihrer Akutheit der Vorkriegszeit.

Wenn die offiziellen deutsch-amerikanischen Beziehungen auch korrekt blieben, so war die in der Presse geführte Diskussion zeitweise sehr polemisch. Die deutschen Zeitungen und Zeitschriften waren sich in ihrer Kritik an den Amerikanern nur einig, als sie die USA des Kriegsausbruchs beschuldigten. In allen anderen Fragen teilten sich die Meinungen je nach dem wirtschaftlichen, politischen oder ideologischen Standpunkt, den die Zeitungen vertraten. Die Einstellung zu der Politik der Vereinigten Staaten und den Amerikanern war weitgehend durch die Konflikte in der deutschen Gesellschaft bedingt. Die Zeitungen, die das herrschende System unterstützten, für die Interessen der Landwirtschaft oder Grossindustrie eintraten oder die katholische Kirche vertraten, nutzten die Gelegenheit, um die Amerikaner von allen Seiten anzugreifen. Die Zeitungen, die hauptsächlich die Kreise ausserhalb der Sammlung vertraten, verhielten sich zur Politik der USA positiver. Sie kritisierten die Verhältnisse ihrer Heimat – zumindest indirekt, indem sie die Seiten des amerikanischen Systems darlegten, die sie für gut hielten.

Diese innenpolitischen und natürlich auch die Unterschiede, die von den wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA herrührten, kamen in Artikeln über die Eroberungen der USA und Deutschlands "Kompensationen" deutlich zum Ausdruck. Die Beteiligung der USA an der Weltpolitik wurde von den Oppositionszeitungen, besonders der Frankfurter Zeitung und dem Vorwärts, in bezug auf die internationalen Beziehungen als eine begrüßenswerte Entwicklung betrachtet, während vor allem die Deutsche Tageszeitung, die Kreuzzeitung und die Kölnische Volkszeitung diese Erscheinung für gefährlich hielten. Obwohl die Deutsche Tageszeitung und die Kreuzzeitung sich gern für materialistische Interessen engagierten, stempelten sie die amerikanische Expansion in ihrer Kritik als brutal materialistisch ab. Zu neuen Eroberungen, der Praxis der imperialistischen Politik, verhielten sich die Zeitungen der Opposition mit Vorbehalt – gemäss der schon früher über Deutschlands Weltpolitik geführten Diskussion. Die positive Einstellung anderer Zeitungen zum Imperialismus drückte sich dadurch aus, dass durch die Siege der Amerikaner ihr Erfolg durch einige mit den Deutschen gemeinsame Züge wie Leistungsfähigkeit, Rasse und protestantischen Glauben bedingt sei. Im sozialdarwinistischen Sinne galten der Sieg der USA und die Niederlage Spaniens als historisch legitimiert. Nur die Deutsche Tageszeitung und die ultramontane Kölnische Volkszeitung, die für materielle und geistige

Werte gegen die amerikanische Gefahr kämpfenden Organe, griffen unaufhörlich alle Seiten der amerikanischen Expansion an.

Als die amerikanische Presse scharf auf die deutsche Kritik antwortete, entwickelten sich die Beziehungen zwischen den Ländern auf der Ebene der öffentlichen Meinung ungünstig. Sowohl im Weissen Haus als auch in der Wilhelmstrasse war man ernsthaft besorgt. Die Massnahmen zur Verbesserung der Lage zeugen von der Bereitschaft der politischen Führung zum Einverständnis. Die deutsche Regierung traf bestimmte Massnahmen, um die in der internationalen Nachrichtenübermittlung während des Krieges aufgekommenen Missstände zu beseitigen. Dies zeigt, dass man sich überhaupt der Bedeutung der Presse für die auswärtigen Beziehungen eines Landes deutlicher als früher bewusst wurde.

TIIVISTELMÄ

Saksa ja Yhdysvaltain ekspansio politiikka 1890-luvulla. Erityisesti Saksan suhtautuminen Espanjan ja Yhdysvaltain väliseen kriisiin.

Edellä on käsitelty Yhdysvaltain ja Saksan imperialistisen politiikan syitä, toteutusta ja vaikutuksia maiden välisiin suhteisiin Yhdysvaltain ja Espanjan välisen kriisin aikana.

Sota Espanjaa vastaan v. 1898 merkitsi Yhdysvaltain siirtymistä ”epäsuorasta” (informal, indirekt) ”suoraan” (formal, direkt) imperialismiin amerikkalaisten vallatessa alueita Karibian mereltä ja Tyyneltä mereltä. Sota sai suurvallat arvioimaan aikaisempaa selvemmin Yhdysvallat mahdollisena liittolaisena tai vastustajana kiristyvässä kansainvälisessä kilpailussa. Yhdysvaltain ”laajan politiikan” (large policy) ja Saksan ennen muuta laivastovarusteluna ja Kiinan jakona ilmenneen ”maailmanpolitiikan” samanaikaisuus sekä amerikkalaisekspansion suuntautuminen osittain Saksan vanhoille reviirialueille Tyynellä merellä vaikuttivat maiden välisiin suhteisiin.

Mikä sai Yhdysvallat ryhtymään sotaan ja hankkimaan uusia alueita ja miksi Saksa lisäsi merentakaisia omistuksiaan? Edellä ei ole tutkittu imperialismien historiaa pitkällä aikavälillä, vaan on keskitytty Yhdysvaltain ja Saksan politiikkaan lyhyenä ajanjaksona, rajatussa tilanteessa. Ajallisesti ja paikallisesti rajallinen ilmiö on pyritty liittämään historiallisiin yhteyksiinsä myös johdannossa esitetyn imperialismien teorioiden analyysin avulla. Vaikka tekijä hyväksyy viime vuosisadan lopun imperialismien selityksenä lähinnä talous- ja sosiaalhistoriallisen, valtakuntien sisäisen kehityksen ja ulkopoliittikan yhteyttä korostavan mallin, on lähdetty siitä, että se tai muut yleiset teoriat ovat vaikeasti todennettavissa tai kumottavissa kyseisenlaisen erityis-kysymyksen avulla.

Selitettäessä imperialistisen politiikan perusteita on erotettava historiallinen kehitys ja ajankohtaiset, päivänpoliittiset syyt. Sekä Yhdysvaltain että Saksan ”epäsuoran” imperialismien muuttuminen ”suoraksi” voidaan selittää valtakuntien sisäisestä muutoksesta käsin. Nopea taloudellinen kasvu 1800-luvun jälkipuoliskolla järkytti sosiaaliluokkien välistä tasapainoa ja aiheutti paineen kohti poliittista muutosta. Valtaa pitävien asema horjui. Yhteiskuntarauha vaarantui heidän kannaltaan katsoen erityisesti suuren lamakauden aallonpohjien aikana, jolloin esiintyi sekä työväestön ja talonpoikien protestiliikkeitä että ”valtiota ylläpitävien” piirien rintaman hajoamista esimerkiksi vapaakaupan kannattajiin ja suojatulleja vaativiin leireihin. Uusien alueiden valloittamisella ja näyttävällä ulkopoliittikalla pyrittiin takaamaan taloudellinen kasvu ja samalla vakaat sosiaaliset olot sekä ohjaamaan tyytymättömyys lojalisuudeksi poliittista johtoa kohtaan.

Valtakuntien sisäisen kehityksen asettaminen etualalle ulkopoliittikkaa määrävänä tekijänä ei kumoa tasapaino- ja arvovalta-ajattelun historiallista merkitystä suurvaltain ulkopoliittikassa. Ilmeistä kuitenkin on, että kyseisenlaisella ajattelulla oli viime vuosisadan lopussa paljolti talouspoliittinen luonne.

Sekä Yhdysvallat että Saksa olivat historiallisen kehityksen tuloksena valmiit uusien alueiden valloittamiseen. Mitkä olivat sitten ne ajankohtaiset tekijät, jotka johtivat valmiudesta toimintaan? Yhdysvaltain kannalta sellainen oli Yhdysvaltain tullipolitiikan laukaisema ja Yhdysvalloista tuettu pitkälinen Kuuban kapina, jota Espanja ei kyennyt tukahduttamaan. Vuosikausia kapinaa käsiteltiin lehdistössä amerikkalaisten aineellisia etuja ja vapauskäsitystä loukkaavana ilmiönä. Jo McKinleyn presidenttikauden alussa v. 1897 olikin selvää, että Kuuban tilanne oli

saatava rauhoitetuksi, mikä todennäköisesti merkitsi saaren irrottamista Espanjalta. McKinley pyrki Kuuban kysymyksen ratkaisemiseen rauhanomaisin keinoin, mutta toisaalta Espanjan taipumattomuus Yhdysvaltain vaatimusten edessä ja kykenemättömyys kapinan tukahduttamiseen, sekä toisaalta amerikkalaisten puoluepoliitikkojen, strategiiden ja yleisen mielipiteen painostus johtivat sotaan. Voidaan sanoa, että McKinleyn osana oli toimia pitkän historiallisen kehityskulun ja ajankohtaisten tekijöiden asettamien vaateiden toteuttajana.

Kuuban saattamisessa Yhdysvaltain etupiiriin strategiset ja taloudelliset edut olivat selvät. Niihin ja Kuuban "vapauttamiseen" vedoten yleinen mielipide oli saatu intervention puolelle. Kuuban kysymyksen saama ratkaisu onkin pitkälle ymmärrettävissä ajankohtaisten syiden perusteella. Sen sijaan Filippiinien joutuminen Yhdysvalloille selittyy lähinnä Yhdysvaltain historiallisen kehityksen myötä syntyneestä ekspansiotarpeesta ja -valmiudesta. Filippiinien valloituksen taustalla olivat pitkän tähtäyksen taloudelliset tavoitteet Kiinaan nähden. Ajankohtaisina syinä Filippiinien paikalliset olosuhteet; pyrkimys yhtenäisen talous- ja sotilashallintoalueen muodostamiseen ja syntyperäisten itsenäisyystaistelun tukahduttaminen, johtivat sitten koko saariston eikä vain sen osien ottamiseen. Lopputulokseen vaikuttivat myös Yhdysvalloille edulliset suurvaltapolitiittiset suhteet Kaukoidässä.

Jo ennen Yhdysvaltain ja Espanjan välisen sodan puhkeamista saksalainen yleinen mielipide oli kehittynyt Yhdysvaltoihin nähden epäedulliseen suuntaan. Syynä oli pääasiassa amerikkalainen suojatullipolitiikka, jota Saksan raskas teollisuus ja agraariipiirit käyttivät hyväkseen omia etuja ajaessaan. Maiden väliset taloussuhteet kokonaisuutena olivat kuitenkin sellaiset, ettei Saksa voinut ryhtyä tullisotaan Yhdysvaltoja vastaan. Ajatus eurooppalaisesta yhteisrintamasta amerikkalaisen talouskilpailun vuoksi virisi uudelleen henkiin sodan uhatessa. Tilanne oli kuitenkin Yhdysvalloille edullinen. Monien ulkopoliittisten vaikeuksien rasittama Englanti oli Venezuelan kriisin selvittyä osoittanut selvästi halukkuutensa anglo-amerikkalaiseen yhteistyöhön. Ilman Englannin mukaantuloa Euroopan valtojen yhteiseiintyminen Yhdysvaltoja vastaan ei juuri ollut mahdollista. Myös Venäjä halusi säilyttää hyvät suhteensa Yhdysvaltoihin, eivätkä venäläiset ainakaan halunneet suurvaltapolitiittisen pääkilpailijansa Englannin hyötyvän yksin amerikkalaisten ystävyydestä. Saksalaisten havaittua yhteistyömahdollisuudet olemattomiksi ei heidänkään ollut syytä vaarantaa suhteitaan USA:han. Ennen sodan puhkeamista kriisi lisäksi rajattiin paikalliseksi, sillä ei nähty olevan laajempia poliittisia seurauksia. Suurvaltojen ponneton julkilausuma jäi niiden ainoaksi yhteiseksi toimenpiteeksi sodan estämiseksi.

Sodan sytyttyä Filippiinien kysymys tuli suurvaltain kannalta tärkeimmäksi. Yhdysvallat ei ryhtynyt sotaan Espanjaa vastaan saavuttaakseen jalansijaa Kiinassa. Sodan aikana kuitenkin Kiinan-kauppa ja Tyynen meren saarten strateginen merkitys koettiin tärkeiksi, mikä osaltaan johti koko Filippiinien saariston ottamiseen. Saksan päämääränä oli hyötyä mahdollisimman paljon Espanjan omistuksia jaettaessa. Amerikkalaisten päätös pitää koko saariryhmä sekä suurvaltain kykenemättömyys ja/tai haluttomuus sen estämiseen yhteistyössä merkitsivät Saksan pyrkimysten epäonnistumista Filippiineillä. Ajankohta oli varsin edullinen amerikkalaisen ekspansio politiikan alkamiselle ja toteuttamiselle Kaukoidässä, missä Euroopan suurvallat ja Japani olivat kireässä kilpailutilanteessa. Yhdysvallat oli uutena tekijänä Filippiinien neutraalein omistaja, eikä yhdellekään suurvallalle ollut edullista yksin vastustaa amerikkalaisten suunnitelmia.

Ajalle ominainen darwinistinen ajattelu tuli selvästi näkyviin suhtautumisessa hävinneeseen osapuoleen, Espanjaan. Koska se oli osoittautunut kykenemättömäksi huolehtimaan siirto-

maistaan, sen tuli antaa tietä vahvemmalle. Filippiiniläisiä ja kuubalaisia pidettiin puolestaan epäkypsinä itsenäisyyteen. Pidettiin luonnollisena, että he joutuisivat jonkin kehittyneemmän valtion holhoukseen, eikä juuri kukaan puhunut sorrettujen kansojen vapaustaistelusta. Yleensäkin rotuoppia ja Darwinin tutkimuksia sosiaalidarwinismiksi muutettuina käytettiin imperialisti sen politiikan aatteellisina perusteluina. Yhteiskunnalliset ja kansainväliset suhteet olivat sellaisessa kehitysvaiheessa, että ne sopivat tehtäväänsä hyvin.

Saksa ei pystynyt saavuttamaan alueellisia enimmäistavoitteitaan Yhdysvaltain ja Espanjan välisestä sodasta hyötymiseksi. Kuitenkin saksalainen valtapiiri Tyynellä merellä laajeni huomattavasti, kun Karoliinit, Palau-saaret ja Mariaanit Guamia lukuunottamatta siirtyivät Espanjalta Saksalle oston kautta. Sodan seurauksena Saksa sai mahdollisuuden lisätä Tyynen meren omistuksiaan, eli sota oli saarten hankkimiseen johtaneen tapahtumakulun alkuunpaneva, ajankohdainen syy. Suurvaltapoliittinen tilanne oli Saksan pyrkimyksille edullinen. Voitiinhan Saksa pitää Uuden Guinean ja Marshal-saarten omistustensa ja vanhaa perua olevien Karoliinien intressiensä vuoksi Espanjan saarten luonnollisimpana perijänä. Ulkopolitiikan johdon esittämät perustelut olivat strategisia ja taloudellisia Saksan vanhojen omistusten käytön tehostamiseksi ja Kiinaan kohdistuneiden odotusten toteuttamiseksi. Tyynen meren saarten ostamisessa oli myös paljolti kyse Saksan kansainvälisen arvostuksen lisäämisestä, arvovaltapoliitikasta. Talouselämän, laivaston tai yleisen mielipiteen taholta ulkoministeriöön kohdistetusta ulkopuolisesta painostuksesta ei ollut kysymys. Marshall-saarilla ja Karoliineilla toimineen Jaluit-yhtiön toimesta alettiin tosin vaatia syksystä 1898 lähtien Karoliinien saksalaistamista, mutta tällä toiminnalla voi katsoa olleen ulkoministeriön toimenpiteitä tukeva, ei alkuunpaneva merkitys. Laivaston esikunnassa Wilhemstrassen suurisuuntaisia suunnitelmia suorastaan vastustettiin. Myöskään yleinen mielipide ei ollut vaatimassa saarten saksalaistamista, sillä ulkoministeriö hoiti noin vuoden kestäneet neuvottelut saarista Espanjan ja Yhdysvaltain kanssa salaisena kysymyksenä.

Espanjan siirtomaavallan mureneminen, saarten sijainti Saksan suojelualueisiin ja Kiinaan nähden sekä kansainväliset suhteet olivat niitä ajankohtaisia syitä, jotka johtivat Karoliinien, Mariaanien ja Palau-saarten joutumiseen Saksalle. Kyseisiin syihin Saksan ulkopolitiikan johto myös vetosi perustellessaan hankintojaan valtiopäivillä ja kansainvälisissä keskusteluissa. Saksan sisäisen ja kansainvälisten suhteiden historiallisen tilan suorainen näkyminen Espanjan saarten jakamisen yhteydessä harjoitetussa politiikassa on vaikeasti osoitettavissa. Tämä johtuu paljolti siitä, ettei ulkoministeriön päivänpolitiikassa, rutiinityöskentelyssä, ollut tapana harjoittaa toiminnan historiallisten syiden pohdintaa, eikä siitä näinollen jäänyt myöskään lähdemainintoja. Poliittisen johdon välisestä kirjeenvaihdosta käyvät ilmi tasapaino- tai kompensatio- ja arvovaltapoliittiset perustelut, joilla on historiallinen jatkuvuutensa kaikkien suurvaltojen toiminnassa. Talouselämän taholta tulleen painostuksen ja sosiaali-imperialistinen argumenttien vähäisyys uusien alueiden hankkimisessa ei kuitenkaan todista, etteikö kyse olisi ollut myös Saksan taloudellisen ja sosiaalisen kehityksen vaikutuksesta ulkopoliittikkaan tässäkin yhteydessä. Vasemmiston harjoittama kritiikki ja oikeiston laajan rintaman myönteinen asenne Etelämeren sopimuksen valtiopäiväkäsittelyn yhteydessä todistanevat osaltaan, että kyseessä oli "kokoomis-" (Sammlung) politiikan eräs osa. Sammlung-politiikka kokonaisuutena puolestaan oli ilmaus taloudellisen kehityksen aiheuttamasta sosiaalisesta ja poliittisesta muutoksesta.

Saksalais-amerikkalaisten suhteiden kannalta saarten hankkiminen suoritettiin taitavasti, salassa ja amerikkalaisia ärsyttämättä. Saksan laivasto-osaston liikkeet Filippiineillä ja saksalais-

ten esittämät vaatimukset tukikohdista saaristossa olivat aiheuttaneet jonkin verran kireyttä myös virallisissa amerikkalaisissa kannanotoissa. Muista Tyynen meren saarista saksalaiset sen sijaan neuvottelivat pääasiassa suoraan Espanjan kanssa. Saksan ulkopoliittisen johdon toiminnalle mainittujen saarten sekä Samoan osien hankkimiseksi oli ominaista varovaisuus ja halu pysyä Yhdysvaltain kanssa hyvissä väleissä. Olihan suunnitelmilla onnistumisen mahdollisuuksia lopultakin vain, jos Yhdysvallat ei asettunut niitä vastustamaan.

Saksan suurvaltopoliittisille pyrkimyksille sodasta oli hyötyä sikäläkin, että sitä voitiin käyttää laivastopropagandassa. Osoittihan sota, miten tärkeä taisteluvalmis laivasto oli merimahdille. Amerikkalaisten merivoittojen jälkeen Saksan laivaston esikunnassa tehtiin ensimmäinen operaatiosuunnitelma Yhdysvaltoja vastaan. Sekin oli eräs osoitus Yhdysvaltain suurvalta-aseman uudelleenarvioinnista, mutta ei suinkaan todiste ajankohtaisesta sodanuhasta.

Sodan mahdollisuudesta silti puhuttiin, kuten tuohon aikaan yleensäkin varsin helposti kansainvälispoliittisissa arvioinneissa. Saksan tuli kuitenkin varoa suhteiden kärjistämistä useista syistä, ennen muuta taloudellisista. Ulkopoliitiikan johdon maiden välisten suhteiden kehityksestä esittämistä katsauksista käy selvästi ilmi, että suurvaltopoliitikalla oli taloudellisia näkökohtia korostava luonne. Myös Saksan sotilaallisia mahdollisuuksia Yhdysvaltoja vastaan pidettiin heikkoina. Lisäksi Saksa joutui ottamaan huomioon Yhdysvaltain-politiikkansa kansainvälispoliittiset seuraukset. Ennen muuta Saksan suurvaltopoliittinen peli oli sekoittumassa siksi, että sen pääkilpailijan Englannin suhteet Yhdysvaltoihin olivat selvästi parantuneet espanjalais-amerikkalaisen kriisin aikana. Parhaana pidettiin hyvien suhteiden säilyttämistä kumpaankin anglo-amerikkalaiseen valtaan – ainakin niin kauan, että laivastovarustelun eteneminen avaisi muita mahdollisuuksia. Yleisarviona voi todeta Saksan ulkopoliitiikan johdon käyttäneen taitavasti Yhdysvaltain ja Espanjan välisen sodan suomat kompensatiomahdollisuudet vaarantamatta Saksan ja Yhdysvaltain virallisia suhteita. Poliittiset suhteet pysyivät varovaisen korrekteinä, mutta taloudelliset suhteet sen sijaan menettivät sotaedeltävän ajan akuuttia luonnettaan suurvaltopoliittisten näkökohtien vuoksi.

Jos viralliset saksalais-amerikkalaiset suhteet säilyivätkin korrekteinä, niin lehdistökeskustelu oli ajoittain hyvinkin poleeminen. Yksimielisiä saksalaislehdet olivat amerikkalaisten kritikoinnissaan vain syyttäessään Yhdysvaltoja sodan aloittamisesta. Kaikissa muissa kysymyksissä mielipiteet jakaantuivat lehtien edustamien taloudellisten, poliittisten ja aatteellisten näkökohtien mukaan. Suhtautuminen Yhdysvaltain politiikkaan ja amerikkalaisiin määräytyi paljolti saksalaisen yhteiskunnan ristiriidoista käsin. Yleensä ne lehdet, jotka puolsivat vallitsevaa järjestelmää, ajoivat maatalouden tai suurteollisuuden etuja, tai jotka edustivat katolista uskonnäkökäsitystä, käyttivät tilaisuutta hyväkseen amerikkalaisten kaikenpuoliseen arvosteluun. Opposition, pääasiassa Sammlungin ulkopuolisia piirejä edustaneet lehdet, puolestaan suhtautuivat Yhdysvaltain politiikkaan myönteisimmin. Ne arvostelivat kotimaansa oloja ainakin epäsuorasti tuodessaan esiin amerikkalaisen järjestelmän hyvinä pitämäänsä puolia.

Nämä sisäpoliittiset, sekä tietysti myös taloussuhteista Yhdysvaltoihin johtuvat erot, tulivat selvästi esiin kirjoittelussa Yhdysvaltain valloituksista sekä Saksan ”kompensaatioista”. Yhdysvaltain mukaantuloa maailmanpolitiikkaan oppositiolehdet, etenkin Frankfurter Zeitung ja Vorwärts, pitivät kansainvälisten suhteiden kannalta tervetulleena kehityksenä, kun taas nimenomaan Deutsche Tageszeitung, Kreuzzeitung ja Kölnische Volkszeitung pitivät ilmiötä vaarallisenä. Niin materialististen etujen ajajia kuin Deutsche Tageszeitung ja Kreuzzeitung olivatkin, ne leimasivat kritiikissään amerikkalaisekspansion luonteeltaan bruttaalin aineelliseksi. Uusien

alueiden valloittamiseen, imperialistisen politiikan käytäntöön, oppositiolehdet suhtautuivat varauksellisesti jo aikaisemmin Saksan "maailmanpolitiikasta" käydyin keskustelun mukaisesti. Sitä vastoin muiden lehtien imperialismimyönteisyys näkyi siten, että voitollisten taisteluiden myötä menestyksen taustavoimina alettiin pitää saksalaisten kanssa yhteisiä piirteitä, kuten suorituskykyä, rotua ja protestanttista uskontoa. Sosiaalidarwinistisessä hengessä Yhdysvaltain voittoa ja Espanjan tappiota pidettiin historiallisesti oikeutettuna. Vain agraarien Deutsche Tageszeitung ja äärikatolinen Kölnische Volkszeitung, aineellisten ja henkisten arvojen puolesta amerikkalaista vaaraa vastaan taistelivat orgaanit, hyökkäsivät jatkuvasti amerikkalaisten ekspansion kaikkia puolia vastaan.

Kun amerikkalaislehdistö vastasi kärkevästi saksalaisten arvosteluun, kehittyivät maiden väliset suhteet yleisen mielipiteen tasolla epäedulliseen suuntaan. Sekä Valkoisessa Talossa että Wilhelmstrassella suhtauduttiin tilanteeseen vakavasti. Toimenpiteet tilanteen korjaamiseksi todistavat poliittisen johdon halukkuudesta yhteisymmärrykseen. Saksan hallitus ryhtyi toimiin sodan aikana kansainvälisessä tiedonvälityksessä nimenneiden epäkohtien poistamiseksi mikä osoittaa, että aikaisempaa selvemmin tajuttiin julkisen sanan merkitys maan ulkomaansuhteille yleensäkin.

QUELLENVERZEICHNIS

UNGEDRUCKTE QUELLEN

POLITISCHES ARCHIV DES AUSWÄRTIGEN AMTES (PA) Bonn, Politische Abteilung (A)

- | | |
|------------------------------|---|
| China Nr. 20, Nr. 1, | Handakten betr. Erwerbungen der Grossmächte in China, Bd. 1. |
| Deutschland Nr. 121, Nr. 11, | Nachrichtendienst im Kriegsfall, Bd. 4. |
| Deutschland Nr. 122, Nr. 3, | Journalisten, Bde. 5–6. |
| Deutschland Nr. 126, Nr. 2, | Die Berliner Presse, Bde. 5–5. |
| Deutschland Nr. 126, Nr. 2b, | Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Bd. 2. |
| Deutschland Nr. 126, Nr. 2h, | Welt-Korrespondenz, Bd. 1. |
| Deutschland Nr. 3, Nr. 3, | Die Presse in Deutschland (excl. Berliner Presse), Bde. 1–4. |
| Deutschland Nr. 126, Nr. 8, | Das Literarische Bureau, Bd. 1. |
| Deutschland Nr. 137 secr., | Die allgemeine deutsche Politik, Bde. 2–3. |
| Deutschland Nr. 167, | Kolonien und Flottenstationen, Bde. 1–2. |
| England Nr. 78, Nr. 1, | Verhandlungen zwischen Deutschland und England und zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten über eine ev. Aufteilung des Kolonial-Besitzes anderer Staaten, Bde. 1–4. |
| Europa Generalia Nr. 86, | Telegraphen-Institute des In- und Auslandes, Bde. 8–10. |
| Preussen Nr. 1, Geheim | Staatsministerial- und Kronrathsprotokolle. Bd. 16. |
| Spanische Besitzungen | |
| in Amerika Nr. 2, | Angelegenheit Cubas, Bde. 3–17. |
| Spanische Besitzungen in | Intervention der europäischen Mächte zu Gunsten der Er- |
| Amerika Nr. 2, Nr. 1, | haltung Cubas für die spanische Monarchie, Bde. 1–6. |
| Spanische Besitzungen in | |
| Asien Nr. 1, Geheim, | Allgemeine Angelegenheit der Philippinen, Bde. 1–3. |
| Spanische Besitzungen in | |
| Asien Nr. 1, | Allgemeine Angelegenheit der Philippinen, Bde. 3–10. |
| Spanische Besitzungen in | |
| Asien Nr. 2, | Sulu-Archipel. Bd. 2. |
| Südsee Nr. 1, | Die Beziehungen Hawaiis zu den Vereinigten Staaten, Bde. 5–6. |
| Südsee Nr. 3, Geheim, | Die Karolinen und Ladronen, Bde. 1–5. |
| Ver.St. v. Amerika Nr. 1, | Allgemeine Angelegenheiten der Ver.St. von Nordamerika, Bd. 10. |
| Ver.St. v. Nordamerika | Beziehungen der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu |
| Nr. 16, | Deutschland, Bde. 1–6. |

BUNDESARCHIV (BA), Koblenz*Reichsschatzamt (RSA), R2*

- 1561 Acta betr. den deutsch-spanischen Handelsvertrag.
 1617– Acta betr. die handelspolitischen Beziehungen Deutschlands zu den Ver.St. von
 1618 Amerika.

Reichskanzlei (RK), R 43 F

- 1556 Angelegenheiten der Presse im Allgemeinen.
 1559 Amtliche und halbamtliche Blätter.

Nachlässe

- Bülow: Nr. 21, Diplomatische Berichte Bülows 1877–1897.
 Nr. 23, Botschafter Graf Hatzfeldt und Graf Wolff-Metternich 1898–1909.
 Nr. 91, Friedrich von Holstein, Heft II (1898–1909).
 Nr. 111, Prinz Heinrich von Preussen 1898–1905.
 Nr. 112, Kaiser Wilhelm II. 1896–1916.
 Eulenburg: Nr. 48–51, Eine preussische Familiengeschichte. Correspondenz 1897–98.
 Hohenlohe-
 Schillingsfürst, Akten und Schriftwechsel des Fürsten Chlodwig Hohenlohe. Geordnet durch
 Karl Alexander von Müller. Bd. 13 (1898).

BUNDESARCHIV-MILITÄRARCHIV (BA-MA), Freiburg i.Br.*Oberkommando der Marine*

- F 2015 Immediatvorträge, 65954–56.
 F 2024 Immediatberichte und Vorträge, 65990a–65990b.
 F 5079 Samoa, Bd. 2(1894–1900).
 F 5085– Friedensakten betr. Kriegsführung zwischen Amerika und Spanien, Bde. 1–6.
 5086
 F 7537 Kommando des Kreuzergeschwaders. Philippinen. Bde. 2a–2b.
 F 7538 Acta des kaiserlichen Kommandos S.M.S. Irene betr. Land u. Seeberichte des spa-
 nisch-amerikanischen Krieges, Bde. 1–3.

Marinekabinett

- F 3419 Akten des kaiserlichen Marine-Kabinetts betr. Kolonies (1898–1911), 67345.

Reichsmarineamt

- F 4324 Krieg zwischen Spanien und Amerika, Bde. 1–4.

Nachlässe

- Nr. 160, Gustav Frh. von Senden-Bibran. Nr. 7. Privatdienstliche Korrespondenz mit Diede-
 richs.
 Nr. 253, Alfred von Tirpitz. Nr. 45. Ostasien und Kiautschou.

ZENTRALES STAATSARCHIV (ZStA), Potsdam*Auswärtiges Amt, Handelsabteilung*

- 207–209 Die Lage der Zuckerindustrie auf Cuba, 1895–1899.
 970 Die wirtschaftliche Lage der spanischen Besitzungen in Amerika, 1887–1898.
 12975 Der Ostasiatische Lloyd und andere deutsche Zeitungen in Ostasien, sowie die Vertretung der deutschen Interessen in nichtdeutschen Zeitungen, 1894–1899.
 13025–
 13027 Die deutsche Handelsexpedition nach Ost-Asien, 1896–1901.
 13058–
 13059 Die Handels- und Schifffahrtsverhältnisse mit den Philippinen-Inseln, 1895–1899.

Auswärtiges Amt, Rechtsabteilung

- 33735 Akten betr. Massregeln aus Anlass der Unruhen auf den Philippinen, 1896–1897.
 33740– Geheime Akten betr. die Haltung der Neutralen im Kriege zwischen Spanien und Nord-Amerika. Neutralität Nr. 51, 1898.
 33748

Reichskolonialamt

- 2404 Plenar-Versammlungen der Direktion der Neu Guinea Kompagnie, 1893–1901.
 2503 Die Kolonial-Gesellschaft für die Marshall- Brown und Providence-Inseln (Jaluit-Gesellschaft), 1893–1903.
 2649– Entsendung deutscher Kriegsschiffe nach der Australischen u. Südsee-Station,
 2650 1895–1900.
 6525 Jahresberichte allgemeinen Inhalts aus den Marshall-Inseln, 1897–98.
 6529– Sammlung der Denkschriften über die Entwicklung der Deutschen Schutzgebiete
 6530 (ohne Kiautschou), 1897–1899.
 6963–
 6966 Verhandlungen des Kolonialraths, 1896–1899.
 9008–
 9009 Akten betr. Innere Angelegenheit Hawaii, 1897–98.
 9038 Spanische Besitzungen in der Südsee Nr. 1. Die Karolinen und Palau-Inseln, 1890–1900.

Deutsche Kolonialgesellschaft

- 911–913 Ausschussitzungsberichte, 1896–99.

THE NATIONAL ARCHIVES (NA) OF THE UNITED STATES. Microfilm Publications.

In Sammlungen des Instituts für Geschichte der Universität Jyväskylä und der Universitäts- und Stadtbibliothek in Köln.

– Microcopy no. 30. Despatches from U.S. ministers to Great Britain. Roll 181.

- Microcopy no. 31. Despatches from U.S. ministers to Spain. Rolls: 121–124.
 Microcopy no. 34. Despatches from U.S. ministers to France. Rolls: 118–119.
 Microcopy no. 44. Despatches from U.S. ministers to German States and Germany. Rolls: 83–87.
 Microcopy no. 50. Notes from the British legation in the U.S. to Department of State. Rolls: 128–132.
 Microcopy no. 58. Notes from the legation of the German States and Germany in the U.S. to the Department of State. Rolls: 26–27.
 Microcopy no. 77. Diplomatic instructions of the Department of State. Germany, Roll: 71; Great Britain, rolls 90–91; Spain, roll 150.
 Microcopy no. T-163. Despatches from U.S. consuls in Berlin 1865–1906. Roll 24.
 Notizensystem: White an Hay 28.10.1898. NA/44/83/277.
 NA = National Archives.
 44 = Die Nummer der Mikrokopie.
 83 = Die Nummer der Filmrolle.
 277 = Die Nummer des Berichts.

PUBLIC RECORD OFFICE (PRO), London

Foreign Office (F.O.)

- F.O.5. General correspondence. U.S. of America. Series II:
 – War between the U.S. and Spain. Mediation proposals 1898–1902. No. 2517.
 – Diplomatic despatches. No. 2361–63.
 F.O.72. General correspondence. Spain:
 – Diplomatic despatches, telegrams, drafts, No. 2062–69.
 – War between the United States and Spain. Observance of neutrality. No. 2092.
 F.O.115. Embassy and consular archives. United States. No. 1076.
 F.O.244. Embassy and consular archives. Germany. No. 562.

STAATSARCHIV BREMEN

- 3-R.1.b.-K, R.1.g. Deutsche Kolonien und Schutzgebiete. Nr. 6: Erwerbung des Inselgebietes der Karolinen, Jaluit und Marianen 1899.
 3-A.3.S.6. Nr. 214, Ankauf von Cigarrenfabriken in Havanna durch englische Consortien 1898–1899.
 Bericht über die Tätigkeit der Handelskammer in Bremen im Jahre 1898.

STAATSARCHIV HAMBURG

Hanseatische Gesandtschaft Berlin, 132-5/2

- HG VII h 2 Hamburgische Handelsinteressen im Auslande, Bd. 1(1895–98).
Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe II, Spezialakten, 371–8^{II}
 XIX C 20 Die Vereinigten Staaten von Nordamerika 2. Handels- Jahres- und Schiffahrtsberichte, konsularische Winke für deutsche Interessenten. Bd. 1(1873–1908).

Firmenarchive, 621–1

Firmen-Archiv der Jaluit-Gesellschaft Nr. 1. Sitzungsprotokolle des Aufsichtsrats (1898–99).

Nr. 3, Gedruckte Jahresberichte (1897–99).

COMMERZBIBLIOTHEK HAMBURG

Jahresberichte der Handelskammer zu Hamburg (1896–99).

Protokoll der Handelskammer zu Hamburg (1898).

DOKUMENTSAMMLUNGEN

Commager, Henry Steele (ed.) Documents of American History. Fifth edition. N.Y. 1949.

Documents Diplomatiques Francais 1871–1914. L. sér. Tome XIV–XV. Paris 1957.

Ebel, Gerhard (Hg.) in Verbindung mit Michael Behnen, Botschafter Paul Graf von Hatzfeldt-Wildenburg. Nachgelassene Papiere 1838–1901. Zweiter Teil. Bobbard 1976.

Die Geheimen Papiere Friedrich von Holsteins. Hrsg. von Norman Rich und M.H. Fisher. Bd. IV. Göttingen 1962.

Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartoldy, und Friedrich Thimme. Bde. 13–15. Berlin 1924.

Morison, Elting E., The Letters of Theodore Roosevelt. Vols. I–II. Cambridge, Massachusetts 1951.

Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1896–1898. New York 1968.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt. 1895–1900. Berlin.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags. X. Legislaturperiode. 1. Session 1898/1900. 3 Bd. Berlin 1899.

ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

- Alldeutsche Blätter. Mitteilungen des Alldeutschen Verbandes.
 Deutsche Kolonialzeitung. Organ der deutschen Kolonialgesellschaft.
 Deutsches Kolonialblatt. Amtsblatt für die Schutzgebiete des Deutschen Reiches. Herausgegeben in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes.
 Deutsche Tageszeitung.
 Frankfurter Zeitung und Handelsblatt.
 Die Grenzboten. Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst.
 Hamburgischer Correspondent.
 Kölnische Volkszeitung.
 Kölnische Zeitung.
 Münchener Neueste Nachrichten.
 Die Nation. Wochenschrift für Politik, Volkswirtschaft und Literatur.
 Neue Preussische (Kreuz-) Zeitung.
 New York Times.
 Norddeutsche Allgemeine Zeitung.
 Der Ostasiatische Lloyd. Organ für die deutschen Interessen Im Fernen Osten (Shanghai).
 Preussische Jahrbücher.
 Weser-Zeitung.
 Vorwärts.
 Vossische Zeitung.
 Die Zukunft. Wochenschrift für Politik, öffentliches Leben, Kunst und Literatur. Unabhängige Rednertribune für Jedermann.

LITERATUR

- Adams, Brooks*, The Law of Civilization and Decay. An Essay on History. With an Introduction by Charles A. Beard. N.Y. 1951. Second Printing (Erste Auflage 1895).
- Ahvenainen, Jorma*, The Question of German Information Services in the Far East before the First World War. Acta Societatis Historicae Ouluensis. Scripta Historica II. Oulu 1969.
- Alger, Russel Alexander*, The Spanish-American War. New York and London 1901.
- Altrichter, Helmut*, Konstitutionalismus and Imperialismus. Der Reichstag und die deutsch-russischen Beziehungen 1890–1914. Darmstadt 1977.
- Anderson, Pauline Relyan*, The Background of Anti-english Feeling in Germany, 1890–1902. Washington, D.C. 1939.
- Ashley, Percy*, Modern Tariff History. Germany – United States – France. Third ed. London 1920.
- Baasch, Ernst v.*, Geschichte des Hamburgischen Zeitungswesens von den Anfängen bis 1914. Hamburg 1930.
- Bade, Klaus J.*, Friedrich Fabri und der Imperialismus in der Bismarckzeit. Revolution – Depression – Expansion. Beiträge zur Kolonial- und Überseegegeschichte. Bd. 13. Erlangen 1975.
- Bailey, Thomas A.*, Dewey and Germans at Manila Bay. The American Historical Review. Vol. 45, 1939.
- Baker, James W.*, A Diplomatic History of the American People. Sixth ed. N.Y. 1958.
- Battistini, Lawrence H.*, The Rise of American Influence in Asia and the Pacific. Michigan 1960.
- Baumgart, Winfried*, Deutschland im Zeitalter des Imperialismus (1890–1914). Grundkräfte, Thesen und Strukturen. Deutsche Geschichte, Ereignisse und Probleme. Herausgegeben von Walther Hubatsch. Bd. 4. Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1972.
- Der Imperialismus. Idee und Wirklichkeit der englischen und französischen Kolonial-expansion 1880–1914. Wissenschaftliche Paperbacks 7. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Wiesbaden 1975.
- Beale, Howard K.*, Theodore Roosevelt and the Rise of America to World Power. Baltimore 1956.
- Beisner, Robert L.*, Twelve against Empire. The Anti-Imperialists, 1898–1900. New York 1968. Beiträge zur Kolonialpolitik u. Kolonialwirtschaft. Herausgegeben von der Deutschen Kolonialgesellschaft. 2. Jg. Berlin 1900–1901.
- Bemis, Samuel Flagg*, A Diplomatic History of the United States. New York 1957.
- A Short History of American Foreign Policy and Diplomacy. New York 1959.
- Berghahn, Volker R.*, Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II. Düsseldorf 1971.
- Zu den Zielen des deutschen Flottenbaus unter Wilhelm II. HZ. Bd. 210. 1970.
- Bertheau, Franz*, Kleine Chronologie zur Geschichte des Zeitungswesens in Hamburg von 1616 bis 1913. Hamburg 1914.

- Beutin, Ludwig*, Bremen und Amerika. Zur Geschichte der Weltwirtschaft und der Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten. Bremen 1953.
- Bishop, Joseph Bucklin*, Theodore Roosevelt and His Time. Shown in His Own Letters. Vol. I. New York 1920.
- Blaich, Fritz*, Kartell- und Monopolpolitik im kaiserlichen Deutschland. Das Problem der Marktmacht im deutschen Reichstag zwischen 1879 und 1914. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Bd. 50. Düsseldorf 1973.
- Blake, Nelson M.*, Background of Cleveland's Venezuelan Policy. AHR. Vol. XLVII. 1942.
- Blumenthal, Henry*, France and the United States. Their Diplomatic Relations, 1789–1914. Chapel Hill 1970.
- Boechmer, Joachim*, Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung. Zeitungswissenschaft Nr. 7. Berlin 1926.
- Böhm, Ekkehard*, Überseehandel und Flottenbau. Hanseatische Kaufmannschaft und deutsche Seerüstung 1879–1902. Studien zur modernen Geschichte. Herausgegeben von Fritz Fischer u.a. Universität Hamburg. Bd. 8. Düsseldorf 1972.
- Böhme, Helmut*, Bankenkonzentration und Schwerindustrie 1873–1896. Bemerkungen zum Problem des "Organisierten Kapitalismus". In: Hans-Ulrich Wehler (Hg.) Sozialgeschichte Heute.
Deutschlands Weg zur Grossmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848–1881. Köln, Berlin 1966.
"Grenzen des Wachstums," ausenwirtschaftliche Beziehungen und gesellschaftliche Systemstabilisierung. Bemerkungen zum deutsch-russischen Verhältnis 1886–1894. In: Dirk Stegmann /Bernd-Jürgen Wendt/Peter-Christian Witt, Industrielle Gesellschaft und politisches System.
Thesen zur Beurteilung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Ursachen des deutschen Imperialismus. In: Mommsen, W.J., Der moderne Imperialismus.
- Bolcke, Willi A.* (Herausgegeben und eingeleitet von) Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten. Krupp-Korrespondenz mit Kaisern, Kabinettschefs und Ministern 1850–1918. Frankfurt a.M. 1970.
- Bolle, Fritz*, Darwinismus und Zeitgeist. In: Schoeps, Hans Joachim (Hg.), Das wilhelminische Zeitalter.
- Booms, Hans*, Die Deutschkonservative Partei. Preussischer Charakter, Reichsauffassung, Nationalbegriff. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Heft 3. Düsseldorf 1954.
- Borgius, Walter*, Deutschland und die Vereinigten Staaten. Ein handelspolitischer Rückblick bei Eröffnung des internationalen Handelskongressen zu Philadelphia. Schriften der Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen. Heft 8. Berlin 1899.
- Braisted, William Reynolds*, The U.S. Navy in the Pacific 1897–1907. Austin 1958.
- Brown, Richard G.*, The German Acquisition of the Caroline Islands, 1898–99. In: Moses, John A., Kennedy, Paul M. (ed.), Germany in the Pacific and Far East.
- Brunn, Gerhard*, Deutschland und Brasilien (1889–1914). Inaug. Diss. Köln 1967. Lateinamerikanische Forschungen. Bd. 4. Köln 1971.

- Buchholz, Arend*, Die Vossische Zeitung. Geschichtliche Rückblicke auf drei Jahrhunderte. Berlin 1904.
- Bülow, Bernhard*, Denkwürdigkeiten. Erster Band. Vom Staatssekretariat bis zur Marokko-Krise. Herausgegeben von Franz von Stockhammer. Berlin 1930.
- Deutsche Politik. Berlin 1916.
- Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interesseorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. In 2 Bänden. Herausgegeben von einem Redaktionskollektiv unter der Leitung von Dieter Fricke. Leipzig 1968.
- Burgess, John W.*, Political Science and Comparative Constitutional Law. Vol. I. Sovereignty and Liberty. Boston and London 1900. (Erste Auflage 1890).
- Burmeister, Hans Wilhelm*, Prince Philipp Eulenburg-Hertefeld. (1847–1921): His influence on Kaiser Wilhelm II and his role in the German government, 1882–1902. A dissertation. Graduate school of Oregon 1972.
- Campbell, A.E.*, Great Britain and the U.S. 1895–1903. Glasgow 1960.
- Campbell, C.S. (Jr.)*, American Business Interests and the Open Door in China. In: Williams, The Shaping of American Diplomacy.
- Anglo-American Understanding. 1898–1903. Baltimore 1957.
- Cardauns, Hermann*, Fünfzig Jahre Kölnische Volkszeitung. Ein Rückblick zum goldenen Jubiläum der Zeitung. Köln 1910.
- Carroll, E. Malcom*, Germany and the Great Powers 1866–1914. A Study in Public and Foreign Policy. Hamden 1966.
- Chadwick, French Ensor*, The Relations of the United States and Spain. The Spanish-American War. Vol. I–II. First published in 1911. Reissued in New York 1968.
- Coletta, Paolo E.*, McKinley, the Peace Negotiations, and the Acquisition of the Philippines. Pacific Historical Review. Vol. XXX. 1961.
- Combs, Jerald A.*, Nationalist, Realist, and Radical: Three Views of American Diplomacy. N.Y. 1972.
- Crapel, Edward P.*, and *Schonberger, Howard*, The Shift to Global Expansion 1865–1900. In: Williams, William Appleman, Essays in the History of American Foreign Relations.
- Darius, Rudolf*, Die Entwicklung der deutsch-mexikanischen Handelsbeziehungen von 1870–1914. Diss. Köln 1927.
- Dehn, Paul*, Kommende Weltwirtschaftspolitik. Berlin 1898.
- Deicke, Gertrud*, Das Amerikabild der deutschen öffentlichen Meinung von 1898–1914. Phil. Diss. Hamburg 1956.
- Deist, Wilhelm*, Flottenpolitik und Flottenpropaganda. Das Nachrichtenwesen des Reichsmarineamtes 1897–1914. Stuttgart 1976.
- Dierks, Jack Cameron*, A Leap to Arms: The Cuban Campaign of 1898. Philadelphia and New York 1970.
- Dilke, Charles W.*, Problems of Greater Britain. London and New York 1890. Fourth ed. (Erste Auflage 1890).
- Domann, Peter*, Sozialdemokratie und Kaisertum unter Wilhem II. Die Auseinandersetzung der Partei mit dem monarchischen System, seinen gesellschafts- und verfassungspolitischen Voraussetzungen. Frankfurter Historische Abhandlungen. Bd. 3. Wiesbaden 1974.

- Dulles, Foster Rhea*, *America's Rise to World Power 1898–1954*. New York 1955.
- Eley, Geoff*, Die "Kehrites" und das Kaiserreich: Bemerkungen zu einer aktuellen Kontroverse. *Geschichte und Gesellschaft*. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft. 4. Jg. Göttingen 1978.
- Sammlungspolitik, Social Imperialism and the Navy Law of 1898. *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 1/1974. Freiburg i.Br.
- Social Imperialism in Germany. Reformist Synthesis or Reactionary Sleight of Hand? In: Radgau, Joachim und Geiss, Imanuel (Hg.), *Imperialism im 20. Jahrhundert*.
- Eskola, Seikko*, Yhdysvaltain lehdistö ja Suomen kriisi keväästä 1941 Pearl Harboriin. Tutkimus kansainvälisestä tiedonvälityksestä ja mielipiteenmuodostuksesta. *Historiallisia Tutkimuksia* 92. Helsinki 1973.
- Eyck, Erich*, *Das persönliche Regiment Wilhelms II. Politische Geschichte des deutschen Kaiserreichs von 1890 bis 1914*. Zürich 1948.
- Fabri, Friedrich*, *Bedarf Deutschland der Kolonien? Eine politisch-ökonomische Betrachtung*. Gotha 1879.
- Faulkner, Harold U.*, *Politics, Reform and Expansion 1890–1900*. New York 1959.
- Fieldhouse, D.K.*, *Economics and Empire 1830–1914*. London 1973.
- Die Kolonialreiche seit dem 18. Jahrhundert. *Fischer Weltgeschichte*, Bd. 29. Frankfurt a.M. 1965.
- Fischer, Fritz*, *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914*. Düsseldorf 1969.
- Fischer, Heinz-Dietrich*, *Deutsche Presseverleger des 18. bis 20. Jahrhunderts. Publizistik-Historische Beiträge*. Bd. 4. Hembach 1975.
- (Hg.), *Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts. Publizistik-Historische Beiträge*. Bd. 2. München 1972.
- Firth, Stewart G.*, *German Firms in the Pacific Islands, 1857–1914*. In: Moses, John A. and Kennedy, Paul (ed.), *Germany in the Pacific and Far East, 1870–1914*.
- Fisk, George M.*, *Die handelspolitischen und sonstigen völkerrechtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika*. Münchener Volkswirtschaftlichen Studien. Herausgegeben von Lujo Brentano und Walther Lotz. 20. Stück. Stuttgart 1897.
- Foner, Philip S.*, *A History of Cuba and Its Relations with the United States*. Vol. II. 1845–1895. From the End of Annexationism to the Outbreak of the Second War for Independence. New York 1962.
- Gantenbein, James W.* (compiled and edited by), *The Evolution of Our Latin-American Policy. A Documentary Record*. New York 1950.
- Gardner, Lloyd C., LaFeber, Walter F., McCormick, Thomas J.*, *Creation of the American Empire: U.S. Diplomatic History*. Chicago, New York, San Francisco 1973.
- Garraty, John A.*, *Henry Cabot Lodge. A Biography*. New York 1953.
- Gasman, Daniel*, *The Scientific Origins of National Socialism. Social Darwinism in Ernst Haeckel and the German Monist League*. London, New York 1971.
- Gates, John Morgan*, *Schoolbooks and Krags. The United States Army in the Philippines, 1898–1902*. Contributions in Military History Number 3. Westport, Connecticut 1973.
- Gebhardt, Hartwig*, *Bürgerliche und proletarische Presse. Empirische Untersuchungen zur publizistischen und politischen Funktion der Tagespresse am Beispiel Bremer Zeitungen 1903*. Studien zur Publizistik, Bd. 23: Presse und Geschichte. Pullach 1977.

Geiss, Imanuel, German Foreign Policy, 1871–1914. London, Boston 1976.

Die Stellung des modernen Imperialismus in der Weltgeschichte. In: Radkau, Joachim und Geiss, Imanuel, Imperialismus im 20. Jahrhundert.

Geiss, Imanuel und Wendt, Bernd Jürgen (Hg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. u. 20. Jahrhunderts. Düsseldorf 1973.

Geschichte der Frankfurter Zeitung. Volksausgabe. Herausgegeben vom Verlag der Frankfurter Zeitung. Frankfurt a.M. 1911.

Gottwold, Herbert, Der Umfall des Zentrums. Die Stellung der Zentrumspartei zur Flottenvorlage vom 1897. In: Klein, Fritz (Hg.), Studien zum deutschen Imperialismus vor 1914.

Grenville, John A.S. and Young, George B., Politics, Strategy and American Diplomacy. Studies in Foreign Policy 1873–1917. New Haven 1966.

Griswold, Whitney, The Far East Policy of the United States. Third print. New Haven 1962.

Grote, Gerhard, Untersuchungen zur deutschen Kolonialpolitik um die Jahrhundertwende. Historische Studien. Heft 363. Beiträge zur Weltpolitik. Herausgegeben von Otto Becker. Heft 3. Vaduz 1965.

Groth, Otto, Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde (Journalistik). Bd. II. Mannheim, Berlin, Leipzig. 1929.

Gutsche, Willibald (Hg.) unter Mitarbeit von Baldur Kaulisch, Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/98 bis 1917. Dokumente zur innen- und aussenpolitischen Strategie und Taktik der herrschenden Klassen des Deutschen Reiches. Berlin 1977.

Probleme des Verhältnisses zwischen Monopolkapital und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Vorabend des ersten Weltkrieges. In: Klein, Fritz (Hg.), Studien zum deutschen Imperialismus vor 1914.

Haeckel, Ernst, Die Natürliche Schöpfungsgeschichte. Erster Teil. Allgemeine Entwicklungslehre. 9. Auflage 1897. Mit einer autobiographischen Skizze als Einleitung und einem Bildnis Ernst Haeckels. Ernst Haeckel. Gemeinverständliche Werke. Herausgegeben von Heinrich Schmidt. Erster Band. Leipzig 1924.

Hallgarten, George W.F., Imperialismus vor 1914. Theoretisch-soziologische Skizzen der aussenpolitischen Entwicklung in England und Frankreich. Soziologische Darstellung der deutschen Aussenpolitik bis zum ersten Weltkrieg. Bd. 1. Zweite durchgearbeitete und stark erweiterte Auflage. München 1963. (Erste Auflage 1951).

Hallgarten, George W.F., Radkau, Joachim, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute. Frankfurt a.M., Köln 1974.

Hammerstein, Notker, Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika im Spiegel der führenden politischen Presse Deutschlands 1898–1906. Inaugural Dissertation (Masch.), Frankfurt a.M. 1956.

Hampe, Peter, Die "ökonomische Imperialismustheorie". Kritische Untersuchungen. München 1976.

Sozialökonomische und psychische Hintergründe der bildungsbürgerlichen Imperialbegeisterung. In: Vondung, Klaus (Hg.), Zur Lage der Gebildeten in der wilhelminischen Zeit.

Harrer, Charlotte, Die Geschichte der Münchener Tagespresse 1870–1890. Zeitung und Leben, Bd. 75. Würzburg 1940.

- Harrington, Fred H.*, The Anti-Imperialist Movement in the U.S. 1898–1900. Mississippi Valley Historical Review XXII. Sept. 1935.
- Haselmayer, Friedrich*, Diplomatische Geschichte des Zweiten Reiches von 1871–1918. Die Ära des Flottenkaisers 1890–1918. 4. Buch. Ein Jahrzehnt wechselvoller Kaiserlicher Politik 1890–99. München 1961.
- Healy, David*, US Expansionism. The Imperialist Urge in the 1890. Madison 1970.
- The United States in Cuba 1898–1902. Generals, Politicians, and the Search for Policy. Madison 1963.
- Heidorn, Günter*, Monopole-Presse-Krieg. Die Rolle der Presse bei der Vorbereitung des ersten Weltkrieges. Studien zur deutschen Aussenpolitik in der Periode von 1902 bis 1912. Berlin 1960.
- Hell, Jürgen*, Deutschland und Chile von 1871–1918. Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock. 14. Jg. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe. Heft 1–2. Berlin 1963.
- Heller, Herman*, Hegel und der nationale Machtstaatsgedanke in Deutschland. Ein Beitrag zur politischen Geistesgeschichte. Leipzig, Berlin 1926.
- Henderson, W.O.*, The Rise of German Industrial Power 1834–1934. London 1975.
- Hennings, Hildegard*, Diplomatie und Presse. Versuch einer Darstellung der Beziehungen zwischen der deutschen Diplomatie und der Presse in den Jahren 1890–1914. Diss. Phil. (Masch.) München 1943.
- Hildebrand, Klaus* Geschichte oder "Gesellschaftsgeschichte"? Die Notwendigkeit einer politischen Geschichtsschreibung von den internationalen Beziehungen. Historische Zeitschrift 223/2, 1976.
- Imperialismus, Wettrüsten und Kriegsausbruch 1914 (I). Zum Problem von Legitimität und Revolution im internationalen System. Neue Politische Literatur XX/2, 1975.
- Hillgruber, Andreas*, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Aussenpolitik von Bismarck bis Hitler. In: Ziebura, Gilbert (Hg.), Grundfragen der deutschen Aussenpolitik seit 1871.
- Hobson, J.A.*, Imperialism. A Study. 7th Impression. London 1968.
- Hofstadter, Richard*, Social Darwinism in American Thought 1860–1915. First Beacon Paperback edition. Revised and Reset. Philadelphia 1955. (Erste Auflage 1945).
- The Paranoid Style in American Politics and other Essays. London 1966. (Erste Auflage 1952).
- Holl, Karl* und *List, Günther*, Liberalismus und imperialistischer Staat. Der Imperialismus als Problem liberaler Parteien in Deutschland 1890–1914. Göttingen 1975.
- Hunt, Michael, H.*, Frontier Defence and the Open Door. Manchuria in Chinese-American Relations, 1885–1911. New Haven and London 1973.
- Issues in American Diplomacy. Vol. II. World Power and Leadership since 1895. Edited by Armin Rappaport. New York 1965.
- Ingmar, Gunilla*, Monopol på nyheter. Ekonomiska och politiska aspekter på svenska och internationella nyhetsbyråers verksamhet 1870–1919. Studia Historica Upsaliensia LII. Uppsala 1973.
- Jaeger, Hans*, Unternehmen in der deutschen Politik (1890–1918). Bonner Historische Forschungen. Bd. 30. Bonn 1967.

Jerussalimski, A.S., Die Aussenpolitik und die Diplomatie des deutschen Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts. Berlin 1954 (russischsprachiges Originalwerk 1948).

Der deutsche Imperialismus. Geschichte und Gegenwart. Berlin 1968. (russischsprachiges Originalwerk 1964).

Kaikkonen, Olli, Kuuba ja Filippiinit Yhdysvaltain ekspansiopolitiikassa v. 1898. (Die Rolle Kubas und der Philippinen in der Expansionspolitik der Vereinigten Staaten 1898.) Pro gradu-Arbeit. (Masch.) Jyväskylä 1969.

Katz, Friedrich, Einige Grundzüge der Politik des deutschen Imperialismus in Lateinamerika 1898 bis 1941. In: Der deutsche Faschismus in Lateinamerika 1933–1943. Veröffentlicht durch Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin 1966.

Mexiko und die Erdölpolitik in den Jahren 1876 bis 1913. In: Lateinamerika zwischen Emanzipation und Imperialismus 1810–1960. Studien zur Kolonialgeschichte und Geschichte der nationalen und kolonialen Befreiungsbewegung. Hrsgn. von Walter Markow. Bd. 6–7. Berlin 1961.

Kaulisch, Baldur, Die Bildung des "Wirtschaftlichen Ausschusses zur Vorbereitung und Begutachtung handelspolitischer Massnahmen" im Jahre 1897. Ein Beitrag zum Problem der "Sammlungspolitik" beim Übergang zum Imperialismus. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, III/1973.

Kaupert, Walter, Die deutsche Tagespresse als Politicum. Inaug. Diss. Universität Heidelberg. Freudenstadt 1932.

Kehr, Eckart, Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894–1901. Versuch eines Querschnitts durch die innenpolitischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des deutschen Imperialismus. Historische Studien. Heft 197. Berlin 1930.

Der Primat der Innenpolitik. In: Wehler, Gesammelte Aufsätze ...

Kemiläinen, Aira, Auffassungen über die Sendung des Deutschen Volkes um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts. Suomalaisen Tiedeakatemia toimituksia. Annales Academiae Scientiarum Fennicae. Ser. B. Tom. 101. Helsinki 1956.

Die historische Sendung der Deutschen in Leopold von Rankes Geschichtsdenken. Suomalaisen Tiedeakatemia toimituksia. Annales Academiae Scientiarum Fennicae. Ser. B. Tom. 147. Helsinki 1968.

Kennedy, Paul M., Germany and the Samoan Tridominium, 1889–98: A Study in Frustrated Imperialism. In: Moses, John A. and Kennedy, Paul M., Germany in the Pacific and Far East, 1870–1914.

The Samoan Tangle. A Study in Anglo-German-American Relations 1878–1900. Dublin 1974.

Kidd, Benjamin, Social Evolution. London and New York 1895. Second edition. (Erste Auflage 1894).

Kiesenwetter, Hubert, Von Hegel zu Hitler. Eine Analyse der Hegelschen Machtstaatsideologie und der politischen Wirkungsgeschichte des Rechthegeianismus. Hamburg 1974.

Klein, Fritz, Deutschland von 1897/98 bis 1917. Deutschland in der Periode des Imperialismus bis zur Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution. Berlin 1961.

(Hg.), Studien zum deutschen Imperialismus vor 1914. Akademie der Wissenschaften der DDR. Schriften des Zentralinstitus für Geschichte. Bd. 47. Berlin 1976.

- Knight, Martin P.*, Britain, Germany and Pacific, 1880–97. In: Moses, John A. and Kennedy, Paul M. (ed.), Germany in the Pacific and Far East, 1870–1914.
- Koch, Hansjoachim W.*, Der Sozialdarwinismus. Seine Genese und sein Einfluss auf das imperialistische Denken. Beck'sche Schwarze Reihe. Bd. 97. München 1973.
- Koszyk, Kurt*, Deutsche Presse im 19. Jahrhundert. Geschichte der deutschen Presse. Teil II. Abhandlungen und Materialien zur Publizistik. Herausgegeben von Fritz Eberhard. Institut für Publizistik der Freien Universität Berlin. Band 6. Berlin 1966.
- Kruck, Alfred*, Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890–1939. Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz. Herausgegeben von Joseph Lorz und Martin Göhring. Bd. 3. Wiesbaden 1954.
- Kuczynski, Jürgen*, Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1873 bis 1914. Berlin 1961.
- Kunz-Lack, Ilse*, Die deutsch-amerikanischen Beziehungen 1890–1914. Beiträge zur Geschichte der nachbismarckischen Zeit und des Weltkriegs. Heft 30. Stuttgart 1935.
- LaFeber, Walter* The Background of Cleveland's Venezuelan Policy: A Reinterpretation. The American Historical Review. Vol. LXVI. 1961.
- The New Empire. An Interpretation of American Expansion 1860–1898. Second Printing. New York 1965.
- A Note on the "Mercantilistic Imperialism" of Alfred Thayer Mahan. Mississippi Valley Historical Review. Vol. LVIII. No. 4. 1962.
- Langer, William L.*, The Diplomacy of Imperialism 1890–1902. New York 1956.
- Lasch, Christopher*, The Anti-Imperialists, the Philippines and the Inequality of Man. Journal of Southern History. Vol. XXIV. Aug. 1958.
- Lehmann, Johannes*, Die Aussenpolitik und die "Kölnische Zeitung" während der Bülow-Zeit (1897–1909). Inaug. Diss. Leipzig 1937.
- Lenin, W.I.*, Ausgewählte Werke. Bd. 1. Berlin 1955.
- Leopold, Richard W.*, The Growth of American Foreign Policy. A History. New York 1962.
- Lerg-Kill, Ulla C.*, Maximilian Harden (1861–1927). In: Fischer, Heinz-Dietrich (Hg.), Deutsche Publizisten des 15. bis 20. Jahrhunderts.
- Leupolt, Erich von*, Die Aussenpolitik in den bedeutendsten politischen Zeitschriften Deutschlands 1890–1909. Das Wesen der Zeitung. Herausgegeben von Erich Evert. Leipzig 1933.
- Leusser, Hermann*, Ein Jahrzehnt deutsch-amerikanischer Politik (1897–1906). Beiheft 13 der Historischen Zeitschrift. München und Berlin 1928.
- Lodge, Henry Cabot*, The War with Spain. New York, London 1902.
- Louis, W.M. Roger (ed.)*, Imperialism. The Robinson and Gallagher Controversy. New York 1976.
- Mahan, Alfred Thayer*, The Influence of Sea Power upon History 1660–1783. Boston 1928.
- Major Crises in American History. Documentary Problems. Vol. II. 1865–1953. Gen. ed. Merrill D. Peterson and Leonard W. Levy. New York 1962.
- Mann, Golo*, Deutsche Geschichte des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts. Frankfurt a.M. 1958.
- Marine und Marinepolitik im Kaiserlichen Deutschland 1871–1914. Herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Herbert Schottelius und Wilhelm Deist. Düsseldorf 1972.

- May, Ernest R.*, American Imperialism: A Speculative Essay. New York 1968.
- Imperial Democracy. The Emergence of America as a Great Power. New York 1961.
- McCormick, Thomas J.*, China Market. American Quest for Informal Empire 1893–1901. Chicago 1967.
- Meyer, Jürg*, Die Propaganda der deutschen Flottenbewegung 1897–1900. Inaug. Diss. Universität Bern 1967.
- Miller, Richard*, American Imperialism in 1898. The Quest for National Fulfillment. New York 1970.
- Mommsen, Wolfgang J.*, Domestic Factors in German Foreign Policy before 1914. Central European History, 6/1973.
- Europäischer Finanzimperialismus vor 1914. Ein Beitrag zu einer pluralistischen Theorie des Imperialismus. Historische Zeitschrift, 224/1, 1977.
- Imperialismus. Seine geistigen, politischen und wirtschaftlichen Grundlagen. Ein Quellen- und Arbeitsbuch. Hamburg 1977.
- Imperialismustheorien. Ein Überblick über die neueren Imperialismusinterpretationen. Göttingen 1977.
- Die latente Krise des Wilhelminischen Reiches. Staat und Gesellschaft in Deutschland 1890–1914. Militärgeschichtliche Mitteilungen 1/1974.
- Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920. Inaug. Diss. Köln 1959.
- Der moderne Imperialismus. Herausgegeben und eingeleitet von W.J. Mommsen. Stuttgart 1971.
- Wandlungen der liberalen Idee im Zeitalter des Imperialismus. In: Holl, Karl und List, Günther, Liberalismus und imperialistischer Staat.
- Morgan, Wayne H. (ed.)*, Making Peace with Spain. The Diary of Whitelaw Reid. September–December, 1898. Austin 1965.
- Moses, John A., Kennedy, Paul M. (ed.)*, Germany in the Pacific and Far East, 1870–1914. Hongkong 1977.
- Mühlen, Patrik von zur*, Rassenideologien. Geschichte und Hintergründe. Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1977.
- Mylykoski, Matti*, Yhdysvaltain ja Saksan kauppapoliittiset suhteet ja kauppa Saksan keisarikunnan perustamisesta vuosisadan vaihteeseen. (Die handelspolitischen Beziehungen und der Handel zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland von der Gründung des Deutschen Kaiserreichs bis zur Jahrhundertwende.) Pro gradu- Arbeit (Masch.) Jyväskylä 1974.
- Neale, R.G.*, Britain and Imperialism 1898–1900. Sydney 1967.
- Great Britain and United States Expansion 1898–1900. Michigan 1966.
- Neubauer, Paul*, Der Norddeutsche Lloyd: 50 Jahre der Entwicklung 1857–1907. Bd. 1. Leipzig 1907.
- Neue Deutsche Biographie. Erster und dritter Bd. Berlin 1953, 1957.
- Neumann, Kurt*, Reichstag und Aussenpolitik während der Bülowzeit unter besonderer Berücksichtigung des deutsch-englischen Verhältnisses (1897–1909). Diss.phil. (Masch.). Hamburg 1951.

- Nussbaum, Helga*, Zur Imperialismustheorie W.I. Lenins und zur Entwicklung Staatsmonopolistischer Züge des deutschen Imperialismus bis 1914. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, IV/1970.
- Nussbaum, Manfred*, Vom "Kolonialenthusiasmus" zur Kolonialpolitik der Monopole. Zur deutschen Kolonialpolitik unter Bismarck, Caprivi, Hohenlohe. Berlin 1962.
- Nürnberg, Richard*, Imperialismus, Sozialismus, und Christentum bei Friedrich Naumann. HZ. Bd. 170. 1950.
- Nichols, Alden J.*, Germany after Bismarck. The Caprivi Era 1890–1894. Cambridge, Massachusetts 1958.
- Oncken, Dirk*, Das Problem des "Lebensraums" in der deutschen Politik vor 1914. Inaug. Diss. Freiburg 1948.
- Oncken, Hermann*, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges. Zweiter Teil. Der Grosse Krieg 1914–1918. Herausgegeben von M. Schwarte. Siebenter Teil. Leipzig 1933.
- Overesch, Manfred*, Leopold Sonnemann (1831–1909). In: Fischer, Heinz-Dietrich, Deutsche Presseverleger des 18. bis 20. Jahrhunderts.
- Paupié, Kurt*, Frankfurter Zeitung (1856–1943). In: Fischer, Heinz-Dietrich (Hg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts.
- Perko, Touko*, Aseveljen kuva. Suhtautuminen Saksaan jatkosodan Suomessa 1941–1944. Mit deutscher Zusammenfassung. (Diss. Turku). Porvoo 1971.
- Pomeroy, Earl S.*, Pacific Outpost. American Strategy in Guam and Micronesia. Stanford 1951.
- Pomeroy, William J.*, American Neo-Colonialism. Its Emergence in the Philippines and Asia. New York 1970.
- Potter, E.B.*, The United States and World Sea Power. New Jersey 1955.
- Pratt, Julius W.*, American Business and Spanish-American War. In: Williams (ed.), The Shaping of American Diplomacy.
- America's Colonial Experiment. How the U.S. Gained, Governed, and in part Gave away a Colonial Empire. New York 1950.
- Expansionists of 1898. The Acquisition of Hawaii and Spanish Islands. New York 1951.
- A History of United States Foreign Policy. New York 1958.
- Puhle, Hans-Jürgen*, Agrarische Interessenpolitik und preussischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914). Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. Hannover 1967.
- Zur Legende von der "Kehrschen Schule". Geschichte und Gesellschaft 4/1978.
- Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften. Deutschland, USA und Frankreich im 20. Jahrhundert. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 16. Göttingen 1975.
- Radkau, Joachim* und *Geiss, Imanuel (Hg.)*, Imperialismus im 20. Jahrhundert. Gedenkschrift für George F. Hallgarten. München 1976.
- Rasila, Viljo*, Tilastolliset menetelmät historiantutkimuksessa. Tampereen Yliopisto: Historianlaitos. Monistesarja C. Opetusmonisteet, N:o 3. Tampere 1973.

- Ratzel, Friedrich*, Die Vereinigten Staaten von Amerika. Zweiter Band: Politische Geographie der Vereinigten Staaten von Nordamerika unter besonderer Berücksichtigung der natürlichen Bedingungen und wirtschaftlichen Verhältnisse. München 1893.
- Rauch, Manfred*, Föderalismus und Parlamentarismus in wilhelminischen Reich. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band. 47. Düsseldorf 1973.
- Rieger, Isolde*, Die wilhelminische Presse im Überblick 1888–1918. München 1957.
- Rieger, Wolfgang*, Die Vereinigten Staaten im Spiegel der europäischen Presse. Berichte und Leitartikel in der Londoner "Times" und der "Frankfurter Zeitung" von 1890 bis 1900. Publizistik. Heft 3. Mainz 1960.
- Rippy, J.F.*, Latin America. A Modern History. Ann Arbor, Toronto 1958.
- German Investments in Latin America. The Journal of Business of the University of Chicago. Vol. XXI. Nr. 2. 1948.
- Ritter, Gerhard A.*, Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Göttingen 1976.
- (Hg.), Die deutschen Parteien vor 1918. Neue Wissenschaftliche Bibliothek 61. Köln 1973.
- Das deutsche Problem. Grundfragen deutschen Staatslebens gestern und heute. 2. neu durchgearbeitete und erweiterte Auflage. München 1966.
- Robinson, Ronald and Gallagher, John with Denny, Alice*, Africa and the Victorians. The Official Mind of Imperialism. Repr. 1974 (Erste Auflage 1961). Aylesbury, Bucks.
- Robinson, Ronald*, Non-European foundations of European imperialism: sketch for a theory of collaboration. In: Owen, Roger & Sutcliffe, Bob (ed.), Studies in the theory of imperialism. Fourth impression 1977 (erste Auflage 1972). London, Colchester and Beccles.
- Röhl, John C.G.*, Higher Civil Servants in Germany, 1890–1900. In: Sheehan, James J. (ed.), Imperial Germany. New York, London 1976.
- From Bismarck to Hitler. The Problem of Continuity in German History. Suffolk 1970.
- Germany without Bismarck. The Crisis of Government in the Second Reich, 1890–1900. London 1967.
- Rohleder, Meinolf, Burkhard, Treude*, Neue Preussische (Kreuz-)Zeitung (1848–1939). In: Fischer, Heinz-Dietrich (Hg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts.
- Rosenberg, Hans*, Grosse Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa. Berlin 1967.
- Rozwenc, Edwin C., Lindfors, Kenneth*, The United States and the New Imperialism 1898–1912. Lexington 1968.
- Scally, Robert J.*, The Origins of the Lloyd George Coalition. The Politics of Social-Imperialism, 1900–1918. Princeton, New Jersey 1975.
- Schädlich, Karlheinz*, Politische und ökonomische Aspekte der britisch-deutschen Handelsrivalität am Ende des 19. Jahrhunderts. In: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 15. Berlin 1977.
- Scharf, Wilfried*, Rudolf Mosse (1843–1920). In: Fischer, Heinz-Dietrich (Hg.), Deutsche Presseverleger des 18. bis 20. Jahrhunderts.
- Schieber, Clara Eve*, Transformation of American Sentiment toward Germany 1870–1914. Boston, N.Y. 1923.

- Schieder, Theodor*, Europa im Zeitalter der Nationalstaaten und europäische Weltpolitik bis zum 1. Weltkrieg (1870–1918). In: Handbuch der europäischen Geschichte. Bd. 6. Stuttgart 1968.
- Schirmer, Daniel B.*, Republic or Empire. American Resistance to the Philippine War. Cambridge, Massachusetts 1972.
- Schleier, Hans*, Explizite Theorie, Imperialismus, Bismarck und Herr Wehler. Jahrbuch für Geschichte, Bd. 6. Berlin 1972.
- Schmidt, Vera*, Die deutsche Eisenbahnpolitik in Shantung, 1898–1914. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Imperialismus in China. Veröffentlichungen des Ostasien-Instituts der Ruhr-Universität Bochum. Bd. 16. Wiesbaden 1976.
- Schoeps, Hans Joachim (Hg.)*, Das wilhelminische Zeitalter. Zeitgeist im Wandel. Band I. Stuttgart 1967.
- Schottelius, Ursula*, Das Amerikabild der deutschen Regierung in der Ära Bülow, 1897–1909. Phil.Diss. (Masch.) Hamburg 1956.
- Schrecker, John E.*, Imperialism and Chinese Nationalism. Germany in Shantung. Cambridge, Massachusetts 1971.
- Schröder, Hans-Christoph*, Sozialistische Imperialismusdeutung. Studien zu ihrer Geschichte. Göttingen 1973.
- Schumpeter, Joseph A.*, Zur Soziologie der Imperialismen. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Bd. 46. 1919.
- Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Neue Folge. Herausgegeben von Gustav Roloff. München 1897–98.
- Seager, Robert H.*, Ten Years before Mahan: the Unofficial Case for the New Navy, 1880–1890. Mississippi Valley Historical Review. Vol. XL, no 1/1953.
- Die Seeinteressen des Deutschen Reichs. Zusammengestellt auf Veranlassung des Reichs-Marine-Amts. Berlin 1898.
- Seeley, John*, The Expansion of England. Two Courses of Lectures. Repr., London 1931 (The Caravan Library 1928, erste Auflage 1883).
- Semmel, Bernhard*, Imperialism and Social Reform. English Social-Imperial Thought 1895–1914. London 1960.
- Sheehan, James J.*, (edited with an Introduction), Imperial Germany. New York, London 1976.
- Politische Führung im Deutschen Reichstag, 1871–1918. In: Ritter, Gerhard (Hg.), Die deutschen Parteien vor 1918.
- Shippee, Lester B.*, Germany and the Spanish-American War. American Historical Review. Vol. XXX. July 1925.
- Sievers, Wilhelm*, Südamerika und die deutschen Interessen. Eine geographisch-politische Betrachtung. Stuttgart 1903.
- Sprout, Harold et Margaret*, The Rise of American World Power 1776–1918. Princeton 1939.
- Stegmann, Dirk*, Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897–1918. Köln 1970.
- Wirtschaft und Politik nach Bismarcks Sturz. Zur Genesis der Miquelschen Sammlungspolitik 1890–1897. In: Geiss, Imanuel und Wendt, Bernd Jürgen (Hg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. u. 20. Jahrhunderts.

- Stegmann, Dirk/Wendt, Bernd-Jürgen/Witt, Peter-Christian (Hg.)*, Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Festschrift für Fritz Fischer zum siebzigsten Geburtstag. Bonn 1978.
- Stevens, Sylvester K.*, American Expansion in Hawaii 1842—1898. New York 1965.
- Stingl, Werner*, Der Ferne Osten in der deutschen Politik vor dem Ersten Weltkrieg (1902—1914). Bd. 1. Frankfurt a.M. 1978.
- Stoecker, Helmuth*, Bürgerliche Auslegungen des Imperialismusbegriffes in der Gegenwart. In: Klein, Fritz (Hg.), Studien zum deutschen Imperialismus vor 1914.
- Deutschland und China im 19. Jahrhundert. Das Eindringen des deutschen Kapitalismus. Schriftreihe des Instituts für allgemeine Geschichte an der Humboldt-Universität. Bd. 2. Berlin 1958.
- Stolberg-Vernigorode, Otto, Graf zu*, Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika im Zeitalter Bismarcks. Berlin 1933.
- Die unentschiedene Generation. Deutschlands konservative Führungssichten am Vorabend des Ersten Weltkrieges. München 1968.
- Strong, Josiah*, Our Country: Its Possible Future and Its Present Crisis. New York 1885.
- Thaller, Manfred*, Studien zum europäischen Amerikabild. Darstellung und Beurteilung der Politik und inneren Entwicklung der Vereinigten Staaten von Amerika in Grossbritannien, Deutschland und Österreich im Vergleich zwischen 1840 und 1941. Diss.Graz (Masch.), 3 Teile. 1975.
- Thimme, Annelise*, Hans Delbrück als Kritiker der wilhelminischen Epoche. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Heft 6. Düsseldorf 1955.
- Tirpitz, Alfred*, Erinnerungen. Leipzig 1919.
- Toiviainen, Hillevi*, Yhdysvaltain kansalaisten turvallisuuongelma kaukoidässä v. 1890—1906. (Das Problem der Unantastbarkeit der Sicherheit der Bürger der Vereinigten Staaten im Fernen Osten.) Lizentiaten-Arbeit (masch.). Universität Jyväskylä 1978.
- Tompkins, E. Berkeley*, Anti-Imperialism in the United States. The Great Debate 1890—1920. Philadelphia 1970.
- Tormin, Walter*, Geschichte der deutschen Parteien seit 1848. Aalen, Württemberg 1966.
- Treue, Wolfgang*, Die Jaluit-Gesellschaft auf den Marshall-Inseln 1887—1914. Ein Beitrag zur Kolonial- und Verwaltungsgeschichte in der Epoche des Deutschen Kaiserreichs. Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Bd. 26. Berlin 1976.
- Turner, Frederick Jackson*, The Problem of the West. The Atlantic Monthly, Vol. LXXVIII, No. CCCCLXVII, 1896.
- Ullmann, Hans-Peter*, Der Bund der Industriellen. Organisation, Einfluss und Politik klein- und mittelbetrieblicher Industrieller im Deutschen Kaiserreich 1895—1914. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. Bd. 21. Göttingen 1976.
- Vagts, Alfred*, Deutschland und die Vereinigten Staaten in der Weltpolitik. Bde. I—II. New York 1935.
- Varg, Paul A.*, The Making of a Myth: The United States and China 1897—1912. East Lansing, Michigan 1968.
- Vogel, Walter*, Die Organisation der amtlichen Presse- und Propagandapolitik des Deutschen Reiches von den Anfängen unter Bismarck bis zum Beginn des Jahres 1933. Berlin 1941.

- Vondung, Klaus*, Zur Lage der Gebildeten in der wilhelminischen Zeit. In: Derselbe (Hg.), Das wilhelminische Bildungsbürgertum. Zur Sozialgeschichte seiner Ideen. (Hg.), Das wilhelminische Bildungsbürgertum. Zur Sozialgeschichte seiner Ideen. Göttingen 1976.
- Vosberg-Rekow, Max*, Die Politik der Handelsverträge in ihren Grundzügen gemeinfasslich dargestellt. Schriften der Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen. Heft III. Berlin 1898.
- Wächter, Emil*, Der Prestigegeanke in der deutschen Politik von 1890 bis 1914. Berner Untersuchungen zur Allgemeinen Geschichte Hg. Werner Nöf. Heft II. Aarau 1941.
- Walker, Leslie W.*, Guam's Seizure by the United States in 1898. Pacific Historical Review. Vol. XIV. March 1945.
- Waltenhausen, A., Sartorius, von*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815–1914. Zweite ergänzte Auflage. Jena 1923.
- Deutschland und die Handelspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika. Schriften der Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen. Heft II. Berlin 1898.
- Washausen, Helmut*, Hamburg und die Kolonialpolitik des deutschen Reiches 1880–1890. Hamburg 1968.
- Weber, Max*, Gesammelte politische Schriften. Neu herausgegeben von Johannes Winckelmann. Tübingen 1958.
- Wegner, Konstanze*, Theodor Barth und die Freisinnige Vereinigung. Studien zur Geschichte des Linksliberalismus im wilhelminischen Deutschland (1893–1910). Tübinger Studien zur Geschichte und Politik. Herausgegeben von Hans Rothfels u.a. Tübingen 1968.
- Wehler, Hans-Ulrich*, Der amerikanische Handelsimperialismus in China, 1844–1900. Jahrbuch für Amerikastudien. Bd. 14. Heidelberg 1969.
- Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus. Studien zur Entwicklung des Imperium Americanum 1865–1900. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 10. Tübingen, Göttingen 1974.
- Der Aufstieg des organisierten Kapitalismus und Interventionsstaates in Deutschland. In: Winkler, Heinrich August, (Hg.), Organisierter Kapitalismus.
- Bismarck und der Imperialismus. Köln, Berlin 1969.
- “Cuba Libre“ und amerikanische Intervention. Der kubanische Aufstand seit dem Februar 1895 und drei Phasen der amerikanischen Kubapolitik bis zum September 1897. Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas. Bd. 2. Köln 1965.
- Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918. Deutsche Geschichte. Bd. 9. Göttingen 1973.
- German Imperialism: Robinson and Gallagher and Bismarck's Colonial Policy. In: Louis, Wm. Roger (ed.), Imperialism. The Robinson and Gallagher Controversy. New York 1976.
- (Herausgegeben und eingeleitet von), Gesammelte Aufsätze zur preussisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin 1965.
- Handelsimperium statt Kolonialherrschaft. Die Lateinamerikapolitik der Vereinigten Staaten vor 1898. Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas. Bd. 3. Köln 1966.

- Imperialismus. (Hg.), Köln, Berlin 1970.
- Kritik und Antikritik. *Historische Zeitschrift* 225/2, 1977.
- Sendungsbewusstsein und Krise. Studien zur Ideologie des amerikanischen Imperialismus. *Jahrbuch für Amerikastudien*. Bd. 13. Heidelberg 1968.
- Sozialdarwinismus im expandierenden Industriestaat. In: Geiss, Imanuel und Wendt, Bernd Jürgen (Hg.), *Deutschland in der Weltpolitik des 19. u. 20. Jahrhunderts*.
- (Hg.), *Sozialgeschichte Heute*. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag. *Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*. Bd. 11. Göttingen 1974.
- Sprungbrett nach Ostasien: Die amerikanische Hawaiiipolitik bis zur Annexion von 1898. *Jahrbuch für Amerikastudien*. Bd. 10. Heidelberg 1965.
- Stützpunkte in der Karibischen See. Die Anfänge des amerikanischen Imperialismus auf Hispaniola. *Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas*. Bd. 2. Köln 1965.
- Weigh, Richard D.*, Sugar and the Hawaiian Revolution. In: Williams (ed.), *The Shaping of American Diplomacy*.
- Weitowitz, Rolf*, Deutsche Politik und Handelspolitik unter Reichskanzler Leo von Caprivi 1890–1894. Düsseldorf 1978.
- Weller, B. Uwe*, Maximilian Harden und die "Zukunft". Studien zur Publizistik. Herausgegeben von Elger Blühm. Bremer Reihe. Deutsche Presseforschung. Bd. 13. Lemgo 1970.
- Wernecke, Klaus*, Die Weltstellung Deutschlands in der deutschen öffentlichen Meinung 1911–1914. Ein Beitrag zu Presse und Pressepolitik vor dem ersten Weltkrieg. Diss.Phil. Hamburg 1970.
- Wertheimer, Mildred S.*, The Pan-German League 1890–1914. New York 1924.
- Westphal, Günther*, Der Kolonialrat 1890–1907. Ein Beitrag zur Geschichte der Herausbildung des deutschen imperialistischen Kolonialsystems. Diss.Phil. (Masch.) Humboldt-Universität Berlin 1964.
- Weston, Rubin Francis*, Racism in U.S. Imperialism. The Influence of Racial Assumptions on American Foreign Policy, 1893–1946. Columbia, S.C. 1972.
- White, Leonard D.*, The Republican Era: 1869–1901. A Study in Administrative History. New York 1958.
- Wilkerson, Marcus M.*, Public Opinion and the Spanish-American War. First Published 1932. New York 1967.
- Williams, William Appleman*, (ed.) From Colony to Empire. Essays in the History of American Foreign Relations. New York 1972.
- The Shaping of American Diplomacy (ed.), Readings and Documents in American Foreign Relations. Vol. I., 1750–1900. Fifth Printing. Chicago 1964.
- Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie. Frankfurt a.M. 1973. (The Tragedy of American Diplomacy. New York 1962).
- Winkler, Heinrich August (Hg.)*, Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge. *Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*. Bd. 9. Göttingen 1974.
- Winzen, Peter*, Bülow's Weltmachtkonzept. Untersuchungen zur Frühphase seiner Aussenpolitik 1897–1901. Schriften des Bundesarchivs 22. Bobbard a. Rhein 1977.

- Witt, Peter-Christian*, Innenpolitik und Imperialismus in der Vorgeschichte des 1. Weltkrieges. In: Holl, Karl und List, Günther (Hg.), Liberalismus und imperialistischer Staat.
- Young, Marilyn Blatt (ed.)*, American Expansionism. The Critical Issues in American History Series. Boston 1973.
- The Rhetoric of Empire. American China Policy 1895–1901. Cambridge, Massachusetts 1968.
- Zaide, Gregorio F.*, The Philippine Revolution. Manila 1954.
- Ziebura, Gilbert (Hg.)*, Grundfragen der deutschen Aussenpolitik seit 1871. Wege der Forschung, Bd. CCCXV. Darmstadt 1975.
- Sozialökonomische Grundfragen des deutschen Imperialismus vor 1914. In: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.), Sozialgeschichte Heute.
- Zimmermann, Alfred*, Geschichte der deutschen Kolonialpolitik. Berlin 1914.
- Zims, Bernhard*, Die Grossmächte und der spanisch-amerikanische Krieg. Inaugural Dissertation. Münster 1929.
- Zmarzlik, Hans-Günther*, Der Sozialdarwinismus in Deutschland als geschichtliches Problem. Vierteljahrsheft für Zeitgeschichte 11/1963.
- Zühlke, Herbert*, Die Rolle des Fernen Ostens in den politischen Beziehungen der Mächte 1895–1905. Historische Studien. Heft 186. Berlin 1929.

ANLAGE

Anlage: Die Einstellung der Zeitungen zur USA im Zusammenhang mit der spanish-american

Monat	Deutsche Tagesztg.			Frankfurter Zeitung			Hamburg. Corresp.			Kölnische Volksztg.			Kölnische Zeitung			Kreuzzeitung		
	+	0	-	+	0	-	+	0	-	+	0	-	+	0	-	+	0	-
September 1897	L		1	3	1		1											3
	A	2	2		2		10			2	1	8	1			1		3
Oktober	L			2			2	1		1								2
	A	7			2		17		2	1		11	2					1
November	L						2	1										1
	A	1			2		10		1			5						1
Dezember	L						3											1
	A	1	1		2		13		1	2		9	1					3
Januar 1898	L				1				3			1						1
	A	1	1		1		21	3	1		1	3	2					2
Februar	L																	
	A	1	2		2	6	1		11	3		11	2					1
März	L	2			1	2			3	4								3
	A	6	2		4	4		20	7		4	15	7					1
April	L	2	4		2	5	1		15	6		1	1					4
	A	30	1		6	32	2		31	8	11	15	79	13				35
Mai	L		1		1	4			9	4			1					3
	A	19			2	29		1	35	5	19	9	49	3				10
Juni	L	5			2				6		1							3
	A	5	2		8	24			39		19	4	47	3				8
Juli	L	5	1		4	2	2		17		10	7		1		2		1
	A	2	1		7	20	1		48	2	10	3	1	52	11			18
August	L		1		4	1			12		5	3					1	3
	A	5	1		2	22			33	2	12	1	27	2				5
September	L				1				5	1	2	1						1
	A	5			2				20	2	5		3					1
Oktober	L								1		1	3						1
	A	2			12				31	5	4	2	1	11	1			1
November	L	1			1	2			2	2	1	2						1
	A	3			8	1			24	5	1	5	14	5				1
Dezember	L				1			1	6	1	2	1				1		2
	A	5	1		3				21	1	1		7	2		1		1
Leitartikel	0	15	8	18	20	5	1	84	23	0	28	20	0	2	3	4	21	29
Artikel	0	95	14	31	171	5	1	384	43	0	87	48	4	351	54	1	78	47
Leitartikel+ Artikel	0	110	22	49	191	10	2	468	66	0	115	68	4	353	57	5	99	76
Insgesamt		132			250			536			183			414				180
Nachrichten		2364			2669			3038			2000			1807				2510

kanischen Krise 1.9.1897—31.12.1898

Münchener N.N.	Norddeutsche Allg. Ztg.			Vossische Zeitung			Vorwärts			Weser- Zeitung			Monatliche Verteilung			L/A	L+A
	+	0	-	+	0	-	+	0	-	+	0	-	+	0	-		
6	1	5	1	1						10	1		3	3	5	11	67
		1		2						2			2	46	8	56	
4		1		1			2			13			2	8	3	13	83
		1	1	8									0	67	3	70	
2		2	1	5						2			0	6	3	9	45
		2								7			0	35	1	36	
8		1		4			1			5			0	5	3	8	58
		2											0	46	4	50	
7		4		6			1			3			0	5	3	8	63
		1		1									1	48	6	55	
11		2	1	12			1			11			0	3	6	9	86
													2	66	9	77	
14	1			2	13	2		3		16	2		3	28	7	38	171
3	3			2	9	1	1	1	1	14			6	103	24	133	
1	52	2		29	1		1	7	2	1	24	3	4	59	24	87	528
6			1	40						1	28		9	374	58	441	
95		1		2			1			5			2	39	6	47	488
1				44						1	61	1	4	412	25	441	
72		3		8						2			0	31	1	32	375
9				1	41	2				3	56	1	12	314	17	343	
88				2	4	1	1			1	4		10	52	14	76	457
				1	43						62	3	9	343	29	381	
1				1	3		1	1		2	4		9	30	5	44	286
47				30			1	3			41	1	4	225	13	242	
13				15	2					2	15	1	1	10	5	16	102
													2	78	6	86	
10	1			1	14						18		0	3	4	7	120
										1	2		2	102	9	113	
1	17	1		1	23	2	1	3			2		1	8	8	17	161
2		1									24	4	3	117	24	144	
	10	1		11	5						3	1	4	12	6	22	108
											16	1	1	74	11	86	
2	20	4		5	29	2	3	1	1	5	66	6	39	302	103	444	
3	456	6		6	300	13	3	22	2	7	384	13	57	2450	247	2754	
5	476	10		11	329	15	6	23	3	12	450	19	96	2752	350	3198	
	491				355			32			481			3198		3198	3198
	2667				1128			780			2760			22119			Im = -0.011